



Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2012



Vorwort von Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Der Verfassungsschutzbericht 2012 informiert über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen in unserem Land sowie über Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Der Bericht zeigt deutlich: Deutschland steht weiter im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Nach wie vor ist es besonders der politische Salafismus, der die Sicherheit des Landes gefährdet. Die Zahl der Anhänger dieser national wie international wichtigsten islamistischen Bewegung ist geradezu sprunghaft von 3.800 im Jahr 2011 auf 4.500 im Jahr 2012 angestiegen.

Auf der Grundlage eines salafistischen Weltbildes vollzieht sich eine ungebremste Radikalisierung. Diese Entwicklung verlangt die richtigen, generalpräventiven Antworten: Durch das Verbot der Vereine „DawaFFM“, „Islamistische Audios“ und „An-Nussrah“ ist ein wichtiger Einschnitt in die Strukturen des Salafismus gelungen.

Eine weitere, zentrale Bedrohung stellt das Aufeinandertreffen von gewaltbereiten Salafisten und Rechtsextremisten dar. Dabei geraten besonders die „Pro-Bewegungen“ ins Blickfeld, die der angeblichen Islamisierung Deutschlands den Kampf angesagt haben. Beide Lager leben mit ihren extremistischen Anschauungen nicht nebeneinander her, sondern befassen sich mit ihrem „Gegner“ oft in Form von bewussten Provokationen. Diese sind geeignet, die jeweils eigene Ideologie zu bestätigen und damit das extremistische Selbstverständnis der eigenen Gruppierung zu verstärken. Die wechselseitigen Angriffe führen dazu, dass sich auch Personen mobilisieren und radikalisieren, die bisher die Anwendung von Gewalt für sich ablehnten.



Anlass zur Sorge sind auch die Konfrontationen von Rechts- und Linksextremisten, die sich im Jahr 2012 weiter verschärft haben. Es kommt dabei zu erheblichen, teilweise schwersten Körperverletzungen. Im Einzelfall scheuen sich die Akteure nicht, ihre Aggressionen fortzusetzen, selbst wenn bereits die Polizei mit der Aufklärung des Vorfalls befasst ist.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass der Verfassungsschutz vor immer neuen, großen Herausforderungen steht, die bewältigt werden müssen. Damit dies gelingt, muss die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden weiter verbessert werden. Wesentliche Grundlagen hierfür wurden durch die Einrichtung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums im November 2012, in dem das bisherige Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus und -terrorismus aufgegangen ist, sowie durch das bereits 2004 eröffnete Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum geschaffen.

Die Einrichtung dieser Zentren beruht unter anderem auf der Überlegung, dass es nicht ausreicht, eine bestimmte Szene in den Blick zu nehmen. Vielmehr muss auch antizipiert werden können, wie sich Extremisten aus unterschiedlichen Lagern wechselseitig beeinflussen. Es muss also festgestellt werden, welche Reaktionen die Aktionen eines Lagers im anderen Lager hervorrufen. Die Arbeit in den Zentren ermöglicht eine phänomenübergreifende Betrachtung, die neben die Beobachtung des einzelnen Bereichs tritt. Zugleich wird das ganzheitliche Denken gefördert. Nur so können Wechselwirkungen, Strukturen und Zusammenhänge des Extremismus erkannt und für die Aufgabenerfüllung des Verfassungsschutzes entsprechend berücksichtigt werden.

Damit Deutschland auch in Zukunft über einen effektiv arbeitenden Inlandsnachrichtendienst verfügt, hat sich das Bundesamt für Verfassungsschutz einer umfassenden Binnenreform unterzogen. Sie beinhaltet neben vielen Innovationen eine Neuausrichtung in der Schwerpunktsetzung der inhaltlichen Arbeit des Bundesamtes. In Zukunft wird die Beobachtung und Sammlung von Informationen über Personen und Gruppierungen konsequent in den Vordergrund treten, die als gewaltorientiert einzustufen sind oder Gewalt ausüben. Dies ist nicht nur sachlich geboten, sondern auch angesichts der stets begrenzten personellen und sächlichen Ressourcen notwendig.

Darüber hinaus wird der Verfassungsschutz sein Informations- und Beratungsangebot ausweiten, eine engere Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen pflegen und sich enger als bisher mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vernetzen. Dies alles dient nicht nur der Intention eines schlagkräftigen Inlandsnachrichtendienstes, sondern auch der stetigen Verwirklichung der Idee, dass der Verfassungsschutz seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft hat.



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB
Bundesminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

Strukturdaten

I.	Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz	13
1.	Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)	13
2.	Militärischer Abschirmdienst (MAD)	13
II.	Weitere Strukturdaten	13

Verfassungsschutz und Demokratie

I.	Verfassungsschutz im Grundgesetz	16
II.	Verfassungsschutzbehörden – Aufgaben und Befugnisse	17
III.	Reformprozess der Verfassungsschutzbehörden	21
IV.	Kontrolle des Verfassungsschutzes	23
V.	Verfassungsschutzbericht	24
VI.	Verfassungsschutz durch Aufklärung	25
VII.	Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen extremistische Bestrebungen im Zeitraum Januar 1990 bis Dezember 2012	30

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

I.	Definitionssystem PMK	35
II.	Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	36
III.	Politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund in den einzelnen Phänomenbereichen	37
1.	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	37
1.1	Überblick	37
1.2	Zielrichtungen der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten	39
1.2.1	Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund	40
1.2.2	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund	40
1.2.3	Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten	41

INHALTSVERZEICHNIS

1.3	Verteilung der Gewalttaten auf die Länder	41
2.	Linksextremistisch motivierte Straftaten	43
2.1	Überblick	43
2.2	Zielrichtungen der linksextremistisch motivierten Gewalttaten	44
2.2.1	Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten	46
2.3	Verteilung der Gewalttaten auf die Länder	46
3.	Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“	48
3.1	Überblick	48
3.2	Verteilung der Gewalttaten auf die Länder	49

Rechtsextremismus

I.	Überblick	52
1.	Ideologie	52
2.	Entwicklungen im Rechtsextremismus	52
3.	Organisationen und Personenpotenzial	54
4.	Rechtsextremistische Kundgebungen	56
II.	Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene	60
1.	Personenpotenzial	60
2.	Formen der Gewaltbereitschaft	60
2.1	Rechtsterrorismus/„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)	60
2.2	Gewaltpotenzial	65
3.	Rechtsextremistische Strukturen mit überwiegender Gewaltbereitschaft	67
3.1	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	67
3.2	Neonazistische Strukturen	70
III.	Parteien	79
1.	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	79
1.1	Ideologische Merkmale	79
1.2	Strategische Ansätze	91
1.3	Organisation und Entwicklung	95
1.4	Unterorganisationen	98
1.4.1	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	99
1.4.2	„Ring Nationaler Frauen“ (RNF)	103
1.4.3	„Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV)	104
2.	„DIE RECHTE“	106
3.	„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)	109
IV.	Rechtsextremistische Verbreitungsstrukturen	116
1.	Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet	116

2.	Rechtsextremismus und Musik	124
3.	Organisationsunabhängige Verlage, Vertriebsdienste und Publikationen	128
V.	Ausgewählte rechtsextremistische Aktionsfelder	132
1.	Antisemitismus	132
2.	Islamfeindlichkeit	137
3.	Geschichtsrevisionismus	142

Linksextremismus

I.	Überblick	150
1.	Ideologie	150
2.	Entwicklungen im Linksextremismus	150
3.	Organisationen und Personenpotenzial	153
II.	Gewaltbereitschaft in der linksextremistischen Szene	155
1.	Autonome	155
1.1	Selbstverständnis	155
1.2	Konfrontative Gewalt	160
1.3	Anschläge	165
2.	Feste organisatorische Strukturen	169
2.1	„Interventionistische Linke“ (IL)	170
2.2	„AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI)	172
3.	Aktionsfelder	174
3.1	„Antirepression“	174
3.2	„Antimilitarismus“	185
3.3	„Antifaschismus“	189
4.	Entwicklung des Gewaltpotenzials	194
III.	Parteien und sonstige Gruppierungen	197
1.	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und Umfeld	197
1.1	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	197
1.2	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	199
2.	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	203
3.	„GegenStandpunkt“ (GSP)	205
4.	Trotzkisten	207
5.	„Offen extremistische Strukturen“ in der Partei DIE LINKE	209
5.1	„Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ (KPF)	209
5.2	„Sozialistische Linke“ (SL)	210
5.3	„Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“ (Cuba Si)	211
5.4	„Marxistisches Forum“ (MF)	212
5.5	„Geraer/Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE“ (GSoD)	214
5.6	„Antikapitalistische Linke“ (AKL)	215

6.	„Rote Hilfe e.V.“ (RH)	217
IV.	Linksextremistische Verbreitungsstrukturen	220
1.	Linksextremismus und Musik	220
2.	Linksextremistische Aktivitäten im Internet	221
3.	Verlage, Vertriebe und periodische Publikationen	224

Islamismus/islamistischer Terrorismus

I.	Überblick	228
1.	Ideologie	228
2.	Entwicklungen im Islamismus/islamistischen Terrorismus	229
3.	Organisationen und Personenpotenzial	232
II.	Internationaler islamistischer Terrorismus	234
1.	Aktuelle Entwicklungen	234
2.	„Al-Qaida“ („Die Basis“)	244
2.1	Kern-„al-Qaida“	244
2.2	„Al-Qaida im Irak“/„Islamischer Staat Irak“	246
2.3	„Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)	248
2.4	„Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)	249
2.5	„Al-Shabab“	252
3.	Regionale „jihadistische“ Gruppierungen	254
3.1	„Islamistisch-kurdische Netzwerke“	254
3.2	„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)	255
3.3	„Islamische Jihad-Union“ (IJU)	258
3.4	„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA – „Islamische Partei Afghanistans“)	259
3.5	„Boko Haram“ (BH, „Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad“ – SGPJ)	261
4.	Übersicht ausgewählter islamistisch-terroristischer Anschläge	263
III.	Salafistische Bestrebungen	266
IV.	Islamismus	272
1.	„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)	272
2.	„Islamische Widerstandsbewegung“ („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ – HAMAS)	276
3.	„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	279
4.	„Türkische Hizbullah“ (TH)	282
5.	„Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“)	284
6.	„Tablighi Jama’at“ (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)	287
7.	Iranischer Einfluss auf in Deutschland lebende Schiiten	289
8.	„Muslimbruderschaft“ (MB – „Gama’at al-Ikhwan al-Muslimin“)	291

9.	„Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.“ (IGMG)	296
V.	Nutzung des Internets	308

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

I.	Überblick	320
1.	Ideologie	320
2.	Entwicklungen im Ausländerextremismus (ohne Islamismus)	321
3.	Organisationen und Personenpotenzial	323
II.	Ziele und Aktionsschwerpunkte einzelner Gruppierungen	324
1.	Gruppierungen aus dem kurdischen Spektrum	324
1.1	Überblick	324
1.2	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	326
1.2.1	Allgemeine Lage	327
1.2.2	Organisatorische Situation	330
1.2.3	„Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ („Yekitiya Komalên Kurd Li Elmanya“ – YEK-KOM)	332
1.2.4	„Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ („Partiya Jiyana Azad a Kurdestanê“ – PJAK)	335
1.2.5	Propaganda der PKK	336
1.2.5.1	Medienwesen	336
1.2.5.2	Demonstrationen und Großveranstaltungen	339
1.2.6	Aktivitäten der „Komalên Ciwan“	342
1.2.7	Rekrutierung junger Anhänger der PKK in Deutschland für die Guerilla	344
1.2.8	Finanzielle und wirtschaftliche Aktivitäten	346
1.2.9	Aktivitäten der PKK im Internet	348
1.2.10	Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK	349
2.	Gruppierungen aus dem türkischen Spektrum	352
2.1	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	352
2.2	„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	359
2.3	„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	362
3.	„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	365
4.	Gruppierungen aus dem indischen Spektrum	369

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

I. Überblick	374
1. Deutschland als Ziel nachrichtendienstlicher Ausspähung	374
2. Methodische Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste	374
2.1 Spionage mit menschlichen Quellen	374
2.1.1 Legalresidenturen – Stützpunkte fremder Nachrichtendienste	374
2.1.2 Zentral gesteuerte Operationen	376
2.2 Spionage mit technischen Mitteln	377
3. Proliferation	379
II. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	382
1. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation	382
1.1 Politische Rolle der russischen Nachrichtendienste	382
1.2 Strukturen und Aufgaben	382
1.3 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	384
1.4 Methodische Vorgehensweisen	386
1.4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen	386
1.4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung	387
1.5 Bewertung	388
2. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der anderen Mitglieder der GUS	389
III. Nachrichtendienste der Volksrepublik China	391
1. Aktuelle Entwicklung	391
2. Strukturen und Aufgaben der Nachrichtendienste	391
3. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	393
4. Methodische Vorgehensweisen	394
4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen	394
4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung	395
4.3 Elektronische Angriffe	396
5. Bewertung	397
IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Staaten	397
1. Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran	397
1.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste	397
1.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	398
1.3 Methodik der Informationsgewinnung	399
1.4 Bewertung	399
2. Nachrichtendienste der Arabischen Republik Syrien	400
2.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste	400
2.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	400
2.3 Methodik der Informationsgewinnung	401
2.4 Bewertung	402
3. Nachrichtendienste der Demokratischen Volksrepublik Korea	403

INHALTSVERZEICHNIS

3.1	Nachrichten- und Sicherheitsdienste	403
3.2	Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	404
3.3	Methodik der Informationsgewinnung	404
3.4	Bewertung	405
V.	Proliferation	406
1.	Islamische Republik Iran	406
2.	Arabische Republik Syrien	407
3.	Demokratische Volksrepublik Korea	407
4.	Islamische Republik Pakistan	408
VI.	Vorbeugende Maßnahmen des Verfassungsschutzes	409
1.	Aufklärung Elektronischer Angriffe	409
2.	Wirtschaftsschutz	409
3.	Sensibilisierung im Bereich Proliferation	411
VII.	Festnahmen und Verurteilungen	411

Geheimchutz, Sabotageschutz

I.	Geheimchutz	414
II.	Sabotageschutz	414
III.	Verfahren	416

„Scientology-Organisation“ (SO)	419
--	------------

Register

Register	426
Registeranhang	444

Strukturdaten

I. Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz

1. Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2012 betrug 209.713.761 Euro (2011: 186.555.559 Euro). Das BfV hatte 2.757 (2011: 2.701) Bedienstete.

2. Militärischer Abschirmdienst (MAD)

Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2012 betrug 71.972.304 Euro (2011: 71.749.302 Euro). Der MAD hatte 1.135 (2011: 1.181) Bedienstete.

II. Weitere Strukturdaten

Anfang 2013 waren von Bund und Ländern im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) 1.597.968 (Anfang 2012: 1.507.168) personenbezogene Eintragungen enthalten, davon 1.202.279 Eintragungen (75,2%, Anfang 2012: 74,4%) aufgrund von Sicherheitsüberprüfungen oder Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach den Bestimmungen des Luftsicherheitsgesetzes oder des Atomgesetzes.

Verfassungsschutz und Demokratie

Politisch motivierte Kriminalität



Verfassungsschutz und Demokratie

I. Verfassungsschutz im Grundgesetz

Das Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland gewährt den Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl von Freiheitsrechten. Sie stehen als Grundrechte auch Personen zu, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen. Eine klare Grenze ist allerdings dort zu ziehen, wo diese Rechte dazu missbraucht werden, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben und damit das Fundament dieser Freiheitsrechte zu beseitigen.

Die leidvollen Erfahrungen mit dem Ende der Weimarer Republik haben dazu geführt, dass im Grundgesetz das Prinzip der wehrhaften oder streitbaren Demokratie verankert ist.

- Wehrhafte Demokratie** Dieses Prinzip ist durch drei Wesensmerkmale gekennzeichnet:
- **Wertegebundenheit**, d.h. der Staat bekennt sich zu Werten, denen er eine besondere Bedeutung beimisst und die deshalb nicht zur Disposition stehen,
 - **Abwehrbereitschaft**, d.h. der Staat ist gewillt, diese wichtigsten Werte gegenüber extremistischen Positionen zu verteidigen,
 - **Verlagerung des Verfassungsschutzes** in den Bereich der Vorfeldaufklärung, d.h. der Staat reagiert nicht erst dann, wenn Extremisten gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Der Verfassungsschutz ist somit ein Frühwarnsystem der Demokratie.

Das Prinzip der wehrhaften oder streitbaren Demokratie findet in einer Reihe von Vorschriften des Grundgesetzes seinen deutlichen Ausdruck:

- Art. 79 Abs. 3 GG bestimmt, dass wesentliche Grundsätze der Verfassung – insbesondere der Schutz der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG, und die in Art. 20 GG enthaltenen Prinzipien der staatlichen Ordnung (Demokratie, Föderalismus, Rechts- und Sozialstaatlichkeit) – unabänderlich und damit einer Änderung auch durch den Verfassungsgesetzgeber entzogen sind.
- Nach Art. 21 Abs. 2 GG können Parteien vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden, wenn sie darauf abzielen, die freiheitliche demokratische

Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

- Nach Art. 5 Abs. 3 Satz 2 GG entbindet die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung.
- Art. 9 Abs. 2 GG bestimmt, dass Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind (vgl. Kap. VII).
- Nach Art. 18 GG kann das Bundesverfassungsgericht die Verwirkung bestimmter Grundrechte aussprechen, wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht werden.
- Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b und Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG sind Grundlage für die Einrichtung und Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

II. Verfassungsschutzbehörden – Aufgaben und Befugnisse

Wesentliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) die Sammlung und Auswertung von Informationen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des BVerfSchG für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

Aufgaben



- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Informationsgewinnung Einen erheblichen Teil ihrer Informationen gewinnen die Verfassungsschutzbehörden aus allgemein zugänglichen Quellen. Sofern dies nicht möglich oder nicht effektiv ist, dürfen sie sich im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auch sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel zur Informationsbeschaffung bedienen. Hierzu gehören insbesondere der Einsatz von Vertrauensleuten, die Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10).

Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) wurden die Befugnisse des BfV erweitert.¹ U.a. werden dem BfV unter engen Voraussetzungen Auskunftsrechte gegenüber Finanzunternehmen, Luftfahrtunternehmen sowie Telekommunikations- und Teledienstleistern eingeräumt.

Keine polizeilichen Befugnisse Den Verfassungsschutzbehörden stehen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben keinerlei polizeiliche Befugnisse zu, d.h. sie dürfen insbesondere niemanden festnehmen, keine Durchsuchungen durchführen und keine Gegenstände beschlagnahmen.

Sicherheitsüberprüfungen Darüber hinaus haben die Verfassungsschutzbehörden die Aufgabe, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen mitzuwirken, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen bzw. ihn sich verschaffen können oder die an

¹ Die Regelungen waren zunächst bis zum 10. Januar 2007 befristet, wurden aber durch das am 5. Januar 2007 in Kraft getretene „Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz“ um weitere fünf Jahre verlängert und entsprechen inhaltlich leicht modifiziert den Ergebnissen einer zuvor durchgeführten Evaluierung. Mit dem am 10. Januar 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 wurden die durch diese Gesetzgebung geschaffenen Befugnisse bis zum 10. Januar 2016 verlängert und werden erneut einer Evaluierung durch die Bundesregierung unterzogen. Die Befugnis des BfV, Auskünfte von Postdienstleistungsunternehmen verlangen zu können, wurde gestrichen und trat somit am 9. Januar 2012 außer Kraft.

sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungs-wichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen. Die Befugnisse des BfV bei dieser Mitwirkung sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) im Einzelnen geregelt (vgl. Berichtsteil Geheimschutz, Sabotageschutz).

Die Verfassungsschutzbehörden tragen in ihrem Zuständigkeitsbereich dazu bei, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Sie arbeiten mit anderen Sicherheitsbehörden, insbesondere den anderen Nachrichtendiensten des Bundes – dem für den Bereich der Bundeswehr zuständigen MAD und dem mit Auslandsaufklärung befassten Bundesnachrichtendienst (BND) – sowie Polizei- und Strafverfolgungsbehörden auf gesetzlicher Grundlage vertrauensvoll und eng zusammen.

**Zusammenarbeit
mit deutschen
Sicherheitsbehörden**

Seit Ende 2004 tauschen Vertreter von Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) Informationen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus aus. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird dadurch deutlich erleichtert und beschleunigt.

Die Einrichtung einer gemeinsamen Antiterrordatei von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden des Bundes und der Länder im Frühjahr 2007 sowie die Möglichkeit zur Führung gemeinsamer Projektdateien haben die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden gezielt unterstützt und den Informationsaustausch weiter optimiert.

Mit dem am 31. August 2012 in Kraft getretenen „Rechtsextremismus-Datei-Gesetz“ (RED-G) ist die gesetzliche Voraussetzung für eine weitere gemeinsame Datei der Sicherheitsbehörden geschaffen worden: Diese Datei, die seit September 2012 im Wirkbetrieb ist, dient dazu, den Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutz- und den Polizeibehörden in Bund und Ländern sowie dem MAD im Bereich der Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus effektiver als bisher zu gestalten.

Am 15. November 2012 wurde das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zur Bekämpfung des

Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-terrorismus, der Spionage sowie der Proliferation eingerichtet, in dem Vertreter der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen zu den genannten Phänomenbereichen austauschen. Die Aufgaben des im Dezember 2011 nach Bekanntwerden des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) eingerichteten Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus (GAR) werden seither im GETZ wahrgenommen. Ebenso wie das GAZ ist das GETZ keine neue Behörde, sondern die zeitgemäße Ausformung einer Informations- und Kommunikationsplattform aller beteiligten Behörden. Durch die Einrichtung des GETZ werden weder Zuständigkeits- noch Befugnisfragen tangiert. Ziel ist es, die Fachexpertise aller Behörden unmittelbar zu bündeln und einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen.

Internationale Zusammenarbeit

Angesichts der stetig zunehmenden Internationalisierung der Bedrohungsphänomene steht das BfV darüber hinaus in intensivem Kontakt zu Partnerdiensten im Ausland.

Das BfV arbeitet vor allem mit den Staaten der Europäischen Union (EU) zusammen. Aufgrund des Aufklärungsbedürfnisses im Bereich des Internationalen Terrorismus (Herkunftsländer, Reisebewegungen von Terroristen) erstreckt sich die Kooperation des BfV auch auf Staaten außerhalb der EU, insbesondere USA und Kanada. Die Art der Kontakte mit ausländischen Nachrichtendiensten ist quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlich.

Abgesehen von der anhaltenden Bedrohung durch den Internationalen Terrorismus sind auch Phänomenbereiche wie z.B. Proliferation, politischer Extremismus oder Cyberangriffe auf globaler Ebene Themen, zu denen ein Austausch mit ausländischen Partnerdiensten erfolgt.

Bei der ganzheitlichen und strategischen Bekämpfung des Internationalen Terrorismus gewinnt auch die multilaterale Zusammenarbeit in internationalen Gremien zunehmend an Bedeutung. Schwerpunkt dieser Form der Zusammenarbeit ist die Erstellung übergreifender Lagebilder und Analysen, um gemeinsam die Ursachen der Bedrohung zu erkennen, mögliche Entwicklungen aufzuzeigen und Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Auf europäischer Ebene arbeitet das BfV eng mit anderen Inlandsnachrichtendiensten zusammen und unterhält Kontakte zum „Intelligence Center“ (IntCen) im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), um die Arbeit der EU bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Ein weiteres Gremium ist das Civilian Intelligence Committee (CIC) der NATO. In diesem Forum, in dem In- und Auslandsdienste vertreten sind, werden insbesondere Bedrohungsanalysen und Berichte für die NATO-Botschafter erstellt.

III. Reformprozess der Verfassungsschutzbehörden

Im Zuge der Aufarbeitung der Mordtaten der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wurden gravierende – auch strukturelle – Mängel in der Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsschutzbehörden ebenso wie zwischen Polizei und Nachrichtendiensten deutlich. Diese Mängel haben dazu geführt, dass im September 2012 sowohl in den Gremien der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (Innenministerkonferenz – IMK) als auch im BfV selbst Reformprozesse für den Verfassungsschutz in Deutschland eingeleitet worden sind.

Die IMK hat bereits im Dezember 2012 im Wesentlichen beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsschutzbehörden durch eine umfassende gegenseitige Informationspflicht zu intensivieren und die Zentralstellenfunktion des BfV innerhalb des Verbundes zu stärken. Zur möglichst schnellen Umsetzung dieser Kernanliegen in die Behördenpraxis ist – im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung – eine am 31. Dezember 2012 in Kraft getretene Änderung der Richtlinie für die Zusammenarbeit des BfV und der Landesbehörden für Verfassungsschutz (Zusammenarbeitsrichtlinie) vorgenommen worden. Ferner hat sich die IMK auch auf eine beim BfV als Zentralstelle zu führende gemeinsame Datei für Vertrauensleute geeinigt, damit künftig ein besserer Überblick über die Zugangslage bei dem jeweiligen Beobachtungsobjekt besteht.

Ziel des Reformprozesses im BfV ist es, sowohl Konsequenzen aus der Aufarbeitung des Ermittlungskomplexes NSU zu ziehen und die internen Abläufe zu verbessern, als auch das BfV zukunftsfähig aufzustellen. Hierzu gehören klare Vorschriften und eine effektive Kontrolle der Arbeitsprozesse. Ebenso geht es auch darum festzulegen, welche Kernkompetenzen das BfV künftig stärker betont und wie verlorenes Vertrauen wieder zurückgewonnen werden kann. Um eine Wiederholung der NSU-Ereignisse zu vermeiden, will sich das BfV künftig stärker als bisher auf die Beobachtung gewaltorientierter Bestrebungen und Personen konzentrieren. Diese Aufgabenpriorisierung lässt sich im Wesentlichen wie folgt beschreiben:

- Bei der Abwehr gewaltorientierter extremistischer Bestrebungen, von denen eine besondere Gefahr ausgeht und die deshalb im besonderen Fokus des BfV stehen, wird das BfV stärker als bisher fall- und personenorientiert arbeiten, den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln auf diesen Bereich konzentrieren und einen engen Informationsaustausch mit den anderen Sicherheitsbehörden (einschließlich der Polizei) pflegen.
- Die Aktivitäten nicht gewaltorientierter, gleichwohl verfassungsfeindlicher Strukturen und Zusammenschlüsse (sogenannte Legalisten) werden auch weiterhin beobachtet. Jedoch wird hier der Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln besonders zu prüfen sein.

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des BfV und eine erhöhte Transparenz gegenüber dem Parlament sollen helfen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Um diese Neuausrichtung zu bewerkstelligen, bedarf es einer grundlegend veränderten Arbeitskultur, eines neuen Selbstverständnisses sowie zielgerichteter Maßnahmen in den Bereichen Personalauswahl und -qualifizierung, Informationsbeschaffung und -auswertung, Unterrichtung der parlamentarischen Gremien, Information der Öffentlichkeit und einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit allen anderen Sicherheitsbehörden.



Mit der Errichtung des GETZ (vgl. Kap. II) ist es gelungen, in kurzer Zeit eine weitreichende Verbesserung der Kommunikations- und Informationsstruktur zwischen den Sicherheitsbehörden zu erreichen.

IV. Kontrolle des Verfassungsschutzes

Hinsichtlich der Tätigkeit des BfV unterliegt die Bundesregierung der Kontrolle durch den Deutschen Bundestag, die Fachaufsicht über das BfV wird durch das Bundesministerium des Innern (BMI) ausgeübt.

Bundesregierung

Zur Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle ist beim Deutschen Bundestag ein Kontrollgremium eingerichtet. Dieses Gremium wird von der Bundesregierung in regelmäßigen Abständen umfassend über die allgemeine Tätigkeit des BfV, des MAD und des BND, über Vorgänge von besonderer Bedeutung – und auf Verlangen auch über sonstige Vorgänge – unterrichtet (§ 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes – PKGrG). Das Parlamentarische Kontrollgremium kann im Rahmen seines Rechts auf Kontrolle von Bundesregierung und BfV verlangen, Akten und andere Schriftstücke, gegebenenfalls auch im Original, herauszugeben und in Dateien gespeicherte Daten zu übermitteln. Ebenso kann es BfV-Angehörige befragen oder von ihnen schriftliche Auskünfte einholen. Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Maßgabe des Art. 10 GG werden durch die vom Parlamentarischen Kontrollgremium bestellte unabhängige G 10-Kommission grundsätzlich vor deren Vollzug auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft. Gleiches gilt für die mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz eingeräumten Auskunftsrechte, soweit sie gegenüber Telekommunikations- und Teledienstleistern geltend gemacht werden (vgl. Kap. II).

Parlamentarisches Kontrollgremium

G 10-Kommission

Sowohl das BVerfSchG als auch den Aufgabenbereich des BfV berührende spezialgesetzliche Regelungen, z.B. das Antiterror datengesetz oder das Ausländerzentralregistergesetz, enthalten zahlreiche datenschutzrechtliche Bestimmungen. Der BfDI unterzieht das BfV auf dieser Grundlage einer kontinuierlichen datenschutzrechtlichen Überprüfung.

Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Das BfV ist gesetzlich verpflichtet, Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten zu erteilen, soweit auf einen konkreten Sachverhalt hingewiesen und ein besonderes Interesse an einer Auskunft dargelegt wird (§ 15 Abs. 1 BVerfSchG). Eine Auskunft unterbleibt nur dann,

Auskunftsrecht

wenn einer der in § 15 Abs. 2 BVerfSchG ausdrücklich bezeichneten Verweigerungsgründe vorliegt.

Gerichte Maßnahmen des BfV, die nach Darstellung der Betroffenen diese in ihren Rechten beeinträchtigen, unterliegen gerichtlicher Nachprüfung.

V. Verfassungsschutzbericht

Zweck des Verfassungsschutzberichtes Der jährliche Verfassungsschutzbericht dient der Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen. Er beruht auf den Erkenntnissen, die das BfV im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags zusammen mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz gewonnen hat.

Der Verfassungsschutzbericht stellt keine abschließende Aufzählung aller verfassungsschutzrelevanten Personenzusammenschlüsse dar, sondern unterrichtet über die wesentlichen, während des Berichtsjahres zu verzeichnenden verfassungsschutzrelevanten Entwicklungen und deren Bewertung. Dies entspricht der Erfüllung des im Bundesverfassungsschutzgesetz festgeschriebenen Aufklärungsauftrags.

Eine Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen ist in aller Regel geboten, wenn im Hinblick auf den betreffenden Personenzusammenschluss auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte vorliegen, die in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung führen, dass dieser Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und damit zur Feststellung führt, dass es sich hierbei um eine extremistische Organisation handelt. Damit ist nicht die Feststellung verbunden, dass alle Mitglieder bzw. Anhänger extremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

In den Zitaten sind eventuelle orthografische und grammatikalische Fehler der Originaltexte nicht korrigiert.

Alle Zahlenangaben zum Mitgliederpotenzial der im Bericht genannten Personenzusammenschlüsse beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen Mitgliedern dieser Personenzusammenschlüsse individuelle Erkenntnisse vorliegen.

Personenzusammenschlüsse

VI. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die Aufgabe „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wird auf Bundesebene gemeinsam vom BMI und dem BfV, auf Länderebene von den Innenministerien und -senaten bzw. den Landesbehörden für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Hauptaugenmerk gilt dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes bietet Informationen über seine Erkenntnisse an, die es jedermann ermöglichen sollen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.

Extremismus und Terrorismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind für den demokratischen Rechtsstaat eine stete Herausforderung. Die umfassende Bekämpfung aller Formen des politischen Extremismus ist daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Innenpolitik und dient zugleich der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die Bundesregierung misst der präventiven und repressiven Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen eine gleichermaßen zentrale Bedeutung zu. Sie wird z.B. die entsprechenden Programme gegen Rechts- wie auch Linksextremismus fortführen. Intensive und öffentlichkeitswirksame Aufklärung zum Themenfeld Extremismus betreibt auch die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Die BpB stellt z.B. im Rahmen ihres Internetangebots thematische Online-Dossiers zu den Bereichen Rechts- und Linksextremismus, Antisemitismus sowie Islamismus zur Verfügung.

Im Zusammenhang der Stärkung der Zivilgesellschaft ist auch das vom BMI und dem Bundesministerium der Justiz am 23. Mai 2000 gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zu nennen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben besteht darin, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz bekannt zu machen und öffentlich zu würdigen (www.buendnis-toleranz.de).



Ein weiteres Gremium zur Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt ist das „Forum gegen Rassismus“, das sich im März 1998 konstituiert hat. Es umfasst rund 80 Organisationen und staatliche Stellen, darunter 55 bundesweit bzw. überregional tätige Nichtregierungsorganisationen. Das Forum bietet seinen Teilnehmern eine Plattform für den Dialog über Fragen, die für die Bekämpfung von Rassismus wichtig sind.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann dauerhaft nicht ohne nachhaltige geistig-politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Extremismus bewahrt werden. Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes stellt daher auch die fundierte Aufklärung und Informationsvermittlung über Art und Umfang extremistischer Bestrebungen dar.

Das BfV informiert im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit seinen drei Wanderausstellungen bei zahlreichen Ausstellungs- und Messeterminen, mit seinem Internetangebot, Publikationen sowie der Beantwortung vielfältiger Bürgeranfragen über aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Arbeitsfeldern.



Das Interesse an den Wanderausstellungen des BfV war auch im Jahr 2012 ungebrochen groß. Insgesamt besuchten annähernd 59.000 Personen die bundesweit zwölfmal präsentierten BfV-Ausstellungen. Auch auf der Bildungsmesse „didacta“ in Hannover (Niedersachsen) war das BfV mit einem Stand vertreten.

Die Ausstellungen und Messestände wurden vor Ort von Verfassungsschutzmitarbeitern betreut. Neben zahlreichen Einzelbesuchern nutzten hauptsächlich Schulklassen dieses Informationsangebot.

Im Bereich Wirtschaftsschutz intensivierte das BfV die Maßnahmen zur Förderung des individuellen Sicherheitsbewusstseins („Security Awareness“). Es erfolgten verstärkt Sensibilisierungsvorträge und Informationsgespräche, sowohl bei deutschen Wirtschaftsverbänden als auch in einzelnen Branchen.

**Prävention durch
Information
im Bereich
Wirtschaftsschutz**

Begleitet wurden diese Aktivitäten durch die Veröffentlichung von themenbezogenen Faltblättern und Broschüren, umfangreiche Informationsangebote auf der Homepage des BfV und die Herausgabe eines Newsletters (vgl. Berichtsteil Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten, Kap. VI).

Auch im Bereich Proliferation hielten Mitarbeiter des BfV Vorträge im Rahmen von Sensibilisierungsmaßnahmen. Sowohl Industrie als auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen wurden über die Proliferationsthematik und die Risiken für die Betroffenen in Deutschland – z.B. Reputationsverlust, wirtschaftliche Einbußen – informiert und entsprechend sensibilisiert.

**Prävention im
Bereich
Proliferation**

Zur Unterstützung dieser Maßnahmen haben die Verfassungsschutzbehörden die Broschüre „Proliferation – Wir haben Verantwortung!“ herausgegeben. Sie ist ebenfalls auf der Website des BfV abrufbar (vgl. Berichtsteil Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten, Kap. V).

Das Internetangebot des BfV ist ein wichtiges Instrument zur Information der Öffentlichkeit und wird täglich von mehr als 2.300 Nutzern aufgerufen. Auf der Homepage finden sich Ausführungen zu allen Tätigkeitsbereichen des Verfassungsschutzes. Sie werden durch aktuelle Hinweise, u.a. auf die Wanderausstellungen und die Publikationen aller Verfassungsschutzbehörden aus Bund und Ländern ergänzt.

Informationsportal

Ansprechpartner In allen Fragen des Verfassungsschutzes steht das

Bundesamt für Verfassungsschutz

Merianstraße 100

50765 Köln

Telefon: 0221/792-0 oder 03018-792-0

Telefax: 0221/792-2915 oder 03018-10-792-2915

E-Mail: poststelle@bfv.bund.de

als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Für Hinweise auf Planungen und Tatvorbereitungen im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus hat das BfV ein vertrauliches Hinweistelefon eingerichtet. Es steht unter

Telefon: 0221-792-3366 oder 03018-792-0

E-Mail: HiT@bfv.bund.de

jederzeit zur Verfügung.

Seit dem 19. Juli 2010 bietet das BfV für Menschen, die sich aus einem Umfeld lösen möchten, in dem ein fanatischer, die Anwendung von Gewalt befürwortender Islam gepredigt und gelebt wird, ein Aussteigerprogramm an. Das Aussteigerprogramm HATIF (Akronym für „Heraus aus Terrorismus und islamistischem Fanatismus“ und arabisches Wort für „Telefon“) sorgt für individuelle Beratung und konkrete Unterstützung von Ausstiegswilligen. Eine Kontaktaufnahme ist jederzeit möglich unter



Telefon: 0221-792-6999 oder 03018-792-0

E-Mail: HATIF@bfv.bund.de

Für Ausstiegswillige aus dem Rechtsextremismus existiert ein spezielles Aussteigerprogramm des BfV. Experten des Verfassungsschutzes beraten und betreuen Ausstiegswillige jederzeit unter



Telefon: 0221-79262 oder 03018-792-0

E-Mail: aussteiger@bfv.bund.de

Seit dem 6. Oktober 2011 stellt das BfV für alle Angehörigen der linksextremistischen Szene ein spezielles Aussteigerprogramm bereit, das dem Hilfesuchenden eine Vielzahl individueller und unterstützender Maßnahmen anbietet.



Eine Kontaktaufnahme ist jederzeit möglich unter

Telefon: 0221-792-6600 oder 03018-792-0

E-Mail: aussteiger@bfv.bund.de

Im Internet ist das Bundesamt für Verfassungsschutz unter

www.verfassungsschutz.de

erreichbar.

**VII. Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI
gegen extremistische Bestrebungen im Zeitraum
Januar 1990 bis Dezember 2012**

(Soweit nicht anders gekennzeichnet sind die Verbote unanfechtbar)

Organisation	Datum der Verbotverfügung	Verbotsgründe	Phänomenbereich
„Nationalistische Front“ (NF)	26.11.1992	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet	RE
„Deutsche Alternative“ (DA)	08.12.1992	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet	RE
„Nationale Offensive“ (NO)	21.12.1992	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet	RE
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)/ „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) und Teilorganisationen, „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FEYKA-Kurdistan), „Kurdistan-Komitee e.V.“	22.11.1993	Strafgesetzwidrigkeit, Gefährdung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung sowie außenpolitischer Belange Deutschlands	AE
„Wiking-Jugend e.V.“ (WJ)	10.11.1994	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet	RE

RE = Rechtsextremismus

AE = Ausländerextremismus

LE = Linksextremismus

ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbotsverfügung	Verbotsgründe	Phänomenbereich
„Kurdistan Informationsbüro“ (KIB) alias „Kurdistan Informationsbüro in Deutschland“	20.02.1995	Ersatzorganisation des rechtskräftig verbotenen „Kurdistan Komitee e. V.“	AE
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	22.02.1995	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet	RE
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	06.08.1998	Strafgesetzwidrigkeit und Gefährdung der inneren Sicherheit Ersatzorganisation der am 9. Februar 1983 rechtskräftig verbotenen „Revolutionären Linken“ (Devrimci Sol)	AE
„Türkische Volksbefreiungspartei/-Front“ (THKP/-C)	06.08.1998	Strafgesetzwidrigkeit und Gefährdung der inneren Sicherheit	AE
„Blood & Honour“ (B&H) mit „White Youth“	12.09.2000	Vereinszweck gerichtet gegen – die verfassungsmäßige Ordnung – den Gedanken der Völkerverständigung	RE
„Kalifatsstaat“ und 35 Teilorganisationen	08.12.2001 14.12.2001 13.05.2002 16.09.2002	Vereinszweck gerichtet gegen – die verfassungsmäßige Ordnung – den Gedanken der Völkerverständigung Propagierung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele	ISiT

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus

LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbot-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Al-Aqsa e.V.“	31.07.2002	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung (finanzielle Unterstützung der HAMAS und ihrer sogenannten Sozialvereine)	ISiT
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	10.01.2003	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange	ISiT
„Yeni Akit GmbH“ Verlegerin der Europa-Ausgabe der türkischsprachigen Tageszeitung „Anadoluda Vakıt“	22.02.2005	Leugnung und Verharmlosung des Holocaust in volksverhetzender Weise Verbreitung antisemitischer/ antiwestlicher Propaganda	ISiT
„Bremer Hilfswerk e.V.“ ²	Selbstauf-lösung mit Wirkung vom 18.01.2005; Löschung im Vereinsregister am 29.06.2005		ISiT
„YATIM-Kinderhilfe e.V.“	30.08.2005	Nachfolgeorganisation des rechtskräftig verbotenen „al-Aqsa e.V.“	ISiT

² Das BMI hatte am 3. Dezember 2004 ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren mit dem Ziel eines Verbots gegen das „Bremer Hilfswerk e.V.“ eingeleitet. Der Verein ist dem Verbot durch Selbstauflösung zuvorgekommen.

RE = Rechtsextremismus

LE = Linksextremismus

AE = Ausländerextremismus

ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbotsverfügung	Verbotsgründe	Phänomenbereich
„Collegium Humanum“ (CH) mit „Bauernhilfe e. V.“	18.04.2008	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Zu widerlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV)	18.04.2008	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Zu widerlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Mesopotamia Broadcast A/S“, „Roj TV A/S“ „VIKO Fernseh Produktion GmbH“	13.06.2008 13.06.2008	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung Teilorganisation von „Roj TV A/S“	AE
„Al-Manar TV“	29.10.2008	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT
„Heimatreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ (HDJ)	09.03.2009	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Zu widerlaufen gegen Strafgesetze Ideologische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen mit nationalsozialistischem Gedankengut	RE
„Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.“ (IHH)	23.06.2010	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus

LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbot-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	30.08.2011	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Millatu Ibrahim“	29.05.2012	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT

RE = Rechtsextremismus

AE = Ausländerextremismus

LE = Linksextremismus

ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

I. Definitionssystem PMK

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde nach einem Beschluss der IMK zum 1. Januar 2001 eingeführt. Danach werden als politisch motivierte Kriminalität bezeichnet und erfasst:

1. Alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Als solche klassischen Staatsschutzdelikte gelten die folgenden Straftatbestände: §§ 80-83, 84-86a, 87-91, 94-100a, 102-104a, 105-108e, 109-109h, 129a, 129b, 234a oder 241a des Strafgesetzbuches (StGB).
2. Im Übrigen aber auch Straftaten, die ebenso in der Allgmein-kriminalität begangen werden können (wie z.B. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen), jedoch nur, wenn in Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind, weil sie
 - den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
 - sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
 - durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
 - sich gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten

(sogenannte Hasskriminalität); dazu zählen auch Taten, die nicht unmittelbar gegen eine Person, sondern im oben genannten Zusammenhang gegen eine Institution oder Sache verübt werden.

Die erfassten Sachverhalte werden im Rahmen einer mehrdimensionalen Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet. Hierbei werden insbesondere Feststellungen zur Qualität des Delikts, zur objektiven thematischen Zuordnung der Tat, zum subjektiven Tathintergrund, zur möglichen internationalen Dimension der Tat und zu einer gegebenenfalls zu verzeichnenden extremistischen Ausprägung der Tat getroffen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Bereich der Gewaltdelikte erweitert und bundeseinheitlich festgelegt. Die differenzierte Darstellung ermöglicht eine konkret bedarfsorientierte Auswertung der Daten und bildet damit die Grundlage für den zielgerichteten Einsatz geeigneter repressiver und präventiver Bekämpfungsmaßnahmen.

Die im Verfassungsschutzbericht genannten Zahlen zu den politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

II. Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das BKA registrierte für das Jahr 2012 insgesamt 27.440 (2011: 30.216) politisch motivierte Straftaten. In dieser Zahl sind 13.524 (49,3%) Propagandadelikte enthalten (2011: 12.771 Delikte = 42,3%). 2.464 Delikte (9,0%) sind der politisch motivierten Gewaltdelinquenz zuzuordnen (2011: 3.108 = 10,3%).

Politisch motivierte Straftaten nach Phänomenbereichen

Nach Phänomenbereichen unterschieden wurden 17.616 (2011: 16.873) Straftaten dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, 6.191 (2011: 8.687) dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ und 868 (2011: 1.010) dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“ zugeordnet. Bei 2.765 (2011: 3.646) Straftaten konnte keine Zuordnung zu einem der o.g. Phänomenbereiche getroffen werden.

Insgesamt wurden 21.265 Straftaten (77,5%) mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2011: 21.610 = 71,5%), davon 17.134 (2011: 16.142) aus dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, 3.229 (2011: 4.502) aus dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ und 618 (2011: 730) aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“. 284 (2011: 236) Straftaten deuten aufgrund der Tatumstände auf einen extremistischen Hintergrund hin, diese wurden ohne Zuordnung zu einem Phänomenbereich gemeldet.

**Extremistisch
motivierete
Straftaten**

III. Politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund in den einzelnen Phänomenbereichen

Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge des Phänomenbereichs „Politisch motivierte Kriminalität“. Es handelt sich um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

1. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

1.1 Überblick

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ wurden 17.616 (2011: 16.873) Straftaten zugeordnet, hiervon 12.250 (2011: 11.475) Propagandadelikte nach §§ 86, 86a StGB und 842 (2011: 828) Gewalttaten. Als Teilmenge dieses Phänomenbereichs (vgl. Kap. III, 1. Abs.) wurden 17.134 (2011: 16.142) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 802 (2011: 755) Gewalttaten. Damit stieg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten um 6,1% und die der Gewalttaten um 6,2%. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten beträgt 4,7% (2011: 4,7%). Bei 81,4% (2011: 80,6%) aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelte es sich entweder um Propagandadelikte (12.219 Taten, 2011: 11.401) oder um Fälle von Volksverhetzung (1.733 Taten, 2011: 1.605). Insgesamt wurden 189 Delikte

**Anstieg der
rechtsextremistischen
Kriminalität**

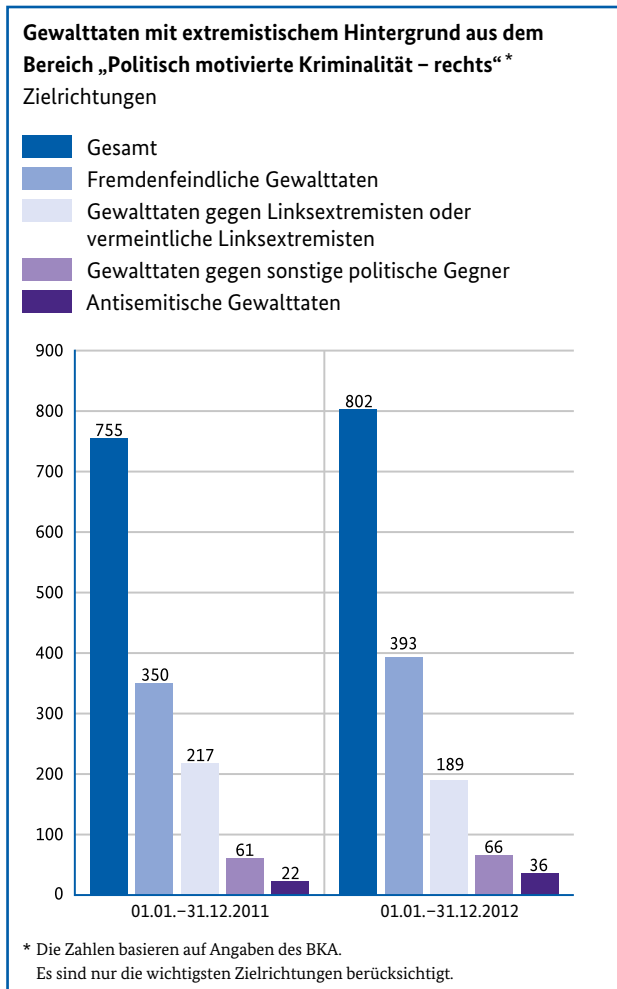
POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

(2011: 217) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten“ und 66 Delikte (2011: 61) im Themenfeld „Gewalttaten gegen sonstige politische Gegner“ ausgewiesen.

Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund*		
Gewalttaten:	2011	2012
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	5	6
Körperverletzungen	640	690
Brandstiftungen	20	21
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1
Landfriedensbruch	27	10
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	6	6
Freiheitsberaubung	2	0
Raub	12	9
Erpressung	4	8
Widerstandsdelikte	39	51
Sexualdelikte	0	0
gesamt	755	802
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	1.377	1.151
Nötigung/Bedrohung	128	153
Propagandadelikte	11.401	12.219
Störung der Totenruhe	17	11
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.464	2.798
gesamt	15.387	16.332
Straftaten insgesamt	16.142	17.134
* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.		

1.2 Zielrichtungen der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten

Mit 393 Delikten wiesen rund 49,0% (2011: 46,4%) der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten einen fremdenfeindlichen Hintergrund auf. Damit stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr (2011: 350) um 12,3%. 189 (23,6%) Gewaltdelikte (2011: 217 = 28,7%) richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten.



1.2.1 Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund*		
	2011	2012
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	3	5
Körperverletzungen	326	364
Brandstiftungen	7	9
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0
Landfriedensbruch	1	2
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	0	4
Freiheitsberaubung	2	0
Raub	5	4
Erpressung	3	1
Widerstandsdelikte	3	4
Sexualdelikte	0	0
Fremdenfeindliche Gewalttaten insgesamt	350	393

* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

1.2.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund stieg im Jahr 2012 auf insgesamt 1.286 Taten (2011: 1.162). Auch bei den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund war ein Anstieg auf 36 zu verzeichnen (2011: 22). Insgesamt wiesen 4,5% (2011: 2,9%) aller rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte einen antisemitischen Hintergrund auf.³

³ Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

1.2.3 Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten

Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten*		
	2011	2012
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	0
Körperverletzungen	178	171
Brandstiftungen	7	4
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1
Landfriedensbruch	19	5
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	2	0
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	6	3
Erpressung	1	2
Widerstandsdelikte	2	3
gesamt	217	189

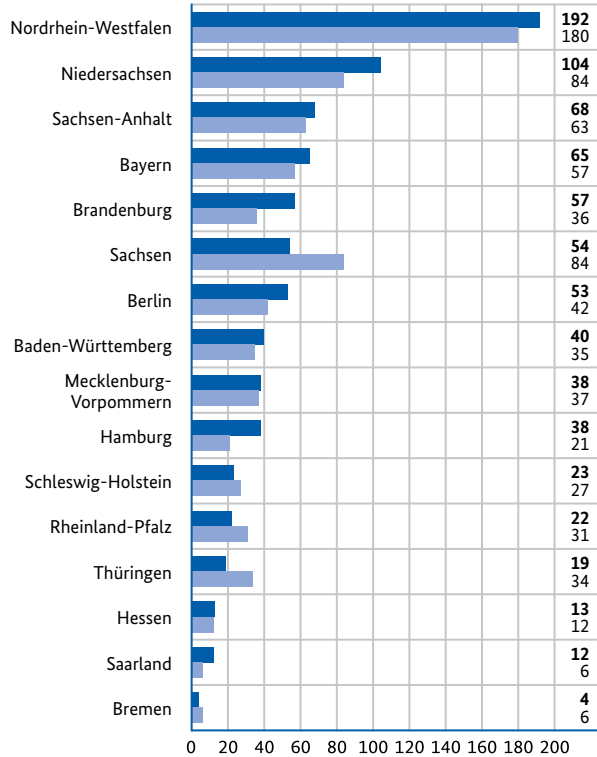
* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

1.3 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ereigneten sich mit 192 registrierten Delikten in Nordrhein-Westfalen. Danach folgen Niedersachsen (104), Sachsen-Anhalt (68), Bayern (65), Brandenburg (57) sowie Sachsen (54) und Berlin (53).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“* in den Ländern

01.01.–31.12.2012
01.01.–31.12.2011



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

2. Linksextremistisch motivierte Straftaten

2.1 Überblick

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ wurden 6.191 (2011: 8.687) Straftaten zugeordnet, hiervon 1.291 (2011: 1.809) Gewalttaten. In diesem Bereich wurden als Teilmenge (vgl. Kap. III, 1. Abs.) 3.229 (2011: 4.502) Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 876 (2011: 1.157) Gewalttaten.

Rückgang der linksextremistischen Kriminalität

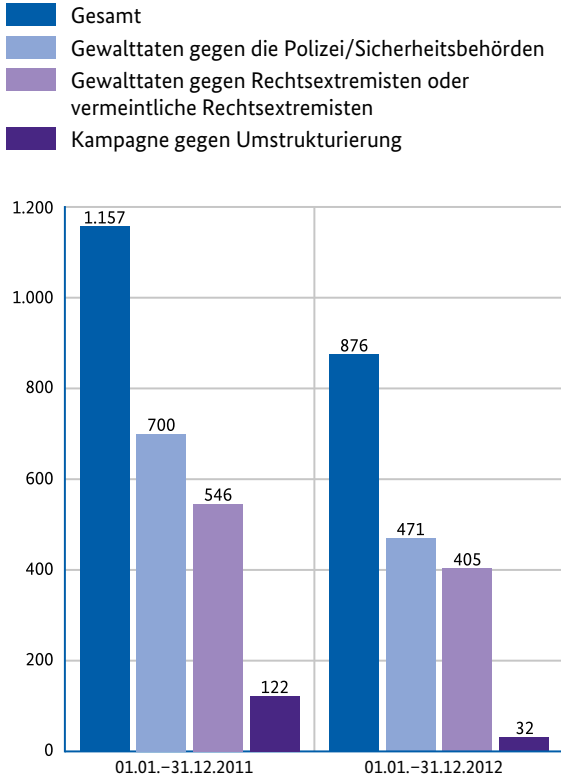
Die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten ging um 28,3% zurück. Ebenso rückläufig war die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten, die im Jahr 2011 seit Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001 einen Höchststand erreicht hatte: Hier war 2012 ein Rückgang um 24,3% zu verzeichnen.

Linksextremistisch motivierte Straftaten*		
Gewalttaten:	2011	2012
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	3	8
Körperverletzungen	583	471
Brandstiftungen	82	56
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	6	2
Landfriedensbruch	272	169
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	59	22
Freiheitsberaubung	1	0
Raub	13	16
Erpressung	3	4
Widerstandsdelikte	135	128
Sexualdelikte	0	0
gesamt	1.157	876
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	1.889	1.483
Nötigung/Bedrohung	40	48
Andere Straftaten	1.416	822
gesamt	3.345	2.353
Straftaten insgesamt	4.502	3.229
* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.		

2.2 Zielrichtungen der linksextremistisch motivierten Gewalttaten

Von den linksextremistisch motivierten Gewalttaten wurden 471 Fälle (2011: 700) im Themenfeld „Gewalttaten gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden“, 405 (2011: 546) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten“ und 32 Gewalttaten (2011: 122) im Themenfeld „Kampagne gegen Umstrukturierung“ ausgewiesen.

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“* Zielrichtungen



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
 Es sind nur die wichtigsten Zielrichtungen berücksichtigt. Da die erfassten Sachverhalte im Rahmen einer mehrdimensionalen Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet werden, können Gewalttaten unter mehreren Zielrichtungen subsumiert sein.



2.2.1 Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten

Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten*		
	2011	2012
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	2
Körperverletzungen	322	268
Brandstiftungen	27	24
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1
Landfriedensbruch	130	45
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	21	10
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	8	12
Erpressung	3	4
Widerstandsdelikte	35	39
gesamt	546	405

* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

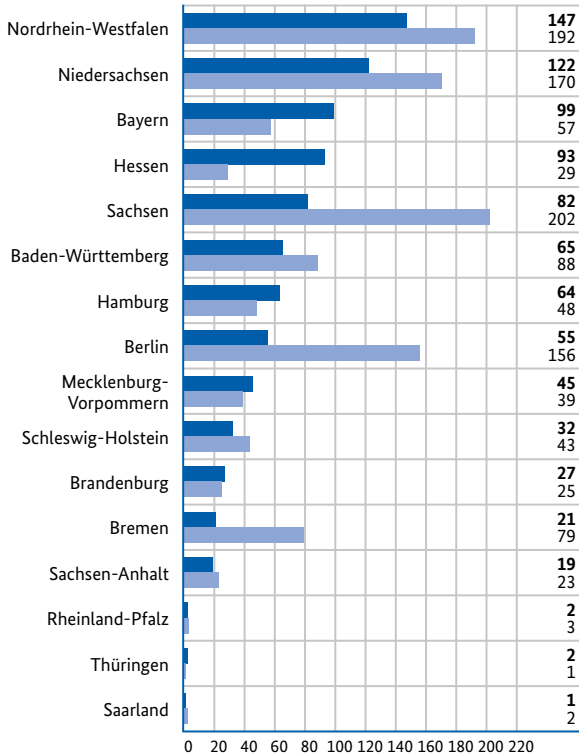
2.3 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten ereigneten sich mit 147 registrierten Delikten in Nordrhein-Westfalen.

Danach folgen – in absoluten Zahlen – Niedersachsen (122) und Bayern (99).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“* in den Ländern

01.01.–31.12.2012
01.01.–31.12.2011



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

3. Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“

3.1 Überblick

Der Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ umfasst auch die Teilmenge (vgl. Kap. III, 1. Abs.) der politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ wurden 868 (2011: 1.010) Straftaten zugeordnet, hiervon 179 (2011: 256) Gewalttaten. In diesem Bereich wurden 618 (2011: 730) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter 117 (2011: 191) Gewalttaten.

Damit sank die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierter Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund um 15,3%. Die Zahl der Gewalttaten in diesem Bereich sank um 38,7%.

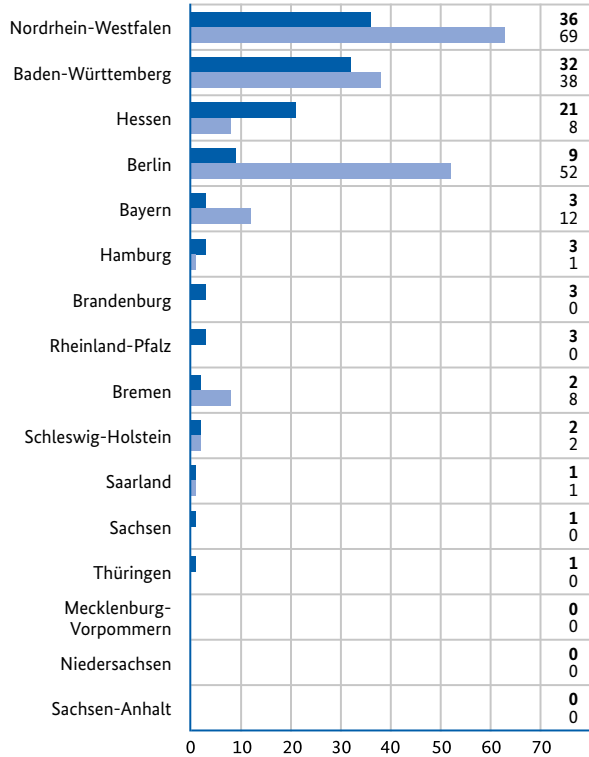
Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“*		
Gewalttaten:	2011	2012
Tötungsdelikte	1	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	1
Körperverletzungen	109	52
Brandstiftungen	4	5
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbruch	48	34
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	2	1
Freiheitsberaubung	0	3
Raub	5	2
Erpressung	5	8
Widerstandsdelikte	14	11
Sexualdelikte	0	0
gesamt	191	117
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	102	87
Nötigung/Bedrohung	23	35
Andere Straftaten	414	379
gesamt	539	501
Straftaten insgesamt	730	618
* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.		

3.2 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ ereigneten sich mit 36 registrierten Delikten in Nordrhein-Westfalen. Danach folgen Baden-Württemberg (32) und Hessen (21).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“* in den Ländern

01.01.–31.12.2012
01.01.–31.12.2011



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

Rechtsextremismus



Rechtsextremismus

I. Überblick

1. Ideologie

Kein ideologisch einheitliches Gefüge des Rechtsextremismus in Deutschland

Der Rechtsextremismus stellt in Deutschland kein ideologisch einheitliches Gefüge dar, sondern tritt in verschiedenen Ausprägungen nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologeelemente sowie unterschiedlichen, sich daraus herleitenden Zielsetzungen auf. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Autoritärer Staat und „Volksgemeinschafts“-Ideologie

Neben diesen Ideologiefragmenten verbindet Rechtsextremisten in aller Regel ihr autoritäres Staatsverständnis, wonach der Staat und das – nach ihrer Vorstellung ethnisch homogene – Volk als angeblich natürliche Ordnung zu einer Einheit verschmelzen. Gemäß dieser Ideologie der „Volksgemeinschaft“ sollen die staatlichen Führer intuitiv nach dem vermeintlich einheitlichen Willen des Volkes handeln. In einem rechtsextremistisch geprägten Staat würden somit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fehlen, z.B. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Struktur des Spektrums

Zum rechtsextremistischen Spektrum zählen hauptsächlich subkulturell geprägte Rechtsextremisten, die neonazistische Szene einschließlich der „Autonomen Nationalisten“ sowie die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).

2. Entwicklungen im Rechtsextremismus

Straf- und Gewalttaten

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten ist angestiegen (vgl. Berichtsteil Politisch motivierte Kriminalität – PMK, Kap. III, Nr. 1).

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist 2012 insbesondere aufgrund der weiter anhaltenden Mitgliederverluste im Parteienspektrum erneut gesunken. Die mit der Mitte 2012 endgültig erfolgten Auflösung der „Deutschen Volksunion“ (DVU) einhergehenden Verluste können durch die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) und die neugegründete Partei „DIE RECHTE“ nicht ausgeglichen werden (vgl. Kap. III).

**Rückgang des rechts-
extremistischen
Personenpotenzials**

Nachdem im November 2011 Existenz und Verbrechen der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt geworden waren, erhob der Generalbundesanwalt nach umfangreichen Ermittlungen im November 2012 Anklage gegen ein mutmaßliches Gründungsmitglied sowie vier mutmaßliche Unterstützer der rechtsterroristischen Gruppierung (vgl. Kap. II, Nr. 2).

**„Nationalsozialis-
tischer Untergrund“
(NSU)**

Vor dem Hintergrund einer stark durch Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung geprägten rechtsextremistischen Szene erscheint die Existenz weiterer rechtsterroristischer Strukturen zumindest möglich. Auch eine Übernahme sonstiger militanter Vorgehensweisen aus anderen extremistischen Phänomenbereichen ist vorstellbar.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt sechs neonazistische Gruppierungen durch die Innenminister der Länder verboten. Eine Reihe von Exekutivmaßnahmen aufgrund verschiedener einschlägiger Straftaten – u.a. wegen des Verdachts des Waffenbesitzes – setzte die rechtsextremistische Szene zusätzlich unter Druck. Dies hatte zur Folge, dass weniger öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt wurden und einzelne Führungsaktivisten die Szene verließen (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

**Zahlreiche Verbote
neonazistischer
Gruppierungen**

Dem seit einem Jahr amtierenden NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel gelang es nicht, den bei seinem Amtsantritt angekündigten Kurs einer „seriösen Radikalität“ umzusetzen. Zudem lastet die erneute Verbotsdiskussion auf der Partei. Hinzu kommen parteiinterne Streitigkeiten, die auch vor der Person Apfels nicht haltmachen (vgl. Kap. III, Nr. 1).

**Widersprüchlicher
Parteikurs und
Verbotsdebatte
belasten NPD**

Im Rahmen eines provokant betriebenen und maßgeblich durch islamfeindliche Agitation gekennzeichneten Landtagswahlkampfes der Partei „pro NRW“ kam es im Mai 2012 zu gewaltsamen

**Islamfeindliche
Agitation erhöht
Gefährdungspotenzial**

Ausschreitungen durch salafistische Gegendemonstranten, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Trotz der daraus resultierenden hohen medialen Präsenz konnte die Partei keinen nennenswerten Wahlerfolg erzielen und erhielt bei der Landtagswahl lediglich 1,5% der Wählerstimmen (vgl. Kap. III, Nr. 3 und Kap. V, Nr. 2).

**Rechtsextremistische
Verbreitungs-
strukturen**

Zentrales Medium zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda bleibt das Internet, das einen kontinuierlichen Bedeutungszuwachs verzeichnet. Es dient auch als szeneeinternes Kommunikationsmittel und zur Vernetzung (vgl. Kap. IV, Nr. 1).

Die rechtsextremistische Musikszene ist nach wie vor von herausragender Bedeutung. In Liedtexten werden offen oder unterschwellig Feindbilder und Ideologiefragmente vermittelt. Die Musik ist geeignet, insbesondere Jugendliche an die rechtsextremistische Szene heranzuführen und an sie zu binden (vgl. Kap. IV, Nr. 2).

3. Organisationen und Personenpotenzial

**Weiterer Rückgang
des rechtsextremis-
tischen Personen-
potenzials**

Das rechtsextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2012 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 22.150 Personen und war damit – wie bereits im Vorjahr – abermals leicht rückläufig (2011: 22.400).

**Hoher Anteil an
gewaltbereiten
Rechtsextremisten**

Als gewaltbereit werden Personen bezeichnet, die bereits als rechtsextremistische Gewalttäter in Erscheinung getreten sind, sich deutlich für die Anwendung von Gewalt aussprechen oder eine hohe Gewaltbereitschaft zeigen. Dem gewaltbereiten Spektrum sind 9.600 (2011: 9.800) Rechtsextremisten zuzurechnen. Demnach ist annähernd jeder zweite Rechtsextremist als gewaltbereit einzustufen (vgl. Kap. II, Nrn. 1 und 2).

**Zahl der Neonazis
stagniert**

Nach einem stetigen Wachstum in den vergangenen Jahren stagnierte 2012 die Zahl der Neonazis mit 6.000 (2011: 6.000). Allerdings beträgt ihr Anteil – ausgehend von dem insgesamt rückläufigen Personenpotenzial – nunmehr über ein Viertel des Gesamtpersonenpotenzials (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

Die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist im Berichtszeitraum erneut leicht gesunken und beträgt nunmehr 7.500 (2011: 7.600). Der Anteil am Gesamtpersonenpotenzial der Rechtsextremisten beträgt nach wie vor etwa ein Drittel, liegt jedoch – wie bereits 2011 – über dem Anteil der in rechtsextremistischen Parteien organisierten Personen und macht damit den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus.

Erneuter Rückgang bei subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Die Mitgliederzahl der NPD ist mit 6.000 Personen (2011: 6.300) weiterhin rückläufig.

Mitgliederverluste bei NPD

Insgesamt können auch die in diesem Jahr erstmals berücksichtigte „pro NRW“ (1.000) bzw. die 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ (150) den seit Jahren anhaltenden Trend des Mitgliederrückgangs im rechtsextremistischen Parteienspektrum nicht kompensieren.⁴

Den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen gehörten wie in den Vorjahren rund 2.500 Personen an.

⁴ Der aufgelösten „Deutschen Volksunion“ (DVU) wurden zuletzt 1.000 Personen zugerechnet.

Rechtsextremuspotenzial¹			
	2010	2011	2012
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	8.300	7.600	7.500
Neonazis²	5.600	6.000	6.000
in Parteien	9.600	7.300	7.150
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	6.600	6.300	6.000
„DIE RECHTE“	–	–	150
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) ³	–	–	1.000
„Deutsche Volksunion“ (DVU) ⁴	3.000	1.000	–
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	2.500	2.500	2.500
Summe	26.000	23.400	23.150
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften⁵	25.000	22.400	22.150
davon gewaltbereite Rechtsextremisten	9.500	9.800	9.600

¹ Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.
² Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.
³ Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) wird erstmals für das Jahr 2012 in die Übersicht aufgenommen.
⁴ Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) hat sich Mitte 2012 endgültig aufgelöst.
⁵ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen (für das Jahr 2011: 1.000; für das Jahr 2012: 1.000).

4. Rechtsextremistische Kundgebungen

Demonstrationen von Neonazis Die Verfassungsschutzbehörden registrierten im Jahr 2012 insgesamt 95 neonazistische Demonstrationen. Nach einem stetigen Anstieg in den vergangenen Jahren ist die Zahl der Veranstaltungen nunmehr erheblich gesunken (2011: 167).

Insbesondere die Aktionsform „Die Unsterblichen“, unter deren Motto 2011 eine Vielzahl von Demonstrationen stattgefunden hatte, verlor an Bedeutung (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

Schwerpunkte neonazistischer Demonstrationen blieben unverändert die Agitation gegen „staatliche Repression“ und den „politischen Gegner“, Islamfeindlichkeit, soziale und allgemeinpolitische Themen sowie die Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg.

Die Anzahl der von der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) durchgeführten Demonstrationen ist im Jahr 2012 auf 116 gestiegen (2011: 93).

Demonstrationen der NPD

Etwa die Hälfte dieser Demonstrationen stand im Zusammenhang mit dem Versuch der NPD, ihre Kampagnenfähigkeit und Mobilisierungskraft unter Beweis zu stellen: Im Rahmen der sogenannten Deutschlandtour traten im Juli und August 2012 bundesweit in über 50 Städten durchweg Spitzenfunktionäre der Partei bei Kundgebungen u.a. gegen die Europäische Union und den Euro auf. Trotz des reklamierten Erfolgs der Kampagne blieben die z.T. sehr geringen Teilnehmerzahlen insgesamt hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück. Ähnlich verhielt es sich auch mit einer islamfeindlichen Kampagne der NPD-Landtagsfraktion Sachsen – hier erfolgten Ende des Jahres Kundgebungen in neun Städten –, zu der ebenfalls nur eine geringe Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft gelang (vgl. Kap. III, Nr. 1.2). Dennoch konnte die NPD zu einigen öffentlichen Veranstaltungen an festen oder angemieteten privaten Veranstaltungsorten jeweils rund 1.000 Teilnehmer mobilisieren. Das kulturelle Rahmenprogramm mit Auftritten rechtsextremistischer Musikgruppen spielte hierbei allerdings eine mindestens ebenso bedeutende Rolle wie die Redebeiträge der dort aufgetretenen Parteifunktionäre.

Die bereits aus den Vorjahren bekannte Tendenz zu kleineren regionalen Demonstrationen ohne vorherige Anmeldung hält an. Auf diese Weise versucht man, Gegenveranstaltungen und möglichen Blockaden entgegenzuwirken. Gleichwohl bemüht sich die rechtsextremistische Szene auch weiterhin, Großaufmärsche mit mehr als 1.000 Personen durchzuführen. Dies gelang im Jahr 2012 allerdings noch seltener als im Vorjahr. Ursächlich hierfür dürfte der im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex verstärkte staatliche Druck auf die Szene sowie die damit einhergehende anhaltende Verunsicherung sein.

Teilnehmerstärkste Veranstaltungen

Von den größten rechtsextremistischen Veranstaltungen im Jahr 2012 sind insbesondere die folgenden zu erwähnen:

- An der von Neonazis alljährlich durchgeführten Demonstration anlässlich der Bombardierung der Stadt Magdeburg (Sachsen-Anhalt) im Zweiten Weltkrieg nahmen am 14. Januar 2012 rund 1.200 Personen teil (2011: 1.300).
- Zum 67. Jahrestag der Bombardierung Dresdens (Sachsen) im Zweiten Weltkrieg rief die rechtsextremistische Szene zu einer Demonstration am 13. Februar 2012 auf, an der sich bis zu 1.600 Rechtsextremisten beteiligten (2011: 3.000).
- Die NPD veranstaltete in Gera (Thüringen) am 7. Juli 2012 das „10. Rock für Deutschland“-Konzert. An dieser Veranstaltung nahmen rund 1.000 Rechtsextremisten teil (2011: 700).
- Am 11. August 2012 richtete die der NPD nahestehende „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ im mecklenburgischen Pasewalk ihr jährlich stattfindendes Pressefest aus, zu dem sich rund 1.100 Besucher einfanden (2011: 1.500).

Weitere Entwicklung In der rechtsextremistischen Szene wurde die Diskussion über die Wirksamkeit angemeldeter Demonstrationen neu entfacht. Bereits Ende 2011 veröffentlichte die inzwischen durch den Innenminister des Landes Niedersachsen verbotene Organisation „Besseres Hannover“ den Beitrag „Demonstrationen – Nützliches politisches Kampfmittel oder Verschwendung der eigenen Kraft?“, in dem die Anmeldung von Demonstrationen infrage gestellt wurde, da hierdurch sowohl dem politischen Gegner als auch den Behörden die Möglichkeit geboten werde, die Veranstaltungen zu blockieren bzw. zu verbieten.⁵

Auch die Redaktion der für die gesamte rechtsextremistische Szene bedeutsamen Internetplattform „Altermedia Deutschland“ griff das Thema Ende August 2012 auf. Im Rahmen einer Umfrage („Sind Demonstrationen noch eine zeitgemäße Aktionsform?“) sprachen sich über die Hälfte der abstimmenden Forenteilnehmer gegen die bisherige Form von Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen aus. Als Gründe für die Ablehnung führten sie

⁵ Homepage „Besseres Hannover“ (29. September 2011).

z.B. häufige Blockadeaktionen von Gegendemonstranten, aber auch die Sinnlosigkeit der Demonstrationen an:

„(...) im Allgemeinen spielen Sie unseren Gegnern in die Hände, die Anzahl der Sicht-kontakte halten sich in Grenzen und wenn die Demonstrationen nicht verboten werden (AKT, Dresden) sind das meistens kleinere Demonstrationen, welche an den Stadtrand gedrängt werden, vollkommen abgeschirmt werden und der Linke Pöbel wird extra so positioniert, das er uns blockieren kann. Linke fotografieren den ganzen Demonstrationszug ab und werden dabei trotz Illegalität von der Polizei stark unterstützt.

Was wirklich was bringt, sind subversive, spontane Aktionen, wie etwa die Unsterblichen. Eine gute Organisationsstruktur die auf Außenwirkung und Bildung viel Wert legt und eine möglichst breite Vernetzung, ich sehe in letzter Zeit viele Lichtblicke, aber ich denke die klassischen Aktions-Strukturen sind nicht mehr Zeitgemäß.

Das wird jetzt durch die extreme Repression offensichtlicher, ist aber völlig unabhängig davon.“

(Internetplattform „Altermedia Deutschland“; 2. September 2012)

Die seit Mitte 2011 von Neonazis praktizierte Aktionsform „Die Unsterblichen“, mit der für einzelne Veranstaltungen bis zu 300 Personen mobilisiert werden konnten, wurde auch im Jahr 2012 genutzt (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

Aktionsform „Die Unsterblichen“

In der zweiten Jahreshälfte hat die Mobilisierungsfähigkeit von Anhängern der Aktionsform „Die Unsterblichen“ allerdings deutlich nachgelassen. Ursächlich hierfür dürfte u.a. das Verbot der neonazistischen Gruppierung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ im Juni 2012 gewesen sein, die auf ihrer Internetplattform „Spreelichter“ die Aktivitäten dieser Aktionsform z.T. koordiniert und professionell präsentiert hatte.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 sechs rechtsextremistische Gruppierungen verboten (vgl. Kap. II, Nr. 3.2). Dies hat zu Mobilisierungsschwierigkeiten in der Szene beigetragen, denn insbesondere ideologisch bislang noch nicht gefestigte Mitglieder der rechtsextremistischen Szene dürften von einer Teilnahme an Veranstaltungen Abstand genommen haben, da sie Repressionen des Staates, aber auch Übergriffe durch Linksextremisten befürchteten.

II. Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene

1. Personenpotenzial

Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und liegt nunmehr bei rund 9.600 Personen (2011: 9.800). Demnach ist fast jeder zweite Rechtsextremist gewaltbereit.

In diesem Potenzial sind Personen berücksichtigt, die als Gewalttäter bekannt sind, sich deutlich für die Anwendung von Gewalt aussprechen oder eine hohe Gewaltbereitschaft, etwa bei Demonstrationen, zeigen.

2. Formen der Gewaltbereitschaft

2.1 Rechtsterrorismus/ „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

Am 8. November 2012 erhob der Generalbundesanwalt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München (Bayern) Anklage gegen das mutmaßliche Gründungsmitglied der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) Beate Zschäpe sowie vier mutmaßliche Unterstützer und Gehilfen des NSU. Zschäpe werden u.a. die Bildung einer terroristischen Vereinigung, Mittäterschaft an der Ermordung von neun Mitbürgern ausländischer Herkunft, am Mordanschlag auf zwei Polizeibeamte sowie an versuchten Morden durch zwei Sprengstoffanschläge in Köln vorgeworfen. Zwei der Mitangeklagten wird Beihilfe zu den neun Mordfällen durch Beschaffung der Tatwaffe angelastet, dem dritten Mitangeklagten wird u.a. Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag und einem Raub und dem vierten Mitangeklagten Unterstützung der terroristischen Vereinigung in drei Fällen vorgeworfen.⁶

Die umfassenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts und des Bundeskriminalamts (BKA) nach Aufdeckung des NSU im November 2011 lassen die Bewertung zu, dass die drei

⁶ Der Prozess begann am 6. Mai 2013.

Rechtsextremisten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe als gleichberechtigte Mitglieder den Kern des NSU gebildet und sich als einheitliches Tötungskommando verstanden haben, das seine Mordanschläge aus rassistischen und staatsfeindlichen Motiven arbeitsteilig ausführte. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 verübte das Trio insgesamt neun Morde an Kleingewerbetreibenden mit Migrationshintergrund im gesamten Bundesgebiet („Ceska-Mordserie“) sowie im April 2007 einen Mord an einer Polizeibeamtin und einen Mordversuch an einem Polizeibeamten in Heilbronn (Baden-Württemberg). Die NSU-Mitglieder werden zudem verdächtigt, zumindest für zwei Bombenanschläge 2001 und 2004 in Köln (Nordrhein-Westfalen) verantwortlich zu sein. Darüber hinaus werden ihnen mindestens 15 bewaffnete Raubüberfälle zur Last gelegt.

Die wahre Identität und terroristische Zielsetzung des Trios war – nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen – nur einem begrenzten Kreis von Unterstützern und Gehilfen bekannt. So wird den vier mutmaßlichen und ebenfalls angeklagten Unterstützern des NSU Beihilfe zur Verschleierung der wahren Identität der NSU-Mitglieder vorgeworfen, z.B. durch Überlassen von Reisepässen und Führerscheinen. Gegen neun weitere ebenso der Unterstützung des NSU verdächtige Rechtsextremisten dauern die Ermittlungen noch an.⁷

Nach dem Bekanntwerden der Existenz des NSU setzte innerhalb der rechtsextremistischen Szene eine intensive Diskussion zu diesem Thema ein, die im Laufe des Jahres 2012 jedoch zunehmend abebbte. Auch die Anklageerhebung gegen Zschäpe und die mutmaßlichen Unterstützer des NSU führte zu keiner neuerlichen Intensivierung der Diskussionen.

Ein Großteil der rechtsextremistischen Kommentare im Internet – überwiegend aus dem neonazistischen Spektrum – ist von Verschwörungstheorien geprägt. So wird der NSU als staatlich bzw. nachrichtendienstlich gesteuerte terroristische Gruppe dargestellt und fortwährend behauptet, Zschäpe sei eine Quelle der Verfassungsschutzbehörden gewesen. Vereinzelt gipfelt diese Sichtweise

**Begrenzter
Unterstützerkreis
des NSU**

**Reaktionen der
rechtsextremis-
tischen Szene**

**Keine Identifikation
mit NSU-Mitglied
Beate Zschäpe**

⁷ Hierzu gehört auch das mit Verfügung vom 28. Januar 2013 durch die Bundesanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen einen weiteren Rechtsextremisten – den nunmehr 14. Beschuldigten im NSU-Komplex – wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten.

in Spekulationen über einen staatlich geplanten, als Selbstmord getarnten Mord an Zschäpe, die als Mitwisserin einer Involvierung staatlicher Stellen in die Gewalttaten des NSU beseitigt werden sollte:

„Zschäpe wird das aussagen was ihr im letzten Jahr indoktriniert wurde. Sollte sie es nicht machen, wird sie verunfallen oder verselbstmorden wie die beiden Uwe's Das ist quasi der Abzug der V-Leute.“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“, 9. November 2012)

Solidaritätsbekundungen für Zschäpe bleiben weitgehend aus. Vereinzelt wird sie als Opfer eines politischen Prozesses dargestellt, mit dem versucht werde, das rechtsextremistische Spektrum insgesamt zu stigmatisieren und zu kriminalisieren. So behauptet etwa der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) Frank Schwerdt, es werde in dem bevorstehenden NSU-Prozess nicht darum gehen, „die Wahrheit über zehn Morde schlüssig nachzuweisen“; vielmehr werde „politische Stimmung“ gemacht, indem die Taten des NSU auf eine ausländerfeindliche Stimmung im Lande zurückgeführt würden. Wer mittlerweile in Deutschland „offen oder hinter vorgehaltener Hand die Einwanderung oder Multikulti“ anzweifeln oder ablehne, werde „schnell in die Nähe von Mördern gebracht“. „Bestimmten politischen Kreisen“ sei „die Angelegenheit sehr willkommen“, um ihr „politisches Süppchen von der ‚rechten Gefahr‘ zu kochen“.⁸

Solidarisierung mit einem mutmaßlichen NSU-Unterstützer



Der angeklagte NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben erfährt hingegen größere Solidarität der Szene. So wurde z.B. bei rechtsextremistischen Konzerten zu Spenden für ihn aufgerufen. Vor allem Thüringer Rechtsextremisten forderten über Facebook-Buttons im Internet „Freiheit für Wölfe“ oder boten T-Shirts mit diesem Slogan an. Zudem erschien Ende September 2012 der Musik-Sampler „Solidarität IV“⁹ bei dem bundesweit bedeutsamsten rechtsextremistischen Vertrieb „PC Records“ aus Chemnitz (Sachsen). Auf dem Tonträger veröffentlichten 15 rechtsextremistische Musikgruppen und

⁸ Frank Schwerdt: „NSU – Das lohnende Dauerthema“, Homepage „DS-Aktuell“ (13. November 2012).

⁹ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste A); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 28. Juni 2013.

Liedermacher insgesamt 20 Titel zu den Themenkomplexen „Repression“ und „Meinungsfreiheit“. In einem speziell Wohlleben gewidmeten Lied ruft die Thüringer Band „SKD“ zur Solidarität mit ihm auf:

„Schluss mit dem Schweigen, wir werden uns nie distanzieren. Freiheit für Wollé fordern wir, egal wohin der Weg auch geht. Drinnen wie draußen eine Front – Solidarität (...) Wehe wenn du frei im Geiste bist – man sperrt dich weg als Terrorist. Die Hetzjagd hat begonnen – die Presse lässt den Kessel kochen.“
(Musikgruppe „SKD“, CD „Solidarität IV“, Lied „Nationale Solidarität“)

Die überwiegend aus der rechtsextremistischen Szene Thüringens stammenden Unterstützungs- und Solidaritätsaktionen für Wohlleben mögen auch in der Anerkennung seiner Verdienste beim Aufbau regionaler rechtsextremistischer Strukturen gründen, zeigen aber vielmehr, dass die mutmaßliche Unterstützung terroristischer Aktionen nicht aus der Szene ausgrenzt und einer Akzeptanz als Leitfigur sogar förderlich sein kann. Wohlleben ist seit 1995 in Neonazi-Kreisen aktiv, war von 2006 bis 2008 stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und verfügt über zahlreiche Kontakte in alle rechtsextremistischen Spektren Thüringens. Die dortige Szene sieht in ihm eine Symbolfigur der staatlichen Unterdrückung nationaler Aktivisten und stellt die Anklageerhebung gegen ihn als staatliche Willkür bzw. als Inszenierung der Medien dar. Seine mutmaßliche Beihilfe zu den NSU-Morden – etwa durch seine Rolle bei der Beschaffung der Tatwaffe der „Ceska-Mordserie“ – wird bei den Solidaritätsaktionen ausgeklammert. Zu den drei weiteren im NSU-Verfahren angeklagten mutmaßlichen Unterstützern des Trios wurden keine Verlautbarungen aus Szenekreisen bekannt.

Terrorismus stößt – wie die Gewaltverbrechen des NSU zeigen – in extremistischen Zusammenhängen immer auch auf Vorbehalte und Ablehnung. Er ist stets das Werk einer selbsternannten Avantgarde, die hiermit eine Initialzündung für eine offensivere politische Positionierung beabsichtigt. Das ist im Rechtsextremismus nicht anders.

Bewertung

Dennoch könnte der Umstand, dass der NSU jahrelang Morde bzw. schwerste Anschläge ohne entsprechende Tatbekennungen („Taten statt Worte“) verübte, die bei Migranten eine erhebliche Unsicherheit und in Teilen der rechtsextremistischen Szene eine gewisse Zustimmung – mutmaßlich auch ohne Kenntnis des rechtsterroristischen Hintergrunds der Taten – erzeugt haben, potenzielle Nachahmer zu entsprechendem Handeln motivieren.

Auch ist im gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrum – wenn auch zahlenmäßig eher gering – ein Personenpotenzial vorhanden, das Terrorismus als Handlungsoption in Erwägung zieht.

Der Aufklärungsschwerpunkt bei der Arbeit der Sicherheitsbehörden – und in besonderem Maße der Verfassungsschutzbehörden als Frühwarnsystem einer wehrhaften Demokratie – liegt somit auf dem gewaltbereiten Rechtsextremismus, der ein rechtsterroristisches Handeln zum Erreichen der eigenen politischen Ziele nicht ausschließt. Durch eine personenorientierte Arbeitsweise, verbunden mit dem zielgerichteten Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, gilt es, eine mögliche oder weitere Radikalisierung – sowohl von Klein- und Kleinstgruppen als auch von Einzelpersonen – frühzeitig zu erkennen, um terroristische Strukturen bereits im Anfangsstadium zu zerschlagen. Dafür wird die bundesweite intensive Beobachtung und Analyse der relevanten Personen, aber auch der Organisationen und sich stets verändernden Strukturen, gerade auf das Erkennen und die Bewertung der Faktoren ausgerichtet, die terroristisches Handeln vorbereiten oder begünstigen können, z.B. das Vorhandensein größerer Geldmengen oder Hinweise auf Überlegungen zu deren Beschaffung, Bemühungen um den Aufbau von Netzwerken und Gruppierungen im In- und Ausland zur Umgehung staatlicher Überwachung in Deutschland, Hinweise auf eine beabsichtigte oder bereits durchgeführte Ausbildung an Waffen und Sprengstoffen oder die Beschaffung bzw. das Vorrätighalten solcher Gegenstände.

Ein intensiver Austausch sämtlicher relevanter Informationen im Verbund der Sicherheitsbehörden soll die Gewähr dafür bieten, dass künftig Erkenntnisse schneller zusammengeführt und entsprechende Gegenmaßnahmen abgestimmt und getroffen werden können. Mit der Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAR) zur Bekämpfung des

Rechtsextremismus/-terrorismus im Dezember 2011 und dessen Erweiterung zum Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) im November 2012 wurden die organisatorischen Voraussetzungen verbessert, die Fachexpertise aller Sicherheitsbehörden unmittelbar zu bündeln, um einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen und die notwendigen weiteren Maßnahmen einzuleiten (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. II).

2.2 Gewaltpotenzial

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, verbunden mit Hass und Ablehnung von Demokratie und pluralistischer Gesellschaft, bilden den Nährboden für rechtsextremistische Gewalttaten. Eine Abwertung und Entmenschlichung von Angehörigen erkannter Feindbilder fördert ein Sinken der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung. Der in Teilen der Szene gepflegte Gewaltkult, der mit der Verherrlichung von „kriegerisch-soldatischer Tugend“ einhergeht, wirkt sich ebenfalls auf Gewaltbefürwortung und -anwendung aus. In einem solchen Umfeld finden Gewalttaten statt, Terroranschläge sind möglich.

Jenseits herausragender rechtsterroristischer Taten wird rechtsextremistische Gewalt weiterhin überwiegend spontan verübt. Häufig erfolgen solche Taten aus einer Situation heraus, in der Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die den typischen rechtsextremistischen Feindbildern entsprechen. Im Verlauf rechtsextremistischer Demonstrationen bilden Gewalttaten meist die Ausnahme. Das Aggressionspotenzial entlädt sich vielmehr in Straftaten, die während der An- und Abreise zu solchen Veranstaltungen begangen werden.

Bei Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der rechts- und linksextremistischen Szene ist je nach personeller Stärke, Organisationsgrad und Aggressionspotenzial zuweilen auch ein Übergang von spontanen zu geplanten Aktionen zu verzeichnen. So trägt das Anlegen und Verbreiten von Listen mit Daten politischer Gegner, sei es über das Internet oder nur im kleinen Kreise, zur Verschärfung der Gefährdungslage bei – insbesondere, wenn sich auf beiden Seiten das Aggressionspotenzial aufgrund verbaler Attacken und „Outing-Aktionen“ aufgeschaukelt hat. Ungeachtet

dessen, ob Ziel und Zweck solcher Auflistungen zwingend die unmittelbare Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner ist, werden dadurch potenziellen Tätern Ziele präsentiert.

**Affinität der Szene
zu Waffen und
Sprengstoff**

Darüber hinaus stellt die Affinität von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoff, insbesondere der Besitz von Waffen, Waffenteilen und Munition, eine latente Gefährdung dar.

Aktuelle Erkenntnisse aus Exekutivmaßnahmen, die 2012 gegen die rechtsextremistische Szene durchgeführt wurden – hier insbesondere die Verbote neonazistischer Gruppierungen – belegen Waffenbesitz bzw. -affinität von Angehörigen des rechtsextremistischen Spektrums:

- Am 3. Mai 2012 fanden bei 16 Angehörigen der neonazistischen Gruppierung „Jagdstaffel D.S.T.“ („Deutsch-Stolz-Treu“) Durchsuchungsmaßnahmen der bayerischen Polizei statt, bei denen u.a. scharfe Munition, erlaubnispflichtige Schusswaffen und eine Vielzahl an verbotenen Gegenständen beschlagnahmt wurden, so z.B. Schlagringe und Messer.
- Am 10. Mai 2012 verbot der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die im Raum Köln angesiedelte neonazistische „Kameradschaft Walter Spangenberg“. Im Rahmen der 19 vollstreckten Durchsuchungsbeschlüsse in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz stellte die Polizei u.a. zwei erlaubnispflichtige Schusswaffen sowie weitere Hieb- und Stichwaffen sicher.
- Am 7. Juli 2012 fanden in Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen Durchsuchungsmaßnahmen bei fünf Angehörigen der gewaltbereiten Neonazi-Szene statt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, die Bildung einer bewaffneten Gruppe beabsichtigt zu haben. Im Vorfeld der Maßnahmen wurden anlässlich von Ermittlungen im Zusammenhang mit dem natürlichen Tod einer Person aus dem Umfeld der Betroffenen zahlreiche Waffen und Munition sichergestellt. Die Ermittlungen zum Sachverhalt dauern noch an.
- Bei Durchsuchungen im Zuge der Verbotsmaßnahmen gegen die neonazistischen Gruppierungen „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO), „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) und „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm) wurden am 23. August 2012 u.a. Schusswaffen, Schlagwerkzeuge, Stichwaffen sowie chemische Materialien (Schwarzpulver und Düngemittel) beschlagnahmt.

Neben illegalen Waffen stellen die Sicherheitsbehörden bei Exekutivmaßnahmen gegen Rechtsextremisten regelmäßig auch erlaubnisfreie Schusswaffen wie Softair- bzw. Gotcha-Waffen oder funktionsunfähige Deko-Waffen fest. Deren Kauf und Besitz sind zwar legal, gleichwohl stellen auch diese Waffen ein Gefahrenmoment dar, z.B. weil ihre Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden kann.

Der auch diesbezüglich intensivierte Informationsaustausch zwischen Nachrichtendiensten und Polizei hat den Ermittlungsdruck auf Angehörige des gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrums deutlich erhöht.

3. Rechtsextremistische Strukturen mit überwiegender Gewaltbereitschaft

3.1 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten definieren sich hauptsächlich über szenetypische Musik und den damit verbundenen Lebensstil. Diese Szene unterliegt bereits seit Jahren einem Wandel: Insbesondere die Skinhead-Subkultur, die in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatte, büßte weiter an Attraktivität für Jugendliche ein.

Seit 2006 sinkt die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten kontinuierlich. Auch 2012 war das Personenpotenzial weiter rückläufig und liegt mit rund 7.500 Personen (2011: 7.600) um rund 30% niedriger als noch im Jahr 2006. Die eher lockeren Zusammenschlüsse innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene haben in der Regel einen engen lokalen und regionalen Bezug. Hinzu kommen rechtsextremistische Musikgruppen und deren Umfeld. Dabei handelt es sich um Personen, die einschlägige Publikationen herausgeben, Homepages betreiben, Konzerte organisieren, entsprechende Musik vertreiben oder als Besucher rechtsextremistischer Konzerte den größten Teil der subkulturellen Szene ausmachen.

**Abnehmende
Bedeutung der
subkulturell
geprägten
Rechtsextremisten**

**Personenpotenzial
weiter rückläufig**

**Merkmale
subkulturell
geprägter
Rechtsextremisten**

Das Weltbild von Angehörigen rechtsextremistischer Subkulturen ist nicht in sich geschlossen, sondern wird von einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern beeinflusst und geprägt. Aktivitäten mit Erlebnischarakter stehen im Vordergrund, etwa der Besuch einschlägiger Musikveranstaltungen oder die Teilnahme an Demonstrationen. Ihnen fehlt der Wille zu Ideologiediskussionen und dauerhaften politischen Aktivitäten sowie zur Einbindung in feste organisatorische Strukturen.

Hammerskins

Die einzige bundesweit aktive Skinhead-Organisation ist die deutsche Sektion der international agierenden „Hammerskins“. Die „Hammerskins“ wurden 1988 in den USA mit dem Ziel gegründet, die Skinheads in einer sogenannten Hammerskin-Nation zu vereinen. Die Aktivitäten der regional untergliederten Organisation („Chapter“) konzentrieren sich auf die Selbstorganisation der „Hammerskin“-Bewegung sowie die Planung und Durchführung rechtsextremistischer Konzerte.

In Deutschland traten die „Hammerskins“ erstmals zu Beginn der 1990er Jahre in Erscheinung. Die derzeit rund zehn deutschen „Chapter“ entfalten abseits von Konzertveranstaltungen kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Zu Musikveranstaltungen im Inland reisen dabei bis zu 200 Szeneangehörige aus dem ganzen Bundesgebiet an. Weitaus größere Zuschauerzahlen erreichen die „Hammerskins“ jedoch bei im Ausland organisierten Konzerten. So reisten im November 2012 etwa 1.500 Teilnehmer aus ganz Europa zum jährlich stattfindenden und von deutschen Rechtsextremisten mit organisierten „Hammerfest“ nach Toul (Frankreich). Anders als die im Jahr 2000 verbotene Organisation „Blood & Honour“ (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VII) konnten die „Hammerskins“ aufgrund ihres elitären Selbstverständnisses keine dominierende Stellung innerhalb der subkulturellen rechtsextremistischen Szene erlangen.

Honour & Pride

Neben den „Hammerskins“ existiert mit „Honour & Pride“ eine weitere, jedoch wesentlich kleinere Gruppierung im Bereich des subkulturellen Rechtsextremismus. Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bildet die Organisation und Durchführung von rechtsextremistischen Konzerten: Am 26. Mai 2012 organisierte „Honour & Pride“ in Schwanebeck-Nienhagen (Sachsen-Anhalt) das mit etwa 1.800 Besuchern größte rechtsextremistische Konzert in Deutschland in diesem Jahr.



Kontakte zwischen Szeneangehörigen werden sowohl überregional als auch international, insbesondere bei Konzerten oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen, über Internetforen sowie soziale Netzwerke geknüpft. Szeneangehörige, die als Bandmitglieder oder im Musikvertrieb aktiv sind, nutzen darüber hinaus häufig ein auf persönlichen Kontakten beruhendes informelles Netzwerk.

Vernetzung

Die eventorientierten subkulturell geprägten Rechtsextremisten nehmen wegen der Möglichkeit, mit anderen Szeneangehörigen in Kontakt zu treten, häufig an rechtsextremistischen Veranstaltungen, insbesondere der Neonazi-Szene, aber auch der NPD, teil. Sie lassen sich in hohem Maße für Demonstrationen mobilisieren und werden überdies sowohl von neonazistischen Kameradschaften als auch von der NPD als Rekrutierungsfeld gesehen.

Rekrutierungsfeld für Neonazis und NPD

Ein Merkmal der subkulturellen rechtsextremistischen Szene ist die relativ niedrige Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt. So kommt es auf Konzertveranstaltungen – angeheizt durch Musik mit aggressiven Texten und erhöhten Alkoholkonsum – nicht selten auch zu körperlichen Auseinandersetzungen untereinander.

Gewaltpotenzial der subkulturellen rechtsextremistischen Szene

Ebenso begehen Angehörige dieses Spektrums – überwiegend situativ – Gewalttaten gegenüber Personen, die dem eigenen Feindbild entsprechen:

Am 29. April 2012 griff ein Angehöriger der subkulturellen rechtsextremistischen Szene beim Besuch eines Volksfestes in Lutherstadt Eisleben (Sachsen-Anhalt) eine zehnköpfige Familie aus Syrien an und fügte hierbei einer Person schwere Kopfverletzungen zu. Zwei weitere, nachträglich hinzugekommene Personen, die in der Vergangenheit bereits durch rechtsextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte in Erscheinung getreten waren, beteiligten sich an dem Angriff und fügten weiteren Angehörigen der syrischen Familie Verletzungen zu. Am 27. Dezember 2012 wurde vor dem Amtsgericht (AG) Eisleben gegen die mutmaßlichen Täter Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben.

Die Tat – wie auch ähnliche Gewalttaten in der Vergangenheit – belegt exemplarisch die grundsätzliche Gewaltbereitschaft von Angehörigen der subkulturellen rechtsextremistischen Szene gegenüber Dritten und den Willen, auf tatsächliche oder

vermeintliche Konflikte situativ und z.T. exzessiv mit körperlicher Gewalt zu reagieren.

3.2 Neonazistische Strukturen

Ideologie Grundlage und feste Bezugsgröße des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus mit den prägenden Ideologieelementen des Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus und Antipluralismus. Ziel von Neonazis ist ein ethnisch homogener, diktatorischer Staat. Rechte des Einzelnen, Meinungsvielfalt und Pluralismus haben in der von ihnen angestrebten „Volksgemeinschaft“, die Menschen fremder Kulturen und solche ausschließt, die aufgrund von Behinderungen, sexueller Orientierung oder sozialer Marginalisierung als „unwert“ bezeichnet werden, keinen Platz. Das Individuum soll sich dem vorgegebenen Gesamtwillen unterordnen. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet. Ethnische Vielfalt und pluralistische Gesellschaft bedrohen aus Sicht der Neonazis die Existenz des eigenen Volkes. Der demokratische Rechtsstaat in seiner Gesamtheit wird als „Besatzerregime“ abgelehnt.

Trotz gemeinsamer ideologischer Grundelemente ist die neonazistische Szene nicht homogen, die Ideologieelemente innerhalb der Personenzusammenschlüsse sind unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere bei jüngeren Neonazis prägen antiamerikanische, antikapitalistische und antiimperialistische – und damit z.T. globalisierungskritische – Einstellungen das jeweilige Weltbild.

Das Spektrum reicht von Gruppen mit einem subkulturellen Einschlag über eine zunehmende Zahl von Gruppierungen, die für ideologische Varianten des Nationalsozialismus und die Übernahme neuer Verhaltensweisen aufgeschlossen sind, bis hin zu Aktivistinnen und Gruppen, die weiterhin eine Wiederherstellung des historischen Nationalsozialismus anstreben.

Konstantes Personenpotenzial Dem neonazistischen Spektrum sind im Jahr 2012 insgesamt 6.000 Personen (2011: 6.000) zuzurechnen. Damit hat sich der seit 2003 zu beobachtende kontinuierliche Anstieg nicht weiter fortgesetzt. Allerdings fühlen sich insbesondere Jugendliche nach wie vor durch den Eventcharakter neonazistischer Veranstaltungen angesprochen und finden hier einen ersten Zugang zu diesem

Spektrum bzw. der dahinter stehenden Ideologie. Auch bei erlebnisorientierten Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit eher über das subkulturelle Spektrum, vor allem durch die einschlägige Musik, Zugang zur Szene bekamen, finden die aktionsorientierten neonazistischen Gruppierungen Anklang.

Der Anteil männlicher Aktivisten ist weiterhin überproportional hoch. Frauen können sich in der Szene aufgrund des vorherrschenden reaktionären Frauenbildes nur schwer Akzeptanz verschaffen; in Führungspositionen sind sie nur selten vertreten.

Der in den vergangenen Jahren festgestellte Abbau von Strukturen innerhalb der neonazistischen Szene setzt sich weiter fort. Die Mehrzahl der überwiegend regionalen Gruppierungen verzichtet auf feste Organisationsformen, um Vereinsverbote zu erschweren und um möglichst wenig Ansatzpunkte für strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Gruppierungen zu bieten. Zudem erfordern die geringe Größe der Gruppen, die räumliche Nähe und der persönliche Kontakt der Aktivisten untereinander keinen ausgeprägten Organisationsgrad.

Einige neonazistische Gruppierungen sind in überregionale Aktionsbündnisse eingebunden, in denen hauptsächlich die Führungsaktivisten der einzelnen regionalen Gruppen vertreten sind. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationsmedien in Bezug auf gruppeninterne und gruppenübergreifende Aktivitäten, Aktionsformen und Mobilisierungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Allerdings können die virtuellen Vernetzungsmöglichkeiten das Gemeinschaftsgefühl und die Gruppenzugehörigkeit, welche die neonazistische Ideologie prägen, nur ergänzen, jedoch nicht ersetzen.

Die politische Betätigung spielt für Angehörige der neonazistischen Szene sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gruppe eine wichtige Rolle. Insbesondere öffentlichkeitswirksame Aktionen sind für Szeneangehörige von Bedeutung. Die Mehrzahl der Gruppen führt regelmäßige Treffen durch, bei denen z.B. politische Schulungen abgehalten und gemeinsame Aktionen vorbereitet werden. Bei internen Treffen hat die positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus weiterhin Bedeutung, nach außen werden entsprechende Inhalte wesentlich verhaltener formuliert oder sogar vermieden. Dies ist vor allem auf die mögliche strafrechtliche

**Geringe
Organisations-
struktur**

Vernetzung

**Aktivitäten und
thematische
Schwerpunkte**

Relevanz entsprechender Äußerungen und die mangelnde Akzeptanz dieser Einstellungsmuster in der Bevölkerung zurückzuführen.

Neonazistische Gruppierungen treten über ihre Internetpräsenzen in Erscheinung, die sowohl zur Selbstdarstellung als auch als Kommunikationsplattform genutzt werden. So werden z.B. via Internet Propagandamittel und -materialien veröffentlicht und Demonstrationen geplant bzw. im Nachgang bewertet. Kundgebungen finden etwa an Jahrestagen der Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg statt oder greifen aktuelle tagespolitische Themen auf wie die Auswirkungen der Eurokrise, die Änderung des Asylrechts, Auslandseinsätze der Bundeswehr oder die Bestrafung von Sexualstraftätern. Neonazis gerieren sich bei derartigen Veranstaltungen als Interessenvertreter der Bevölkerung.

Gewaltbereitschaft der neonazistischen Szene

Während situative Gewalttaten in der Regel eher von subkulturell geprägten rechtsextremistischen Einzeltätern ohne erkennbare Szeneanbindung begangen werden, sind geplante und zielgerichtete rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten eher dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Die Gewalt- und Waffenaffinität, die der neonazistischen Ideologie immanent sind, begünstigen eine derartige Entwicklung. Verstärkt wird diese Tendenz durch die in der Szene verbreitete ideologische Festlegung von Feindbildern und die Kampfbereitschaft. Dies kann bei einzelnen Personen oder Kleinstgruppen dazu führen, dass sie sich als Kämpfer verstehen, die ihre politischen Ziele auch mit Gewalt verfolgen.

Rechts-Links-Auseinandersetzungen sowie Aktionen gegen den politischen Gegner

Trotz der zeitlichen und örtlichen Nähe von rechtsextremistischen Demonstrationen und Gegendemonstrationen unter Beteiligung von Linksextremisten verübten Rechtsextremisten Straf- und Gewalttaten gegen politische Gegner eher im Zusammenhang mit den An- und Abreisen zu den Versammlungsorten als während der Veranstaltungen.

Zudem ist zwischen Angehörigen der rechts- und linksextremistischen Szene ein Aufschaukeln zu Straf- und Gewalttaten im Rahmen regionaler Auseinandersetzungen festzustellen. Von Bedeutung sind hier insbesondere „Outing-Aktionen“, bei denen Daten von Angehörigen der linksextremistischen Szene etwa über das Internet verbreitet werden. Derartige Veröffentlichungen können – auch wenn sie nicht mit konkreten Aufrufen zu Aktionen

bzw. Gewaltaufrufen verbunden sind – Szeneangehörigen Ziele vorgeben und sie zu Straftaten animieren.

Ziel rechtsextremistischer Straftaten sind nicht nur Linksextremisten, sondern darüber hinaus auch Personen, die aufgrund ihres Einsatzes gegen den Rechtsextremismus als politische Gegner wahrgenommen werden.

Die Bereitschaft zu Übergriffen von Rechtsextremisten gegen Einrichtungen und Mitglieder von Parteien ist weiterhin hoch. So kam es im Spätsommer und Herbst 2012 in Berlin z.T. unter Bezugnahme auf Verbote rechtsextremistischer Vereine in Nordrhein-Westfalen zu einer Serie von Gewaltdelikten mit unterschiedlicher Schadensintensität, die sich vorrangig gegen Einrichtungen und Wohnobjekte von Mitgliedern oder Ortsverbänden der SPD sowie der Jugendorganisation Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD) und gegen die Partei DIE LINKE richteten.

Übergriffe auf Einrichtungen und Mitglieder von Parteien

Einzelne Zielobjekte – z.B. das Wohnhaus eines Mitglieds der Partei DIE LINKE, an dem eine Fensterscheibe durch Steinwürfe beschädigt und der Briefkasten mit einem illegalen, gefährlichen Feuerwerkskörper gesprengt wurde – waren auf im Internet eingestellten „Outing“-Listen des Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin“ benannt worden.

Die „Autonomen Nationalisten“ traten in den vergangenen Jahren als besonders aktions-, gewalt- und jugendorientierter Bereich der neonazistischen Szene in Erscheinung. Sie übernahmen von Linksextremisten sowohl Aktionsformen als auch Themenfelder und wirkten nach außen – verglichen mit anderen Teilen der Szene – weniger offensichtlich rechtsextremistisch. Dadurch gelang es ihnen, insbesondere jüngere Menschen zu erreichen. Ideologische Basis der „Autonomen Nationalisten“ bleibt jedoch nach wie vor der historische Nationalsozialismus.

„Autonome Nationalisten“

Der bereits 2011 festgestellte Trend einer Übernahme der Vorgehensweisen, des äußeren Erscheinungsbildes und der Aktionsziele der „Autonomen Nationalisten“ durch andere Teile der neonazistischen Szene hat sich verfestigt. Im Vergleich zu den Vorjahren ist allerdings ein Rückgang der Formierung in „Schwarzen Blöcken“ festzustellen. Die Selbstverortung neonazistischer

Personenzusammenschlüsse als „Autonome Nationalisten“ wird mittlerweile im Sinne eines modernen Selbstverständnisses, quasi als Trendmarke, unabhängig von der Frage der Gewaltbereitschaft praktiziert. Die Angleichung lässt eine zahlenmäßige Bezifferung des Personenpotenzials der „Autonomen Nationalisten“ nicht mehr zu.

Aktionsform „Die Unsterblichen“

Auch 2012 fanden – zumindest zum Jahresbeginn – wieder Aktionen in dem jugendaffinen und eventorientierten Aktionsformat „Die Unsterblichen“ statt. Hierbei handelt es sich um flashmobartige, meist in den späten Abendstunden durchgeführte Fackelmärsche, bei denen die einheitlich dunkel gekleideten Teilnehmer weiße „Totenmasken“ tragen und häufig Pyrotechnik einsetzen. Daneben kam es erneut zu Aktionen, bei denen sich eine meist geringe Anzahl von Szeneangehörigen in derselben Aufmachung für eine kurze Zeit an unpolitischen Veranstaltungen – z.B. Volksfestumzügen – beteiligte und einschlägige Banner mit politischen Aussagen mitführte oder Propagandamaterial verteilte.

Die diese Aktionsform kennzeichnende „gesichtslose“ Erscheinung erzeugt bei den Teilnehmern ein Gefühl der Geschlossenheit, der Zugehörigkeit zu einer homogenen Gemeinschaft, hinter der das Individuum zurücktritt.

Berichte zu den auch 2012 friedlich durchgeführten Aktionen wurden im Nachgang über das Internet verbreitet. Die mediale Aufbereitung in Form von Videos mit heroisierender Vertonung – aber auch unter Verwendung unpolitischer Musikstücke bekannter Popgruppen – sowie professionelle Schnitttechniken waren den Akteuren auch 2012 ebenso wichtig wie die Durchführung der Aktionen selbst. Filmaufnahmen suggerierten durch taktisch gewählte Veranstaltungsorte (vorzugsweise enge Gassen, Tunnel etc.) und wiederkehrende Bildüberschneidungen eine erhebliche Zahl von Demonstrationsteilnehmern, die tatsächlich selten mehr als 50 betrug. Mit der Verbreitung im Internet, in sozialen Netzwerken und Foren wurde eine höchstmögliche Propagandawirksamkeit und häufige Nachahmung derartiger Aktionen angestrebt.

Mit dem Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ durch den Innenminister des Landes Brandenburg am 19. Juni 2012 verlor die Aktionsform „Die Unsterblichen“

allerdings an Bedeutung. Hinzu kam ein deutlicher technischer Qualitätsverlust der Interneteinstellungen, was darauf zurückzuführen ist, dass die Aktivisten der Vereinigung unter der Bezeichnung „Spreeleichter“ eine Vorreiterrolle bei der Darstellung dieser Aktivitäten eingenommen hatten.

Agitatorisch eingebettet ist die Aktionsform „Die Unsterblichen“ in die Kampagne gegen den sogenannten Volkstod, die 2008 von Mitgliedern der Gruppierung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ initiiert wurde und ein Aussterben des deutschen Volkes durch „Überfremdung“, Geburtenrückgang und Abwanderung thematisiert. Unter der Losung „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ wird das demokratische Staatssystem für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Das Schlagwort „Volkstod“ mit einem eindeutigen Bezug zu Ideologie und Terminologie des Nationalsozialismus steht bewusst im Mittelpunkt der Kampagne.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 19. Dezember 2012 die Klage der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) gegen das am 1. September 2011 durch den Bundesminister des Innern ausgesprochene Vereinsverbot abgewiesen.¹⁰ Durch diese Verbotsmaßnahme wurde eine bundesweit agierende neonazistische Struktur zerschlagen (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VII).

Im Jahr 2012 erhöhten die Sicherheitsbehörden durch zahlreiche Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen den Druck auf Angehörige der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene.

Am 13. März 2012 durchsuchte die Polizei die Wohnungen von 33 Angehörigen und Unterstützern des neonazistischen „Aktionsbüro Mittelrhein“ (AB Mittelrhein) in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Der Exekutivmaßnahme, bei der 24 Personen vorläufig festgenommen und umfangreiches Beweismaterial sichergestellt wurde, liegt ein im Jahr 2010 eingeleitetes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz (Rheinland-Pfalz) wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung, schweren Landfriedensbruchs und Verwendens von

Aktionen als Teil der „Volkstodkampagne“



Rechtskräftiges Verbot der HNG

Exekutivmaßnahmen gegen „Aktionsbüro Mittelrhein“

¹⁰ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Dezember 2012, Az. 6 A 6 11.

Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zugrunde, das im Juni 2012 zur Erhebung der Anklage führte. Den Betroffenen werden insbesondere Straftaten im Rahmen ihrer „Anti-Antifa“-Aktivitäten vorgeworfen. Sie sollen Informationen über politische Gegner (Angehörige der regionalen und überregionalen linksextremistischen Szene) gesammelt haben und sodann „offen gewalttätig“ gegen diese vorgegangen sein.

Die Festnahmen von zwei überregional bekannten Führungsaktivisten des neonazistischen Spektrums aus Nordrhein-Westfalen im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen beeinträchtigten die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit zumindest der regionalen Szene im Rheinland erheblich: Bei mehreren rechtsextremistischen Demonstrationen waren deutlich geringere Teilnehmerzahlen festzustellen. Die Szene reagierte auf die Festnahmen von diversen Führungskadern der verbotenen Organisationen bundesweit mit Solidaritätsaktionen, in deren Verlauf u.a. mehrere Spendenkonten zur Unterstützung der inhaftierten Rechtsextremisten eingerichtet wurden. Der Bundesvorsitzende der Partei „DIE RECHTE“ Christian Worch meldete zudem für den 18. August 2012 in Koblenz (Rheinland-Pfalz) eine Demonstration unter dem Motto „Weg mit §129 StGB¹¹ – Freiheit für alle politischen Gegner“ an, an der sich rund 200 Rechtsextremisten beteiligten.

**Weitere Verbote
neonazistischer
Organisationen**

Im Berichtszeitraum 2012 wurden insgesamt sechs neonazistische Vereinigungen aufgrund ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Agitation durch die jeweiligen Innenminister der Länder verboten. Überwiegend handelte es sich um Gruppierungen mit besonderer Relevanz für die Szene, die als Initiatoren und Koordinatoren gemeinsamer Vorhaben fungierten und zu einer hohen Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene beigetragen hatten.

Am 10. Mai 2012 wurde in Nordrhein-Westfalen die überwiegend im Kölner Raum aktive „Kameradschaft Walter Spangenberg“¹² verboten. Der damalige Kameradschaftsführer war bereits von den Exekutivmaßnahmen gegen das „AB Mittelrhein“ im März 2012 betroffen und kurzzeitig inhaftiert.

¹¹ Der Paragraph 129 StGB sanktioniert die Bildung einer kriminellen Vereinigung.

¹² Die Kameradschaft benannte sich nach dem früheren Kölner SA-Mitglied Walter Spangenberg.

Mit Wirkung vom 19. Juni 2012 wurde mit der „Widerstandsbe-
wegung in Südbrandenburg“ das größte und aktivste Netzwerk
in Brandenburg verboten. Die Gruppierung hatte maßgeblichen
Anteil an der Entwicklung und Durchführung der Aktionsform
„Die Unsterblichen“.

Am 23. August 2012 wurden in Nordrhein-Westfalen zeitgleich
Verbote gegen die drei neonazistischen Vereinigungen „Kamerad-
schaft Aachener Land“ (KAL), „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm)
sowie „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) ausgespro-
chen. In diesem Zusammenhang wurden fast 150 Verbotsverfü-
gungen zugestellt und rund 170 Objekte durchsucht. Diese Exeku-
tivmaßnahmen wurden in der rechtsextremistischen Szene stark
thematisiert: Die Verbote wurden verhöhnt und als wirkungslos
dargestellt. So bezeichnete z.B. Christian Worch die Verbots-
maßnahmen als „Ausdruck der politischen Hilflosigkeit“ und als
Unterdrückungsmaßnahmen gegen ein Volk, in dem es „gärt“.¹³

Die am 25. September 2012 verbotene neonazistische Grup-
pierung „Besseres Hannover“ aus Niedersachsen hatte insbe-
sondere durch fremdenfeindlich motivierte Propagandaaktionen
(„AbschieBär“) Aufsehen erregt (vgl. Kap. IV, Nr. 1).



Nach den Exekutivmaßnahmen sind öffentlichkeitswirksame
rechtsextremistische Aktionen zurückgegangen. Das Verbot der
„Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ hat die dort zur Ver-
fügung gestellten virtuellen Vernetzungsstrukturen erkennbar
gestört.

Wirkung der Ver- bots- und Exekutiv- maßnahmen

Einige Aktivisten der verbotenen Organisationen haben der
rechtsextremistischen Szene mittlerweile den Rücken gekehrt.
Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich der aktive Kern der
jeweiligen Gruppierungen auch weiterhin in anderen rechtsex-
tremistischen bzw. neonazistischen Strukturen betätigen wird.
Neonazistische Führungspersonen des NWDO und der KS Hamm
beteiligten sich bereits kurz nach dem Verbot ihrer Organisatio-
nen an der Gründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
der Partei „DIE RECHTE“ (vgl. Kap. III, Nr. 2).

¹³ Homepage „DIE RECHTE“ (23. August 2012).

Nachhaltige Auswirkungen hatte indes der Rückzug eines Führungsaktivisten der im Mai 2012 verbotenen „Kameradschaft Walter Spangenberg“. Er war zuvor über viele Jahre bundesweit in der Szene aktiv und fungierte als Redner oder Anmelder rechtsextremistischer Veranstaltungen. Mit seinem Ausstieg verlor die neonazistische Szene einen Agitator mit hohem Mobilisierungspotenzial.

Radikalisierungstendenzen als Reaktion auf die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden sind nicht auszuschließen, wenngleich konkrete Hinweise hierzu bislang nicht vorliegen. Besonders stark ideologisierte und dem Kampf für die politischen Ziele verschriebene Aktivisten setzen ihre Aktivitäten ungeachtet staatlicher Maßnahmen zumeist fort. Aufrufe zu einer konspirativeren Vorgehensweise nach den Verboten deuten darauf hin, dass die rechtsextremistische Szene möglicherweise versuchen könnte, sich – auch zum Schutz vor weiteren staatlichen Maßnahmen – in Teilen stärker abzuschotten. In der Vergangenheit zeigten ähnliche Aufrufe jedoch selten eine längerfristige Wirkung.

Verhältnis der Neonazis zum rechts-extremistischen Parteienspektrum

Der weitaus größte Teil der Neonazi-Szene kooperiert mit der NPD und unterstützt diese regelmäßig. Aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und persönlicher Kontakte findet eine Zusammenarbeit z.B. im Rahmen von Wahlkämpfen statt. Angehörige des neonazistischen Spektrums fühlen sich aus Verbundenheit zu Führungsfunktionären der NPD, die ihre Wurzeln in der Neonazi-Szene haben, zur Unterstützung der Partei verpflichtet und spekulieren z.T. auch darauf, aus etwaigen Wahlerfolgen der NPD persönlichen Nutzen ziehen zu können. Ein Teil des neonazistischen Spektrums distanziert sich hingegen von der NPD und wirft ihr eine „weichgespülte“ Ideologie vor. In Teilen wird der Partei und ihren Funktionären aufgrund zurückliegender Skandale nicht zugetraut, dauerhafte politische Erfolge zu erzielen. In einigen Regionen Deutschlands haben sich die Spannungen zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ verschärft.

Die 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ (vgl. Kap. III, Nr. 2) könnte sich zum Sammelbecken für die neonazistische Szene entwickeln. Dafür spricht insbesondere, dass nach dem Verbot neonazistischer Vereinigungen einige ihrer Mitglieder und Führungsaktivisten in die Partei eingetreten sind. Zudem gehörte der Bundesvorsitzende der Partei Worch in der Vergangenheit selbst

mehreren verbotenen neonazistischen Organisationen an und unterstützt regelmäßig Neonazis bei Demonstrationen.

III. Parteien

1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Bundvorsitzender:	Holger Apfel
Mitglieder:	6.000 (2011: 6.300)
Publikation:	„Deutsche Stimme“, monatlich, Auflage: 25.000 (eigene Angabe)
Unterorganisationen:	„Junge Nationaldemokraten“ (JN), „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV), „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)



1.1 Ideologische Merkmale

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) richtet ihre politischen Positionen konsequent an weltanschaulichen Prinzipien aus, die für die Partei ungeachtet interner Debatten über taktische und strategische Fragen unverhandelbar sind. Sie verfolgt die Idee einer „Volksgemeinschaft“, die ein strikt ethnisch homogenes, „völkisches“ Gemeinwesen voraussetzt, das als Gegenmodell zur offenen, pluralistischen Demokratie präsentiert wird. Letztere ist aus Sicht der NPD Voraussetzung und Wegbereiter der zutiefst verachteten multikulturellen Gesellschaft. Die überraschende Bedeutung des völkischen Konzepts ist Maßstab für die Herangehensweise der NPD an politische, ökonomische oder soziale Themenfelder. Dies gilt umso mehr, als die NPD die

**„Volksgemeinschaft“
als ideologisches
Kernelement**

„Volksgemeinschaft“ auf „lebensrichtige“, gleichsam „naturgesetzliche“ Annahmen zurückführt, die für jeden Einzelnen von existenzieller Bedeutung seien. In einer im April 2012 herausgegebenen Argumentationsbroschüre für Mandats- und Funktionsträger heißt es z.B.:



„Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft; wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur; und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch. Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann. Deshalb ist die multikulturelle Gesellschaft zutiefst inhuman.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 12)

Die NPD lehnt jedwede Relativierung des biologistischen Konzepts der „Volksgemeinschaft“ unmissverständlich ab. Die deutsche Staatsbürgerschaft muss aus Sicht der Partei zwingend mit einer ebensolchen ethnischen Herkunft einhergehen:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 18 f.)

Für die NPD besteht zwischen „Volksgemeinschaft“ und „multikultureller Gesellschaft“ – bezogen auf das kollektive Gemeinwesen und den einzelnen Menschen – der denkbar größte Gegensatz. Aus der völkischen Sicht der Partei ist nur ein „ethnisch geschlossener Gesellschaftskörper“ ausreichend solidar- und belastungsfähig, um Krisen bewältigen zu können. Nur dort

erfahre der Einzelne Heimat und Identität, während er sich in der „multikulturellen Gesellschaft“ zum entwurzelten, gesichtslosen und vereinsamten Einheitsmenschen wandle und zum wehrlosen Spielball von Politik, Medien und Wirtschaft werde. Die Bevölkerungssituation, insbesondere in westeuropäischen Großstädten, setzt die NPD mit einem Verbrechen an der Menschlichkeit gleich und spricht vom „Völkermord an den Einheimischen“.¹⁴

Reden und Texte von NPD-Funktionären belegen, wie sehr das biologistische Konzept der „Volksgemeinschaft“ im Zentrum des politischen Wollens und Handelns der Partei steht. Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs kritisierte auf einer Veranstaltung zum „Politischen Aschermittwoch“ der saarländischen NPD in Völklingen (Saarland) am 22. Februar 2012, viele Analysen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland und damit einhergehende Reformvorschläge blendeten die „Biologie unseres Volkes“ gänzlich aus. Es gehe aber darum, das eigentliche Staatsvolk physisch und damit in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Zuversicht wachse, „neues deutsches junges Leben in die Welt zu setzen“.¹⁵

Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel stellte in einem Beitrag für das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) die Europapolitik der Bundesregierung als einen Frontalangriff auf die „Volksgemeinschaft“ dar, der dem Hochverrat gleichkomme. „Die perverse Gesellschaftsutopie der Eurokraten“ sei der postnationale Einheitsstaat mit identitätslosen und beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen. Geplant seien die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten und die Etablierung einer Weltgesellschaft, über die eines Tages eine totalitäre Weltregierung im Dienste des Großkapitals herrsche. Umso wichtiger sei die Erhaltung ethnisch homogener Völker mit politischem Gestaltungswillen, denn nur diese könnten dem internationalen Großkapital die Stirn bieten.¹⁶

¹⁴ Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 10 f.

¹⁵ Redebeitrag von Udo Pastörs beim „Politischen Aschermittwoch“ der saarländischen NPD in Völklingen am 22. Februar 2012.

¹⁶ „Deutsche Stimme“ Nr. 8/2012, August 2012, S. 10.

Die NPD scheut im Beharren auf ihrem strikt völkischen Standpunkt auch nicht vor unpopulären Forderungen zurück. So lehnt sie z.B. die Mitwirkung von Spielern ausländischer Herkunft in der deutschen Fußballnationalmannschaft – ungeachtet ihrer öffentlichen Beliebtheit oder ihres Stellenwerts als anerkannte Leistungsträger – kategorisch ab. Anlässlich der Fußball-Europameisterschaft im Juni 2012 äußerte etwa der NPD-Bundesvorsitzende Apfel, er betrachte solche Spieler trotz formal deutscher Staatsangehörigkeit auch dann nicht als Deutsche, wenn sie einen deutschstämmigen Elternteil hätten.¹⁷

Das Streben nach Verwirklichung des „Volksgemeinschafts“-Gedankens ist in der NPD zwar unumstritten, bisweilen bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, mit welcher Vehemenz und Unmittelbarkeit diese Doktrin in der Öffentlichkeit vertreten werden soll. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Michael Gielnik forderte auf dem dortigen Landesparteitag am 24. November 2012 vor dem Hintergrund der Debatte um ein mögliches Parteiverbotverfahren, offensiv zur eigenen Weltanschauung zu stehen und vor allem danach zu leben. Der biologische Fortbestand des eigenen Volkes müsse alleiniger Maßstab für das Handeln der NPD und für Bündnisse mit anderen Kräften sein. Ein in diesem Sinne verfasster Parteitagungsantrag solle die Entschlossenheit der „nationalen Bewegung“ unterstreichen und nicht nur ein Signal für die Öffentlichkeit sein, sondern auch ein Zeichen in den eigenen Reihen setzen.¹⁸

Streben nach Systemüberwindung

Die NPD lässt keinerlei Zweifel daran, dass sie das gegenwärtige politische System in Deutschland und dessen Repräsentanten verachtet. Nach ihrem Verständnis muss die „wahre“ Demokratie als „deutsche Volksherrschaft“ konzipiert sein. Deren antipluralistische, ausgrenzende und antiegalitäre Merkmale sind unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Wesensmerkmalen des Grundgesetzes.

¹⁷ Nachrichtenportal „DeutschlandEcho“ (7. Juni 2012).

¹⁸ Internetplattform „Altermedia Deutschland“ (27. November 2012).

Den Bezug zwischen „Volksherrschaft“ und „Volksgemeinschaft“ erläutert die NPD im April 2012 wie folgt:

„Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten. Eine ‚multikulturelle Demokratie‘ ist nicht vorstellbar, sondern Demokratie ist immer an ein konkretes, homogenes Staatsvolk gebunden und somit nur als Nationaldemokratie authentisch.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 51 f.)

Aus der angeblich unabdingbaren „Volksgemeinschaft“ bzw. einer daran gebundenen „deutschen Volksherrschaft“ leitet die NPD die Forderung nach Überwindung des derzeitigen politischen Systems ab, das die als „Völkermord“ diffamierte multikulturelle Gesellschaft ermöglicht habe. Den Vorwurf der Demokratiefeindschaft weist die Partei trotz ihrer aggressiven Agitation jedoch entschieden mit der Behauptung zurück, es seien nicht die derzeitigen politischen Entscheidungsträger, die den authentischen Volkswillen vertreten, sondern die NPD. Dem früheren Bundespräsidenten Wulff warf der Parteivorsitzende Apfel etwa eine „widerwärtige Anbiederung“ an den Islam vor, die bereits ein ausreichender Grund für eine frühzeitige Abdankung gewesen wäre.¹⁹

Angesichts des Dilemmas, innerhalb eines fundamental abgelehnten Systems politisch Einfluss gewinnen zu müssen, um die eigenen ideologischen Ziele zu erreichen, lotet die Partei aus, inwieweit strategische Erwägungen ein angepasstes Auftreten erforderlich machen. Diesen Aspekt thematisierte der damalige Vorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Michael Schäfer in einem Beitrag mit dem Titel „Dürfen wir Pop sein?“ in der Publikation „Der Aktivist“ – dem unregelmäßig erscheinenden Zentralorgan der JN (vgl. Kap. III, Nr. 1.4.1). Er betonte die Notwendigkeit, sich so stark wie möglich von „diesem System der Dummheit, des Opportunismus und der Amoralität“

¹⁹ „Deutsche Stimme“ Nr. 2/2012, Februar 2012, S. 2.

abzugrenzen. Gleichwohl gelte es zu bedenken, dass Parolen wie „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ oder die Wendung „Nationaler Sozialismus“ bei national gesinnten Interessenten wegen der damit verbundenen Assoziationen möglicherweise eine Distanz zur NPD schaffen könnten.²⁰ Der JN-Bundesschulungsleiter Pierre Dornbrach forderte demgegenüber in einer Replik auf diesen Beitrag, die „nationale Bewegung“ solle – weltanschaulich begründet – auf das Attribut „demokratisch“ verzichten, um als Gegensatz zum derzeitigen maroden und sich demokratisch nennenden System wahrgenommen zu werden. In diesem Beitrag wandte er sich auch offen gegen das demokratische Gleichheitsprinzip:

„Die Parole ‚Die Demokraten bringen uns den Volkstod‘ hat ihren ursprünglichen Sinn, die Diskussion über Demokratie sowohl bei uns, als auch ‚da draußen‘ bei den Bürgern zu entfachen, nicht verfehlt. (...) Natürlich befürworte ich eine Herrschaft im Sinne des Volkes. Nur glaube ich nicht, dass Demokratie wirklich diese Volksherrschaft darstellt. ‚Demos‘ kommt aus dem Griechischen und wird dort auch heute noch u.a. für ‚niederes Volk‘ gebraucht. Wir allerdings wollen doch eine Herrschaft der Leistungsfähigen und Opferbereiten, die sich für die Interessen unseres Volkes einsetzen und nicht für die Vorteile einiger weniger Kapitalisten.“

(„Der Aktivist“, Nr. 2/2012, S. 20 f.)

**Rassismus/
Fremdenfeindlichkeit/
Islamfeindlichkeit**

Das „Volksgemeinschafts“-Dogma, wonach nur ein ethnisch homogenes, rassistisch definiertes Gemeinwesen nach außen kollektiven Schutz und nach innen gegenseitige Unterstützung für den Einzelnen gewährleisten kann, hat bei der NPD eine tiefgreifende Fremdenfeindlichkeit zur Folge: Der Verbleib von Migranten fremder bzw. außereuropäischer Herkunft innerhalb des eigenen „angestammten Lebensraums“ wird als nicht zu tolerierender Angriff bewertet. Das konkrete Verhalten der Einwanderer, ihre Aufenthaltsdauer oder Ansässigkeit in zweiter oder dritter Generation bleiben hierbei außer Acht. Auch die kategorische Ablehnung des Islam in Europa basiert auf dem rassistischen Begründungsmuster, dass Muslime einer „raumfremden“ Religion angehören und in Deutschland durchweg als aggressive Eindringlinge

²⁰ „Der Aktivist“, Nr. 1/2012, S. 24 ff.

anzusehen seien. Die Forderung nach einer konsequenten „Ausländerrückführung“ beschränkt sich nicht nur auf Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, sondern betrifft auch eingebürgerte Deutsche mit außereuropäischen Wurzeln. In der Argumentationsbroschüre für Mandats- und Funktionsträger heißt es hierzu:

„Wir sind inländerfreundlich und nicht ausländerfeindlich. Deutschland hat das Land der Deutschen zu bleiben, und dort, wo das nicht mehr der Fall ist, durch eine rechtsstaatlich abgesicherte Ausländerrückführung wieder zu werden. (...)“

Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat, also wer deutscher Abstammung ist. Deutsch ist eine ethnische Herkunftsbezeichnung und keine Bezeichnung des zufälligen Geburtsortes, momentanen Wohnortes oder des Passes. (...) Auch die Medien- und Politikersprache zielt auf die Entsorgung der Deutschen (...). ‚Deutsche afrikanischer Herkunft‘ oder ‚Afro-Deutsche‘ kann es sowenig geben wie schwangere Jungfrauen.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 8, 19 f.)

Zum Islam heißt es:

„Wo der Islam historisch beheimatet ist und die Lebensordnung der Menschen prägt, hat er sein volles Existenzrecht. (...) In Mitteleuropa aber ist der Islam eine fremdkörperhafte Aggressionsreligion. (...) In Deutschland aber haben Moslems und ihre Religion nichts verloren!“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin 2012, S. 8)

Zudem wird der Islam mit negativ besetzten Begriffen wie Alltagsgewalt, Bildungsdefizite, „Sozialschmarotzereien“ und „religiös motivierte Landnahme“ in Verbindung gebracht.²¹

Die skizzierten fremden- und islamfeindlichen Denk- und Sprachmuster finden sich in einer Vielzahl der Äußerungen von

²¹ NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 9.

NPD-Funktionären. Regelmäßig werden Fremde verunglimpft. So sprach der sächsische Landtagsabgeordnete Gansel in Bezug auf Asylbewerber durchweg von „Asylbetrügern“, „Asylschwindlern“, „gewaltanfälligen Scheinasylanten“ oder „orientalischen und afrikanischen Junggesellen mit Beutezugmentalität“.²² Ronny Zasowk, Leiter des „Amtes Bildung“ im NPD-Bundesvorstand, polemisierte, der Sozialstaat könne nicht als „Hängematte für Taugenichtse und Betrüger aller Herren Länder“ herhalten, zumal diese weder bereit noch in der Lage seien, jemals nur einen verschwindend geringen Anteil zur Finanzierung des Sozialsystems beizutragen. Unschuldige in Not geratenen Deutschen mangle es hingegen an der erforderlichen Unterstützung.²³

Die NPD unterscheidet nicht zwischen Islam und Islamismus. So bezeichnete Zasowk den Islam schlicht als „totalitäre Ideologie“. Millionen Muslime in Deutschland betrieben eine „aggressive Landnahme“, die u.a. gekennzeichnet sei durch eine unduldsame Ablehnung hiesiger Gepflogenheiten.²⁴ Gansel plädierte dafür, in der Bevölkerung existierende Vorbehalte gegen den Islam als „Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationalen Opposition“ zu nutzen. Immerhin sei es in Großstädten eine Alltagserfahrung einheimischer Deutscher, von „bandenmäßig organisierten Orient-Krawallos“ beleidigt und tätlich angegriffen zu werden. Der Islam sei in Deutschland kein „harmloses Mitbringsel zur Identitätspflege“, sondern „mentales Rüstzeug zur kulturellen Eroberung und Inbesitznahme fremden Landes“.²⁵ Apfel verdeutlicht in einer Stellungnahme vom 20. September 2012 die rassistisch motivierte Ablehnung des Islam durch die NPD: Eine Politik, die nur gegen den Islam als solchen Stimmung mache, ohne dem Überfremdungsproblem an seiner Wurzel zu begegnen, sei primitiv und oberflächlich. Das Aufenthaltsrecht „für Araber, Türken oder auch Neger“ in Deutschland sei nicht davon abhängig zu machen, ob diese zum Christentum konvertierten.²⁶

Antisemitismus Der Antisemitismus ist in der NPD tief verwurzelt. In vielen Fällen äußert er sich beiläufig in Anspielungen, abwertenden

²² Homepage NPD Sachsen (10. Juli 2012 und 19. September 2012).

²³ „Blickpunkt Rheinland & Westfalen“, Nr. 1/2012; Homepage NPD (24. Mai 2012).

²⁴ Homepage NPD (11. April 2012); Homepage NPD Hessen (6. Juli 2012).

²⁵ Homepage NPD Sachsen (17. September 2012).

²⁶ Homepage NPD Sachsen-Anhalt (20. September 2012).

Bemerkungen oder verunglimpfenden Zuschreibungen. Häufig greift die Partei zudem auf die Form des sogenannten sekundären Antisemitismus zurück, indem sie die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an Juden scharf kritisiert (vgl. Kap. V, Nr. 1) und – in Umkehrung der Täter-Opfer-Relation – unterstellt, es handele sich hierbei um eine von den Feinden Deutschlands aufgezwungene Umerziehung, die das Ziel verfolge, die nationale Identität der Deutschen nach der militärischen Niederlage 1945 endgültig zu zerstören und ihren Widerstand gegen die Auflösung des ethnischen und kulturellen Zusammenhalts irreversibel zu brechen. Häufig nimmt die NPD auch den Nahostkonflikt zum Anlass für eine pauschale Diffamierung der israelischen Politik oder des israelischen Staates, wobei es ihr nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Thema geht, sondern vielmehr um die Verbreitung antisemitischer Stereotype. Exemplarisch kommt dies in der Broschüre für Mandats- und Funktionsträger der Partei zum Ausdruck:

„Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit, Arroganz und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren. (...) Die von jüdischer Seite seit mehr als 65 Jahren penetrant betriebene Schuldanklage und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Die psychologische Kriegführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk muß ein Ende haben. Es ist zu offensichtlich, daß die Holocaust-Industrie die Deutschen mit moralischen Vorwänden immer wieder finanziell auspressen und politisch gefügig machen will. (...) Wir akzeptieren es nicht, daß mit dem Totschlag-Vorwurf des ‚Antisemitismus‘ jede Kritik am Aggressions- und Apartheidsstaat Israel unterdrückt wird.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 16 f.)

In häufigen verbalen Angriffen auf den Zentralrat der Juden in Deutschland versucht die NPD, das antisemitische Stereotyp eines dominanten jüdischen Einflusses zu verbreiten. Sie stellt einen Zusammenhang zwischen Positionen des Zentralrats und der Politik des Staates Israel her und konstruiert dabei eine global einheitliche jüdische Willensbildung jenseits der bzw. gegen die politischen Entscheidungsabläufe in den Nationalstaaten. Der

Pressesprecher der NPD Frank Franz warf dem Zentralrat der Juden vor, sich ständig und in unangemessener Weise in Belange außerhalb seiner Zuständigkeit einzumischen. Stattdessen solle er besser über die Lieferungen atomwaffenfähiger U-Boote an „kriegssüchtige Kleinstaaten“ aufklären.²⁷ Die Debatte um ein umstrittenes Gedicht des Schriftstellers Günter Grass griff Gansel auf, um die in der Handreichung für Mandatsträger vorformulierten antisemitischen Argumentationsmuster anzuwenden. Grass komme das Verdienst zu, Kritik an dem „Aggressions- und Apartheidsstaat Israel“ enttabuisiert zu haben. Umstandslos integrierte Gansel die Diskussion um das Gedicht in einen für die NPD typischen antisemitischen Deutungszusammenhang. Es gehe generell darum, die „penetrant betriebene Schuldanklage“ von jüdisch-israelischer Seite zurückzuweisen, die „psychologische Kriegsführung bestimmter jüdischer Machtgruppen“ gegen das deutsche Volk zu beenden und die Auspressung der Deutschen durch die „Holocaust-Industrie“ offenzulegen.²⁸ Der stellvertretende Berliner NPD-Landesvorsitzende Uwe Meenen wiederum warnte davor, die Kritik des Publizisten Henryk M. Broder am ritualisierten Auschwitz-Gedenken als mögliche Entlastung für das deutsche Volk zu verstehen. Es gehe dem „Berufsjuden“ vielmehr darum, dem globalen Antisemitismus entgegenzuwirken, denn die „Auschwitzkeule“ verblasse allmählich im Vergleich mit der Politik Israels. Der von Broder attackierte weltweite Antisemitismus, der in der Wahrnehmung Israels als Brückenkopf der USA im Nahen Osten und einer zionistischen Dominanz in den USA zum Ausdruck komme, beschreibe jedoch im Kern eine zutreffende Konstellation. Um diese Kräfte handle es sich bei der Frage, ob man sich für oder gegen die „westlichen Werte“ positioniere.²⁹ Auf diesen Antagonismus spielte auch Udo Pastörs an, als er in seiner Rede zum „Politischen Aschermittwoch“ behauptete, es bestehe ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen der „Realität in der globalisierten Welt USraelischer Prägung“ und nationalen Kräften.³⁰

²⁷ Homepage NPD Rheinland-Pfalz (8. Juni 2012).

²⁸ Homepage NPD Sachsen (5. April 2012).

²⁹ „Deutsche Stimme“ Nr. 4/2012, April 2012, S. 5.

³⁰ Redebeitrag von Udo Pastörs auf dem „Politischen Aschermittwoch“ der saarländischen NPD in Völklingen am 22. Februar 2012.

Die wohlwollende Haltung der NPD gegenüber dem historischen Nationalsozialismus kommt in öffentlichen Verlautbarungen nicht unmittelbar zum Ausdruck. Die fortwährende Polemik gegen vermeintlichen „Umerziehungszwang“, „Schuldskult“ und „nationalen Selbsthass“ ist indes Beleg für eine der seriösen Geschichtswissenschaft diametral entgegengesetzte Wahrnehmung des Hitler-Regimes. Die historische Aufarbeitung der NS-Diktatur sieht die NPD gleichsam als Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk mit anderen Mitteln. 1939 bis 1945 sei es den Alliierten um die Beseitigung Deutschlands als konkurrierende und erfolgreiche Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus gegangen, während in der Nachkriegszeit das Wiedererstarken des so wirkmächtigen deutschen „Volksgemeinschafts“-Gedankens bereits in Ansätzen habe verhindert werden sollen. Da der NPD unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen keine umfassende Umdeutung der nationalsozialistischen Geschichte möglich erscheint, beschränkt sie sich überwiegend auf kalkulierte Provokationen, Verweise auf vermeintlich positive Beispiele der NS-Herrschaft oder beiläufige Rechtfertigungen der damaligen Machthaber. Zu Äußerungen in Bezug auf den historischen Nationalsozialismus gibt die Argumentationsbroschüre für Mandats- und Funktionsträger den folgenden Ratschlag:

**Wohlwollende
Haltung gegenüber
dem historischen
Nationalsozialismus**

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. Auf dieses rückwärtsgewandte Themenfeld will uns der Gegner locken, weil er

- a) mit der historischen Ahnungslosigkeit und damit der ‚antifaschistischen‘ Verblendung der Zeitgenossen rechnen kann und*
- b) damit bestens von seinem politisch-ökonomischen Gegenwartsversagen ablenken kann.“*

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 54)

Die Charakterisierung des Dritten Reichs als menschenverachtende Gewalt- und Willkürherrschaft gründet aus Sicht der NPD entweder auf Unkenntnis oder auf dem Motiv, dem deutschen Volk schaden zu wollen. In Bezug auf die „Schuldfrage“

Deutschlands wird in der Handreichung folgende Argumentation vorgeschlagen:

„Am antideutschen Schuldskult und an einseitiger Trauerarbeit beteiligt sich die NPD grundsätzlich nicht. Was damals auch immer passiert sein mag – mich trifft weder eine Mitschuld noch beeinflusst das mein Verhältnis zu Deutschland. (...) Es muß Schluß sein mit dem widerlichen Schuldskult der Nestbeschmutzer.“

(NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin 2012, S. 55)

Das Gedenken an die Opfer der alliierten Luftangriffe auf Dresden (Sachsen) am 13. Februar 1945 ist aus Sicht der NPD in besonderer Weise geeignet, um die Schuldfrage für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs umzudeuten und die Gräueltaten des NS-Regimes zu relativieren. Der im Jahr 2005 mit der Wortwahl „Bomben-Holocaust“ kalkulierte Eklat soll der Partei also nicht nur Aufmerksamkeit verschaffen, sondern revisionistischen Positionen Vorschub leisten. Beispielhaft für eine solche Instrumentalisierung war wiederum eine Äußerung Gansels vom 7. Februar 2012 anlässlich der Angriffe auf Dresden im Jahr 1945. Dabei ging es ihm weniger um die Faktenlage als um die zu erringende „Deutungshoheit“. Es sei wichtig, den „Exzessen einer selektiven, zu Lasten des eigenen Volkes gehenden Vergangenheitsbewältigung“ entgegenzuwirken. Die Generation der Großeltern, die Geschichte noch jenseits der „Umerziehungsdogmen“ und „antideutschen Geschichtslügen“ kenne, trete bald unwiderruflich ab. Damit dann nicht die „große Stunde der Geschichtsverdreher“ schlage, müsse auch weiterhin von der „polnischen Daueraggression als Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“ berichtet werden. „Systematische Schuldneurotisierung“ und „injizierte Schuldgefühle“ seien ein entscheidendes Machtinstrument zur Niederhaltung des deutschen Volkes.³¹ Im Kontext der Finanzkrise variierte Gansel diese Argumentation mit der Behauptung, „Selbsterniedrigungsrituale“ und „krankhafter Schuldskult“ dienten dazu, die Deutschen als „Volksgemeinschaft“ aufzulösen und stattdessen eine permanente „neudeutsche Schuld- und Zahlgemeinschaft“ zu etablieren.³²

³¹ Homepage NPD Sachsen (7. Februar 2012).

³² Homepage NPD Sachsen (20. Mai 2012).

Auch in beiläufigen Bemerkungen von NPD-Funktionären kommen die revisionistischen Auffassungen der Partei zu den Ursachen des Zweiten Weltkriegs zum Ausdruck. Der bayerische NPD-Funktionär Manfred Waldukat forderte, Deutschland, dem von fremden und noch heute herrschenden Mächten ein verheerender Krieg aufgezwungen worden sei, müsse in seinen Grenzen von 1937 wiedervereinigt werden.³³ Die frühere Vorsitzende des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF; vgl. Kap. III, Nr. 1.4.2) Edda Schmidt mahnte an, der Opfer der Wehrmachtssoldaten zu gedenken, die als Helden ihre Heimat geschützt hätten.³⁴

Die NPD stellt vermeintliche Leistungen des NS-Regimes als vorbildhaft heraus. So führte die NPD-Jugendorganisation JN in ihrem Jahreskalender 2012 zum „Tag der nationalen Arbeit“ aus, in der klassenlosen „Volksgemeinschaft“ des Dritten Reichs hätten sich „Arbeiter der Stirn“ und „Arbeiter der Faust“ aufgrund des hohen gegenseitigen Respekts miteinander identifizieren können. Zwischen 1933 und 1938 seien die Arbeitslosenzahlen von über sechs Millionen auf fast 100.000 gesunken, mit Blick auf die heutigen Zahlen bedeute dies eine Bankrotterklärung für die Bundesregierung. Die „BRD“ habe zielgerichtet die „deutsche Wertarbeit“ zerstört, für die Deutschland in aller Welt als Vorbild gegolten habe.³⁵ Mit derartigen Darstellungen versucht die NPD, das Dritte Reich als erfolgreichen Gegenentwurf zum heutigen „Bankrottsystem“ erscheinen zu lassen.

1.2 Strategische Ansätze

Die sogenannte Vier-Säulen-Strategie – „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um den organisierten Willen“ – verdeutlicht seit Jahren das Bemühen der NPD, den demokratischen Verfassungsstaat auf unterschiedlichen Ebenen umfassend zu bekämpfen. **„Vier-Säulen-Strategie“**

Theorie- und Programmarbeit sollen das Argumentationsniveau der Parteikader schärfen und sie in die Lage versetzen, gesellschaftlich relevante Themen flexibler aufzugreifen und in den

³³ „Deutsche Stimme“ Nr. 11/2012, November 2012, S. 5.

³⁴ „Deutsche Stimme“ Nr. 11/2012, November 2012, S. 24.

³⁵ „JN Jahrweiser 2012“, Kalenderblatt Mai.

eigenen ideologischen Deutungskontext zu integrieren. Als strukturstärkster Landesverband verfügt die sächsische NPD mit dem „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ zudem über eine Einrichtung, die den Ideenaustausch der „politischen Rechten“ in ihrer gesamten Bandbreite fördern soll – „von Nationalkonservativen, Burschenschafnern und Freiheitlichen bis hin zu Nationalrevolutionären und nationalen Solidaristen“. Der Leiter des Bildungswerks und gleichzeitige Pressesprecher der sächsischen NPD-Landtagsfraktion Thorsten Thomsen bezeichnet die zweimal jährlich stattfindenden Seminare für „Schüler, Studenten und junge Nachwuchskräfte“ sowie die Herausgabe der Theoriezeitschrift „hier & jetzt“ als Tätigkeitsschwerpunkte des Bildungswerks.³⁶ Mit diesen Veranstaltungs- und Veröffentlichungsreihen, die ein für das rechtsextremistische Spektrum verhältnismäßig hohes intellektuelles Niveau aufweisen, erreicht die NPD tatsächlich ein über das unmittelbare Umfeld hinausgehendes Teilnehmer- und Leserpublikum. Gleichwohl bleibt die Partei von der Einflussnahme auf einen gesellschaftspolitisch relevanten Diskurs weit entfernt.

Die Straßenpräsenz durch Aufmärsche, Kundgebungen und Informationsstände ist für die NPD weiterhin von Gewicht. Sie zielt damit auf eine möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit. Nach innen soll das Mobilisierungspotenzial der Partei erhalten und der bundesweite Geltungsanspruch unterstrichen werden. Die reale Präsenz vor Ort bleibt für die NPD trotz der zunehmenden Bedeutung elektronischer Medien unverzichtbar.

Große strategische Relevanz haben darüber hinaus die Sitze der NPD in Kommunal- und Landesparlamenten – dies ist aber keineswegs als Zustimmung zur repräsentativen Demokratie zu werten. Die bundesweit rund 330 Kommunal- sowie 13 Landtagsmandate der Partei in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern begünstigen vielmehr einen kontinuierlichen organisatorischen Auf- und Ausbau der Partei. Die „Parlamentsarbeit“ bietet für die NPD außerdem eine Agitationsplattform mit beachtlichem öffentlichem Widerhall, Professionalisierungsmöglichkeiten für ihre Parteifunktionäre und zusätzliche finanzielle Ressourcen.

³⁶ Homepage „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ (4. Dezember 2012).

Die NPD sieht sich insgesamt als parlamentarischer Arm eines übergeordneten „nationalen Widerstands“ und erhebt den Anspruch, dessen unterschiedliche Kräfte im „Kampf um den organisierten Willen“ zu bündeln. Die szeninterne Bedeutung der Partei ist vor allem von ihrer Kooperationsfähigkeit mit den parteiunabhängigen „Freien Nationalisten“ abhängig. Die Mobilisierungsfähigkeit der NPD wird erheblich von dieser nicht spannungsfreien „Volksfront“ bestimmt.

Im Verhältnis zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ ist indes keine eindeutige Führungsrolle der Partei auszumachen. Ebenso kann nicht von einer bundesweit gleichgewichteten Machtkonstellation innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums die Rede sein. Verflechtungsgrad und Kooperationsintensität zwischen parteiorientierten und parteiunabhängigen Akteuren sowie deren Selbstverständnis weisen im regionalen Vergleich beträchtliche Unterschiede auf. Sie reichen von prinzipiell getrennten oder gar konkurrierenden Ansätzen bis hin zu einem symbiotischen, von einem einheitlichen Willen geprägten Vorgehen. Reichweite und Bedeutung lokaler Auseinandersetzungen zwischen der NPD und neonazistischen Aktivisten sind deshalb oft schwierig zu bestimmen. Generell aber gilt, dass für die NPD die grundsätzliche Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“ wegen des damit verbundenen Wirkungspotenzials unverzichtbar bleibt und überdies auch wegen der erheblichen ideologischen Schnittmenge nicht zur Disposition steht.

**Fortbestand der
„Volksfront“**

Nach Übernahme des Parteivorsitzes durch Apfel im November 2011 wurden rasch Stimmen laut, die angesichts des von ihm angekündigten Kurses einer „seriösen Radikalität“ einen baldigen Erosionsprozess im Verhältnis zwischen NPD und Kameradschaftsszene prognostizierten. Tatsächlich deuteten im ersten Halbjahr 2012 die Rücktritte regionaler, in der neonazistischen Szene verankerter NPD-Funktionäre in Sachsen und Bayern auf eine sich rasch auflösende Kooperationsbereitschaft der „Freien Nationalisten“ hin.³⁷ Im Einzelfall dürfte aber kaum zu beurteilen sein, ob in diesen Fällen der vermeintlich zu „gemäßigte“ und „angepasste“ Kurs der neuen Parteiführung als genannter Rückzugsgrund nicht von anderen Motiven überlagert wurde. Die NPD

³⁷ Nachrichtenportal „DeutschlandEcho“ (8. März 2012 und 7. Mai 2012) und Homepage „Freies Netz Süd“ (7. Mai 2012).

bezeichnete die „abtrünnigen“ Funktionäre als „Querulanten“ oder „Saboteure“, deren Handeln von egoistischen Interessen bestimmt sei.³⁸ Zu einem völligen Bruch in der Zusammenarbeit zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ in Bayern oder Sachsen ist es jedenfalls nicht gekommen. Beide Seiten versicherten, für eine Kooperation mit den „konstruktiven Kräften“ der jeweiligen Gegenseite grundsätzlich zur Verfügung zu stehen. In Sachsen etwa zeigt sich die Zusammenarbeit zwischen Partei und „Freien Nationalisten“ darin, dass der neonazistische Führungsaktivist Maik Scheffler seit Sommer 2011 als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender fungiert. Die NPD Mecklenburg-Vorpommern wiederum demonstrierte auf ihrem Landespartei-tag am 24. November 2012 eine gegenüber dem System bzw. den „Feinden unseres Volkes“ identische Interessenlage von Partei und „Freien Nationalisten“. Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Gielnik appellierte, als einheitliche Bewegung dürfe man sich nicht auseinanderdividieren lassen. Eine Trennung „zu irgendwelchen Gruppen“ komme für die NPD nicht in Betracht, solange diese „im Sinne unseres Volkes wirkten und handeln“.³⁹

Kampagnenthemen der NPD

Auch unter der Leitung Apfels blieb die NPD im Jahr 2012 weit von einer effektiven Kampagnenfähigkeit entfernt. Anders als in den letzten Jahren der Ära Udo Voigt wurden jedoch mobilisierungs- und anknüpfungstaugliche Themen nunmehr strukturierter und systematischer bearbeitet und anschließend agitatorisch umgesetzt. Hierbei spielten 2012 – wie schon im Vorjahr – die Themen Finanz- und Euro-Krise sowie die vermeintliche Überfremdung durch „Asylmissbrauch“ und „Islamisierung“ eine besondere Rolle (vgl. Kap. V, Nr. 2).

Am 12. Juli 2012 startete die NPD eine bundesweite „Deutschlandtour“, an der sich durchweg Spitzenfunktionäre der Partei beteiligten. Innerhalb eines Monats fanden in 52 Städten Kundgebungen gegen EU und Euro statt. Die NPD setzte hierbei einen LKW ein, an dem gut sichtbar das NPD-Logo und großflächige Aufschriften wie „Heimat bewahren – Einwanderung stoppen“, „Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein“ oder „Raus aus dem Euro“ angebracht waren. Den Abschluss der Rundfahrt bildete das „Deutsche Stimme“-Pressefest am 11. August 2012

³⁸ Homepage NPD Sachsen (7. März 2012); Facebook-Seite NPD Bayern (7. Mai 2012).

³⁹ Homepage NPD Mecklenburg-Vorpommern (27. November 2012).

in Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern). Die geringen Teilnehmerzahlen in den jeweiligen Orten der Deutschlandtour blieben hinter den Erwartungen der NPD zurück. Dennoch verbuchte die Partei die Aktion als „vollen Erfolg“, denn es ging ihr auch darum, durch die auf alle Bundesländer verteilten Kundgebungen ihren bundesweiten Geltungsanspruch und ihre Straßenpräsenz zu unterstreichen und den Anhängern der Partei ein Motivations- und Mobilisierungssignal zu senden.⁴⁰

Der sächsische NPD-Landesverband veranstaltete vom 30. Oktober bis 3. November 2012 eine „inländerfreundliche Aktionswoche“ unter dem Motto „Einmal Sachsen und zurück – Asylmißbrauch & Islamisierung stoppen!“. Im Rahmen der Kampagne wurden unter aktiver Beteiligung der NPD-Landtagsabgeordneten Kundgebungen in neun Städten durchgeführt – jeweils in räumlicher Nähe zu Moscheen oder Asylbewerberunterkünften. Ungeachtet des auch hier mäßigen Zuspruchs der Anhängerschaft vor Ort wertete die NPD die „Aktionswoche“ wiederum als Erfolg, denn durch die tagelange Berichterstattung sei die mediale „Schweigespirale“ durchbrochen worden.⁴¹ Analog zur Eurokrise sieht die NPD auch in dem Thema Islam bzw. Islamisierung ein kampagnentaugliches Agitationsfeld mit „Türöffnerqualitäten“.



1.3 Organisation und Entwicklung

2012 war die Mitgliederzahl der NPD erneut rückläufig und sank auf 6.000 Personen (2011: 6.300).⁴² Die nach dem Amtsantritt Apfels als Bundesvorsitzender im November 2011 verstärk auf-tretenden Spannungen im Verhältnis zu den „Freien Nationalisten“ und die damit einhergehende Kritik an einer vermeintlich zu „gemäßigten“ Neuausrichtung der Partei dürften zu diesen Verlusten beigetragen haben.

Mitglieder- entwicklung

Die finanzielle Situation der NPD ist seit Jahren angespannt. Nach mehrjährigem Rechtsstreit hat das Bundesverwaltungsgericht am

Finanzsituation der NPD

⁴⁰ „Deutsche Stimme“ Nr. 9/2012, September 2012, S. 13 und Nr. 10/2012, Oktober 2012, S. 14.

⁴¹ Facebook-Seite „Einmal Sachsen und zurück“ (25. Oktober 2012).

⁴² Nach Angaben der NPD auf dem Bundesparteitag am 20./21. April 2013 in Weinheim (Baden-Württemberg) verfügte die Partei Ende 2012 nur noch über rund 5.400 Mitglieder.

12. Dezember 2012 die Sanktionsforderung gegen die NPD wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts für das Jahr 2007 auf 1,27 Millionen Euro festgesetzt – hierdurch hat sich die wirtschaftliche Notlage der Partei erheblich verschärft. Obwohl damit rund 40% des jährlichen Gesamtbudgets der NPD weggebrochen sind, versuchte die Partei nicht, die Folgen dieser Strafe durch eine Stundungs- und Tilgungsvereinbarung abzumildern. Die Bundestagsverwaltung hat die Forderung mit den der NPD 2013 zustehenden Abschlagszahlungen aus der staatlichen Teilfinanzierung verrechnet. Unterdessen setzt die NPD die juristische Auseinandersetzung um den Rechenschaftsbericht 2007 vor dem Bundesverfassungsgericht fort.⁴³

**NPD profitiert nicht
von Verschmelzung
mit der DVU**

Von der Ende 2010 erfolgten Fusion mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) konnte die NPD auch im Jahr 2012 weder in Bezug auf Mitgliederpotenzial noch hinsichtlich einer erhöhten Aktionsfähigkeit profitieren.

Die DVU, die nach der Verschmelzung mit der NPD in politische Agonie gefallen war, löste sich im Mai 2012 schließlich endgültig auf. Bereits kurz nach der Fusion stellten die meisten Landesverbände ihre Aktivitäten ein, ohne sich dabei offiziell aufzulösen. In einem Beitrag auf der Homepage des DVU-Landesverbandes Niedersachsen vom 29. Mai 2012 empfahl dieser den verbliebenen Mitgliedern, sich einer anderen „freiheitlichen“ Organisation anzuschließen. Vorangegangen war eine Vorentscheidung des Landgerichts München (Bayern) vom 27. Januar 2012, in der die Aussichtslosigkeit der Klagen von drei verbliebenen DVU-Landesverbänden festgestellt worden war, die sich gegen die Fusionsentscheidung der DVU gewandt hatten. Das Gericht stellte fest, dass die Kläger als unselbstständige Untergliederungen der DVU nicht berechtigt seien, die Unwirksamkeit von Mitgliederbeschlüssen der Bundespartei geltend zu machen.

Die mit dem Wechsel von Voigt zu Apfel in der NPD-Parteianhängerschaft erhoffte Aufbruchstimmung stellte sich nicht ein. Der

⁴³ Das Bundesverfassungsgericht hat am 14. Mai 2013 im Wege einer einstweiligen Anordnung entschieden, dass die zum 15. Mai 2013 und 15. August 2013 anstehenden Abschlagszahlungen an die NPD im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung vorläufig nicht mit dem Zahlungsanspruch verrechnet werden dürfen, den die Bundestagsverwaltung gegen die NPD wegen Unrichtigkeiten in deren Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 festgesetzt hat (Beschluss vom 14. Mai 2013, 2 BvR 547/13).

neue Parteivorsitzende konnte sein Professionalisierungsversprechen – verbunden mit Stichworten wie Strukturausbau, Qualifizierung, Bürgernähe, Medienkompetenz, Kampagnenfähigkeit oder konsequenter Gegenwartsbezug – und die sich daran knüpfenden Erwartungen nicht erfüllen. Die Bandbreite der 2012 getroffenen Personalentscheidungen – auf der einen Seite die Wahl des sächsischen Landesvorsitzenden Mario Löffler, der den Anspruch erhebt, die NPD auch für „Rechtskonservative“ attraktiv zu machen,⁴⁴ und auf der anderen Seite die Wahl der exponierten neonazistischen Aktivisten Sebastian Schmidtke und Daniel Knebel zu Landesvorsitzenden in Berlin bzw. in Hessen – verdeutlichen das in sich widersprüchliche Modernisierungskonzept der Partei. Eine innovative Erneuerung in der Außendarstellung bei gleichzeitig strikter Beibehaltung der ideologischen Positionen erwies sich als nicht durchführbar. Vergleichsweise aufwendige Kampagnen im zweiten Halbjahr 2012, an denen sich die Führungsfunktionäre der NPD nahezu geschlossen beteiligten, deuteten immerhin eine verstärkte parteiinterne Abstimmung und Binnenkommunikation an. Ein Mobilisierungsschub in der eigenen Mitglieder- bzw. Anhängerschaft ergab sich daraus aber nicht.

Die Partei selbst machte für die Schwierigkeit, Sympathisanten oder neue Mitglieder zu gewinnen, die allgemeine „mediale Hetze“ gegen „nationale Politik“ sowie die andauernde Diskussion über ein erneutes NPD-Verbotsverfahren verantwortlich. Um der Anhängerschaft gegenüber Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und die Initiative zurückzugewinnen, reichte die NPD beim Bundesverfassungsgericht einen am 8. November 2012 datierten Antrag auf Feststellung der Verfassungskonformität ein.⁴⁵ Am 14. Dezember 2012 hat der Bundesrat beschlossen, ein Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD nach Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz einzuleiten.

Gradmesser für die Erfolgsbilanz des neuen Bundesvorsitzenden Apfel sind die für die NPD äußerst enttäuschenden Resultate bei den drei Landtagswahlen im Jahr 2012. Im Vergleich zu den bereits schlechten Ergebnissen in den vorausgegangenen Wahlen verlor die Partei durchgängig weiter an Zuspruch. Während sie bei der Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 immerhin noch

Teilnahme an Wahlen

⁴⁴ Homepage NPD-Landesverband Sachsen, 22. Januar 2012.

⁴⁵ Mit einem am 5. März 2013 veröffentlichten Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht den NPD-Antrag verworfen (Beschluss vom 20. Februar 2013, 2 BvE 11/12).

auf einen Stimmenanteil von 1,2% (absolut: 5.606 Stimmen) kam, fiel sie bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 (0,7%; absolut: 9.832 Stimmen) und Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 (0,5%; absolut: 39.993 Stimmen) sogar deutlich unter die für die staatliche Teilfinanzierung von Parteien bei Landtagswahlen entscheidende Ein-Prozent-Hürde.

Bewertung Die ideologischen Positionen der NPD sind weiterhin Ausdruck eines geschlossen rechtsextremistischen Weltbilds. Der Führungswechsel von Voigt zu Apfel im November 2011 hatte mithin keine inhaltliche Mäßigung der Partei zur Folge. Das vom neuen Bundesvorsitzenden propagierte Erneuerungskonzept sollte sich vielmehr auf die Außendarstellung und Organisation der NPD konzentrieren, blieb aber in weiten Teilen erfolglos. Belege hierfür waren insbesondere der 2012 fortdauernde Mitgliederrückgang und die schwachen Landtagswahlergebnisse der Partei. Dennoch konnte die NPD in Ansätzen parteiinterne Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse verbessern.

Trotz der aus Sicht der Partei bislang enttäuschenden Bilanz Apfels und der vermehrt laut gewordenen Kritik an einem vermeintlich zu „angepassten“ Auftreten der Führungsmannschaft ist kein grundlegender Kurswechsel der NPD zu erwarten. Als NPD-Fraktionsvorsitzendem im Sächsischen Landtag stehen Apfel erhebliche personelle und materielle Ressourcen und damit eine maßgebliche Machtbasis in der Gesamtpartei zur Verfügung. Diese Mittel wird er nutzen, um die NPD in den für die Partei strategisch wichtigen Wahljahren 2013 und 2014 möglichst weiter nach seinem – objektiv allerdings widersprüchlichen – Konzept der „seriösen Radikalität“ auszurichten.

1.4 Unterorganisationen

Die NPD verfügt über drei relevante Unterorganisationen: die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), die Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) und die „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV).

1.4.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Gründung:	1969
Sitz:	Riesa (Sachsen)
Bundesvorsitzender:	Andy Knappe
Mitglieder:	350 (2011: 350)
Publikation:	Zentralorgan „Der Aktivist“, unregelmäßige Erscheinungsweise



Mit den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) verfügt die NPD über eine vergleichsweise gut ausgebaute Jugendorganisation, die laut Satzung „integraler Bestandteil“ der Gesamtpartei ist. Ungeachtet ihrer organisatorischen Einbindung sind die JN bemüht, ihre Autonomie und Eigenständigkeit herauszustellen und betonen vor diesem Hintergrund die unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen von JN und NPD. Während die Mutterpartei als parlamentarischer Arm der „nationalen Opposition“ fungieren soll, sehen die JN ihren Tätigkeitsschwerpunkt im „vorpolitischen Raum“ und in der Bindegliedfunktion zu den „Freien Nationalisten“. Darüber hinaus streben sie die Ausbildung von Nachwuchskräften zu einer „charakterlich und weltanschaulich geschulten Elite“⁴⁶ an. Der baden-württembergische JN-Landesvorsitzende Martin Krämer äußerte dazu:

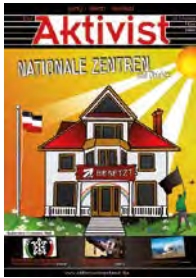
„Es gilt, aus deutschen Jugendlichen eine neue Führungselite heranzuziehen, die in der Lage ist, mittelfristig Fackelträger für unsere Heimat zu werden.“

(„Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 7)

Aufgrund ihres elitären Selbstverständnisses stellen die JN zumindest theoretisch hohe Ansprüche an ihre Aktivisten. So dürfe sich der „Feldzug gegen die derzeit Herrschenden“ nicht auf öffentlichkeitswirksame Aktionen beschränken, sondern müsse auch

⁴⁶ JN-Kalender 2011: „Unsere Gemeinschaft“, S. 22.

im privaten Umfeld fortgeführt werden, indem dort die „Bräuche und Sitten unseres Blutes“ bewahrt und verteidigt würden.⁴⁷



Im Jahr 2012 kam es innerhalb der Jugendorganisation zu diversen Veränderungen, die teilweise auch als Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeiten gedeutet werden können. So überarbeiteten die JN ihr Zentralorgan „Der Aktivist“ in konzeptioneller und gestalterischer Hinsicht. Die im Gegensatz zu früheren Ausgaben durchgängig farbig gestaltete und deutlich umfangreichere Publikation erhebt nunmehr den Anspruch, ein „Blatt für die ganze Bewegung“⁴⁸ zu sein und spiegelt somit die angestrebte Bindegliedfunktion der JN wider.

Mitte Oktober 2012 gab die NPD die Verlegung der JN-Bundesgeschäftsstelle von Halberstadt (Sachsen-Anhalt) in die Räumlichkeiten des „Deutsche Stimme“-Verlags nach Riesa (Sachsen) bekannt.

Am 27. Oktober 2012 wählte die Jugendorganisation in Kirchheim (Thüringen) bei ihrem Bundeskongress einen neuen Vorstand. Zum Nachfolger des bisherigen JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer, der nach fünfjähriger Amtszeit nicht erneut kandidiert hatte, wurde sein bisheriger Stellvertreter Andy Knappe bestimmt. Im Nachgang zu seiner Wahl kündigte der neue Vorsitzende ideologische und strategische Kontinuität an, wies jedoch im Hinblick auf die strukturellen Schwächen der Jugendorganisation auch auf die Notwendigkeit hin, in verschiedenen Punkten Nachbesserungen vorzunehmen.⁴⁹

Auch im vergangenen Jahr brachten die JN in diversen Verlautbarungen ihre Ablehnung gegen das als „widernatürlich“⁵⁰ charakterisierte demokratische System zum Ausdruck. Der Bundesschulungsleiter Pierre Dornbrach schrieb hierzu:

„Gerade wir als Nationalisten wissen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Einem System, das sich auf Mehrheitsentscheidungen

⁴⁷ „Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 34 f.

⁴⁸ „Der Aktivist“, Ausgabe 1/2012, S. 3.

⁴⁹ Internet-TV-Kanal „FSN-TV“ (28. Oktober 2012).

⁵⁰ „Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 34 f.

stützt, kann demnach auch keine Ewigkeitsgarantie ausgesprochen werden.“

(„Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 20)

Konsequenterweise verfolgt die Jugendorganisation das Ziel der Systemüberwindung. In einem Artikel, der die heutigen politischen Verhältnisse mit der Situation zur Zeit des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der damaligen DDR verglich, drohte sie:

„Wir werden uns weiterentwickeln, wir werden besser werden und wir werden ein verrottetes System genau so aus den Angeln heben, wie es Geschlechter vor uns taten.“

(„Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 31 ff.)

Als ideale Staatsform propagieren die JN nach wie vor einen „Nationalen Sozialismus“, der auf einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ basiert. In diesem Zusammenhang fordern sie das „Loslösen vom Individuum“ und setzen an dessen Stelle den „Wert der Gemeinschaft, des Stammes, der Sippe“.⁵¹

In völkisch-rassistischer Diktion wird das deutsche Volk als „Schicksalsgemeinschaft“⁵² bezeichnet, die sich sowohl durch körperliche als auch seelische Eigenschaften von anderen Völkern unterscheidet, die „ein gänzlich anderes Gesicht, ein anders geartetes Seelenleben“⁵³ hätten. Vor dem Hintergrund dieses Denkmusters lehnen die JN die multikulturelle Gesellschaft vehement ab:

„Herunter mit der Maske der Tyrannen und zurück zum deutschen Volksgesicht! (...) Es gelang bereits schon einmal, diesen multikulturellen, seelisch entgleisten Berliner Moloch zu befreien. Auch damals waren es Unbekannte, die einer Idee, einer Weltanschauung folgend, das scheinbar Unmögliche erreichten.“

(„Der Aktivist“, Ausgabe 1/2012, S. 8)

⁵¹ Homepage JN-Bundesverband (20. Januar 2012).

⁵² Homepage JN-Bundesverband (14. August 2012).

⁵³ Homepage JN-Bundesverband (19. Juni 2012).

Im Jahr 2012 setzten die JN ihre „Volkstodkampagne“ fort und instrumentalisierten den demographischen Wandel in Deutschland für ihre rechtsextremistische Agitation: Sie zeichneten ein düsteres Szenario vom Aussterben des deutschen Volkes und behaupteten, die demographische Entwicklung sei das Ergebnis einer vorsätzlich volksfeindlichen Politik. Vor diesem Hintergrund forderten sie:

„Eine Zukunft für uns kann es mit den verantwortlichen Akteuren, die diese Katastrophe zu verantworten haben, nicht mehr geben! Wir müssen sie selbst erkämpfen, wenn nicht die Geschichte eines vier-tausendjährigen Kulturvolkes in zwei Generationen Vergangenheit sein soll.“

(Homepage JN-Bundesverband, 19. September 2012)



Zudem beteiligte sich die Jugendorganisation 2012 an der NPD-Kampagne „Raus aus dem Euro“ und initiierte in diesem Zusammenhang auch eigene öffentlichkeitswirksame Aktionen. So verteilten JN-Aktivist*innen in mehreren deutschen Städten themenbezogene Flugblätter und Propagandamaterialien. Teilweise kopierten sie hierbei eine neonazistische Aktionsform der 1970er Jahre, indem sie mit Eselsmasken und Umhängeschildern auftraten.⁵⁴

Von den JN initiierte Demonstrationen erlangten auch 2012 nur selten überregionale Bedeutung. Die größte Kundgebung richtete die Jugendorganisation mit rund 250 Teilnehmern im Rahmen ihrer „Volkstodkampagne“ am 20. Oktober 2012 in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) aus.

⁵⁴ Ende der 1970er Jahre demonstrierten Neonazis mit Eselsmasken und Schildern mit der Aufschrift „Ich Esel glaube noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden.“

1.4.2 „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)

Gründung:	2006
Sitz:	Egeln (Sachsen-Anhalt)
Bundsvorsitzende:	Sigrid Schüßler
Mitglieder:	über 100 (2011: über 100)



Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) wurde im September 2006 als Sprachrohr und Ansprechpartner für alle „nationalen“ Frauen gegründet. Die Mitgliedschaft im RNF ist nicht an eine Parteimitgliedschaft in der NPD gebunden, für die Übernahme von Funktionen schreibt die RNF-Satzung allerdings eine NPD-Zugehörigkeit vor. Der RNF erstellt Themenflugblätter zur Frauen- und Familienpolitik, in denen z.B. die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter propagiert und die Kindererziehung durch gleichgeschlechtliche Partner abgelehnt wird. Auf einer eigenen Internetseite werden Pressemitteilungen und Berichte über Aktivitäten der Organisation veröffentlicht. Vertreterinnen des RNF nehmen an Demonstrationen der Mutterpartei teil oder organisieren Infostände auf Parteiveranstaltungen, wie z.B. beim „Deutsche Stimme“-Pressefest am 11. August 2012 in Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern).



Nachdem im Februar 2012 die bisherige RNF-Vorsitzende Edda Schmidt von ihrem Amt zurückgetreten war, wurde auf einem Bundeskongress am 28. April 2012 in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) Sigrid Schüßler aus Bayern zur neuen Bundsvorsitzenden gewählt. Sie gehört kraft Amtes auch dem NPD-Bundesvorstand an. Zu ihren Stellvertreterinnen wurden die sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Gitta Schüßler, die von 2006 bis 2009 als Vorsitzende des RNF amtiert hatte, sowie die bisherige Schatzmeisterin Heidrun Walde gewählt.

Sigrid Schüßler kündigte eine Änderung des Führungsstils an – durch neue Impulse und Ideen wolle sie den RNF aus der Sackgasse herausführen, in den er „auch durch eigene, zu hoch gesetzte Erwartungen“ geraten sei.⁵⁵ In einem ersten

⁵⁵ Nachrichtenportal „DeutschlandEcho“ (29. April 2012).



Rundschreiben an die RNF-Mitglieder äußerte Schüßler, der RNF habe alle Freiheit, sich selbst „als nationale Frauenorganisation zu erfinden, auszuprobieren, zu gestalten, zu präsentieren, und unsere eigenen Impulse nach außen zu senden“. Es gelte aber, nicht wie etablierte Politikerinnen die besseren Männer sein zu wollen und zu „Mannweibern“ zu mutieren, sondern Frau zu bleiben und so Frauen anzusprechen.⁵⁶ Frauen, so die Bundesvorsitzende in einem Artikel für die Märzausgabe des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ (DS), nähmen in ihrem von „Natur aus angedachten Beruf der Mutter“ die zentrale Rolle für die „geistige und körperliche Gesunderhaltung“ und die „Wiederherstellung des Wohles unseres Volkes“ ein.⁵⁷

1.4.3 „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV)

Gründung:	2003
Sitz:	Dresden (Sachsen)
Bundesvorsitzender:	Hartmut Krien

Die 2003 gegründete „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV) versteht sich als bundesweite Interessenvertretung für kommunale Mandatsträger der Partei.

Am 16. September 2012 fand in Plauen (Sachsen) der Bundeskongress der KPV statt. Bei der Vorstandsneuwahl wurde die Mehrheit der KPV-Funktionäre in ihren Ämtern bestätigt. Als KPV-Bundesvorsitzender fungiert weiterhin der Dresdner NPD-Stadtrat Hartmut Krien, der dieses Amt seit 2007 bekleidet. Auch Kriens Stellvertreter, der NPD-Multifunktionär Karl Richter, wurde wiedergewählt. Im Rahmen des Bundeskongresses wurden die Vorbereitungen für das „Super-Kommunalwahljahr 2014“ in den Mittelpunkt der Aktivitäten gerückt. Insbesondere gelte es, geeignete Kandidaten „langfristig vorzubereiten“⁵⁸, denn, so bemerkte

⁵⁶ Homepage NPD Landesverband Bayern (2. Mai 2012).

⁵⁷ „Deutsche Stimme“ Nr. 3/2012, März 2012, S. 21.

⁵⁸ Homepage KPV (21. September 2012).

der KPV-Bundesvorsitzende selbstkritisch, der Mangel an fähigen Personen sei das Hauptproblem der NPD auf kommunaler Ebene:

„Die Schwachstelle ist nicht der Wähler – sondern der geeignete Kandidat/Mandatsträger vor Ort.“

(Homepage KPV, 21. September 2012)

Die KPV zielt darauf ab, die kommunalpolitischen Aktivitäten der NPD zu professionalisieren. In Schulungen für Mandatsträger werden Vernetzung und Erfahrungsaustausch gefördert. Ferner prangert die Vereinigung angebliche Benachteiligungen von NPD-Mandatsträgern öffentlichkeitswirksam an und gibt den Abgeordneten Ratschläge in Bezug auf ihr Verhalten in einem „feindlich gesonnenen Gremium“⁵⁹. Langfristig will die KPV Vorkehrungen für einen von ihr prognostizierten wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands treffen, indem sie ein „Heer von geschulten Kameraden“ heranbildet, die zu gegebener Zeit „die gesamte mittlere Leitungsebene von einem Tag zum anderen (...) übernehmen“.⁶⁰

Aufgabenfeld der KPV

Bundesweit verfügt die NPD über rund 330 Kommunalmandate. Mehr als drei Viertel davon entfallen auf die neuen Bundesländer. In Anbetracht der antiparlamentarischen Ausrichtung der NPD hat die Kommunalpolitik jedoch nur eine instrumentelle Bedeutung für die Partei: Kommunale Mandate sollen neue Agitationsplattformen erschließen, die lokale Verankerung vorantreiben und letztlich den Grundstein für Erfolge auf Landes- und Bundesebene legen.

Bedeutung der Kommunalpolitik für die NPD

⁵⁹ NPD-Broschüre „Der NPD-Landesverband Sachsen stellt sich vor“, S. 15.

⁶⁰ „Deutsche Stimme“ Nr. 1/2010, Januar 2010, S. 3.

2. „DIE RECHTE“



Gründung:	2012
Sitz:	Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)
Bundesvorsitzender:	Christian Worch
Mitglieder:	150

Am 27. Mai 2012 fand in Hamburg unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Gründungsparteitag der Partei „DIE RECHTE“ statt. Neben dem zum Bundesvorsitzenden gewählten, langjährig aktiven Neonazi Christian Worch gehören mehrere ehemalige Mitglieder der „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu den Gründungsmitgliedern: Ingeborg Loboeki wurde zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Schatzmeisterin gewählt, Martin Ziegler zum Beisitzer. Auf einem zweiten Bundesparteitag am 13. Oktober 2012 wurde der Bundesvorstand mit Dennis Giemsch und Sascha Krolzig um zwei weitere Beisitzer erweitert, die bis zu den Verboten des „Nationalen Widerstands Dortmund“ (NWDO) bzw. der „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm) als Führungsaktivisten in diesen neonazistischen Vereinigungen wirkten (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

Organisationsstruktur

„DIE RECHTE“ verfügte Ende 2012 über zwei Landes- und sechs Kreisverbände. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde am 15. September 2012 gegründet. Ihm gehören die Kreisverbände Dortmund, Hamm, Rhein-Erft, Mühlheim an der Ruhr und Münsterland an. Am 17. November 2012 folgte der Landesverband Hessen mit dem später hinzugekommenen Kreisverband Main-Kinzig.⁶¹

Programmatik und politische Ziele

Ihr Parteiprogramm hat „DIE RECHTE“ nach eigenen Angaben von der DVU übernommen, es sei allerdings in zahlreichen Punkten sprachlich sowie inhaltlich modernisiert und ergänzt worden

⁶¹ Am 26. Januar 2013 wurde der Landesverband Brandenburg gegründet, zum Vorsitzenden wurde der ehemalige DVU-Landesvorsitzende Klaus Mann gewählt. Am 24. Februar 2013 folgte die Gründung des Landesverbands Niedersachsen, zum Vorsitzenden wurde der Neonazi Hans-Robert Klug gewählt.

– u.a. durch Aussagen zur Energie- oder Europapolitik. Wenn gleich die Partei vorgibt, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen, sind die einzelnen Programmpunkte nationalistisch geprägt. Zur „Wahrung der Identität“ der Deutschen und zum Schutz des „deutschen Staatsvolkes“ fordert die Partei u.a. ein „Zurückdrängen der Amerikanisierung“ und anderer „übermäßiger fremder Einflüsse“, die „Eindämmung ungezügelter Zuwanderung“, die „Aufhebung der Duldung von Ausländern“ sowie ein „Werbeverbot in ausländischen Sprachen“.

Am 8. Juni 2012 erklärte Worch in Bezug auf die politische Ausrichtung der Partei, sie sei „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs [Partei Die Republikaner (REP)] und die ‚PRO-Bewegung‘“. Er kritisierte die Erfolglosigkeit der „verkrusteten“ NPD, die sich nach einer Phase der Stagnation in der Ära Voigts unter ihrem neuen Vorsitzenden Apfel nunmehr „noch erkennbarer in den Sinkflug“ begeben und unterstellte ihr nebenbei eine „möglicherweise sogar böswillige Zerschlagung der DVU“.⁶² Trotz des indirekten Werbens um enttäuschte NPD-Wähler erklärte Worch wenig später, seine Partei werde im „Fall eines NPD-Verbots“ nicht als „Auffangbecken für dann ehemalige NPD-Angehörige“ dienen.⁶³

Worch engagiert sich seit 35 Jahren überregional in der rechtsextremistischen Szene. Bis in die frühen 2000er Jahre zählte er zu den bundesweit bedeutendsten Protagonisten des Neonazi-Spektrums. Er organisiert auch heute noch neonazistische Kundgebungen und tritt dort als Redner auf. Seit dem Landtagswahlkampf 2009 in Brandenburg engagierte sich Worch für die DVU, u.a. in der Funktion eines „Organisationsreferenten“, ohne allerdings Parteimitglied gewesen zu sein. Er war ein entschiedener Gegner der Fusion von DVU und NPD.

Mit der Wahl der beiden Neonazis und zugleich Angehörigen des Spektrums der „Autonomen Nationalisten“ Giemsch und Krolzig in den Bundesvorstand der Partei „DIE RECHTE“ dürfte der neonazistische Einfluss auf Ausrichtung und Aktivitäten der Partei weiter zunehmen. Dies gilt insbesondere für den Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem etliche Aktivisten der verbotenen

**Führungs-
positionen durch
Neonazis besetzt**

⁶² Homepage „DIE RECHTE“ (8. Juni 2012).

⁶³ Homepage „DIE RECHTE“ (26. Juli 2012).

neonazistischen Organisationen beigetreten sind und dessen Vorstand mit vier ehemaligen Führungsfunktionären dieser Kameradschaften besetzt ist: Neben Giemsch und Krolzig wird der Landesverband von zwei weiteren ehemaligen Führungsfunktionären des NWDO bzw. der KS Hamm geleitet. Niemand von ihnen hat sich bislang von den Zielen dieser Organisationen distanziert.

**Bislang wenig
Aktivitäten der Partei**

Die politischen Aktivitäten der Partei „DIE RECHTE“ beschränken sich bislang vorrangig auf Maßnahmen zur Erlangung des Parteienstatus, wie z.B. die offenkundig angestrebten Wahlbeteiligungen. Eine ernsthafte Betätigung als Partei in der derzeitigen Gründungsphase ist noch nicht festzustellen.

Die Partei „DIE RECHTE“ beabsichtigt eine Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Bundestag im September 2013. Zudem hat Worch angekündigt, die Partei werde 2014 an den Wahlen des Europäischen Parlaments teilnehmen. Der Kreisverband Hamm beabsichtigt eine Beteiligung an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen führte am 23. Dezember 2012 in Dortmund zeitversetzt drei Kundgebungen mit etwa 100 Personen durch. Die Aktionen richteten sich gegen drei ortsansässige Landes- und Kommunalpolitiker, die sich wiederholt für die Bekämpfung des Rechtsextremismus eingesetzt hatten. Hierbei kann die Durchführung der Veranstaltungen in räumlicher Nähe zu den Wohnorten der Politiker durchaus als Versuch gewertet werden, eine Drohkulisse gegen missliebige Repräsentanten des demokratischen Systems und deren Engagement gegen extremistische Strukturen aufzubauen.

Bewertung

Programmatisch versucht „DIE RECHTE“, sich zwischen der „seriösen Radikalität“ der völkisch argumentierenden NPD und der vordergründig auf Mäßigung bedachten islamfeindlichen Pro-Bewegung zu positionieren. Allerdings erscheint angesichts der Besetzung maßgeblicher Führungspositionen mit langjährig aktiven Neonazis auch eine entsprechende politische Ausrichtung der Gesamtpartei denkbar. Dies dürfte auch zu innerparteilichen Spannungen führen, da „DIE RECHTE“ somit über eine große Bandbreite an Mitgliedern verschiedener ideologischer Überzeugungen verfügt – von neonazistischen Aktivisten bis hin zu ehemaligen DVU-Anhängern.

Aufgrund der bislang knappen personellen Ressourcen beschränkte sich die Partei bis Ende 2012 vorwiegend auf virtuelle Aktivitäten; so richteten einzelne Landes- und Kommunalverbände Internetpräsenzen ein und kommentierten dort tagespolitische Ereignisse. Insgesamt stellt „DIE RECHTE“ innerhalb des rechtsextremistischen Lagers derzeit keine tatsächliche Konkurrenz zur NPD dar: Trotz des Mitgliederschwundes verfügt die NPD über eine ungleich höhere Mobilisierungsfähigkeit als die Partei „DIE RECHTE“. Dennoch könnte einzelnen NPD-Mitgliedern angesichts des unklaren Parteikurses bzw. des bevorstehenden NPD-Verbotsverfahrens ein Wechsel zur Partei „DIE RECHTE“ opportun erscheinen.

3. „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)

Gründung:	2007
Sitz:	Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender:	Markus Beisicht
Mitglieder:	1.000 (2011: 1.000)



Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) wurde im Februar 2007 in Anlehnung an das lokale Modell der im Jahr 1996 entstandenen „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ („pro Köln“)⁶⁴ als Verein gegründet. Seit September 2007 ist „pro NRW“ als Partei tätig. Als Regionalpartei beschränkt „pro NRW“ ihre politische Tätigkeit mit ihren acht Bezirks- und 37 Kreisverbänden, darunter „pro Köln“, hauptsächlich auf das Land Nordrhein-Westfalen,

⁶⁴ Mit Urteil vom 26. Juni 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass der Bericht über die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ in den Berichtsteilen „Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle“ bzw. „Rechtsextremismus“ in den Verfassungsschutzberichten 2008, 2009 und 2010 unzulässig war. In Fällen, in denen tatsächliche Anhaltspunkte erst einen Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben, darf der Verfassungsschutz die Vereinigung zwar beobachten. Für ihre Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht ist die derzeitige Regelung in § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz jedoch nicht hinreichend bestimmt. Dies gilt entsprechend für den Bericht über die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ im Verfassungsschutzbericht 2011 sowie für den Bericht über die „Bürgerbewegung pro NRW“ in den Verfassungsschutzberichten 2010 und 2011 jeweils in den Berichtsteilen „Rechtsextremismus“.

verfügt aber auch über internationale Kontakte. Die Funktionäre sowie große Teile der Mitglieder und Sympathisanten stammen aus dem Umfeld von „pro Köln“, einige waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv – z.B. in der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) oder der NPD. Etwa gut ein Drittel der Mitglieder von „pro NRW“ kann als Aktivist*innen bezeichnet werden.

**Islamfeindlichkeit/
Fremdenfeindlichkeit**

Ein Hauptagitationsfeld von „pro NRW“ ist nach wie vor der Kampf gegen die angeblich drohende Islamisierung Deutschlands bzw. Europas (vgl. Kap. V, Nr. 2). Im Mittelpunkt stehen Kampagnen gegen den Bau von Moscheen und Minaretten, so z.B. anlässlich des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen.

Die Partei, die sich selbst als „islamkritisch“ bezeichnet, propagiert ein aggressives „Feindbild Islam“ und unterscheidet grundsätzlich nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. Auf diese Weise sollen Vorurteile über Muslime verbreitet und Ängste in der Bevölkerung geweckt bzw. verstärkt werden.

Die Partei agitiert in Kundgebungen und Veranstaltungen – z.T. unter Beteiligung ausländischer Rechtsextremisten – sowie durch Flugblätter und Internetveröffentlichungen gegen eine angebliche „Islamisierung Europas“. Muslime werden aufgrund ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer Abstammung pauschal und mit plakativen Äußerungen ausgegrenzt und als nicht integrierbar dargestellt. Aussagen und Forderungen von „pro NRW“ zielen auf eine Einschränkung von grundgesetzlich verbürgten Rechten – wie der Religionsfreiheit – gegenüber der gesamten Bevölkerungsgruppe der Muslime ab und verletzen die Betroffenen in ihrer Menschenwürde.

In fremdenfeindlichem Duktus werden „Fremde“ pauschal für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und diffamiert. So sei es verfehlt, „Geld für Integrationsunwillige und Zuwanderer in unsere sozialen Sicherungssysteme zu verschwenden“⁶⁵, denn die hier lebenden Migranten würden wiederum als „Saugpumpe für weltweite Zuwanderer“ fungieren.⁶⁶ Durch eine

⁶⁵ Homepage „pro NRW“ (5. November 2012).

⁶⁶ Homepage „pro NRW“ (20. Juni 2012).

Vielzahl vergleichbarer Aussagen, stets verbunden mit Hinweisen auf die Staats- bzw. Länderverschuldung, suggeriert „pro NRW“, die Schiefelage der staatlichen Haushaltssituation sei überwiegend auf die von vornherein zum Scheitern verurteilten Bemühungen staatlicher Stellen um Integration der Migranten zurückzuführen.

„Pro NRW“ schürt Überfremdungsängste in der Bevölkerung, indem Menschen mit Migrationshintergrund pauschal negative Eigenschaften zugeschrieben werden. So werden sie nicht nur als „Integrationsverweigerer“, sondern auch als zunehmend kriminell und gewaltbereit dargestellt:

„Die Gewaltdelikte (...), insbesondere die von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, werden immer brutaler. Schnell wird ein Messer oder eine andere Waffe gezogen. Oft ist Alkohol, ‚verletzte Ehre‘ oder einfach der Hang zur Gewalt der Grund.“
(Homepage „pro NRW“, 22. Februar 2012)

Auch ethnische Minderheiten, wie z.B. Angehörige der Bevölkerungsgruppe der Roma, die, so „pro NRW“, zu Tausenden legal nach Deutschland einwanderten, um hier soziale Sicherungssysteme in Anspruch zu nehmen, werden als Bedrohung des gesellschaftlichen Lebens dargestellt. „Rotationseuropäer mit rumänischem oder bulgarischen Pass“ würden als „Bettlerhorden die Passanten nicht selten zur Abgabe von Geld nötigen“.⁶⁷ Ihr Verhalten sei für das Erscheinungsbild in manchen deutschen Stadtvierteln verantwortlich, die von „Schlägereien, Vermüllung, Drogenhandel und offener Prostitution“ sowie von „Fäkaliengeruch“ geprägt seien.⁶⁸

Antiziganismus

Mit einer „Aufklärungskampagne“ über „eine neue Welle Asylbewerber aus Serbien und Montenegro“ übt „pro NRW“ massive Kritik an der Einreisewelle „zehntausender Roma und Sintis nach Deutschland, deren Anerkennungsquote als Asylanten bei annähernd 0% liegt“. Der „pro NRW“-Vorsitzende Beisicht präsentiert seine Partei hierbei als einzige politische Kraft, die die Sorgen der Bürger ernst nehme und nicht – wie andere Parteien – aus

⁶⁷ Homepage „pro NRW“ (30. November 2011).

⁶⁸ Homepage „pro NRW“ (1. August 2012).

politischer Korrektheit die Ängste und Nöte der Bürger verschweige:

„Diese Hintergründe sollen freilich nicht öffentlich thematisiert werden (...) Politische Parteien wie PRO NRW, die dies zur Sprache bringen, stören da nur das multikulturbewegte Traumbild vieler Journalisten und Politiker der Altparteien.“

(Homepage „pro NRW“, 12. November 2012)

**Internationale
Verbindungen zu
islamfeindlichen
Gruppierungen**

„Pro NRW“ ist in europaweite Kooperationsbestrebungen von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten eingebunden und unterhält vielfältige Kontakte überwiegend zu Aktivisten des internationalen islamfeindlichen Spektrums. Hierzu zählen u.a. der belgische Vlaams Belang (VB), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sowie die französischen Gruppierungen Nouvelle Droite Populaire (NDP) und Mouvement National Républicain (MNR).

Am 6. März 2012 wurde unter dem Motto „Frauen gegen Islamisierung“ eine weitere europäische Initiative in Antwerpen (Belgien) gegründet. An dieser durch den flämischen VB initiierten Aktion beteiligten sich neben „pro NRW“ auch der französische Front National (FN) und die FPÖ. Die Initiative versteht sich als „Widerstandsbewegung“ gegen die „freiheitsfeindliche Ideologie des Islamismus“, der die Frau zur „Hure oder Sklavin“ mache. Am Rande der Veranstaltung kam es darüber hinaus zu Kontakten des stellvertretenden Vorsitzenden von „pro NRW“ mit dem wegen Holocaustleugnung verurteilten Vorsitzenden der British National Party (BNP) Nick Griffin.⁶⁹

Der „pro NRW“-Generalsekretär Markus Wiener trat am 10. Juni 2012 beim Landesparteitag der FPÖ in Wien (Österreich) auf. In seinem Grußwort verwies er auf den „international beachteten“ Landtagswahlkampf von „pro NRW“, der die „Sollbruchstellen und Konfliktlinien der multikulturellen Gesellschaft“ aufgezeigt habe. Unter „heftigem Applaus der Parteitagsbesucher“ forderte er ein „Umdenken in der Einwanderungs- und Integrationspolitik in ganz Europa“.⁷⁰

⁶⁹ Homepage „pro NRW“ (8. März 2012).

⁷⁰ Homepage „pro NRW“ (12. Juni 2012).

Am 13. Mai 2012 beteiligte sich „pro NRW“ an der vorgezogenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Hierzu initiierte die Partei im Vorfeld einen provokanten Wahlkampf mit islamfeindlicher Intention. Unter dem Motto „Freiheit statt Islam – Grundgesetz statt Scharia“ führten Parteimitglieder in zahlreichen Städten Kundgebungen vor im Bau befindlichen bzw. geplanten Moscheen und Islamzentren durch. Ergänzt wurde diese Wahlkampftour durch einen Anfang 2012 ausgerufenen „islamkritischen Karikaturenwettbewerb“.⁷¹ Dieser lehnte sich bewusst an die Veröffentlichung islamkritischer Karikaturen durch eine dänische Zeitung im Jahr 2005 an, die weltweit z.T. gewalttätige Proteste ausgelöst hatte. So kam es auch am 1. Mai 2012 in Solingen (Nordrhein-Westfalen) und am 5. Mai 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) zu massiven Ausschreitungen salafistischer Gegendemonstranten (vgl. Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. II, Nr. 1), nachdem „pro NRW“-Anhänger – wie im Vorfeld angekündigt – mehrere Mohammed-Karikaturen präsentierten.

„Pro NRW“ verfehlte mit 1,5% (2010: 1,4%) jedoch deutlich den zum Einzug ins Parlament erforderlichen Stimmenanteil. Die Strategie der Partei, sich im Wahlkampf auf das Thema „Islamisierung“ zu konzentrieren, hat auch 2012 nicht zum Erfolg geführt. Weder die provokante Wahlkampftour noch die Gewalteskalation durch Gegendemonstranten in Bonn und Solingen brachten der Partei zusätzliche Wählerstimmen – in beiden Städten musste die Partei sogar Stimmenverluste hinnehmen (vgl. Kap. V, Nr. 2).

Bei den zuvor genannten Kundgebungen in Solingen (Nordrhein-Westfalen) und in Bonn (Nordrhein-Westfalen) kam es zu schweren Ausschreitungen und massiven Übergriffen durch salafistische Gegendemonstranten, die sich durch dort gezeigte Mohammed-Karikaturen provoziert fühlten: Sie durchbrachen polizeiliche Absperungen, bewarfen die Teilnehmer der „pro NRW“-Kundgebung sowie die eingesetzten Polizeikräfte, aber auch Unbeteiligte, mit Steinen und schlugen sie mit Fahnenstangen. Dabei wurden u.a. 31 Polizeibeamte verletzt, zwei davon schwer. Eine vergleichbare Gewalteskalation von Seiten salafistischer Aktivisten konnte bislang nicht festgestellt werden und stellt eine neue Ausprägung

Beteiligung an der Landtagswahl 2012 in NRW



Islamfeindliche Kundgebungen von „pro NRW“ und Wechselwirkungen mit salafistischen Bestrebungen

⁷¹ Homepage „pro NRW“ (28. März 2012).

islamistisch motivierter Aktionsformen dar (vgl. Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. III).

Zu dem Vorwurf, wegen der kalkulierten Provokationen eine Mitschuld an den Ausschreitungen zu haben, erklärte Beisicht:

„Die Behauptung, wir seien schuld an den gewalttätigen Ausschreitungen der Salafisten hat ungefähr die gleiche Qualität, als wenn man einen Triebtäter damit entschuldigen wollte, sein Opfer habe sich zu provozierend angezogen. Nein, wir haben mit unserer Aktion nur die Sollbruchstelle unserer multikulturellen Gesellschaft aufgezeigt, in der unvereinbare Wertvorstellungen zusammengezwungen werden und in der die Mehrheitsgesellschaft es sich gefallen lässt, dass Fremde die Regeln festlegen.“
(„Multikulti-Sollbruchstellen“, in: „ZUERST! Deutsches Nachrichtenmagazin“, Juni 2012)

Parteimitglieder und Sympathisanten beklagten zwar die Verletzungen von Polizeibeamten, begrüßten jedoch, wie folgende Äußerungen von Bloggern belegen, die Eskalationen und forderten z.B.:

„Die Kundgebungen müssen härter gefahren (...) werden. Mohammed Karikaturen größer und nicht nur eine!“
(Internetblog freiheitlich., 3. Mai 2012)

Oder:

„Jetzt muss es außer Kontrolle geraten – für die Etablierten!“
(Internetblog freiheitlich., 3. Mai 2012)

Derartige Kommentare und Reaktionen zeigen, dass durch das bewusste Zurschaustellen von Mohammed-Karikaturen eine Gewalteskalation in Kauf genommen wurde oder in Teilen sogar beabsichtigt war. Ziel war hierbei weniger die Ausübung der grundgesetzlich verbrieften Rechte auf freie Meinungsäußerung

und Versammlungsfreiheit. Vielmehr sollten Muslime generell als potenziell gewaltbereit bzw. gewalttätig präsentiert werden.

Bereits die Ankündigung der Medienkampagne eines Karikaturen Wettbewerbs durch „pro NRW“ erzeugte innerhalb des nationalen und internationalen islamistischen Spektrums starke emotionale Reaktionen: Das – z.T. gerichtlich erlaubte – Zeigen von Mohammed-Karikaturen wurde als Angriff des „Westens“ auf religiöse Überzeugungen gewertet und eine Gewaltanwendung zur „Verteidigung des Islam“ als gerechtfertigt angesehen. Während der „pro NRW“-Wahlkampftour bekräftigten Salafisten in Deutschland, derartige Darstellungen nicht zu tolerieren. So wurden im Internet z.B. zahlreiche Drohvideos gegen „pro NRW“-Mitglieder, aber auch gegen Richter und Politiker jenseits des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland veröffentlicht (vgl. Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. II, Nr. 1).

„Pro NRW“ ist es in einem auf „maximale Provokation“ ausgelegten Wahlkampf, der „bis an die Schmerzgrenze gehen“ sollte, nicht gelungen, Wähler zu mobilisieren. Die Ausschreitungen gewaltbereiter Salafisten in Bonn und Solingen (Nordrhein-Westfalen) dürften – trotz verwaltungsgerichtlicher Billigung des Zeigens islamkritischer Karikaturen – von einem Großteil potenzieller Wähler der „Bürgerbewegung“ angelastet worden sein und zumindest in Teilen von einer Stimmabgabe für die Partei abgeschreckt haben.

Bewertung

Dessen ungeachtet ergibt sich aus der von „pro-NRW“-Anhängern kalkulierten Provokation von Gegendemonstranten und Muslimen – insbesondere von gewaltbereiten Salafisten – ein erhöhtes Gefährdungspotenzial. So werten es „pro NRW“ und ihre Sympathisanten als propagandistischen Erfolg, dass der politische Gegner dazu verleitet worden sei, sein „wahres Gesicht“⁷² zu offenbaren. Da „pro NRW“ die öffentliche Meinung weiterhin in ihrem Sinne beeinflussen will, ist auch in Zukunft mit ähnlich provokativen Aktionen der Partei zu rechnen.

⁷² Internetblog freiheitlich. (5. Mai 2012 und 9. August 2012).

IV. Rechtsextremistische Verbreitungsstrukturen

1. Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet

Das Internet hat sich auch für Rechtsextremisten zu einem zentralen Kommunikationsmedium entwickelt. Mit seinen mannigfaltigen Möglichkeiten bietet das World Wide Web einen nahezu endlosen Fundus an Informationen zur schnellen und vor allem kostengünstigen Informationsbeschaffung. Im Rahmen der Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene kommt dabei neben klassischen Internetpräsenzen und Homepages auch anderen Diensten des Internets eine zunehmende Bedeutung zu.

Web 2.0-basierte Anwendungen, die von Rechtsextremisten genutzt werden, sind – neben Musik- und Videoportalen – vor allem soziale Netzwerke (z.B. Facebook) sowie der Kurznachrichtendienst Twitter.

All diese Dienste werden genutzt, um einem möglichst großen Adressatenkreis szeneeinterne Berichte, Veranstaltungstermine und Mobilisierungsaufrufe zur Kenntnis zu geben und um eine geeignete Kommunikationsplattform zur Verfügung zu stellen.

Zahl der Homepages leicht rückläufig

Die Anzahl der von Deutschen betriebenen eigenständigen rechtsextremistischen Homepages war im Berichtszeitraum leicht rückläufig und lag Ende 2012 bei ca. 950 (2011: 1.000), wobei auch weiterhin eine hohe Fluktuation zu beobachten ist. Ursächlich für diesen zahlenmäßigen Rückgang einschlägiger Webseiten dürfte eine Verlagerung der Internetaktivitäten hin zu den sozialen Netzwerken sein. Eine Vielzahl der rechtsextremistischen Internetpräsenzen wird weiterhin über sogenannte Szeneprovider – insbesondere aus dem Ausland – bereitgestellt, die ihren Kunden mehr Sicherheit durch Anonymität gewährleisten. Der Anteil der nach deutschem Recht strafbaren rechtsextremistischen Homepages liegt Schätzungen zufolge unter fünf Prozent. Die von deutschen Rechtsextremisten eingestellten Inhalte sind in der Regel so formuliert, dass die rechtsextremistische Zielsetzung zwar klar erkennbar ist, für eine strafrechtliche Verfolgung jedoch keine Angriffsfläche geboten wird.

Rechtsextremisten versuchen für nahezu jede geplante öffentliche Veranstaltung via Internet zu mobilisieren, um mithilfe dieses Mediums einen größtmöglichen Adressatenkreis zu erreichen.

Rechtsextremistische Aktionsseiten

Dazu werden spezielle anlassbezogene Kampagnen- und Sonderseiten zu geplanten Aktionen gestaltet. Diese oftmals bereits viele Monate im Vorfeld eingerichteten Mobilisierungsseiten enthalten zumeist Kontakttelefonnummern, über die Einzelheiten zu den Veranstaltungen abgefragt werden können. Sie übermitteln zudem Anfahrtskizzen und schreiben Mitfahrgelegenheiten aus. Meist sind Hinweise mit dem Appell verbunden, die zugleich angebotenen Flugblätter herunterzuladen, zu vervielfältigen und zu verteilen. Die entsprechenden Demonstrationsaufrufe werden auf zahlreiche rechtsextremistische Seiten verlinkt. Auch per SMS oder Twitter wird sceneintern auf Veranstaltungen oder Demonstrationen hingewiesen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Aktionsform „Die Unsterblichen“ zu erwähnen: Deren Anhängern gelang es im Rahmen der „Volkstodkampagne“, durch eine moderne und professionelle mediale Darstellung über eigene und allgemein genutzte Internetpräsenzen innerhalb der rechtsextremistischen Szene eine breite Akzeptanz zu erreichen. Die Aktionsvideos wurden u.a. auf YouTube eingestellt und dort diskutiert. Eine Vielzahl rechtsextremistischer Internetpräsenzen verlinkte wiederum auf diese Einstellungen. Die mystisch erscheinenden Aufzüge (Flashmobs) zielten insbesondere auf jugendliche Aktivisten ab, die z.T. noch keinen gefestigten rechtsextremistischen Hintergrund haben und sich lediglich aufgrund des geheimnisvoll anmutenden, gemeinschaftlichen Erlebens an den Aktionen beteiligten (vgl. Kap. II, Nr. 3.2).

Rechtsextremistische Internet-Diskussionsforen haben aufgrund durchgeführter Exekutivmaßnahmen erheblich an Bedeutung verloren.

Am 14. Juni 2012 wurden Durchsuchungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Betreiber und Mitglieder des „Thiazi-Forums“, des bis dahin bundesweit bedeutsamsten rechtsextremistischen Internetforums, durchgeführt. Noch am selben Tag wurde die Internetplattform abgeschaltet. Eigenangaben zufolge hatte das Forum zu diesem Zeitpunkt über 32.000 registrierte Nutzer, von denen mehr

Exekutivmaßnahmen gegen die Betreiber des „Thiazi-Forums“

als 2.600 als „aktive Benutzer“ bezeichnet wurden. Das „Thiazi-Forum“ diente der Vernetzung von Personen aus allen rechtsextremistischen Spektren. Im Forum wurde das allgemeine Tagesgeschehen diskutiert, zudem wurden Szeneinterna ausgetauscht und politische Theorien besprochen. Darüber hinaus wurden auch Inhalte eingestellt, die gegen strafrechtliche Bestimmungen verstießen.

Die Exekutivmaßnahmen gegen das „Thiazi-Forum“ führten zu einer spürbaren Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene. Infolgedessen sowie zum Schutz gegen (weitere) staatliche Maßnahmen verschärften andere rechtsextremistische Betreiber die Zugangsbedingungen zu ihren Foren. Offenkundig ist das Interesse vieler Nutzer an einer Kommunikation innerhalb der Foren aufgrund der Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gesunken.

**Alternative
Berichterstattung**

Der Trend, wonach Internetauftritte vermehrt im Weblog-Format mit interaktiver Kommentarfunktion erscheinen, setzte sich fort. Diese für den Betreiber problemlos zu bedienenden und oftmals professionell gestalteten Weblogs bieten die Möglichkeit, aktuelle, für die Szene relevante Nachrichten – oftmals mit regionalem Bezug – schnell und einfach zu verbreiten. Leser dieser Dienste sollen dazu animiert werden, sich aktiv in die politische Arbeit einzubinden und diese mitzugestalten (sogenanntes Mitmach-Internet).

Ziel der Betreiber und Nutzer ist es, eine „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen, da den sogenannten Systemmedien eine eindimensionale, manipulierte Berichterstattung vorgeworfen wird. Sie stünden unter dem Zwang, auf staatlichen Druck hin oder mit Rücksicht auf Geldgeber und Anzeigenkunden mit „Halbwahrheiten“ arbeiten zu müssen. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, setzen sich Rechtsextremisten das Ziel, über ihre Internetpräsenzen täglich „ungefilterte“ Meldungen zu einer großen Bandbreite an politischen Themen zu verbreiten und dadurch „Aufklärungsarbeit“ zu leisten.

**Internetportal
„Altermedia
Deutschland“**

Dabei kommt dem Internetportal „Altermedia Deutschland“ weiterhin eine herausragende Bedeutung zu. Hier werden tagesaktuelle Berichte zur Verfügung gestellt und aus rechtsextremistischer Sicht kommentiert. Daneben werden auch Informationen über den politischen Gegner und Personen des öffentlichen Lebens in

z.T. diffamierender Weise verbreitet. So veröffentlicht „Altermedia Deutschland“ beispielsweise im Rahmen einer Artikelreihe „SUPERVERBRECHER des Nordens“ seit Oktober 2012 Sammelspielkarten, die jeweils eine Person des öffentlichen Lebens und als Gegenstück einen Gewalttäter eines spektakulären Kriminalfalls aus Niedersachsen zeigen. Den abgebildeten Personen werden dabei – analog zu Kinderspielkarten („Quartett“) – Punkte von 0 bis 5 in vier Kategorien („Verursacher Schaden“, „Kriminelle Energie“, „Risikofaktor“ und „Lügen“) zugewiesen, wobei die höhere Spielkarte gewinnt. Den Schwerstkriminellen werden dabei grundsätzlich die niedrigeren Werte zugewiesen als den anderen Personen. Die Urheber dieser Sammelkarten zielen darauf ab, bekannte Personen des öffentlichen Lebens, die sich insbesondere der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmen und für Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eintreten, zu diskreditieren und der Lächerlichkeit preiszugeben.⁷³

Unter dem Deckmantel der Anonymität des Internets werden Kommentare zu den Sammelkarten verfasst, die in Teilen beleidigende und ehrverletzende Äußerungen enthalten:

„Sehr gut! Die Spielkarten kann man sich ausdrucken und mit den Kindern am We [Wochenende] spielen. So lernen sie spielerisch den BRD-Abschaum kennen!“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“; 9. Oktober 2012)

Zwei Verantwortliche des Internetportals „Altermedia Deutschland“ wurden im Oktober 2011 u.a. wegen Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten rechtskräftig zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Seit dem Frühsommer 2012 organisiert die rechtsextremistische Szene Solidaritätsaktionen zugunsten des Hauptbetreibers der Internetplattform, so wurde z.B. eine Spendenkampagne gestartet.

Spendenkampagnen

Auch die 2012 ergangenen Verbotsverfügungen gegen die rechtsextremistischen Gruppierungen „Besseres Hannover“, „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO), „Kameradschaft Aachener

⁷³ Internetplattform „Altermedia Deutschland“ (6. Oktober 2012).

Land“ (KAL) und „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm, vgl. Kap. II, Nr. 3.2) zogen breit angelegte Spendensammlungen nach sich. Entsprechende Aufrufe wurden auf diversen rechtsextremistischen Homepages, Weblogs und Twitter-Accounts platziert sowie in Foren und sozialen Netzwerken aufgegriffen, um auf diese Weise den Rechtsstreit der betroffenen Personen bzw. Organisationen durch Solidaritätsbeiträge mitzufinanzieren.

Internet-Spendenaufrufe, deren Erlöse zur Deckung der Betriebskosten von Webpräsenzen dienen sollen, stellen ebenfalls keine Seltenheit dar. Diese Spendenkampagnen belegen beispielhaft, dass Rechtsextremisten das Internet auch als Mittel zur Finanzierung nutzen.

Soziale Netzwerke Ein großer Teil rechtsextremistischer Homepages verweist auf entsprechende Twitter-Accounts, YouTube-Videos oder Angebote in sozialen Netzwerken. Vertreten sind hier rechtsextremistische Parteien, neonazistische Gruppierungen, Szenevertriebe einschlägiger Devotionalien oder Bekleidung, rechtsextremistische Musikgruppen, bekannte Rechtsextremisten, die mit Klarnamen auftreten sowie auch Personen, die anonym mit „Nicknames“ agieren. Diese virtuelle Selbstdarstellung dient nicht nur der Erhöhung des eigenen Bekanntheitsgrads, sondern auch der Werbung und Gewinnung neuer Interessenten bzw. Kunden sowie der effektiven Verbreitung von szenerelevanten Neuigkeiten wie CD-Veröffentlichungen, Konzerttermine etc. an einen großen Empfängerkreis.

Die sozialen Netzwerke bieten darüber hinaus die Möglichkeit, bestimmte Inhalte nur einem ausgewählten Empfängerkreis zugänglich zu machen. In diesen Fällen entscheidet allein der Inhaber der entsprechenden Profilseite, ob und in welchem Umfang er einem anderen Nutzer Zugang zu seinem geschlossenen Freundeskreis gewährt. In einigen Fällen erlangen ausschließlich szenebekannte Personen oder nur dem Inhaber persönlich Bekannte Zutritt zu solchen Seiten.

Insbesondere die wechselseitigen Verlinkungen unter den Nutzern sozialer Netzwerke fördern die Bildung von „Freundeskreisen“. Diese Art der Internetkommunikation erzeugt bei den Teilnehmern ein Zusammengehörigkeitsgefühl und führt oftmals zur Entstehung virtueller Beziehungen. Bisweilen finden diese

Internetkontakte widerhall im realen Leben und münden in persönliche Verbindungen, Teilnahme an Treffen bis hin zur Gründung von Personenzusammenschlüssen, die eigene Aktivitäten in der Realwelt entwickeln, welche dann wiederum im Internet publiziert werden. Auf diese Weise können sich schnell neue Personenzusammenschlüsse entwickeln.

Nachdem die klassischen sozialen Netzwerke wie etwa Facebook vermehrt rechtsextremistische Inhalte gelöscht und die damit in Zusammenhang stehenden Profile gesperrt haben, wurde als Alternative ein Netzwerk speziell für „Nationalisten“ gegründet und auf bekannten Internetseiten der rechtsextremistischen Szene beworben. Das sogenannte Netzwerk Rechts ist hinsichtlich der Mitgliederzahl deutlich kleiner als vergleichbare soziale Netzwerke. Im Gegensatz zu den bekannten Netzwerkplattformen werden Nutzer hier jedoch nicht aufgrund extremistischer Profile und Äußerungen gesperrt, sodass für Rechtsextremisten ein freier Gedankenaustausch unter Gleichgesinnten möglich ist.

Die insbesondere bei Jugendlichen sehr beliebten Musik- und Videoplattformen bieten auch Rechtsextremisten die Gelegenheit, eigene Filme einzustellen. Bei den entsprechenden Clips handelt es sich um Werbevideos einzelner Kameradschaften, selbst erstellte Filmaufnahmen, die anlässlich rechtsextremistischer Demonstrationen entstanden sind oder auch um Musikclips mit Liedern rechtsextremistischer Bands. Insbesondere die Musikvideos sind z.T. strafrechtlich relevant. So existieren Videoclips mit strafbarem Liedgut, Darstellungen verfassungswidriger Kennzeichen sowie gewaltverherrlichenden oder rassistischen Inhalten. Videos mit strafbaren Inhalten werden oftmals von Nutzern aus dem Ausland eingestellt.

Musik- und Videoportale

Die im September 2012 durch den niedersächsischen Innenminister verbotene Vereinigung „Besseres Hannover“ hatte insbesondere durch den Einsatz von Propagandavideos im Internet überregionale Aufmerksamkeit erlangt. Bereits im Dezember 2011 kündigte die Gruppe „für die Durchsetzung unserer politischen Ziele und zur Bewahrung unserer Kultur“ den Einsatz einer „neuen Waffe“ an.⁷⁴ Die Videoreihe präsentierte in zynischer Manier ausländerfeindliche Thesen. Zielgruppen dürften – neben

⁷⁴ Homepage JN-Bundesverband (22. Dezember 2011).

den Angehörigen der rechtsextremistischen Szene – vorrangig Jugendliche und junge Erwachsene gewesen sein.

Wesentliches Medium für die Verbreitung der „Abschiebär“-Videos war die Videoplattform YouTube. In den Kommentarbereichen zu den einzelnen Videos bewerteten die Nutzer nicht nur die Filme selbst, sondern äußerten in z.T. fremdenfeindlicher Diktion auch ihre Meinungen zu anderen Themen (z.B. mögliches NPD-Verbot, Deutschland als Einwanderungsland und die Integration der türkischstämmigen Bürger etc.):

„Weiterso!!! Sehr lustig. Kommt mal hier her Bär. Hier gibts jede Menge Arbeit mit den Ölaugen...“
(Videoplattform YouTube, 28. März 2012)

Die mit dem Schutz durch „Nicknames“ verbundene Anonymität begünstigte den teilweise sehr rüden Umgangston, der neben Beleidigungen mitunter auch strafbare Parolen einschloss:

„Sieg Heil, Raus aus Deutschland ihr dreckigen Schweine oder geht wenigstens Sterben.“
(Videoplattform YouTube, 28. März 2012)

Internetradios Rechtsextremistische Internetradios dienen hauptsächlich der Verbreitung einschlägiger Musik, wobei angesichts des vermeintlichen Schutzes des Internets auch Lieder mit indizierten oder strafbaren Inhalten verbreitet werden. Die Sendezeiten variieren von wenigen Stunden wöchentlich bis zu einem 24-Stunden-Programm. Einige Radios moderieren ihre Titel zeitweise an und gehen auch auf Hörerwünsche ein. Mehrheitlich greifen die Verantwortlichen zur Gewährleistung des Sendebetriebs allerdings auf entsprechende Software zurück.

Im Jahr 2012 lag die Zahl der rechtsextremistischen Internetradios bei 19 (2011: 33) und ist damit deutlich zurückgegangen. Dieses Segment ist seit Jahren von hoher Fluktuation geprägt: Die meisten Radios senden nur für einen kurzen Zeitraum, nur wenige Ausnahmen werden über mehrere Jahre hinweg betrieben.

Ursächlich für die rückläufige Entwicklung dürften die diversen Exekutivmaßnahmen in den vergangenen Jahren sein, die zu einer großen Verunsicherung in der Szene geführt haben.

Neben dem Internetradio „FSN“⁷⁵ wird seit August 2012 erstmals auch ein Internet-TV „FSN“ betrieben. Das Programm besteht aus Nachrichten, CD-Vorstellungen, Gewinnspielen, Rechtsberatungen, Gesprächen mit Studiogästen sowie anderen, variierenden Programmpunkten und wird regelmäßig zwei Stunden pro Woche ausgestrahlt.

Internet-TV



Rechtsextremisten haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie sehr schnell in der Lage sind, die sich neu eröffnenden Möglichkeiten des Internets für ihre Zwecke zu nutzen.

Neue Werbemittel

Seit kurzem werden innerhalb der rechtsextremistischen Szene beispielsweise sogenannte Quick Response-Codes (QR-Codes) zur Verbreitung von Informationen mit rechtsextremistischen Bezügen genutzt bzw. deren Einsatz beworben. Die entsprechenden QR-Codes werden zum Download oder alternativ als Aufkleber angeboten, die etwa an Häuserwände oder Laternenpfähle geklebt werden sollen. QR-Codes sind ein probates Werbemittel, da ihr Erscheinungsbild Aufmerksamkeit und Neugier weckt. Weil der im QR-Code abgelegte Inhalt bzw. die Weiterleitung auf ein Internetangebot mit rechtsextremistischem Inhalt auf den ersten Blick nicht ersichtlich ist, dürfte die Hemmschwelle relativ niedrig sein, den Code mit einem geeigneten Mobiltelefon (Smartphone) zu aktivieren. Auf diese Weise erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass selbst Personen, die rechtsextremistisches Gedankengut ablehnen, mit dieser Ideologie konfrontiert werden. Angesichts der Kostenfreiheit, leichten Handhabung sowie der technisch simplen Möglichkeiten zur Herstellung und Verbreitung von QR-Codes ist davon auszugehen, dass die rechtsextremistische Szene dieses Instrument verstärkt zur Werbung nutzen wird.



Auch die Verwendung von virtuellen Anstecknadeln, sogenannten PicBadges, hat sich inzwischen in der rechtsextremistischen Szene etabliert. Insbesondere in sozialen Netzwerken – zum Beispiel in Facebook-Profilen – nutzen Rechtsextremisten die Möglichkeit,



⁷⁵ Die Abkürzung „FSN“ steht für das in der Kameradschaftsszene verwendete Motto „Frei Sozial National“.

durch das Gestalten und Veröffentlichen eigener Anstecker ihre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen.

Bewertung In dem Maße, in dem das Internet an Bedeutung für nahezu alle Lebensbereiche gewinnt, nimmt auch die Nutzung dieses Mediums durch Rechtsextremisten zu. Es ermöglicht Rechtsextremisten, ihr verfassungsfeindliches Gedankengut breit zu streuen und ist wirkungsvolles Mobilisierungsinstrument und attraktiver Werbeträger zugleich. Über das Internet können neue Interessentengruppen, insbesondere unter Jugendlichen, angesprochen werden. Dem Medium Internet dürfte daher in den nächsten Jahren bei der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda, als Kommunikationsplattform und nicht zuletzt bei der Koordination von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene eine weiter wachsende Bedeutung zukommen. Die Internetauswertung der Sicherheitsbehörden hat sich auf diese Entwicklung eingestellt.

2. Rechtsextremismus und Musik

Bedeutung der rechtsextremistischen Musik Musik mit rechtsextremistischen Texten spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle für das gesamte rechtsextremistische Spektrum. Sowohl offen als auch unterschwellig werden hier rechtsextremistische Feindbilder verbreitet und nationalistische, fremdenfeindliche, antisemitische sowie antidemokratische Ideologiefragmente transportiert, entsprechende Denkmuster geformt und verfestigt sowie ein subkulturelles Identitätsgefühl beschworen.

Rechtsextremistische Konzertveranstaltungen ermöglichen einerseits das ungehemmte Ausleben der eigenen Gesinnung, andererseits den Aufbau und die Verfestigung szenointerner Bindungen. Dadurch werden die oftmals informellen, netzwerkartigen Strukturen innerhalb der Szene gepflegt und ausgebaut. Die Konzerte werden häufig konspirativ geplant und zumeist nur auf szenointernen Kommunikationswegen publik gemacht. Um polizeilichen Kontrollmaßnahmen zu entgehen bzw. diese zu erschweren, werden die Veranstaltungsorte z.T. sehr kurzfristig festgelegt. Der mit einer solch flexiblen Organisationsform verbundene „Event-Charakter“ wirkt auch auf Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv, die noch nicht fest der Szene zuzurechnen sind, und begünstigt oft deren Einstieg in die rechtsextremistische Szene.

Der Gewaltbezug ist ein Kernelement der rechtsextremistischen Musikszene. Die häufige Thematisierung von Gewalthandlungen in einschlägigen Liedtexten bewirkt ein Herabsetzen der Hemmschwelle in Bezug auf Gewalttaten gegen den politischen Gegner, Angehörige ethnischer und gesellschaftlicher Minderheiten oder den Staat und dessen Vertreter. Das subkulturelle Identitätsgefühl erhält durch die Musik eine zumindest latente Gewaltdimension – hierdurch steigt die Wahrscheinlichkeit realer Gewalthandlungen.

Herabsetzen der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung

Die Szene ist nach wie vor bemüht, die Produktion strafrechtlich relevanter Tonträger zu vermeiden, um den Sicherheitsbehörden keine Ansatzpunkte für exekutive Maßnahmen zu liefern. Dennoch weisen zahlreiche Liedtexte Inhalte auf, die aufgrund der festgestellten Jugendgefährdung zumindest eine Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) rechtfertigen. Hierunter fallen insbesondere Liedtexte, die zu Rassenhass und Gewalttätigkeiten anreizen oder den Nationalsozialismus verherrlichen.

Die Texte rechtsextremistischer Musikgruppen enthalten Anspielungen oder auch konkrete Aufforderungen zu Gewalttaten mit antisemitischem, antidemokratischem sowie fremdenfeindlichem Hintergrund.

Aufforderung zur Gewalt in Texten rechtsextremistischer Musikgruppen

So spiegeln die Gewaltaufrufe in dem Lied „Skinheadkraft“ der Gruppe „Volkstroï“ (Brandenburg) rassistische und antisemitische Ideologiefragmente des historischen Nationalsozialismus wider. Zugleich werden Gewalthandlungen gegenüber politischen Gegnern und Fremden befürwortet:

„Parasiten wisst ihr, wer das ist, das ist der Jude und der Kommunist. (...) Doch wir meinen jetzt ist Schluss damit, wenn wir alle dagegen stehen, werden sie bald untergehen. (...) Türken dealen, die Neger klauen, doch wir werden ihnen die Fresse einhauen.“
(Musikgruppe „Volkstroï“, CD „Skinheadkraft“, Lied „Skinheadkraft“)⁷⁶

⁷⁶ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 29. Juni 2012.

Während der Großteil der etablierten Musikgruppen strafrechtliche Textpassagen vermeidet, ist dies bei anonym agierenden Musikgruppen und -projekten, die in der Regel nicht auf Konzerten auftreten, nicht der Fall: Deren Texte überschreiten oft die Grenze zur Strafbarkeit. Zahlreiche Musiktexte aus diesem Spektrum sind zudem antisemitisch geprägt bis hin zu mehr oder minder offenen Gewaltaufrufen mit antisemitischem Hintergrund. In dem Lied „Ab in die Hölle“ der Musikgruppe „Zug um Zug“ heißt es z.B.:



„Seht ihr da unten im fernen Land, die krummen Nasen mit gieriger Hand. Sie zetteln Kriege an und zerstören die Welt, es geht diesem Pack nur ums Geld. Vor 2000 Jahren wusste man schon, der Galgen ist der gerechte Lohn. Und heute sieht es nicht anders aus, ich sage es deutlich, Judäa raus. Zug um Zug ab ins Lager, Zug um Zug totale Deportation. Zug um Zug ab in die Hölle. Zug um Zug für eine reine Nation.“

(Musikgruppe „Zug um Zug“, CD „Ab in die Hölle“, Lied „Ab in die Hölle“)⁷⁷

Ein weiteres Beispiel für antisemitische Gewaltaufrufe ist ein Lied der Musikgruppe „Schwarze Division Sachsen“, in dem es heißt:

„Doch wer ist bald das schwächste Glied, ganz klar es ist der Semit. Wer wird sein Handeln bald bereuen, jedes verdammte Judenschwein.“

(Musikgruppe „Schwarze Division Sachsen“, CD „Juden sind hier unerwünscht“, Lied „Der Jud“)⁷⁸

Die antidemokratische Haltung rechtsextremistischer Musikgruppen kommt in deren Liedtexten deutlich zum Ausdruck: Die Demokratie und ihre Vertreter werden verleumdet und es wird zum Kampf gegen das „System“ aufgerufen. Mitunter wird sogar

⁷⁷ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 31. Mai 2012.

⁷⁸ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger Nr. 52 vom 30. März 2012.

konkrete Gewalt gegen den Staat bzw. dessen Vertreter propagiert, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Ich hasse das System und eure kranke Politik, aber ich kann euch versprechen, auf euch wartet der Strick. Wir werden euch kriegen und bringen euch zur Strecke, dann werdet ihr hängen an jeder Ecke.“
(Musikgruppe „Aktion Reinhard“, CD „Demo“, Lied „Auf euch wartet der Strick“)⁷⁹

Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte war 2012 mit 82 Veranstaltungen (2011: 131) rückläufig. Dies dürfte zum einen auf den seit Jahren zu beobachtenden Rückgang des subkulturell geprägten Personenpotenzials zurückzuführen sein. Zum anderen ist eine gewisse Verunsicherung der Szene im Zusammenhang mit den intensiven Aufklärungs- und Bekämpfungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden (Organisationsverbote, Durchsuchungen etc.) zu beobachten, was sich in einer offensichtlichen Zurückhaltung der Konzertveranstalter niederschlägt.

**Anzahl rechts-
extremistischer
Musikveranstaltungen gesunken**

Die Zahl der durchgeführten Liederabende verringerte sich im Jahr 2012 auf 17 (2011: 30), ebenso rückläufig war die Anzahl sonstiger Veranstaltungen, bei denen beispielsweise im Rahmenprogramm rechtsextremistischer Parteiveranstaltungen einschlägige Musiker auftraten (2012: 49, 2011: 57).

Im Jahr 2012 konnten insgesamt 19 rechtsextremistische Musikveranstaltungen durch intensive Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden und polizeiliche Kontrollen im Vorfeld verhindert werden (2011: 13).

**Staatliche
Maßnahmen**

Die Anzahl der rechtsextremistischen Musikgruppen stieg 2012 auf 182 (2011: 178), die der Liedermacher entsprach mit 23 (2011: 22) etwa dem Niveau des Vorjahres.

2012 existierten bundesweit 82 Vertriebe (2011: 91) zur Verbreitung von Tonträgern rechtsextremistischer Musikgruppen sowie einschlägiger Szenebekleidung.

⁷⁹ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 29. Juni 2012.

3. Organisationsunabhängige Verlage, Vertriebsdienste und Publikationen

Zahlreiche Verlage und Vertriebsdienste agieren unabhängig von rechtsextremistischen Parteien und Vereinen und veröffentlichen eine Fülle von Büchern und Schriften, in denen sie eine rechtsextremistische Weltansicht verbreiten.

Periodische Publikationen Insgesamt wurden 2012 in der rechtsextremistischen Szene 91 (2011: 85) periodische Publikationen verbreitet.

Themenfelder Ein Großteil der angebotenen Bücher und Zeitschriften befasst sich mit stets denselben Themen der deutschen Geschichte – insbesondere mit der NS-Zeit. Jedes Jahr erscheint eine Vielzahl neuer, teilweise hochwertig gestalteter Werke, die auf einen einschlägig interessierten Leserkreis treffen. Da Internetbuchhandlungen rechtsextremistische Publikationen – meist mit dem originalen Werbetext – neben seriöser Literatur anbieten, erreichen entsprechende Veröffentlichungen auch einen nicht rechtsextremistisch vorgeprägten potenziellen Kundenkreis.

Strafverfahren wegen volksverhetzender Schriften oder Indizierungsmaßnahmen behindern die Verbreitung bereits produzierter Werke und schmälern die Gewinne der verantwortlichen Unternehmen. Gewinnorientierte Verlage versuchen daher in der Regel, die Grenzen der Strafbarkeit nicht zu überschreiten. Allerdings werden in Deutschland verbotene oder indizierte Werke häufig aus dem Ausland eingeführt oder sind kostenlos im Internet erhältlich.

„Verlag libergraphix“ Neben etablierten Verlagen treten immer wieder auch neue Unternehmen auf. Der im Aufbau befindliche „Verlag libergraphix“ bot 2012 einer für Verschwörungstheorien empfänglichen Leserschaft die Neuerscheinung „Mord und Perversion – Verschwiegendes aus der Welt der Demokraten“ an. Das Werk zielt darauf ab, das Vertrauen der Bürger in die Demokratie zu erschüttern, indem es unterstellt, in der „Welt der Demokraten“ würden „politisch unkorrekte Zeitgenossen“ ermordet und die Taten anschließend als Unfall oder Selbstmord dargestellt:



„Wolfgang Hackert weist wiederholt auf die erstaunliche Tatsache hin, daß 95 Prozent aller normalen Mordfälle von der

Kriminalpolizei aufgeklärt werden, doch die unterschiedlichen ‚Unfälle‘ und ‚Selbstmorde‘ politisch unkorrekter Zeitgenossen mit Deutungsmustern versehen werden, die einer Beleidigung des gesunden Menschenverstandes gleichkommen.“

(Wolfgang Hackert: „Mord und Perversion – Verschwiegenes aus der Welt der Demokraten“, Gröditz 2012, Buchrückseite)

Der Autor schildert eine Vielzahl angeblicher „Fallbeispiele“ und kommt zu dem Schluss:

„Die signifikant große Zahl der Politiker, die einen ungewöhnlichen Tod starben, deutet darauf hin, daß eine einflußreiche Hintergrundmacht dafür sorgt, daß volkstreu und unbequeme Leitfiguren verschwinden, sofern sie bestimmten vitalen Interessen im Wege stehen.“

(Wolfgang Hackert: „Mord und Perversion – Verschwiegenes aus der Welt der Demokraten“, Gröditz 2012, S. 334)

2011 war der Verlag bereits durch eine antisemitische Veröffentlichung⁸⁰ aufgefallen, die 2012 in die Liste der jugendgefährdenden Medien eingetragen wurde.⁸¹

Zu den größeren langjährig aktiven Unternehmen zählen u.a. der „Grabert-Verlag“ in Tübingen (Baden-Württemberg) sowie der „Arndt-Verlag“ in Kiel (Schleswig-Holstein).

Der von Wigbert Grabert geleitete Verlagskomplex, zu dem neben dem „Grabert-Verlag“ das Schwesterunternehmen „Hohenrain-Verlag“ gehört, verbreitet zahlreiche Eigenveröffentlichungen, darunter auch zwei langjährig erscheinende Periodika: die Monatsschrift „Euro-Kurier. Aktuelle Buch- und Verlagsnachrichten“ sowie die Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG). Als deren Chefredakteur fungiert der stellvertretende Vorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und Chefredakteur der „Deutsche Stimme“ Karl Richter. Die Verlagsveröffentlichungen verharmlosen die Zeit

„Grabert-Verlag“

⁸⁰ Wolfgang Hackert: „Die jüdische Epoche – Ordo ab chaos“, Gröditz 2011.

⁸¹ Das Buch wurde durch die BpJm indiziert, vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 31. Dezember 2012.

des Nationalsozialismus, relativieren die Schuld der NS-Führung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und verbreiten Verschwörungstheorien.

„Arndt-Verlag“ Wirtschaftlich erfolgreich agiert seit Jahren die von Dietmar Munier geleitete „Lesen & Schenken GmbH“, der auch der „Arndt-Verlag“ angehört. Während Eigenveröffentlichungen des Verlags vorsichtig abgefasst sind und latent die Bewunderung für das NS-Regime zum Ausdruck bringen, unterhält der Verlagsinhaber zahlreiche Kontakte in das rechtsextremistische Spektrum. So war bei einer als privat deklarierten Sonnenwendfeier Muniers im Juni 2012 der mehrfach verurteilte Holocaustleugner Ernst Zündel zu Gast. Derartige auf Volksbrauchtum abgestellte Feierlichkeiten dienen traditionell der ideologischen Festigung der Teilnehmer.

Neben Bildbänden, welche die NS-Zeit beschönigen, indem sie beispielsweise ohne politische Einordnung die Festungsarchitektur oder Wehrtechnik des Dritten Reichs verherrlichen, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf grenzrevisionistischen Texten:

„Das letzte Wort über unsere deutschen Ostprovinzen und über das Sudetenland ist noch nicht gesprochen. Wir selbst dürfen natürlich nicht von unserem Anspruch ablassen. (...) Was Schlesien angeht, heißt unsere Aufgabe: ‚Immer daran denken, bei jeder Gelegenheit darüber reden, nie verzichten!‘“

(Dietmar Munier: „Der Schlesier muß leben!“, in: „Lesen & Schenken – Der Jahreskatalog 2012“, S. 39)

Diesem Ziel dient auch weiterhin die Anfang 2011 von Munier übernommene und seither modernisierte Wochenschrift „Der Schlesier. Gesamtdeutsche Wochenzeitung“⁸². Trotz optisch zeitgemäßer Gestaltung bleibt die Publikation thematisch auf traditionellem Kurs.

„Gesellschaft für freie Publizistik e.V.“ Dem Meinungsaustausch rechtsextremistischer Verleger und Autoren dient seit 1960 die „Gesellschaft für freie Publizistik e.V.“ **(GfP)** (GfP) mit mehr als 500 Mitgliedern. Die 52. Jahrestagung der GfP

⁸² Bis zur Ausgabe Nr. 10-11/2011 vom 11./18. März 2011 hatte die Schrift den Titel „Der Schlesier. Breslauer Nachrichten. Unabhängige gesamtdeutsche Wochenzeitung“.

unter dem Motto „Das Volk befragen! – Der Euro und das Demokratiedefizit“ fand vom 18. bis 20. Mai 2012 in Kirchheim (Thüringen) mit etwa 100 Teilnehmern statt. Die dort auftretenden Redner diffamierten das politische System Deutschlands als „Demokratielüge“, verunglimpften die „Demokratie“ als Kulisse der Fremdbestimmung und Machtausübung seit 1789“, wandten sich gegen die „Umerziehung“ und forderten die Befreiung der Völker aus dem „Würgegriff der Globalisierung“:

„Solange die ethnische Homogenität eines Volkes nicht grundlegend verändert worden ist, können Umerzogene wieder umerzogen werden. Es wundert nicht, daß die Globalisierer fleißig daran arbeiten, in EUropa ethnisch unumkehrbare Verhältnisse herbeizuführen. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz wären zweifellos in der Lage, sich aus dem Würgegriff der Globalisierung zu befreien.“
(Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (Hrsg.): „Das Volk befragen! – Der Euro und das Demokratiedefizit“, Tübingen 2012, S. 124)

Durch eine seriöse Präsentation und z.T. aufwendige und moderne optische Gestaltung ihrer Publikationen bemühen sich die Herausgeber, rechtsextremistische Ideologiefragmente zu transportieren, ohne dass auf den ersten Blick der tatsächliche Hintergrund der Schriften offenbar wird. Gerade unbedarften, nichtextremistischen Lesern können durch die einseitige und z.T. verfälschte Darstellung der deutschen Geschichte oder politischer Prozesse undemokratische, antisemitische und revisionistische Einstellungsmuster vermittelt werden. Die Erzeugnisse rechtsextremistischer Verlags- und Vertriebsdienste können daher auch als Einstiegsfeld in die rechtsextremistische Ideologie dienen, abseits eines neonazistischen oder subkulturellen Eventcharakters.

Bewertung

V. Ausgewählte rechtsextremistische Aktionsfelder

1. Antisemitismus

Begriffsdefinition Unter Antisemitismus versteht man die politisch, sozial, rassistisch oder religiös (Antijudaismus) grundierte Feindschaft gegenüber Juden.

Der Antisemitismus ist ein Basiselement rechtsextremistischer Ideologie und zeigt sich – offen, unterstellend oder verbrämt – in annähernd all seinen Erscheinungsformen. Der rassistisch-völkische, vor allem aber der sozio-ökonomische und politische Antisemitismus sowie der antizionistische Antisemitismus sind im aktuellen deutschen Rechtsextremismus in unterschiedlicher Stärke präsent. Rechtsextremisten argumentieren verschwörungstheoretisch – als wesentliche dunkle Macht im Hintergrund erscheinen „die Juden“ bzw. das „Weltjudentum“. Konkrete Politikfelder erhalten hier ihre pseudo-theoretische Grundlage: Alles und jedes wird verknüpft mit einem angeblichen jüdischen Wirken, Fremdherrschaft ebenso wie die sich antagonistisch gegenüberstehenden Modelle Kapitalismus und Kommunismus.

Da judenfeindliche Agitation in Deutschland auf Ablehnung stößt, steht sie nicht im Mittelpunkt rechtsextremistischer Argumentation, sondern fließt vielmehr – wie selbstverständlich – in Nebensätze und Randbemerkungen ein.

Politischer Antisemitismus Der politische Antisemitismus unterstellt „den Juden“ in verschwörungstheoretischer Manier, dass sie die Weltherrschaft anstreben.

„Die Juden“ werden als Macht dargestellt, die hinter den Kulissen der Politik „die Strippen zieht“ und mit der „Machteroberung“ in den USA die Umsetzung der Weltverschwörung vorantreibt:

„Mit dem Holocaust-Status erlebte das Judentum die größte Blütezeit seiner gesamten Existenz. Juden eroberten die Macht in den USA und kontrollieren seither die Welt – politisch wie militärisch über die USA. Natürlich lenkten Führungsjuden schon immer die Geschicke der Welt hinter den Kulissen. Aber im gewöhnlichen Volk sah man in den Juden mehr oder weniger gemeine Gauner. Doch mit der

Holocaust-Lüge erwuchs der gesamten Judenheit ein quasi göttlicher Status. In den Augen der Menschheit, so hoffte man im Führungsjudentum, würde sich der ‚verachtete Jude‘ in eine neue Gottheit verwandeln.“

(Homepage „National Journal“, 1. September 2012)

In aktuellen rechtsextremistischen Publikationen wird gern auf vermeintlich seriöse „Wissenschaftler“ oder „Studien“ des Dritten Reichs verwiesen, um antisemitischen Äußerungen einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen:

*„Die Weltclique der jüdischen Finanz-Lobby entwickelte sich über Jahrtausende hinweg und wurde von den Führern geradezu für die Aufgabe der Weltunterwerfung durch Weltausraubung herangezuchtet, wie in dem Buch ‚Wie kam der Jude zum Geld?‘ nachgewiesen wird. Einige könnten jetzt einwenden, dass dieses die Welt erklärende Buch ja in der Hitlerzeit herausgekommen sei und deshalb derartige Schlüsse darin zu lesen seien. Falsch, gerade heute wird diese Tatsache von den höchsten Rabbinern in Israel bestätigt, nämlich dass der Rest der Menschheit nur eine Aufgabe zu erfüllen habe, dem Judentum zu dienen: **„Nichtjuden sind nur auf dieser Welt, um den Juden zu dienen.“***

(Homepage „National Journal“, 13. März 2012; Hervorhebungen im Original)

Der antizionistische Antisemitismus zeigt sich vor allem in der kategorischen Ablehnung des Staates Israel. Unter dem Deckmantel der Kritik an Israel stellen Rechtsextremisten das Existenzrecht Israels infrage und verschleiern dabei ihre grundsätzliche Ablehnung des Judentums.⁸³ Indem sie die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit den nationalsozialistischen Verbrechen an

Antizionistischer Antisemitismus

⁸³ Zur Abgrenzung zwischen Israelkritik und antisemitischem Antizionismus vgl. Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt am Main 2005, S. 144-165.

den Juden gleichsetzen, versuchen sie zudem, die Gräueltaten während des NS-Regimes zu relativieren:

„Die Tage reiste der neue Bundespräsident Joachim Gauck zu den üblich ritualisierten Anbiederungsversuchen ins besetzte Palästina. Dabei versicherte das bundesdeutsche Staatsoberhaupt dem zionistischen Gebilde gebetsmühlenartig erneut das vermeintliche Existenzrecht zu, als hätte er darüber zu befinden. Per Scheckbuch-Diplomatie wurden bereits vor dem Gastspiel Gaucks deutsche U-Boote an die kriegslüsterne Mischpoke geliefert.“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“, 31. Mai 2012)

Sekundärer Antisemitismus

Der sekundäre Antisemitismus beruht auf der Behauptung, „die Juden“ instrumentalisierten den Holocaust, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen. Rechtsextremisten knüpfen damit an eine in Teilen der Bevölkerung vorhandene Abneigung gegen weitere Erörterungen des Genozids an. Der Vorwurf, „die Juden“ benutzten die Erinnerung an den Holocaust für ihre Zwecke, geht häufig mit einer Relativierung oder gänzlichen Leugnung des Holocaust einher:

„War für einen guten Christen in der Vergangenheit die Pilgerfahrt nach Jerusalem heilige Pflicht, oder zumindest der Besuch der Ruhestätte des heiligen Santiago, des Retters vor den Muselmanen, so steht uns heute Auschwitz zur Verfügung, um uns demütig im Staub zu wälzen. Und wehe, es nimmt jemand nicht an der Pilgerfahrt teil, gleich kommt Herr Graumann, oberster moralischer Vollstrecker des Rates der weisen Juden in Deutschland, und droht das Vierte Reich an. Deshalb, fahr auch Du nach Auschwitz, Genosse. Und nicht nur einmal im Jahr, sondern mehrmals. Jedem Deutschen sollte das heilige Verpflichtung sein.“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“, 5. Juni 2012)

Sozialer bzw. wirtschaftlicher Antisemitismus

Der soziale Antisemitismus schreibt „den Juden“ einen privilegierten sozialen oder wirtschaftlichen Status zu. Rechtsextremisten verleumden sie als Wucherer, Betrüger, ausbeuterische Kapitalisten und Spekulanten, die auf Kosten der „Nichtjuden“ Macht und Reichtum anhäuferten. Dies gipfelt in der Behauptung, „die Juden“

seien für wirtschaftliche Not und Massenarbeitslosigkeit verantwortlich und beherrschten den Staat. Häufig wird in der Agitation auf eine angebliche jüdische Kontrolle des Finanzsektors und seiner wesentlichen Organe abgestellt:

„Die FED [Federal Reserve System, US-Notenbank] alleine war der Israel-Lobby in den USA nicht genug. Dass sie über das von der US-Regierung hergestellte Geld selbst verfügen und von den Amerikanern auch noch Zinsen dafür verlangen durften, reichte ihnen nicht. Neben den Milliarden an Zinsen für nichts, wollten sie die Amerikaner auch noch für ihre Finanzwetten in Billionenhöhe berappen lassen.“
(Homepage „National Journal“, 1. August 2012)

Der rassistische Antisemitismus geht auf die im 19. Jahrhundert von Rassetheoretikern vorgenommene Klassifizierung von Völkern nach körperlichen und mentalen Eigenschaften zurück. Rassistische Antisemiten behaupten, Juden seien gegenüber der arischen, weißen oder nordischen Rasse genetisch minderwertig. Während sie Juden eine Fülle von negativen Eigenschaften zuschreiben, gilt ihnen die weiße Rasse als durchweg positiv. Es liege unabänderlich im Wesen „der Juden“, die „Weißen“ durch Vermischung der Rassen beseitigen zu wollen. Zuwanderung deuten sie dementsprechend als von Juden gesteuerte Maßnahme zur Vernichtung der „weißen Rasse“.

Rassistischer Antisemitismus

Antisemitische Verschwörungstheorien haben innerhalb der rechtsextremistischen Szene eine lange Tradition. Demnach seien „die Juden“ eine einflussreiche soziale Macht, die mit politischen Absichten als Kollektiv die Herrschaft im jeweiligen Land oder gar die Weltherrschaft anstreben, die Regierung der USA steuern, die Wirtschaft, Finanzwelt und Medien beherrschen und durch ihre Verschwörung politische Umbrüche wie Kriege, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen herbeiführten. Indem scheinbar einfache Erklärungen für komplexe Phänomene des Weltgeschehens angeboten werden, bieten sich derartige Verschwörungsszenarien zumal in Krisenzeiten verunsicherten Personen als Welterklärungsmodell an.

Verschwörungstheorien

Aktueller Schwerpunkt antisemitischer Verschwörungstheorien ist nach wie vor die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, als deren vermeintliche Nutznießer die Juden dargestellt werden. Die

Verschärfung der „Eurokrise“ und beschlossene Maßnahmen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) werden als Teil eines „jüdischen“ Plans zur Erringung der Weltherrschaft dargestellt:

„Die Deutschen sollen also tatsächlich unter dieser Psycho-Peitsche als willenlose Sklaven für ‚Amerikas heimliche jüdische Weltregierung‘ schuften – bis zum Tod. Mit der neuen ESM-Regierung, dieser anonymen Finanzherrschaft über die Deutschen, die Teil der jüdischen FED ist, sollen die Deutschen nicht nur alles abliefern was sie besitzen (Zwanganleihen), sondern auch ihre gesamte Arbeitsleistung diesen Menschenfeinden zu 100 Prozent verpfänden.“
 (Homepage „National Journal“, 1. September 2012)

Offener Antisemitismus

Aufgrund eines in der Öffentlichkeit vorherrschenden Grundkonsenses gegen Antisemitismus und angesichts der Wachsamkeit der Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf volksverhetzende Propaganda wird offener Antisemitismus nur in Teilen der rechtsextremistischen Szene propagiert. Dies gilt insbesondere für Neonazis und für subkulturell geprägte Rechtsextremisten; dort verbreiten vor allem rechtsextremistische Musikgruppen unverhohlenen offene antisemitische und rassistische Texte.

So wird in einem Lied der rechtsextremistischen Musikgruppe „Terrorkorps“ unter Anspielung auf bekannte Konzentrationslager erneut zur Tötung von Juden aufgerufen:



*„Auschwitz, Dachau und Buchenwald
 Da machen wir die Juden aufs Neue kalt
 Auschwitz, Dachau und Buchenwald
 Da machen wir das miese Schwein aufs Neue kalt
 Sollen die Juden unsere Herren sein
 Das deutsche Volk sagt nein
 Wo sitzen unsere Feinde
 In der jüdischen Gemeinde“*
 (Band „Terrorkorps“, CD „Hakenkreuz Rock 'n' Roll“, Lied „Auschwitz, Dachau und Buchenwald“)⁸⁴

⁸⁴ Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 28. September 2012.

Mehrheitlich vermeiden Rechtsextremisten eine offen antisemitische Rhetorik und greifen stattdessen auf Andeutungen zurück, bei denen die Intention zwar erkennbar, strafrechtlich aber nicht relevant ist. Derartige Anspielungen werden in der rechtsextremistischen Szene wie eine Art „Code“ verstanden und sind geeignet, latent vorhandene antisemitische Einstellungsmuster zu bedienen. Sie tragen darüber hinaus zur Tradierung antisemitischer Stereotype bei. Im rechtsextremistischen Diskurs dienen Begriffe wie „Wall Street“, „US-Ostküste“, „Park Avenue Boys“, „Hochfinanz“ oder „Hintergrundmächte“ als Synonyme für „die Juden“:

„Die USA und die dahinter stehende Geldmacht verfolgen seit Woodrow Wilsons Präsidentschaft das Ziel, geostrategisch die politische Weltherrschaft zu erringen, teils auf militärischem Wege, mehr jedoch mit den Mitteln der Hochfinanz.“

(Meinhard Müller: „Der falsche Weg. De Gaulles ‚Europe des Patries‘ – oder eine supranationale EU von Wall Streets-Gnaden?“, in: „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, Heft 2, Juli 2012, S. 24)

Der Antisemitismus bleibt für die überwiegende Mehrheit der deutschen Rechtsextremisten ein nahezu unverzichtbares Ideologeelement. Rechtspopulistische Strategien, die keine antisemitische Prägung aufweisen oder sich gar israelfreundlich geben, stoßen im Lager der übrigen Rechtsextremisten – wie bei der NPD oder neonazistischen Gruppierungen – weitestgehend auf Ablehnung.

Antisemitismus durch Andeutungen

Bewertung

2. Islamfeindlichkeit

Das Aktionsfeld der „Islamfeindlichkeit“ als eine moderne Form der Fremdenfeindlichkeit hat im Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Hierbei versuchen Rechtsextremisten, Überfremdungsängste bzw. Vorurteile gegenüber der Religion des Islam bzw. Muslimen zu erzeugen oder Ressentiments zu schüren, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie verbreiten die These einer vermeintlich „drohenden Islamisierung Europas“. Aus anfänglich eher vereinzelt Agitationsformen haben sich inzwischen auch internationale

Islamfeindlichkeit als moderne Form der Fremdenfeindlichkeit

Kooperationsbestrebungen entwickelt. Die Übergänge zwischen extremistischer Islamfeindlichkeit und populistischer Islamkritik sind hierbei oft fließend.

Abgrenzung zur Islamkritik

Rechtsextremisten missachten die Menschenwürde der Muslime und sprechen ihnen das Recht als gleichwertige Persönlichkeiten in der Gesellschaft ab. Menschen werden wegen ihrer religiösen Überzeugung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Nationalität pauschal abgewertet oder als nicht integrierbar dargestellt. Aufgrund der Ablehnung des Islam bzw. der Muslime als „undeutsch“ fordern Rechtsextremisten z.B., Muslimen bestimmte Grundrechte – etwa der Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Artikel 3 Grundgesetz oder die Religionsfreiheit gemäß Artikel 4 Grundgesetz – einzuschränken oder gar gänzlich abzuspochen. Eine derartige Agitation überschreitet die durch die Meinungsfreiheit gedeckte Islamkritik bei Weitem.

Gleichsetzung von Islam und Terrorismus

Aus ideologisch-taktischen Gründen differenzieren Rechtsextremisten regelmäßig nicht zwischen der Religion des Islam, dem Islamismus und dem islamistischen Terrorismus. In Deutschland lebende Muslime werden daher als Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands dargestellt. Durch diese Gleichsetzung soll suggeriert werden, mit einer steigenden Anzahl von Muslimen wachse auch die Torgefahr hierzulande. Rechtsextremisten versuchen auf diese Weise, den Anschein zu erwecken, es gehe ihnen um das legitime Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Tatsächlich verschleiern sie jedoch ihre fremdenfeindliche Grundüberzeugung hinsichtlich einer homogenen deutschen Bevölkerungsstruktur.

„Volksgemeinschafts“-Ideologie der NPD als Gegenpart zur Islamisierung

Die islamfeindlichen Agitationsformen der NPD sind nicht nur auf bloße Ressentiments und das Aufgreifen rechtspopulistischer Themen zurückzuführen, sondern wurzeln in ideologischen Grundüberzeugungen. Dies wird insbesondere in dem von der Partei konstruierten Ideal einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ deutlich.

Dieser in vielen Stellungnahmen sowie im Parteiprogramm der NPD zum Ausdruck kommenden Grundprämisse liegen die folgenden Denkmuster zugrunde: Der Einzelne erfahre nur durch die Einbindung in eine genetisch definierte Abstammungsgemeinschaft Schutz, Solidarität und Würde als soziales Wesen,

während der Verlust dieses Bezugs zu Vermassung, Haltlosigkeit und Entwurzelung führe. Ein Staat, der nicht auf einer solchen „Volksgemeinschaft“ basiere, könne weder Schaffenskraft noch Kulturfähigkeit entfalten und falle fremden Interessen zum Opfer. Aus der Annahme, es handele sich bei diesen Überzeugungen um biologische bzw. naturgesetzliche Konstanten – die NPD spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „lebensrichtigen Menschenbild“ –, ergibt sich für Parteiaktivisten die Verpflichtung, der „Überfremdung“ bzw. „Islamisierung“ Deutschlands entschieden entgegenzuwirken.

Die scharfe und umfangreiche NPD-Agitation gegen den Islam, Migranten und Minderheiten lässt auf eine ideologisch begründete, fundamental rassistische Fremdenfeindlichkeit schließen. Aus einer solchen Perspektive erwächst die Forderung nach einer klaren Unterscheidung zwischen dem „Fremden“ und dem „Eigenen“, anstatt sich in gesellschaftspolitischen Diskussionen und Differenzierungen zu verlieren.

Dieser Ansatz ist z.B. bei Äußerungen festzustellen, in denen die NPD den Islam nicht aufgrund bestimmter radikaler Ausformungen kritisiert, sondern letztlich als „raum- und rassefremde Religion“ ablehnt (vgl. Kap. III, Nr. 1).

Auch die erst 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ bemüht sich darum, ihr Profil durch islamfeindliche Aussagen zu schärfen und Zustimmung im relevanten Wählerspektrum zu erlangen (vgl. Kap. III, Nr. 2).

Mit der Begründung, der Islam sei unvereinbar mit „den abendländischen Werten unserer Kultur“, lehnt „DIE RECHTE“ in ihrem Parteiprogramm einen Islamunterricht an Schulen pauschal ab. Vielmehr solle den Schülern „deutsche Kultur“ und Sprache vermittelt und „die Liebe zu Heimat und Volk“ gefördert werden. Ungeachtet ihrer Forderung, Kindern „umfassende Kenntnisse über Demokratie“ zu vermitteln, versuchen die Agitatoren in Wirklichkeit, ein Bild von gegensätzlichen und unvereinbaren Menschengruppen zu suggerieren. Dabei werden der Islam und dessen Anhänger als grundsätzlich „undeutsch“ und für die Entwicklung von Kindern als eher hinderlich angesehen.⁸⁵

**Islamfeindliche
Agitation der Partei
„DIE RECHTE“**

⁸⁵ Parteiprogramm der Partei „DIE RECHTE“ 2012, S. 16.

Bei der Partei „DIE RECHTE“ kann die islamfeindliche Ausrichtung weniger an einzelnen Kommentaren, denn am Gesamtbild entsprechender Aussagen festgemacht werden. So setzt die Partei z.B. auf einem im Juni 2012 veröffentlichten Flugblatt in Deutschland lebende Ausländer pauschal mit Islamisten gleich und fordert u.a., dass die Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern aufgehoben wird. Nur wenn „unsere Kinder ein Leben ohne Kopftuch und Muezzin führen können“, könne „Deutsche Zukunft erhalten“ werden.⁸⁶

**Islamfeindliche
Äußerungen von
„pro NRW“**

Im Vorfeld des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes 2012 kündigte der Parteivorsitzende der „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) Markus Beisicht eine „maximale Provokation“ und einen „bis an die Schmerzgrenze gehenden Wahlkampf an, in dem wir (...) keine Tabuthemen scheuen werden“.⁸⁷

Unter dem Motto „Freiheit statt Islam – Grundgesetz statt Scharia“ fanden in der Zeit vom 28. April bis 8. Mai 2012 in 25 Städten vor dort befindlichen bzw. geplanten Moscheen und Islamzentren Kundgebungen von „pro NRW“ statt. Bereits zu Beginn der sogenannten Moscheentour äußerte sich der Wahlkampfleiter von „pro NRW“ Lars Seidensticker in polemischer Weise:

„Und lassen Sie uns unsere Forderung nach dem sofortigen Ende der Masseneinwanderung so laut und deutlich (...) wiederholen, dass auch im letzten Muselmanenkaff klar sein muss: Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht!“
(ZDF-Reportage „Pulverfass Deutschland? Islamisten gegen Rechts-extreme“, 2012)

Flankierend zur Moscheentour initiierte die Partei einen „islamkritischen Karikaturenwettbewerb“ und lobte ein Preisgeld für die „besten“ Einsendungen aus, die sich „in kritischer Form mit dem Islam oder mit dem Diskussionsverbot“ zu diesem Thema auseinandersetzen.⁸⁸ „Pro NRW“ lehnte sich hierbei bewusst an die Veröffentlichung islamkritischer Karikaturen durch eine dänische

⁸⁶ Flugblatt „Deutsche Zukunft erhalten!“, Homepage „DIE RECHTE“ (21. Juni 2012).

⁸⁷ Homepage „pro NRW“ (19. März 2012).

⁸⁸ Homepage „pro NRW“ (28. März 2012).

Zeitung im Jahr 2005 an, in deren Folge es zu weltweiten, teils gewaltsamen Protesten gekommen war.

Bei Kundgebungen am 1. Mai 2012 in Solingen (Nordrhein-Westfalen) und am 5. Mai 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) kam es zu schweren Ausschreitungen und massiven Übergriffen durch salafistische Gegendemonstranten, die sich durch dort gezeigte Mohammed-Karikaturen provoziert fühlten (vgl. Kap. III, Nr. 3 und Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. II, Nr. 1).

Auf europäischer Ebene bemühen sich rechtspopulistische und rechtsextremistische Gruppierungen auch weiterhin um einen Ausbau der Kooperation. Bei der Agitation gegen eine erkannte „Islamisierung Europas“ – sie wird sowohl für soziale Probleme als auch für gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht – kommt dem 2008 gegründeten Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ die größte Bedeutung zu. Gemäß seiner Charta lehnt das Bündnis, dem u.a. der flämische Vlaams Belang (VB) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) angehören, das Recht auf Religionsfreiheit für europäische Muslime ab. Wichtigster Bündnispartner auf deutscher Seite ist „pro NRW“, die im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes 2012 entsprechende Unterstützung durch den VB und die FPÖ erhielt.

Internationale Vernetzung

Islamfeindliche Äußerungen aus dem rechtsextremistischen Spektrum sind überwiegend fremdenfeindlich, in Teilen rassistisch motiviert. Insbesondere Rechtsextremisten aus dem legalistischen Bereich sehen hier ein wichtiges Aktionsfeld. Durch offensives Aufgreifen bestehender Zukunftsängste und Vorbehalte gegenüber „Fremden“ und durch eine tendenziöse Darstellung der Muslime als potenzielle Straftäter und Terroristen versuchen sie, auf emotionaler Ebene ein Feindbild (z.B. „der Islam gegen den Westen“ oder „der Islam gegen die Volksgemeinschaft“) aufzubauen. Dadurch sollen insbesondere diejenigen Bürger angesprochen werden, die bislang durch eine allzu offene, herkömmliche rechtsextremistische Agitation nicht erreicht werden konnten.

Bewertung

Die provokativ geführte Anti-Islamkampagne von „pro NRW“ im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass in einer aufgeheizten Stimmungslage mit gezielten Aktionen und geringem Aufwand eine ungleich größere

Öffentlichkeit erreicht werden kann, als es durch einen konventionellen Wahlkampf möglich gewesen wäre. Gewalttätige Ausschreitungen werden hierbei zumindest billigend in Kauf genommen.

3. Geschichtsrevisionismus

Bedeutung und Methoden

Der zeitgeschichtliche Revisionismus⁸⁹ gehört nach wie vor zu den wichtigsten Aktionsfeldern im Rechtsextremismus. Hierunter versteht man die ideologisch motivierte Umdeutung historischer Tatsachen durch Rechtsextremisten, die eine verfälschende Geschichtsbetrachtung propagieren: Die Verantwortung des Hitler-Regimes für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wird angezweifelt und der systematische Massenmord an Juden abgestritten oder relativiert.

Bemühungen, die Zeit des Nationalsozialismus in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen, sind – in unterschiedlichen Ausprägungen – ein verbindendes Element in der gesamten rechtsextremistischen Szene.

Die auf diesem Feld agitierenden Rechtsextremisten leugnen meist ihre eigentliche Motivation und behaupten, sich als objektive Forscher um die Aufklärung historischer Sachverhalte zu bemühen. Sie geben vor, den bisherigen Wissensstand aufgrund neuer Erkenntnisse und Forschungsergebnisse unvoreingenommen überprüfen und korrigieren zu wollen. In Wahrheit handelt es sich jedoch um politisch motivierte Bemühungen, das Geschichtsbild über das Dritte Reich und den Nationalsozialismus zugunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung umzuschreiben. Dabei sind die wenigsten Akteure tatsächlich ausgebildete Historiker und ihre Methoden alles andere als wissenschaftlich.

⁸⁹ Revision bzw. Revisionismus bedeutet im eigentlichen Sinne des Wortes gemeinhin Änderung einer Meinung nach gründlicher Prüfung. Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch versteht man darunter die wissenschaftliche Überprüfung vermeintlich gesicherter Erkenntnisse. Rechtsextremistische Revisionisten hingegen zielen nicht darauf ab, neue seriöse wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu präsentieren.

Rechtsextremistische Revisionisten versuchen die geschichtliche Wahrnehmung zu manipulieren, indem sie

- gefälschte oder bewusst einseitig interpretierte Dokumente verwenden,
- Quellen unterschlagen, die nationalsozialistische Untaten belegen,
- sich auf pseudowissenschaftliche Gutachten berufen,
- vermeintlich positive Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft überbetonen,
- Maßnahmen des Nationalsozialismus verschweigen oder beschönigen,
- den Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten, insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Untaten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, relativieren oder leugnen.

Revisionismus im weiteren Sinne umfasst nahezu alle von den Geschichtsfälschern genutzten Thesen, mit denen etwa die Schuld des NS-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs oder der verbrecherische Charakter der NS-Diktatur bestritten werden. In diesen Zusammenhang gehören etwa die Verklärungen von Funktionsträgern des Dritten Reichs oder Angehörigen der Waffen-SS. Der Revisionismus im engeren Sinne leugnet den an den europäischen Juden begangenen Völkermord – eine Agitation, die in einigen europäischen Staaten unter Strafe steht und in Deutschland den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt.

Die revisionistische Szene behauptet, das aktuelle Geschichtsbild sei von den Alliierten vorgegeben und den Deutschen durch „Umerziehung“ vermittelt worden. Dies gelte es rückgängig zu machen:

„Nur wenige wissen, dass Deutschland bis heute vertraglich gebunden ist, sich an die Geschichtsschreibung der Siegermächte zu halten. Die Verpflichtung Deutschlands, die eigene Geschichte durch eine fremde Brille zu sehen, wurde 1990 vertraglich im Zwei-plus-vier-Vertrag verlängert. Vorgeschlagen wurde diese radikale Gehirnwäsche bekanntlich noch während des Krieges von Louis Nizer, und zwar in seinem Pamphlet ‚What to do with Germany?‘“

(„Die Bundesrepublik – offiziell immer noch ‚Feindstaat‘“, in: „Der Schlesier. Gesamtdeutsche Wochenzeitung“ Nr. 11-12/2012, 16./23. März 2012, S. 10)

Erscheinungsformen

Agitation gegen angebliche „Umerziehung“

Gedenkmärsche Revisionistische Agitation äußert sich auch in Demonstrationen und Aufmärschen, bei denen oftmals Ereignisse des Zweiten Weltkriegs thematisiert werden, insbesondere Bombenangriffe der Alliierten auf deutsche Städte. Mit derartigen Verweisen sollen deutsche Kriegsverbrechen sowie die Massenvernichtung der Juden relativiert werden – augenfällig hierfür ist der von Rechtsextremisten verwendete Begriff „Bombenholocaust“.

Das neonazistisch ausgerichtete „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV) veranstaltete am 13. Februar 2012 anlässlich des 67. Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dresden (Sachsen) im Zweiten Weltkrieg einen Gedenkmarsch mit 1.600 Teilnehmern. Während des Marsches wurden Transparente mit Parolen wie „Dresden – Mord verjährt nie“ oder „Vergesst niemals die Hunderttausend Opfer des Bombenholocaust“ gezeigt (vgl. Kap. I, Nr. 4). Rechtsextremisten geht es bei diesen Aktionen nicht um das Gedenken an die deutschen Luftkriegstoten, sondern um die öffentliche Zurschaustellung ihrer Ideologie.

Publikationen Revisionistische Auffassungen werden in zahlreichen Büchern und sonstigen Schriften verbreitet. Zum Teil handelt es sich dabei um „Standardwerke“ rechtsextremistischer Autoren, die immer wieder neu beworben werden.

Leugnung der Kriegsschuld Breiten Raum nimmt hierbei die Leugnung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg ein. So heißt es etwa in Bezug auf den Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939:

„Der Kriegausbruch mit Polen 1939 hatte nichts mit einem beabsichtigten ‚Mord an den Juden‘ zu tun (...). Auch seine Ausweitung zum Weltkrieg hat nicht Deutschland betrieben, sondern war dem Reich bei Ablehnung der wiederholten Friedensappelle Adolf Hitlers aufgezwungen worden! Gegenteilige, aus der Kriegspropaganda der Alliierten abgeleitete und kraft Siegermacht durchgesetzte Nachkriegsdogmen können diese Sachverhalte nicht ändern! Nicht Deutschland hatte Judea den Krieg erklärt, sondern Judea

am 24. März 1933 ohne die geringste berechtigte Veranlassung Deutschland!“
(„Historische Tatsachen“ Nr. 106, S. 35)⁹⁰

Die offene Holocaustleugnung lässt sich aufgrund strafrechtlicher Sanktionen in der Bundesrepublik Deutschland seltener feststellen. Eine derartige Agitation findet hauptsächlich auf einschlägigen ausländischen Homepages statt, auf denen – meist anonym – indizierte oder strafbare Schriften zum kostenlosen Download angeboten werden.

Leugnung des Holocaust

Darüber hinaus werden auch entsprechende Schriften aus dem Ausland eingeführt. So bietet der britische Verlag „Castle Hill Publishers“ gezielt entsprechende Veröffentlichungen in deutscher Sprache an. 2012 indizierte die BPjM auf Anregung des BfV erneut eine Schrift dieses Verlages.⁹¹ Zu einer Verlagsneuerscheinung aus dem Jahr 2012 mit dem Titel „Widerstand ist Pflicht“, die die Verteidigungsrede des 2007 verurteilten und 2009 aus der Haft entlassenen Holocaustleugners Germar Rudolf wiedergibt, hat das BfV ebenfalls eine Indizierung angeregt. Rudolf war nach seiner Haftentlassung ausgewandert und setzt seine Agitation nun aus dem Ausland fort.

Auch in Deutschland halten Rechtsextremisten an der Holocaustleugnung fest:

„Bald wird dergleichen gelenkte Meinungsmache kaum noch jemand glauben. Dann zählen Tatsachen nachprüfbare, forensische Beweise für ungeheuerliche Anklagen. Bis heute harre ich vergeblich der Antwort des Zentralrates auf meine Frage: ‚Wann, wo und wie fand die Vergasung von 6 Millionen Juden statt, nachdem Auschwitz

⁹⁰ Die Broschüre „Historische Tatsachen Nr. 106 – Es war nicht Rache, sondern Verbrechen“, Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung, Vlotho und „The Barnes Review Washington“, USA, wurden auf Anregung des BfV durch die BPjM indiziert, vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 27. April 2012.

⁹¹ Die bereits 2010 erschienene Publikation „Sobibór. Holocaust – Propaganda und Wirklichkeit“ wurde durch die BPjM indiziert, vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 28. September 2012.

als Synonym für dieses Verbrechen nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte?“

(Ursula Haverbeck: „Brief an den Zentralrat der Juden“, in: „Stimme des Reiches“ Nr. 3/2012, S. 4)

**Agitation gegen
strafrechtliche
Verfolgung**

Zudem agitieren rechtsextremistische Revisionisten auch gegen die Strafrechtsnorm des § 130 StGB (Volksverhetzung), welche die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt:

„Mein Eindruck ist: Durch gnadenlose strafgesetzliche Bestimmungen werden Lügenbehauptungen über die deutsche Geschichte zum Schaden des deutschen Volkes bis zum St.Nimmerleinstag weitverbreitet.“

(Wolfgang Hendlmeier: „Neunzehnhundertvierundachtzig“, in: „Volk in Bewegung & Der Reichsbote“ Nr. 5/2012, S. 32)

**„Europäische
Aktion“ (EA)**

Dem Kampf gegen Strafrechtsnormen anderer Länder (insbesondere der Schweiz und Österreich), welche ebenfalls die Verbreitung rechtsextremistischer Hasspropaganda sanktionieren, hat sich auch die seit 2010 aktive „Europäische Aktion“ (EA) verschrieben, in der sich europäische Holocaustgegner gesammelt haben. Die Agitation der Organisation ist antisemitisch ausgerichtet. Zudem enthält sie auch rassistische Aussagen, die in der Forderung zur „Repatriierung“⁹² der Fremdkontinentalen“ gipfeln:

„Im Interesse aller Völker arbeitet die EUROPÄISCHE AKTION deswegen auf den Zeitpunkt hin, in dem die durcheinander geschobenen Völker- und Rassemassen wieder entflochten werden können (...) Weiße Ehegatten begleiten ihre Partner, Mischlinge siedeln sich in der Heimat ihres farbigen Elternteils an. (...) Nach Ablauf der Frist werden Säumige und Renitente polizeilich oder militärisch abgeschoben.“

(Bernhard Schaub: „Die Europäische Aktion. Aufbau und Ziele der Europäischen Freiheitsbewegung“, Dornach (Schweiz) 2011, S. 20 f.)

⁹² Rückführung einer Person in ihr Heimatland.

Der Sitz der EA befindet sich mit dem sogenannten Zentralsekretariat in der Schweiz. Vorsitzender der Organisation ist der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub, Gründungsvorsitzender des 2008 verbotenen „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV, vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VII). Als „Landesleiter Deutschland“ fungiert der ehemalige Mandatsträger der NPD und rechtsextremistische Publizist Rigolf Hennig.

Die EA, deren Mitglieder über gute Kontakte vor allem in das neonazistische Spektrum verfügen, ist weit davon entfernt, eine Sammlungsbewegung europäischen Ausmaßes darzustellen. Führungsmitglieder der EA versuchen allerdings, insbesondere durch eine rege Vortragstätigkeit, ihren Einfluss im rechtsextremistischen Spektrum auszudehnen. Dabei wenden sie sich gezielt auch an jüngere Rechtsextremisten aus der aktionsorientierten Kameradschaftsszene.

Aktivist:innen der EA streben unverhohlen den Machtwechsel an und drohen mit einer dann fälligen Bestrafung von Funktions- und Entscheidungsträgern:

„In Regierung, Parlament und Bundesverfassungsgericht allerdings gibt es eine ganze Anzahl solcher, die wissen, was sie tun. Es wird nicht ausbleiben, dass das Volk ihre Bestrafung verlangt. Dann nehme die Gerechtigkeit ihren Lauf.“

(Bernhard Schaub: „Der Staat der Deutschen. Geschichte und Rechtslage des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland“, Dornach (Schweiz) 2009, S. 38)

Am 8. September 2012 fand das zweite „Europafest“ der EA im Elsass (Frankreich) statt. Französische Behörden verhinderten die Durchführung einer Saalveranstaltung; daraufhin führten rund 60 Anhänger der Organisation eine Ersatzveranstaltung im Freien durch. Ihr Leiter rief in aggressiver Weise seine Anhänger zum Kampf gegen „das System“ – mit dem man sich im Krieg befinde – auf und forderte den „Kampf für unsere biologische Existenz als weiße Rasse“.⁹³

⁹³ Redebeitrag von Bernhard Schaub beim „Europafest“ am 8. September 2012, Homepage „Europäische Aktion“ (23. September 2012).

RECHTSEXTREMISMUS

Im November 2012 fanden im Rahmen disziplinarrechtlicher Ermittlungen Exekutivmaßnahmen gegen einen Bundespolizisten statt, der für die EA als „Abteilungsleiter Sicherheit“ in Deutschland fungierte. Die Ermittlungen dauern noch an.

Der zeitgeschichtliche Revisionismus wird auf absehbare Zeit eines der wichtigsten verbindenden Elemente im Rechtsextremismus bleiben.

Linksextremismus



Linksextremismus

I. Überblick

1. Ideologie

Allgemeine Zielsetzung Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus. Sie wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abschaffen und durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaft ersetzen.

Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten Für Marxisten-Leninisten bilden die Lehren von Marx, Engels und Lenin die Richtschnur ihres politischen Handelns, um eine sozialistische Gesellschaftsordnung und letztlich den Kommunismus zu errichten. Die zahlenmäßig eher unbedeutenden Troztkisten versuchen über eine „Unterwanderungspolitik“ (Entrismus) Einfluss in anderen, meist konkurrierenden Organisationen zu erlangen.

Anarchisten Anarchisten streben eine staats- und herrschaftsfreie Gesellschaftsordnung an.

Gewaltbereite Linksextremisten Gewaltbereite Linksextremisten, die sich mehrheitlich als Autonome bezeichnen, grenzen sich in ihrem Selbstverständnis deutlich von anderen linksextremistischen Akteuren ab. Ihr Selbstverständnis ist geprägt durch eine Vielzahl von Anti-Einstellungen („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“) und diffusen anarchistischen und kommunistischen Ideologiefragmenten („Klassenkampf“, „Revolution“).

2. Entwicklungen im Linksextremismus

Zunahme der Gewalt Im gewaltbereiten Spektrum des Linksextremismus ist ein Anstieg des Gewaltpotenzials der Akteure festzustellen. Dies zeigt sich darin, dass Körperverletzungen bewusst in Kauf genommen werden; so ist die Anzahl der versuchten Tötungsdelikte im Jahr 2012 auf acht gestiegen (2011: 3). Die Angriffe richten sich vor allem gegen Polizisten und gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten.

Nahezu alle in 2012 verübten 876 Gewalttaten mit linksextremistisch motiviertem Hintergrund (2011: 1.157) sind der autonomen Szene zuzurechnen. Autonome halten die Anwendung von Gewalt (auch gegen Personen) zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele für legitim und rechtfertigen sie als ein unverzichtbares Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines Systems von „Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“.

Der Kampf gegen „staatliche Repression“ bestimmt weiterhin in hohem Maße die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten. Auch im Jahr 2012 agitierten sie intensiv in Wort und Tat gegen den Staat und seine „Handlanger“ und verübten zahlreiche Anschläge, darunter auch Brandstiftungen, überwiegend gegen Einrichtungen von Sicherheitsfirmen. Während bislang vor allem Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten szeneeintern vermittelbar war, hat seit einiger Zeit die Akzeptanz gewalttätiger Angriffe auch auf Vertreter des „Repressionsapparates“ – insbesondere auf Polizeikräfte – weiter zugenommen. Die Anzahl der 2012 gegen Polizeibeamte verübten Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund ist indessen deutlich rückläufig. Nach wie vor nimmt die Solidarität mit inhaftierten „Genossen“ im In- und Ausland innerhalb der „Antirepressionsarbeit“ einen besonderen Stellenwert ein.

„Antirepression“

Linksextremisten räumten auch 2012 ihrer „antimilitaristischen“ Arbeit eine unverändert hohe Bedeutung ein, wenngleich es keine herausgehobenen Ereignisse gab, die „antimilitaristische“ Strukturen in linksextremistischen Zusammenhängen besonders förderten. Die Ziele militanter Aktionen waren neben der Bundeswehr auch privatwirtschaftliche Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen oder mit der Bundeswehr zusammenarbeiten. Das Aktionsniveau gewaltbereiter Linksextremisten entsprach dem des Vorjahres.

„Antimilitarismus“

Das Aktionsfeld „Antifaschismus“ hat für Linksextremisten, insbesondere im gewaltbereiten Spektrum, seit jeher einen hohen Stellenwert. Linksextremisten empfinden das offene Auftreten von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten zunehmend als Provokation. Die verstärkte Präsenz rechtsextremistischer Akteure im Vorfeld von Wahlen bietet oftmals den Anlass für militante „antifaschistische“ Protestaktionen. Gewalttätige Ausschreitungen gegen Aufmärsche und Versammlungen der

„Antifaschismus“

rechtsextremistischen Szene belegen das anhaltend hohe Gewaltpotenzial von Linksextremisten in diesem Aktionsfeld.

DKP Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und will eine sozialistische Gesellschaftsordnung und letztlich den Kommunismus errichten. Der seit nunmehr drei Jahren offen ausgetragene Richtungsstreit über die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, lähmt die Partei. Zudem wird wegen Überalterung das Potenzial der aktiven und mobilisierbaren Mitglieder immer geringer. Aktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf die Teilnahme an Aktionen der Antifaschismus-, Frauen-, Friedens- und sozialen Bewegung. Eigenständige Aktionen fallen der Partei zunehmend schwer.

MLPD Die MLPD feierte im November 2012 ihren 30. Gründungstag. Seit 1982 hält die Partei unverändert an ihrer maoistisch-stalinistischen Ausrichtung fest. Sie praktiziert das Organisations- und Führungsprinzip des „demokratischen Zentralismus“, demzufolge nachgeordnete Bereiche der Partei sich bedingungslos dem Zentralkomitee unterordnen müssen. Grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der „Diktatur des Monopolkapitals“ und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Im Herbst 2012 führte die Partei ihren IX. Parteitag durch, dessen logistische Vorbereitung und Durchführung wie bei den vorangegangenen Parteitagen äußerst konspirativ verliefen. So erhielten „einfache“ Parteimitglieder erst im Rahmen einer Festveranstaltung zum 30. Gründungsparteitag Kenntnis vom durchgeführten Parteitag.

Trotzkisten Die rund 1.400 Anhänger der trotzkistischen Ideologie in Deutschland sind in zwölf aktiven internationalen trotzkistischen Dachverbänden mit etwa 20 Sektionen oder Resonanzgruppen organisiert. Strategisches Element für trotzkistische Zusammenschlüsse ist nach wie vor der Entrismus, d.h. die gezielte Unterwanderung anderer Organisationen mit dem Ziel, dort – offen oder verdeckt – Einfluss zu gewinnen. Aktivste trotzkistische Organisation ist wie in den Jahren zuvor das Netzwerk „marx21“.

„Rote Hilfe e.V.“ Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie definiert sich in ihrer Satzung als eine „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Ihr

Arbeitsschwerpunkt liegt auf der materiellen und politischen Unterstützung von Personen, die „staatlicher Repression“ ausgesetzt sind, darunter auch Straf- und Gewalttäter.

In unterschiedlicher Ausprägung liegen bei den offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vor. Diese Zusammenschlüsse bekennen sich dazu, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden und an deren Stelle eine sozialistische Gesellschaft zu etablieren.

Angehörige von offen extremistischen Zusammenschlüssen sind im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE vertreten.

3. Organisationen und Personenpotenzial

Das linksextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2012 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 29.400 Personen und war damit – wie bereits im Vorjahr – abermals leicht rückläufig (2011: 31.800).

Dies ist auf eine Abnahme im Spektrum der marxistisch-leninistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüsse zurückzuführen, das 2012 auf 22.600 Personen (2011: 25.000) gesunken ist.

Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Linksextremisten hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und umfasste Ende 2012 7.100 Personen, darunter ca. 6.400 Autonome.

Offen extremistische Strukturen in der Partei DIE LINKE

Weiterer Rückgang des linksextremistischen Personenpotenzials

Konstantes Personenpotenzial im gewaltbereiten Linksextremismus

Linksextremismuspotenzial¹			
	2010	2011	2012
Gewaltbereite Linksextremisten²	6.800	7.100	7.100
davon:			
Autonome	6.200	6.400	6.400
Anarchisten	600	700	700
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten³	25.800	25.000	22.600
Summe	32.600	32.100	29.700
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften⁴	32.200	31.800	29.400

¹ Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.

² Erfasst sind nur Personenzusammenhänge, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist keine Voraussetzung für die Erfassung im gewaltbereiten Spektrum.

³ Die Zahl beinhaltet das Personenpotenzial der offen extremistischen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.

⁴ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse wurden vom Gesamtpotenzial abgezogen.

II. Gewaltbereitschaft in der linksextremistischen Szene

Struktur:	Zusammenschlüsse existieren in nahezu allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg und dem Rhein-Main-Gebiet, den Regionen Dresden/Leipzig (Sachsen) und Nürnberg (Bayern), aber auch in kleineren Universitätsstädten wie Göttingen (Niedersachsen) und Freiburg (Baden-Württemberg)
Anhänger:	7.100 (2011: 7.100)

Das Spektrum des gewaltbereiten Linksextremismus hat sich in den letzten Jahren sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht deutlich gewandelt: Das Gefahrenpotenzial ist spürbar angestiegen. Während die Gewalt gegen Rechtsextremisten in der Szene stets vermittelbar war, wächst seit einiger Zeit auch die Akzeptanz gewalttätiger Angriffe auf Vertreter des „Repressionsapparats“.

Gewaltbereite Linksextremisten begehen eine Vielzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten, um ihren systemfeindlichen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen. Einzelne autonome Personenzusammenhänge, die vornehmlich ohne oder unter wechselnden Aktionsnamen auftreten, verübten zahlreiche Anschläge. Neben diesen klandestinen Aktionen begingen Linksextremisten aber auch im Zusammenhang mit Demonstrationen und Großveranstaltungen zahlreiche Gewalttaten.

1. Autonome

1.1 Selbstverständnis

Autonome bilden mit 6.400 (2011: 6.400) Angehörigen die weitaus größte Personengruppe des gewaltbereiten deutschen Linksextremismus. Das Spektrum ist nicht homogen, die mehr oder weniger gefestigten Zusammenschlüsse verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches Konzept.

Autonome zeichnen sich durch Gewaltorientierung, undogmatisches Ideologieverständnis sowie durch eine grundlegende Organisationskritik aus. Führungsstrukturen und Hierarchien werden zumeist abgelehnt. Ihr Selbstverständnis ist geprägt durch eine Vielzahl von Anti-Einstellungen („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“) bilden den Legitimationsrahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten.

Kampf für eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft

Jegliche Handlungen werden legitimiert durch eine fortlaufende Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Verhältnisse und den Kampf für ein freies, selbstbestimmtes Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“ („Autonomie“) bzw. für eine andere, eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund reklamieren Autonome sogenannte Freiräume wie etwa besetzte Häuser oder Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden. Die Szene sieht diese nach ihrem Verständnis vom Staat nicht kontrollierten Räume als unabdingbar für die Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe an und versteht sie als Rückzugsgebiet und Ausgangspunkt ihrer antistaatlichen Aktivitäten. Behördliche Präsenz oder Exekutivmaßnahmen in diesen Arealen gelten als „gewaltsame Durchsetzung kapitalistischer Interessen“. Entsprechend aggressiv reagiert die Szene auf den tatsächlich oder vermeintlich drohenden Verlust solcher „Freiräume“.

Gewalt als notwendiges Mittel zur Überwindung der Gesellschaftsordnung

Die Anwendung von Gewalt – auch gegen Personen – halten Autonome zum Erreichen ihrer Ziele für erforderlich. Sie rechtfertigen die eigene Gewalt als notwendiges Mittel in der politischen Auseinandersetzung, um sich gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ zu wehren. Insbesondere grenzen sich gewaltbereite Linksextremisten immer wieder von aus ihrer Sicht reformistischen und gewaltfreien Bewegungen ab:



„Wir haben das Ziel einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen, dies wird den bewaffneten (Massen-)Aufstand ebenso konzeptionell einschließen wie die bewaffnete Verteidigung gegen

reaktionäre Bestrebungen vor, während und nach einer politischen und sozialen Umwälzung. (...)

Eine organisierte Aufstandspolitik der revolutionären Linken ist nicht denk- und umsetzbar, wenn sie sich auf einige wenige Ausdrucksmittel beschränken lässt oder selbst beschränkt. (...)

[D]ie politische Umsetzung und Aufrechterhaltung einer sozialen Utopie ist ohne die von Beginn an konzeptionell mitgedachte und mit-praktizierte militante und bewaffnete Option lediglich Hirnspinnerei und Redensart.“

(„radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 14 bis 19)

Dabei ist Gewalt für Autonome nicht nur ein „Mittel subjektiver Befreiung“, sondern auch ein Instrument, um antagonistische Positionen zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus verbinden Autonome mit der Inszenierung von Gewalthandlungen stets auch die Hoffnung auf eine öffentliche Wahrnehmung und Vermittelbarkeit der eigenen politischen Vorstellungen, vor allem in den Medien.

In struktureller Hinsicht ist die aktuelle Entwicklung geprägt von einer Öffnung des klassischen autonomen Milieus. Vor allem jüngere Autonome formieren sich immer weniger in auf Dauer angelegten Zusammenhängen, sondern interagieren zunehmend punktuell und aktionsbezogen, beispielsweise im Rahmen von Kampagnen.

Diese Entwicklung hat zur Konsequenz, dass sich das autonome Spektrum in zwei gegenläufige Richtungen ausdifferenziert: Während vielerorts weitgehend voneinander unabhängige aktive Kleinstgruppen auszumachen sind, bemühen sich strategisch orientierte Aktivist:innen um den Ausbau und die Verfestigung bundesweiter Zusammenschlüsse. In der Folge ist eine Vielzahl von Organisationsmodellen mit spezifischen ideologischen Ausrichtungen entstanden. Die Spanne reicht von lokalen Bezugsgruppen über Bündnisstrukturen – unter der Bedingung der Beibehaltung der eigenen Gruppenidentität – bis hin zu weit ausdifferenzierten organisatorischen Strukturen.

Vielzahl von Organisationsmodellen

Ein Beispiel eines Bündnisses unter Beibehaltung der Gruppenidentität ist das im Jahr 2006 gegründete „...ums Ganze!“-Bündnis. Darin sind nach eigenen Angaben „linksradikale und

kommunistische Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin, Sachsen, Bremen, Niedersachsen und Wien (Österreich)“ organisiert⁹⁴, die eine antinationale Strömung im Linksextremismus vertreten. Anliegen des Bündnisses ist die grundlegende Gesellschaftskritik mit dem Ziel eines Systemwechsels hin zum Kommunismus: „Es geht um eine Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren gibt: um die Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer.“⁹⁵ Nach diesem Selbstverständnis organisiert das „...ums Ganze!“-Bündnis „Kongresse“ zur theoretischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen (2007: „No way out?“ in Frankfurt am Main (Hessen), 2010: „So, wie es ist, bleibt es nicht!“ in Bochum (Nordrhein-Westfalen)) und ist gleichzeitig in die linksextremistische Kampagnenarbeit sowie die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen eingebunden, bei denen es vielfach zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt wie z.B. beim „M31 – European Day of Action against Capitalism“ in Frankfurt am Main gegen die anhaltende Finanzkrise (vgl. Kap. II, Nr. 1.2).



Darüber hinaus hat sich 2010 mit dem „[3A]*Revolutionären Bündnis“ ein in ideologischer Hinsicht neuartiges Netzwerk herausgebildet:

„Der Aufbau einer revolutionären Organisation, die kontinuierliche theoretische und praktische Arbeit, die Verankerung in der Klasse der Lohnabhängigen, die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften und die Unterstützung aller fortschrittlichen und revolutionären Aktivitäten und Organisierungen, ist der Weg, um den aufgerüsteten bürgerlichen Staat zu überwinden.“

(Antifaschistisches/Antimilitaristisches Aktionsbündnis: „Krieg, Krise, Kapitalismus“, 2011, S. 21)

Unter Beteiligung von „in Deutschland lebenden RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern“⁹⁶ verfolgt das Bündnis eine am Marxismus-Leninismus orientierte Zielsetzung mit bundesweitem Anspruch. Besonderes Merkmal ist die Heterogenität

⁹⁴ „Wer ist ...“, Homepage „...ums Ganze!“-Bündnis (1. Dezember 2012).

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ „Selbstverständnis“, Homepage „[3A]*Revolutionäres Bündnis“ (1. Dezember 2012).

der ideologischen Ausrichtungen der Beteiligten: „Die Gruppen eint, trotz der vorhandenen Unterschiede in der Herangehensweise, der Kampf für den Kommunismus.“⁹⁷ Doch auch vor dem Hintergrund des Versuchs der nachhaltigen Vereinigung von Theorie und Praxis stellt der Einsatz von Gewalt eine wesentliche Handlungsoption dar. So heißt es in einem auf der Homepage des „[3A]*Revolutionären Bündnisses“ eingestellten Aufruf:

„Dabei sind militante Aktionen kein Selbstzweck, sondern lediglich eine Spielart des erfolgreichen Widerstands, welche durch andere Aktionsformen ergänzt werden müssen, aber auch Platz für diese Schaffen können, z.B. wenn Polizeikräfte gebunden werden.“
(„Aufruf gegen den ‚TddZ‘⁹⁸2012“, 13. Mai 2012)

Perspektivisch kann unter diesen Bedingungen die Chance auf Anschlussfähigkeit durch die Etablierung einer bündnispolitischen Doppelstrategie erhöht werden. Einerseits ist durch eine Vernetzung innerhalb des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums die Bündelung der eigenen Kräfte zu erreichen. Andererseits kann die Durchsetzungskraft über das eigene Lager hinaus durch anlassbezogene Bündnisse und Kooperationen mit legalistischen Linksextremisten ebenso wie mit nichtextremistischen, gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien gesteigert werden. In diesem Zusammenhang spielen das Netzwerk „Interventionistische Linke“ (IL) und die Gruppe „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI) eine besondere Rolle (vgl. Kap. II, Nr. 2).

Bündnispolitische Doppelstrategie

Somit führt die Öffnung gegenüber anderen ideologischen Strömungen nicht zwangsläufig zu einem Verlust der Handlungsfähigkeit. Um dem Mangel an politischer Kontinuität entgegenzuwirken, wird die Gewalt zum identitätsstiftenden und handlungsleitenden Bindeglied für Teile des linksextremistischen Spektrums.

⁹⁷ „Selbstverständnis“, Homepage „[3A]*Revolutionäres Bündnis“ (1. Dezember 2012).

⁹⁸ Akronym für „Tag der deutschen Zukunft“, eine von der neonazistischen Szene seit 2009 alljährlich im Juni in Norddeutschland organisierte Veranstaltung (vgl. auch Kap. II, Nr. 3.3).

1.2 Konfrontative Gewalt



In der gewaltbereiten linksextremistischen Szene ist ein anhaltend hohes Aggressionsniveau festzustellen. Eine typische Form autonomer Gewalt, für einige sogar der wichtigste Ausdruck „militanter Politik“, ist die sogenannte Massenmilitanz, d.h. Straßenkrawalle, die sich situativ im Rahmen von Demonstrationen und Großveranstaltungen oder in deren Anschluss entwickeln. Gewalt soll als legitimer Protest in der politischen Auseinandersetzung erscheinen; gewalttätige Ausschreitungen, so die Botschaft, sind bei jeder Demonstration einzukalkulieren und werden billigend in Kauf genommen. Entsprechend bilden sich bei Demonstrationen mitunter „Schwarze Blöcke“, zu denen sich verummte Aktivist:innen in einheitlicher „Kampfausrüstung“ formieren. Durch das provokative Auftreten dieser Blöcke zumeist an der Spitze von Demonstrationssägen wird die Stimmung unter den Teilnehmern aufgeheizt.

„M31 – European Day of Action against Capitalism“



Zu den Schwerpunkten organisierter Massenmilitanz zählten mehrere Veranstaltungen in der Finanzmetropole Frankfurt am Main (Hessen). Im Rahmen des „M31 – European Day of Action against Capitalism“ riefen Linksextremisten für den 31. März (M31) 2012 zu einer Demonstration „gegen die autoritäre Krisenpolitik der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB“ auf. Die spektrenübergreifende Mobilisierung wurde getragen von dem kommunistischen antinationalen „...umsGanze!“-Bündnis, dem sozialrevolutionären und antinationalen „Krisenbündnis Frankfurt“ sowie der anarcho-syndikalistischen „Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union“ (FAU). An dem Aufzug beteiligten sich mehrere Hundert gewaltbereite Linksextremisten, die sich massive Auseinandersetzungen mit Polizeikräften lieferten und diese mit Steinen und Flaschen sowie Molotow-Cocktails angriffen. 15 Polizeibeamte wurden teilweise schwer verletzt. Darüber hinaus setzten Demonstranten Müll- und Baucontainer in Brand und beschädigten mehrere Gebäude. Insgesamt wurden mehr als 450 Aktivist:innen vorläufig festgenommen.

Ein Sprecher des Organisationsbündnisses für den Aktionstag rechtfertigte die Gewalt wie folgt:

„Die Angriffe mit Farbbeuteln und Steinen auf u.a. den Sitz der Europäischen Zentralbank, die Wache der Stadtpolizei und die

Arbeitsagentur können wir in Anbetracht der immer brutaler werdenden sozialen Bedingungen nachvollziehen. Wir verstehen diese militanten Aktionen als Ausdruck der Wut über die autoritäre Krisenpolitik in der EU. Die Staaten sanieren den Kapitalismus auf Kosten der Lohnabhängigen und sozial Schwachen. Dagegen wehren wir uns.“

(Internetportal „Indymedia Deutschland“, 3. April 2012)

Bereits im Vorfeld des Aktionstags war es am 27. und 28. Februar 2012 unter Bezugnahme auf die Finanzkrise in Griechenland in Hamburg zu Sachbeschädigungen an insgesamt sechs Banken gekommen. In einer Taterklärung hoffen die Verfasser auf eine Eskalation der Lage:

„Auf das viele Menschen am 31. März in Frankfurt und zu anderer Zeit an anderem Ort ihre Wut auf die Straße tragen. Für einen heißen Sommer!“

(Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“, 8. März 2012)

Der „M31 – European Day of Action against Capitalism“ galt sceneintern als „Antikapitalistisches Warm Up für die rebellischen Maifestspiele 2012“. Vom 16. bis 19. Mai 2012 beteiligten sich Linksextremisten, darunter die in die Vorbereitung eingebundene „Interventionistische Linke“ (IL, vgl. Kap. II, Nr. 2), an den von einem breiten Bündnis getragenen europäischen Aktionstagen unter dem Motto „Blockupy Frankfurt“. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand die beabsichtigte Blockade des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB). Die IL kündigte ähnliche Aktionen für die Zukunft an: „Ob in Frankfurt 2014 die neue EZB eröffnet wird, ist für uns noch lange nicht ausgemacht.“⁹⁹ Aufgrund der Ausschreitungen am 31. März 2012 wurden die Aktionstage von der Stadt Frankfurt am Main (Hessen) mit einem umfassenden Verbot belegt. An einer genehmigten Demonstration am 19. Mai 2012 mit insgesamt rund 20.000 Teilnehmern beteiligten sich etwa 1.000 in zwei „Schwarzen Blöcken“ formierte Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums. Aus dem Aufzug heraus kam es zu Angriffen auf Polizeibeamte sowie zum

Aktionstage „Blockupy Frankfurt“



⁹⁹ Homepage IL (1. Dezember 2012).

Abbrennen von Bengalischen Feuern, Rauchbomben und Leuchtmunition.

Überwindung des Kapitalismus



Die linksextremistische „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) veröffentlichte Ende Februar 2012 die erste Ausgabe einer Szenezeitschrift zur „Krisenanalyse“ mit dem Titel „Perspektive – Texte für den revolutionären Aufbauprozess“. Darin stellt sie mit Blick auf die Proteste im März und Mai 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) fest, es gehe nicht um eine moderate Kapitalismuskritik, sondern um die Überwindung des Kapitalismus im Ganzen. Zudem gelte es, gegen ein „in manchen Situationen geradezu absurdes Dogma der ‚Gewaltfreiheit‘“ vorzugehen:

„Heranführen an den zivilen Ungehorsam, das Bekämpfen des Ohnmachtsgefühls, man könne gegen den allmächtigen Staatsapparat nichts ausrichten, dies sind die praktischen Aufgaben der Stunde.“
(Broschüre „Perspektive Nr.1“ der ARAB, Frühjahr 2012, S. 24)

Bei der Mobilisierung wolle man auch die Rolle des „deutschen Imperialismus“ hervorheben:

„Wir möchten den Widerstand gegen diese autoritäre deutsch-europäische Krisenpolitik in diesem Frühjahr ins Herz der Bestie tragen, ins politische und ins finanzielle Zentrum, nach Berlin und Frankfurt.“
(Broschüre „Perspektive Nr.1“ der ARAB, Frühjahr 2012, S. 29)

Mit der gleichen Begründung setzten am 8. April 2012 bislang unbekannt Täter neun Firmenfahrzeuge der Deutschen Telekom AG in Berlin-Pankow in Brand. Vier weitere Fahrzeuge wurden durch das Feuer beschädigt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von 200.000 bis 250.000 Euro. In einer Erklärung bezichtigte sich das nach einem griechischen Aktivisten benannte „Kommando Lambros Foundas“¹⁰⁰ der Tat gegen das Unternehmen, das von der weltweiten Wirtschaftskrise profitiere. Mit der Aktion verbinde

¹⁰⁰ Hierbei handelt es sich um ein mutmaßliches Mitglied der gewalttätigen griechischen Gruppierung „Revolutionärer Kampf“, das am 10. März 2010 bei einem Polizeieinsatz in Griechenland tödlich verletzt wurde.

man die Hoffnung, „die Wut der Menschen in das Herz des europäischen Kapitalismus zu tragen“.

Unter dem Motto „Wir fordern nichts, wir wollen alles!“ wurde für den Zeitraum vom 26. April bis zum 1. Mai 2012 im Rahmen sogenannter Insurrection Days („Tage des Aufstands“) zu dezentralen Aktionen des bewussten Widerstands aufgerufen:

„Am 1. Mai wissen die Bullen wann und wo es knallen könnte und waren in den letzten Jahren bestens darauf vorbereitet. Die Nächte und Tage davor wollen wir uns jedoch selbst gestalten. Mal bunt, aber auch tiefschwarz, mal friedlich und bestimmt, mal mit feuriger Wut.“
(Internetportal „insurrectiondays.noblogs“, 18. Januar 2012)

Der „Revolutionäre 1. Mai“ – als „Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung“ nach wie vor von herausragender Bedeutung im linksextremistischen Veranstaltungskalender – fand im Jahr 2012 überwiegend im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise statt. Die Schwerpunkte lagen wie in den Vorjahren in den autonomen Hochburgen Berlin und Hamburg. Die Teilnehmerzahl in Berlin lag leicht über der des Vorjahres, in Hamburg deutlich darunter. Das Gewaltniveau ging insgesamt zurück, was für die szeneeigenen Bemühungen um eine Repolitisierung der eigenen Aktionen spricht.

Den Mittelpunkt der Protestaktivitäten in Berlin bildete erneut die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ („18-Uhr-Demo“). Unter dem Motto „Der Druck steigt – für die soziale Revolution!“ sollte sie erstmals aus Kreuzberg heraus in die Stadtmitte führen, in die „Zentren der politischen Macht“. Zum 25. Jahrestag der ersten Mai-Krawalle in Berlin im Jahr 1987 wurde der „internationale Widerstand gegen die vor allem durch die BRD forcierte Verarmungspolitik als vermeintliche Lösung der Weltwirtschaftskrise“ ausgerufen.¹⁰¹ An dem Aufzug beteiligten sich rund 10.000 Teilnehmer (2011: 9.300); unmittelbar nach dem Start verummumten sich die Teilnehmer an der Aufzugsspitze. Es wurde Pyrotechnik gezündet und Polizeibeamte, eine Bankfiliale, mehrere Geschäfte und Tankstellen mit Steinen und Flaschen beworfen. Vereinzelt wurden Hindernisse auf den Straßen errichtet und Müllcontainer in Brand gesetzt.

„Revolutionärer 1. Mai“



¹⁰¹ Internetportal „Indymedia Deutschland“ (2. April 2012).

Im Zusammenhang mit einer Diskussion über das Verbot einzelner Abschnitte der Demonstrationsroute wird ein Sprecher der ARAB in den Medien mit folgender Aussage zitiert:

„Wenn die Polizei uns Steine in den Weg legt, muss sie sich nicht wundern, wenn diese zurückfliegen.“
(Homepage taz, 11. April 2012).

In Hamburg beteiligten sich bis zu 1.400 Personen (2011: 2.100) an einer Demonstration unter dem Motto „Keine Alternative zur Revolution“. Wiederholt attackierten Teilnehmer die Polizeikräfte mit Böllern, Flaschen und Steinen. Am Zielpunkt des Aufzugs kam es zu massiven Angriffen auf die Polizisten. Danach setzten sich die Teilnehmer der Kundgebung in Kleingruppen in das Schanzenviertel ab und sammelten sich vor dem Szeneobjekt „Alte Flora“. Dort skandierten sie „ganz Hamburg hasst die Polizei“ und entzündeten Müll auf der Straße. Nachdem die Polizei von etwa 200 Personen angegriffen wurde, setzte sie Wasserwerfer gegen die Gewalttäter ein. Erst nach Mitternacht beruhigte sich die Lage; bis dahin war es an unterschiedlichen Stellen im Schanzenviertel immer wieder zu Tötlichkeiten gegen die Einsatzkräfte und vereinzelt auch zu Brandlegungen gekommen.



Weitere nennenswerte 1. Mai-Demonstrationen, an denen sich z.T. mehrere Hundert Linksextremisten beteiligten, darunter auch gewaltbereite, fanden in Köln, Siegen, Wuppertal (Nordrhein-Westfalen), Nürnberg (Bayern) und Stuttgart (Baden-Württemberg) statt. Darüber hinaus nahmen Linksextremisten auch an Protestaktionen gegen Aufzüge des rechtsextremistischen Spektrums beispielsweise in Bonn (Nordrhein-Westfalen), Hof an der Saale (Bayern), Mannheim (Baden-Württemberg), Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern), Neumünster (Schleswig-Holstein) und Wittstock (Brandenburg) teil. In einem Aufruf zu den Gegenprotesten in Bonn heißt es:

„Konsequenter Antifaschismus ist mehr als das blockieren von Nazi-Aufmärschen. (...) Konsequenter Antifaschismus bedeutet sich denjenigen verbal, inhaltlich oder wenn nötig militant in den Weg zu stellen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus beziehen

(...). In diesem Sinne: Naziaufmärsche verhindern, Faschismus konsequent bekämpfen. Kommt am 1. Mai nach Bonn! Blockiert, seid kreativ, bleibt in Kontakt!“
(Internetportal „Indymedia Deutschland“, 19. April 2012)

Am 25. August 2012 fand das alljährliche Hamburger Schanzenviertelfest statt, das angesichts der sozialen Proteste in Griechenland unter dem Motto „Kapitalismus, Krise, Widerstand: Schanzenfest auf Griechisch“ stand. Nach friedlichem Verlauf des Festes entwickelten sich in den späten Abendstunden gewalttätige Ausschreitungen, die bis in die frühen Morgenstunden anhielten.

„Schanzenviertelfest“

Gewalttäter beschädigten aus einer Gruppe von etwa 40 Personen heraus eine Filiale der Hamburger Sparkasse und versuchten, die Eingangstür des Bankgebäudes aufzubrechen. Einschreitende Polizeikräfte wurden massiv angegriffen. Im weiteren Verlauf kam es zu Brandlegungen und Sachbeschädigungen im Umfeld des Szenobjektes „Rote Flora“. An den Ausschreitungen waren insgesamt rund 300 Aktivisten beteiligt.

1.3 Anschläge

Neben der konfrontativen Straßengewalt verüben einzelne Personenzusammenhänge des gewaltbereiten Spektrums schwere, verdeckt vorbereitete Anschläge. Diese Gewalttaten sind planvoll konzipiert und sollen eine Signalwirkung erzeugen. Häufig werden die Anschläge in Selbstbeichtigungsschreiben, die an Pressemedien versandt oder im Internet verbreitet werden, ideologisch begründet und gerechtfertigt. Zum Schutz vor Strafverfolgung verwenden die Täter in ihren Erklärungen meist wechselnde Aktionsbezeichnungen oder verzichten gänzlich auf Namen („no-name“-Gewalt). Nur wenige Gruppierungen operieren dagegen unter gleichbleibenden Bezeichnungen, um die Kontinuität ihres Kampfes zu dokumentieren und ansprechbar für Szenediskussionen zu bleiben.

Nach einer mehrmonatigen Pause ist Mitte April 2012 eine neue Ausgabe der konspirativ hergestellten und vertriebenen Szenenzeitschrift „radikal – publikation der revolutionären linken“ erschienen (Nr. 165, Winter 2012). Mit drei Beiträgen unter der

Modelle des gewalttätigen Widerstands



Rubrik „Vom Protest über den Widerstand zum Aufstand“ knüpfen die Herausgeber an den theoretischen Schwerpunkt der letzten Ausgabe aus dem Sommer 2011 an und entwickeln weitere Modelle des gewalttätigen Widerstands. Herausgeber des in einem Tarnumschlag verbreiteten Heftes ist die linksextremistische Gruppierung „Revolutionäre Linke“ (RL).

Im redaktionellen Vorwort heißt es, die „radikal“ wolle künftig in verstärktem Maße ihre Rolle als „kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator“ erfüllen; mehr denn je sei die „revolutionäre Linke“ auf ein solches Blatt als „meinungsmachendes Organ“ angewiesen:

„In einem solchen Organ finden Debatten ihren Platz, die nicht bereits am Erscheinungstag faktisch nur noch Informationen von vorgestern enthalten, sondern nachhaltig wirken. Sie sollen Handlungsgrundlagen schaffen, um innerhalb des Organisationsprozesses der revolutionären Linken an Orientierung und Perspektive gewinnen zu können.“

(„radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 3)

Unter dem Titel „Massenmilitanz, bewaffneter Kampf und die Aufstandsperspektive der revolutionären Linken“ propagieren die Autoren die Einrichtung einer Miliz-Struktur. Sie beziehen sich damit ausdrücklich auf das Positionspapier „(Stadt-)Guerilla oder Miliz?“ der „militanten gruppe (mg)“ von Dezember 2004. Während es sich bei der Guerilla um eine Offensivstruktur im „antiimperialistischen Befreiungskampf“ handle, solle die Miliz als Struktur des „bewaffneten Selbstschutzes des Proletariats“ eine eigenständige Position innerhalb der Widerstandsebenen eines „revolutionären Aufbauprozesses“ einnehmen:

„Wichtig ist dabei, dass sich die Aktivitäten der klandestin-militanten Kerne und der Miliz nicht groß überlagern, sondern sich durch abgegrenzte Tätigkeitsbereiche gegenseitig stärken.“

(„radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 13)

In einem weiteren Beitrag werden die Überlegungen zum Thema „Sozial-Rebellismus und revolutionäre Linke“ aus der „radikal“-Ausgabe Nr. 164 fortgesetzt. Die Autoren beschreiben die Handlungsperspektiven von „sozial-rebellischen Banden“ als potenziellen Akteuren im Rahmen des „revolutionären Aufbauprozesses“. Sie entwickeln eine Art Leitfaden mit Kriterien, die für das Funktionieren solcher Strukturen wesentlich seien:

„Grundsätzlich bilden sozial-rebellische Banden einen solidarischen autonomen Verbund im Umfeld der Organisation der revolutionären Linken. ‚Eigentum ist Diebstahl!‘ – nach dieser Devise gehören die Enteignungs- und Umverteilungsaktionen zu den wesentlichen Aktivitäten sozial-rebellischer Banden. (...)

Sozial-rebellische Banden sind ein Selbstschutzbund gegen staatsterroristische und neo-nazistische Attacken.“

(„radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 24)

Eine weitere Interventionsform neben der „Enteignung“ sei die „Offensivtat“ der Sabotage, die mehr sei als ein bloßer Akt der Zerstörung. Sabotage bedeute auch, „einen potenziellen Aufruhr vorbereiten zu helfen, in dessen Verlauf mit der Übernahme von (industriellen und behördlichen) Schlüsselsektoren begonnen wird, um sie in die Selbstverwaltung zu überführen“.¹⁰²

In der Schrift wird aber auch die klassische Form der Anschlagstätigkeit aufgeführt. Als gelungenes Beispiel für eine zielgerichtete Intervention benennen die Verfasser einen Brandanschlag in Göttingen (Niedersachsen) am 2. Dezember 2011, am Vorabend der Demonstration „Nazis morden! Der Staat schiebt ab“. Unbekannte Täter hatten vor dem Eingangsbereich des dortigen Amtsgerichts einen Brandsatz aus Gaskartuschen entzündet und dadurch mehrere Sicherheitsglasscheiben beschädigt. An die Fassade sprühten sie die Parole „NAZIS MORDEN! DER STAAT SCHIEBT AB“. An zwei Säulen wurde zudem der Schriftzug „RAZ“ hinterlassen. Erst deutlich später, am 31. Januar 2012, veröffentlichte eine „sektion m.z. (göttingen)!“ im Internet eine Täterklärung, in der die Aktion begründet wird als Protest gegen die staatliche Abschiebemaschinerie auf der einen sowie die

Anschlag auf das Amtsgericht in Göttingen

¹⁰² „radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 24.

Komplizenschaft mit Nazis auf der anderen Seite. Man sei entschlossen, sich „als feministisch/revolutionäre/antirassistische Gruppe dem ‚großen ganzen‘ (raz) mit Theorie und Praxis anzuschließen“, indem man eigenständig und autonom mitgestalte, anstatt nur tatenlos zuzusehen.

Die Redaktion der „radikal“ veröffentlicht dazu eine kurze Notiz der „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) von Dezember 2011, in der sich die Gruppe ausdrücklich mit dem Anschlag in Göttingen solidarisierte:

„Auch wenn diese klandestine Intervention nicht direkt aus unserem Gruppenzusammenhang erfolgte, haben wir keinerlei Widerspruch zur Objektauswahl und zur Aktionsdurchführung. Im Gegenteil, wir sehen darin einen präzisen Eingriff von Seiten der revolutionären Linken, gegen das Duett von Staat und Nazis auf einer klandestinen-militanten Ebene vorzugehen. Wir sehen diese Aktion als Teil unseres Organisationsprozesses als RAZ in der BRD und hoffen, dass wir (...) euch und anderen solidarischen GenossInnen weitere konkrete Orientierungen geben, damit wir uns zukünftig in ein engeres gemeinsames Verhältnis setzen können.“

(„radikal“ Nr. 165, Winter 2012, S. 33)

Brandanschlag auf ein Fahrzeug des griechischen Militärattachés in Berlin

Am 15. Oktober 2012 wurde ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug des griechischen Militärattachés in einer Tiefgarage in Berlin-Tiergarten verübt. Das Fahrzeug brannte vollständig aus. In einer Taterklärung unter der Aktionsbezeichnung „international arsonist union“ wird der griechische Militärattaché als „legitimes Ziel militanter Angriffe“ bezeichnet, denn er trage Verantwortung für den „mienenkrieg an der Grenze zur Türkei“, für Waffengeschäfte Griechenlands, die die Bevölkerung in ein „soziales Desaster treiben“, für die „Sparpolitik der griechischen Regierung, welche als Marionette der Troika den Reichtum der Eliten“ sichere, sowie für die „Gewalt gegen Demonstrierende in Athen und anderen Städten“. Die Verfasser solidarisieren sich mit „den Gefangenen des Sozialen Krieges in Griechenland“ sowie den „unterschiedlichen Gruppen der Stadtguerilla“. Die Erklärung endet mit den Worten „Viva la Anarchia“.¹⁰³

¹⁰³ Internetportal „linksunten.indymedia“ (19. Oktober 2012).

2. Feste organisatorische Strukturen

Die Gruppierungen „Interventionistische Linke“ (IL) und „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI) bilden derzeit die organisatorisch am weitesten entwickelten und beständigsten Strukturen im aktionsorientierten linksextremistischen Spektrum. Als Gruppierungen mit bundesweitem Anspruch nehmen sie eine Scharnierfunktion zwischen den gewaltbereiten und nichtgewaltbereiten Bereichen des linksextremistischen Spektrums wahr. Zwar treten sie nicht offen gewalttätig oder gewaltbefürwortend auf, ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit lehnen sie jedoch ab.

Mit einer strategisch ausgerichteten Bündnispolitik bemühen sich insbesondere die IL und AVANTI, ideologisch unterschiedlich ausgerichtete Aktivist:innen und Gruppierungen zu integrieren und sich dadurch als strömungsübergreifende Akteure zu etablieren. Dabei kommt es trotz aller Bemühungen immer wieder zu Spannungen hinsichtlich der Abgrenzung zur Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Durch die Bündelung der Kräfte im gewaltbereiten Linksextremismus solle die „radikale Linke“ aus der Minorität geführt werden, wobei selbstkritisch eingeräumt wird, „dass ihre Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit jenseits punktueller Großkampagnen eher schwach ausgeprägt ist.“ Die „radikale Linke“ sei deshalb angewiesen auf „einen gesellschaftlichen Resonanzraum.“¹⁰⁴ In der Vergangenheit seien diese Bündnisbemühungen oftmals durch gewalttätige Aktionsformen belastet worden – einen inhaltsleeren „Militanzkult“, „der im Einsatz von Gewalt das entscheidende Kriterium revolutionärer Politik sieht“, lehne AVANTI allerdings ab.¹⁰⁵ Es gelte aber weiterhin, dass „für die Veränderung der Gesellschaft eine Revolution notwendig ist.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ Homepage IL (1. Dezember 2012).

¹⁰⁵ Homepage AVANTI (1. Dezember 2012).

¹⁰⁶ Homepage AVANTI (1. Dezember 2012).

2.1 „Interventionistische Linke“ (IL)



Gründung:	Ende 2005
Struktur:	bundesweites informelles Netzwerk von Aktivisten überwiegend aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum
Publikationen:	aktionsabhängig (z.B. „Dazwischengehen – Zeitung für eine interventionistische Linke“, „Vergesellschaftung“)

Gründung und Zusammensetzung

Die „Interventionistische Linke“ (IL) trat erstmals im Jahr 1999 nach den Protesten gegen die EU-Ratstagung und den Weltwirtschaftsgipfel in Köln (Nordrhein-Westfalen) in Erscheinung. Aus einem zunächst informellen Treffen undogmatischer Linksextremisten aus verschiedenen Strömungen entstand ein bundesweit agierendes informelles Netzwerk. Seit der formellen Gründung im Jahr 2005 etablierte sich die IL im linksextremistischen Spektrum und brachte sich in nahezu alle linksextremistischen Themenfelder aktiv ein. Eine prominente Rolle spielte das Netzwerk 2007 im Zusammenhang mit der Organisation der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern). Die IL setzt sich vor allem aus Aktivisten und Gruppierungen des autonomen und antiimperialistischen Spektrums zusammen.

Vernetzungsstrategie

Die IL bemühte sich auch 2012, verschiedene Strömungen des autonomen Spektrums zusammenzuführen und zu organisieren. Ziel ist es, die oftmals lediglich lokal verankerten Gruppierungen aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszuführen und ihnen Einfluss auf die Entwicklung von Politik und Gesellschaft zu verschaffen.

„Ausgangspunkt für das Projekt Interventionistische Linke war das gemeinsame Bedürfnis, sich nicht mit einer bloß kommentierenden und kritisierenden Rolle zu begnügen, sondern praktisch in die realen politischen und sozialen Auseinandersetzungen einzugreifen – eben zu intervenieren.“

(„G8Xtra Nr. 1“, Februar 2006, S. 2)

In den vergangenen Jahren wurden in Karlsruhe und Tübingen (Baden-Württemberg) sowie Köln (Nordrhein-Westfalen) und München (Bayern) eigenständige IL-Ortsgruppen gegründet. Die hiermit verbundenen Erwartungen der IL in Bezug auf eine Zusammenführung der unterschiedlichen Gruppierungen haben sich bislang jedoch nicht erfüllt, da deren Politikansätze zu unterschiedlich sind. Insbesondere lehnen einige autonome Gruppen die mit dem IL-Projekt verfolgte Einbindung in feste Organisationsstrukturen bzw. eine gemeinsame ideologische Fundierung ab, da sie um ihre Eigenständigkeit fürchten und festgefugte Formen der Entscheidungsfindung nicht akzeptieren.

Das Anliegen dieser Bündnispolitik ist eine Erhöhung der Handlungsfähigkeit der im IL-Netzwerk organisierten Gruppen. Aus der Sicht gewaltbereiter Linksextremisten werden durch diese Bündnisse allerdings eigene Aktionsformen in den Hintergrund gedrängt und ideologische Positionen aufgeweicht.

Im Zuge der Finanzkrise fokussierte sich die IL im Jahr 2012 vornehmlich auf das Aktionsfeld „Antikapitalismus“. Sie gehörte z.B. dem Trägerkreis des „European Resistance“ an, der die „europaweiten Aktionstage“ vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) unter dem Motto „Blockupy Frankfurt“ organisierte. IL-Gruppen beteiligten sich auch am sogenannten „M31 – European Day of Action against Capitalism“ am 31. März 2012 in Frankfurt am Main (Hessen), bei dem es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam.

Aktivitäten

Das Netzwerk engagierte sich darüber hinaus auch in den linksextremistischen Aktionsfeldern „Antifaschismus“ und „Antimilitarismus“: Eine Vielzahl der in der IL vernetzten Gruppen beteiligte sich z.B. im Bündnis „no pasaran“ im Februar 2012 an den Protest- und Blockadeaktionen gegen die Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden (Sachsen) bzw. unterstützte die von verschiedenen linksextremistischen Zusammenhängen 2011 initiierte Kampagne „War starts here“.

2.2 „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI)



Gründung:	1989
Struktur:	Ortsgruppen in Norderstedt, Kiel, Lübeck (alle Schleswig-Holstein), Hamburg, Hannover (Niedersachsen), Bremen und Berlin. AVANTI ist Teil des informellen Netzwerks IL
Publikation:	aktionsabhängig (z.B. „Avanti Positionen“, „Denkblockaden“, „Extrem Wichtig: Linke Politik“)

Die Gruppierung „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI) bemüht sich ebenso wie die „Interventionistische Linke“ (IL), Teile des strukturarmen Spektrums des gewaltbereiten Linksextremismus zusammenzuführen. Abweichend vom klassischen Ansatz informeller Netzwerke verfügt AVANTI über eigene regionale Strukturen (Ortsgruppen) in mehreren norddeutschen Bundesländern und ist gleichzeitig einer der einflussreichsten Akteure innerhalb der IL. Eine seit Jahren angestrebte bundesweite Präsenz ist AVANTI nicht gelungen.

AVANTI verfolgt mit den Bemühungen um den eigenen organisatorischen Auf- und Ausbau das Ziel, eine handlungsfähige Struktur der „radikalen Linken“ zu schaffen. Während die meisten Gruppierungen im gewaltbereiten Linksextremismus eine organisationskritische Position beziehen, betrachtet AVANTI die Organisation als notwendige Voraussetzung für eine Revolution. Im Grundsatzpapier heißt es dazu:

„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“

(Homepage AVANTI, 1. Dezember 2012)

Die Etablierung einer „gesellschaftlichen Gegenmacht“ ist aus Sicht von AVANTI Voraussetzung für die revolutionäre Überwindung des „Gesellschaftssystems“. Die Politik der „Organisierung von RevolutionärInnen“ soll einen Beitrag dazu leisten, dass „sich zukünftig noch mehr Menschen (...) in grundsätzlichem Gegensatz zum System sehen“.¹⁰⁷ In diesem Sinne verfolgt AVANTI eine strategisch angelegte Bündnispolitik, um ein möglichst breites Spektrum an Unterstützern für ihre politischen Ziele zu mobilisieren.

Gesellschaftliche Gegenmacht

Die theoretische Basis von AVANTI ist von revolutionär-marxistischen Ideologieelementen geprägt. Ein ideologischer Kernbestand des Projekts ist die Bekämpfung des Kapitalismus. Die Agitation beschränkt sich jedoch nicht auf eine bloße Gesellschaftskritik, sondern mündet in die Ablehnung des demokratischen Systems und in die Vorstellung von einer alternativen politischen Ordnung.

Gewalt und Revolution

So heißt es im Grundsatzpapier von AVANTI, „Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus“ seien „grundlegende Strukturen, die unsere heutige Gesellschaft wesentlich organisieren“. Deshalb müsse „der Kapitalismus revolutionär überwunden werden und an seine Stelle der Sozialismus treten“.¹⁰⁸

Um den Systemwechsel zu erreichen, legitimiert AVANTI revolutionäre Gewalt als letztes Mittel:

„RevolutionärInnen [haben] immer wieder zum Mittel der Gewalt gegriffen. In vielen historischen Situationen halten wir diese Entscheidung für richtig und unvermeidlich. (...)

Die Erfahrungen (...) zeigen aber auch, dass der Einsatz von Gewalt immer auch Tendenzen zur Verrohung in den eigenen Reihen hervorgebracht hat. Wir sind daher der Überzeugung, dass die Entscheidung zum Einsatz revolutionärer Gewalt sehr genau abgewogen werden muss und nur als letztes Mittel gelten kann.“

(Homepage AVANTI, 1. Dezember 2012)

¹⁰⁷ Homepage AVANTI (1. Dezember 2012).

¹⁰⁸ Homepage AVANTI (1. Dezember 2012).

Aktivitäten Als Bündnis mit bundesweitem Geltungsanspruch ist AVANTI in nahezu allen linksextremistischen Aktionsfeldern präsent. Im vergangenen Jahr lagen die Schwerpunkte in den Bereichen „Antikapitalismus“, „Antifaschismus“ und „Antirassismus“. Die ideologische Arbeit bezog sich aber auch auf den „Antimilitarismus“, den „Internationalismus“ und die „Sozialen Kämpfe“. So beteiligte sich AVANTI an dem „antikapitalistischen“ Aktionstag „M31 – European Day of Action against Capitalism“, in dessen Verlauf am 31. März 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) gewalttätige Angriffe auf Polizisten verübt wurden.

Die „antifaschistischen“ Aktivitäten der Gruppierung richten sich vordergründig gegen Rechtsextremisten, dienen aber gleichzeitig als Plattform zur Verbreitung linksextremistischer Deutungsmuster. Beispiele sind die Gegenveranstaltungen zu den Aufmärschen von Rechtsextremisten am 13. und 18. Februar 2012 in Dresden (Sachsen) und zum „Tag der deutschen Zukunft“ am 2. Juni 2012 in Hamburg (vgl. Kap. II, Nr. 3.3).

3. Aktionsfelder

3.1 „Antirepression“

Anhaltend hohe Bedeutung für Linksextremisten

Der Kampf gegen „staatliche Repression“ hat für gewaltbereite Linksextremisten einen besonders hohen Stellenwert. Im Jahr 2012 agitierten sie intensiv in Wort und Tat gegen den Staat und seine „Handlanger“. In einem Aufruf autonomer Gruppen aus Berlin von Ende Oktober 2012 werden z.B. Polizei und Behörden als „Repressionsapparat“ diffamiert, der zur Aufrechterhaltung der „falschen Gesellschaft“ dient:

„Wir finden uns nicht damit ab, die bestehende Gesellschaft als alternativlos anzusehen und die Repression von Flüchtlingen, linken Hausprojekten, Aktivisten, emanzipatorischen Gruppen sowie alle anderen Abweichungen vom braven, deutschen, pünktlich zur Arbeit und alle vier Jahre wählen gehenden Durchschnittsbürger als Verteidigung der demokratischen Grundordnung zu bejubeln. Stattdessen betrachten wir Nationalstaat und das Kapital als Erscheinungen, die einem selbstbestimmten Leben freier Menschen entgegenstehen, sowie Polizei und Behörden als Repressionsapparat, dessen Funktion

es ist, diese falsche Gesellschaft aufrechtzuerhalten und gegen Andersdenkende zu verteidigen. Wir schließen keinen Frieden mit dieser Gesellschaft. Folglich sind die, die sie verteidigen auch weder unsere Freunde noch unsere Helfer. Prepare for Resistance.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 26. Oktober 2012)

Wesentlich befördert wurden die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten in diesem Aktionsfeld durch das Bekanntwerden der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im November 2011: Insbesondere die behaupteten Verstrickungen der Sicherheitsbehörden, namentlich von Verfassungsschutz und Polizei, in die Verbrechen wurden von der Szene aufgegriffen. Bei demonstrativen Aktionen spielten häufig auch die Aktionsfelder „Antirassismus“ und „Antifaschismus“ eine Rolle.

So riefen u.a. autonome Gruppen aus der Region Nürnberg (Bayern) zu einer „Antifa“-Demonstration am 31. März 2012 unter dem Motto „Nazistrukturen bekämpfen, Verfassungsschutz abschaffen! Antifa in die Offensive“ auf und formulierten in einem Mobilisierungsflyer:

„Antifaschismus heißt die Zusammenhänge zu benennen und zu bekämpfen. So lange die Gesellschaft kapitalistisch organisiert ist, so lange wird es faschistische Verbrechen als konsequente und logische Folge dieser Herrschaftsform geben. Ein Ende dieses Schreckens kann nur durch eine grundlegende und endgültige Umwälzung der Gesellschaft erreicht werden. (...) Dass diese Veränderung nicht von den jetzt herrschenden Funktionseleiten herbeigeführt wird, liegt auf der Hand. Ebenso, dass wir uns im Kampf gegen Neonazis und ihre Gewalt nicht auf Polizei und Staatsanwaltschaften verlassen dürfen, ist spätestens durch die offene Zusammenarbeit mit den Mördern des NSU klar. (...)“

*Setzen wir ein klares Zeichen gegen den nazistischen Terror!
Verfassungsschutz abschalten, Nazistrukturen zerschlagen!“*
(Homepage „redside.tk“, 6. März 2012)

Im Verlauf der Demonstration kam es zu teilweise schweren Auseinandersetzungen mit Polizeikräften. Ein 19-jähriger türkischstämmiger Linksextremist, der mit der Spitze einer Fahnenstange

**Aufdecken des NSU
befördert Aktivitäten
gegen die Sicherheitsbehörden**

mehrere Polizeibeamte angegriffen hatte, wurde am 14. November 2012 vom Landgericht Nürnberg-Fürth (Bayern) wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen und Landfriedensbruchs zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt (vgl. auch Kap. II, Nr. 4).

Protestaktionen gegen das BfV

Am 10. November 2012 beteiligten sich in Köln (Nordrhein-Westfalen) bis zu 1.000 Personen, darunter eine Vielzahl aus linksextremistischen Zusammenhängen, an Protestveranstaltungen gegen das BfV, zu denen ein Aktionsbündnis „Verfassungsschutz auflösen!“ aufgerufen hatte. Im Rahmen einer Auftaktkundgebung in Köln-Chorweiler bezichtigten die Veranstalter das BfV einer Mitverantwortung für die NSU-Morde und forderten die Auflösung des Amtes.

Im Anschluss an die Auftaktkundgebung zogen rund 350 Personen, darunter ein „Schwarzer Block“, in einem Protestmarsch zum Dienstgebäude des BfV, führten dort eine etwa einstündige Standkundgebung durch und zeigten themenbezogene Transparente. Gegen Ende der Kundgebung wurden vereinzelt u.a. Steine und Böller in Richtung der Polizeibeamten und mit Farbe gefüllte Flaschen gegen die Wache des BfV geworfen. An den Protestaktionen beteiligten sich deutsche und türkische Linksextremisten.

Die Demonstration in Köln (Nordrhein-Westfalen) war Teil einer bundesweiten Kampagne „Verfassungsschutz auflösen Rassismus bekämpfen!“. Bereits in der Woche zuvor, anlässlich des Jahrestages der Aufdeckung des NSU am 4. November 2011, beteiligten sich in mehreren deutschen Städten insgesamt mehr als 3.500 Personen, darunter Angehörige des linksextremistischen Spektrums, an einem bundesweiten Aktionstag.

Am 3. November 2012 nahmen in Hamburg rund 1.000 z.T. mit Sturmhauben verummte Personen an einem Aufzug unter dem Motto „Rassismus entgegentreten Faschismus bekämpfen – Verfassungsschutz auflösen!“ teil. Aus dem Aufzug heraus wurden vereinzelt pyrotechnische Gegenstände gezündet.

Proteste gegen IMK und Polizeikongress

Zu den regelmäßigen Terminen im Protestkalender vor allem gewaltbereiter Linksextremisten zählen der jährlich im Februar in Berlin stattfindende Europäische Polizeikongress sowie die Frühjahrs- und Herbstsitzungen der Ständigen Konferenz der

Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (Innenministerkonferenz – IMK).

Beide Veranstaltungen gelten Linksextremisten als Spitzentreffen der „Repressions- und Abschiebefanatiker“. So heißt es in einem Protestaufruf „Deutsche Innenminister sind kaltherzige Schweine“ gegen die IMK vom 5. bis 7. Dezember 2012 in Warnemünde (Mecklenburg Vorpommern):



„Die Innenminister von Bund und Ländern sowie Polizisten, Geheimdienstler und andere Unsympathen kommen zweimal im Jahr zusammen, um ‚sicherheitsrelevante‘ Themen geheim zu diskutieren und dann ihre Beschlüsse in populistischer Verpackung öffentlich zu präsentieren. (...)

Grundlage für Menschenverschickungen, Menschenjagd, Internierung und institutionellen Rassismus sind die Gesetze der Innenminister. Und wir können uns alle nur zu gut vorstellen, wie sie scherzend bei Kaffee und Kuchen den Tod zehntausender beschließen. (...)

Wir müssen Zeichen setzen gegen die Innenministerkonferenz und die herrschenden Zustände zusammen und überall bekämpfen.

IMK versenken!“

(Internetportal „linksunten.indymedia“, 23. Oktober 2012)

Regelmäßig kommt es im Vorfeld und im Verlauf der Veranstaltungen zu „begleitenden“ militanten Aktionen vor allem gegen Vertreter von Polizei- und Ordnungsbehörden sowie gegen Unternehmen und Einrichtungen, die als „Handlanger und Profiteure“ des „Repressionsapparates“ gelten:

- So setzten bislang unbekannte Täter in der Nacht zum 11. Januar 2012 in Berlin Fahrzeuge einer Wohnungsbaugesellschaft und eines Sicherheitsunternehmens in Brand. In einer noch am selben Tag veröffentlichten Taterklärung wurden die Anschläge mit dem am 14./15. Februar 2012 stattfindenden 15. Europäischen Polizeikongress in Berlin sowie mit der Funktion der beiden Firmen innerhalb der „Sicherheits- und Kontrollgesellschaft“ begründet. Beide Firmen seien „Beteiligte staatlicher Unterdrückungsapparate“ und als solche zu

bekämpfen. Abschließend hieß es: „Smash den Polizeikongress im BCC Berlin!“¹⁰⁹

- In den frühen Morgenstunden des 11. November 2012 zerstörten ebenfalls bislang unbekannte Täter mit Hämmern und Steinen insgesamt 40 Fensterscheiben eines Bürogebäudes in Berlin, in dem sich u.a. der Hauptsitz eines Software-Unternehmens befindet. In der Taterklärung wird Bezug auf den 16. Europäischen Polizeikongress am 19./20. Februar 2013 in Berlin genommen. Das angegriffene Unternehmen sei Sponsor und Aussteller des Polizeikongresses und unterstütze staatliche Behörden, u.a. Justiz und Polizei, logistisch bei der effektiven Verwaltung und Auswertung großer Datenmengen und leiste somit einen Beitrag zu umfassender Repression. Die Beteiligung am Europäischen Polizeikongress mache die Firma zu einem legitimen Angriffsziel. Eindeutig ist auch hier die Schlussparole der Taterklärung: „Nieder mit der Polizei!“¹¹⁰

Gewalt gegen Polizeibeamte

Innerhalb des Aktionsfeldes „Antirepression“ hat sich die Tendenz fortgesetzt, mit einem hohen Maß an Aggressivität und Risikobereitschaft gegen Polizeibeamte als „Handlanger des Repressionsapparates“ vorzugehen. Davon zeugt auch die radikale Diktion entsprechender Taterklärungen.

Linksextremisten sehen in der Polizei ein zentrales Element des verhassten „Repressionsapparates“. Angriffe auf Beamte, die Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen sichern, sowie auf Polizeistreifen und -reviere werden weitgehend akzeptiert, sofern Menschenleben dadurch nicht unmittelbar gefährdet werden. Allerdings nehmen Kleingruppen bei ihren Anschlägen zumindest schwere Verletzungen billigend in Kauf:

- In der Taterklärung einer Gruppe „AlleBullensindSchweine Team Kreuzberg 36“ wird ein Angriff auf Streifenwagen in Berlin, bei dem mehrere Beamte verletzt wurden, wie folgt kommentiert:

„Am 01. Januar 2012 haben wir kurz nach Mitternacht einen Mannschaftswagen und zwei Funkstreifen an der Oberbaumbrücke in Kreuzberg/Friedrichshain mit Steinen angegriffen.

¹⁰⁹ Internetportal „linksunten.indymedia“ (12. Januar 2012).

¹¹⁰ Internetportal „linksunten.indymedia“ (12. November 2012).

Die Funkstreifen waren danach nicht mehr einsatzfähig. Die feiernden Menschen auf der Brücke honorierten unsere Aktion mit Applaus.“

(Internetportal „linksunten.indymedia“, 3. Januar 2012)

- Zu einer ähnlichen Aktion am 14. März 2012 schrieben die Täter:

„Wir haben gestern Abend am Rande des Görlitzer Park einen Streife fahrenden Bullenwagen mit Pflastersteinen zerlegt. (...) Wir hoffen auf nachahmung. (...) Es ist sehr einfach, die feigen Schweine, die in ihrer Gruppe Stark sind, aber alleine im Pflasterhagel nur das Rennen kennen, angst zu lehren ... also tut es! Gegen diesen Staat und seine Handlanger mit allen Mitteln und auf allen Ebenen!“

(Internetportal „linksunten.indymedia“, 16. März 2012)

In einem Kommentar auf derselben Internetseite wird der Angriff als „super Aktion“ gefeiert.

- Eine ähnlich zustimmende Reaktion findet sich auch im Kommentar einer Täterklärung zu einem weiteren Angriff auf Polizeifahrzeuge am 10. Juni 2012 in Berlin-Kreuzberg. Ein anonymer Verfasser postet knapp 20 Minuten nach der Veröffentlichung der Selbstbeichtigung folgenden Kommentar:

„burn it down!

Ich beobachte nun schon länger die großen und kleinen Bekenner-Innenschreiben aus Berlin zu Angriffen auf Bulleninfrastruktur. Mir geht jedesmal das Herz auf, wenn ihr die Bullenschweine angreift. Weiter so und nicht nachlassen!“

(Internetportal „linksunten.indymedia“, 10. Juni 2012)

Weitere im Jahr 2012 erfolgte Übergriffe auf Polizeibeamte im Einsatz geben Anlass zu der Einschätzung, dass bei personenbezogenen Anschlägen auf Polizeikräfte billigend in Kauf genommen wird, dass die angegriffenen Beamten hierbei zu Tode kommen

können. Neben dem bereits erwähnten Angriff mit einer Fahnenstange während einer Demonstration in Nürnberg (Bayern) am 31. März 2012 werden folgende Gewalttaten als versuchte Tötungsdelikte gewertet:

- Im Rahmen von Protesten gegen eine rechtsextremistische Demonstration griffen Linksextremisten am 14. Januar 2012 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) Polizeibeamte an. U.a. wurde aus einem „linksalternativen“ Zentrum eine Betonplatte geworfen, die unmittelbar neben einem Polizisten zerschellte.
- Im Rahmen der zentralen Demonstration zum Aktionstag „M31 – European Day of Action against Capitalism“ kam es am 31. März 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) zu schweren Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Dabei wurde ein Polizeibeamter durch Demonstrationsteilnehmer gezielt abgedrängt und durch Schläge, Tritte und hochkonzentriertes Pfefferspray so schwer verletzt, dass er mehrere Tage intensivmedizinisch behandelt werden musste.
- In Berlin-Kreuzberg wurde am 5. Mai 2012 ein an einer Ampel haltender Streifenwagen von bislang nicht identifizierten Tätern mit Kleinpflastersteinen beworfen. Die Täter rissen eine Fahrzeugscheibe auf und setzten den Rücksitz durch ein sogenanntes Bengalisches Feuer in Brand. Ein weiterer Brandsatz zerbrach an der Fahrertür und entzündete den Streifenwagen von außen. Beide Feuer konnten gelöscht werden. Am Tatort wurden weitere Brandsätze gefunden.

Solidarität mit inhaftierten Gewalttätern

Die Solidarität mit inhaftierten „Genossen“ im In- und Ausland hat innerhalb der „Antirepressionsarbeit“ nach wie vor einen hohen auch symbolischen Stellenwert. Die meisten Linksextremisten betrachten Solidaritätsarbeit als einen unverzichtbaren Aspekt ihrer Politik und Praxis. In einem Aufruf „Kampf der kapitalistischen Repressionsmaschinerie!“, der von dem „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ Anfang Januar 2012 verfasst wurde, heißt es z.B., Solidarität sei die logische Antwort auf „Repression“ und Bestandteil revolutionärer Politik:

„Wenn in der kapitalistischen Logik Repression auf Widerstand folgt, folgt aus einem revolutionären Verständnis heraus Solidarität auf Repression! Dafür ist es notwendig, Repression als Mittel zur Aufstandsbekämpfung, also als Teil des Klassenkampfes von oben und als Konsequenz Antirepressionsarbeit als Teil des Klassenkampfes von

unten zu betrachten. Daher muss für uns klar sein, Antirepression als elementaren Bestandteil von revolutionärer Politik und Organisation zu verstehen und Gefangene als deutlichsten Ausdruck der Repression – in unsere Kämpfe miteinzubeziehen. Solidarität stellt nichts anderes als die Basis dar, von der aus sich weiterer Widerstand entwickeln und entfalten kann und muss – gerade angesichts der zunehmenden und sich verschärfenden Strafen.“
 (Internetportal „linksunten.indymedia“, 3. Januar 2012)

Trotz derartiger Erklärungen hat die tatsächliche Betreuung inhaftierter Aktivisten in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Inhaftierungen von linksextremistischen Akteuren und anschließende Gerichtsverfahren werden von der Szene aber nach wie vor mit Interesse registriert. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Gruppierungen wie die „Rote Hilfe e.V.“ (RH, vgl. Kap. III, Nr. 6), das „Anarchist Black Cross Berlin“ und das „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ sowie eigens gebildete „Solidaritätskomitees“ aktiv.

In Stellungnahmen und Demonstrationsaufrufen rechtfertigen die Unterstützer üblicherweise die Straftaten der „Genossen“ und diffamieren Gerichte und Strafverfolgungsbehörden als „Klassenjustiz“. So bildete sich auch unmittelbar nach der Festnahme des türkischstämmigen Mitglieds der „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei“ (MLKP, vgl. Berichtsteil Ausländerextremismus, Kap. II, Nr. 2.3), der am 31. März 2012 in Nürnberg (Bayern) Polizeibeamte mit der Spitze einer Fahnenstange angegriffen hatte (vgl. Kap. II, Nr. 4), ein „Solidaritätskomitee“, um den Strafprozess „mit Aktionen und Pressearbeit“ zu begleiten. Im Aufruf zu einer Solidaritätsdemonstration am 13. Oktober 2012 in Nürnberg (Bayern) wurde der Täter als Opfer stilisiert:

„So absurd das Geschehen bei nüchterner Betrachtung scheint, die Strategie von Polizei und Justiz ist umso perfider: Durch die krassen Vorwürfe und die damit verbundene Höhe der Strafe soll eine Solidarisierung mit Deniz verhindert werden. Wie so oft soll ein Einzelner zur Kriminalisierung einer gesamten Bewegung herhalten. Doch auch hier wird ein solidarischer Umgang der Repression einen Strich durch die Rechnung machen. (...) Wir stellen uns in vollem Umfang hinter Deniz und verurteilen die mediale und juristische

Hetze gegen die antifaschistische Bewegung und unseren Freund und Genossen.“

(Homepage „redside.tk“, 10. Oktober 2012)

Gruppierungen aus der deutschen und der türkischen links-extremistischen Szene begleiteten den Prozess mit diversen Solidaritätsbekundungen. An diesen Aktionen waren u.a. die Jugendorganisation der „Partizan“-Fraktion der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML, vgl. Berichtsteil Ausländerextremismus, Kap. II, Nr. 2.2), die türkische „Kommunistische Jugendorganisation der MLKP“ (vgl. Berichtsteil Ausländerextremismus, Kap. II, Nr. 2.3), die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und deren Jugendorganisation „REBELL“ (vgl. Kap. III, Nr. 2), die anarchosyndikalistisch organisierte „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU), die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ, vgl. Kap. III, Nr. 1.2) sowie örtliche linksextremistische Zusammenschlüsse beteiligt.

Solidarität aus der Szene erfahren auch zwei frühere Mitglieder der terroristischen Vereinigung „Revolutionäre Zellen“ (RZ), die sich seit dem 21. September 2012 wegen des Vorwurfs der RZ-Mitgliedschaft sowie Beteiligung an Brand- und Sprengstoffanschlägen in den Jahren 1977/78 vor dem Landgericht Frankfurt am Main (Hessen) verantworten müssen. „Der Staat vergisst nicht – Wir auch nicht!“ heißt es hierzu in einem Protestaufruf der RH anlässlich der Prozessöffnung:

„Auch mehr als 30 Jahre nach den Aktionen der Stadtguerilla scheuen die Repressionsbehörden weder Kosten noch Mühen, linke Politik zu kriminalisieren. (...)“

Der deutsche Staat will hier die Geschichte linker Politik neu schreiben, und militante Aktionen gegen Atomkraft und so genannte Stadtaufwertungsprozesse sollen Jahrzehnte später noch bestraft werden. Diese sind aber heute wie damals wichtiger Bestandteil linker sozialer Kämpfe.“

(„INTERIM“ Nr. 743, Oktober 2012, S. 17)

Am 24. September 2012 griffen bislang unbekannte Täter im Zusammenhang mit dem Frankfurter Strafprozess das Wohnhaus der Hamburger Justizsenatorin an. Sie warfen mit Farbe gefüllte Gläser gegen die Fassade und zerstörten hierbei u.a. die Haustürscheiben. In der Taterklärung führen sie aus, dass Solidarität auch militant angegangen werden könne:

Angriff auf Wohnhaus der Hamburger Justizsenatorin

„Unsere Solidarität (...) beinhaltet die Verteidigung des umfangreichen Erfahrungsschatzes revolutionärer Theorie und Praxis von RZ und Roter Zora gegen jegliche Kriminalisierung. Themen wie Anti-AKW-Widerstand, Kahlschlagsanierung bzw. Gentrifizierung, internationalistische Solidarität, Freiheit bzw. Befreiung der Gefangenen sind nach wie vor noch aktuell und werden von der radikalen Linken mitunter auch militant angegangen.“
 („junge Welt“ Nr. 225, 26. September 2012, S. 8)

Angesichts derzeit nur weniger für die Szene bedeutsamer Prozesse in Deutschland befassen sich die Akteure intensiv mit Verfahren gegen Linksextremisten im Ausland. Insbesondere das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten solidarisierte sich mit in Griechenland inhaftierten Angehörigen der dortigen militanten linksextremistischen Gruppen „Conspiracy of Cells of Fire“¹¹¹ und „Revolutionärer Kampf“¹¹².

Unterstützung ausländischer Aktivisten

So setzten bislang unbekannte Täter in den frühen Morgenstunden des 8. April 2012 auf einem verschlossenen Firmengelände in Berlin neun Fahrzeuge der Deutschen Telekom AG in Brand. In einer am selben Tag im Internetportal „linksunten.indymedia“ veröffentlichten Taterklärung übernahm ein „Kommando

¹¹¹ Die griechische Gruppe „Conspiracy of Cells of Fire“ hat seit Anfang 2008 in Griechenland zahlreiche Sprengstoffanschläge verübt. Sie bekannte sich im November 2010 zum Versand mehrerer Postsendungen mit einer geringen Menge Schwarzpulver und einer Zündvorrichtung, die an diplomatische Vertretungen, zwischenstaatliche Einrichtungen und Regierungen adressiert waren, darunter auch an die Bundeskanzlerin.

¹¹² Der „Revolutionäre Kampf“ trat in Griechenland erstmals im Jahr 2003 in Erscheinung. Der Organisation werden mehrere Brand- bzw. Sprengstoffanschläge auf griechische Regierungseinrichtungen und die US-amerikanische Botschaft in Athen in den Jahren 2003 bis 2009 zugerechnet.

Lambros Foundas¹¹³ die Verantwortung für den Anschlag, der ein „Zeichen unserer feurigen Solidarität mit allen GenossInnen weltweit im Kampf gegen Staat und Herrschaft“ sei. Das angegriffene Unternehmen habe eine Monopolstellung im internationalen Telekommunikationsgeschäft und sei Vorreiter einer lückenlosen Überwachung. Die Taterklärung endet mit der Forderung „Viva la Anarchia! Freiheit für Stella Antoniou¹¹⁴ und alle anderen GenossInnen in Haft!“.

In der Nacht zum 15. Oktober 2012 verübten Unbekannte in Berlin einen Brandanschlag auf ein Fahrzeug des griechischen Militärattachés. In einer mit „international arsonist union“ gezeichneten Selbstbezeichnung¹¹⁵ wird die Tat u.a. begründet mit der „gewalt gegen demonstrierende in athen und anderen städten“, für die der griechische Militärattaché Mitverantwortung trage und daher „legitimes ziel militanter angriffe“ sei. Die Verfasser solidarisieren sich mit „den gefangenen des sozialen krieges in griechenland“ sowie den „unterschiedlichen gruppen der stadtguerilla“.

Darüber hinaus erklärten sich deutsche Linksextremisten auch mit inhaftierten „GenossInnen“ insbesondere in Italien, der Schweiz und Belgien solidarisch.

**Aktivitäten
zum 18. März und
zum 19. Juni 2012**

Zum „Tag der politischen Gefangenen“ (18. März) finden im linksextremistischen Spektrum traditionell Veranstaltungen statt. 2012 wurden in Berlin und Stuttgart (Baden-Württemberg) Kundgebungen mit etwa 220 bzw. 60 Teilnehmern abgehalten.

Wie bereits in den Vorjahren gab die „Rote Hilfe e.V.“ (RH, Kap. III, Nr. 6) zu diesem Anlass als Beilage der linksextremistischen Tageszeitung „junge Welt“ (jW, vgl. Kap. IV, Nr. 3) eine Sonderausgabe mit Beiträgen zu inhaftierten Aktivisten heraus.

¹¹³ Der Kommandoname bezieht sich auf ein mutmaßliches Mitglied der griechischen Organisation „Revolutionärer Kampf“, das am 10. März 2010 bei einem Polizeieinsatz in Griechenland tödlich verletzt wurde.

¹¹⁴ Die griechische Anarchistin Stella Antoniou, mutmaßliche Angehörige der „Conspiracy of Cells of Fire“, wurde Anfang Dezember 2010 in Griechenland festgenommen und am 4. Juni 2012 unter Auflagen aus der Haft entlassen. Der Prozess gegen sie und weitere Angehörige der Gruppe begann am 8. Oktober 2012.

¹¹⁵ Internetportal „linksunten.indymedia“ (19. Oktober 2012).

Daneben wurde wie im Vorjahr auch zu Protestveranstaltungen anlässlich des „Tags der revolutionären Gefangenen“ am 19. Juni 2012 mobilisiert. Dazu heißt es kämpferisch im Aufruf eines Zusammenschlusses aus Berlin:



„Unsere Gefangenen sind unsere Würde. (...) Wir werden nicht aufhören, unsere Genossen hinter Gittern zu unterstützen und Ihnen unsere uneingeschränkte Solidarität in Wort und Aktion zukommen zu lassen. Denn dass der bürgerliche Staat für sich und seine Erhaltung eine Notwendigkeit darin sieht, Menschen, die sich politisch engagieren, zu verfolgen, einzuschüchtern und einzusperren, (...) wurde uns historisch bereits oft genug bewiesen. Der Knast in der BRD ist nichts weiter als ein perfides Herrschaftsinstrument der bestehenden Ordnung. (...)

Beteiligt euch an Aktionen (...), lasst Gefangenen-Soli-Arbeit und politische Antirepression wieder Alltag werden und organisiert euch im Kampf gegen die kapitalistische Repressionsmaschinerie und für eine klassenlose Gesellschaft. Ob gegen Nazis oder Bullen – der Selbstschutz unserer Klasse ist legitim!“

(Homepage „Zusammen Kämpfen [Berlin]“, 13. Juni 2012)

Die linksextremistische Szene nimmt die in den vergangenen Jahren zu verzeichnende geringe Beteiligung an den Aktionstagen selbstkritisch zur Kenntnis. Angesichts dieses Befundes wird in einem Protestaufruf zum 19. Juni 2012 gefordert:

„Die Situation und Thematik der politischen Gefangenen darf nicht mehr Randthema der linken Szene bleiben! (...) Zeigen wir ihnen, wofür wir kämpfen! Der Kampf geht weiter! Freiheit für alle politischen Gefangenen!“

(Internetportal „linksunten.indymedia“, 1. Juni 2012)

3.2 „Antimilitarismus“

Obleich es im Jahr 2012 keine herausgehobenen Ereignisse oder Veranstaltungen gab, die der linksextremistischen Szene einen besonderen Anlass für „antimilitaristische“ Reaktionen geboten

**Aktionsniveau
gleichbleibend hoch**

hätten, entsprach das Aktionsniveau gewaltbereiter Linksextremisten in diesem Bereich dem Niveau des Vorjahres. Ziele militanter Aktionen waren neben der Bundeswehr auch privatwirtschaftliche Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen oder mit der Bundeswehr zusammenarbeiten.



Im Fokus „antimilitaristischer“ Agitation standen die „International Urban Operations Conference“, welche vom 31. Januar bis 2. Februar 2012 in Berlin stattfand, die jährlich Anfang Februar in München (Bayern) abgehaltene „Konferenz für Sicherheitspolitik“ („Munic Security Conference“, MSC) und das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in Letzlingen bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt), weil dort für weltweite Kriegseinsätze geübt werde.

Linksextremisten verbinden ihren „antimilitaristischen“ Protest regelmäßig mit einer umfassenden Kapitalismuskritik. Nach ihrer Diktion fördert das „kapitalistische System“ nahezu zwangsläufig kriegerische Auseinandersetzungen. So heißt es in einem Aufruf zur Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz:

„Ausbeutung und Krieg haben dieselbe Ursache: das kapitalistische System. Um den Kapitalismus zu überwinden, braucht es eine revolutionäre Bewegung, die die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufhebt und für den Kommunismus kämpft (...)“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 1. Februar 2012)

Die Proteste gegen die „International Urban Operations Conference“, die 2012 erstmals in Berlin stattfand und an der sich u.a. Vertreter von Rüstungsunternehmen und der Bundeswehr beteiligten, wurden vom linksextremistischen Spektrum mit dem Protest gegen den jährlich in Berlin stattfindenden Polizeikongress verknüpft (vgl. Kap. II, Nr. 3.1). In einem Aufruf unter dem Motto „Fight capitalist war – Fight capitalist peace! Gegen die Perfektionierung staatlichen Mordens!“ wird eine militärische Einflussnahme auf Polizeistrukturen behauptet und die Vermischung polizeilicher und militärischer Zuständigkeiten unterstellt. An einer Demonstration am 28. Januar 2012 in Berlin beteiligten sich rund 1.000 Personen, darunter eine Vielzahl aus dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum. Sowohl während des Aufzugs als auch im Nachgang kam es zu massiven Übergriffen auf

die Polizei, bei denen 48 Polizeibeamte verletzt wurden. Bereits die Mobilisierung zu Protestaktionen gegen die Konferenz und den Polizeikongress wurde von militanten Aktionen begleitet. So wurde ein Brandanschlag auf zwei Lkw der Deutschen Post AG am 22. Januar 2012 in Berlin in einen Begründungszusammenhang mit dem zivilmilitärischen Engagement der Deutschen Post gestellt.¹¹⁶

Die im Vorjahr von Linksextremisten initiierte Kampagne „Krieg beginnt hier. War starts here. Kampagne gegen die kriegerische Normalität“ wurde 2012 fortgesetzt. Bei zahlreichen militanten Aktionen, die z.T. hohe Sachschäden verursachten, wurde Bezug auf die Kampagne genommen, mit der suggeriert wird, „der Krieg“ beginne in Deutschland und müsse daher auch hier aufgehalten werden.

**Fortführung
der Kampagne
„Krieg beginnt hier“**



Folgende militante „antimilitaristische“ Aktionen sind hervorzuheben:

- Am 6. Juni 2012 drangen unbekannte Täter auf ein Gelände des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums in Hannover (Niedersachsen) ein und setzten dort insgesamt 13 neuwertige Bundeswehrfahrzeuge in Brand. Hierbei entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 600.000 Euro. In einer Taterklärung ohne Gruppenbezeichnung thematisierten die Verfasser die Auslandseinsätze der Bundeswehr, deutsche Rüstungsexporte und die zivilmilitärische Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und Unternehmen der Privatwirtschaft.
- Am 26. Juli 2012 setzten bislang unbekannte Täter in Berlin einen Lkw einer Firma in Brand, die u.a. auch im militärischen Bereich tätig ist. Ein Personenzusammenschluss „Abrüstungsini“ bekannte sich zu dem Anschlag und führte hierzu aus, dass die Firma bei der Ausrüstung von Kriegsschiffen mitwirke, sie trage z.B. eine Mitverantwortung für den Beschuss somalischer Küstenregionen im Rahmen der Mission Atalanta. Bundeswehreinsätze werden generell abgelehnt:

„Diesen Krieg der NATO gegen sogenannte ‚Piraten‘ gilt es genauso zu sabotieren wie jeden anderen Einsatz der Bundeswehr, egal ob er als Rekrutierungsveranstaltung in deutschen Schulen oder am Horn von Afrika stattfindet.“

(Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“, 31. Juli 2012)

¹¹⁶ Internetportal „linksunten.indymedia“ (24. Januar 2012).

- Am 27. August 2012 wurden drei Fahrzeuge der Deutsche Bahn Fuhrpark Gruppe in Berlin durch bislang nicht identifizierte Täter in Brand gesetzt, vier weitere Fahrzeuge wurden durch das Feuer beschädigt. Am selben Tag wurden in Berlin auf dem Gelände des Technischen Hilfswerks (THW) ein Sattelschlepper in Brand gesetzt und u.a. an einer Niederlassung des Sonderforschungsbereichs 700 (SFB 700)¹¹⁷ der Freien Universität (FU) Sachbeschädigungen festgestellt. Auf der Fahrbahn vor dem Universitätsgebäude befand sich der Schriftzug „WAR STARTS HERE“. In einer Taterklärung unter der Bezeichnung „antimilitarist_innen“ wurde u.a. auf die Kampagne „Krieg beginnt hier“ und auf den „Internationalen Antikriegstag am 1. September“ Bezug genommen. Überdies kritisieren die Verfasser eine aus ihrer Sicht wachsende Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Privatunternehmen wie z.B. der Deutschen Bahn AG. Dem SFB 700 wird vorgeworfen, für den Krieg im Dienst deutscher Macht- und Wirtschaftsinteressen zu forschen. Abschließend erklären die Verfasser:

„ohne die Abschaffung der Bundeswehr, nationalstaatlicher Grenzen und der kapitalistischen Weltordnung wird es kein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben der Menschen geben. (...) Nie wieder Deutschland! (...) Kriegstreiberei und Militarisierung markieren, blockieren, sabotieren!“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 28. August 2012)

- Im Vorfeld des „Antikriegstages“ am 1. September 2012 kam es in Kiel (Schleswig-Holstein) und Hamburg zu „antimilitaristisch“ motivierten Anschlägen mit Bezugnahme auf die Kampagne „Krieg beginnt hier“. So setzten bislang nicht identifizierte Täter am 29. August 2012 in Kiel zwei Kleintransporter eines Unternehmens in Brand, auf das bereits im Juli 2012 in Berlin ein Brandanschlag verübt worden war. Beide Fahrzeuge brannten vollständig aus. Die Fassade des Firmengebäudes wurde mit der Parole „WAR STARTS HERE“ und der Eingangsbereich mit roter Farbe beschmiert.

¹¹⁷ Der SFB 700 beschäftigt sich mit den Bedingungen von Governance-Leistungen insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Wohlfahrt und den dabei auftretenden Problemen.

- In Hamburg wurden am 30. August 2012 durch Brandstiftung sechs neuwertige Firmenfahrzeuge einer Firma zerstört. Ihr wird in einem Bekennerschreiben vorgeworfen, Schiffspropeller für Kriegsschiffe herzustellen. Zudem wurden Farbanstriche auf Wohnhäuser von Personen des öffentlichen Lebens verübt, denen Verbindungen zur Bundeswehr bzw. wirtschaftliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vergabe von Bürgschaften für deutsche Rüstungsprojekte vorgeworfen wurden.
- Im zeitlichen Zusammenhang mit einem antimilitaristischen Aktionscamp vom 12. bis 17. September 2012 gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark (Sachsen-Anhalt) kam es in Berlin zu mehreren „antimilitaristisch“ motivierten Anschlägen: Am 14. September 2012 setzten bislang unbekannte Täter ein Fahrzeug der Deutschen Bahn AG in Brand. Die Flammen griffen auf ein weiteres Fahrzeug über. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 32.000 Euro. In einer Taterklärung diffamieren „Autonome Gruppen“ den Konzern als „Kriegsprofiteur“, der auf allen Ebenen angegriffen werden müsse.¹¹⁸ Am 17. September 2012 kam es zu einer Sachbeschädigung am Gebäude einer Firma für Flugtechnik. In der Taterklärung bezeichnen anonyme Verfasser das Unternehmen als weltweit größten Rüstungsfabrikanten im Bereich Luft- und Raumfahrt, der an Kriegen und damit am Tod und der Zerstörung für Kapitalinteressen profitiere.¹¹⁹

3.3 „Antifaschismus“

Das traditionelle Aktionsfeld „Antifaschismus“ war auch 2012 zentrales Element der politischen Arbeit von Linksextremisten, insbesondere aus dem gewaltbereiten Spektrum. Linksextremisten empfinden das Auftreten von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten als Provokation. Insbesondere deren Präsenz im Vorfeld von Wahlen veranlasst die Szene zu militanten „antifaschistischen“ Protestaktionen. Die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Aufzüge und Versammlungen der rechtsextremistischen Szene belegen das hohe Gewaltpotenzial von Linksextremisten.

Zentrales Aktionsfeld

¹¹⁸ Internetportal „linksunten.indymedia“ (17. September 2012).

¹¹⁹ Internetportal „linksunten.indymedia“ (20. September 2012).

Die Aktivitäten von Linksextremisten zielen nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Im eigentlichen Fokus steht der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die als „kapitalistisches System“ diffamiert wird, und deren angeblich immanente „faschistische“ Wurzeln beseitigt werden sollen. Dabei rufen sowohl gewaltbereite als auch diskursorientierte Linksextremisten zu Aktionen auf.

Direkte Konfrontation

Während die eher diskursorientierten Linksextremisten den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen den „Nazi-Aktivitäten“ und dem „kapitalistischen System“ als deren angebliche Ursache legen, stellen aktionsorientierte Linksextremisten im Rahmen ihrer „Antifaschismus-Arbeit“ das aus ihrer Sicht legitime Mittel der Gewalt in den Vordergrund: die direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten. Unter dem Motto „Antifa heißt Angriff!“ suchen sie dabei die unmittelbare Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder vermeintlichen „Faschisten“ auf der Straße.

So heißt es in einer Interneteinstellung gewaltbereiter Linksextremisten:

„Konsequenter Antifaschismus ist mehr als das blockieren von Nazi-Aufmärschen. Neonazis und rechtsradikale Organisationen sind auch nicht zu tolerieren, wenn sie ihre Weltanschauung vermeintlich zurückhaltend propagieren. Gerade wegen der permanente Bedrohung Aller, die nicht ins ‚Völkische-Wir‘ der Neonazis passen, ist es notwendig diese zu bekämpfen. In der Praxis bedeutet das, ihre Propagandaveranstaltungen zu stören oder zu verhindern, ihnen keinen öffentlichen Raum zur Rechtfertigung oder ‚Erklärung‘ ihrer Ideologie zu geben und dort, wo sie unerkannt bleiben wollen, ihr Umfeld über sie Aufzuklären. Konsequenter Antifaschismus bedeutet sich denjenigen verbal, inhaltlich oder wenn nötig militant in den Weg zu stellen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus (NS) beziehen oder eine andere Form des Faschismus und/oder Antisemitismus propagieren – in der Schule, auf der Arbeit, in der Bahn und auf der Straße!“

(Internetportal „Indymedia Deutschland“, 19. April 2012)

Da polizeiliche Maßnahmen bei Demonstrationen zumeist eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner verhinderten, richtete sich die Gewalt der Linksextremisten oftmals gegen die Polizei, die als Vertreter des „repressiven“ Staates bezeichnet wird – eines Staates, der durch sein Gesellschaftssystem Rechtsextremismus erst ermöglichen kann.

Typisch für militante Proteste gegen Rechtsextremisten sind folgende Beispiele:

- Gegen den von Rechtsextremisten am 2. Juni 2012 in Hamburg initiierten „4. Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ demonstrierten rund 3.500 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum, darunter etwa 1.500 gewaltbereite Linksextremisten. Dabei kam es den ganzen Tag über zu massiven Ausschreitungen, bei denen 38 Polizeibeamte verletzt und ein Polizeifahrzeug sowie mehrere private Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt wurden. Während der Rückreise der Demonstranten kam es in Uelzen (Niedersachsen) zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen rund 200 Veranstaltungsteilnehmern der rechts- und linksextremistischen Szene. Hierbei wurden zwei Rechtsextremisten verletzt, einer davon schwer. Bereits am Morgen des 2. Juni 2012 hatten unbekannte Täter elf Fahrzeuge der Polizei in Brand gesetzt und Einsatzausrüstungen zerstört. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Euro.
- Am 6. Oktober 2012 beteiligten sich in Göppingen (Baden-Württemberg) etwa 600 gewaltbereite Linksextremisten an Protestaktionen von insgesamt bis zu 1.500 Personen gegen einen Aufmarsch der „Autonomen Nationalisten Göppingen“. Sie versuchten, in größeren Gruppen Abspernungen zu durchbrechen oder in Kleingruppen zu umgehen. Als es der Polizei gelang, ein direktes Aufeinandertreffen von Links- und Rechtsextremisten zu verhindern, wurde sie massiv angegriffen. Insgesamt wurden 28 Einsatzkräfte leicht verletzt und etwa 100 Demonstrationsteilnehmer in Gewahrsam genommen.

Direkte körperliche Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten werden bei gewaltbereiten Linksextremisten

Militante Protestaktionen



Körperliche Angriffe

als legitim und vermittelbar angesehen. So bekräftigten Linksextremisten im Internet:

„Die Formen des Antifaschismus reichen von Aufklärung über faschistische Strukturen, über Massenblockaden ihrer Aufmärsche bis zu direkten Aktionen gegen Nazis, ihre Treffpunkte und Veranstaltungen. Dabei sind militante Aktionen kein Selbstzweck, sondern lediglich eine Spielart des erfolgreichen Widerstands, welche durch andere Aktionsformen ergänzt werden müssen, aber auch Platz für diese Schaffen können, z.B. wenn Polizeikräfte eingebunden werden.“
(Homepage „3a.blogsport.de“, 15. Mai 2012)

Dazu einige Beispiele:



- Am 14. Januar 2012 demonstrierten in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) etwa 10.000 Personen, darunter gewaltbereite Linksextremisten, gegen einen Aufmarsch von Rechts-extremisten anlässlich des 67. Jahrestags der Bombardierung der Stadt. In der Abreisephase stürmten mehrere Linksextremisten eine Regionalbahn und griffen fünf im Zug befindliche mutmaßliche Rechtsextremisten mit Faustschlägen, Fußtritten und Glasflaschen an.
- Am 14. April 2012 wurden in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) im Vorfeld einer Demonstration von Linksextremisten drei Personen des rechtsextremistischen Spektrums im Bereich des Hauptbahnhofs erkannt und mit Glasflaschen und Pfefferspray angegriffen. Am frühen Morgen des 15. April 2012 griffen in Düsseldorf mehrere mutmaßliche Angehörige der gewaltbereiten linksextremistischen Szene einen Rechtsextremisten mit Faustschlägen gegen den Kopf an, woraufhin dieser im Krankenhaus behandelt werden musste.
- Im Verlauf einer Aktionswoche der sächsischen NPD-Landtagsfraktion attackierten ca. 20 schwarz gekleidete und vermummte Personen am 1. November 2012 in Dresden (Sachsen) vier mit NPD-Angehörigen besetzte Fahrzeuge mit Fahnen und Stöcken. Eine Person erlitt eine Kopfwunde, eine weitere wurde durch einen Biss verletzt. Zudem wurden die Fahrzeuge beschädigt.

Recherchearbeit Bei der Identifizierung potenzieller Angriffsziele kommt der sogenannten Recherchearbeit im gewaltbereiten Linksextremismus ein hoher Stellenwert zu: Linksextremisten sammeln detaillierte

Informationen über rechtsextremistische Funktionäre, Trefflokale, Schulungseinrichtungen, „Naziläden“ sowie andere logistische Einrichtungen und veröffentlichen das Ergebnis meist im Internet und in Szenepublikationen.



Aktivitäten tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten werden mit dem Ziel öffentlich gemacht, Einzelpersonen zu „outen“ und ihnen zu „verdeutlichen“, dass ihre Aktivitäten Konsequenzen haben werden. Zudem sollen rechtsextremistische Strukturen nachhaltig gestört und Rechtsextremisten ein öffentliches Agieren unmöglich gemacht werden. So initiierten Linksextremisten z.B. im März 2012 im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein eine Kampagne „Farbe bekennen“, in deren Verlauf Farbanschläge auf Wohngebäude oder Fahrzeuge von NPD-Kandidaten verübt wurden.

Szeneangehörige bekräftigten in einem Aufruf zur Kampagne „Farbe bekennen“:

„Nazis können sich auf Kundgebungen nicht mehr sicher fühlen, denn sie haben Namen und Adressen, die auf den öffentlich einsehbaren Wahllisten auftauchen. Türschlösser können verklebt, Autos zerdeppert werden. Plakate können farblich umgestaltet werden, genauso wie Nazis und Rassist_innen an sich. (...) Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.“

(Homepage „farbebekennen-sh.tumblr.com“, 22. November 2012)



Dass Rechercheergebnisse zur Vorbereitung und Durchführung „militanter“ Aktionen genutzt werden, belegen auch folgende Beispielsfälle:

- Angehörige der linksextremistischen Szene bekannten sich am 1. Mai 2012 zu einem Farbanschlag auf die Wohnung eines NPD-Mitglieds in Kiel (Schleswig-Holstein). Kurz zuvor, im April 2012, waren Informationen über den Geschädigten, u.a. dessen neuer Wohnort, durch einen Beitrag im Internet bekannt gemacht worden.
- In der Nacht zum 20. November 2012 verübten mutmaßliche Linksextremisten in Bochum (Nordrhein-Westfalen) einen Brandanschlag auf das Privatfahrzeug eines Rechtsextremisten. Der Kleinwagen brannte vollständig aus. Bereits

am 30. August 2012 hatten sich Szeneangehörige vor dessen Wohnung versammelt, um ihn in seinem Wohnumfeld als „Faschist“ bloßzustellen.

In der Taterklärung zum Brandanschlag heißt es:

„in der nacht vom 19.11. auf den 20.11. wurde die im sommer durchgeführte outing-aktion gegen den neonazi (...) zu ende gebracht in dem sein privat pkw (...) abgefackelt wurde.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 23. November 2012)

4. Entwicklung des Gewaltpotenzials

Linksextremistisch motivierte Gewalt zeigt sich in allen Aktionsfeldern, wobei der Kampf gegen den „repressiven Staat“, der „Antifaschismus“ sowie der Widerstand gegen die „Militarisierung der Gesellschaft“ seit Jahren die wichtigsten Begründungszusammenhänge liefern. In quantitativer Hinsicht war seit 2003 ein Anstieg des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials zu verzeichnen. Auch für die absehbare Zukunft ist von einer weiterhin hohen Gewaltbereitschaft und einer niedrigen Hemmschwelle auszugehen. Die für 2012 registrierte Anzahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund ist jedoch rückläufig. In qualitativer Hinsicht ist ein deutlicher Anstieg des Gewaltpotenzials festzustellen. Die Angriffe richten sich gegen die klassischen „Feindgruppen“: tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie in zunehmendem Maße Polizisten.

Zunehmende Angriffe auf Polizisten

Zahlreiche Ausschreitungen im Zusammenhang mit Demonstrationen belegen die sinkende Hemmschwelle von Linksextremisten. Zu massiven Gewalthandlungen, oft verbunden mit direkten Angriffen auf Polizeibeamte, kommt es insbesondere im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Demonstrationen und dem Gegenprotest linksextremistischer Akteure, die eine Vielzahl von Tatmitteln einsetzen, die für den Straßenkampf tauglich sind (z.B. Steine, Flaschen, Knüppel, Quarzsandhandschuhe, Fahnenstangen, Pfefferspray, Pyrotechnik und Molotowcocktails). Die hohe verbale Radikalität in Verlautbarungen und Selbstbeichtigungsschreiben ist ein zusätzlicher Beleg für das Ausmaß linksextremistischer Aggression.

Linksextremisten sehen in der Polizei ein zentrales Element des verhassten „Repressionsapparates“. Angriffe auf Polizisten, die Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen sichern, sowie auf Polizeistreifen und -reviere finden weitgehend Akzeptanz, sofern Menschenleben dadurch nicht unmittelbar gefährdet werden. Gezielte Angriffe mit der Absicht, Polizisten schwer zu verletzen oder gar zu töten, sind hingegen in der linksextremistischen Szene weiterhin nicht vermittelbar. Allerdings nehmen Kleingruppen bei ihren Anschlägen oftmals zumindest schwere Verletzungen billigend in Kauf (vgl. Kap. II, Nr. 3.1). Beispielhaft seien erwähnt:

■ 14. Januar 2012, Magdeburg (Sachsen-Anhalt):

Im Rahmen von Protesten gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten griffen linksextremistische Gegendemonstranten Polizisten an. Aus einem „linksalternativen“ Zentrum wurde eine Betonplatte geworfen, die etwa einen Meter neben einem Polizisten zerschellte.

■ 31. März 2012, Nürnberg (Bayern):

Teilnehmer einer Demonstration von Linksextremisten griffen Polizisten an, als diese die Demonstranten am Verlassen der Demonstrationsroute hinderten. Dabei griffen zwei Personen mit einer spitz zulaufenden Fahnenstange Einsatzkräfte an.

■ 31. März 2012, Frankfurt am Main (Hessen):

Im Rahmen der zentralen Demonstration zum Aktionstag „M31 – European Day of Action against Capitalism“ kam es zu schweren Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Mehrere Demonstranten drängten einen Polizisten gezielt ab und sprühten ihm hoch konzentriertes Pfefferspray ins Gesicht.

Insbesondere Linksextremisten aus dem autonomen Spektrum entwickeln eine hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten. Wenngleich die Einsatzkräfte zurzeit lediglich aufgrund ihrer Funktion im Staat, nicht aber als zu bekämpfende Individuen das Ziel von Gewalttaten sind, besteht die Gefahr, dass zumindest einzelne Akteure zu konkret personenbezogenen Angriffen auf Polizisten übergehen. Eine Ausdehnung linksextremistisch motivierter Sozialproteste könnte die Rechtfertigung und den Rahmen für derartige Gewalthandlungen bieten.

Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise birgt z.B. ein hohes Eskalationspotenzial – dies zeigen die gewalttätigen Proteste in Griechenland. Unter dem Namen „Verschwörung der Feuerzellen“ verübt dort eine Untergrundorganisation seit einigen Jahren

Kein sozialrevolutionärer Terrorismus

terroristische Anschläge. Der sozialrevolutionäre Terrorismus der „Feuerzellen“ bietet ideologische Anknüpfungspunkte für gewaltbereite Linksextremisten in anderen europäischen Ländern.

Auch in Deutschland bildet sich – begleitet von einer Vielzahl klandestiner Anschläge – eine neue Form des antikapitalistischen Widerstands. Unter dem Motto „M31 – European Day of Action against Capitalism“ (31. März 2012) bzw. „Blockupy Frankfurt“ (16. bis 19. Mai 2012) wurde der Protest in die Bankenmetropole Frankfurt am Main (Hessen) und damit an den Sitz der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) getragen. Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen existiert eine Vielzahl von Wechselbeziehungen zwischen den Aktivitäten der gewaltbereiten Linksextremisten in Griechenland und in Deutschland. In mehreren Taterklärungen zu linksextremistisch motivierten Anschlägen in Deutschland nehmen die Verfasser Bezug auf die Situation in Griechenland und bekunden ihre Solidarität mit inhaftierten griechischen Genossen. Solche Taterklärungen sollen eine mobilisierende Wirkung auf deutsche Aktivisten entfalten. Allerdings hat die „antikapitalistische Gewalt“ in Deutschland bislang überwiegend symbolischen Charakter. Gewalttätige Aktionen finden als begrenzte Reaktionen auf die Ereignisse in Griechenland statt, jedoch nicht im Sinne einer Umsetzung sozialrevolutionärer Theorien in die „militante Praxis“. Trotz der anhaltenden Verbundenheit mit den Protestierenden in Griechenland reagieren deutsche Linksextremisten nicht mit dem Gang in den sozialrevolutionären Terrorismus, dem bewaffneten Kampf nach griechischem Vorbild. Stattdessen setzen sie den Versuch fort, demokratische Protestmilieus mit dem Ziel eines Systemwechsels zu instrumentalisieren.

III. Parteien und sonstige Gruppierungen

1. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und Umfeld

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründung:	1968
Sitz:	Essen (Nordrhein-Westfalen)
Bundesvorsitzende:	Bettina Jürgensen
Mitglieder:	3.500 (2011: 4.000)
Publikationen:	„unsere zeit“ (uz) (Zentralorgan), wöchentlich, Auflage: ca. 5.400 (2011: 6.000); „Marxistische Blätter“ (theoretisches Organ), sechs Ausgaben im Jahr



Die DKP bekennt sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres politischen Handelns. Ihr Ziel bleibt weiterhin der Umsturz der politischen Verhältnisse und die Errichtung des Sozialismus/Kommunismus. Zu der Frage, wie dies zu erreichen sei, herrscht seit 2009 ein ideologischer Richtungsstreit: Die Mehrheit im Parteivorstand hält an den „Politischen Thesen“ fest, welche die Bedeutung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt sowie die Avantgarderolle der Partei relativieren und dafür plädieren, dass die DKP in allen fortschrittlichen Bewegungen mitarbeitet. Demgegenüber votiert die innerparteiliche Opposition weiterhin für die unbedingte Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus. Dieser Richtungsstreit konnte auch 2012 nicht beigelegt werden.

Ideologischer Richtungsstreit dauert an

Der Richtungsstreit geht einher mit finanziellen Schwierigkeiten der Partei. So wurde auf der 8. Parteivorstandstagung im Mai 2012 beschlossen, wegen des Defizits von rund 30.000 Euro, das bei der Organisation des letzten uz-Pressfestes im Juni 2011 entstanden

Angespannte finanzielle Situation

war, im Jahr 2013 kein Pressefest auszurichten. Das uz-Pressefest wurde von seinen Veranstaltern in der Vergangenheit als „das größte Fest der Linken“ bezeichnet. Es fand seit dem Jahr 1973 alle zwei Jahre unter internationaler Beteiligung statt.

Ein weiteres Indiz für die angespannte finanzielle Lage liefert der Parteivorstandsbeschluss im September 2012, zum 20. Parteitag im März 2013 keine Vertreter internationaler kommunistischer Parteien oder sonstige Gäste – abgesehen vom Botschafter der Republik Kuba – einzuladen. Die DKP verfüge derzeit nicht über die finanziellen Ressourcen, um eine adäquate Unterbringung, Bewirtung und Betreuung der Gäste zu gewährleisten.¹²⁰

Auch in Bezug auf die Mitgliederentwicklung zog der Vertreter der Berliner Landesorganisation Patrik Köbele eine negative Bilanz.

Die Zahl der Mitglieder habe sich seit Mitte des Jahres 2010 von 3.897 auf 3.506 verringert. Gleichzeitig sinke das Potenzial der aktiven und mobilisierbaren Mitglieder aufgrund der Überalterung der Partei. Nachwachsende Kader aus dem Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ, vgl. Kap. III, Nr. 1.2) könnten die entstehenden Lücken nicht füllen – dies liege u.a. an der Entfremdung zwischen Jugendverband und Partei und nicht zuletzt auch an dem Richtungsstreit.

Probleme beim Zentralorgan uz

Das DKP-Zentralorgan „unsere zeit“ (uz) ist ebenfalls von finanziellen Problemen und einem Abonnentenrückgang betroffen. Auf der 8. Parteivorstandstagung im Mai 2012 musste der Chefredakteur Wolfgang Teuber einen Rückgang der Abonnenten auf 4.769 (2006 waren es noch 6.611) bei einer Druckauflage von 5.382 einräumen. Darüber hinaus konstatierte er, dass derzeit nur noch $3 \frac{3}{4}$ Planstellen für Redakteure vorhanden seien – vor wenigen Jahren seien es noch sieben gewesen.¹²¹

Reaktionen auf das Bekanntwerden der NSU-Mordserie

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 erschienen in der uz mehrere Artikel unter dem Titel „Funktionen des Terrors“, in denen der Anspruch

¹²⁰ „DKP-Informationen“ Nr. 4/2012, 19. September 2012, S. 23.

¹²¹ „DKP-Informationen“ Nr. 2/2012, 11. Mai 2012, S. 17.

erhoben wurde, Ursachen und Wirkungen rechtsextremistischen Terrors innerhalb der Gesellschaft zu analysieren. Der uz-Redakteur Adi Reiher behauptete, faschistische Aufmärsche würden nicht nur geduldet, sondern sogar „gehätschelt“:

„die Entstehung eines republikumspannenden rechten Netzwerkes wird nicht nur totgeschwiegen und geduldet, sondern V-Leute ziehen dem wabernden braunen Sumpf erst die Korsettstangen ein, an denen er sich organisiert.(...) Warum hätschelt man die Braunen? Es sind im Wesentlichen die gleichen Antworten wie vor 1933. Gerade in der Krise braucht man sie als Waffe gegen jede Art von Widerstand gegen die Krisenfolgen. (...) Den braunen Terror halten weder Brüning noch Merkel auf, das kann nur die übergroße Mehrheit der antifaschistisch und antirassistisch Gesinnten in diesem Land tun.“
(Homepage uz, 18. November 2012)

Das bereits seit Jahren geringe Aktionspotenzial der DKP ist durch den Richtungstreit sowie die finanziellen und personellen Probleme nahezu erschöpft. Aktivitäten beschränkten sich auf Aufrufe zu oder Teilnahmen an Aktionen der Antifaschismus-, Frauen-, Friedens- und sozialen Bewegung.

Aktivitäten

1.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Der marxistisch-leninistisch orientierte Jugendverband SDAJ ist formal unabhängig, gleichwohl aber mit der DKP verbunden, und agiert als deren Jugendverband. Der Organisation gehören wie im Vorjahr 500 Mitglieder an. Die Organisation hält an ihrer Kernforderung nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fest:



„Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen. Diese Alternative werden wir nicht allein durch Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse erreichen, sondern dafür brauchen wir einen Bruch mit diesem System, dem Kapitalismus. Für uns ist dieser Bruch, den wir im Kampf um notwendige Verbesserungen unserer Lebensbedingungen erreichen wollen, unvermeidbar um

eine sozialistische Gesellschaft zu erreichen. Wir sind deshalb eine antikapitalistische und revolutionäre Organisation.“
(Homepage SDAJ, 20. November 2012)

Spannungen im Verhältnis zur DKP

Der überwiegende Teil der SDAJ-Mitglieder steht den von der Mehrheit im DKP-Vorstand vertretenen „Politischen Thesen“ (vgl. Kap. III, Nr. 1.1) unverändert kritisch gegenüber und fordert – wie die innerparteiliche Opposition der DKP – eine strikte Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus. So heißt es:

„Die SDAJ ist eine Bundesweit organisierte kommunistische Jugendorganisation. Unser Ziele sind die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Unsere kollektive politische Praxis steht auf dem theoretischen Fundament des Marxismus-Leninismus.“
(Homepage SDAJ Tübingen, 20. November 2012)

Fortsetzung des 20. Bundeskongresses

Die zweite Tagung des 20. Bundeskongresses am 22./23. September 2012 in Nürnberg (Bayern) befasste sich ausschließlich mit der Fortschreibung des „Zukunftspapiers“¹²² als ideologisches Grundsatzzprogramm des Jugendverbandes.¹²³ Die nach kontroversen Diskussionen verabschiedete Neufassung mache „deutlich, auf welche Weise eine sozialistische Gesellschaft erkämpft werden“ könne und worin die Aufgaben des Verbandes „in den Kämpfen unserer Zeit“ bestünden.¹²⁴

Kampagne „Nazifreie Zone!“

Aufgrund einer im Oktober 2011 beschlossenen Kampagne „Nazifreie Zone!“ konzentrierte die SDAJ ihre Kräfte im Berichtsjahr auf das Aktionsfeld „Antifaschismus“. Im ersten Halbjahr 2012 entfaltete der Jugendverband zahlreiche Aktivitäten mit dem Ziel, sich den „Angriffen von rechts und aus der selbsterklärten Mitte der Gesellschaft“ auf die eigenen Lebensbedingungen „entgegenzustellen“ und gegen einen staatlich verordneten „Antikommunismus“ Stellung zu beziehen. In lokalen Bündnissen müsse

¹²² Die Erstfassung des „Zukunftspapiers“ wurde bereits im Jahr 2000 von der SDAJ verabschiedet.

¹²³ Homepage SDAJ Aachen (21. November 2012).

¹²⁴ Homepage SDAJ (21. November 2012).

darüber aufgeklärt werden, wie „Faschisten und Rassisten“ gegen die Interessen von Schülern und Auszubildenden agierten.¹²⁵

In der Zeit vom 25. bis 28. Mai 2012 richtete die SDAJ in Köln (Nordrhein-Westfalen) ihr traditionelles „Festival der Jugend“ aus, das unter dem Motto stand „Zeit zu kämpfen, Zeit zu feiern – nazifreie Zonen schaffen“. Im Rahmen dieser Veranstaltung beantworteten die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen und die damalige Leiterin der Jugendkommission des Parteivorstands der DKP Wera Richter Fragen zu kommunistischer Politik und zu den Positionen der Partei. Internationale Gäste von kommunistischen Schwesterorganisationen der SDAJ aus Griechenland, Spanien, Belgien und Luxemburg berichteten über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit der Sozial- und Finanzkrise.¹²⁶

Festival der Jugend

Die zumeist auf lokaler Ebene stattfindende Zusammenarbeit regionaler SDAJ-Gliederungen mit linksextremistischen Gruppierungen aus dem gewaltbereiten Spektrum geht in Einzelfällen über die traditionell übliche Bündnis- oder Aktionspolitik hinaus.

Zusammenarbeit mit linksextremistischen Gruppen aus dem gewaltbereiten Spektrum

Anlässlich der „Luxemburg-Liebknecht-Demonstration“ am 15. Januar 2012 in Berlin veröffentlichte die dortige SDAJ-Gruppe gemeinsam mit gewaltbereiten autonomen linksextremistischen Gruppierungen wie der „Antifaschistischen Linke Berlin“ (ALB) und der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB) einen gemeinsamen Aufruf, in dem es heißt:

„Nur in der sozialistischen Revolution kann die alltägliche kapitalistische Ausbeutung überwunden werden. Dabei ist es notwendig, die gesammelten Erfahrungen aus den Klassenkämpfen aufzuheben und in eine revolutionäre Aktion zu überführen.“

(Homepage ALB, 21. November 2012)

Die SDAJ Berlin ist die einzige Organisation des traditionellen kommunistischen Spektrums – neben diversen gewaltbereiten linksextremistischen Gruppen – im „Silvio-Meier-Bündnis“, das jedes Jahr im November Gedenkveranstaltungen anlässlich des

¹²⁵ Homepage SDAJ (21. November 2012).

¹²⁶ Homepage SDAJ (21. November 2012).

von Rechtsextremisten am 21. November 1991 ermordeten Hausbesetzers organisiert.¹²⁷

Die SDAJ München beteiligte sich im Februar 2012 in München (Bayern) u.a. gemeinsam mit der „Interventionistischen Linken München“ (IL, vgl. Kap. II, Nr. 2.1) und weiteren gewaltbereiten linksextremistischen Gruppierungen an Protesten gegen die „48. Münchner Sicherheitskonferenz“. In einem im Internet veröffentlichten Bericht zu den Protesten heißt es:

„Früh zeichnete sich aber eine tragfähige überregionale Beteiligung aus Bayern und Baden-Württemberg und die Zusammenarbeit mit der SDAJ München ab. Das Konzept für dieses Jahr sah schließlich einen internationalistischen Block vor. Die SDAJ München rief zusätzlich zu einem Jugendblock als Teil des gemeinsamen internationalistischen Blocks auf. Unser Aufruf zu einem Internationalistischen Block nahm einen klaren Klassenstandpunkt gegen Krieg ein und setzte bei der alltäglichen Erfahrung kapitalistischer Ausbeutung an. (...) Unterstützt haben den Aufruf schließlich: Revolutionäre Aktion Stuttgart, (...), SDAJ München, Interventionistische Linke München, Organisierte Autonomie Nürnberg, radikale linke Nürnberg, Rote Aktion Mannheim, Antifaschistische Linke Freiburg, Revolutionäre Linke Heilbronn.“

(Homepage „Antikapitalistische Linke München“, 22. November 2012)

¹²⁷ Homepage „Silvio-Meier-Bündnis“ (22. November 2012).

2. „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründung:	1982
Sitz des Zentralkomitees:	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	ca. 1.900 (2011: 2.000)
Publikation:	„Rote Fahne“ (RF) (Zentralorgan), wöchentlich, Auflage: 8.000; „Lernen und kämpfen“ (LuK) (Mitgliedermagazin), mehrmals jährlich; „REBELL“ (Magazin des Jugendverbandes „REBELL“); zweimonatlich



Die MLPD feierte im November 2012 ihr dreißigjähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung am 20. Juni 1982 hält die Partei unverändert an ihrer maoistisch-stalinistischen Ausrichtung fest. Die revolutionären Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung bilden nach ihrer Überzeugung die „Grundlage für einen neuen Aufschwung im Kampf für den Sozialismus“.

**30 Jahre MLPD:
unveränderte
ideologische
Ausrichtung**

„Bei der Verteidigung, Weiterentwicklung und schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungsideen wendet sich die Partei gegen rechts- und linksopportunistische Abweichungen und bekämpft insbesondere den modernen Revisionismus (...) und das Liquidatorentum. (...) Die Partei verteidigt die Große Proletarische Kulturrevolution als höchste Form des Klassenkampfes im Sozialismus und hält an der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats (...) fest.“

(Homepage MLPD, 30. November 2012)

IX. Parteitag Im Herbst 2012 veranstaltete die Partei ihren IX. Parteitag. Die logistische Vorbereitung und die Durchführung verliefen wie bei den vorangegangenen Parteitagen äußerst konspirativ.

Die „einfachen“ Mitglieder erfuhren hiervon erst im Nachhinein durch die Rede des Parteivorsitzenden Stefan Engel bei einem Festakt unter dem Motto „30 Jahre MLPD“ am 3. November 2012 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen). Engel führte aus, dass 23 Delegationen ausländischer Organisationen dem Bundesparteitag beigewohnt und 45 weitere Organisationen Grußbotschaften geschickt hätten. Es sei – so Engel – der „zweifelloso beste Parteitag in der Geschichte der MLPD“ gewesen.¹²⁸ Als einen der Schwerpunkte der Partei bezeichnete er die internationalistisch ausgerichtete Jugendarbeit.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld sah Engel in der länderübergreifenden Unterstützung und Koordinierung eines auf vielen Ebenen zu führenden Klassenkampfes:

„Dazu muss es künftig gelingen, bei solchen bedeutenden Kämpfen länderübergreifend (...) durch Streiks und Demonstrationen eine koordinierte taktische Überlegenheit gegenüber diesen Institutionen herzustellen. Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als dass die Koordinierung und Revolutionierung über Ländergrenzen hinweg künftig zu einer unbeirrbar durchzuführenden Aufgabe in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein muss. (...) Am wichtigsten ist natürlich der Zusammenschluss der revolutionären Parteien und Organisationen zur Koordinierung und Kooperation von Parteaufbau und Klassenkampf. Aber auch die Arbeiterkämpfe müssen international koordiniert werden, ebenso die Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die Umweltbewegung oder der Kampf für den Weltfrieden. So wird sich Stück für Stück eine antiimperialistische Front herausbilden, die dem Imperialismus überlegen sein wird, ihn besiegen kann und den Weg zum Aufbau des Sozialismus ebnet. (...) [F]ester Bestandteil unserer marxistisch-leninistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist eine positive Gewerkschaftsarbeit. (...) Und in Deutschland wissen wir, dass die Spaltung in der Arbeiterbewegung zwischen revolutionären und reformistischen beeinflussten Arbeitern die wesentliche Ursache für die Niederlage vor dem

¹²⁸ Homepage MLPD (30. November 2012).

Faschismus war. Erst im Konzentrationslager haben sich Sozialdemokraten und Kommunisten wieder die Hände gereicht. Das darf uns nicht noch einmal passieren. Damit würden sich nur die klassenkämpferischen Kräfte von der Masse der Kollegen isolieren und sie dem Einfluss von Reformismus und Sozialchauvinismus überlassen. Wir treten entschieden dafür ein, dass die Gewerkschaften zu Kampforganisationen für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen werden und tragen dabei den Geist des Klassenkampfs in die Gewerkschaften.“

(Homepage MLPD, 30. November 2012)

Die MLPD trat – abgesehen von kleineren, regionalen Veranstaltungen – 2012 kaum mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen in Erscheinung. Überregional beteiligte sie sich an Aktionen und Demonstrationen von anderen linksextremistischen Personenzusammenhängen.

**Kaum eigene
öffentlichkeits-
wirksame Aktionen**

3. „GegenStandpunkt“ (GSP)

Gründung:	1992
Sitz:	München (Bayern)
Mitglieder:	5.000 (2011: 7.000)
Publikation:	„GegenStandpunkt – Politische Vierteljahresschrift“ (GSP), vierteljährlich

Die Gruppe „Gegenstandpunkt“ (GSP) vertritt eine modifizierte Marxismus-Konzeption. Ihr Fernziel ist die revolutionäre Überwindung der bestehenden, pauschal als „Kapitalismus“ verunglimpften verfassungsmäßigen Ordnung, allerdings ist dies nach eigener Einschätzung gegenwärtig nicht zu verwirklichen. Die angestrebte „herrschaftsfrei“ organisierte kommunistische Planwirtschaft, die auf jeglichen staatlichen Orientierungsrahmen verzichtet, sei in einer solchen Form bislang noch nie praktiziert worden.

In einfachen Grundbotschaften, die mit variierender Detailschärfe beständig wiederholt werden, formuliert der GSP sein eindimensionales Weltbild, das die komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit auf ihre ökonomischen Aspekte reduziert. So bestehe etwa der alleinige Zweck der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung darin, „aus Geld mehr Geld [zu] machen“¹²⁹, wobei der Reichtum der Nationen auf der „Armut der Massen“¹³⁰ beruhe.

Theorie als Praxis, destruktive Kritik als Methode

Der GSP befindet sich in einer selbst gewählten Isolation. Er initiiert keine eigenen Kampagnen und beteiligt sich nicht an der Kampagnenarbeit anderer linksextremistischer Personenzusammenschlüsse. Ebenso wenig geht er mit diesen oder nichtextremistischen Strukturen anlassbezogene Bündnisse ein. Der GSP pflegt vielmehr ein atypisches Praxisverständnis, indem er sich auf die Erarbeitung und interne Vermittlung theoretischen „Wissens“ über die vermeintliche Funktionsweise des „Kapitalismus“ beschränkt. Den „Kapitalismus“ sieht der GSP von einem „falschen Bewusstsein“ getragen, das es durch „destruktive Kritik“ zu zerstören gelte.

Der verantwortliche Redakteur des vierteljährlich erscheinenden GSP-Heftes formulierte dies im April 2012 in seinen im Internet veröffentlichten „Thesen zu den Charaktermasken des Kapitals, den sozialen Klassen – und was für antikapitalistische Politik daraus folgt“ mit den Worten:

„Die Arbeiterschaft hat zu erkennen, dass die ganze Ordnung ein zum System gewordenes feindliches Interesse gegen sie und dass ihre eigene Erwerbsquelle kein Besitzstand ist, sondern nichts als die freiheitliche Form der Dienstbarkeit für fremde Zwecke.“
(Homepage „kritikundintervention.org“, Juni 2012)

Seine „destruktive“, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung grundsätzlich infrage stellende Kritik verbreitet der akademisch geprägte GSP in seiner vierteljährlich erscheinenden Publikation, in zahlreichen im Internet veröffentlichten Text- und Tonbeiträgen, im Rahmen öffentlicher Diskussions- und

¹²⁹ GSP, Ausgabe 1-12, 23. März 2012, S. 153.

¹³⁰ GSP, Ausgabe 1-12, 23. März 2012, S. 69.

Vortragsveranstaltungen sowie in sogenannten Jours Fixes, die in etwa 20 deutschen Städten mit einiger Regelmäßigkeit stattfinden.

Hinsichtlich der Größe seiner Anhängerschaft befindet sich der netzwerkartig organisierte GSP in einem anhaltenden Abwärtstrend.

4. Trotzlisten

In Deutschland sind derzeit zwölf (2011: 20) aktive internationale trotzkistische Dachverbände mit etwa 20 Sektionen oder Resonanzgruppen vertreten, deren Gesamtmitgliederpotenzial auf 1.400 zurückgegangen ist (2011: 1.600).

Trotzkisten verfolgen die Strategie des Entrismus. Darunter versteht man die gezielte Unterwanderung anderer, meist konkurrierender Organisationen mit dem Ziel, diese durch verdeckte oder auch offene Einflussnahme für eigene ideologische und taktische Zwecke zu instrumentalisieren. Diese Methode wird insbesondere von den trotzkistischen Gruppierungen „Sozialistische Alternative“ (SAV) und „marx21“ praktiziert und bezieht sich bei der Partei DIE LINKE auf bestimmte offen extremistische Zusammenkünfte (vgl. Kap. III, Nr. 5).

Strategie des Entrismus

Das Netzwerk „marx21“ ist die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London (Großbritannien). Wie in den Vorjahren war „marx21“ auch 2012 die aktivste trotzkistische Organisation in Deutschland.

„marx21“

Für die Außendarstellung des Netzwerks ist der alljährlich stattfindende Kongress „MARX IS MUSS“ von besonderer Bedeutung, der vom 7. bis 10. Juni 2012 in Berlin veranstaltet wurde. Nach Angaben des Veranstalters haben rund 500 Personen den Kongress besucht.



Neben dem alljährlichen Kongress kommt der Internetpräsenz mit täglich aktualisierten Informationen und der Beteiligung an sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter eine zentrale Bedeutung zu.

Als publizistische Plattform dient dem Netzwerk das gleichnamige Magazin „marx21“. Die Zahl der abonnierten Exemplare liegt 2012 nach eigenen Angaben bei 916 (2011: 868).¹³¹ Die links-extremistische Ausrichtung des Netzwerks wird in den im Magazin veröffentlichten Beiträgen deutlich.

„Sozialistische Alternative“ (SAV)



Die SAV mit ihren rund 400 Mitgliedern ist die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „Committee for a Worker’s International“ (CWI) mit Sitz in London (Großbritannien). In ihrem Statut definiert sie sich als „revolutionäre, sozialistische Organisation in der Tradition von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht“. Einen Beleg für die entrüstige Strategie der Trotzkisten lieferte die SAV-Bundeskonferenz im Februar 2012, bei der die Mitglieder aufgefordert wurden, der „Antikapitalistischen Linken“ (AKL, vgl. Kap. III, Nr. 5.6) beizutreten. Ein Bundessprecher der SAV erklärte:

„Wir wollen mit diesem Schritt die innerparteiliche Linke stärken und einen Beitrag dazu leisten, in der Partei für einen kämpferischen und sozialistischen Kurs zu kämpfen. (...) [J]e stärker eine in der LINKEN wirkende marxistische Kraft wird, desto eher kann eine weitere Rechtsentwicklung der Partei verhindert werden und kann die Grundlage für die Schaffung einer revolutionär-marxistischen Massenkraft in der Zukunft gelegt werden.“
(Homepage SAV, 27. März 2012)

Hervorzuheben sind die jährlichen „Sozialismustage“ der SAV, die im Berichtsjahr vom 6. bis 8. April 2012 in Berlin stattfanden.

Weiterhin beteiligt sich die SAV regelmäßig an bundesweiten Protestaktionen und Kampagnen, so u.a. an den Protesten gegen die „48. Münchner Sicherheitskonferenz“ vom 3. bis 5. Februar 2012 in München (Bayern) oder an den Kundgebungen im Rahmen der Kampagne „Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!“.

Die SAV ist wie „marx21“ in sozialen Netzwerken aktiv. Auf ihrem Internetportal können die organisationseigenen Publikationen abgerufen werden.

¹³¹ „marx21“ Nr. 27, September/Oktober 2012, S. 57.

Die kleineren trotzkistischen Zusammenschlüsse wie der „Revolutionär Sozialistische Bund“ (RSB/IV. Internationale), die „Gruppe Arbeitermacht“ (GAM) sowie die „internationale sozialistische Linke“ (isL) sind im Linksextremismus von geringerer Bedeutung.

**Weitere kleine
trotzkistische
Zusammenschlüsse**

Ein führender Aktivist der isL ist seit Mai 2012 Mitglied im BundessprecherInnenrat der AKL (vgl. Kap. III, Nr. 5.6).¹³²

5. „Offen extremistische Strukturen“ in der Partei DIE LINKE

5.1 „Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ (KPF)

Die KPF ist mit ihren 1.250 Mitgliedern¹³³ nach wie vor der größte offen extremistische Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE.¹³⁴ Die KPF definiert sich in ihrer Satzung als ein „bundesweiter Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE“. Der BundessprecherInnenrat versicherte im April 2012 auf der KPF-Bundeskonferenz, man werde die „kommunistische Identität nicht aufgeben“.¹³⁵



Die KPF hält weiterhin an marxistisch-leninistischen Positionen fest und strebt die Überwindung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft an. In einem Beschluss der 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz der KPF am 28. April 2012 tritt die KPF „für einen Systemwechsel ein“.¹³⁶

¹³² Homepage AKL (17. Mai 2012), („Protokoll: AKL-Länderrat im Mai 2012 in Düsseldorf“).

¹³³ „KPF-Mitteilungen“, Heft 12/2011, Dezember 2011, S. 15.

¹³⁴ Satzung der KPF vom 25./26. Februar 1995, geändert am 26. April 2008, Präambel, 1. Satz.

¹³⁵ Bericht des BundessprecherInnenrats an die 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz der KPF, 28. April 2012.

¹³⁶ „KPF-Mitteilungen“, Heft 5/2012, Mai 2012, S. 2.

Nach wie vor zeichnet die KPF ein besonders positives Bild des Realsozialismus und betont dessen Legitimität:

„Wir setzen uns für die vorurteilsfreie Analyse des Sozialismus im 20. Jahrhundert ein und unterstreichen unsere Position, dass dieser historisch legitim war.“

(Beschluss der 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz der KPF am 28. April 2012, „KPF-Mitteilungen“, Heft 5/2012, Mai 2012, S. 2)

In ihrer Satzung bekennt sich die KPF zum Internationalismus und wirbt für ein „breites Bündnis mit kommunistischen Parteien, Gruppen und Zusammenschlüssen sowie anderen linken Kräften“.¹³⁷ So bezeichnete die Bundeskonferenz am 28. April 2012 den Internationalismus als „hohes Gut“.¹³⁸ Besonderen Stellenwert nimmt für die KPF die „Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ ein.¹³⁹

Die KPF arbeitet weiterhin mit inländischen Linksextremisten und anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE zusammen.

Monatlich gibt der Bundeskoordinierungsrat der KPF die Publikation „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ mit einer Auflage von rund 1.700 Exemplaren¹⁴⁰ heraus. Die Finanzierung erfolgt zum Großteil durch Leserspenden.

5.2 „Sozialistische Linke“ (SL)

Sozialistische Linke
die gewerkschaftlich orientierte Strömung

Die SL konnte ihre Mitgliederzahl im Jahr 2012 geringfügig auf nunmehr über 800 (2011: knapp 800) steigern.¹⁴¹ Sie ist mit sieben Personen im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vertreten. Mitglieder der SL gehörten Ende 2012 als Abgeordnete der Partei

¹³⁷ Satzung der KPF vom 25./26. Februar 1995, geändert am 26. April 2008, Präambel, Absatz (3).

¹³⁸ „KPF-Mitteilungen“, Heft 5/2012, Mai 2012, S. 2.

¹³⁹ „KPF-Mitteilungen“, Heft 5/2012, Mai 2012, S. 2 und 13.

¹⁴⁰ „KPF-Mitteilungen“, Heft 5/2012, Mai 2012, S. 23.

¹⁴¹ Homepage SL (5. November 2012).

DIE LINKE dem Deutschen Bundestag¹⁴² oder dem Europäischen Parlament an.

Innerhalb der SL arbeitet nach wie vor das trotzkistische Netzwerk „marx21“ (vgl. Kap. III, Nr. 4) mit.¹⁴³ So ist ein Mitglied des Bundessprecherrats der SL zugleich Mitglied des Koordinierungskreises von „marx21“.¹⁴⁴ Unter den der SL angehörenden Bundestagsabgeordneten befinden sich zwei Mitglieder von „marx21“.

Die SL definiert sich in ihrer Gründungserklärung als eine breite Strömung, die an „linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft“.¹⁴⁵

Nach ihrer Überzeugung können „fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen“ heute nur im Zusammenwirken politisch-parlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden. Keine andere bisher hervorgetretene „Strömung in der neuen Linken“ werde bislang diesem Anspruch gerecht. Die SL grenzt sich deshalb ausdrücklich von Ansätzen in der „neuen Linken“ ab, „die sich in den Verhältnissen einrichten und lediglich in diesem Rahmen die Probleme lindern wollen“.¹⁴⁶

5.3 „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ (Cuba Sí)

Die 1991 gegründete, bundesweit tätige „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ hatte im Jahr 2011 rund 400 Mitglieder.¹⁴⁷ Die Mitgliederzahl für 2012 ist nicht bekannt.



Politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba sind Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft (AG), wie die am 30. Oktober 2011 beschlossene Satzung ausweist. Die AG unterhält freundschaftliche und solidarische Kontakte zu zahlreichen kubanischen Organisationen und Einrichtungen, u.a. zur „Kommunistischen Partei Kubas“

¹⁴² Homepage SL (3. Dezember 2012).

¹⁴³ Homepage „marx21“ (10. Oktober 2012).

¹⁴⁴ Homepage „marx21“ und Homepage SL (5. November 2012).

¹⁴⁵ Homepage SL (3. Dezember 2012).

¹⁴⁶ Gründungserklärung der „Sozialistischen Linken“, vgl. Homepage SL (23. Juni 2012).

¹⁴⁷ DISPUT, Juni 2011, S. 34 ff.

(PCC) sowie zum „Kommunistischen Jugendverband Kubas“ (UJC).¹⁴⁸

Eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverstößen in Kuba findet in der Regel nicht statt. Die AG bekennt sich vielmehr zu uneingeschränkter Solidarität mit dem sozialistischen Regime.

5.4 „Marxistisches Forum“ (MF)

Das orthodox-kommunistische MF konnte die Zahl seiner Mitglieder auf etwa 350 Personen¹⁴⁹ steigern (2011: über 300). Ihm fehlt nach wie vor die förmliche Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE.

Viele MF-Mitglieder arbeiten auch in anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei wie der KPF, der „Antikapitalistischen Linke“ (AKL), dem „Geraer/Sozialistischer Dialog“ (GSoD) und der SL.¹⁵⁰

Das MF nimmt in einer Broschüre positiv Bezug auf die kommunistischen Vordenker Marx, Engels und Lenin und bezeichnet den Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus:

„Im 21. Jahrhundert werden die Auseinandersetzungen unweigerlich von zunehmender Barbarei und erneuten Kämpfen für eine andere Gesellschaft geprägt sein. (...) Ohne eine mobilisierte, für ihre Interessen kämpfende arbeitende Klasse, ohne eine grundlegende Veränderung der Klassenmachtverhältnisse werden sowohl der angestrebte ‚Politikwechsel‘ gegen den Neoliberalismus als auch die ‚Überwindung des Kapitalismus‘ nicht mehr als interessante Ideen bleiben. Als Dreigestirn sind Marx, Engels und Lenin auch heute Identifikationskerne all jener, die dafür eintreten, den Marxismus als Theorie progressiver Gesellschaftsveränderung, als im politischen Kampf taugliche Handlungsorientierung für das 21. Jahrhundert zu aktualisieren. (...) Sozialismusgestaltung bedarf der politischen

¹⁴⁸ Homepage „AG Cuba Si“ (15. Oktober 2012).

¹⁴⁹ Homepage MF (15. Oktober 2012).

¹⁵⁰ Homepage MF (15. Oktober 2012).

Machteroberung durch die arbeitende Klasse, die tatsächlich ‚despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht‘ (K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Band 4, Berlin 1969, S. 48 f.) vornehmen muss. (...) Sozialismus ist keine kurze Übergangsphase zum authentischen Kommunismus, und nur der voll entwickelte Sozialismus im Weltmaßstab kann überhaupt zum Kommunismus führen.“ („Marxistisches Forum“, Heft 65, Januar 2012, S. 1)

In einem Text zum Thema „Klassenmachtverhältnisse, Klassenohnmacht und Klassenmobilisierung“ bekennt sich der Sprecher der landesweiten, selbstständigen Gliederung „Marxistisches Forum Sachsen“ zur Klassen- bzw. Revolutionstheorie von Marx, Engels und Lenin, die weiterzuentwickeln sei:

„Das 21. Jahrhundert wird wie das vergangene vom Klassenkampf zwischen Sozialismus und kapitalistischer Barbarei bestimmt sein. (...) Die Zusammenhänge zwischen der politischen Klassenbildung der Arbeiterklasse und dem revolutionären Kampf um die politische Macht wie auch zwischen kapitalistischen Krisen und Revolutionserwartungen haben sich als komplizierter erwiesen, als Karl Marx, Friedrich Engels und ihre Schüler vermuteten. (...) Die Revolutionstheorie, die mit Karl Marx und W. I. Lenin davon ausging, dass das in Großbetrieben konzentrierte Proletariat das eigentliche revolutionäre Subjekt ist, hat sich als ergänzungswürdig erwiesen. (...) Das potentiell revolutionäre Subjekt ist heute die arbeitende Klasse, das ausgebeutete Volk im Bündnis mit den Mittelschichten, wobei der Industriearbeiterklasse als ökonomisches Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor eine zentrale Bedeutung zukommt.“ (Homepage „linkes-buendnis-dortmund“, Dezember 2012)

Weiter betont er, ohne mobilisierte Klasse seien weder „Politikwechsel noch erfolgreiche Revolution“ möglich:

„Zum Verständnis der Bedingungen des Klassenkampfes (...) gehört die Analyse der bestehenden Klassenmachtverhältnisse bzw. politischen Hegemonieverhältnisse. (...) Diese machtpolitischen Zustände können nur in einem längeren Kampf um politische organisatorische und geistig-kulturelle Gegenmacht verändert werden. (...)“

Klassentheorie ist ganz wesentliche Handlungstheorie. (...) Sehr schnell schlug der demokratisch sozialistische Aufbruch im November 1989 in eine Konterrevolution um.“

(Homepage „linkes-buendnis-dortmund“, Dezember 2012)

5.5 „Geraer/Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE“ (GSoD)

Der GSoD¹⁵¹ mit seinen 173 Mitgliedern (keine Veränderung gegenüber 2011) will auf marxistischer Grundlage insbesondere seinen Kurs zur Förderung der Zusammenarbeit der konsequent sozialistischen Kräfte entwickeln. Mit einem Redaktionsbeirat für die Publikation „Bulletin“ will sich die Gruppierung für andere Personen aus dem Spektrum der konsequent sozialistisch-marxistischen Meinungsbildung öffnen.¹⁵²

Die Mitgliederversammlung verabschiedete zudem eine Erklärung „Nie wieder! Mit Geschichtsbewusstsein, Gesellschaftsanalyse und humanistischer Aufklärung gegen Faschismus heute“. Darin heißt es u.a.:

„Um die politische Macht der Unternehmen zu brechen, um die Raubzüge des deutschen Kapitals, das seine Interessen der Ausbeutung von Mensch und Natur zur Not auch mit Hilfe von Faschisten und Krieg durchzusetzen bereit war und ist, um dagegen die Perspektive demokratischer Verfügung aller zu eröffnen, ist die Enteignung der Banken, Monopole und Großunternehmen von entscheidender Bedeutung, und Antifaschismus ist auch der Kampf um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.“

(Homepage GSoD, 21. März 2012)

Der SprecherInnen- und Koordinierungsrat des GSoD bekräftigte im November 2012 die „prinzipielle Perspektive der Überwindung des Kapitalismus“. Politische Richtungswechsel würden nicht „im

¹⁵¹ Anlässlich der Mitgliederversammlung am 11. Februar 2012 benannte sich der Zusammenschluss „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ (GD/SoD) in „Geraer/Sozialistischer Dialog“ (GSoD) um.

¹⁵² Homepage GSoD (7. November 2012).

Parlament und in der Regierung entschieden“, sondern „vorrangig durch außerparlamentarische Bewegung durchgesetzt“.

2011 begrüßte der SprecherInnen- und Koordinierungsrat des GSoD die „Kommunismusdebatte“ und erklärte am 7. Januar 2011, die Überwindung des „Kapitalismus“ sei notwendig, um „andere, menschliche gesellschaftliche Verhältnisse“ zu schaffen:

„Der Artikel ‚Wege zum Kommunismus‘ motiviert in diesem Sinne, die im Programmwurf gegebene Handlungsorientierung zu unterstützen, die den Kapitalismus nicht nur verbessern, sondern überwinden will.“

(Homepage GSoD, 19. März 2011)

5.6 „Antikapitalistische Linke“ (AKL)

Die AKL wurde im März 2006 durch 30 Erstunterzeichner eines Aufrufs „Für eine antikapitalistische Linke“ als loses Netzwerk innerhalb der damaligen „Linkspartei.PDS“ gegründet. Seither haben über 1.850 Personen¹⁵³ (2011: 1.700) den Aufruf unterzeichnet, darunter Mitglieder anderer offen extremistischer Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE, der DKP sowie verschiedener trotzkistischer Gruppierungen. Am 9. Dezember 2012 wurde die AKL vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE förmlich als innerparteilicher Zusammenschluss anerkannt.¹⁵⁴



Die AKL ist mit fünf Personen im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vertreten, darunter ein Mitglied des aus sechs Personen bestehenden BundessprecherInnenrats (zuvor „Koordinierungskreis“) der AKL. Mitglieder der AKL gehörten Ende 2012 als Abgeordnete der Partei DIE LINKE dem Deutschen Bundestag oder dem Europäischen Parlament an.

¹⁵³ Homepage AKL (8. November 2012).

¹⁵⁴ Gemäß § 7 Abs. 2 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE zeigen bundesweite Zusammenschlüsse ihr Wirken dem Parteivorstand an.

In der AKL arbeiten Mitglieder der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative“ (SAV) mit.¹⁵⁵ So ist ein SAV-Bundessprecher¹⁵⁶ zugleich AKL-Ansprechpartner im Land Berlin.¹⁵⁷

Die angestrebte Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung hin zum „demokratischen Sozialismus“ wird von Teilen der AKL nur als Etappenziel angesehen:

„Einige von uns sehen in einem demokratischen Sozialismus noch nicht das Ende der Geschichte. Sie werden dabei von der marxistischen Gesellschaftsphilosophie oder von humanistischen Idealen geleitet. Einige von uns bezeichnen eine solche erstrebte klassenlose und ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung in der Tradition der Autoren des Kommunistischen Manifests, Karl Marx und Friedrich Engels, als Kommunismus.“

(Erklärung einiger Mitglieder des Länderrates der AKL, 13. Januar 2011, Homepage AKL, 19. März 2013)

Die AKL befürwortet einen „neuen sozialistischen Internationalismus“ sowie die Solidarität mit dem kubanischen Regime.

Mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE (SL, „Geraer/Sozialistischer Dialog“, KPF und MF) arbeitet die AKL zusammen.

¹⁵⁵ Homepage AKL (3. Dezember 2012).

¹⁵⁶ „Solidarität“ Nr. 116, Oktober 2012, S.4.

¹⁵⁷ Homepage AKL (3. Dezember 2012).

6. „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründung:	1975
Sitz:	Göttingen ((Niedersachsen) (Bundesgeschäftsstelle)
Mitglieder:	6.000 (2011: 5.600) in 48 Ortsgruppen
Publikation:	„DIE ROTE HILFE“, vierteljährlich



Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Die Organisation definiert sich in ihrer Satzung als „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in der Unterstützung von Straf- und Gewalttätern aus dem „linken“ Spektrum, die „wegen ihres politischen Engagements zum Ziel staatlicher Repression“ werden. So gewährt sie ihnen zu Anwalts- und Prozesskosten sowie Geldstrafen und Geldbußen finanzielle Beihilfen.

Die RH versteht sich keineswegs als wohltätige Organisation zur Gefangenenunterstützung, sondern als „Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“, die den Betroffenen ausdrücklich auch politische Hilfe leisten will. So heißt es in einem Beitrag mit dem Titel „Die Rote Hilfe ist keine karitative Einrichtung“:

„Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Bewegung sein. Jede und Jeder, die sich am Kampf beteiligen, soll das in dem Bewußtsein tun können, daß sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen.“
(Homepage „ROTE HILFE E.V.“, 9. November 2012)

Die RH verkehrt damit die Verhältnisse der strafrechtlichen Ahndung und wendet sich indirekt gegen das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das sie als staatliche Unterdrückung und „politische Verfolgung“ diffamiert:

„Außer der unmittelbaren Unterstützung für Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch darin, sich im allgemeinen Sinn an der Abwehr politischer Verfolgung zu beteiligen.“
 (Homepage „ROTE HILFE E.V.“, 9. November 2012)

In der Konfrontation zwischen dem „repressiven“ Staat und der „Opposition“ stellt sich die Organisation an die Seite der Gefangenen sowie sonstiger von staatlichen Maßnahmen Betroffener.



Zum alljährlichen „Tag der politischen Gefangenen“ am 18. März 2012 gab die RH – wie auch in den Jahren zuvor – eine Sonderausgabe ihrer Publikation „DIE ROTE HILFE“ heraus, in deren Vorwort die Notwendigkeit der Unterstützung „politischer Gefangener“ begründet wird:

„Das bürgerlich-kapitalistische Akkumulationsregime kann nur durch die mit Verwertungslogik unterfütterte, nationalstaatlich regulierte Ausbeutung der Arbeitskräfte und Rohstoffe bestehen. (...) Dabei muss Repression letztendlich als ein mit aller Macht durchgesetztes Mittel des autoritären Polizeirechtsstaats zur Herrschafts- und Eigentumssicherung verstanden werden. Das wohl wichtigste staatliche Repressionsinstrument, das oftmals den Schlusspunkt systematischer Attacken gegen linke Oppositionelle bildet, ist nach wie vor der Knast (...) Setzen wir den Angriffen des Systems auf unsere Genoss_innen und Strukturen unseren entschlossenen Widerstand entgegen!“
 („SONDERAUSGABE DER ROTEN HILFE 18.03.2012“, S. 1 f.)

Anlässlich des Prozesses gegen die ehemalige Angehörige der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ (RAF) Verena Becker wegen Beihilfe zum Mordanschlag auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback und dessen Begleiter am 7. April 1977 behauptete die RH, dieses Verfahren verdeutliche, „dass dem Staatsschutzsenat, der Bundesanwaltschaft und der Nebenklage“

jedes Mittel recht sei, „um die ehemaligen Militanten der RAF zu brechen und zur Denunziation ihrer politischen Geschichte“ zu veranlassen:

„Obwohl alle früheren RAF-Mitglieder bereits hohe Haftstrafen verbüßt haben, wurden in den letzten Jahren gegen einige von ihnen zusätzliche Ermittlungsverfahren eingeleitet – und es können weitere folgen. Offensichtlich müssen alle, die sich nicht von ihrer Geschichte distanzieren, mit neuen Verfahren rechnen.“
(„DIE ROTE HILFE“ Nr. 1/2012, S. 44)

In einer Pressemitteilung des RH-Bundesvorstands im Zusammenhang mit den von Linksextremisten unterstützten Aktionstagen gegen die „kapitalistische Krisenpolitik“ vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) protestiert die Organisation gegen die Polizeieinsätze:

„Vier Tage völlig überzogener Polizeiaufgebote, Stilllegung der Frankfurter Innenstadt und schwerwiegender Versammlungsrechtsbrüche verdeutlichen die Angst des Staates vor seinen Kritiker_innen. (...) Die Rote Hilfe wird die willkürlichen Verbote und die umfassende Kriminalisierung linker Proteste nicht hinnehmen und ruft zur Solidarität mit den von staatlicher Repression Betroffenen auf.“
(Homepage „ROTE HILFE E.V.“; 20. Mai 2012)

Zum Prozessbeginn gegen zwei kurdische Aktivisten am 14. September 2012 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart (Baden-Württemberg) wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung konstatierte der RH-Bundesvorstand:

„Damit reiht sich dieser Prozessauftritt ein in die Serie von Repressionsschlägen der bundesdeutschen Justizbehörden gegen linke Aktivistinnen und Aktivisten aus der Türkei sowie die kurdische Befreiungsbewegung, gegen die der politische Gesinnungs- und Gummiparagraph 129b in Anschlag gebracht wird.“
(Homepage „ROTE HILFE E.V.“; 14. September 2012)

IV. Linksextremistische Verbreitungsstrukturen

1. Linksextremismus und Musik

Musik zur gezielten Verbreitung ideologischer Vorstellungen

Ein bislang nur wenig beachtetes Agitationsfeld im Linksextremismus ist die Musik, die sowohl von gewaltbereiten als auch von orthodoxen Linksextremisten gezielt zur Verbreitung ihrer ideologischen Vorstellungen genutzt wird. Darüber hinaus dient Musik dazu, Teilnehmer für Veranstaltungen zu mobilisieren, Aktivist:innen zu gewinnen und Gelder für die Szenearbeit zu erwirtschaften.

Über Musik wird ein weites Spektrum von aktiven Linksextremisten bis hin zu Personen ohne gefestigte linksextremistische Überzeugungen erreicht. Einzelne Liedtexte enthalten Hasstiraden gegen Polizist:innen oder rufen zum gewalttätigen Kampf gegen Rechtsextremisten und die staatliche Ordnung auf.

Häufig wird Musik im Rahmen der Vorbereitungen bzw. im Verlauf größerer Demonstrationen eingesetzt. Musikunterlegte „Mobilisierungs-Videos“ im Internet transportieren ideologische Positionen und sprechen damit vor allem jüngere Menschen an. Bei Demonstrationen werden Lautsprecheranlagen auf Fahrzeugen mitgeführt, um die Teilnehmer zwischen den Redebeiträgen und während des Marsches mit Einspielungen von Musik zu unterhalten und aufzustacheln.

Musik als Einnahmequelle für Linksextremisten



Auch als Einnahmequelle ist die Musik für Linksextremisten von erheblicher Bedeutung. Die erwirtschafteten Gelder dienen dazu, die eigenen Aktivitäten oder die Verteidigung von Szeneangehörigen in Strafprozessen zu finanzieren.

Dazu werden etwa in „Autonomen Zentren“ Konzertabende mit linksextremistisch motivierten oder mit der Szene sympathisierenden Musikern organisiert. Zudem gibt es „Solidaritäts-Partys“, deren Einnahmen überwiegend in die Antifa- und Solidaritätsarbeit fließen.

Die Verbreitung linksextremistisch motivierter Musik erfolgt über Direktverkauf bei Konzerten, aber auch im Internet über Szenevertriebe. Linksextremistische Liedtexte werden in unterschiedlichen Musikrichtungen verbreitet.

2. Linksextremistische Aktivitäten im Internet

Der Einsatz neuer Medien spielt im Linksextremismus eine zentrale Rolle. Dabei unterscheidet sich das Nutzerverhalten von Linksextremisten in funktionaler Hinsicht kaum von dem Verhalten der Akteure in anderen Extremismusbereichen. Das Internet dient linksextremistischen Gruppen sowohl als Kommunikationsplattform und offenes Medium zur propagandistischen Agitation als auch zur Mobilisierung und Rekrutierung. Darüber hinaus wird es auch für Anwendungen im verdeckten, passwortgeschützten Bereich von der „antifaschistischen Hackerszene“ und der „Cyberguerilla“ genutzt.

Zahlreiche Internetportale und Nachrichtenblogs fungieren als Drehscheibe für die Information und Koordination innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Die geschlossenen Foren werden mit dem Hinweis auf die Errichtung einer szeneeigenen digitalen Infrastruktur zum Schutz der Kommunikationswege als „Rote Zonen“ bezeichnet.

Internetportale und Nachrichtenblogs

Ein wesentliches Instrument zur kommunikativen Vernetzung bildet das auch von Linksextremisten genutzte Portal „Indymedia Deutschland“. Die Plattform trat erstmals im Vorfeld des Castor-Transports im März 2001 in Erscheinung. „Indymedia Deutschland“ ist Teil des globalen Indymedia-Netzwerks, das nach eigenen Angaben weltweit über mehr als 100 lokale independent media center (imc) verfügt. Anlässlich der Proteste gegen die WTO in Seattle (USA) entstand dort im Jahr 1999 durch Vernetzung unterschiedlicher Medienaktivisten das erste „Unabhängige Medienzentrum“.

„Indymedia Deutschland“

Indymedia verfolgt den Ansatz, eine „Gegenöffentlichkeit zu schaffen, indem die Menschen an der gesellschaftlichen Basis DIREKT zu Wort kommen“ und bezeichnet sich als Teil „der Bewegung, von der es berichtet“.¹⁵⁸ Den Mittelpunkt des Portals bildet der „Open Posting“-Bereich, der es den Internetnutzern ermöglicht, ohne besondere Zugangsberechtigung Aktionsaufrufe und -berichte sowie ideologische Beiträge einzustellen und mit entsprechendem Bild- oder Videomaterial zu versehen.

¹⁵⁸ Internetportal „Indymedia Deutschland“ (1. Dezember 2012).

„linksunten-indymedia“ Das Internetportal „linksunten.indymedia“ ist seit 2009 als erstes regionales imc in Deutschland online. Die Betreiber bezeichnen das Portal als „Waffe im sozialen Kampf (...). Mit Indymedia linksunten wollen wir uns diese Waffe der Subversion aneignen.“¹⁵⁹

**Nachrichtenblog
directactionde.ucrony**

Eine bedeutende Rolle in der linksextremistischen Netz-Infrastruktur spielt auch der Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“, der seit Ende 2007 abrufbar ist. Dort werden zeitnah Meldungen über gewalttätige Aktionen und – soweit vorhanden – Taterklärungen, Tatortbilder, Presse- oder Polizeimeldungen veröffentlicht. Die Betreiber des Blogs wollen „jenseits des Vermittlungstheaters der Massenmedien (...) über jede direkte Aktion berichten, von der in der BRD zu hören oder zu lesen ist.“¹⁶⁰

Zudem soll die Datenbank des Blogs „Ressource sein für alle konfrontativen direkten Aktionen gegen Staat und Kapital, gegen alle seine Vertreter und Vertreterinnen“.¹⁶¹ In einem anderen Bereich sollen Textbeiträge zur „sozialen revolte“ theoretisches Material sowohl mit Bezug zu Deutschland als auch für den internationalen Raum eingestellt werden:

„Unter der Rubrik ‚Texte/Broschüren‘ könnt ihr Beiträge finden welche sich theoretisch mit Konzepten, Strategien und Organisation für eine aufständische/revolutionäre Perspektive beschäftigen. Weiter werden wir aktuelle Debattenbeiträge mit dem Schwerpunkt Militanz, welche sich auf internationale und lokale Kämpfe beziehen, hochladen. Ziel ist es, dadurch Diskussionen voranzutreiben und interessierten Leuten zugänglich zu machen, sowie die Akte der Revolte, welche immer auch an die Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft geknüpft sind, in diesem Kontext darzustellen.“
(Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“, 1. Dezember 2012)

**„Antifaschistische
Hackerszene“ und
„Cyber-Guerilla“**

Neben der Etablierung „Roter Zonen“ bilden Hackingangriffe von Linksextremisten eine spezielle Art des „antifaschistischen Kampfes“ und haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung

¹⁵⁹ Internetportal „linksunten.indymedia“ (1. Dezember 2012).

¹⁶⁰ Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“ (1. Dezember 2012).

¹⁶¹ Nachrichtenblog „directactionde.ucrony“ (1. Dezember 2012).

gewonnen. Sie richteten sich gegen Internetpräsenzen des „politischen Gegners“. Diese Angriffe sind oftmals mit einem sogenannten Defacement verbunden, d.h. Internetauftritte werden durch einen elektronischen Angriff optisch und inhaltlich verfälscht.

Darüber hinaus ist in Teilen des gewaltbereiten Linksextremismus seit längerem auch die Rede von der Bildung einer „Cyber-Guerilla“. Darunter sind alle Aktivitäten zu verstehen,

„die Seiten der Herrschenden direkt angreifen, diese vorübergehend lahmlegen oder gänzlich zerstören. (...) Dem eigenen Aktionsfeld im Internet selbst sind bei entsprechender technischer Kenntnis kaum Grenzen gesteckt. Gegen einen wirkungsvollen Angriff auf eine Seite/ eine Einrichtung im Netz per Viren oder Datenüberlastungsaktionen ist ein Sprengstoffanschlag in seiner Wirkung kaum mehr als Peanuts. (...) Cyber-Guerilla, vielleicht DIE militante Option des Widerstands im 21. Jahrhundert, wir werden's sehen.“

(„Red Cyber against Kapitalist Reality. Der Kapitalismus, das Internet und die radikale Linke“, in: Barricada, Juni 2000, S. 2 und 3)

Die Frage nach dem Verhältnis von realen und digitalen Aktionsformen wird in der linksextremistischen Szene seit langem ebenso kritisch wie vielschichtig diskutiert. Es existiert eine Vielzahl von teilweise verschlüsselten Kommunikationsbeziehungen über Mailserver, Foren, Blogs und Chats sowie über Nachrichtendienste wie Twitter oder soziale Netzwerke wie Facebook. Allerdings finden dort zentrale Debatten des Linksextremismus, etwa zur Frage der Grenzen des Einsatzes von Gewalt im politischen Meinungskampf, kaum statt. Vielmehr tragen eingeführte Kooperationsformen – etwa durch die konspirativ hergestellten Szenepublikationen wie „radikal“ (vgl. Kap II, Nr. 1.3) oder „INTERIM“, durch „Autonome Kongresse“ und die durch persönliche Kontakte vermittelten Ideologie- und Strategiediskussionen in den „Bezugsgruppen“ und „Autonomen Zentren“ – weiterhin entscheidend zur Mobilisierung, Radikalisierung und Rekrutierung bei. Zwar lassen sich über das Internet niederschwellige Aktivierungserfolge erzielen; allerdings kann die virtuelle Agitation bis heute die reale Agitation nicht vollständig ersetzen. Es hat sich ein Zusammenspiel der beiden Aktionsräume etabliert, in dessen Rahmen sich die spezifischen Wirkungen gegenseitig verstärken.

3. Verlage, Vertriebe und periodische Publikationen

Die von den Verlagen und Vertriebsdiensten herausgegebenen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Publikationen mit zumindest teilweise linksextremistischen Inhalten werden nahezu ausnahmslos auch auf entsprechenden Homepages veröffentlicht. Auf diese Weise verliert das eigentliche Printmedium im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung.

Die wenigen organisationsunabhängigen Publikationen werden nur noch in einer geringen Auflagenhöhe herausgegeben und haben demzufolge nur einen begrenzten Verbreitungsgrad.

Tageszeitung „junge Welt“ (jW)

Das derzeit noch bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus ist die traditionskommunistisch ausgerichtete Tageszeitung „junge Welt“ (jW) mit jährlich 1,6 Millionen verkauften Exemplaren. Die tägliche Auflagenhöhe liegt bei etwa 17.000 Exemplaren.¹⁶² Nach eigenen Angaben erreicht die Zeitung täglich bundesweit rund 50.000 Leserinnen und Leser. Ihre Internetausgabe verzeichne monatlich rund fünf Millionen Seitenaufrufe.¹⁶³

Die früher von der SED-Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) herausgegebene Zeitung erscheint heute im eigenständigen „Verlag 8. Mai GmbH“ mit Sitz in Berlin. Haupteigentümerin ist die „Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.“ (LPG junge Welt eG), der im November 2012 insgesamt 1.342 „Genossinnen und Genossen“ angehörten.¹⁶⁴

Die jW pflegt ein explizit „linkes, marxistisch orientiertes“ Selbstverständnis. Sie verunglimpft die freiheitliche demokratische Grundordnung pauschal als „Kapitalismus“, den sie in einer „Phase der Zuspitzung wirtschaftlicher und sozialer Widersprüche“ sieht. Die jW unterstütze „den Kampf für (gesellschaftliche) Alternativen, den Dialog und die Vernetzung zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken“.¹⁶⁵

¹⁶² jW Nr. 40, 16./17. Februar 2008, S. 16.

¹⁶³ Homepage jW (3. Dezember 2012).

¹⁶⁴ Homepage jW (27. November 2012).

¹⁶⁵ Homepage jW (3. Dezember 2012).

Einzelne Redaktionsangehörige der jW und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Diesen Personen bietet die Zeitung ein Forum zur Verbreitung revolutionären Gedankengutes. Selbst gegenüber eindeutig gewaltbereiten Linksextremisten bestehen seitens der jW keine Vorbehalte. So fand sich etwa in der Online-Ausgabe der Zeitung vom 26. September 2012 unter der Überschrift „Revolutionäre Subversion“ ohne jeglichen distanzierenden Kommentar das Bekennerschreiben zu einer Sachbeschädigung an dem Wohnhaus der Hamburger Justizsenatorin (vgl. Kap. II, Nr. 3.1). Im abgedruckten „Bekennerschreiben“ nahmen die Täter Bezug auf den Prozessauftritt gegen zwei mutmaßliche Angehörige der früheren terroristischen „Revolutionären Zellen“ (RZ) vor dem Landgericht (LG) Frankfurt am Main (Hessen) und bekundeten nicht nur Solidarität mit den beiden Angeklagten, sondern auch unverhohlene Sympathie für den „umfangreichen Erfahrungsschatz revolutionärer Theorie und Praxis von RZ und Roter Zora“, den es „gegen jegliche Kriminalisierung“ zu verteidigen gelte.¹⁶⁶

Die maßgeblich von der jW unter dem Motto „Wir verändern die Welt“ veranstaltete „XVII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz“ am 14. Januar 2012 in Berlin zählte rund 1.700 Besucher, darunter auch mehrere Vertreter ausländischer kommunistischer Parteien.

Der weitere Fortbestand der jW ist aufgrund finanzieller Probleme ungewiss.¹⁶⁷

¹⁶⁶ Homepage jW (26. September 2012).

¹⁶⁷ Homepage jW (3. November 2012).



Islamismus/ islamistischer Terrorismus



Islamismus/islamistischer Terrorismus

I. Überblick

1. Ideologie

Islamisten missbrauchen den Islam für politische Ziele

Der Islamismus in Deutschland ist kein einheitliches Phänomen. Allen Ausprägungen gemeinsam ist der Missbrauch der Religion für politische Ziele und Zwecke durch Islamisten.

Islamistische Ideologie geht von einer göttlichen Ordnung aus, der sich Gesellschaft und Staat unterzuordnen haben. Dieses „Islam“-Verständnis steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Verletzt werden dabei vor allem die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der Gleichstellung der Geschlechter sowie der religiösen und sexuellen Selbstbestimmung.

Islamismus in Deutschland nicht einheitlich

Die verschiedenen Ausprägungen des Islamismus unterscheiden sich auch in den Mitteln, mit denen sie ihre Ziele verfolgen. Gruppierungen wie die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) lehnen Gewalt ab. Sie versuchen mit politischen Mitteln, ihren Mitgliedern ein nach ihrer Interpretation islamkonformes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Organisationen wie die HAMAS und die „Hizb Allah“ dagegen, die stark auf ihre Herkunftsregionen ausgerichtet sind, befürworten Gewalt als ein mögliches Mittel und wenden diese dort auch an. Die auch „Jihadisten“ genannten islamistischen Terroristen, die z.B. für „al-Qaida“ oder ihre regionalen Ableger kämpfen, propagieren und praktizieren terroristische Gewalt als das einzige Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Salafismus – eine besonders radikale Strömung

Eine besonders radikale Strömung innerhalb des Islamismus stellt der Salafismus dar. Salafisten versuchen, den Islam der ersten drei Generationen von Muslimen, den sogenannten rechtschaffenen Altvorderen (as-salaf as-salih), unverändert in der heutigen Zeit zu praktizieren. Das salafistische Spektrum in Deutschland reicht von politischen Salafisten, die Gewalt – zumindest in Deutschland – ablehnen, bis hin zu „jihadistischen“ Salafisten, die Gewalt global befürworten und diese auch einsetzen.

2. Entwicklungen im Islamismus/islamistischen Terrorismus

Die islamistische Szene besteht aus verschiedenen Strukturen, die stark miteinander vernetzt sind. Hieraus resultieren Gefahren für die innere Sicherheit, die jederzeit in Form von Anschlägen unterschiedlicher Dimension und Intensität real werden können.

**Bedrohungslage
allgemein**

Das Spektrum islamistisch-terroristischer Strukturen in Deutschland reicht von Netzwerken gewaltbereiter Islamisten, die in enger Beziehung zu „jihadistischen“ Organisationen im Ausland stehen, über weitgehend autonom operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, die sich – zum Teil in rasanter Geschwindigkeit über das Internet – selbst radikalisieren und Anschläge selbstständig planen.

Dass Deutschland weiterhin im Fokus islamistisch-terroristischer Bestrebungen liegt, wurde in 2012 u.a. an folgenden Entwicklungen deutlich:

Am 25. Juli 2012 begann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) der Prozess gegen vier Mitglieder der sogenannten Düsseldorfer Zelle, die u.a. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „al-Qaida“ angeklagt wurden. Einem der Angeklagten wird vorgeworfen, im Januar 2010 von Deutschland aus in ein Lager von „al-Qaida“ im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gereist zu sein, um dort im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult zu werden. Im Mai 2010 sei er im Auftrag der „al-Qaida“-Führung nach Deutschland zurückgekehrt und habe die Mitangeklagten für ein Anschlagsvorhaben rekrutiert (vgl. Kap. II, Nr. 1).

**Gefährdung durch
„al-Qaida“
am Beispiel der
„Düsseldorfer Zelle“**

Im Jahr 2012 hat die Anzahl der Reisebewegungen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Deutschland in Richtung Afghanistan/Pakistan stark abgenommen. Die Region gilt wegen des erhöhten Verfolgungsdrucks mittlerweile als zu risikoreich. Auch Reisen nach Somalia konnten nur vereinzelt festgestellt werden. Die geringere Anzahl von Ausreisen ist auch auf die anhaltenden Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen, Ausreisen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Deutschland zu verhindern.

Reisebewegungen

Verstärkte Reisebewegungen fanden jedoch in Richtung Ägypten statt. Neben dem Wunsch, in einem islamischen Land zu leben und die arabische Sprache zu erlernen, besteht vereinzelt die Absicht, über Ägypten in ein terroristisches Ausbildungslager oder in ein „Jihad“-Gebiet weiterzureisen (vgl. Kap. II, Nr. 1).

Eine weitere Ursache für vermehrte Reisen nach Ägypten ist in der Ausreise eines führenden salafistischen Propagandisten aus Deutschland nach Ägypten zu sehen, der über die Vereinigung „Millatu Ibrahim“ „jihadistische“ Propaganda verbreitete und für viele seiner Anhänger eine Vorbildfunktion ausübt (vgl. Kap. II, Nr. 1 und Kap. III).

Salafismus Der Salafismus ist sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Er verzeichnet in Deutschland weiterhin steigende Anhängerzahlen. Die Propaganda wird insbesondere über das Internet verbreitet, erfolgt aber auch durch sogenannte Islamseminare und öffentlichkeitswirksame Kampagnen (vgl. Kap. III).

Muhammad-Karikaturen Akteure des politischen Salafismus vermeiden nach wie vor offene Aufrufe zur Gewalt. Die gewalttätigen Ausschreitungen Anfang Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen gegen das Zurschaustellen der Muhammad-Karikaturen des Dänen Kurt Westergaard während der Wahlkampftour der „Bürgerbewegung pro NRW“ haben allerdings gezeigt, welches Gewaltpotenzial, das sich anlassabhängig entladen kann, vorhanden ist. Mit erneuten gewalttätigen Aktionen salafistischer Akteure muss insbesondere gerechnet werden, wenn islamkritische bzw. islamfeindliche Positionen öffentlichkeitswirksam in Deutschland vertreten werden (vgl. Kap. III).

Islamfeindlicher Film Am 11. September 2012 wurde im Internet ein Trailer zu dem islamfeindlichen Film „Innocence of Muslims“ veröffentlicht. Der Film zeichnet ein verächtliches Bild des Propheten und stellt den Islam als eine Gefahr für alle Nichtmuslime dar. In der Folge kam es weltweit zu Protesten. Demonstranten stürmten am 14. September 2012 die Deutsche Botschaft in der sudanesischen Hauptstadt Khartum.

Diverse „jihadistische“ Gruppierungen und Prediger haben den Trailer zum Anlass genommen, zur Gewalt gegen den „Westen“ und westliche Einrichtungen weltweit aufzurufen.

So bezeichnete der Generalsekretär der „Hizb Allah“ den Film als bisher schlimmsten Angriff auf den Propheten. Im September 2012 fanden in mehreren deutschen Städten Demonstrationen von „Hizb Allah“-Anhängern statt, die weitgehend störungsfrei verliefen (vgl. Kap. III; Kap. IV, Nr. 1 und Kap. V).

Die Produzenten von (Internet-)Propaganda sowie führende islamistische und „jihadistische“ Aktivisten nutzen das entstandene Emotionalisierungspotenzial beispielsweise nach einer islamfeindlichen Veröffentlichung, um die Radikalisierung von Muslimen voranzutreiben. Derartige Ereignisse werden darüber hinaus als Legitimationsgrundlage für ihre Ideologie verwendet (vgl. Kap. V).

Propaganda und Radikalisierung

Mit Verfügung vom 29. Mai 2012 hat der Bundesminister des Innern die salafistisch-„jihadistische“ Vereinigung „Millatu Ibrahim“ verboten und vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die ebenfalls salafistischen Vereine „DawaFFM“ und „Die Wahre Religion“ (DWR) eingeleitet (vgl. Kap. II, Nr. 1 und Kap. III). Die am 14. Juni 2012 erfolgten Durchsuchungsmaßnahmen wurden im Internet polemisch als Ausdruck des Kampfes gegen die Muslime und den Islam dargestellt (vgl. Kap. V).

Vereinsverbote

Auch im Jahr 2012 versuchte die IGD, durch Veranstaltungen wie die Jahreskonferenz im Juni oder die Kampagne „Auf gute Nachbarschaft“ zum Ramadan, ihren Führungsanspruch innerhalb der nichttürkischen muslimischen Gemeinschaft in Deutschland zu unterstreichen.

„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

Die seit dem Jahr 2011 anhaltenden verstärkten Aktivitäten der IGD zeigen, dass der „Arabische Frühling“ und der Machtzuwachs der „Muslimbruderschaft“ (MB) einschließlich Regierungsbeteiligungen in arabischen Ländern zu einer erhöhten Motivation und einem erhöhten Engagement ihrer Anhänger in Europa bzw. Deutschland geführt haben (vgl. Kap. IV, Nr. 8).

Die IGMG – mitgliederstärkste türkische Gruppierung in Deutschland (31.000 Mitglieder/Anhänger) – befindet sich in einer personellen und strukturellen Umbruchphase. Der Vorsitzende ist

„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG)

bemüht, die Arbeit der IGMG zu professionalisieren und das Profil der Organisation religiöser auszurichten. Dementsprechend konzentriert er sich auf den Ausbau der religiösen Bildungsarbeit. Dies könnten erste konkrete Anzeichen dafür sein, dass die IGMG tatsächlich bestrebt ist, ihre Position neu zu definieren und ihre Verbindungen zur „Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei zu lockern. Gleichwohl fehlt es für eine weiterreichende Loslösung nach wie vor an eindeutigen Signalen (vgl. Kap. IV, Nr. 9).

3. Organisationen und Personenpotenzial

Ende 2012 gab es 30 (2011: 30) bundesweit aktive islamistische Organisationen. Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland ist von 38.080 (2011) auf 42.550 gestiegen. Der Anstieg beruht insbesondere auf der erstmaligen Einrechnung der den salafistischen Bestrebungen zugeordneten Mitglieder/Anhänger (4.500) in das Gesamtpotenzial.

Zu den in Deutschland in internationale „jihadistische“ Netzwerke eingebundenen Personen liegen keine gesicherten Zahlen vor.

Islamismuspotenzial¹			
Organisationen²	2010	2011	2012
„Al-Qaida“ und affilierte terroristische Organisationen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Islamistisch-kurdische Netzwerke/ „Ansar al-Islam“ (AAI)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Jihad-Union“ (IJU)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA)	200	200	200
„Boko Haram“	noch nicht aufgeführt	noch nicht aufgeführt	keine gesicherten Zahlen
Salafistische Bestrebungen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen (ca. 3.800)	4.500
„Hizb Allah“	900	950	950
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	300	300	300
„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	500	500	500
„Türkische Hizbullah“ (TH)	350	350	350
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	300	300	300
„Tablighi Jama'at“ (TJ)	700	700	700
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Muslimbruderschaft“ (MB)	1.300	1.300	1.300
„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG)	30.000	31.000	31.000
Sonstige ³	2.920	2.480	2.450
Summe	37.470	38.080	42.550

¹ Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.

² Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.

³ Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

II. Internationaler islamistischer Terrorismus

1. Aktuelle Entwicklungen

Der internationale islamistische Terrorismus ist eine massive Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft und stellt für die innere Sicherheit Deutschlands – trotz zahlreicher Fahndungserfolge – weiterhin eine der größten Gefahren dar.

Auch nach dem Tod des „al-Qaida“-Gründers Usama Bin Ladin im Mai 2011 verfolgt die Organisation unter seinem Nachfolger Aiman al-Zawahiri weiterhin ihre Hauptziele: Das Zurückdrängen westlichen Einflusses auf muslimische Länder sowie den Sturz der nach Ansicht von „al-Qaida“ unislamischen Regierungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika, um letztendlich an den Grundsätzen der Scharia ausgerichtete, islamische Gottesstaaten zu errichten.

Die mit dem „Arabischen Frühling“ einhergehende Destabilisierung der Sicherheitsstrukturen in Ländern wie Tunesien, Ägypten und Syrien bildet dabei einen guten Nährboden für die Etablierung terroristischer Strukturen. Diese Entwicklung versucht sich „al-Qaida“ zunutze zu machen und ihren Einfluss in diesen Regionen auszubauen.

Entwicklungen in Deutschland

Im Jahr 2012 hat die Anzahl der Reisebewegungen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Deutschland in Richtung Afghanistan/Pakistan stark abgenommen. Die Region gilt wegen des erhöhten Verfolgungsdrucks mittlerweile als zu risikoreich. Auch Reisen nach Somalia konnten nur vereinzelt festgestellt werden. Die geringere Anzahl erfolgter Ausreisen ist auch auf die anhaltenden Bestrebungen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen, Ausreisen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Deutschland zu verhindern.

Verstärkte Reisebewegungen fanden jedoch in Richtung Ägypten statt. Die Anzahl der Ausreisen lag im Jahr 2012 im mittleren zweistelligen Bereich. Neben dem Wunsch, in einem islamischen Land zu leben und die arabische Sprache zu erlernen, besteht vereinzelt die Absicht, über Ägypten in ein terroristisches Ausbildungslager oder in ein „Jihad“-Gebiet weiterzureisen.

Eine Ursache für vermehrte Reisen nach Ägypten ist in der Ausreise des Propagandisten Mohamed Mahmoud zu sehen, der über die Vereinigung „Millatu Ibrahim“ (vgl. Kap. III) „jihadistische“ Propaganda verbreitete und für viele Anhänger eine Vorbildfunktion ausübt. Aus den Aktivitäten des Vereins wurde dessen aggressiv-kämpferische Grundhaltung deutlich. In einem Video vom 16. Januar 2012 diskreditierte einer der Gründer und Repräsentanten von „Millatu Ibrahim“ die verfassungsmäßige Ordnung und pries die Scharia als „Medizin gegen die Krankheit Demokratie“:

„Die Leute, die die Gesetze machen, die sind die Schlimmsten. (...) Wie kann ich auf so 'ne Leute ihre Gesetze hören. (...) Und diese anderen Politiker, die sind alle Dreck. Haben nichts anderes zu tun, als Muslime zu unterdrücken, die Muslime schlecht zu machen. (...) Wir sind die Medizin. Der Islam ist die Medizin. Die Scharia ist die Medizin gegen die Krankheit Demokratie und Integration und diese westliche Ideologie. Und daher rufe ich zu (...) Jihad auf.“
(Salafistisch-„jihadistischer“ YouTube-Kanal, 16. Januar 2012)

Die aggressiv-kämpferische Grundhaltung des Vereins manifestierte sich auch in Aussagen und Reaktionen anlässlich der gewaltsamen Ausschreitungen am 1. Mai 2012 in Solingen und am 5. Mai 2012 in Bonn (beide Nordrhein-Westfalen).

In einem Video vom 12. Mai 2012 veröffentlichte ein Repräsentant der Vereinigung ein Video von „Millatu Ibrahim“ mit einem „Nasheed“ („rhythmischer Kampfgesang“) mit dem Titel „Labbayk“ („zu Diensten“):

„Das Leben hat für uns keinen Wert, wenn der Prophet beleidigt wird. (...) Kein Zweifel, der Islam wird herrschen, und der Sieg ist schon sehr nah. (...) Deutschland wurde gewarnt, doch haben sie es ignoriert. (...) Wir warnen euch, Pro-NRW! Gebt acht, wenn ihr nachts schlafen geht. (...) In Deutschland lassen wir den Boden beben, das nur für Allah. (...) Demokratie, die größte Lüge (...) bekämpfen wir.“
(„Jihadistischer“ Internetblog, 12. Mai 2012)

Das mit Bildern und Videosequenzen der o.g. gewaltsamen Ausschreitungen unterlegte Video glorifizierte die Ausschreitungen und hob sie in den Rang eines religiös verbindlich vorgeschriebenen Kampfes gegen den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen zur Verteidigung der Religion. „Millatu Ibrahim“ rechtfertigte damit Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Der Bundesminister des Innern hat die Vereinigung mit Verfügung vom 29. Mai 2012 wegen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung verboten.

Mahmoud war bereits im April 2012 nach Ägypten ausgereist.

Festnahmen und Verurteilungen

Am 10. Februar 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Hessen) den kosovarisch-serbischen Attentäter des Frankfurter Flughafenanschlags vom 2. März 2011 wegen Mordes in zwei Fällen und versuchten Mordes in drei Fällen zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Das Gericht stellte u.a. fest, dass der Angeklagte einen islamistisch motivierten Anschlag auf eine Gruppe US-amerikanischer Soldaten verübt und dabei zwei US-amerikanische Soldaten getötet und zwei weitere schwer verletzt hat. Seine Taten seien Ausdruck einer durch „jihadistische“ Propaganda hervorgerufenen radikal-islamistischen Einstellung. Der Angeklagte sei am 1. März 2011 im Internet auf ein „jihadistisches“ Propagandavideo über angebliche Vergewaltigungen muslimischer Frauen durch ausländische Soldaten gestoßen. Dies habe bei ihm den Entschluss ausgelöst, am Frankfurter Flughafen möglichst viele US-amerikanische Soldaten mit dem Einsatzziel Afghanistan zu töten. Es handelte sich um den ersten islamistisch motivierten terroristischen Anschlag in Deutschland.

Am 27. März 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Schleswig (Schleswig-Holstein) einen deutschen Konvertiten zu einer Jugendhaftstrafe von drei Jahren und drei Monaten. Das Gericht stellte u.a. fest, dass der Angeklagte Propaganda für die ausländischen terroristischen Vereinigungen „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU, vgl. Kap. II, Nr. 3.2) und „Islamischer Staat Irak“ (vgl. Kap. II, Nr. 2.2) über das Internet verbreitet und zum „individuellen Jihad“ aufgerufen hatte. Dabei habe er sich gezielt an Deutsche gewandt.

Am 22. Mai 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Koblenz (Rheinland-Pfalz) eine Person mit deutscher und afghanischer Staatsangehörigkeit wegen Mitgliedschaft in zwei ausländischen terroristischen Vereinigungen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte zwischen April und Juli 2009 Mitglied der IBU war und sich im August 2009 „al-Qaida“ angeschlossen hatte, der er bis zu seiner Festnahme im Juli 2010 in Kabul (Afghanistan) als Mitglied angehörte. Der Angeklagte soll von einem hochrangigen „al-Qaida“-Mitglied dafür vorgesehen worden sein, in Deutschland an einem Netzwerk der Organisation mitzuwirken.

Am 18. Juni 2012 wurde ein deutscher Staatsangehöriger aus Tansania nach Deutschland abgeschoben und bei seiner Ankunft am Flughafen Frankfurt am Main (Hessen) festgenommen. Der Beschuldigte ist u.a. dringend verdächtig, sich ab Mai 2010 als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung „al-Qaida“ beteiligt zu haben. Er soll Anfang April 2010 von Deutschland in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet gereist sein und sich dort „al-Qaida“ angeschlossen haben, um sich am gewaltsamen „Jihad“ zu beteiligen. Zu seinen Aufgaben soll es gehört haben, Gelder zur Finanzierung von Munition und Waffen sowie zur Bezahlung von Selbstmordattentätern zu beschaffen. Nach einem seit Beginn des Jahres 2011 andauernden Aufenthalt in Somalia soll der Beschuldigte Anfang Mai 2012 von dort nach Kenia und anschließend nach Tansania gereist sein. Der Beschuldigte befindet sich seit dem 19. Juni 2012 in Untersuchungshaft.

Am 25. Juli 2012 begann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) der Prozess gegen vier Mitglieder der sogenannten Düsseldorfer Zelle, die u.a. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „al-Qaida“ angeklagt wurden. Die Angeklagten (ein marokkanischer Staatsangehöriger, eine Person mit deutscher und marokkanischer Staatsangehörigkeit, eine Person mit deutscher und iranischer Staatsangehörigkeit sowie ein deutscher Staatsangehöriger) sollen im Auftrag der „al-Qaida“-Führung geplant haben, einen Terroranschlag in Deutschland zu verüben. Laut Anklage soll einer der Beschuldigten im Januar 2010 von Deutschland aus in ein Lager von „al-Qaida“ im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gereist und dort im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult worden sein. Im Mai 2010 sei er dann im Auftrag

der „al-Qaida“-Führung nach Deutschland gereist und habe die Mitangeklagten für ein Anschlagsvorhaben rekrutiert. Drei der Angeklagten waren am 29. April 2011 in Düsseldorf und Bochum (beide Nordrhein-Westfalen) festgenommen worden, der vierte Angeklagte am 8. Dezember 2011 in Bochum.

Die Bundesanwaltschaft erhob am 19. September 2012 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) Anklage gegen einen türkischen Staatsangehörigen wegen Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat Irak“ und Werbung um Mitglieder oder Unterstützer für weitere ausländische terroristische Vereinigungen, darunter „al-Qaida“ und IBU. Der Angeschuldigte soll laut Anklage von März 2009 bis Februar 2011 im Internet terroristische Anschläge, das „Martyrertum“ und die „Mujahidin“ verherrlicht haben, um Mitglieder und Unterstützer für ausländische terroristische Vereinigungen und deren gewaltsamen „Jihad“ zu rekrutieren. So habe er im März 2009 in einem „jihadistischen“ Internetforum ein Gewalt verherrlichendes Video über die Hinrichtung von 18 Mitarbeitern des irakischen Innenministeriums durch Mitglieder des „Islamischen Staates Irak“ veröffentlicht.

Islamistisch-terroristisches Spektrum in Deutschland

Das islamistisch-terroristische Spektrum in Deutschland reicht von Gruppierungen, die enge Beziehungen zu islamistischen Organisationen im Ausland haben, bis hin zu unabhängigen Kleinstgruppen oder selbstmotivierten Einzeltätern. Eine organisatorische Anbindung an „al-Qaida“ ist in den wenigsten Fällen gegeben.

Insbesondere kleine islamistische Personengruppen agieren zwar oft im Sinne von „jihadistischen“ Netzwerken bzw. lassen sich durch Aufrufe dieser Netzwerke inspirieren, sind aber hinsichtlich der Art und Weise ihres Handelns nicht „auftragsgebunden“ und verfolgen somit einen selbstgestalteten „individuellen Jihad“.

Radikalisierung im Internet

Die Sicherheitsbehörden stehen vor besonderen Herausforderungen durch sich im Internet (vgl. Kap. V) selbstradikalisierende und -motivierende Einzeltäter. Diese agieren teilweise unabhängig von Netzwerkstrukturen, sodass Anschlagspläne oder Vorbereitungs-handlungen, auch wegen der zurückgezogenen Lebensweise dieser Personen, im Vorfeld nur schwer zu erkennen sind.

Besondere Bedeutung kommt Strukturen zu, die sich aus radikalisierten Personen der zweiten und dritten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Obwohl die Personen, die zu diesem Täterspektrum gehören, zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen sind, stehen sie dem hiesigen Wertesystem feindlich gegenüber. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die Ausrichtung an der globalen „al-Qaida“-Ideologie. „Homegrown“-Strukturen stellen die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen, zumal der Anteil von Netzwerken, deren Mitglieder überwiegend „Homegrown“-Kriterien erfüllen, auch in Deutschland in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist.

**„Homegrown“-
Netzwerke**

In Deutschland spielen Jugendliche im Bereich des islamistisch motivierten Terrorismus eine immer größere Rolle. Zum einen erfolgt der Einstieg in diese Szene in der Regel im jugendlichen Alter. Zum anderen zeichnete sich in den letzten Jahren eine Abnahme des Altersdurchschnitts der „jihadistischen“ Akteure ab.

**Jugendlichkeit
„jihadistisch“ moti-
vierter Akteure**

Jugendliche dieses Spektrums werden von der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen und fallen auch durch verbalradikalisierende Äußerungen stärker auf. Sie sind gleichzeitig in höherem Maße Ziel islamistisch-terroristischer Propaganda.

Das Internet hat bei Jugendlichen einen hohen Stellenwert und spielt daher auch für islamistisch-terroristisch motivierte Jugendliche eine zentrale Rolle. Es verhilft zum Einstieg in die Szene. Einfach, schnell, kostengünstig und zunächst anonym kann der Kontakt zur Szene aufgebaut werden.

Einen allgemeingültigen Radikalisierungs- und Rekrutierungsverlauf gibt es nicht. Art und Gewichtung radikalisierungsfördernder Faktoren (z.B. soziale Situation, kulturelle Herkunft und Persönlichkeitsstruktur) unterscheiden sich z.T. erheblich. Zwar gehen Radikalisierungsprozesse einer möglichen Rekrutierung voraus, sie führen aber nicht zwangsläufig zu terroristischen Aktivitäten.

**Radikalisierungs-
prozesse**

Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an paramilitärischen Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen bei einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Von diesem Personenkreis können sicherheitsgefährdende Aktivitäten drohen bzw. bei Verbleib

**Terroristische
Ausbildungslager**

in der Region Gefährdungen deutscher oder ausländischer Interessen ausgehen.

Das Kammergericht Berlin verurteilte am 13. Dezember 2012 einen deutschen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „Deutsche Taliban Mujahideen“ in Tateinheit mit Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten. Das Gericht stellte fest, dass der Angeklagte Mitglied der „Deutschen Taliban Mujahideen“ war. Er habe eine Ausbildung im Umgang mit Schusswaffen und Sprengstoff zum Zwecke der Begehung von Anschlägen erhalten. Darüber hinaus habe er in zwei Internetbotschaften den gewaltsamen „Jihad“ verherrlicht und um Unterstützung für die „Deutschen Taliban Mujahideen“ geworben.

Bei den „Deutschen Taliban Mujahideen“ handelte es sich um eine kleine Gruppierung, die vor allem aus deutschen Konvertiten, Deutsch-Türken und Türken bestanden hatte. Nach eigenem Bekunden rechneten sich die „Deutschen Taliban Mujahideen“ zu den „Taleban“; eine entsprechende Bestätigung der „Taleban“ erfolgte jedoch nie. Die „Deutschen Taliban Mujahideen“ traten erstmalig im September 2009 in einem von der „Medienstelle Elif Medya“ produzierten Video öffentlich auf. Seit April 2010 konnten keine neuen Veröffentlichungen der Gruppierung festgestellt werden. Am 28. April 2010 wurden der Gründer und Anführer der „Deutschen Taliban Mujahideen“ sowie ein weiteres Gründungsmitglied, ein deutscher Konvertit, bei einem Feuergefecht mit pakistanischen Sicherheitskräften getötet. Daraufhin zerstreute sich die ohnehin mitgliederschwache Splittergruppe.

Den Sicherheitsbehörden des Bundes liegen derzeit Informationen zu insgesamt rund 235 Personen mit Deutschlandbezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie Personen mit anderer Staatsangehörigkeit, die sich in Deutschland aufhalten bzw. aufgehalten haben) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der 1990er Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten. Zu rund 100 dieser 235 Personen existieren konkrete Hinweise, die für eine absolvierte paramilitärische Ausbildung bzw. die Beteiligung an Kampfhandlungen in Krisenregionen sprechen. Es ist davon auszugehen, dass sich

mehr als die Hälfte dieser 100 Personen wieder in Deutschland aufhält.

Die Motive zur Ausreise in den „Jihad“ sind dabei vielgestaltig. Sie können sowohl religiöse oder politische Gründe enthalten, aber auch Abenteuerlust oder Frustration. Meistens liegt ein Motivbündel vor, das dem Einzelnen nicht immer bewusst ist. Schließlich kann auch entsprechende Internetpropaganda dazu führen, einen latent vorhandenen Ausreisewunsch in die Tat umzusetzen. Ausreisen nach Ägypten sind wegen der dortigen Infrastruktur, den politischen Verhältnissen und wegen der Möglichkeit, von dort in andere „Jihad“-Gebiete zu gelangen, zurzeit attraktiv.

Der islamistische Terrorismus ist nach wie vor männlich dominiert. Allerdings ist eine zunehmende Einbindung von Frauen in islamistisch-terroristische Strukturen festzustellen, insbesondere in Unterstützernetzwerken im Internet. Das Internet dient ihnen als Radikalisierungs-, Wissens- und Propagandamedium sowie als Kommunikationsplattform. Vereinzelt äußern auch junge Frauen den Wunsch, die „Mujahidin“ aktiv in „Jihad“-Gebieten zu unterstützen; sie stellen jedoch bislang noch eine Minderheit dar. Die Aktivitäten der Frauen beschränken sich in der Regel auf das Sammeln von Spenden und auf Propaganda für den gewaltsamen „Jihad“. In den letzten Jahren konnte ein Trend festgestellt werden, wonach sich die aktive Unterstützung des „Jihad“ durch Frauen in Internet-Netzwerken voraussichtlich verstärken und weiterentwickeln wird (vgl. Kap. V).

Frauen in islamistisch-terroristischen Strukturen in Deutschland

Am 16. Februar 2012 verurteilte ein Gericht in Detroit (USA) einen nigerianischen Staatsangehörigen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Der Angeklagte hatte versucht, am 25. Dezember 2009 ein Flugzeug der Delta Air Lines mit 278 Menschen an Bord auf dem Flug von Amsterdam (Niederlande) nach Detroit zu sprengen. Zu dem versuchten Anschlag hatte sich „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) am 28. Dezember 2009 im Internet bekannt (vgl. Kap. II, Nr. 2.4).

Entwicklungen in Europa und weltweit

Am 11., 15. und 19. März 2012 tötete ein französischer Islamist bei drei Anschlägen im Großraum Toulouse (Frankreich) sieben Menschen, darunter drei Kinder und einen Lehrer einer jüdischen Schule. Als Motive für seine Taten gab er das Schicksal palästinensischer Kinder, das französische Engagement in Afghanistan

und das in Frankreich geltende Verschleierungsverbot an. Der Attentäter wurde am 22. März 2012 nach 32-stündiger Belagerung seiner Wohnung von französischen Polizisten erschossen.

Diese Anschläge verdeutlichten erneut die von radikalisierten Einzelpersonen aus dem „Homegrown“-Spektrum ausgehende Gefahr.

Am 4. Juni 2012 verurteilte ein Gericht in Kopenhagen (Dänemark) drei schwedische Staatsangehörige arabischer Herkunft und einen tunesischen Staatsangehörigen zu Freiheitsstrafen von jeweils zwölf Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten am 29. Dezember 2010 die Redaktionsräume der dänischen Zeitung Jyllands-Posten in Kopenhagen gestürmt hatten und deren Mitarbeiter ermorden wollten. Die erstmals im September 2005 in der Zeitung veröffentlichten Karikaturen über den Propheten Muhammad hatten massive – in der islamischen Welt z.T. gewalttätige – Proteste ausgelöst. Jyllands-Posten war seither mehrfach das Ziel von Anschlägen bzw. Anschlagversuchen.

Lage in Afghanistan und an anderen „Jihad“-Schauplätzen

Afghanistan blieb als Schauplatz des islamistischen Terrorismus auch im Jahr 2012 von Bedeutung. Deutsche Interessen im In- und Ausland stehen trotz des angekündigten Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan weiterhin im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus (vgl. Kap. V).

Bei Kämpfen und terroristischen Angriffen wurden zahlreiche Menschen getötet, darunter in den vergangenen Jahren auch Angehörige der Bundeswehr. Bereits seit 2005/2006 verüben insbesondere die „Taleban“ Anschläge auf die multinationalen Truppen, die im Rahmen der „International Security Assistance Force“ (ISAF) unter Führung der NATO den Wiederaufbau in Afghanistan unterstützen.

Im Rahmen der sogenannten Frühjahrsoffensive der „Taleban“ kam es am 15. und 16. April 2012 zu koordinierten Angriffen im Stadtzentrum von Kabul (Afghanistan) und anderen Landesteilen. In Kabul wurde das Botschafts- und Regierungsviertel attackiert und u.a. die Deutsche Botschaft beschädigt. Bei den Angriffen sollen 48 Menschen ums Leben gekommen sein, darunter drei Zivilisten. Gleichzeitig befreiten mutmaßliche „Taleban“-Mitglieder

in Pakistan, nahe der Grenze zu Afghanistan, mehrere Hundert Insassen aus einem Gefängnis – darunter zahlreiche „Taleban“.

Am 22. Juni 2012 kamen bei einem Angriff der „Taleban“ auf ein Ausflugsotel in der Nähe von Kabul (Afghanistan) mindestens 23 Menschen ums Leben. Neben den vier Angreifern wurden 15 Zivilisten – überwiegend Hotelgäste – und vier Sicherheitskräfte getötet. Mit derartigen Aktionen verfolgen die „Taleban“ hauptsächlich den Zweck, eine größtmögliche mediale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat die afghanisch-pakistani-sche Grenzregion als „Jihad“-Gebiet jedoch an Bedeutung verloren. „Jihadisten“ aus Deutschland orientieren sich offenbar in Richtung anderer Gebiete, darunter Ägypten und Syrien. Insbesondere Syrien entwickelte sich im Jahr 2012 zu einem neuen „Jihad“-Schauplatz und gewinnt zunehmend an Bedeutung. Seit dem Ausbruch des gewaltsamen Konfliktes zwischen der syrischen Regierung und oppositionellen Kräften im März 2011 gilt Syrien zunehmend auch als Reiseziel für „jihadistisch“ motivierte Islamisten aus Europa. So führt u.a. die Medienpräsenz des Konfliktes zu einer hohen Aufmerksamkeit innerhalb des islamistischen Spektrums.

Auch Mali könnte sich in der Zukunft zu einem bedeutenden „Jihad“-Schauplatz auch für „Jihadisten“ aus Deutschland entwickeln. Bereits in der Vergangenheit wurde beobachtet, dass Mali in den Fokus militanter Islamisten gerückt ist. Nach einem Militärputsch in der südmalischen Hauptstadt Bamako im März 2012 eroberten islamistische Gruppierungen den Norden Malis. Im Januar 2013 intervenierte Frankreich mit der Entsendung von Soldaten nach Mali.

2. „Al-Qaida“ („Die Basis“)

2.1 Kern-„al-Qaida“

Gründung:	Mitte der 1980er Jahre
Leitung:	Aiman al-Zawahiri
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die von Usama Bin Ladin gegründete „al-Qaida“ strebt weiterhin das Zurückdrängen westlichen Einflusses auf muslimische Länder sowie den Sturz ihrer Ansicht nach „unislamischer“ Regierungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika an.

Die Destabilisierung der vorherrschenden Sicherheitsstrukturen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ in Ländern wie Tunesien, Ägypten und Syrien versucht sich „al-Qaida“ zunutze zu machen. Um ihren Einfluss in diesen Regionen zu stärken, unterstützt die Organisation den Aufbau terroristischer Strukturen.

Die Organisation verfügt weltweit über ein zahlenmäßig schwer zu schätzendes Potenzial von Anhängern, die sich der „al-Qaida“-Ideologie verschrieben haben. Kennzeichen dieser Ideologie ist ein globaler Ansatz, der eine „Verteidigung der muslimischen Gemeinschaft gegen Ungläubige“ vorgibt und westliche Gemeinschaften und ihre Werte militant ablehnt.

Am 2. Mai 2011 wurde Bin Ladin, Gründer und Anführer von „al-Qaida“, beim Zugriff durch US-amerikanische Spezialeinheiten in Abbottabad (Pakistan) getötet. Am 16. Juni 2011 benannte „al-Qaida“ offiziell den vorherigen Stellvertreter Bin Ladins, al-Zawahiri, als dessen Nachfolger.

Die operative Handlungsfähigkeit von „al-Qaida“ wurde in den vergangenen Jahren durch den hohen Verfolgungsdruck gegen die Organisation deutlich geschwächt. Auch im Jahr 2012 sind Verluste von Führungspersonen und Mitgliedern zu verzeichnen. So wurde der stellvertretende „al-Qaida“-Anführer Abu Yahya al-Libi am 4. Juni 2012 bei einem Drohnenangriff in Pakistan getötet.

Die Propaganda von „al-Qaida“ wendet sich vermehrt an Einzeltäter oder Kleinstgruppen, die dazu aufgerufen werden, „jihadistisch“ motivierte Anschläge zu planen bzw. zu begehen. Eine formale oder kommunikative Anbindung an Kern-„al-Qaida“ ist nicht erforderlich. Die Tat oder die Vorbereitung erfolgt jedoch im Einklang mit der von „al-Qaida“ propagierten Leitlinie. Auslöser sind dabei meist subjektiv als islamfeindlich empfundene Ereignisse, Äußerungen oder Handlungen sowie „jihadistische“ Internetpropaganda oder auch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden.

Auch im Jahr 2012 gab es mehrere Erklärungen von „al-Qaida“-Führern, insbesondere von al-Zawahiri. In der am 13. Februar 2012 in einem „jihadistischen“ Internetforum festgestellten Videobotschaft „Vorwärts, Löwen von Syrien“ warf al-Zawahiri der syrischen Regierung vor, einen „brutalen und skrupellosen Krieg“ gegen die eigene Bevölkerung zu führen. Er lobte die hohe Opferbereitschaft, Standhaftigkeit und Tapferkeit der syrischen Bevölkerung. Ziel sei der Sturz des Regimes und die Errichtung eines islamischen Staates. Al-Zawahiri forderte das syrische Volk auf, „dem Westen“, den USA, der Arabischen Liga, den Herrschern arabischer Länder und der Türkei nicht zu vertrauen.

Am 11. September 2012 wurde in „jihadistischen“ Internetforen eine Videobotschaft von al-Zawahiri mit dem Titel „Löwe des Wissens und des Jihad“ festgestellt, in der er den Tod al-Libis bestätigte und ihn als „vorbildlichen Gelehrten“ bezeichnete. Al-Zawahiri kündigte an, der „Jihad“ werde sich weiter ausbreiten und intensiver werden, je mehr „Mujahidin“ getötet würden. Die Muslime in Libyen forderte er auf, den Tod al-Libis zu rächen.

In einer am 13. September 2012 in einem „jihadistischen“ Internetforum veröffentlichten Videobotschaft zur Erinnerung an die Anschläge vom 11. September 2001 begründete al-Zawahiri unter dem Titel „Die scheinende Sonne des Sieges über die siegende Gemeinschaft und die geschlagenen Kreuzzügler“ die Anschläge mit der „Besatzung der islamischen Länder“, insbesondere Palästinas, durch die „Zionisten und Kreuzzügler“. Die Schaffung eines „Gleichgewichts des Schreckens“ sei Ziel der Anschläge gewesen. Die „Feinde des Islam“ sollen wie die Muslime leiden und ihrer Wirtschaft solle Schaden zugefügt werden. Al-Zawahiri rief die Muslime dazu auf, die „Schwäche der USA“

Verlautbarungen im Internet

auszunutzen und die Demonstrationen für den Sturz der „Agenten des Westens“, insbesondere der „Regenten“ auf der Arabischen Halbinsel und im Maghreb¹⁶⁸, fortzusetzen.

Bewertung Strukturen von „al-Qaida“ in Deutschland sind nicht bekannt. Der fortgesetzte hohe Verfolgungsdruck im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, das sich seit Jahren als Planungs- und Ausbildungszentrum für „al-Qaida“ und assoziierte Gruppierungen etabliert hat, sowie die damit verbundenen personellen Verluste erschweren eine zentral ausgerichtete Führung durch Kern-„al-Qaida“. Von selbstradikalisierten Einzeltätern und weitgehend unabhängig agierenden Kleinstgruppen, die auf Grundlage der Ideologie von „al-Qaida“ in Deutschland aktiv werden, geht jedoch weiterhin eine Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland aus.

2.2 „Al-Qaida im Irak“/„Islamischer Staat Irak“



Gründung:	Ende 2003
Leitung:	Abu Bakr al-Baghdadi al-Husaini al-Qurashi
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Trotz der insgesamt verbesserten Sicherheitslage kam es im Irak weiterhin zu einer Vielzahl von Terroranschlägen. Insbesondere im Zentral- und Nordirak halten die Spannungen zwischen ethnischen und konfessionellen Gruppierungen an.

Die aktivste terroristische Gruppierung im Zentral- und Südirak bleibt die von dem Jordanier Ahmad Fadil Nazal al-Khalaila alias Abu Mus'ab al-Zarqawi gegründete sunnitisch-terroristische „al-Qaida im Irak“. Al-Zarqawi war bei einem gezielten Luftangriff der US-amerikanischen Streitkräfte am 7. Juni 2006 getötet worden. Seit Oktober 2006 tritt „al-Qaida im Irak“ nach außen unter der Bezeichnung „Islamischer Staat Irak“ auf.

¹⁶⁸ Maghreb umfasst im engeren Sinne die nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko; im weiteren Sinne auch Libyen und Mauretanien.

Der Organisation konnten im Jahr 2012 zahlreiche Anschläge im Irak zugerechnet werden, die sich u.a. gegen Regierungseinrichtungen, Polizeistationen und religiöse Feierlichkeiten der schiitischen Bevölkerung richteten.

Am 21. Juli 2012 wurde die erste Audiobotschaft von Abu Bakr al-Baghdadi als Emir des „Islamischen Staates Irak“ über „jihadistische“ Internetforen verbreitet, in der er die Rolle des „Islamischen Staates Irak“ im Kampf gegen die „jüdische, christliche und schiitische Kampagne“ hervorhob. Abu Bakr al-Baghdadi erklärte, dass der „Krieg der US-Amerikaner“ gegen die Muslime verloren sei und drohte mit Anschlägen in den USA. Zudem kündigte er eine neue Phase im Kampf des „Islamischen Staates Irak“ mit der Bezeichnung „Zerstörung der Mauern“ an, die auch die Befreiung inhaftierter Kämpfer der Organisation zum Gegenstand haben werde. Abschließend rief er die Muslime weltweit dazu auf, sich dem „Islamischen Staat Irak“ und dem gewaltsamen „Jihad“ anzuschließen.

Die Offensive wurde mit einer Angriffsserie am 23. Juli 2012 eröffnet, die zeitlich koordiniert in 19 irakischen Städten durchgeführt wurde und 113 Tote sowie 250 Verletzte forderte.

Am 25. Juli 2012 wurde in „jihadistischen“ Internetforen eine auf den 23. Juli 2012 datierte „Erklärung zur ersten Welle der Operation ‚Zerstörung der Mauern‘“ veröffentlicht, in der sich der „Islamische Staat Irak“ zu der Anschlagsserie bekannte. Das „Kriegsministerium“ habe dem Aufruf Folge geleistet, mit der Kampagne „Zerstörung der Mauern“ eine neue Phase des „Jihad“ einzuläuten, um die Gebiete, aus denen sich der „Islamische Staat Irak“ zurückgezogen habe, zurückzuerobern.

Bei einer landesweiten Anschlagsserie in 14 Städten am 9. September 2012 wurden mehr als 100 Menschen getötet und mindestens 360 verletzt. Neben den üblichen Schwerpunkten im Nord- und Zentralirak betrafen die Anschläge nunmehr auch Gebiete im Süden des Landes.

Ungeachtet des unvermindert hohen Verfolgungsdrucks erweist sich die Organisation weiterhin als schlagkräftig. Es ist daher davon auszugehen, dass sie auch künftig schwerwiegende Anschläge im Irak begehen wird.

Bewertung

Strukturen des „Islamischen Staates Irak“ in Deutschland sind bislang nicht bekannt.

2.3 „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)



Gründung:	Ende der 1990er Jahre in Algerien
Leitung:	Abdalmalik Darduqal alias Abu Mus'ab Abdalwadud
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“ („Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ – GSPC) hatte sich Ende der 1990er Jahre von der algerischen „Bewaffneten Islamischen Gruppe“ („Groupe Islamique Armé“ – GIA) abgespalten. Die GSPC war im Jahr 2003 für die Entführung von 32 Touristen, darunter 16 Deutsche, im Süden Algeriens verantwortlich.

Nachdem sich die GSPC bereits seit Längerem um ideologische Annäherung an „al-Qaida“ bemüht hatte, wurde ihr Beitritt zu „al-Qaida“ am 11. September 2006 offiziell bekannt gegeben. Seit Januar 2007 nennt sich die Gruppierung „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM).

Die AQM ist die derzeit größte und aktivste islamistisch-terroristische Organisation im Maghreb. Mit dem Anschluss an „al-Qaida“ gingen eine Ausweitung der Anschlagsstrategien, u.a. Anschläge durch Selbstmordattentäter sowie eine Erweiterung des Zielspektrums auf ausländische Staatsbürger und Einrichtungen einher.

Die Aktivitäten der AQM konzentrieren sich insbesondere auf Algerien und Mali, erstrecken sich jedoch auch auf zahlreiche weitere nord- und westafrikanische Staaten.

Auch im Jahr 2012 führte die AQM Anschläge insbesondere gegen algerische Militär- und Sicherheitskräfte durch.

Die AQM profitiert von den Umbrüchen im Norden Malis, die im Frühjahr 2012 durch eine Rebellion der Tuareg ausgelöst wurden. In Kooperation mit der „Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika“ („Mouvement pour l’Unité et le Jihad en Afrique de l’Ouest“ – MUJAO), einer Abspaltung der AQM, und der Gruppierung „Ansar al-Din“ kontrolliert die AQM weitgehend die Gebiete in Nordmali und strebt weiter in Richtung Süden. Die Eroberung weiterer Gebiete geht einher mit der Einführung der Scharia.

Die Situation in Mali stellt eine bedrohliche Entwicklung für die Sicherheitslage in der Region dar. Der einstige Rückzugsraum Nordmali wird für die AQM zunehmend zu einer Machtbasis. Im gesamten nördlichen Afrika muss weiterhin mit Anschlägen gegen westliche Ausländer bzw. Einrichtungen gerechnet werden. Es besteht darüber hinaus insbesondere in den an die Sahara angrenzenden Staaten die Gefahr, Opfer von Entführungen zu werden. Mehrere westliche Geiseln – darunter keine deutschen Staatsangehörigen – befinden sich weiterhin in der Gewalt von AQM.

Bewertung

Strukturen der AQM in Deutschland sind bislang nicht bekannt.

2.4 „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)

Gründung:	Januar 2009
Leitung:	Nasir Abdalkarim Abdallah al-Wuhaishi alias Abu Basir
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

„Al-Qaida im Jemen“ (AQJ) galt noch im Jahr 2003 als weitgehend zerschlagen, erstarkte jedoch 2006 unter der Führung von al-Wuhaishi wieder und machte durch eine Reihe von Anschlägen auf sich aufmerksam – insbesondere durch den Anschlag gegen die US-amerikanische Botschaft in Sanaa (Jemen) am 17. September 2008, bei dem mindestens 16 Personen getötet wurden.



Im Januar 2009 schlossen sich AQJ und „al-Qaida“-Kräfte aus Saudi-Arabien zur „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) zusammen. Die bis dahin ausschließlich im Jemen aktive AQJ erweiterte hierdurch ihren terroristischen Aktionsradius auf Saudi-Arabien.

Ziel der AQAH ist die Beseitigung ausländischer Einflüsse auf der Arabischen Halbinsel sowie der Kampf gegen die von ihr als unislamisch angesehenen Regierungen, z.B. in Saudi-Arabien. In einem Interview rechtfertigte al-Wuhaishi hierbei auch die Tötung von Touristen und westlichen Ausländern.

Seit ihrer Gründung hat die AQAH ihre operative Handlungsfähigkeit mehrfach unter Beweis gestellt. Auch der internationale Luftverkehr war bereits mehrfach Anschlagziel der AQAH. So bekannte sich AQAH zu der versuchten Sprengung eines Flugzeugs der Delta Air Lines mit 278 Menschen an Bord auf dem Flug von Amsterdam (Niederlande) nach Detroit (USA) am 25. Dezember 2009. Ebenso gehen die vereitelten Paketbombschläge auf Frachtflugzeuge Ende Oktober 2010 auf das Konto der AQAH.

Im Mai 2012 gelang es den US-amerikanischen Behörden, einen weiteren Anschlag auf ein Passagierflugzeug zu verhindern. Der für den Anschlag vorgesehene Sprengsatz konnte bereits im Vorfeld sichergestellt werden. Nachdem im Jahr 2011 keine Anschläge bzw. Anschlagsversuche außerhalb des Jemen bekannt geworden sind, unterstreicht dieser erneute Versuch, dass AQAH an ihrer internationalen Strategie festhält.

Im Juni 2010 erschien die erste Ausgabe des englischsprachigen Online-Magazins „INSPIRE“ der AQAH. Wesentlicher Bestandteil des Magazins ist die Rubrik „Open Source Jihad“. Dort werden Muslime aufgerufen, mit einfachen Mitteln Anschläge in ihren westlichen Aufenthaltsländern zu begehen. So enthält die erste Ausgabe eine Anleitung zum Bombenbau.

In der fünften Ausgabe vom März 2011 wird u.a. der Schusswaffenanschlag auf US-amerikanische Soldaten am Flughafen Frankfurt am Main (Hessen) am 2. März 2011 thematisiert. Ein 21-jähriger „mutiger kosovarischer ‚Mujahid‘“ habe am Flughafen Frankfurt in Deutschland zwei amerikanische Soldaten getötet

und zwei weitere verletzt. Er habe angegeben, von der Internet-propaganda der „Mujahidin“ inspiriert worden zu sein:

„It was said that he was inspired by the internet works of the mujahidin.“

(„INSPIRE“ Nr. 5, S. 6)

An der Erstellung der ersten sieben Ausgaben des Magazins sollen maßgeblich Anwar al-Aulaqi und Samir Khan beteiligt gewesen sein, die beide am 30. September 2011 im Jemen getötet wurden.

Der in den USA geborene al-Aulaqi, jemenitischer und US-amerikanischer Staatsangehöriger, war von 1996 bis 2000 als Imam an einer Moschee in San Diego (USA) tätig und soll dort in Kontakt zu zwei späteren Attentätern des 11. September 2001 gestanden haben. Al-Aulaqi war insbesondere aufgrund seiner englischen Sprachkenntnisse ein wichtiger Propagandist der AQAH. Neben „INSPIRE“ veröffentlichte er eine Vielzahl von Videobotschaften im Internet, in denen er u.a. zum „Jihad“ gegen die USA aufrief.

Nach dem Tod von al-Aulaqi und Khan erschien es zunächst ungewiss, ob weitere Ausgaben von „INSPIRE“ folgen würden. Im Mai 2012 erschienen jedoch zeitgleich die achte und neunte Ausgabe, wobei die achte Ausgabe auf den Herbst 2011 datiert war.

Neben ihren internationalen Aktivitäten begeht AQAH auch weiterhin Anschläge im Jemen, wobei sie zumeist unter ihrem alternativen Namen „Ansar al-Sharia“ auftritt. So kamen bei einem Selbstmordanschlag der Organisation auf jemenitische Streitkräfte in Sanaa (Jemen) am 21. Mai 2012 etwa 100 Menschen ums Leben.

Auf der Arabischen Halbinsel, insbesondere im Jemen und in Saudi-Arabien, stehen neben staatlichen Institutionen und Einrichtungen der Ölindustrie auch Interessen westlicher Staaten im Zielspektrum der AQAH. Es muss daher mit weiteren Anschlägen, aber auch mit gezielten Entführungen und Tötungen westlicher Ausländer, gerechnet werden.

Bewertung

Darüber hinaus zeigen die vereitelten Anschläge auf den internationalen Luftverkehr, dass AQAH ihren Aktionsradius über die Arabische Halbinsel hinaus ausgedehnt hat und international weiterhin als die schlagkräftigste Regionalorganisation von „al-Qaida“ angesehen werden muss.

Strukturen bzw. Unterstützer der AQAH in Deutschland sind bislang nicht bekannt.

2.5 „Al-Shabab“



Gründung:	2006 in Somalia
Leitung:	Sheik Mokhtar Abel Rahman alias Abu Zubair
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die Gruppierung „al-Shabab“ hat sich im Jahr 2006 von der „Union islamischer Gerichtshöfe“ (UIG) abgespalten und sich im Wesentlichen aus jungen, radikalen Kämpfern der UIG formiert. Nachdem sie bereits in der Vergangenheit die ideologische Nähe und Zugehörigkeit zu „al-Qaida“ proklamiert hatte, wurde am 9. Februar 2012 in „jihadistischen“ Internetforen eine Videoüberlautbarung veröffentlicht, in der „al-Shabab“ von al-Zawahiri als regionaler Arm des „al-Qaida“-Netzwerkes offiziell anerkannt wurde.

Ziel Ziel von „al-Shabab“ ist der Sturz der von ihr als unislamisch und westlich angesehenen somalischen Regierung, um ein „groß-somalisches Kalifat“ unter Einschluss der äthiopischen Region Ogaden zu errichten und sämtliche westlichen Einflüsse aus dem Land zurückzudrängen.

Die Organisation versucht, den Neuaufbau eines staatlichen Regierungssystems mit Anschlägen auf politische Repräsentanten zu behindern. So verübten zwei Selbstmordattentäter am 1. August 2012 einen Anschlag auf die verfassungsgebende Versammlung in Mogadischu (Somalia), bei dem neben den Attentätern zwei Sicherheitskräfte ums Leben kamen.

Der Präsident Somalias war am 12. September 2012 – zwei Tage nach seiner Wahl – Ziel eines Attentats. Die beiden Attentäter wurden von Sicherheitskräften erschossen, der Präsident blieb unverletzt. „Al-Shabab“ übernahm die Verantwortung für den Anschlag.

Diese Anschläge unterstreichen, dass die Organisation nach wie vor in der Lage ist, Selbstmordattentate durchzuführen.

Internationale Truppen der „Mission der Afrikanischen Union in Somalia“ (AMISOM) eroberten im August und September 2012 die Hochburgen der „al-Shabab“, Marka und Kismaayo.

Trotz der Anerkennung als regionaler Arm des „al-Qaida“-Netzwerkes verlor „al-Shabab“ im Jahr 2012 durch den Verlust der Kontrolle über weite Gebiete in Zentral- und Südsomalia maßgeblich an Einfluss. Auch in Teilen der somalischen Bevölkerung und der somalischen Diaspora im Ausland hat die Organisation an Rückhalt eingebüßt.

Aufgrund der hohen Anzahl von somalischen Flüchtlingen in somalischen Nachbarstaaten ist damit zu rechnen, dass „al-Shabab“ weiterhin versucht, auf diesen Personenkreis Einfluss zu nehmen und neue Anhänger zu rekrutieren.

Ihre internationale Handlungsfähigkeit demonstrierte „al-Shabab“ mit Selbstmordattentaten am 11. Juli 2010 in Kampala (Uganda). Bei nahezu zeitgleichen Explosionen in einem Sportclub und einem Restaurant kamen während der Übertragung des Finales der Fußballweltmeisterschaft 74 Personen ums Leben.

Organisationsstrukturen von „al-Shabab“ in Deutschland sind nicht bekannt. Die Sicherheitsbehörden gehen von einzelnen Unterstützern bzw. Sympathisanten aus. So haben auch „Jihadisten“ aus Deutschland – z.T. erfolgreich – versucht, sich der „al-Shabab“ anzuschließen.

Bewertung

3. Regionale „jihadistische“ Gruppierungen

3.1 „Islamistisch-kurdische Netzwerke“

Islamistische Gruppierungen kurdischer Prägung haben ihren Ausgangspunkt vor allem im Nordirak. Die ehemals unter einem Dach organisierte islamistisch-kurdische Szene zersplitterte im letzten Jahrzehnt in zahlreiche Gruppierungen und Organisationen. Ziel aller Gruppierungen ist ein unabhängiges, islamisches Kurdistan auf Grundlage der Scharia.



Als wichtigste Gruppierung in diesem Spektrum gilt die islamistische Terrororganisation „Ansar al-Islam“ (AAI – „Gruppe der Anhänger des Islam“). Die AAI entstand im Jahr 2001 aus einem Zusammenschluss verschiedener „jihadistisch“ orientierter kurdischer Splittergruppen im Nordirak. Seit Herbst 2003 sah sich die AAI als Teil des islamistisch-terroristischen „Widerstands“ im Irak, der sich primär auf den Kampf gegen die Koalitionstreitkräfte konzentrierte. Nach deren Abzug im Dezember 2011 ist damit zu rechnen, dass das ursprüngliche Ziel der AAI, die Errichtung eines islamischen Staates im kurdischen Teil des Irak, wieder in den Vordergrund gerückt ist. So forderte der Emir der AAI Shaikh Abu Hashim Muhammad Bin Abd al-Rahman aal Ibrahim in einer im Januar 2012 in „jihadistischen“ Internetforen veröffentlichten Textbotschaft vor dem Hintergrund des Abzugs der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak den Übergang des „Jihad“ von der „Phase der präventiven Verteidigung“ in die „Phase des präventiven Angriffs“.

Der in Norwegen lebende Gründer und ehemalige Anführer der AAI Mullah Krekar stellt für islamistische Kurden weiterhin eine zentrale Identifikationsfigur dar und übt einen großen Einfluss auf islamistisch-kurdische Netzwerke in Deutschland, Europa und im Irak aus. Krekar wurde am 26. März 2012 von einem norwegischen Gericht wegen Todesdrohungen gegen eine norwegische Politikerin und weitere Personen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt und befindet sich seitdem in Haft. Am 28. August 2012 wurde er wegen erneuter Drohungen gegen den norwegischen Staat und weitere Personen zu einem weiteren Jahr Freiheitsstrafe verurteilt. Durch Revisionsentscheidung im Dezember 2012 wurde die Freiheitsstrafe auf zwei Jahre und zehn Monate festgesetzt.

Nahezu alle Gruppierungen verfügen über Sympathisanten und Anhänger innerhalb der irakisch-kurdischen Diaspora in Deutschland.

Die Anhänger der AAI in Deutschland orientierten sich bislang weitgehend an den Vorgaben der terroristischen Kerngruppe im Irak. Sie unterstützen die Ziele der AAI vor allem durch Spendensammlungen und deren Transfer in den Irak. Im Jahr 2012 wurden keine Unterstützungshandlungen zugunsten der AAI im Irak beobachtet.

Aktivitäten in Deutschland

Unabhängig vom Organisationsbezug besteht in Deutschland ein Personenpotenzial irakischer Kurden, das islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak nicht nur als legitim ansieht, sondern auch von Deutschland aus fördert und unterstützt.

Bewertung

3.2 „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)

Gründung:	1998
Leitung:	Usman Ghazi
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Nach ihrer Gründung im Jahr 1998 in Kabul (Afghanistan) verfolgte die IBU zunächst das Ziel, das säkulare Regime in Usbekistan zu stürzen, um dort einen islamischen Staat zu errichten. Später erweiterte sie ihr Operationsgebiet und strebt nun die Schaffung eines islamischen Kalifats in Zentralasien an.

Aufgrund des Zusammenbruchs des „Taleban“-Regimes in Afghanistan musste die IBU ihre früheren Rückzugsgebiete in Afghanistan und Tadschikistan verlassen und in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausweichen.

Am 3. August 2012 bestätigte die IBU auf ihrer Homepage den Tod ihres Emirs Usman Odil. Als neuer Emir wurde Usman Ghazi benannt, ein langjähriges Führungsmitglied der Organisation.



Ihre Ziele versucht die IBU vorwiegend durch paramilitärische Operationen zu erreichen. Sie griff im Jahr 2012 staatliche Sicherheitskräfte und Einrichtungen in Afghanistan und Pakistan sowie die multinationalen Truppen der ISAF-Mission an, darunter auch Kräfte der Bundeswehr. Dabei agierte sie zum größten Teil nicht eigenständig, sondern kooperierte mit anderen „jihadistischen“ Organisationen wie den „Taleban“ und „al-Qaida“.

Die IBU unterhält paramilitärische Ausbildungslager, in denen Kämpfer auf den gewaltsamen „Jihad“ vorbereitet werden. Auch deutsche Staatsangehörige waren im Jahr 2012 auf Seiten der IBU an Kampfhandlungen beteiligt. In einer am 25. August 2012 auf der Homepage der IBU veröffentlichten Videobotschaft wurde der „Märtyrertod“ eines deutschen Staatsangehörigen bestätigt.

Die IBU bemühte sich auch im Jahr 2012 um verstärkte „internationale“ Präsenz. Mit teilweise mehrsprachigen Video- und Textbotschaften versuchte sie, ihre Anhängerschaft zu vergrößern, weitere Kämpfer zu rekrutieren und neue finanzielle Ressourcen zu erschließen. Hauptthemen der IBU-Berichterstattung, in der getötete Kämpfer als „Märtyrer“ verehrt werden, blieben Kampfeinsätze in Afghanistan und Pakistan gegen staatliche bzw. internationale Sicherheitskräfte und die Verurteilung der Lebensweise in westlichen Staaten sowie Missstände in muslimischen Ländern.

Seit 2009 haben deutschsprachige Produktionen einen großen Stellenwert in der Propagandaarbeit der IBU. Verantwortlich hierfür sind vor allem die aus Bonn (Nordrhein-Westfalen) stammenden Brüder Monir und Yassin Chouka. Auch im Jahr 2012 produzierte die IBU zahlreiche deutschsprachige Botschaften, in denen u.a. Deutschland als „Feindstaat“ dargestellt wurde.

In der am 9. Februar 2012 in „jihadistischen“ Internetforen veröffentlichten Videobotschaft „Böses Vaterland“ kritisierte Monir Chouka die deutsche Regierung für ihre Unterstützung der USA und kündigte als „Rache und Lektion“ eine Serie von Anschlägen in Deutschland an, „auch gegen das Volk“.

Im März 2012 folgte die Videobotschaft „Ja, wir sind Terroristen!“, in der Yassin Chouka Deutschland als Teil eines gegen den Islam gerichteten „kreuzzüglerischen Bündnisses“ bezeichnete.

Er verteidigte den gewaltsamen „Jihad“ als „legitimes Recht zur Verteidigung der islamischen Welt“:

„Ja, ja, wir sind Terroristen. Wir sind Terroristen, und wir sind stolz, Terroristen zu sein. Wir terrorisieren die Feinde Allahs und die Übertreter, die Unheilstifter. Wir bekämpfen und terrorisieren jeden, der unsere Religion beleidigt und unsere Heiligkeit mit Füßen tritt, der das Schwert gegen uns erhebt, der unsere Ehre, Würde und vor allem unsere Schwester im Islam entwürdigt, die die Diener Allahs und vor allem unsere Gelehrten einsperren (...)“
 („Jihadistische“ Internetforen, 8. März 2012)

Mit der Audiobotschaft „Tod der Pro-NRW“ nahm die IBU Stellung zu den Auseinandersetzungen zwischen der Partei „pro NRW“ und salafistischen Aktivisten im Mai 2012 in Solingen und Bonn (beide Nordrhein-Westfalen, vgl. Kap. III). Yassin Chouka forderte die Muslime in Deutschland dazu auf, Mitglieder von „pro NRW“ zu töten:

„So raten wir euch, lauert und sucht einzelne Personen der Pro NRW im Geheimdienstverfahren auf. Sammelt genug Informationen, Informationen über ihre Wohnorte, über ihre täglichen Routen, ihre Arbeitsplätze und sonstige Informationen. Und dann, nach guten und ausreichenden Recherchen und einem strategischen Plan, schlägt zu. Schlagt, euch auf Allah verlassend, am Besten im Schutz der Dunkelheit oder des Morgengrauens zu. Und dabei ist zu bevorzugen (...) dass ihr sie tötet. Und wenn dies nicht möglich ist, dann schlägt so lange auf sie ein (...) bis sie aufs Äußerste bereuen, niemals das Siegel aller Propheten beleidigt zu haben.“
 („Jihadistische“ Internetforen, 18. Mai 2012)

Ziel der Botschaft ist es, Sympathisanten des „globalen Jihad“ in Deutschland zum Handeln zu motivieren.

Mit seinem Aufruf zu eigeninitiativ durchgeführten Anschlägen lehnt sich Yassin Chouka an die von dem englischsprachigen Online-Magazin „INSPIRE“ propagierte Strategie des „individuellen Jihad“ an. Potenzielle Akteure („lone wolves“)

sollen – propagandistisch motiviert durch real bzw. vermeintlich an Muslimen begangene Ungerechtigkeiten – selbstständig Anschläge in ihrem Umfeld durchführen.

Am 1. August 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) einen deutschen Staatsangehörigen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland in zwei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Der Angeklagte hatte der IBU über einen Mittelsmann Geldbeträge im Wert von insgesamt 39.000 Euro zukommen lassen.

Am 17. September 2012 wurde eine Person mit deutscher und afghanischer Staatsangehörigkeit in Bonn festgenommen. Der Beschuldigte steht im Verdacht, Mitglied der ausländischen terroristischen Vereinigung IBU zu sein und in Deutschland für die finanzielle und logistische Ausstattung der Organisation sowie für die Rekrutierung von „Jihadwilligen“ verantwortlich gewesen zu sein. Hierfür soll er regelmäßig mit Monir und Yassin Chouka in Kontakt gestanden haben.

Bewertung Auch in diesem Jahr gehörte die IBU zu einer der medial aktivsten terroristischen Gruppierungen. Es ist auch zukünftig damit zu rechnen, dass sie versuchen wird, mit deutschsprachigen Botschaften für sich zu werben und Anhänger aus dem deutschsprachigen Raum für den gewaltsamen „Jihad“ zu gewinnen.

3.3 „Islamische Jihad-Union“ (IJU)



Gründung:	2002
Leitung:	Abdullah Fatih
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Bei der IJU handelt es sich um eine im Jahr 2002 bekannt gewordene Abspaltung der IBU.

Nachdem sich die IJU zunächst auf die Errichtung eines islamischen Staates in Usbekistan konzentriert hatte, konnte sie

zwischenzeitlich ihren Wirkungskreis im Sinne des „globalen Jihad“ auch auf Europa ausweiten. Mit den Selbstmordanschlägen gegen die israelische und die US-amerikanische Botschaft in der usbekischen Hauptstadt Taschkent am 30. Juli 2004 war die IJU erstmals gegen westliche Einrichtungen vorgegangen.

Drei der vier Mitglieder der sogenannten Sauerland-Gruppe, die Sprengstoffanschläge in Deutschland geplant hatten und am 4. März 2010 vom Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, waren von Mitte 2006 bis zu ihrer Festnahme im September 2007 Mitglieder der IJU. Die vierte Person war als Unterstützer der IJU in die Anschlagpläne involviert.

Der sich bereits in den Vorjahren abzeichnende Bedeutungsverlust der IJU setzte sich auch im Jahr 2012 fort. Für „Jihadisten“ aus Deutschland haben inzwischen andere „Jihad“-Schauplätze an Bedeutung gewonnen (vgl. Kap. I, Nr. 1).

Bewertung

**3.4 „Hezb-e Islami-ye Afghanistan“
(HIA – „Islamische Partei Afghanistans“)**

Gründung:	Mitte der 1970er Jahre im pakistanischen Exil
Leitung:	Gulbuddin Hekmatyar
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2011: 200)

Die HIA hat ihren Ursprung in einer Ende der 1960er Jahre an afghanischen Universitäten aktiven islamischen Studentenorganisation. Einer der Anführer war Hekmatyar, der die Organisation Mitte der 1970er Jahre im pakistanischen Exil gründete.

Die sunnitische HIA kämpft auch mit Waffengewalt dafür, in Afghanistan eine Ordnung auf Grundlage der Scharia zu errichten.

Ziele

In den 1980er Jahren spielte die HIA eine zentrale Rolle im Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan.



Mit dem Ziel, sich selbst als führende Kraft in Afghanistan zu etablieren, kämpfte sie später gegen andere afghanische islamistische Gruppierungen.

Aktuelle Ziele sind die Absetzung der afghanischen Regierung unter Ministerpräsident Hamid Karzai sowie die gewaltsame Vertreibung der Koalitionstruppen aus Afghanistan. In einem auf der Homepage der HIA veröffentlichten Fernsehinterview äußerte Hekmatyar:

„Selbstmordattentäter, die wichtige Ziele des Feindes ausschalten, verdienen einen höheren Rang als gewöhnliche Märtyrer, und haben unsere volle Unterstützung.“

(Homepage HIA, 20. September 2012)

Regelmäßig bekennt sich die HIA in Internetauftritten zu – auch gegen deutsche Soldaten gerichteten – Anschlägen in Afghanistan. So bekannten sich Sprecher der HIA gegenüber mehreren Medien zu einem Selbstmordanschlag am 18. September 2012 auf einen Bus mit Zivilangestellten einer südafrikanischen Fluggesellschaft. Die HIA bezeichnete den Anschlag, bei dem zwölf Menschen getötet wurden, auf ihrer Homepage als „Vergeltung für die Beleidigung des Propheten in einem amerikanischen Video“ („Innocence of Muslims“).¹⁶⁹

Organisation und Aktivitäten

Die Organisation verfolgt einen zweigleisigen Ansatz: Der gewaltorientierte extremistische Zweig unter Hekmatyar agiert aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet mit Waffengewalt gegen nationale und internationale Sicherheitskräfte in Afghanistan.

Der politische Bereich untersteht dem Schwiegersohn Hekmatyars, Ghairat Bahir. Dieser grenzt sich zumindest nach außen vom militanten Zweig ab und versucht, durch Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung an Einfluss zu gewinnen. Mit Abdul Hadi Arghandiwal ist ein Vertreter des politischen Bereiches der HIA als Wirtschaftsminister im afghanischen Parlament vertreten.

Nach vorliegenden Erkenntnissen übt Hekmatyar auf den politischen Bereich entscheidenden Einfluss aus.

¹⁶⁹ Homepage HIA (18. September 2012).

In Deutschland existieren keine festen Strukturen der HIA. Die Anhänger treffen sich in Moscheen, ohne dass diese oder deren Führung zwingend der HIA nahestehen. Einzelne Anhänger versuchen, auf politische Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen und für die Aktivitäten der HIA in Afghanistan zu werben. Die Schwerpunkte der Aktivitäten sind, entsprechend der Verteilung der afghanischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, Hamburg und München (Bayern).

Aktivitäten in Deutschland

In verschiedenen Internetforen und afghanischen Fernsehkanälen treten in Deutschland lebende Personen als HIA-Anhänger auf und rufen zum Teil auch mit islamistischer Rhetorik zur Unterstützung der HIA in Afghanistan auf.

Die hier lebenden HIA-Anhänger betrachten Deutschland primär als Rückzugsraum. Sie fühlen sich ihrem Heimatland und der dort aktiven HIA verbunden und versuchen, durch Unterstützungsleistungen deren Ziele voranzutreiben. Dies äußert sich auch durch Kontakte zu Führungspersonen der HIA im Ausland.

Bewertung

3.5 „Boko Haram“ (BH, „Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad“ – SGPJ)

Gründung:	2000 in Nigeria als Zusammenschluss mehrerer islamistischer Gruppierungen unter dem Namen „Boko Haram“
Leitung:	Abu Bakr Bin Muhammad Shekau
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die „Boko Haram“ (BH), die im Jahr 2000 aus verschiedenen islamistischen Gruppierungen hervorging, bezeichnet sich selbst als „Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad“ (SGPJ). Ihr Ziel ist es, in Nigeria einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten.



Sie galt noch im Jahr 2009 als von den nigerianischen Sicherheitsbehörden zerschlagen, reorganisierte sich jedoch im Jahr 2010 und operiert seitdem nach dem Muster der AQM (vgl. Kap. II, Nr. 2.3) bzw. des „globalen Jihad“ in Nigeria. Die BH ist eng mit anderen „jihadistischen“ Gruppierungen, insbesondere der AQM verknüpft.

Seit 2010 wurden bei Anschlägen der BH – vor allem auf christliche Einrichtungen und nigerianische Sicherheitskräfte – mehr als 2.000 Menschen getötet. Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Hauptgebäude der Vereinten Nationen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja am 26. August 2011 kamen 23 Menschen ums Leben.

Im Januar 2012 entführte die BH einen deutschen Staatsangehörigen in Nigeria, übergab die Verhandlungsführung jedoch der AQM (vgl. Kap. II, Nr. 2.3 und Kap. V). Diese forderte die Freilassung einer in Deutschland inhaftierten Muslimin im Austausch für die deutsche Geisel. Die deutsche Geisel wurde im Mai 2012 durch die BH getötet.

Bewertung Organisationsstrukturen von BH in Deutschland sind nicht bekannt.

4. Übersicht ausgewählter islamistisch-terroristischer Anschläge

Datum	Ereignis	Opfer
26. Februar 1993	Bombenanschlag auf das World Trade Center, New York (USA); der Anschlag wird mit „al-Qaida“ in Verbindung gebracht	6 Tote, über 1.000 Verletzte
7. August 1998	Anschläge auf die US-amerikanischen Botschaften in Daressalam (Tansania) und Nairobi (Kenia); die Anschläge werden regionalen „al-Qaida“-Strukturen zugeschrieben	223 Tote, über 4.000 Verletzte
12. Oktober 2000	Sprengstoffanschlag auf den US-Zerstörer „Cole“ im Hafen von Aden (Jemen); der Anschlag wird mit „al-Qaida“ in Verbindung gebracht	17 Tote, 39 Verletzte
11. September 2001	Selbstmordanschläge auf das World Trade Center und das US-amerikanische Verteidigungsministerium durch „al-Qaida“-Mitglieder	ca. 3.000 Tote, darunter 10 Deutsche, ca. 6.000 Verletzte
11. April 2002	Anschlag auf eine Synagoge auf der Ferieninsel Djerba (Tunesien); „al-Qaida“ bekannte sich im Juni 2002 zu dem Anschlag	21 Tote, darunter 14 Deutsche, 24 Verletzte
12. Oktober 2002	Anschläge auf eine Diskothek und ein Café im Badeort Kuta auf Bali (Indonesien); der Anschlag wird mit „al-Qaida“ in Verbindung gebracht	über 200 Tote, darunter 6 Deutsche, mehr als 330 Verletzte
28. November 2002	Selbstmordanschlag auf ein überwiegend von israelischen Touristen besuchtes Hotel in Mombasa (Kenia); der Anschlag wird mit „al-Qaida“ in Verbindung gebracht	16 Tote, ca. 80 Verletzte

Datum	Ereignis	Opfer
16. Mai 2003	Bombenanschläge in Casablanca (Marokko)	41 Tote, ca. 100 Verletzte
5. August 2003	Bombenanschlag auf das Marriott-Hotel in Jakarta (Indonesien); der Drahtzieher stand in Verbindung zu „al-Qaida“	13 Tote, ca. 150 Verletzte
11. März 2004	Sprengstoffanschläge auf vier Pendlerzüge in Madrid (Spanien)	191 Tote, ca. 1.600 Verletzte, darunter 1 Deutscher
7. Juli 2005	Selbstmordanschläge auf drei U-Bahn-Züge und einen Bus in London (Großbritannien)	56 Tote, 528 Verletzte, darunter 5 Deutsche
2. Juni 2008	Selbstmordanschlag auf die Dänische Botschaft in Islamabad (Pakistan)	8 Tote, 15 Verletzte
26.-29. November 2008	Anschläge auf die Finanzmetropole Mumbai (Indien); die Anschläge werden mit der pakistanischen islamistischen Organisation „Lashkar-e-Taiba“ (LeT – „Armee der Reinen“) in Verbindung gebracht	172 Tote, darunter 3 Deutsche, 295 Verletzte, darunter 3 Deutsche
27. November 2009	Anschlag auf einen Schnellzug während der Fahrt von Moskau nach St. Petersburg (Russland); die Gruppierung „Riyad al-Salihin“ bekannte sich zu dem Anschlag	28 Tote, ca. 90 Verletzte
9. März 2010	Selbstmordanschläge auf die Moskauer Metro (Russland); zu den Anschlägen bekannte sich Dokku Umarov („Nordkaukasische Separatistenbewegung“ – NKSB) in einer im Internet veröffentlichten Videobotschaft	40 Tote, 84 Verletzte

ISLAMISMUS/ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

Datum	Ereignis	Opfer
24. Januar 2011	Selbstmordanschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo (Russland); zu dem Anschlag bekannte sich Dokku Umarov („Nordkaukasische Separatistenbewegung“ – NKSB) in einer im Internet veröffentlichten Videobotschaft	37 Tote, darunter ein Deutscher, über 100 Verletzte, darunter eine Deutsche
2. März 2011	Schusswaffenanschlag auf US-amerikanische Soldaten am Flughafen Frankfurt am Main (Hessen)	2 Tote, 2 Verletzte
13. Juli 2011	Sprengstoffanschläge in Mumbai (Indien)	24 Tote, über 130 Verletzte
11. März 2012	Mordanschlag auf einen Soldaten in Toulouse (Frankreich)	1 Toter
15. März 2012	Mordanschlag auf drei Soldaten in Montauban (Frankreich)	2 Tote, 1 Verletzter
19. März 2012	Mordanschlag auf mehrere Personen vor und in einer jüdischen Schule in Toulouse (Frankreich)	4 Tote, mehrere Verletzte
18. Juli 2012	Anschlag auf Reisebus mit israelischen Touristen in Burgas (Bulgarien); mit dem Anschlag wird die „Hizb Allah“ in Verbindung gebracht	7 Tote, 30 Verletzte

III. Salafistische Bestrebungen

Der Salafismus ist sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Er verzeichnet in Deutschland sprunghaft steigende Anhängerzahlen. Dem salafistischen Spektrum in Deutschland werden derzeit 4.500 Personen zugerechnet (2011: 3.800).

Ideologie Unter dem Oberbegriff Salafismus wird eine besonders radikale Strömung innerhalb des Islamismus verstanden, die sich an den vermeintlichen Ideen und der Lebensweise der ersten Muslime und der islamischen Frühzeit orientiert. So geben Salafisten vor, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran und dem Vorbild des Propheten Muhammad und der frühen Muslime – der sogenannten rechtsschaffenen Altvorderen (arab. al-salaf al-salih) – auszurichten.

Die Scharia, die von Gott in seiner Offenbarung gesetzte Ordnung, ist nach salafistischer Ideologie jeder weltlichen Gesetzgebung übergeordnet. Dies hat zur Folge, dass Salafisten die Geltung staatlicher Gesetze ablehnen.

Der deutschlandweit agierende salafistische Prediger Ibrahim Abou-Nagie erklärte in einem Radiointerview:

„Wie kann ich als Muslim ein anderes System akzeptieren als Allahs System? (...) Also Dinge, die gegen die Scharia sind, die lehnen wir ab und die Scharia kommt von unten und nicht von oben. (...) Also ich wünsche, dass Allahs Scharia weltweit herrscht. Denn das ist unser Schöpfer der uns erschaffen hat und uns seine Gebrauchsanweisung im Koran herab gesandt hat.“

(Radiointerview, ausgestrahlt am 24. Mai 2012)

Ziel Zentrales Anliegen der salafistischen Bewegung ist die vollständige Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und individuellem Lebensvollzug nach diesen – als „gottgewollt“ postulierten – Normen.

Salafisten versuchen, ihre Ideologie durch intensive Propagandaaktivitäten zu verbreiten. Sie selbst bezeichnen diese Aktivitäten als „Missionierung“ (arab. da'wa).

Salafistische Propaganda

Salafistische Ideologie wird zunehmend professionell und adressatenorientiert verbreitet. Ihre Vertreter wissen sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen und üben eine beträchtliche Anziehungskraft vorwiegend auf junge Menschen aus, darunter auch Konvertiten.

Breitenwirkung wird vor allem durch das Internet erzielt, durch eine Vielzahl deutschsprachiger Webseiten sowie durch zahlreiche Videos, z.B. im Internetportal YouTube.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung salafistischer Ideologie nehmen sogenannte Islamseminare und Vorträge von salafistischen Predigern ein. Im Berichtsjahr haben Salafisten über 160 „Islamseminare“ und Vortragsveranstaltungen deutschlandweit abgehalten. Hierbei treten zumeist mehrere salafistische Prediger auf und richten sich an ein Publikum, das aus Gleichgesinnten, aber auch aus jungen Menschen besteht, die sich auf der Suche nach Orientierung und Halt befinden. Das gemeinsame Lernen und die gemeinsamen Aktivitäten schaffen ein Gemeinschaftsgefühl. Dabei bietet der Salafismus mit seinem Regelwerk, das bis ins Detail auch die persönliche Lebensführung bestimmt, eine klare Orientierung. Zudem erzeugt er das Gefühl, einer Elite anzugehören und eröffnet die Möglichkeit des Protests gegen die Mehrheitsgesellschaft.

Salafistische Propaganda verbreitet sich auch über deutschlandweit organisierte „Islam-Infostände“, die Verteilung von Broschüren und Flugblättern sowie Publikationen und Übersetzungen salafistischer Grundlagenwerke.

Der Salafismus unterteilt sich in eine politische und eine „jihadistische“ (terroristische) Ausprägung. „Jihadistische“ wie auch politische Salafisten rezipieren die Ideen derselben Autoritäten und Vordenker. Sowohl die ideologischen Grundlagen wie auch die angestrebten politischen und gesellschaftlichen Ziele sind bei beiden Gruppen gleich.

Erscheinungsformen salafistischer Ideologie

Sie unterscheiden sich jedoch vor allem in der Wahl der Mittel. Vertreter des politischen Salafismus stützen sich auf intensive Propagandatätigkeit, um gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Anhänger des „jihadistischen“ Salafismus hingegen glauben, ihre Ziele durch Gewaltanwendung realisieren zu können.

Die Übergänge zwischen politischem und „jihadistischem“ Salafismus sind – wie Auswertungen von Radikalisierungsverläufen gezeigt haben – fließend.

Salafistische Straßengewalt

Im Mai 2012 trat zum ersten Mal eine neue Aktionsform auf: die salafistische Straßengewalt.

Als im Rahmen des nordrhein-westfälischen Wahlkampfes Mitglieder der „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) am 1. Mai 2012 vor der „Millatu Ibrahim-Moschee“ in Solingen (Nordrhein-Westfalen) und am 5. Mai 2012 vor der „König-Fahd-Akademie“ in Bonn (Nordrhein-Westfalen) Muhammad-Karikaturen des Dänen Kurt Westergaard zeigten, eskalierte die Situation. Salafistische Gegendemonstranten griffen Mitglieder von „pro NRW“ und Polizisten an. Insgesamt wurden bei den Ausschreitungen 31 Polizisten verletzt.

Ein türkischer Staatsangehöriger stach bei den Ausschreitungen am 5. Mai 2012 mit einem Messer auf zwei Polizeibeamte ein und verletzte sie schwer. Er wurde wegen dieser Handlungen angeklagt, zeigte während der Verhandlung aber keine Einsicht. Er rechtfertigte seine Tat mit den Worten: „Gelehrte sagen, wer den Propheten beleidige, verdiene den Tod“ und kündigte an, auch künftig so handeln zu wollen. Am 19. Oktober 2012 befand das Landgericht Bonn (Nordrhein-Westfalen) den Angeklagten des Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung sowie des Widerstands gegen Vollzugsbeamte für schuldig und verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren sowie zur Zahlung von Schmerzensgeld.

Diese gewalttätigen Proteste stellen in Deutschland eine im Bereich des Salafismus neue Aktionsform dar. Sie weist Merkmale einer Straßenmiliz und Parallelen zu linksextremistischen Ausschreitungen auf, so z.B. durch das Mitführen von Fahnen, Steinen und Messern, teilweise Vermummungen und das Tragen von martialisch anmutender Kleidung.

Akteure der salafistischen Straßengewalt entstammen sowohl politischen als auch „jihadistischen“ Gruppierungen und definieren eine neue Rolle für sich: Da der Islam in Deutschland beleidigt und bekämpft wird, sei es für militante Salafisten nunmehr legitim, ihren unmittelbaren Beitrag zur „Verteidigung des Islam“ auch hier zu leisten. Sie bezeichnen ihre gewalttätigen Aktionen als Glaubenspflicht und „Verteidigungs-Jihad“ der Muslime in Deutschland. Gewalt betrachten sie bei ihrem Kampf als legitimes Mittel.

Dabei werden die gewaltsamen Aktionen in Deutschland als Ergänzung der „Verteidigung des Islam“ weltweit verstanden. Insbesondere islamkritische oder islamfeindliche Aktionen eröffnen ihnen einen lokalen Wirkungskreis.

Am 5. Mai 2012 hielt ein salafistischer Prediger vor der „König-Fahd-Akademie“ eine Rede, in der er unverhohlen drohte:

„Diese Provokationen sind nicht hinnehmbar für die Muslime. Kein Muslim möchte so entehrt werden. Und das wird auch keiner akzeptieren. Ich appelliere hier an die Merkel persönlich direkt – und an den Bundesinnenminister. Wir sind für ein friedliches Zusammenleben. Hier leben Millionen von Muslimen. Und es leben deutsche Brüder überall in den islamischen Ländern. Wenn sie wollen, dass kein Deutscher verschleppt wird, weil es gibt überall Muslime – man hat gesehen, was passiert ist nach den Karikaturen von Westergaard, möge Allah ihn verfluchen. Man hat gesehen, dass Menschen gestorben sind auf dieser Erde. Kein Mensch möchte die Eskalation. Wir möchten diese Eskalation nicht. Aber dafür, dass deutsches Blut auch nirgendwo vergossen wird – deutsche Bürger leben in Ägypten, deutsche Bürger leben in Tunesien, in Marokko und reisen auch in unsere Länder. Bundesminister Friedrich soll sich explizit, und Frau Merkel auch, ganz genau wissen, dass die ihre Bürger in Gefahr setzen, wenn sie das zulassen.“

(YouTube-Kanal „DawaFFM“, 5. Mai 2012)

Nach den gewaltsamen Ausschreitungen im Mai 2012 ist es mehrfach zu wechselseitigen Provokationen zwischen Anhängern rechtspopulistischer bzw. rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien auf der einen Seite und salafistischen Akteuren auf der anderen Seite gekommen: „German Defence League“, „pro

Deutschland“ und „pro NRW“ richteten islamkritische bzw. islamfeindliche Kundgebungen aus, organisierten Gegenaufmärsche zu salafistischen Demonstrationen oder kündigten an, islamfeindliche Publikationen zu verbreiten. So plante z.B. „pro Deutschland“, den Film „Innocence of Muslims“ öffentlich aufzuführen, nachdem sie bereits den Trailer auf ihrer Internetseite veröffentlicht hatte. Die Aufführung fand jedoch nicht statt.

Vereinsrechtliche Maßnahmen des Bundesministeriums des Innern

Mit Verfügung vom 29. Mai 2012 hat der Bundesminister des Innern die salafistisch-„jihadistische“ Vereinigung „Millatu Ibrahim“ verboten und vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die salafistischen Vereine „DawaFFM“ und „Die Wahre Religion“ (DWR) eingeleitet.

„Millatu Ibrahim“



Die Vereinigung „Millatu Ibrahim“ (vgl. Kap. II, Nr. 1) richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Die Verbotsverfügung legt dar, dass diese Vereinigung die Muslime in Deutschland zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufrief und dabei nicht nur gewalttätige Ausschreitungen nachdrücklich befürwortete, sondern zu weiterer Gewalt anstachelte. Das Verbot ist seit dem 16. Juli 2012 unanfechtbar.

„DawaFFM“



Am 13. März 2013 hat der Bundesminister des Innern den salafistischen Verein „DawaFFM“ einschließlich dessen Teilorganisation „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.“ verboten. Aus der Verbotsverfügung geht hervor, dass „DawaFFM“ z.B. das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip als Säulen der bestehenden staatlichen Ordnung sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit ablehnte. Des Weiteren richtete sich der Verein gegen den Gedanken der Völkerverständigung, da er u.a. zum Hass gegen Angehörige anderer Religionen und Vertreter anderer religiöser Überzeugungen aufrief.

Das Missionierungsnetzwerk „DawaFFM“ mit Sitz in Frankfurt am Main (Hessen) ist nach eigenem Bekunden im Jahr 2008 gegründet worden. Sein Angebot richtete sich in erster Linie an junge Muslime sowie Konvertiten. Zur Verbreitung salafistischer Inhalte im Internet nutzte der Verein vorrangig soziale Netzwerke und Videoplattformen.

„Die Wahre Religion“ (DWR)

Die Internetplattform DWR existiert nach eigenen Angaben seit 2005. Gründer von DWR ist Abou-Nagie.

Ziel ist nach eigenen Angaben „die Verbreitung der reinen Botschaft“ des Islam. Dazu sei es notwendig, „die Verhaltensregeln aus dem Koran und der Sunnah zu kennen und zu praktizieren. Diesem Ziel dient die Verteilung und Verbreitung der im Downloadbereich zur Verfügung gestellten Vorträge.“¹⁷⁰



Durch die geschickte Nutzung des Internets gelingt es DWR nicht nur, eine Vielzahl junger Muslime für den Salafismus zu begeistern, sondern sie soweit zu motivieren, dass diese wiederum Da'wa-Aktivitäten entfalten und versuchen, weitere Muslime und Nichtmuslime für den Salafismus zu gewinnen.

DWR verbreitet salafistisches Gedankengut nicht nur über das Internet, sondern führt auch deutschlandweit „Islamseminare“ durch.

Zwar vermeiden Akteure in Teilbereichen des politischen Salafismus nach wie vor offene Aufrufe zur Gewalt und geben vor, ihre Ziele mit politischen Mitteln erreichen zu wollen. Die gewalttätigen Ausschreitungen Anfang Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen haben allerdings gezeigt, wie schnell Salafisten ihr Verhältnis zu Gewalt revidieren können. Diese neue Aktionsform verdeutlicht das auf salafistischer Seite vorhandene Gewaltpotenzial. In erheblichen Teilen der salafistischen Szene in Deutschland hat zudem eine Solidarisierung mit den Gewalttätern stattgefunden.

Bewertung

Mit erneuten gewalttätigen Aktionen salafistischer Akteure muss immer dann gerechnet werden, wenn islamkritische bzw. islamfeindliche Positionen öffentlichkeitswirksam in Deutschland vertreten werden.

Des Weiteren bildet das von Salafisten verbreitete Gedankengut den Nährboden für eine islamistische Radikalisierung, die zuweilen zu Gewaltbereitschaft und schließlich auch zu einer anschließenden Rekrutierung für den islamistischen Terrorismus führen kann.

Es liegen bislang keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Dynamik salafistischer Bestrebungen in Deutschland abschwächt.

¹⁷⁰ Homepage DWR (25. Mai 2012).

IV. Islamismus

1. „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)



Gründung:	1982 im Libanon
Leitung:	Generalsekretär Hasan Nasrallah, Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	950 (2011: 950)
Publikationen:	u.a. „al-Ahd – al-Intiqad“ („Die Verpflichtung – die Kritik“), überregional, wöchentlich; TV-Sender „al-Manar“ („Der Leuchtturm“, Beirut)
Betätigungsverbot in Deutschland gegen „al-Manar“:	Verbotsverfügung vom 29. Oktober 2008

Nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon wurde dort 1982 mit massiver Unterstützung aus dem Iran die „Hizb Allah“ gegründet. Sie entwickelte sich rasch zu einer militanten und dominanten Sammelbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Südlibanon, in den Vororten von Beirut und im Bekaa-Tal (an der Grenze zu Syrien). Die „Hizb Allah“ konnte sich – mit Unterstützung des Iran und Syriens – im Libanon organisatorisch etablieren und ihren Einfluss ausbauen. Bis heute gibt es nachhaltige Verbindungen zwischen der „Hizb Allah“ und diesen beiden Staaten.

Ziele Die „Hizb Allah“ bestreitet das Existenzrecht Israels. Ihr erklärtes Ziel ist der auch mit terroristischen Mitteln geführte und als „legitimer Widerstand“ bezeichnete Kampf gegen Israel als „unrechtmäßigem Besatzer palästinensischen Bodens“.

Eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Libanon strebt die „Hizb Allah“ heute vor allem danach, ihren

Einfluss zu festigen und zu vergrößern. Sie verfügt in der schiitischen Bevölkerung nach wie vor über großen Rückhalt.

Innenpolitisch konzentriert sich die „Hizb Allah“ seit 1992 verstärkt auf die Arbeit im libanesischen Parlament. Bei den letzten Parlamentswahlen 2009 konnte das ehemalige Oppositionsbündnis um die „Hizb Allah“ 57 von 128 Mandaten im Parlament erringen. 2011 wurde der von der „Hizb Allah“ unterstützte sunnitische Politiker Najib Miqati zum neuen Ministerpräsidenten des Libanon gewählt. 2012 beteiligte sich die „Hizb Allah“ zusammen mit der 1975 gegründeten, extremistischen Organisation „Gruppen des libanesischen Widerstandes“ („Afwaj al-Muqawama al-Lubnaniya“ – AMAL) und anderen Parteien an der Regierung im Libanon. Dabei stellte sie die Minister für die Ressorts Verwaltungsreform und Landwirtschaft.

Aktivitäten

Neben den öffentlich wahrnehmbaren politischen Aktivitäten unterhält die „Hizb Allah“ nach wie vor den bewaffneten Arm „al-Muqawama al-Islamiya“ („Islamischer Widerstand“), der zusammen mit dem Sicherheitsdienst der Organisation sowohl für militärische Auseinandersetzungen mit Israel als auch für die Durchführung von Anschlägen, insbesondere gegen israelische und jüdische Ziele, verantwortlich gemacht wird.

Die breit angelegte antiisraelische sowie antijüdische Propaganda wird u.a. über den organisationseigenen TV-Sender „al-Manar“ und über Homepages verbreitet.

In jüngerer Zeit gibt es Hinweise, dass die „Hizb Allah“ ein gewaltsames Vorgehen gegen Israel auch außerhalb des Nahen Ostens wieder aufnehmen könnte. So wurde am 7. Juli 2012 auf Zypern eine Person festgenommen, der vorgeworfen wird, in Anschlagplanungen gegen israelische Ziele auf Zypern involviert gewesen zu sein. Am 18. Juli 2012 starben nach einem Anschlag auf einen mit israelischen Touristen besetzten Reisebus in Burgas (Bulgarien) fünf Israelis, der bulgarische Busfahrer sowie der Attentäter. Die Urheberschaft wird bei der „Hizb Allah“ vermutet, ist allerdings bisher nicht belegt worden.

Am 17. September 2012 hat eine Großkundgebung der „Hizb Allah“ in Dahiyeh (Libanon) anlässlich des am 11. September 2012 im Internet veröffentlichten Trailers zu dem islamfeindlichen

Film „Innocence of Muslims“ stattgefunden. Nasrallah bezeichnete den Film als bisher schlimmsten Angriff auf den Propheten Muhammad. Er forderte weltweit alle Muslime zu Protesten gegen den Film auf.

Aktivitäten in Deutschland

Außerhalb des Libanons ist die „Hizb Allah“ nicht einheitlich strukturiert. In Deutschland pflegen die Anhänger den organisatorischen und ideologischen Zusammenhalt u.a. in örtlichen Moscheevereinen. Die junge Anhängerschaft vernetzt sich verstärkt über das Internet (soziale Netzwerke, Foren).

Jedes Jahr beteiligen sich „Hizb Allah“-Anhänger am letzten Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan an der Demonstration zum „al-Quds-Tag“ in Berlin. Ayatollah Khomeini hatte 1979 den „Jerusalem-Tag“ ausgerufen, um die Muslime an ihre Pflicht zur „Befreiung“ der heiligen Stadt zu erinnern. Nahmen in den 1990er Jahren noch bis zu 3.000 Personen an dieser Demonstration teil, hatte sich die Teilnehmerzahl in den letzten Jahren kontinuierlich verringert (2011: ca. 600 Teilnehmer). 2012 war mit der Teilnahme von 1.100 Personen erstmals wieder eine Steigerung zu verzeichnen.

Der diesjährige Anstieg der Teilnehmerzahl an der „al-Quds“-Demonstration in Berlin auf fast das Doppelte des Vorjahres ist in Zusammenhang mit der Krisensituation im Nahen und Mittleren Osten zu sehen.

Seit dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon am 25. Mai 2000 finden zudem jährlich „Siegesfeierlichkeiten“ zum „Tag der Befreiung“ statt. Am 26. Mai 2012 beteiligten sich in Berlin ca. 700 Teilnehmer an der bundesweit größten Veranstaltung aus diesem Anlass. Der Stellenwert dieser überregionalen Veranstaltung wird auch durch die Teilnahme von „Hizb Allah“-Abgeordneten des libanesischen Parlaments deutlich.

Im September 2012 kam es in mehreren Städten im Bundesgebiet zu Demonstrationen als Reaktion auf den Trailer des islamfeindlichen Films „Innocence of Muslims“, die von „Hizb Allah“-Anhängern organisiert wurden bzw. an denen „Hizb Allah“-Sympathisanten teilnahmen. Die Demonstrationen verliefen störungsfrei.

Die „Hizb Allah“-nahen Moscheevereine in Deutschland finanzieren sich in erster Linie durch Spendengelder, die vorwiegend im Rahmen religiöser Feierlichkeiten gesammelt werden, sowie durch Mitgliedsbeiträge. Darüber hinaus unterstützen „Hizb Allah“-Anhänger aus Deutschland die Organisationen im Libanon finanziell.

Finanzierung

Der in Deutschland ansässige Spendensammelverein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ (WKP) erzielt Spenden vorwiegend durch sogenannte Patenschaftsverträge, die längerfristig einen festen monatlichen Betrag zur Unterstützung eines Kindes im Libanon vorsehen. Darüber hinaus werden Spendensammeldosen in Moscheevereinen oder libanesischen Lebensmittelläden aufgestellt. Die in Deutschland vom WKP gesammelten Gelder werden an die „al-Shahid Association“ („Märtyrer-Stiftung“) mit Sitz im Libanon transferiert, die Teil des Sozialnetzwerkes der „Hizb Allah“ ist.

Organisierte Spendensammlungen

Die in Deutschland lebenden Anhänger der „Hizb Allah“ sind aufgrund verwandtschaftlicher, geschäftlicher und persönlicher Kontakte eng mit dem Libanon verbunden. Sie entfalten – bezogen auf mögliche Aktivitäten für die „Hizb Allah“ – wenig Außenwirkung und weisen ein eher unauffälliges Verhalten auf, das im privaten Alltag auf Sicherung des Lebensstandards ausgerichtet ist. Die von Deutschland aus feststellbaren finanziellen sowie logistischen Hilfen für die „Hizb Allah“ im Libanon fördern jedoch den bewaffneten Kampf gegen Israel.

Bewertung

Die Demonstrationen mit „Hizb Allah“-Bezügen gegen den Trailer des islamfeindlichen Films „Innocence of Muslims“ in Deutschland zeigen die Bereitschaft der Anhänger, Aufrufen von Nasrallah Folge zu leisten.

2. „Islamische Widerstandsbewegung“ („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ – HAMAS)



Gründung:	Anfang 1988 im Gazastreifen/ heutiges palästinensisches Autonomiegebiet
Leitung:	Khalid Mash'al (Sitz: bis Januar 2012 Damaskus/Syrien), Isma'il Haniya (Sitz: Gazastreifen)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	300 (2011: 300)

Nach Beginn der ersten „Intifada“ („Aufstand“) der Palästinenser im Dezember 1987 schlossen sich Anfang 1988 die palästinensischen Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB, vgl. Kap. IV, Nr. 8) unter Führung von Ahmad Yasin zur HAMAS zusammen. Als Gründungsdatum wird von der Organisation der 14. Dezember 1987 angegeben.

In ihrer Charta bekennt sich die HAMAS zu dem Ziel, einen islamischen Staat auf dem gesamten Gebiet „Palästinas“ zu errichten. Unter „Palästina“ versteht die HAMAS das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan, somit auch das Territorium des Staates Israel.

Die HAMAS fordert die Beseitigung des Staates Israel und lehnt eine Zweistaatenlösung ab. Zur Verwirklichung dieses Zieles befürwortet sie Gewalt und wendet diese strategisch an, um Friedensgespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu vereiteln oder um Vergeltung für Maßnahmen israelischer Sicherheitskräfte gegen die HAMAS zu üben.

Im November 2012 brachen die heftigsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der HAMAS seit dem Gazakrieg Ende 2008/Anfang 2009 aus. Bis zur Verkündung eines Waffenstillstands am 21. November 2012 kam es zu Luftangriffen von Israel auf HAMAS-Stellungen im Gazastreifen und zu Raketenangriffen der HAMAS aus dem Gazastreifen auf Israel. Hierbei

gelang es der HAMAS erstmalig, israelische Großstädte mit Raketen zu attackieren.

Die HAMAS ist ein einheitliches Gebilde, dessen verschiedene Zweige in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen.¹⁷¹ Dabei werden im Wesentlichen drei Bereiche unterschieden: Der politische Bereich ist zugleich für die Gesamtleitung der Organisation verantwortlich. Die „Izzaddin al-Qassam-Brigaden“ sind maßgeblich verantwortlich für terroristische Aktivitäten, insbesondere in Form zahlreicher Selbstmordanschläge gegen israelische Ziele. Vor allem aufgrund der Aktivitäten des sozialen Bereichs mit seinen karitativen Einrichtungen und Bildungsstätten hat die HAMAS Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung.

Aufbau

Der Bürgerkrieg in Syrien hatte maßgeblichen Einfluss auf die Aktivitäten der HAMAS. Im Januar 2012 sah sich die HAMAS – auch vor dem Hintergrund der in Opposition zum Regime von Machthaber Assad stehenden MB – gezwungen, ihren Hauptsitz in Damaskus (Syrien) aufzulösen und sich vom syrischen Regime zu distanzieren.

Auflösung Hauptquartier in Syrien

Deutschland wird von der HAMAS als Rückzugsraum betrachtet, in dem die Organisation sich darauf konzentriert, Spendengelder zu sammeln, neue Mitglieder zu gewinnen und ihre Propaganda zu verbreiten.

Aktivitäten in Deutschland

Die HAMAS tritt in Europa nicht offen auf. Als Plattform nutzt sie stattdessen u.a. das „Palestinian Return Centre“ (PRC) mit Sitz in London (Großbritannien).

Das PRC fordert ein „Rückkehrrecht“ für palästinensische Flüchtlinge nach Israel. Diese Forderung wird durch Veranstaltungen und Publikationen unterstützt. Seit 2003 organisiert das PRC jährlich im Frühjahr eine internationale Großveranstaltung („Palestinians in Europe Conference“) mit mehreren Tausend Teilnehmern in verschiedenen europäischen Städten.

¹⁷¹ Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 3. Dezember 2004 – 6A 10.02 – (DVBl. 2005, S. 290 ff).

In Deutschland fand die Konferenz bislang dreimal statt (2004, 2010 und 2011). „Generalsekretär“ dieser Veranstaltungsreihe ist der in Österreich lebende Adel Doghman, der öffentlich auch als „Adel Abdallah“ auftritt. Er leitete die „Palästinensische Vereinigung in Österreich“, die 2003 von den USA wegen Zugehörigkeit zum weltweiten HAMAS-Finanzierungsnetzwerk in die Liste der Organisationen aufgenommen wurde, die den Terrorismus unterstützen.

An der diesjährigen „10. Konferenz der Palästinenser in Europa“ am 28. April 2012 in Kopenhagen (Dänemark) nahmen ca. 4.500 Personen teil, hierunter auch eine größere Anzahl aus Deutschland. Das Motto der Konferenz lautete „Unser Frühling lässt unsere Rückkehr sprießen – Jerusalem ist unser und Freiheit für die Gefangenen“.

In seinen Redebeiträgen bekräftigte Doghman das „Rückkehrrecht“ palästinensischer Flüchtlinge:

„Von diesem Podium hier auf der zehnten Konferenz sagen wir (...): Wir sind stärker als zuvor, wir sind stärker als zuvor! Wir durchleben in diesem Jahr einen arabischen Frühling, der andauern wird, bis er in Form der Rückkehr in Palästina, in Jerusalem und in der al-Aqsa-Moschee erblühen wird.“

„Unser Volk bekräftigt Tag für Tag, dass es an seiner Identität festhält, dass es an seiner Sache festhält, dass es an der Rückkehr in seine Dörfer, in seine Heimat Palästina festhält, ohne dass dieses Recht in irgendeiner Weise angetastet werden kann. Dieses Recht ist ein heiliges Recht. Es ist unausweichlich, dass wir nach Palästina zurückkehren.“

(Internetvideos, 8. und 15. Mai 2012)

Als prominenter Gastredner trat Jamal al-Khudari, ehemaliger Minister der 2006 u.a. von der HAMAS gebildeten Regierung, auf. Ferner befanden sich unter den Gastrednern auch mehrere Personen aus Deutschland.

Bewertung Die HAMAS nutzt westliche Staaten wie Deutschland als Rückzugsgebiet und Aktionsraum für propagandistische Vorhaben, aus denen auch logistische und finanzielle Unterstützung durch

Spendengelder generiert werden. Ihre hoch motivierten und gut organisierten Anhänger versuchen weiterhin, den Einfluss der HAMAS auf die palästinensischstämmige Bevölkerung in Deutschland auszubauen, um für eine Solidarisierung mit den Zielen der HAMAS im Gazastreifen zu werben. Gleichzeitig ist die HAMAS bemüht, in westlichen Staaten nicht in das Blickfeld der Sicherheitsbehörden zu geraten. Im Zusammenhang mit den militärischen Auseinandersetzungen im November 2012 kam es auch in Deutschland zu antiisraelischen Demonstrationen aus dem HAMAS-Spektrum. Die Lage beruhigte sich zeitnah nach der Verkündung des Waffenstillstands.

3. „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKS)

Gründung:	Anfang der 1990er Jahre im Kaukasus
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	insgesamt 500 (2011: 500)
Die Organisation ist gespalten in „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)	
Leitung:	Ahmed Zakaev
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	300 (2011: 300)
und „Kaukasisches Emirat“ (KE)	
Leitung:	Dokku Umarov
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2011: 200)



Nach dem Zerfall der UdSSR führte die 1991 in Tschetschenien gegründete CRI einen Guerillakrieg für die Unabhängigkeit der Teilrepublik von der Russischen Föderation und die Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage der Scharia.



2007 proklamierte Umarov, der damalige CRI-Präsident, das islamistisch ausgerichtete KE, das mit terroristischen Mitteln für einen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus kämpft. Dieser Strategiewechsel führte zur Spaltung. Die Leitung der CRI übernahm Zakaev, der sich auf die politische Durchsetzung des Unabhängigkeitsbestrebens für Tschetschenien beschränkt.

Innerhalb des Verfassungsschutzverbundes wird übergreifend der Begriff NKSB verwendet.

Aktuelle Entwicklungen

In einer im Februar 2012 veröffentlichten Videobotschaft erklärte Umarov, dass die „Mujahidin“ unter seinem Kommando zukünftig russische Zivilisten bei Anschlägen verschonen würden. Er habe allen Kämpfern und den innerhalb des KE agierenden Untergruppierungen, die Anschläge gegen die Russische Föderation planen, befohlen, „unschuldige Opfer“ zu vermeiden. Russische Militär- und Sicherheitskräfte sowie die prorussische Führung in Tschetschenien sollten jedoch weiterhin legitime Angriffsziele bleiben. Mit dieser Botschaft machte Umarov erstmals Zugeständnisse und dürfte damit auch der Mehrheit der in Deutschland lebenden Kaukasier entsprechen, die Anschläge mit zivilen Opfern ablehnen.

Mit einer im Mai 2012 veröffentlichten Videobotschaft wandte sich Umarov entgegen sonstiger Gepflogenheit an die Tschetschenen, die „zerstreut außerhalb des Kaukasus leben“, und rief sie zur Vereinigung und zum Anschluss an die „Mujahidin“ auf.

Im Juli 2012 schloss sich die in Tatarstan (Autonome Republik der Russischen Föderation) ansässige Gruppierung „Mujahidin von Tatarstan“ dem KE an und schwor Umarov die Treue. Damit weitete sich das Emirats vom Nordkaukasus in den östlichen Teil des europäischen Russlands aus. In einer Videobotschaft bekannte sich der Anführer und Militärführer „Muhammad“ zu einem Doppelattentat auf zwei Vertreter der offiziellen Führung der Muslime in Tatarstan. Er wandte sich an die dortigen Imame mit der Forderung, zu den Grundlagen der Scharia zurückzukehren, und rief zur Beteiligung am „Jihad“ auf.

Vom 7. bis 23. Februar 2014 werden die Olympischen Winterspiele in Sotschi (Krasnodar, Russland, Grenzgebiet zum Nordkaukasus) stattfinden. Kaukasische „Mujahidin“ hatten bereits im Vorfeld angekündigt, Sportveranstaltungen und -stätten verstärkt als Angriffsziel ins Visier zu nehmen. Anfang 2011 wurden in der Nähe von Sotschi Anschläge verübt. Obwohl keine Bekenner-schreiben vorliegen, gehen die russischen Sicherheitsbehörden von der Urheberschaft militanter kaukasischer Gruppierungen aus.

Olympische Winterspiele in Sotschi 2014

Darüber hinaus werden auch in der autonomen Republik Tatarstan internationale Sportwettkämpfe ausgetragen (Sommer-Universiade 2013, Schwimmweltmeisterschaft 2015, FIFA Confederations Cup 2017). Die Gruppierung „Mujahidin von Tatarstan“ hat in diesem Zusammenhang mit militanten Aktionen gedroht.

In Deutschland und Europa werden vorrangig Gelder zur Unterstützung der militanten Separatistenbewegung im Nordkaukasus gesammelt. Einzelpersonen sind hierbei mit kriminell organisierten Strukturen in Europa, insbesondere in Belgien, Österreich und Tschechien vernetzt.

Aktivitäten in Deutschland

Anschläge und Anschlagversuche des KE bzw. kaukasischer Gruppierungen in der Russischen Föderation sollen dem Kaukasus-Konflikt weltweite Aufmerksamkeit sichern und zudem die angebliche Unfähigkeit russischer Sicherheitsbehörden demonstrieren.

Bewertung

Von Anhängern der NKS in Deutschland geht nach bisherigen Erkenntnissen keine Bedrohung für Personen oder Einrichtungen aus. Deutschland dient primär als Rückzugsraum für die finanzielle und logistische Unterstützung der Organisation im Nordkaukasus. Es liegen zudem keine Anhaltspunkte vor, dass sich die seit Jahren konstanten Anhängerzahlen in Deutschland in naher Zukunft deutlich verändern werden.

4. „Türkische Hizbullah“ (TH)

Gründung:	1979 in Batman (Türkei)
Leitung:	Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	350 (2011: 350)
Publikationen:	„Yeni Müjde“ („Neue Frohe Botschaft“), „Inzar“ („Warnung“), „Doğru Haber“ („Wahre Nachricht“), „Kelhaamed“ („Prächtiges Diyarbakir“), „Kendi Dilinden Hizbullah“ („Die Hizbullah in eigenen Worten“)

Die TH entstand laut einem im Jahr 2012 veröffentlichten Manifest 1979 durch den Zusammenschluss kleiner kurdischer Gruppierungen in Batman (Türkei). Obwohl die Anhänger der TH mehrheitlich sunnitische Kurden sind, wird der Begriff „Türkische Hizbullah“ in Abgrenzung zur schiitischen libanesischen „Hizb Allah“ (vgl. Kap. IV, Nr. 1) verwendet.

Ziele Hauptziel der Organisation ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines weltumfassenden Staates auf der Grundlage der Scharia. Zur Umsetzung ihrer Vorstellungen rechtfertigt die TH die Anwendung von Gewalt.

Auseinandersetzungen in der Türkei Der Organisation, die sich von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre blutige Auseinandersetzungen mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, vgl. Berichtsteil „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)“, Kap. II, Nr. 1.2) lieferte, wurden in der Vergangenheit eine Vielzahl von Morden und weiteren Gewalttaten zugerechnet, u.a. gegen liberale türkische Journalisten und Staatsvertreter sowie „Verräter“ aus den eigenen Reihen.

In den Jahren 1999/2000 wurde die Organisation in der Türkei durch Exekutivmaßnahmen empfindlich geschwächt. Bei einer dieser Maßnahmen wurden ihr damaliger Anführer Hüseyin Veliöglu getötet und zahlreiche Führungsfunktionäre verhaftet. Der Verfolgungsdruck führte dazu, dass sich zahlreiche TH-Aktivist*innen nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland, absetzten.

2011 wurden mehrere TH-Funktionäre, die in der Türkei zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, aus der Haft entlassen. Dazu zählt auch Edip Gümüş, der im Januar 2012 in einem Manifest anlässlich des 12. Todestages des ehemaligen Anführers Veliöglu als neuer Anführer der Organisation benannt wurde.

Manifest (2012)

In dem Manifest werden die Grundprinzipien des ideologischen Hauptwerkes der Organisation, „Die Hizbullah in eigenen Worten“ („Kendi Dilinden Hizbullah“), fortgeschrieben. Demnach betrachtet sich die TH als die einzige legitime Vertretung des kurdischen Volkes in „Nordkurdistan“ und hält es für ihre Pflicht, für die „Befreiung“ von „besetztem islamischem Boden“ zu kämpfen. Ferner sollen alle Bewegungen unterstützt werden, die für die „Befreiung“ Jerusalems aktiv sind. Neben radikalen Vorstellungen bezüglich einer „koran-konformen“ Erziehung wird auch das „Märtyrertum“ glorifiziert:

„Artikel 32 – Die Glaubensgemeinschaft Hizbullah sieht das Märtyrertum, die Inhaftierung und die Auswanderung als eine natürliche Folge des Kampfes an und hält es für eine ihrer Hauptaufgaben, sich um die Familien der Märtyrer, der Inhaftierten und der Ausgewanderten zu kümmern und sich dieser anzunehmen.“

(„Hizbullah Cemaat'nin Manifestosu“/Manifest TH, Januar 2012)

2012 fand – wie bereits im Vorjahr – eine Veranstaltung anlässlich der „Geburt des Propheten“ („Kutlu Doğum“) in Temse (Belgien) statt. An dem Treffen im April 2012 beteiligten sich 2.000 Personen aus ganz Europa. Aus Deutschland reisten u.a. Teilnehmer aus Hamburg, Leipzig (Sachsen) und Wiesbaden (Hessen) an.

Veranstaltung anlässlich der „Geburt des Propheten“

Bei der Veranstaltung wurde eine Grußbotschaft des neu ernannten Anführers Gümüş verlesen, die von den Zuhörern mit den

Worten „Lebbeyk ya Edip, Lebbeyk ya Hizbullah“ – sinngemäß „Zu Diensten Edip, zu Diensten Hizbullah“ – bejubelt wurde.

Bewertung Die TH nutzt Deutschland als Rückzugsraum zur personellen und logistischen Reorganisation. Die Organisation sammelt in Deutschland Spenden, vertreibt Publikationen und lädt – oftmals aus religiösen oder kulturellen Anlässen – zu Veranstaltungen ein. Die TH ist dabei bemüht, ihre verdeckten Strukturen in Deutschland auszubauen. Dabei werden die Mitglieder und Anhänger auch zukünftig für Außenstehende keinen Organisationsbezug erkennen lassen, da sie sich weiterhin des hohen Verfolgungsdrucks, insbesondere in der Türkei, bewusst sind.

5. „Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“)



Gründung:	1953 in Jerusalem (Israel)
Leitung:	Ata Abu al-Rashta alias Abu Yasin (seit April 2003)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	300 (2011: 300)
Publikationen:	„al-Khilafa“ („Das Kalifat“, englisch und arabisch); „Hilafet“ („Das Kalifat“, türkisch) und „Köklü Değişim“ („Grundlegender Wandel“, türkisch); „al-Waie“ („Das Bewusstsein“, arabisch); „Expliciet“ (niederländisch)
Betätigungsverbot in Deutschland:	Verbotsverfügung vom 10. Januar 2003

Die HuT wurde 1953 von Taqiaddin al-Nabhani (1909-1977) in Jerusalem (Israel) gegründet. Sein Hauptwerk „Die Lebensordnung des Islam“ („Nizam al-Islam“) bildet bis heute die ideologische Grundlage der Organisation. Demnach regelt der Islam

abschließend alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Belange sowie das Alltagsleben.

Ziel der panislamisch ausgerichteten HuT ist die Vereinigung der Gemeinschaft aller Muslime (Umma) in einem einzigen, die ganze Welt umfassenden Staatsgebilde. Gesetzliche Grundlage dieses unter der Führung eines Kalifen stehenden Staates (Kalifat) soll die islamische Rechtsordnung (Scharia) sein. **Ziele**

In einer Erklärung auf der Internetseite der HuT heißt es zum Absolutheitsanspruch des Kalifats:

„Die Umma erkennt mehr und mehr, dass nur ein Islamischer Staat die Menschheit ideologisch führen kann, weil eben einzig die islamische Lebensordnung diejenige ist, die der Natur des Menschen entspricht und bewiesen hat, dass sie bei richtiger Anwendung zum Aufstieg der Völker geeignet ist.“

(Homepage HuT, 15. Oktober 2012)

Die HuT sieht alle Muslime in der Pflicht, sich aktiv für die Wiedererrichtung des Kalifats einzusetzen. Zu diesem Zweck bemüht sich die Organisation insbesondere um die Rekrutierung angehender Akademiker, die perspektivisch in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen platziert werden sollen, um zu einem späteren Zeitpunkt die Macht zu übernehmen und das Kalifat zu errichten. Die häufig jungen Sympathisanten der HuT werden dazu in meist wöchentlichen Schulungen an die Lehren des Gründers al-Nabhani herangeführt.

Gewalt wird als legitimes Mittel zur Errichtung und Ausbreitung des Kalifats angesehen: **Befürwortung von Gewalt**

„Das Kalifat wird Armeen entsenden, deren Gleichschritt die Erde zum Beben bringt und Raketen in den Himmel jagen, die die Sonne über dem ungläubigen Westen verdunkeln – auf dass die Verbrecher bestraft werden (...).“

(Homepage HuT, 24. September 2012)

Auch aktuelle tagespolitische Themen können Anlass für Gewalt befürwortende Kommentare sein: Die Veröffentlichung des Trailers zum islamfeindlichen Film „Innocence of Muslims“ war Auslöser für Angriffe auf diplomatische Vertretungen in Ägypten, Tunesien, Jemen und im Sudan zwischen dem 11. und 15. September 2012.

„Auf feindselige Angriffe reagiert die Umma nicht mehr mit Dialogbereitschaft und Besänftigung, sondern zeigt ihre Zähne und bietet der Welt die Stirn. Sie hat erkannt, dass der sogenannte Dialog mit den hasserfüllten Vertretern der kapitalistischen Ideologie zu keinem Resultat führt.“

(Homepage HuT, 24. September 2012)

Beschwerde beim EGMR erfolglos

Die Organisation kennzeichnet eine ausgeprägte antisemitische und antiisraelische Grundhaltung, die mit dem Gedanken der Völkerverständigung unvereinbar ist. 2003 wurde der HuT durch den Bundesminister des Innern die Betätigung im Bundesgebiet untersagt. Die Beschwerde der HuT (und mehrerer ihrer Mitglieder) beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde im Juni 2012 für unzulässig erklärt. Die Ziele der HuT stünden „in klarem Gegensatz zu den Werten der [Menschenrechts-] Konvention, namentlich dem Bekenntnis zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und der Unantastbarkeit menschlichen Lebens.“¹⁷²

Aktivitäten in Deutschland und Europa

Obwohl die HuT seit dem Betätigungsverbot in Deutschland nicht mehr öffentlich auftritt, strahlen ihre Aktivitäten hierher aus. In Europa wird – ausgehend von Großbritannien und Österreich – der Großteil der medialen Agitation der HuT über das Internet verbreitet. Darüber hinaus finden in Großbritannien regelmäßig Vortragsveranstaltungen, Flugblattaktionen und Demonstrationen statt.

Deutsche HuT-Aktivist*innen weichen in Nachbarländer aus, in denen die Organisation nicht verboten ist. Ende Juni 2012 fand in Amsterdam (Niederlande) eine internationale HuT-Konferenz mit

¹⁷² EGMR, 5. Sektion, Entscheidung vom 12. Juni 2012, Individualbeschwerde Nr. 31098/08.

mehreren Hundert Teilnehmern statt, an der auch eine große Anzahl von Sympathisanten aus Deutschland teilnahm. Eine ähnliche Veranstaltung im März 2012 in Österreich wurde nicht zuletzt aufgrund massiver Reaktionen aus Politik, Gesellschaft und Medien durch die dortigen Behörden untersagt. Bereits im Vorfeld war die Ausrichtung einer gleichartigen Konferenz in Belgien verboten worden.

Die HuT kann in Deutschland aufgrund des Betätigungsverbots keine öffentlichen Aktivitäten entfalten, setzt jedoch ihre Agitation und die Rekrutierung neuer Mitglieder im Untergrund fort. Insbesondere jüngere Menschen werden von der HuT für ihre extremistische und integrationsfeindliche Ideologie angeworben. Es gibt etliche Fälle, in denen HuT-Anhänger den Weg in „jihadistische“ Kreise gefunden haben. Die stagnierende Mitgliederzahl der HuT in Deutschland ergibt sich aus den relativ gleichbleibenden Zu- und Abgängen. Dieser Trend ist auch in Zukunft zu erwarten.

Bewertung

**6. „Tablighi Jama’at“
(TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)**

Gründung:	um 1926 in Indien
Leitung:	Welt-Schura-Rat
Vorsitzender:	Maulana Ibrahim Saad
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	700 (2011: 700)

Die TJ wurde um 1926 von Maulawi Mohammad Ilyas (1885-1944) als islamische Erweckungs- und Missionierungsbewegung in Britisch-Indien gegründet. Die Organisation expandierte über den indischen Subkontinent nach Südasien, später auf die arabische Halbinsel und über Afrika und Europa (in den 1960er Jahren) bis Nordamerika. Heute ist die TJ eine transnationale Massenbewegung mit weltweit zehn bis zwölf Millionen Anhängern.

Transnationale Massenbewegung

Die TJ ist hierarchisch gegliedert und wird durch einen Führungszirkel (Schura) mit Zentren in Dhaka (Bangladesch), Neu-Delhi



(Indien) und Raiwind (Pakistan) geleitet. Neben einigen bekannten Zentren auf nationaler Ebene wird eine übergeordnete Zentrale für Europa in Dewsbury (Großbritannien) vermutet.

**Ideologie/
Missionierung** TJ-Gründer Ilyas leitete aus dem Gebot des Koran, „das Rechte zu befehlen und das Verwerfliche zu verbieten“, die Pflicht aller Muslime zur Verbreitung der islamischen Botschaft ab. Durch weltweite Missionierung versucht die TJ dementsprechend, Muslime von einer Lebensführung zu überzeugen, die vollkommen durch ihr enges, an der islamischen Frühzeit orientiertes Verständnis islamischer Vorschriften geregelt ist. Inhaltliche und organisatorische Vorgaben der TJ-Führung werden auf sogenannten Ratsversammlungen vermittelt, die auf regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene regelmäßig stattfinden. Weltweit haben 2012 internationale Treffen u.a. in der Türkei, Skandinavien, Frankreich, Italien und Pakistan stattgefunden. Teilnehmen kann an diesen Versammlungen nur, wer sich – zunächst als Laienprediger – auf Missionierungsreisen bewährt hat.

**Katalysator für
„jihadistische“
Rekrutierungs-
bemühungen** Die mit der Rückbesinnung auf den „ursprünglichen“ Islam und dessen Propagierung einhergehende Ablehnung westlicher Wertvorstellungen kann desintegrativ wirken und zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen. Wenngleich die TJ selbst keine Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele propagiert, können islamistische Radikalisierungsprozesse bis hin zur Bereitschaft, terroristische Gewalttaten zu begehen, befördert werden. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die TJ „jihadistischen“ Organisationen und Netzwerken als Rekrutierungspool dient. In Einzelfällen sollen Mitglieder terroristischer Netzwerke die Infrastruktur der TJ auch für ihre Ausreise in ein „Jihad“-Gebiet missbraucht haben.

**Aktivitäten in
Deutschland** Die Anhängerzahl der TJ in Deutschland stagniert seit Jahren. Die Organisation finanziert sich aus Eigenmitteln ihrer Anhänger und Spenden. Die Aktivitäten werden über ein hierarchisch aufgebautes Netzwerk herausragender Akteure sowie informelle Kontakte der Anhänger untereinander koordiniert. Eine übergeordnete, weisungsbefugte Instanz ist in Deutschland nicht feststellbar. Als bedeutsame TJ-Standorte gelten Berlin, Bochum (Nordrhein-Westfalen), Friedrichsdorf (Hessen), Hamburg, Hannover (Niedersachsen), Köln (Nordrhein-Westfalen), München und Pappenheim (beide Bayern). An überregionalen Versammlungen

der TJ haben im Berichtszeitraum in Frankfurt am Main (Hessen) im Februar 2012 ca. 250 und in Hamburg im Juni 2012 ca. 400 Anhänger teilgenommen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 25. Oktober 2011 ausgeführt, dass die TJ keine Vereinigung sei, die sich selbst terroristisch betätigt oder die Begehung terroristischer Taten durch Dritte (und sei es auch nur durch Werben für terroristische Ideologien und Ziele) fördert oder befürwortet. Das reine Bekenntnis zur TJ ist kein Ausweisungsgrund.

**Einbürgerung/
Zugehörigkeit zur TJ**

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat allerdings in seinem Urteil vom 7. Juni 2012 die Abweisung der Klage eines pakistanischen Staatsangehörigen auf Einbürgerung wegen Zugehörigkeit zur TJ bestätigt und festgestellt, dass die Zugehörigkeit zur TJ ein Einbürgerungshindernis darstellt, weil sich die TJ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Die TJ tritt als friedliche, unpolitische Bewegung auf, die vorgibt, ausschließlich die religiöse Rückbesinnung des einzelnen Muslims im Blick zu haben. Die Missionierungsbewegung stützt sich jedoch bis heute auf Schriften aus ihrer Gründerzeit, die fordern, dass alle Regeln der Scharia unverändert praktiziert werden müssen. Als unfehlbarer Kanon soll ausschließlich die Scharia das gesamte religiöse, politische, soziale und individuelle Leben sowohl der Muslime als auch das der im islamischen Staat geduldeten Andersgläubigen regeln. „Menschengemachtes“ Recht, und damit auch Demokratieprinzip, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheitsgrundsatz sowie der Schutz von Individual- und Minderheitenrechten, wird von dieser Ideologie und der auf ihr basierenden Staatsvorstellung abgelehnt.

Bewertung

7. Iranischer Einfluss auf in Deutschland lebende Schiiten

In Deutschland existieren eine Reihe schiitisch-islamischer Zentren und Organisationen regimetreuer Iraner, mit deren Hilfe das iranische Regime versucht, Einfluss auf hier lebende Schiiten unterschiedlicher Nationalität zu nehmen.

Diese Zentren und Organisationen sind der iranischen Staatsführung unterstellt und damit auch der iranischen Verfassung



und der ihr zugrundeliegenden theokratischen Staatsdoktrin verpflichtet, nach der die Staatsgewalt nicht vom Volk ausgeht, sondern allein religiös legitimiert wird.

„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)



Das größte und einflussreichste Zentrum ist das 1962 gegründete IZH, das Träger der „Imam Ali Moschee“ in Hamburg ist. Der Leiter des IZH Reza Ramezani gilt als Vertreter des „Revolutionsführers“ der Islamischen Republik Iran – derzeit Ayatollah Seyyed Ali Khamenei – in Mitteleuropa.

Auch 2012 setzte Ramezani seine Bemühungen fort, das IZH und sich selbst als unpolitisch, kooperativ und für eine moderate Islaminterpretation stehend darzustellen. Gleichwohl sind die Aktivitäten des IZH weiterhin darauf ausgerichtet, die islamische Lehre schiitisch-iranischer Prägung auf unterschiedlichste Art und Weise in Deutschland und Europa zu verbreiten. Hierzu gehört auch die Unterstützung schiitischer Vereine in Deutschland.

Das IZH organisiert u.a. regelmäßige Gebets- und Vortragsveranstaltungen, religiöse Feierlichkeiten sowie Sprachunterricht und andere Lehrveranstaltungen. Hierzu unterhält es ein großes Angebot an eigenen Schriften.

Am 18. August 2012 nahmen Führungsfunktionäre des IZH an der jährlich in Berlin durchgeführten Demonstration anlässlich des „al-Quds“-Tages teil (vgl. Kap. IV, Nr. 1).

Am 25. August 2012 feierte das IZH unter dem Motto „50 Jahre Blaue Moschee an der Alster“ sein 50-jähriges Bestehen und versuchte dabei, sich im Sinne ihres Leiters Ramezani als offene und dialogbereite Einrichtung nach außen darzustellen. Auch die Werbekampagne wurde modern gehalten. Nach eigener Darstellung des Zentrums besuchten mehr als 4.000 Muslime und Nichtmuslime die Veranstaltung.

Bewertung Die extremistische Ausrichtung des IZH besteht unverändert fort. Die Aktivitäten des Zentrums sind nach wie vor durch den unverändert gültigen Auftrag der iranischen Verfassung zur Errichtung einer islamischen Weltgemeinschaft iranischer Prägung bestimmt. Derzeit gibt es keine Anhaltspunkte für eine Änderung dieser Linie.

**8. „Muslimbruderschaft“
(MB – „Gama’at al-Ikhwan al-Muslimin“)**

Gründung:	1928 in Ägypten
Leitung:	Muhammad Badi (Sitz: Ägypten)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	1.300 (2011: 1.300)
Publikationen:	„Risalat al-Ikhwan“ („Rundschreiben der Bruderschaft“)



Die MB wurde 1928 in Ägypten von dem Lehrer Hasan al-Banna (1906-1949) gegründet. Sie ist die älteste und einflussreichste sunnitische islamistische Bewegung. Nach eigenen Angaben ist sie in mehr als 70 überwiegend muslimischen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung vertreten und agiert dabei häufig unter anderem Namen. Neben dem Gründer al-Banna beeinflussen vor allem die Lehren von Sayyid Qutb (1906-1966) die MB bis heute. Zahlreiche islamistische Organisationen, z.B. die ägyptischen Gruppierungen „al-Gama’a al-Islamiya“ (GI) und „al-Jihad al-Islami“ (JI) sowie die palästinensische HAMAS (vgl. Kap. IV, Nr. 2), sind aus der MB hervorgegangen.

Ursprüngliches Ziel der MB war es, die Kontrolle Großbritanniens über das Königreich Ägypten zurückzudrängen. Dabei propagierte die MB die Rückkehr zu den „wahren“ Werten des Islam und strebte die Schaffung eines „wahrhaft islamischen Staates“ an. Am Ende dieser Entwicklung sollte ein föderales, islamisches Weltreich unter Führung eines Kalifen (Kalifat) stehen.

Ziele

Heute plädiert die MB für die Errichtung eines „bürgerlichen Staates mit islamischen Werten“. Die MB-Partei „Freedom and Justice Party“ (FJP – „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“) fordert, dass die Scharia als von Gott geschaffene islamische Rechts- und Werteordnung Hauptquelle der Gesetzgebung sein müsse und auf alle Lebensbereiche anzuwenden sei.

In einer Erklärung vom 31. Oktober 2012 äußerte sich die MB zur Scharia wie folgt:

„Die Scharia weckt somit den Glauben, bessert das Verhalten, verbessert die allgemeine Umwelt der gesamten Gesellschaft und bessert die Moral auf, und zwar durch Überzeugung und Erziehung, ohne irgendeinen Zwang. Zum Schutz dieser auf der Basis der Scharia gegründeten zivilisierten Gesellschaft ist das Strafsystem die Verkörperung höchster Gerechtigkeit und Genauigkeit. Niemand wird bestraft, es sei denn, er begeht eine konkrete Straftat. Zuvor wird die Gesellschaft darauf vorbereitet, die Scharia zu verstehen und zu akzeptieren, die behutsam und schrittweise angewandt würde, um ihre für den Menschen und die Gesellschaft unabdingbaren Zwecke zu erreichen, nämlich sowohl Glaube, Geist und Seele als auch privates Eigentum und Geld zu schützen, um so schließlich zu psychischer und physischer Sicherheit in der Gesellschaft zu gelangen.“
(Homepage MB, 21. November 2012)

Seit den 1970er Jahren formuliert die MB ausdrücklich den Verzicht von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele. Eine Ausnahme bildet jedoch der „Widerstand“ gegen „Besatzer“, worunter die MB vor allem Israel versteht. Vor diesem Hintergrund rufen führende Mitglieder der MB regelmäßig dazu auf, „Palästina“ zu „befreien“ und die HAMAS (vgl. Kap. IV, Nr. 2) zu unterstützen. Die MB, die den Staat Israel nicht anerkennt, fordert Nachverhandlungen für den im Jahr 1979 geschlossenen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel.

Politische Entwicklungen in Ägypten

Bei den von Ende 2011 bis Anfang 2012 in mehreren Etappen durchgeführten Parlamentswahlen ging das von der MB-Partei FJP dominierte Wahlbündnis als Wahlsieger hervor. Das Parlament wurde allerdings im Juni 2012 aufgelöst, nachdem das Verfassungsgericht Teile des Wahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt hatte. Für voraussichtlich Mitte 2013 sind Neuwahlen vorgesehen. Zudem ist am 25. Dezember 2012 eine neue Verfassung in Kraft getreten, der im Rahmen eines Referendums die Mehrheit der Wähler zugestimmt hatte. Die Opposition kritisiert die Verfassung, die von einer von Vertretern der MB und Salafisten dominierten verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet worden war, als deutlich islamistisch geprägt.

Mit der Wahl des von ihr nominierten Mohammed Mursi zum neuen ägyptischen Präsidenten konnte die MB im Jahr 2012 einen weiteren Erfolg verbuchen, auch wenn Mursi nach seiner Wahl aus der MB austrat. Er stärkte nach der Verkündung seines Wahlsieges am 24. Juni 2012 seine Position, indem er durch den Militärrat vor der Präsidentschaftswahl erlassene Verfassungsänderungen, die die Befugnisse des Präsidenten einschränkten, revidierte und wenig später die Militärspitze austauschte.

Mursi nahm mehrere im November 2012 erlassene Verfassungsdokumente, die seine Macht abermals wesentlich erweiterten, nach massiven landesweiten Protesten wenig später wieder zurück.

Der MB gelang es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in zahlreichen europäischen Ländern ein Netz von Moscheen, Instituten, Verbänden und Schulen zu schaffen, über das bis heute ihre ideologische Interpretation des Islam verbreitet wird. Neben den nationalen „Islamischen Zentren“ wurden insbesondere internationale Einrichtungen geschaffen. In dem 1989 gegründeten europäischen Dachverband „Federation of Islamic Organizations in Europe“ (FIOE – „Föderation Islamischer Organisationen in Europa“) mit Sitz in Brüssel (Belgien) sind zahlreiche MB-nahe Verbände vertreten. Die europäischen Einrichtungen haben zumeist keine offen erkennbaren organisatorischen Verbindungen zur MB; offiziell werden diese auch dementiert. Gleichwohl wurde der stellvertretende Vorsitzende und Generalsekretär der FIOE, der Ägypter Ayman Aly, im August 2012 in den Beraterstab des neuen ägyptischen Präsidenten Mursi berufen. Außerdem ist er Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung in Ägypten.

Eine weitere Institution auf europäischer Ebene mit zentraler Bedeutung ist der auf Initiative der FIOE gegründete „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR – „Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien“), der seinen Sitz in Dublin (Irland) hat. Mit dem ECFR wurde erstmals in Europa ein Gremium für islamisches Recht geschaffen. Vorsitzender des ECFR ist der in Katar ansässige ägyptische Islamgelehrte Yusuf al-Qaradawi, der die MB ideologisch maßgeblich beeinflusst.

Ausdehnung nach Europa



„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)



In Deutschland nutzen die MB-Anhänger eine Vielzahl „Islamischer Zentren“ für ihre Aktivitäten. Die mit mehreren Hundert Mitgliedern wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der MB in Deutschland ist die IGD. Hervorgegangen ist sie aus einer 1958 gegründeten Moscheebauinitiative, die das „Islamische Zentrum München e.V.“ (IZM) errichtete. Neben ihrem Hauptsitz in Köln (Nordrhein-Westfalen) unterhält die IGD „Islamische Zentren“ in Braunschweig (Niedersachsen), Frankfurt am Main (Hessen), Marburg (Hessen), München (Bayern), Münster (Nordrhein-Westfalen), Nürnberg (Bayern) und Stuttgart (Baden-Württemberg).¹⁷³

Darüber hinaus koordiniert sie eigenen Angaben zufolge ihre Aktivitäten mit mehr als fünfzig weiteren Moscheegemeinden.¹⁷⁴ Als Gründungsmitglied der FIOE verfolgt die IGD deutschland- und europaweit eine an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Zudem versucht sie in ihren Zentren, u.a. durch Koranunterricht, gezielt auf Kinder und Jugendliche einzuwirken.

Die 32. Jahreskonferenz der IGD fand am 16. Juni 2012 in München (Bayern) und am 17. Juni 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) unter dem Motto „Frühling weckt Hoffnung und Willen zur Veränderung“ mit insgesamt über 1.000 Besuchern statt. Hauptthemen der Veranstaltung waren der „Arabische Frühling“ und dessen Auswirkungen sowie die gegenwärtige Situation der Muslime in Deutschland.

Zum Fastenmonat Ramadan im Jahr 2012 initiierte die IGD die Kampagne „Auf gute Nachbarschaft“, an der sich 25 Moscheen und Vereine beteiligten. Um ein positives Bild der teilnehmenden Einrichtungen zu vermitteln, suchte sie gezielt den Kontakt auch zu nichtmuslimischen Nachbarn und sprach u.a. Einladungen zum Fastenbrechen aus.

Bewertung Die IGD verfolgt eine an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie, die darauf abzielt, in Deutschland mittel- bis langfristig eine

¹⁷³ „Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e.V.“, „Islamisches Zentrum Frankfurt e.V.“, „Orientbrücke Marburg e.V.“, „Islamisches Zentrum München e.V.“ (IZM), „Islamische Gemeinschaft Münster e.V.“, „Islamische Gemeinde Nürnberg e.V.“ und „Islamisches Zentrum Stuttgart e.V.“

¹⁷⁴ Homepage IGD (10. Oktober 2012).

politisch-gesellschaftlich relevante Einflussgröße zu werden. Dies bedingt eine entsprechende Schulung und Unterweisung der Mitglieder. Die Organisation strebt die Schaffung von gesellschaftlichen Freiräumen an, in denen säkulare gesellschaftliche Konventionen und westlich geprägte pluralistische Normen nicht gelten. Stattdessen sollen die von der Organisation postulierten islamistischen Wertvorstellungen Anwendung finden. Die von den IGD-Zentren durchgeführten Aktivitäten sind letztlich geeignet, gesellschaftlich desintegrativ auf hier lebende Muslime zu wirken. Die IGD engagiert sich programmatisch in überregionalen muslimischen Verbänden. Es ist zu erwarten, dass sie auch auf diesem Wege versuchen wird, die Diskussion gesellschaftspolitischer Themen, wie die in Deutschland angestrebte eigenständige Imam-Ausbildung, in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Auch im Jahr 2012 versuchte die IGD, durch Veranstaltungen wie die Jahreskonferenz im Juni oder die Kampagne „Auf gute Nachbarschaft“ zum Ramadan, ihren Führungsanspruch innerhalb der nichttürkischen muslimischen Gemeinschaft in Deutschland zu unterstreichen.

Die seit dem Jahr 2011 fortgesetzten verstärkten Aktivitäten der IGD zeigen, dass der „Arabische Frühling“ und der Machtzuwachs der MB einschließlich Regierungsbeteiligungen in arabischen Ländern zu einer erhöhten Motivation und einem erhöhten Engagement ihrer Anhänger in Europa bzw. Deutschland geführt haben.

Die Jugendorganisation MJD unterhält enge Verbindungen zur IGD. Gleichwohl ist die MJD bemüht, sich als unabhängige Organisation darzustellen. Wie die IGD unterhält die MJD Beziehungen zu Einrichtungen auf europäischer Ebene, in denen eine Vielzahl von MB-nahen Verbänden vertreten ist. Zudem ist sie Gründungsmitglied des europaweit tätigen „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO), einer Dachorganisation für muslimische Jugendliche in Europa und gleichzeitig Nebenorganisation der FIOE.

Zielgruppe der MJD sind Muslime im Alter von 13 bis 30 Jahren. Die MJD verfügt nach eigenen Angaben über 900 Mitglieder und ist bundesweit in sogenannten Lokalkreisen organisiert, die sich hauptsächlich auf die westlichen Bundesländer verteilen. Ihren

**„Muslimische Jugend
in Deutschland e.V.“
(MJD)**



Hauptsitz hat sie in Berlin. Die MJD führt religiöse Erziehung und Bildung über zielgruppenorientierte Schulungs- und Freizeitaktivitäten durch. Sie gibt an, sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren.

Größte Veranstaltung der MJD war im Jahr 2012 das 18. Jahresmeeting in Bad Orb (Hessen), das vom 25. bis zum 28. Mai unter dem Motto „Wir gewinnt“ stattfand. Das Programm umfasste zahlreiche Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Gesprächskreise und wurde von Musikdarbietungen sowie sportlichen Aktivitäten umrahmt.

9. „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG)



Gründung:	1985 in Köln (Nordrhein-Westfalen) (als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ – AMGT)
Leitung:	Kemal Ergün
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	31.000 (2011: 31.000)
Publikationen:	u.a. „IGMG Perspektif“, unregelmäßig; „Câmi'a“ (Gemeinde), neu ab Oktober 2012, 14-täglich; „Millî Gazete“ (formal unabhängiges „Sprachrohr“ der „Millî Görüş“-Bewegung), täglich

Die IGMG ist mit 31.000 Mitgliedern die größte islamistische Organisation in Deutschland. Aufgrund ihrer zahlreichen Einrichtungen und vielfältigen Angebote erreicht sie jedoch einen weitaus größeren Personenkreis, wobei nicht alle Mitglieder/Anhänger der IGMG islamistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Nach eigenen Angaben zählen zur IGMG weltweit mehr als 108.000 Mitglieder,¹⁷⁵ die Zahl der Besucher ihrer Einrichtungen

¹⁷⁵ Interview mit dem ehemaligen IGMG-Vorsitzenden Yavuz Celik Karahan (15. März 2011).

wird mit ca. 300.000¹⁷⁶ angegeben. Sie soll derzeit über 520 Moschee- und Kulturvereine,¹⁷⁷ davon 323 in Deutschland,¹⁷⁸ verfügen. Die IGMG wird seit Mai 2011 von Kemal Ergün geleitet. Mit der Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der IGMG ist seit 1995 die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.“ (EMUG) betraut.

Die ideologischen Wurzeln der IGMG reichen bis zu den Ideen des türkischen Politikers Necmettin Erbakan zurück, der Ende der 1960er Jahre die „Millî Görüş“-Bewegung gründete. Die von Erbakan geprägten Schlüsselbegriffe seines politischen Denkens sind „Millî Görüş“ („Nationale Sicht“) und „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). Nach seinem Geschichtsverständnis stehen sich in einzelnen Epochen gegensätzliche Zivilisationen unversöhnlich gegenüber, die entweder auf grundsätzlich „gerechten“ oder auf „nichtigen“ Voraussetzungen beruhen. „Gerecht“ sind für Erbakan die Ordnungen, die auf „göttlicher Offenbarung“ gegründet, „nichtig“ jene, die von Menschen entworfen wurden. Gegenwärtig dominiere mit der westlichen Zivilisation eine „nichtige“, also nach Erbakan eine auf Gewalt, Unrecht und Ausbeutung der Schwachen basierende Ordnung. Dieses „nichtige“ System müsse durch eine „gerechte Ordnung“ ersetzt werden, die sich ausschließlich an islamischen Grundsätzen ausrichte, anstatt an von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln“. Als zentrale Ziele propagierte Erbakan in Anlehnung an das Osmanische Reich die Schaffung einer „neuen großen Türkei“, die Überwindung des Laizismus sowie – letztlich mit globalem Anspruch – die Errichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung. Konsequenz dieser Sichtweise ist die Ablehnung westlicher Demokratien.

Ideologische Wurzeln

Die Anhänger der „Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei sind politisch in der „Saadet Partisi“ (SP – „Partei der Glückseligkeit“) organisiert. Am 27. Februar 2011 verstarb der Gründer der „Millî Görüş“-Bewegung und SP-Vorsitzende Erbakan im Alter von 84 Jahren. Seit März 2011 führt Mustafa Kamalak, langjähriger Weggefährte Erbakans, die SP und tritt als treuer Sachwalter des

„Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei

¹⁷⁶ Homepage IGMG (1. August 2012).

¹⁷⁷ Interview mit dem ehemaligen IGMG-Vorsitzenden Yavuz Celik Karahan (15. März 2011).

¹⁷⁸ Homepage IGMG (1. August 2012).

ideologischen Erbes seines Vorgängers auf. Somit bleibt die Partei auch nach dem Tod Erbakans dessen Prinzipien treu.

Diese Treue zeigte sich auch in zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Symposien zum Gedenken an den Verstorbenen, auf die Anfang Februar 2012 in der Zeitung „Milli Gazete“ hingewiesen wurde.¹⁷⁹ So hat die SP die Woche vom 24. Februar bis zum 2. März 2012 zur „Erbakan-Woche“ ausgerufen, um dem Volk und der Jugend die Ziele Erbakans – die Schaffung einer lebenswerten Türkei, einer „neuen großen Türkei“, und die „Islamische Union“ sowie die „Gerechte Ordnung“ – zu erklären.¹⁸⁰

In zahlreichen Reden anlässlich dieser Feierlichkeiten wurde an Erbakans Ziele angeknüpft. So lobte der SP-Vorsitzende Kamalak Erbakan als einen wahren Glaubenskämpfer. Er habe eine „wahre Mission“ sowie eine reine und klare Organisation hinterlassen, die diese Mission zum Ziel führen werde.¹⁸¹

In einem türkischsprachigen Nachrichtenportal¹⁸² wurde außerdem berichtet, dass nunmehr jährlich zum Todestag Erbakans Aktivitäten wie Symposien und „Jugend-Nächte“ geplant seien. Am 27. Februar selbst sollten in der Türkei, aber auch in den europäischen Ländern, in denen die IGMG organisiert ist, Lesungen aus dem Koran und dem Prophetenleben veranstaltet werden.

Vertreter der „Milli Görüş“-Bewegung prangern regelmäßig Kapitalismus, Imperialismus, Zionismus und Rassismus an, die als Ursache der derzeit herrschenden „ungerechten Weltordnung“ gesehen werden. Der Weg der „Milli Görüş“-Bewegung wird als der einzige Weg zur Rettung der gesamten Welt propagiert.

Der „Milli Gazete“-Kolumnist Mevlut Özcan hob im Rahmen des Gedenkens an Erbakan hervor, dieser habe im Geiste des „Jihad“ dafür gearbeitet, dass die Muslime und die gesamte Menschheit in Frieden leben können. Er habe die zerstörerischen Projekte und Pläne des Zionismus gekannt und die Menschheit davor gewarnt.¹⁸³

¹⁷⁹ „Milli Gazete“, 8. Februar 2012, S. 1 und 9.

¹⁸⁰ „Milli Gazete“, 15. Dezember 2011, S. 1 und 11.

¹⁸¹ „Milli Gazete“, 20. Februar 2012, S. 1 und 10.

¹⁸² Türkischsprachiges Nachrichtenportal (3. Februar 2012).

¹⁸³ „Milli Gazete“, 23. Februar 2012, S. 17.

Unterstützung beim Aufbau einer „Neuen Welt“ erwartet die „Millî Görüş“-Bewegung auch von dem D8-Staatenbündnis („Developing Eight“), das Erbakan 1997 als türkischer Ministerpräsident initiiert hatte. Das Bündnis umfasst die größten Staaten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung (Türkei, Indonesien, Iran, Ägypten, Bangladesch, Malaysia, Pakistan und Nigeria) und folgt dem Vorbild des G8-Staatenbündnisses. In der Fortführung dieses Ansatzes soll perspektivisch die Gründung islamisch geprägter Institutionen in Anlehnung an die EU, die Vereinten Nationen und die NATO erfolgen.

In diesem Sinn kritisierte der SP-Vorsitzende Kamalak, dass der Imperialismus die gesamte Welt ausbeute und die islamischen Staaten vernichte. Ein eigenes Machtbündnis sei der einzige Weg, um den Imperialismus zu stoppen. Als Gegenstück zur NATO müsse ein „Islamischer Verteidigungspakt“ geschlossen, als Gegenstück zur UNO die „Vereinten Islamischen Nationen“ gegründet, der „Islamische Dinar“ als Gegenstück zum Dollar und zum Euro eingeführt und die „Islamisch-kulturelle Kooperation“ als Gegenstück zur UNESCO gegründet werden. Das einzige Land, das dem Imperialismus Einhalt gebieten könne, sei eine Türkei unter Führung der „Millî Görüş“.¹⁸⁴

Ähnlich äußerte sich Kamalak anlässlich eines Parteikongresses der marokkanischen „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ („Parti de Justice et Developpement“ – PJD), bei dem er diese Forderungen auch vor einem internationalen Publikum vertrat. Um den „globalen Imperialismus“ aufzuhalten, rief er zur Gründung einer „Islamischen NATO“ und einer „Islamischen Union“ auf. Nur mit Macht könne man den rassistischen Imperialismus stoppen, und um diese Macht zu erlangen, müsse die „Islamische Union“ gegründet werden.¹⁸⁵

Die „Millî Görüş“-Bewegung umfasst unterschiedliche Komponenten, die von einer gemeinsamen ideologisch-religiösen Ausrichtung und der Bindung an Erbakan zusammengehalten werden. Der „Millî Görüş“ sind in der Türkei die SP, die Tageszeitung „Millî Gazete“, der Fernsehsender „TV 5“, die Jugendorganisation „Verein der Anatolischen Jugend“ („Anadolu Gençlik Derneği“

IGMG und „Millî Görüş“-Bewegung

¹⁸⁴ „Millî Gazete“, 4. Mai 2012, S. 1 und 10.

¹⁸⁵ „Millî Gazete“, 16. Juli 2012, S. 1 und 10.

– AGD) sowie das „Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung“ („Ekonomik ve Soysal Araştırma Merkezi“ – ESAM) zuzuordnen. In Deutschland bzw. Europa wird die „Millî Görüş“-Bewegung von der IGMG repräsentiert, die damit von zentraler Bedeutung für die außerhalb der Türkei lebenden Anhänger Erbakans ist.

In weiten Teilen der IGMG wird Erbakan auch nach seinem Tod als Begründer und geistiger Führer der „Millî Görüş“-Bewegung verehrt. Dies zeigte sich insbesondere bei den vielfältigen Gedenkveranstaltungen, welche die IGMG zu Erbakans Ehren durchführte,¹⁸⁶ sowie bei der Teilnahme von IGMG-Angehörigen an Gedenkfeierlichkeiten in der Türkei.¹⁸⁷

Mehrfach waren auch SP-Funktionäre aus der Türkei bei Veranstaltungen der IGMG anwesend. Bei einer Veranstaltung des IGMG-Regionalverbands Südbayern würdigten sowohl IGMG-Funktionäre als auch der aus der Türkei angereiste SP-Funktionär Şevket Kazan Leben und Wirken Erbakans.¹⁸⁸ Bei einer Funktionärsversammlung des IGMG-Regionalverbands Bremen hielt Kazan eine Rede zur Entstehung und Entwicklung der „Millî Görüş“-Bewegung in Europa und ehrte Erbakan als den Begründer dieser Mission.¹⁸⁹ Der ehemalige AGD-Funktionär Nevzat Bakir, der sich mehrfach bei IGMG-Veranstaltungen im Bereich des IGMG-Regionalverbands Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) aufhielt,¹⁹⁰ zitierte bei einer Veranstaltung in Krefeld (Nordrhein-Westfalen) Erbakans Visionen.¹⁹¹

Für einige Gedenkfeierlichkeiten der IGMG wurde schon im Vorfeld mit der Teilnahme von SP-Funktionären geworben.¹⁹² Für eine Veranstaltung in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) war sogar eine mehrköpfige, hochrangig besetzte SP-Delegation angekündigt worden, darunter Fatih Erbakan, Sohn des verstorbenen „Millî Görüş“-Gründers und Berater des SP-Vorsitzenden Kamalak.¹⁹³ An der Veranstaltung nahm auch Zeynep Erbakan,

¹⁸⁶ „Millî Gazete“, 27. Februar 2012, S. 2; 29. Februar 2012, S. 2, 8 und 20; 2. März 2012, S. 2; 6. März 2012, S. 2.

¹⁸⁷ „Millî Gazete“, 28. März 2012, S. 5.

¹⁸⁸ „Millî Gazete“, 27. Februar 2012, S. 2.

¹⁸⁹ „Millî Gazete“, 19. Januar 2012, S. 20.

¹⁹⁰ „Millî Gazete“, 31. Januar 2012, S. 2.

¹⁹¹ „Millî Gazete“, 6. März 2012, S. 2.

¹⁹² „Millî Gazete“, 18./19. Februar 2012, S. 12, Facebook (22. Februar und 12. März 2012).

¹⁹³ Homepage IGMG Duisburg (29. Juni 2012).

die Schwester von Fatih Erbakan teil. Fatih Erbakan unterstrich in einer Rede auch die Zugehörigkeit der IGMG zur „Millî Görüş“-Bewegung und stellte heraus, dass das Ziel der Bewegung die Fortführung der Mission seines Vaters sei:

„Die Mission der Millî Görüş besteht nicht allein darin, zu fasten oder zu beten und wie eine Wohltätigkeitsorganisation zu arbeiten. Wenn es eine Arbeit in Europa geben soll, dann ist es ganz natürlich, dass sie in Deutschland beginnt, denn die Bevölkerungszahl unserer Leute ist hier fast so hoch wie die Gesamtbevölkerung Belgiens oder der Niederlande. Außerdem hat die Millî Görüş ihre ersten Organisationen hier errichtet. Die Menschen, die den Hodscha Erbakan lieben und ihm treu sind, spiegeln ihre Liebe auch uns wider. Es gibt eine starke Nachfrage, und deshalb werden wir diese Versammlungen wiederholen.“(...)

„Wir haben eine Organisation, eine große Gemeinschaft und eine Partei. Unser Ziel ist es nicht, diese zu spalten oder zu zerschlagen. Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass diese Menschen ihren Weg fortsetzen, indem sie den von Hodscha Erbakan festgelegten Standpunkten verbunden bleiben. Die Mission wird nach Hodscha Erbakan nicht enden, sie wird weitergeführt. Nach dem Tod des Hodschas haben wir heute in Europa die Arbeit der nächsten 40 Jahre in Gang gesetzt.“

(Türkischsprachiges Nachrichtenportal, 3. Juli 2012)

IGMG-Gruppen reisten auch im Jahr 2012 regelmäßig in die Türkei und bekundeten mit dem Besuch von Einrichtungen der „Millî Görüş“-Bewegung ihre Verbundenheit mit der Bewegung. So besuchten Koranschüler einer Berliner IGMG-Moschee im Februar 2012 die Zentrale des AGD, die Redaktion des Fernsehsenders „TV 5“, die „Millî Gazete“-Redaktion sowie das SP-Büro in Istanbul (Türkei).¹⁹⁴ Zählte für die Teilnehmer dieser Reisen in früheren Jahren das persönliche Gespräch mit Erbakan zu den unvergesslichen Erlebnissen, bildet nunmehr der Besuch seiner Grabstätte einen der Höhepunkte im Reiseprogramm.¹⁹⁵

¹⁹⁴ „Millî Gazete“, 29. Februar 2012, S. 19.

¹⁹⁵ „Millî Gazete“, 9. Januar 2012, S. 20; 30. April 2012, S. 5; 4. Mai 2012, S. 19 sowie 19./20. Mai 2012, S. 3.

„**Millî Gazete**“ Als Sprachrohr der „Millî Görüş“-Bewegung bildet die formal unabhängige türkische Tageszeitung „Millî Gazete“ ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Komponenten der Bewegung und trägt zur Verfestigung der ideologischen Positionen bei. Repräsentanten der „Millî Görüş“-Bewegung aus unterschiedlichen Bereichen stellen regelmäßig die Bedeutung der Publikation heraus. In Deutschland ist die Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ erhältlich (seit Mai 2011 lediglich im Abonnement), in deren Berichterstattung neben der „Millî Görüş“-Bewegung insbesondere auch die IGMG und deren Veranstaltungen breiten Raum einnehmen. Damit ist die „Millî Gazete“ neben der Publikation „IGMG Perspektif“ und der zentralen IGMG-Homepage eine der wichtigsten Informationsquellen für die Anhänger der Organisation.

Die Zeitung feierte im Januar 2012 ihr 40-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass wurden am 12. Januar 2012 mehrere Artikel zur Geschichte und Entwicklung der „Millî Gazete“ veröffentlicht, in denen auch ein klares Bekenntnis zu Erbakan und seinen Zielen ausgesprochen wurde. Chefredakteur Mustafa Kurdaş erinnerte:

„Wir glauben fest daran, dass jeder, der sagt ‚Ich liebe unseren Hodscha Erbakan‘, sich wie er einsetzt. Denn die Millî Gazete ist sein Fenster, seine Haltung, seine Anschauung und sein Duft. Und mit Gottes Erlaubnis wird die Millî Gazete für alle Zeiten die Geisteshaltung Erbakans und die muslimischen Anschauungen beibehalten.“
(„Millî Gazete“, 12. Januar 2012, S. 7)

Auch im Rahmen der „Erbakan-Woche“ wurde über die Rolle der Publikation referiert. So bezeichnete Kurdaş bei einer Sitzung der SP die Zeitung als „Fenster, aus dem man die Ereignisse nach Art von Erbakan betrachtet“.¹⁹⁶ Auf einer weiteren Veranstaltung erläuterte er, die Zeitung werde „bis zum jüngsten Tag“ eine „Rolle im Kampf um das Gerechte und das Nichtigte“ spielen. Die Besonderheit der „Millî Gazete“ sei, dass sie in den 40 Jahren niemals von ihrer Publikationspolitik abgewichen sei. Die Mission der

¹⁹⁶ „Millî Gazete“, 13. Februar 2012, S. 8.

„Millî Görüş“ basiere auf den ideellen Werten Erbakans und die „Millî Gazete“ sei die Stimme dieser Mission.¹⁹⁷

Auf den für die Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ ergänzten Seiten finden sich zu einem großen Teil Berichte zur IGMG, die in ihrer Vielfältigkeit das Vereinsleben der IGMG widerspiegeln, wie z.B. Berichte über IGMG-Veranstaltungen, Glückwunschsinsereate zu persönlichen Anlässen von IGMG-Mitgliedern, Kleinanzeigen und Spendenaufrufe. Weiterhin werden Presseerklärungen der IGMG, die Feiertagsgrußbotschaften des IGMG-Vorsitzenden sowie die von der IGMG-Abteilung für religiöse Rechtleitung herausgegebenen Texte der Freitagspredigt in der Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ veröffentlicht.

Der Geschäftsführer der „Millî Verlags- und Pressevertriebs-GmbH“ in Frankfurt am Main (Hessen) Mehmet Karacabey betonte die Notwendigkeit der „Millî Gazete“ für den Zusammenhalt und die Solidarität der türkischstämmigen Einwanderer in Europa sowie ihre Funktion als Barriere gegen die „Assimilation“. Die Zeitung bedeute für den Leser, an seinen religiösen und kulturellen Werten festhalten zu können und sie nicht zu vergessen.¹⁹⁸

Parallel zum Gründungsjubiläum startete die Zeitung eine Werbekampagne „40.000 Abonnenten für Millî Gazete“, an der sich auch die IGMG intensiv beteiligte. Ein begeisterter Leser aus Freising (Bayern) erklärte in einem Leserbrief seine Unterstützung für die Kampagne und forderte die Leser auf:

„Lasst uns die Millî Gazete lesen, damit wir uns nicht in Deutschland assimilieren.“

(„Millî Gazete“, 8. Februar 2012, S. 2)

Im Zusammenhang mit der Kampagne wurde im Februar 2012 ein Treffen zwischen „Millî Gazete“-Abonnenten und -Lesern im Bereich des IGMG-Regionalverbands Bayern veranstaltet. Hierbei wurde das Lesen der Zeitung als Versprechen gegenüber Erbakan dargestellt und daran erinnert, dass jeder Anhänger der

¹⁹⁷ „Millî Gazete“, 25./26. Februar 2012, S. 1 und 12.

¹⁹⁸ „Millî Gazete“, 24. Februar 2012, S. 2.

„Milli Görüş“ die Pflicht habe, dazu beizutragen, dass die Zeitung noch breiteren Kreisen zugänglich gemacht werde.¹⁹⁹

Innerhalb der IGMG wird weiterhin regelmäßig für den Bezug der Zeitung geworben. Zum einen bot die Organisation der Zeitung vielfach Gelegenheit, bei internen Veranstaltungen an Informationsständen neue Abonnenten zu gewinnen.²⁰⁰ Zum anderen riefen IGMG-Funktionäre bei Veranstaltungen zur Unterstützung der Zeitung auf.²⁰¹ Auch Gedenkveranstaltungen für Erbakan – z.B. in Bremen und Herborn (Hessen) – wurden mit dem Anliegen der Abonnentenkampagne verknüpft.²⁰²

Einzelne Kolumnisten und führende Angestellte der Zeitung sind regelmäßig als Vortragende in Veranstaltungen der IGMG eingebunden.²⁰³ Der Chefredakteur der Europa-Ausgabe der „Milli Gazete“ Mehmet Şen gehörte zu den Referenten eines Seminars zum Thema Medien im „Islamischen Mädchenkolleg Bergkamen“ (Nordrhein-Westfalen), einer IGMG-Bildungseinrichtung.²⁰⁴ Bei der Vorstellung einer Projektwoche derselben Einrichtung rief der „Milli Gazete“-Geschäftsführer Karacabey eindringlich zu materieller und ideeller Unterstützung der Zeitung auf.²⁰⁵

IGMG-Funktionäre besuchten wiederholt Büros der „Milli Gazete“. So stattete der IGMG-Vorsitzende Ergün führenden Vertretern des Europabüros der Zeitung, darunter auch Karacabey, einen Besuch ab und erläuterte künftige Ziele der IGMG.²⁰⁶ Der neue Vorsitzende des IGMG-Regionalverbandes Hessen Bilal Kaçmaz diskutierte anlässlich seiner Amtsübernahme bei einem Antrittsbesuch mit Karacabey u.a. über die Abonnentenkampagne. Der IGMG-Funktionär hob hervor, dass die türkische Presse die Probleme der türkischen Migranten in Europa zur Sprache bringe.²⁰⁷

Neben der Berichterstattung zu aktuellen Themen und Veranstaltungshinweisen wird in der „Milli Gazete“ auch zu religiösen

¹⁹⁹ „Milli Gazete“, 24. Februar 2012, S. 1 und 18.

²⁰⁰ „Milli Gazete“, 3. April 2012, S. 17; 26. Juni 2012, S. 1 und 20 sowie 27. Juni 2012, S. 19.

²⁰¹ „Milli Gazete“, 2. März 2012, S. 2; 12. April 2012, S. 20 sowie 12. Juni 2012, S. 1 und 20.

²⁰² „Milli Gazete“, 2. März 2012, S. 2.

²⁰³ „Milli Gazete“, 9. Januar 2012, S. 2 sowie 23. Februar 2012, S. 2.

²⁰⁴ „Milli Gazete“, 22. Mai 2012, S. 20.

²⁰⁵ „Milli Gazete“, 25. Juni 2012, S. 2.

²⁰⁶ „Milli Gazete“, 3. Februar 2012, S. 2.

²⁰⁷ „Milli Gazete“, 14./15. April 2012, S. 20.

Themen Stellung genommen. Insbesondere Şevket Eygi vermittelt in seinen Kolumnen ein restriktives Islamverständnis und lehnt Reformen ab. Mehrfach forderte Eygi in der Vergangenheit die Einführung einer ausschließlich an Koran und Sunna orientierten staatlichen Ordnung und einer an der Scharia orientierten Rechtsprechung. Regelmäßig kritisiert er dabei auch Initiativen in der Türkei, den Islam zu reformieren. So ermahnte er im Februar 2012 in einer Kolumne Theologen und Islamwissenschaftler, die einen laizistischen bzw. säkularen Islam kreieren wollten, dass es im Islam keine Trennung zwischen Religion und Staat gebe. Es sei ausgeschlossen, dass der Islam Säkularismus akzeptiere. Deshalb müssten die Muslime mit aller Kraft am Koran, an der Sunna, der Scharia sowie an den Gesetzen und Regeln der islamischen Wertvorstellungen festhalten.²⁰⁸

Insbesondere die Vorschriften der Scharia und deren Befolgung sind für Eygi unantastbarer Teil des Islam. Die Scharia hat für Eygi Vorrang vor allen anderen Normen. Dementsprechend sind für ihn Demokratie und Islam in ihren Grundprinzipien nicht miteinander vereinbar, wobei er einräumt, dass in wirklich demokratischen Staaten Muslime häufig wesentlich freier und sicherer seien als in einigen muslimischen Ländern. Er warnt vor der Vorstellung, Laizismus und Säkularismus als unabdingbare Voraussetzung der Demokratie zu betrachten; vielmehr bezeichnet er sie als „Katastrophe für die Muslime“. Um wirkliche Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit auf Erden zu haben, brauche man den Frieden des Islam. Muslime könnten mit Willenskraft und gut organisiert von einer Demokratie zu einer islamischen Ordnung übergehen. Die Demokratie sei lediglich ein Mittel und kein Zweck.²⁰⁹

Der IGMG-Vorsitzende Ergün hatte zu seinem Amtsantritt im Mai 2011 angekündigt, die Schwerpunkte der künftigen Arbeit der IGMG auf „Dienstleistungen“ und „Tätigkeiten, welche die Bildung und die religiöse Rechtleitung betreffen“, legen zu wollen. Ziel der Jugend- und Bildungsarbeit der IGMG bleibt dabei weiterhin die „Bewusstseinsbildung“ und Herausbildung einer „islamischen Identität“, aber auch die Heranführung von Nachwuchskräften an die Organisation.

Schwerpunkte der IGMG-Jugend- und Bildungsarbeit

²⁰⁸ „Milli Gazete“, 8. Februar 2012, S. 15.

²⁰⁹ „Milli Gazete“, 12./13. Mai 2012, S. 3.

Bei ihrer Bildungsarbeit stützt sich die IGMG neben Koran und Sunna auf zahlreiche selbst entwickelte Unterlagen. Dabei orientiert sie sich auch am Islamverständnis und den Zielsetzungen der „Millî Görüş“-Bewegung, was zum Teil in deutlichem Widerspruch zur offiziell bekundeten Integrationsbereitschaft steht.

So forderte der Vorsitzende der Abteilung für Bildung und Erziehung des IGMG-Regionalverbandes Hannover (Niedersachsen) Muhittin Aykaç bei der Abschlussfeier des dreijährigen sogenannten Yıldız-Projekts²¹⁰ die von Erbakan anvertrauten Organisationen weiterzuentwickeln.²¹¹

Bei der Feier eines zur IGMG gehörenden Jugendvereins in Berlin hielt der Imam und Prediger der Haci-Bayram-Moschee einen Vortrag über den Verfall moralischer Werte in der westlichen Welt, was erhebliche Krisen nach sich ziehe. Die anwesenden Jugendlichen zogen aus dem Gesamtprogramm laut „Millî Gazete“ für sich das Resümee:

„Entweder wir nehmen die Kultur an, die zu uns gehört, oder wir werden zu Komparsen der anderen Kulturen.“

(„Millî Gazete“, 6. Januar 2012, S. 20)

Bewertung Seit der Amtsübernahme von Ergün im Mai 2011 befindet sich die IGMG in einer personellen und strukturellen Umbruchphase. Ergün ist bemüht, die Arbeit der IGMG zu professionalisieren und das Profil der Organisation religiöser auszurichten. Dementsprechend konzentriert er sich auf den Ausbau der religiösen Bildungsarbeit. Dies könnten erste konkrete Anzeichen dafür sein, dass die IGMG tatsächlich bestrebt ist, ihre Position neu zu definieren und ihre Verbindungen zur „Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei zu lockern. Gleichwohl fehlt es für eine weiterreichende Loslösung nach wie vor an eindeutigen Signalen. Auch wenn der Vorsitzende versucht, die IGMG als völlig losgelöst von „Parteien und Medienorganen, die in der Türkei verortet sind“²¹²,

²¹⁰ Das „Stern-Projekt“ richtet sich an Jugendliche ab 17 Jahren und soll die Teilnehmer darauf vorbereiten, Leitungsfunktionen innerhalb der Organisation einzunehmen.

²¹¹ „Millî Gazete“, 11. Juli 2012, S. 2.

²¹² Presseerklärung IGMG (30. Mai 2012).

darzustellen, bestehen weiterhin Anhaltspunkte für eine über die rein historisch gewachsene ideelle Verbundenheit mit Erbakan hinausgehende Einbindung der IGMG in die „Millî Görüş“-Bewegung.

Die Vielzahl der Erbakan-Gedenkveranstaltungen spiegelt das Bedürfnis der IGMG-Basis wider, „ihrem Hodscha“ ein ehrendes Andenken zu bewahren und ihre andauernde Verbundenheit zu ihm auch öffentlich zu bekunden. Mit dieser Haltung steht die Basis vermutlich in einem gewissen Gegensatz zur Zurückhaltung der IGMG-Führung. Dies ist symptomatisch für den aktuellen Umgang mit dem Erbe Erbakans in der IGMG. Die vorsichtigen Distanzierungsbestrebungen des IGMG-Vorstands scheinen der Basis nicht immer vermittelbar, da in Teilen weiterhin eine tiefe Verbundenheit mit Erbakan und der von ihm gegründeten „Millî Görüş“-Bewegung vorherrscht.

Dies stellt die verbalen Bekenntnisse der IGMG zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die damit verbundene Abkehr von den ideologischen Vorgaben Erbakans und der „Millî Görüş“-Bewegung unverändert infrage. Die weiterhin bestehende generelle Prägung durch die „Millî Görüş“-Ideologie ist dazu geeignet, eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und Demokratiedistanz zu fördern.

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 23. Juni 2010 den Verein IHH wegen des Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung gemäß § 3 Abs. 1 Vereinsgesetz verboten (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VII).

**Verbot der
„Internationalen
Humanitären
Hilfsorganisation
e.V.“ (IHH)**

Bei der IHH handelte es sich um einen bundesweit tätigen Verein zur Sammlung von Spenden mit Sitz in Frankfurt am Main (Hessen). Die Spenden sollten nach Angaben der Organisation vornehmlich für humanitäre Zwecke in Krisenregionen verwendet werden. Tatsächlich überwies die IHH u.a. über 6,6 Millionen Euro an Sozialvereine, die der islamistischen HAMAS (vgl. Kap. IV, Nr. 2) zugerechnet werden können. Die IHH hat jahrelang in beträchtlichem Umfang den in den Palästinensergebieten ansässigen HAMAS-Sozialvereinen Spendengelder überwiesen und damit mittelbar die terroristischen Aktivitäten der HAMAS unterstützt.

Das Verbot der IHH wurde am 12. Juli 2010 vollzogen und der Verein aufgelöst. Am 18. April 2012 wurde die Klage der IHH gegen das Verbot vom Bundesverwaltungsgericht vollumfänglich abgewiesen. Nach Überzeugung des Gerichts hat die IHH Spendengelder in beträchtlichem Umfang und über einen langen Zeitraum der „Islamic Society“ und der „Salam Society for Relief & Development“ überlassen. Diese im Gaza-Streifen tätigen Sozialvereine sind Bestandteile des Gesamtgefüges der HAMAS, die terroristische Handlungen begeht und Gewalt in das Verhältnis des israelischen und palästinensischen Volkes hineinträgt. Die IHH hat nach Darstellung ihres Rechtsanwalts im Juli 2012 Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erhoben.

Die IGMG bestimmte über das ausschließlich aus ihren Funktionären bestehende Kuratorium der IHH die Vereinsaktivitäten. Mitglieder des Kuratoriums waren u.a. der Generalsekretär der IGMG, der damalige stellvertretende Vorsitzende der IGMG und der damalige Leiter der Rechtsabteilung der IGMG. Laut Satzung wurde der Vorstand der IHH vom Kuratorium ernannt und konnte von diesem jederzeit abberufen werden. Zudem musste der Verein das Kuratorium über Rechtsgeschäfte ab einem Wert von 10.000 Euro vorab schriftlich unterrichten.

V. Nutzung des Internets

Das Internet als wichtigstes Kommunikations- und Propagandamedium ermöglicht Islamisten und islamistischen Terroristen die unkomplizierte und schnelle Kontaktaufnahme zu Gleichgesinnten, ohne dabei die echten Identitäten oder Absichten preisgeben zu müssen. Der Austausch erfolgt dabei sowohl über offen zugängliche als auch über passwortgeschützte Kommunikationsplattformen. Die im Internet verbreitete Propaganda wie auch die sich dort konstituierenden „virtuellen“ Netzwerke tragen dazu bei, dass sich Aktivisten und Sympathisanten des „globalen Jihad“ als Teil einer einzigen Bewegung begreifen, selbst wenn sich ihre Ziele und Handlungsmotive zuweilen stark unterscheiden.

„Jihadistische“ Propaganda wird im Internet in vielfältigen Formaten veröffentlicht und verbreitet. So werden regelmäßig

Videos, Audiodateien, Online-Zeitschriften und -Bücher, Bekennungen zu Anschlägen, Interviews mit Anführern oder Mitgliedern „jihadistischer“ Gruppierungen sowie Ehrungen von sogenannten Märtyrern veröffentlicht.

Die Veröffentlichung „jihadistischer“ Propaganda in möglichst vielen verschiedenen Sprachen als Form des „medialen Jihad“ hat weiter zugenommen. Sowohl in Bezug auf Sprachen als auch in Bezug auf Themen hat sich die „Jihad“-Propaganda erweitert. Erstmals wurden auch legale Demonstrationen – wie die von Salafisten im Frühsommer 2012 gegen die Wahlkampftour der „Bürgerbewegung pro NRW“ (vgl. Kap. III) – propagandistisch zu einer Selbstopferung für das Überleben des Islam stilisiert.

Nach wie vor nutzen „jihadistische“ Organisationen wie „al-Qaida“ (vgl. Kap. II, Nr. 2.1) und deren regionale Ableger sogenannte Medienzentren zur Verbreitung ihrer Veröffentlichungen. Das seit 2006 existierende Medienzentrum „al-Fajr“ spielt hierbei eine herausragende Rolle.

„Al-Fajr“ stellt über autorisierte „Korrespondenten“ Propagandamaterial insbesondere in „jihadistische“ Diskussionsforen ein. Hierdurch soll die Authentizität des Materials sichergestellt werden. Die Akteure von „al-Fajr“ bleiben ebenso wie die „Korrespondenten“ anonym.

Neben dieser Mittlerrolle bietet „al-Fajr“ seit September 2012 auch technische Unterstützung für „jihadistische“ Diskussionsforen an, um diese bestmöglich vor virtuellen Angriffen zu schützen und so die kontinuierliche Verbreitung „jihadistischer“ Propaganda und die Kommunikation der Forenmitglieder sicherzustellen.

Die Sympathisanten des „globalen Jihad“ tragen ebenfalls zur Verbreitung „jihadistischer“ Propaganda bei, indem sie diese Botschaften entweder nochmal an anderen Stellen veröffentlichen, zu diesen verlinken und sie mit Kommentaren versehen oder Übersetzungen in andere Sprachen fertigen, um das Material einem möglichst breiten Adressatenkreis zugänglich zu machen.

Nichtislamistische Internetdienste, wie Videoplattformen und Online-Kontaktnetzwerke, bieten eine zweckmäßige Umgebung, um „jihadistische“ Propaganda zu verbreiten, zu kommentieren

Verbreitung „jihadistischer“ Propaganda



Nutzung nichtislamistischer Internetdienste

und selbst zu produzieren. Zudem werden insbesondere Online-Kontaktnetzwerke genutzt, um automatisiert z.B. zu Demonstrationen einzuladen.

Vereinzelt sind „jihadistische“ Gruppen auf diesen Plattformen mit einer eigenen Präsenz vertreten und haben oftmals eine große Anhängerschaft, wobei nicht immer ersichtlich ist, ob die Präsenz von den Gruppen selbst oder aber von Sympathisanten betrieben wird.

Der Vorteil der Nutzung nichtislamistischer Internetdienste liegt für „Jihadisten“ vor allem in der Erschließung eines breiten, nicht unbedingt dem islamistischen Spektrum zuzurechnenden Publikums.

Aktuelle Themen Obwohl sich der Anführer von Kern-„al-Qaida“ (vgl. Kap. II, Nr. 2.1) Aiman al-Zawahiri im Verlauf des Jahres 2012 regelmäßig mit Veröffentlichungen zu Wort meldete, fiel die Propaganda von Kern-„al-Qaida“ relativ unspezifisch und wenig aktuell aus. Beispielsweise positionierte sich al-Zawahiri erst einen Monat nach Ausflammen der weltweiten Proteste gegen die Veröffentlichung des Trailers zu dem Film „Innocence of Muslims“, indem er zwar die US-amerikanische Politik der Meinungsfreiheit kritisierte, ansonsten aber vage blieb.

Umbrüche in der arabischen Welt Neben al-Zawahiri ist Adam Yahya Gadahn im Berichtsjahr mit einer fünfteiligen Videoreihe an die Öffentlichkeit getreten. Hierin geht er vor allem auf die Umbrüche in der arabischen Welt ein. Nachdem Gadahn seit 2004 regelmäßig in „al-Qaida“-Veröffentlichungen auftrat, war er in den Jahren 2010 und 2011 kaum präsent. Möglicherweise versucht Kern-„al-Qaida“, die personellen Verluste auszugleichen, indem sie Propagandisten „reaktiviert“.

„INSPIRE“ „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH, vgl. Kap. II, Nr. 2.4) gab Anfang Mai 2012 zeitgleich die achte und neunte Ausgabe des englischsprachigen „jihadistischen“ Online-Magazins „INSPIRE“ heraus. Die sprachliche Qualität und inhaltliche Kohärenz der beiden Ausgaben ist deutlich geringer als bei den vorhergehenden Ausgaben. Neben Nachrufen auf die im Jahr 2011 getöteten Anwar al-Aulaqi und Samir Khan, die maßgeblich an dem Magazin beteiligt waren, steht der „individuelle Jihad“ im Mittelpunkt, der vor allem gegen US-amerikanische und europäische Ziele geführt werden soll.



Die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan (vgl. Kap. II, Nr. 1) sowie die Rolle Deutschlands als Veranstaltungsort für Konferenzen, die in Verbindung mit Vermittlungen im „Afghanistan-Konflikt“ standen, veranlassten die „Taleban“ mehrfach zu Verlautbarungen.

Afghanistan

Anlässlich der zweiten Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) warfen die „Taleban“ den Teilnehmerstaaten vor, sie seien nicht an echten Problemlösungen interessiert, sondern wollten Afghanistan weiterhin ausbeuten und zugleich neueste militärische Technologie austesten. Ähnlich argumentierten die „Taleban“ in einer am 15. Januar 2012 veröffentlichten Textbotschaft bezüglich der Konferenz zwischen Vertretern der ehemaligen Nordallianz und Vertretern der US-Regierung am 9. Januar 2012 in Berlin. Dem Gastgeberland Deutschland wurde nahegelegt, den Krieg in Afghanistan nicht zu verschärfen und nicht zu weiterem „Unglück“ beizutragen.

Die Diskussion über die Rolle der Frau im bewaffneten „Jihad“ (vgl. Kap. II, Nr. 1) wurde 2012 vor allem durch zwei Veröffentlichungen weitergeführt.

Rolle der Frau

Am 3. Februar 2012 edierte das „al-Fajr“-Medienzentrum die zweite Ausgabe des „jihadistischen“ Online-Magazins für Frauen mit dem Titel „al-Shamikha“. In der Ausgabe wird die Bedeutung der Rolle der Ehefrau eines „Jihadisten“ beschrieben: Sie soll ihren Ehemann unterstützen, die Kinder zu „Jihadisten“ erziehen und den „Jihad“ durch finanzielle Spenden, auch in Form ihres persönlichen Schmuckes, unterstützen. Zudem werden die Frauen aufgefordert, „jihadistische“ Propaganda zu verbreiten. So sollen sie die einflussreichsten Videos und Audios aus den einschlägigen „jihadistischen“ Internetforen herunterladen, auf CD kopieren und unentdeckt in der Öffentlichkeit verbreiten, indem sie diese beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Park bewusst liegen lassen. Darüber hinaus werden Grundlagenkenntnisse über die Kommunikation im Internet vermittelt.



Die Ehefrau von al-Zawahiri trat mit einer „An die muslimischen Frauen nach den Revolutionen“ überschriebenen Textbotschaft vom 8. Juni 2012 erstmals seit 2009 wieder in Erscheinung. In ihrer Botschaft hebt sie die Rolle der Frau während der Aufstände in der arabischen Welt zum „Sturz der Tyrannen“ hervor und

ermahnt diese, sich für die Einführung islamischer Rechtsvorschriften einzusetzen. Zudem gibt sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass durch das Engagement der Frauen aus dem „Arabischen Frühling“ letztlich ein „Islamischer Frühling“ werde. Die Frau diene als Unterstützerin durch die Erziehung der Kinder zu zukünftigen Kämpfern. Zudem sei es die Aufgabe der Frauen, ihre Ehemänner dazu zu bringen, sich für inhaftierte Musliminnen einzusetzen.

Deutschsprachige Propaganda

Die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU, vgl. Kap. II, Nr. 3.2) ist seit 2009 noch immer diejenige ausländische „jihadistische“ Organisation, die Deutschland in ihrer Propaganda am häufigsten thematisiert. Es ist anzunehmen, dass ihre oftmals zeitnahe und umfangreiche propagandistische Würdigung der Ereignisse in Deutschland auf die intensive Propagandaarbeit der aus Deutschland stammenden Brüder Monir und Yassin Chouka zurückzuführen ist. Von Januar bis August 2012 wurden allein neun Botschaften der IBU veröffentlicht, an denen die Brüder mitwirkten. Hervorzuheben sind „Böses Vaterland“ vom 9. Februar 2012 sowie „Ja, wir sind Terroristen“ vom 13. März 2012, in denen einerseits der Bundeswehreinsatz in Afghanistan kritisiert und andererseits Deutschland zum legitimen Ziel der „Jihadisten“ erklärt werden.



Seit dem 15. Juni 2012 publiziert das internationale Propagandanzentrum „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF) erstmals seit 2008 wieder deutschsprachige Propaganda. Bei den veröffentlichten Texten handelt es sich teils um Übersetzungen älterer Schriften, Übersetzungen aktueller Propaganda „jihadistischer“ Organisationen und Eigenproduktionen. In manchen dieser Publikationen wird direkt Bezug auf Ereignisse in Deutschland genommen bzw. zu Gewalthandlungen in Deutschland aufgerufen.

Seit dem 3. November 2012 tragen die deutschsprachigen Veröffentlichungen der GIMF auch das Logo von der in Deutschland verbotenen Vereinigung „Millatu Ibrahim“. Dies kann als Hinweis gewertet werden, dass Mohamed Mahmoud – führender Protagonist von „Millatu Ibrahim“ (vgl. Kap. II, Nr. 1 und Kap. III) – wieder Kontakt zur GIMF aufgenommen hat und mit dieser kooperiert. Bis Ende 2012 hat die GIMF insgesamt vier Botschaften mit dem Logo von „Millatu Ibrahim“ herausgegeben.

Im Berichtszeitraum standen neben dem üblichen Aufruf zur materiellen und personellen Unterstützung des „Jihad“, die durch Spenden, Ausreisen oder „jihadistische“ Aktionen in Deutschland geleistet werden sollte, folgende Themen im Mittelpunkt der „jihadistischen“ Propaganda mit Deutschlandbezug:

Zentrale Themen mit Deutschlandbezug

Ein islamistisch motivierter Attentäter hatte am 11. und 15. März 2012 drei französische Soldaten und am 19. März 2012 drei Kinder sowie einen Lehrer einer jüdischen Schule in der Umgebung von Toulouse (Frankreich) getötet. Der Attentäter widersetzte sich seiner Verhaftung und starb bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei (vgl. Kap. II, Nr. 1).

Attentate in Frankreich

In der „jihadistischen“ Propaganda wurde der Attentäter als „Märtyrer“ stilisiert und seine Anschläge als vorbildlich gepriesen. Neben den üblichen Segenssprüchen und Lobgedichten kam in einschlägigen Diskussionsforen wiederholt der Wunsch nach einem „deutschen“ Attentäter auf.

Am 4. April 2012 drohte ein Nutzer in einer arabischsprachigen Textbotschaft unter Verweis auf die Attentate in Frankreich mit Anschlägen „im Herzen Berlins“.

Mit der am 5. April 2012 veröffentlichten deutschsprachigen Audiobotschaft der IBU „Der Ritter von Toulouse“ stilisierte Monir Chouka den Attentäter zum Vorbild und gewährte ihm somit die Anerkennung einer bekannten „jihadistischen“ Organisation:



„Steht auf und lasst dem arabischen Frühling einen europäischen Sommer folgen. Im Jihad gibt es keine Grenzen. Jeder Muslim wird für sich selbst verantwortlich gemacht, ob und in welchem Ausmaß er sich am globalen Jihad beteiligt. Nur Allah wird dies bewerten.“
(„Jihadistisches“ Internetforum, 5. April 2012)

Seit Sommer 2011 wird die Unterstützung von in westlichen Gefängnissen inhaftierten Islamisten von unterschiedlichen salafistischen und „jihadistischen“ Gruppierungen kontinuierlich propagandistisch begleitet. Dieses Thema ist nicht nur für Solidaritäts- und Spendenkampagnen geeignet, sondern auch zur Bildung

Unterstützung inhaftierter Islamisten

und Radikalisierung von Unterstützernetzwerken in verschiedenen Ländern, so auch in Deutschland. Über eigens eingerichtete Internetpräsenzen wird dazu aufgefordert, den inhaftierten Islamisten Briefe zukommen zu lassen oder deren Verwandte zu unterstützen. Desgleichen werden angebliche Briefe aus dem Gefängnis veröffentlicht, in denen einerseits die Haftbedingungen als unerträglich und menschenunwürdig geschildert und andererseits die Standhaftigkeit des jeweiligen Inhaftierten betont werden.

Einen breiten Raum nahm die Inhaftierung einer bekannten deutschen Islamistin ein. Die Inhaftierung einer „wehralosen reinen Muslimin“ gilt in islamistischen Kreisen als eine unmittelbare Ehrverletzung und löste eine Vielzahl von propagandistischen Verlautbarungen aus.

„Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM, vgl. Kap. II, Nr. 2.3) veröffentlichte am 18. März 2012 eine Videobotschaft, in der die Organisation die Haftentlassung der deutschen Islamistin im Gegenzug für die Freilassung einer in Nigeria verschleppten deutschen Geisel verlangte. Zudem forderte AQM finanzielle Kompensation für die angeblichen Misshandlungen der Islamistin während der Haft sowie die Möglichkeit einer Ausreise in ein Land ihrer Wahl.

Die im September 2012 durchgeführte Hausdurchsuchung der ehemals Inhaftierten gab zu erneuter Propaganda Anlass. Ein Nutzer eines arabischsprachigen „jihadistischen“ Diskussionsforums reagierte am 3. Oktober 2012 mit einem Eintrag, in welchem er die Muslime auffordert, sich für die deutsche Islamistin einzusetzen:

„Diese Angelegenheit wird nicht beendet, ohne dass wir von dem Blut der Deutschen trinken und ihre Interessen überall angreifen. Gibt es jemanden, der sich aufrafft, meine Lieben?? Wo sind die Löwen des Islam??“

(„Jihadistisches“ Diskussionsforum, 3. Oktober 2012)

Wahlkampftour der „Bürgerbewegung pro NRW“

Als im Rahmen des nordrhein-westfälischen Wahlkampfes Mitglieder der „Bürgerbewegung pro NRW“ am 1. Mai und am 5. Mai 2012 Muhammad-Karikaturen zeigten (vgl. Berichtsteil Rechtsextremismus, Kap. III, Nr. 3), griffen salafistische

Gegendemonstranten Mitglieder von „pro NRW“ und Polizisten an (vgl. Kap. III).

Die Ereignisse wurden zahlreich im Internet kommentiert. Insbesondere führende Mitglieder der salafistischen Bewegung in Deutschland nahmen dies zum Anlass, Drohungen gegen Deutschland auszusprechen.

In einer am 22. Mai 2012 veröffentlichten Textbotschaft mit dem Titel „Die Deutschen sind verwirrt“ geht die IBU, nach ihrer ebenfalls im Mai 2012 veröffentlichten Botschaft „Tod der PRO-NRW“ (vgl. Kap. II, Nr. 3.2), wiederholt auf den Konflikt zwischen gewaltbereiten Salafisten und „pro NRW“-Anhängern ein. Empfohlen wird den deutschen Muslimen, den „Kampf gegen die Ungläubigen verdeckt zu führen und sie auf geheimen Wegen zu vernichten“.

Am 10. Juli 2012 veröffentlichte die GIMF die deutsche Übersetzung eines bereits Mitte Mai 2012 auf Arabisch erschienenen Textes eines führenden salafistischen Predigers in Ägypten. Hinsichtlich der von „pro NRW“ gezeigten Karikaturen erklärt er die Tötung desjenigen zur Pflicht, der den Propheten Muhammad beleidigt:

„Dies sollen die Kuffar [Ungläubige] in Europa wissen, und sie sollen auch wissen, dass der Prophet Muhammad – Allahs Segen und Frieden seien auf ihm – Gefolgschaften hat, welche (...) denjenigen töten, der ihn beleidigt oder verhöhnt, egal wie hoch auch immer die Kosten und Konsequenzen sind.“

(„Jihadistisches“ Internetforum, 10. Juli 2012)

Er ruft dazu auf, dieser Pflicht nachzukommen und die Muslime in Deutschland zu unterstützen, die sich für den Propheten auf der Straße eingesetzt haben.

Mit Verfügungen vom 29. Mai 2012 hat der Bundesminister des Innern die salafistisch-„jihadistische“ Vereinigung „Millatu Ibrahim“ (vgl. Kap. II, Nr. 1) verboten und vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die salafistischen Vereine „DawaFFM“ und „Die wahre Religion“ (DWR) eingeleitet (vgl. Kap. III).

**Exekutivmaßnahmen
gegen salafistische
Vereinigungen**

Die Durchsuchungsmaßnahmen am 14. Juni 2012 wurden im Internet als Ausdruck des Kampfes gegen die Muslime und den Islam interpretiert und mit „Nazipolitik“ sowie dem „Holocaust“ gleichgesetzt.

Der Anführer von „Millatu Ibrahim“, der sich zur Zeit der Maßnahmen im Ausland aufhielt, berichtete u.a. auf arabischsprachigen „jihadistischen“ Diskussionsforen und in Online-Kontaktnetzwerken über die Durchsuchungen. Dabei diffamierte er den Bundesminister des Innern als „Zauberer Schmutz Schwein“. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Demokratie insgesamt bezeichnete er als „schmutziger als schweinekott [und] nicht mal als kloppapier tauglich“.

Film „Innocence of Muslims“

Die Veröffentlichung des Trailers zu dem Film „Innocence of Muslims“ führte zusammen mit weiteren islamfeindlichen Veröffentlichungen wie den Muhammad-Karikaturen der französischen Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ zu heftigen Reaktionen von Muslimen weltweit und mündete auch in gewaltsame Ausschreitungen in verschiedenen Ländern.

Diverse „jihadistische“ Gruppierungen und Prediger haben den Trailer zum Anlass genommen, zur Gewalt gegen den „Westen“ und westliche Einrichtungen weltweit aufzurufen.



Die GIMF veröffentlichte am 21. September 2012 einen deutschsprachigen Text mit dem Titel „Abrechnung mit Deutschland“, anhand dessen deutlich wird, dass alle Schmähungen des Propheten Muhammad einheitlich wahrgenommen werden: Es wird dazu aufgerufen, die „Feinde des Islams“ zu köpfen, dies videographisch zu dokumentieren und anschließend medial zu verbreiten. Zu diesen „Feinden“ zählen nicht nur der Schauspieler, der in „Innocence of Muslims“ den Propheten spielte und angeblich deutscher Staatsbürger sei, sondern auch Mitglieder der „pro NRW“ sowie alle Politiker, die das Zeigen von Muhammad-Karikaturen bewilligen bzw. gutheißen und alle diejenigen, die derartige „Herabwürdigungen“ des Propheten unterstützen.

Bewertung

Die „jihadistische“ Propaganda enthält nach wie vor in großem Umfang Deutschlandbezüge. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine weitere Vernetzung deutscher Islamisten und „Jihadisten“ in Verbindung mit einer zunehmenden Internationalisierung von auf

Deutschland bezogenen Sachverhalten zu erkennen. Die Ereignisse in Deutschland und die Aktionen von „jihadistischen“ Aktivisten in Deutschland werden nicht nur im Internet veröffentlicht und teilweise übersetzt, sondern auch in der Propaganda ausländischer „jihadistischer“ Organisationen weiter verarbeitet.

Die im Internet geführten Diskussionen anlässlich islamfeindlicher Veröffentlichungen und das Zurschaustellen der Muhammad-Karikaturen durch rechtspopulistische Bewegungen zeigen wiederholt, dass die einzelnen Ereignisse in der „jihadistischen“ Propaganda in einen Zusammenhang gesetzt werden, der die postulierte Islamfeindlichkeit des „Westens“ belegen soll. Die Macher der Propaganda sowie führende islamistische und „jihadistische“ Aktivisten nutzen das entstandene Emotionalisierungspotenzial, um die Radikalisierung von Muslimen voranzutreiben. Derartige Ereignisse werden darüber hinaus wiederholt als Legitimationsgrundlage für ihre Ideologie verwendet.



Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)



GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

I. Überblick

1. Ideologie

Das nichtislamistisch-ausländerextremistische Spektrum ist sehr heterogen, es ist geprägt von Strömungen aus dem linksextremistischen, dem nationalistischen und auch dem separatistischen Bereich.

Marxisten-Leninisten Linksextremistische Ausländergruppierungen überwiegend türkischen Ursprungs, deren ideologische Wurzeln zumeist auf einer marxistisch-leninistischen bzw. maoistischen Weltanschauung basieren, verfolgen nach wie vor die „revolutionäre“ Zerschlagung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung sozialistischer bzw. kommunistischer Systeme in ihren Heimatländern.

Bei einigen extremistischen Ausländergruppierungen ist die ursprüngliche sozialistisch/kommunistische Ausrichtung zunehmend in den Hintergrund getreten. Hierzu zählt z.B. die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die im Kampf für kulturelle und politische Eigenständigkeit der kurdischen Volksgruppe – vor allem in der Türkei – auch Gewalt einsetzt.

Nationalisten Nationalistische Ausländerorganisationen messen der Nation sowohl ethnisch-kulturell als auch politisch-territorial den höchsten Stellenwert zu und missachten die Rechte und Interessen anderer Völker. Sie bemessen den Wert eines Menschen nach seiner Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse. Dies steht in einem elementaren Widerspruch zu den fundamentalen Menschenrechten und dem Gedanken der Völkerverständigung.

Separatisten Separatistische Organisationen streben die Loslösung eines Teils des Staatsgebietes ihrer Heimatländer und die Errichtung eigener Staaten teilweise unter Anwendung von Gewalt an. Hierzu gehören z.B. die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und extremistische Organisationen aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs.

2. Entwicklungen im Ausländerextremismus (ohne Islamismus)

Die Aktivitäten der in Deutschland agierenden – nichtislamistischen – extremistischen Ausländerorganisationen wurden auch 2012 im Wesentlichen durch aktuelle politische Entwicklungen und Ereignisse in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt. Die meisten dieser Gruppierungen betrachten Deutschland als sicheren Rückzugsraum, von dem aus sie ihre Mutterorganisationen im Heimatland propagandistisch und materiell unterstützen können.

Die in Deutschland seit 1993 mit einem Betätigungsverbot belegte PKK setzte ihren nach eigenem Bekunden auf eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts gerichteten Kurs fort. Die Organisation fordert seit Jahren die kulturelle und politische Eigenständigkeit für die kurdische Minderheit in der Türkei sowie die Freilassung, zumindest jedoch eine Verbesserung der Haftbedingungen ihres inhaftierten Führers Abdullah Öcalan.

**„Arbeiterpartei
Kurdistans“ (PKK)**

Die PKK-Anhänger in Deutschland unterstützten diese Forderungen – insbesondere durch die „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) – auch im Jahr 2012 insbesondere im Rahmen von Großveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen.

Im türkisch-irakischen Grenzgebiet kam es 2012 zwischen den Guerillaeinheiten der PKK und dem türkischen Militär zu deutlich verschärften bewaffneten Auseinandersetzungen, die in Europa – wie bei vergleichbaren Situationen der vergangenen Jahre – auch zu Spannungen zwischen den hier lebenden der PKK-nahestehenden Kurden und nationalistischen Türken führten. In Deutschland wurden öffentlichkeits- und medienwirksame Besetzungen und militante Aktionen durch Anhänger der Jugendorganisation der PKK, der „Komalên Ciwan“, durchgeführt.

Vor allem die jugendlichen Anhänger der PKK nutzen die vielfältigen Möglichkeiten und diversen Dienste des Internets, das ihnen anonymes Agieren erlaubt, sowohl für propagandistische Zwecke als auch als Kommunikations- und Agitationsmedium. Zudem werden auf Videoportalen und vor allem organisationsbezogenen Homepages, wie beispielsweise die der Guerillaeinheiten der PKK,

der sogenannten Volksverteidigungskräfte (HPG), oder „Gerilla TV“, auch glorifizierende Beiträge und Darstellungen über die Guerillaeinheiten zur Verfügung gestellt.

Türkische links-extremistische Organisationen Einige der türkischen linksextremistischen Gruppierungen propagieren den bewaffneten Kampf und übernehmen auch im Jahr 2012 wieder die Verantwortung für terroristische Anschläge in ihrem Heimatland.

In Deutschland agieren diese Organisationen gewaltfrei. In ihrer Agitation nehmen sie insbesondere Bezug auf Vorkommnisse in der Türkei. Sie äußern sich aber auch zu Ereignissen in der Bundesrepublik Deutschland und gerieren sich als Vertreter von Migranten- und Arbeiterinteressen.

Asiatische Separatisten Separatistische asiatische Organisationen wie die LTTE und Organisationen aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs streben die Loslösung vom Staat Sri Lanka bzw. Indien und die Errichtung eigener Staaten an. In Deutschland konzentrierten sich die Anhänger dieser Gruppierungen auf propagandistische Aktivitäten und die Beschaffung von Geldmitteln zur Unterstützung ihrer Organisationen im jeweiligen Heimatland.

3. Organisationen und Personenpotenzial

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der insgesamt 44 (2011: 45) nichtislamistischen sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Ausländerorganisationen ist mit 28.810 Personen gegenüber dem Vorjahr (2011: 26.410) angestiegen: Während sich die Anhängerzahl der linksextremistischen Ausländergruppierungen gegenüber 2011 von 18.570 auf 17.970 Personen verringerte, stieg das Potenzial der nationalistischen Ausländergruppierungen von 7.840 auf 10.840 Personen.

Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen^{1,2} (ohne Islamismus)			
	2010	2011	2012
Linksextremisten	17.070	18.570	17.970
davon:			
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	11.500	13.000	13.000
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	650	650	650
„Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	1.300	1.300	1.300
„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	600	600	600
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1.000	1.000	1.000
Sonstige	2.020	2.020	1.420
extreme Nationalisten	7.840	7.840	10.840
Summe	24.910	26.410	28.810

¹ Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
² Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.

II. Ziele und Aktionsschwerpunkte einzelner Gruppierungen

1. Gruppierungen aus dem kurdischen Spektrum

1.1 Überblick

Von den rund 800.000 in Deutschland lebenden ethnischen Kurden gehören 13.000 (2011: 13.000) zur Anhängerschaft der PKK, die hier seit 1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegt ist. Zentrale Forderungen der Organisation sind die kulturelle und politische Eigenständigkeit für die kurdische Minderheit in der Türkei sowie die Freilassung, zumindest jedoch eine Verbesserung der Haftbedingungen des auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Führers Öcalan. Das Aktionsverhalten der PKK in Deutschland wird weiterhin entscheidend von der aktuellen Lage in der Türkei und in den kurdischen Siedlungsgebieten beeinflusst.

Zu den wesentlichen Aufgaben der PKK in Deutschland gehört neben der finanziellen und logistischen Unterstützung der Gesamtorganisation die Vorbereitung und Durchführung von Großveranstaltungen, die oftmals sowohl für propagandistische Zwecke als auch zur Anwerbung neuer Anhänger genutzt werden.

Die PKK verstärkte ihre Bemühungen – vor allem durch die YEK-KOM – durch eine aktive Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit und den Aufbau von Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern, um Unterstützung für ihre Anliegen zu finden.



Sowohl im türkisch-irakischen als auch im türkisch-syrischen Grenzgebiet kam es 2012 zu weiter verschärften militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den Guerillaeinheiten der PKK, den sogenannten Volksverteidigungs Kräften (HPG), die in Europa zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PKK-Sympathisanten und nationalistischen Türken führten. So gab es anlässlich des zum „20. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) von PKK-Jugendlichen abgehaltenen mehrtägigen „Marsches der Jugend“ tätliche Auseinandersetzungen zwischen Kurden und nationalistischen Türken, wobei es zu Verletzten kam.

Die PKK ist in Deutschland jederzeit in der Lage, ihre Anhängerschaft bei bestimmten emotionalisierenden Ereignissen kurzfristig zu mobilisieren, insbesondere im Zusammenhang mit der Haftsituation Abdullah Öcalans oder dem sich zuspitzenden militärischen Konflikt in der Heimatregion.

1.2 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



Gründung:	<p>27.11.1978 als „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) in der Türkei</p> <p>weitere Bezeichnungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê – KADEK) – „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra Gelê Kurdistan – KONGRA GEL) – „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (Koma Komalên Kurdistan – KKK) – „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (Koma Civakên Kurdistan – KCK)
Führung:	Abdullah Öcalan
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	13.000 (2011: 13.000)
Publikationen/Medien:	<p>u.a.: „Yeni Özgür Politika“ (YÖP – „Neue Freie Politik“), täglich;</p> <p>„Serxwebûn“ („Unabhängigkeit“), monatlich;</p> <p>„Stêrka Ciwan“ („Stern der Jugend“), monatlich;</p> <p>„Roj TV“ (Fernsehsender – bis Februar 2012);</p> <p>„Stêrk TV“ (Fernsehsender – ab Februar 2012);</p> <p>„Nûçe TV“ (Fernsehsender – ab März 2012)</p>
Betätigungsverbot:	Verbotsverfügung vom 22. November 1993

1.2.1 Allgemeine Lage

Die seit 2002 von der Europäischen Union (EU) als terroristische Organisation gelistete PKK²¹³ ist in Deutschland die mit Abstand mitgliederstärkste extremistische Ausländerorganisation aus dem nichtislamistischen Spektrum.

Die Organisation ist bestrebt, auf der politischen Ebene als einziger legitimer Vertreter und Ansprechpartner in der Kurdenfrage anerkannt zu werden; in Westeuropa bemüht sie sich deshalb um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. In der Türkei und der nordirakischen Grenzregion, aber auch im Osten Syriens, setzt die PKK hingegen mit ihren bewaffneten Einheiten weiterhin auf die Anwendung von Gewalt. An dieser ambivalenten Ausrichtung änderten die seit 2002 erfolgten diversen Umbenennungen der Organisation nichts, die mit dem Ziel erfolgt waren, nach außen hin den Eindruck einer politischen Neuausrichtung der PKK zu erwecken und sie vom Makel einer Terrororganisation zu befreien.

Trotz der mehrfach angekündigten Einführung interner demokratischer Strukturen hält die Organisation an einem strikt hierarchischen Kaderaufbau mit einer autoritären Führung fest. Ansätze einer Demokratisierung, z.B. die avisierte Einbindung der Basis in Entscheidungsabläufe, wurden bislang weder strukturell noch personell realisiert. Nach wie vor werden organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam an die jeweils nachgeordneten Kaderbereiche weitergegeben.

Unumstrittener Anführer ist weiterhin der seit 1999 auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftierte Gründer der Organisation Öcalan. Er wird von der PKK-Anhängerschaft als Führungs- und Integrationsfigur des kurdischen Freiheitskampfes verehrt und verfügt – obwohl er kaum „offizielle“ Nachrichten aus der Haft

²¹³ Der Europäische Rat erklärte im September 2001 die Bekämpfung des Terrorismus zu einem der vorrangigen Ziele der EU. Seither können Personen, Vereinigungen und Körperschaften in einer EU-Liste erfasst („gelistet“) werden, wenn eine zuständige Behörde eines EU-Mitgliedstaates über Beweise oder schlüssige Indizien für deren Involvierung in terroristische Handlungen verfügt. Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen können ebenfalls berücksichtigt werden. Konsequenz der halbjährlich erfolgenden Listung ist insbesondere das Einfrieren von Geldern und Vermögenswerten terrorismusverdächtiger Personen und Organisationen.

nach außen kommunizieren kann – weiterhin über einen maßgeblichen Einfluss auf Vorgehen und Strategie der Organisation. Die Forderung nach Freilassung Öcalans, zumindest jedoch die Beendigung seiner als „Isolationshaft“ bezeichneten Haftbedingungen, ist eines der zentralen Agitationsthemen der PKK. Seit Juli 2011 verweigern türkische Behörden den Rechtsanwälten Öcalans die Kontaktaufnahme und den Besuch ihres Mandanten.²¹⁴ Auch 2012 kam es deshalb wieder zu zahlreichen Protestaktionen: Anhänger und Sympathisanten der PKK führten im April sowie von September bis Mitte November 2012 sowohl in der Türkei als auch in Westeuropa zahlreiche Hungerstreikaktionen durch, die erst beendet wurden, nachdem Öcalan am 17. November 2012 seinen Bruder Mehmet empfangen konnte und daraufhin über ihn eine entsprechende Botschaft an die Hungerstreikenden sandte.

Vertreter Öcalans ist der Vorsitzende des Koma Civakên Kurdistan (KCK)-Exekutivrats Murat Karayilan. Er steht an zweiter Stelle in der PKK-Hierarchie. Der „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL), der nach außen hin eine parlamentsähnliche Struktur suggeriert, ist offiziell das oberste Entscheidungsgremium der PKK und dient der internen Meinungsfindung und Beschlussfassung. Tatsächlich trifft allein die PKK-Führungsebene alle Entscheidungen und lässt sie allenfalls im Nachhinein durch den KONGRA GEL „legitimieren“.

Führende PKK-Kader betonen immer wieder, die Organisation habe die früher vertretenen separatistischen Ziele aufgegeben. Gleichwohl strebt die PKK weiterhin einen länderübergreifenden föderalen Verbund aller Kurden im Nahen Osten an. Eine solche Föderation würde die Souveränität der betroffenen Staaten erheblich einschränken. Inwieweit die derzeitigen Veränderungen in der Region Auswirkungen auf dieses Ziel haben, kann noch nicht beurteilt werden. Dies gilt insbesondere für Syrien, wo in einigen Provinzen im Osten des Landes PKK-nahe Kräfte Teile der staatlichen Kontrolle übernommen haben. Die PKK hat – auch und gerade in Deutschland – diesen Prozess unterstützt.

²¹⁴ Öcalan hatte seit dem 27. Juli 2011 keinen Kontakt mehr zu seinen Rechtsanwälten. Sein Bruder Mehmet erhielt nur drei Besuchserlaubnisse (Oktober 2011, September und November 2012). Im Rahmen des Friedensprozesses zwischen dem türkischen Staat und der PKK bestätigte die Regierung im Dezember 2012 erstmals offizielle Sondierungsgespräche mit Öcalan. Daraufhin wurden einer Delegation kurdischer Politiker im Verlauf der Monate Januar und Februar 2013 Besuche beim inhaftierten PKK-Führer gestattet.

Ende Januar 2012 veröffentlichten prokurdische Medien einen PKK-Beschluss, wonach das Jahr 2012 zum „Freiheitsjahr Öcalans“ erklärt wurde, in dem der „revolutionäre Volkskrieg vertieft“ werden sollte. Anlässlich des 13. Jahrestags der Festnahme Öcalans (15. Februar 1999) erklärte Cemil Bayik, Mitglied des KCK-Exekutivrats, die PKK führe derzeit einen intensiven Existenzkampf, in dem die in Europa lebenden Kurden und insbesondere die kurdische Jugend eine besondere Rolle zu übernehmen hätten. Wörtlich heißt es:

„Als Bewegung haben wir von jeher den revolutionären Volkskrieg geführt. In der kommenden Phase wird der Kampf der Guerilla noch effektiver geführt werden. Jetzt bleibt es nicht mehr bei den Bergen, Städten und Metropolen, sondern der Krieg wird auf alle Bereiche ausgeweitet. (...) Solange der türkische Staat nicht von seiner Politik des kulturellen Völkermordes und der Vernichtung abrückt und keine demokratisch-politische Lösung ins Auge fasst, wird dieser Kampf andauern.“

(„Yeni Özgür Politika“, 7. Februar 2012, S. 1 und 10)

In einer Erklärung vom 16. März 2012 warfen die „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), die nach eigenen Angaben aus den HPG hervorgegangen und seit dem 21. Dezember 2006 von der EU als Terrororganisation gelistet sind²¹⁵, dem türkischen Staat eine zerstörerische Kurdenpolitik vor und drohten mit Anschlägen in den türkischen Touristengebieten. Die Urlaubsgebiete kämen als Anschlagziele in Betracht, da der türkische Staat die mit dem Tourismus erwirtschafteten Gelder in neue Waffen und Bomben für seinen „schmutzigen Krieg“ investiere. Hieran machten sich die Touristen mitschuldig. Wörtlich heißt es in der Erklärung:

„Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK)



„Wir warnen alle ausländischen und inländischen Touristen, nicht in die Touristengebiete in der Türkei zu gehen. Wir sind nicht verantwortlich für diejenigen, welche sterben werden infolge der Aktionen,

²¹⁵ Vgl. Fn 213.

*die in diesen Gebieten passieren werden. Die Türkei ist kein sicheres Land und wird es niemals sein. (...) Wir befinden uns im Krieg.“
(Homepage TAK, 20. März 2012)*

Bis 2012 verübten die TAK insbesondere in den Metropolen und den Touristenzentren der Westtürkei mehr als 50 Anschläge auf zivile Ziele.

Ein irrtümlicher Angriff türkischer Luftstreitkräfte am 28. Dezember 2011 in der türkisch-irakischen Grenzregion, bei dem 35 kurdische Zivilisten zu Tode kamen, führte auch in Westeuropa zu zahlreichen Protestaktionen und Demonstrationen von PKK-Anhängern. In Berlin-Wedding wurde in diesem Zusammenhang am 3. Januar 2012 ein Brandanschlag auf einen überwiegend von türkischstämmigen Nationalisten besuchten Verein verübt, zu dem sich eine mit der PKK sympathisierende Jugendinitiative bekannte.

Militärische Auseinandersetzungen in türkischen Grenzgebieten wirken sich auf Europa aus

Im Sommer 2012 kam es zunächst im türkisch-nordirakischen und sodann im türkisch-syrischen Grenzgebiet zu intensiven militärischen Kampfhandlungen zwischen Guerillaeinheiten der PKK und der türkischen Armee, die europaweit zu sowohl prokurdischen als auch protürkischen Protestkundgebungen führten, die zum Teil in gewalttätige Auseinandersetzungen mündeten.

Entführung eines türkischen Abgeordneten durch die PKK

Am 12. August 2012 kam es in der Region Tunceli (Türkei) erstmals zu einer Entführung eines Parlamentsabgeordneten durch ein bewaffnetes PKK-Kommando. Die Aktion wurde damit begründet, dass der Politiker in seiner Heimatregion Tunceli dem Einfluss der PKK entgegengewirkt habe. Nach zweitägiger Geiselnhaft wurde der kurdischstämmige Politiker, ein Angehöriger der oppositionellen „Republikanischen Volkspartei“ (CHP), unversehrt freigelassen.

1.2.2 Organisatorische Situation

Die PKK unterliegt seit 1993 unter allen von ihr benutzten Bezeichnungen (KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK) einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Dies gilt auch für den politischen Arm der Organisation, die „Nationale Befreiungsfront

Kurdistan“ (ERNK), die derzeit unter der Bezeichnung „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) die Aktivitäten der PKK in Europa maßgeblich bestimmt.

Die Führungsfunktionäre der CDK halten sich vorwiegend in den europäischen Nachbarländern auf. Die verantwortlichen Kader in Deutschland, deren Tätigkeit in aller Regel zeitlich begrenzt ist, werden in der Regel durch die CDK-Leitung eingesetzt. Sie agieren konspirativ und leiten organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam an nachgeordnete Ebenen weiter.

Die neunte Generalversammlung der CDK fand in der Zeit vom 2. bis 5. Juli 2012 in den Niederlanden statt. Laut Berichten in PKK-nahen Medien verständigten sich die Delegierten auf einen „totalen Kampf“ gegen die „menschenunwürdige“ Behandlung Öcalans und den „Genozid“ in Kurdistan. Diese Formulierung entspricht dem jahrelang geltenden PKK-Duktus.

Die Generalversammlung beschloss zudem eine Änderung der PKK-Organisationsstruktur in Deutschland: Bislang gab es drei sogenannte SAHAs, auch SERITs genannt, für die Bereiche Nord, Mitte und Süd. Der Bereich Süd wurde nunmehr in zwei Bereiche aufgeteilt. Diesen vier SAHAs sind insgesamt 28 Gebiete²¹⁶ untergeordnet. Ihnen steht jeweils ein Führungsfunktionär vor.

Die PKK unterhält zudem zahlreiche Massenorganisationen, in denen Anhänger aus verschiedenen Bevölkerungs-, Berufs- oder Interessengruppen organisiert sind. Besonders hervorzuheben sind die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (sinngemäß „Gemeinschaft der Jugendlichen“), die „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (AKKH) sowie die Studentenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK). Ebenfalls zu nennen sind die Organisationen „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK), „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK), „Union der Schriftsteller Kurdistans“ (YNK), „Union kurdischer Familien“ (YEK-MAL) sowie die Religionsgemeinschaften

Neunter Jahreskongress der CDK

Organisationsstruktur in Deutschland nunmehr in vier Bereiche aufgeteilt

Massenorganisationen

²¹⁶ Berlin, Bielefeld, Bochum/Essen, Bodensee, Bonn, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Salzgitter, Sachsen, Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart und Ulm.

„Islamische Gemeinde Kurdistan“ (CIK), „Föderation der demokratischen Aleviten“ (FEDA), „Union der Aleviten aus Kurdistan“ (KAB), „Föderation der yezidischen Vereine e.V.“ (FKE) und „Union der Yeziden aus Kurdistan“ (YEK).

1.2.3 „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ („Yekitiya Komalên Kurd Li Elmanya“ – YEK-KOM)



Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedienen sich PKK und CDK überwiegend ihrer örtlichen Vereine der Organisation in Deutschland, die den Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen.

Als Dachverband dieser Vereine fungiert die YEK-KOM, der nach eigenem Bekunden 43 Vereine angeschlossen sind.²¹⁷

Beratung einer PKK-Eingabe im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages

Zum Abschluss der 2011 von der YEK-KOM initiierten „Identitätskampagne“ wurden knapp 60.000 Unterschriften an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben. Der YEK-KOM-Vorsitzende Yüksel Koc erhielt am 15. Oktober 2012 die Gelegenheit, dem Ausschuss die Petition vorzustellen, in der hauptsächlich die Anerkennung der Kurden als eigenständige Ethnie, die Aufhebung des gegen die PKK verhängten Betätigungsverbots, die Zulassung kurdischer Vornamen, die Förderung der kurdischen Sprache sowie die Anerkennung des kurdischen Neujahrsfestes Newroz als Feiertag gefordert werden. Der Petitionsausschuss hat die Eingabe bislang nicht beschieden.

Gewalttätige Aus- einandersetzungen im Rahmen des „20. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals“ in Mannheim

Am 8. September 2012 führte die YEK-KOM auf dem Maimarktgelände in Mannheim (Baden-Württemberg) unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Ein Status für Kurdistan“ das „20. Internationale Kurdische Kulturfestival“ durch. Nach polizeilichen Schätzungen haben bis zu 40.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten europäischen Ausland an dieser europaweit beworbenen Veranstaltung teilgenommen. Der PKK-Fernsehsender „Stêrk TV“ berichtete live über das Festival.

Der YEK-KOM-Vorsitzende Yüksel Koc bezeichnete in seiner Eröffnungsrede den in der Türkei inhaftierten PKK-Führer Öcalan

²¹⁷ Homepage YEK-KOM (15. November 2012).

SICHERHEITSGEFÄHRDENE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN (OHNE ISLAMISMUS)

als Ansprechpartner des kurdischen Volkes bei der Lösung der Kurdenfrage. Die PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ rief in ihrer Grußbotschaft zur Teilnahme am Guerillakampf auf. Der Vorsitzende des Exekutivrates der KCK Murat Karayilan bezeichnete in einer Videobotschaft die Freiheit Öcalans sowie die Anerkennung der Autonomie Kurdistans als Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Leben zwischen Türken und Kurden. Unter Bezugnahme auf den Kampf der PKK-Guerilla forderte er, dass jeder Kurde dort, wo er lebe, aktiv am Kampf teilnehmen müsse. Insbesondere den etwa 1,5 Millionen in Europa lebenden Kurden komme eine wichtige Rolle bei der „Revolution“ zu.



Im Rahmen der im Umfeld des Festivalgeländes durchgeführten polizeilichen Personenkontrollen wurden u.a. vier Messer, ein Schlagring sowie Fahnen und T-Shirts mit verbotenen Symbolen sichergestellt. In diesem Zusammenhang wurden gegen 19 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Trotz der Vorkontrollen gelang es Aktivisten, bei der Veranstaltung verbotene Fahnen von PKK-Organisationen zu zeigen.

Außerhalb des Veranstaltungsgeländes griffen Gruppen von ca. 100-200 Kurden Polizeikräfte tätlich an, die vom Veranstalter zur Hilfe gerufen worden waren, weil eingesetzte Ordnungskräfte vergeblich versucht hatten, einen minderjährigen Kurden daran zu hindern, mit einer verbotenen Fahne das Gelände zu betreten. Die Einsatzkräfte wurden mit Gegenständen beworfen, darunter volle Glasflaschen, Ziegelsteine, Feuerwerkskörper und Absperrgitter. An den Ausschreitungen beteiligten sich im weiteren Fortgang bis zu 1.500 gewaltbereite – zumeist jugendliche – Festivalbesucher, die von Tausenden weiteren Teilnehmern mit lautstarken Parolen und Beifall unterstützt wurden.

Insgesamt wurden 80 Polizisten verletzt, einer davon schwer. Zudem wurden 13 Dienstfahrzeuge der Polizei beschädigt. Die Gewalttäter konnten unerkannt in der Menschenmenge entkommen.

Auch 2012 ging dem Festival wieder ein mehrtägiger „Marsch der Jugend“ von Anhängern der „Komalên Ciwan“ voraus, der am 1. September 2012 in Straßburg (Frankreich) gestartet war und in Mannheim (Baden-Württemberg) am Tag des Festivals endete. Im Verlauf des Marsches, an dem sich in der Spitze etwa 150 meist



kurdischstämmige Personen beteiligten, kam es immer wieder zu kleineren Handgreiflichkeiten von Demonstrationsteilnehmern gegen eingesetzte Polizeikräfte. Zu schweren tumultartigen Ausschreitungen zwischen kurdischstämmigen Marschteilnehmern und nationalistischen Türken kam es am 5. September 2012 in Bruchsal (Baden-Württemberg), nachdem die türkische Nationalflagge gezeigt und Beleidigungen skandiert worden waren, woraufhin kurdischstämmige Teilnehmer die in ihren Fahrzeugen fliehenden Türken mit Steinen, Flaschen, Stangen und sogar Gullydeckeln angriffen. Zwei Teilnehmer und fünf Polizisten wurden bei diesen Auseinandersetzungen verletzt.

Weitere Ausschreitungen nach erneuten Provokationen nationalistischer Türken auf der letzten Etappe zwischen Hockenheim und Mannheim (beide Baden-Württemberg) am 7. September 2012 konnten durch den Einsatz der Polizei verhindert werden. Zwei Polizeibeamte wurden hierbei verletzt. Aufgrund der aggressiven Grundstimmung der Demonstrationsteilnehmer, die zudem in Begleitfahrzeugen Pflastersteine sowie Hieb- und Stichwaffen mitführten, wurde der Marsch von der Polizei beendet.

Die Waffen und Wurfgeschosse der „Komalên Ciwan“-Anhänger belegen deren Absicht, auch gewalttätig gegen die Polizei oder provozierende Türken vorzugehen.

Eine derartig hohe Eskalationsbereitschaft war seit den Krawallen im Zusammenhang mit der Verhaftung Öcalans durch türkische Sicherheitskräfte im Jahr 1999 nicht mehr zu beobachten. Neu ist auch die geradezu eruptive Heftigkeit, mit der sowohl die Konfrontation zwischen Türken und Kurden ausgetragen wurde als auch die Gewaltanwendung gegen die Polizei.

Die YEK-KOM wies in einer Stellungnahme jegliche Verantwortung für die Ausschreitungen zurück:

„Die Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt trägt in erster Linie die Polizei, die in den vergangenen Tagen vor allem die kurdischen Jugendlichen drangsalierte und zu provozieren versuchte. (...) die Polizei unterstellte schon im Vorfeld, die erwarteten kurdischen Versammlungsteilnehmer seien grundsätzlich gewalttätig und ein Sicherheitsproblem. Durch diese Desinformation der türkischen

Lobby wurde die Sicherheitslage für die Veranstaltung bewusst gefährdet und kriminalisiert.“

(Homepage YEK-KOM, 10. September 2012)

Das von einer Vielzahl PKK-naher Organisationen und einigen linksextremistischen deutschen Gruppierungen, z.B. der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD, vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. III, Nr. 2) oder der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB, vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. II, Nr. 1.2) getragene Aktionsbündnis Kampagne „Tatort Kurdistan“ führte auch 2012 eine Vielzahl von Veranstaltungen und Kundgebungen durch. So veranstaltete z.B. der im Aktionsbündnis aktive „AZADİ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland“, vom 20. bis 22. April 2012 in Köln (Nordrhein-Westfalen) eine Konferenz unter dem Motto „Internationale Repressionsstrategie gegen die kurdische Bewegung und die türkische Linke“.

**Zusammenarbeit
mit deutschen
Linksextremisten
im Rahmen
der Kampagne
„Tatort Kurdistan“**



1.2.4 „Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ („Partiya Jiyana Azad a Kurdestanê“ – PJAK)

Nach Angaben des seinerzeitigen KONGRA GEL-Vorsitzenden Zübeyir Aydar aus dem Jahr 2004 ist die im selben Jahr gegründete PJAK Mitglied im KONGRA GEL – damit ist die Partei letztlich ein Mitglied bzw. eine Teilstruktur der PKK. Die PJAK ist nach außen hin allenfalls organisatorisch und durch eine separate Anhängerschaft von der PKK zu unterscheiden.

Die PJAK unterhält in Deutschland mit Ausnahme eines engen Führungszirkels um den Parteivorsitzenden, den deutschen Staatsangehörigen Rahman Haj-Ahmadi, nach wie vor kaum eigene Vereinsstrukturen und entfaltet auch sonst wenig Aktivitäten hierzulande. Dies liegt nicht zuletzt an der relativ geringen Zahl in Deutschland lebender Kurden iranischer Abstammung.

Im Iran selber unterhält die PJAK eigene bewaffnete Einheiten, die „Freiheitskräfte Kurdistans“ (HRK), die eng mit den HPG verzahnt sind. Allerdings entfalteten die HRK im Jahr 2012 wesentlich geringere Aktivitäten als die Guerillaeinheiten der PKK.



Die PKK-nahe Nachrichtenagentur „Firat News Agency“ (ANF) veröffentlichte am 6. Februar 2012 eine Erklärung der PJAK zur Situation der politischen Häftlinge im Iran sowie zur zunehmenden Folter in iranischen Gefängnissen, in der die Partei an alle im Iran lebenden Ethnien appelliert, in einem breiten Bündnis Widerstand zu leisten:

„Der Iran fordert täglich immer mehr die Liquidierung kurdischer Frauen und Jugendlicher. (...) Wir rufen alle Ethnien im Iran, Araber, Azeris, Parsen, Belutschen und insbesondere Kurden auf, gegen dieses Regime, das ihre Kinder unmenschlich und unmoralisch behandelt, nicht zu schweigen.“

(Homepage ANF, 6. Februar 2012)

Anlässlich des ersten Jahrestages intensiver bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Guerillaeinheiten der PJAK und dem iranischen Militär veröffentlichte die PJAK im September 2012 eine Erklärung, in der sie die gefallenen Kämpfer als „Märtyrer“ glorifiziert und ausführt, dass ein „historischer Sieg“ errungen worden sei:

„Als Ergebnis eines heldenhaften Widerstands unserer Genossen und unserer Märtyrer wurde eine neue Phase geschaffen, welche dazu führte, die iranischen Revolutionsgarden zu besiegen.

Als ‚Partei für ein freies Leben in Kurdistan‘ (PJAK) werden wir an alle Märtyrer der kurdischen Befreiungsbewegung (...) erinnern und manifestieren unser Festhalten an ihren Konzepten und Linien und wiederholen unser Versprechen, ihre Kämpfe fortzusetzen.“

(Homepage PJAK, 20. September 2012)

1.2.5 Propaganda der PKK

1.2.5.1 Medienwesen

Die PKK verfügt zur Verbreitung ihrer Propaganda und Ideologie über ein vielfältiges Medienwesen. Dadurch informiert bzw. mobilisiert sie nicht nur ihre Anhänger, sondern sie versucht

auch, die in Deutschland lebenden Kurden insgesamt im Sinne der Organisation zu beeinflussen. Funktionäre der PKK erhalten in den verschiedenen Medien regelmäßig eine öffentliche Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda.

Die Nachrichtenagentur ANF mit Sitz in den Niederlanden betreibt eine PKK-nahe Informationspolitik. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die kurdische Presse durch ein Korrespondentennetz in der Türkei, im Iran, Irak, in Syrien sowie in den europäischen Staaten zu vertreten und berichtet täglich in türkischer und kurdischer Sprache.

Von besonderer Bedeutung ist die in türkischer Sprache in Deutschland herausgegebene PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) mit einer Auflage von knapp 10.000 Exemplaren. Die monatlich erscheinende PKK-Zeitung „Serxwebûn“, die in den Niederlanden verlegt wird, soll PKK-Kadern die ideologischen Grundlagen der Organisation vermitteln.

In der Vergangenheit war der mit dänischer Lizenz in Belgien produzierende PKK-Satellitensender „Roj TV“ das zentrale Informationsmedium der Organisation. Er war sowohl in Europa als auch in den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei und im Nahen Osten zu empfangen. Der Sender ist nach behördlichen Maßnahmen in Dänemark seit Anfang 2012 abgeschaltet.



Vorausgegangen waren der Abschaltung am 19. Juni 2008 vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Betätigungsverbote gegen den PKK-Fernsehsender „Roj TV“, das Unternehmen „VIKO Fernseh Produktion GmbH“ als dessen Teilorganisation sowie gegen das in Kopenhagen (Dänemark) ansässige Unternehmen „Mesopotamia Broadcast A/S“. In der Verbotsverfügung war festgestellt worden, dass der Betrieb des Fernsenders „Roj TV“ gegen deutsche Strafgesetze verstieß und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete (vgl. Berichtteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VII).

**Betätigungsverbote
gegen „Roj TV“/
„VIKO Fernseh
Produktion GmbH“**

In den Entscheidungen über die von beiden Firmen eingereichte Anfechtungsklage stellte das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2010 fest, dass sich Tätigkeit und Zweck von „Roj TV“ gegen den Gedanken der Völkerverständigung im Sinne des Artikels 9 Abs. 2 des Grundgesetzes richten. Das

Bundesverwaltungsgericht hatte die Verfahren seinerzeit aufgrund der dänischen Sendelizenz für „Roj TV“ ausgesetzt und dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen die Anwendung einer nationalen Vorschrift über ein Vereinsverbot in den durch die EG-Fernsehrichtlinie koordinierten Bereich falle.

Der Vorlagebeschluss des Bundesverwaltungsgerichts an den EuGH in Luxemburg wurde am 22. September 2011 beschieden. Das Bundesverwaltungsgericht folgte den Entscheidungsgründen des EuGH und bestätigte am 23. Juli 2012 die Rechtmäßigkeit des Betätigungsverbots sowie des Verbots, in Deutschland Beiträge für „Roj TV“ zu produzieren und Veranstaltungen zu organisieren, bei denen Sendungen in einem öffentlichen Rahmen gezeigt werden. Zwar könne in Deutschland die Ausstrahlung der Programme von „Roj TV“ nicht verhindert werden, aber „Roj TV“ dürfe sich in Deutschland nicht mehr betätigen, auch eine zu seinen Gunsten erfolgende Betätigung sei verboten.²¹⁸

Nachdem ein dänisches Gericht in Kopenhagen am 10. Januar 2012 „Roj TV“ wegen Unterstützung der PKK verurteilt hatte, beendete der französische Satellitenbetreiber Eutelsat die Zusammenarbeit mit „Roj TV“; der Empfang war kurzzeitig vom 23. Januar 2012 bis zum 9. Februar 2012 noch über Internetlivestream möglich. Obwohl „Roj TV“ gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt hat, schuf die PKK mit „Stêrk TV“ und „Nûçe TV“ bereits Ersatz: Diese beiden Sender haben die Nachfolge von „Roj TV“ nahtlos angetreten.



Da die weitere Existenz des Senders „Roj TV“ ungewiss war, nahm der Fernsehsender „Stêrk TV“, der bereits im Jahr 2008 gegründet worden war, am 6. Februar 2012 den Sendebetrieb unter norwegischer Lizenz auf und orientiert sich inhaltlich an „Roj TV“. Der Sender kann ebenso wie „Roj TV“ über Satelliten der französischen Firma Eutelsat empfangen werden. Ab dem 5. März 2012 trat das 2004 gegründete, mit dänischer Lizenz sendende „Nûçe TV“, ebenso wie „Roj TV“ ein Unternehmen der „Mesopotamia Broadcast A/S“, neben dem in abgeschwächter Form weiter sendenden „Stêrk TV“ als weiterer Ersatz für „Roj TV“ auf, musste



²¹⁸ Bundesverwaltungsgericht 6 A 3.11 und Bundesverwaltungsgericht 6 A 4.11 vom 23. Juli 2012.

allerdings am 3. Oktober 2012 nach einem von den dänischen Telekommunikationsbehörden ausgesprochenen zweimonatigen Sendeverbot für das PKK-Medienunternehmen „Mesopotamia Broadcast A/S“ den Sendebetrieb vorübergehend einstellen. Unverzüglich übernahm „Stêrk TV“ die Berichterstattung im Sinne der PKK und verdeutlichte damit seine Ersatzfunktion als PKK-Sender.

Bereits seit August 2008 ist der PKK-nahe Fernsehsender „Gerilla TV“ über Internet zu empfangen – Beiträge in diesem Internetportal verherrlichen den bewaffneten Kampf der PKK.



Für die Verbreitung von PKK-nahen Publikationen ist nach wie vor die in Neuss (Nordrhein-Westfalen) ansässige „Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH“ zuständig. Die Verlagsgesellschaft, die im Wesentlichen Publikationen des PKK-Führers Öcalan – auch in deutscher Sprache – vertreibt, war auch 2012 wieder mit Verkaufs- und Informationsständen bei PKK-nahen Veranstaltungen vertreten. Musikoträger von PKK-nahen Künstlern vertreibt die ebenfalls in Neuss ansässige „MIR Multimedia GmbH“.

**„Mezopotamien
Verlag und
Vertrieb GmbH“**

1.2.5.2 Demonstrationen und Großveranstaltungen

Mit zentral gesteuerten Propagandaaktionen, in deren Mittelpunkt die Situation des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Öcalan sowie der militärische Konflikt im Grenzgebiet der Türkei zum Nordirak stehen, versucht die PKK in Deutschland und dem benachbarten Ausland immer wieder, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen.

Es gelingt der PKK nach wie vor, ihre Anhängerschaft zu Demonstrationen und Großveranstaltungen, Hungerstreiks und Mahnwachen, Unterschriftenkampagnen und Podiumsdiskussionen zu mobilisieren.

Als Reaktion auf den irrtümlichen Angriff der türkischen Luftwaffe am 28. Dezember 2011 auf kurdische Zivilisten im türkisch-nordirakischen Grenzgebiet fanden in den darauffolgenden Tagen zahlreiche Protestveranstaltungen in ganz Europa statt, u.a. vor türkischen Konsulaten und Botschaften. In Deutschland kam es hierbei in einigen Fällen zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen von PKK-Anhängern mit der Polizei, so z.B. am 30. Dezember 2011 in Frankfurt am Main (Hessen) und Mannheim (Baden-Württemberg). Am 3. Januar 2012 verübten in Berlin mutmaßliche PKK-Anhänger einen Brandanschlag auf Räumlichkeiten eines überwiegend von türkischstämmigen Nationalisten besuchten Vereins (vgl. Kap. Nr. II, 1.2.1).

Anlässlich des 13. Jahrestags der Festnahme Öcalans führten etwa 10.000 Anhänger der PKK, darunter ein Großteil aus Deutschland, am 18. Februar 2012 in Straßburg (Frankreich) eine zentrale Großkundgebung durch.²¹⁹ Auch in Deutschland kam es in zahlreichen Städten zu diversen, teilweise militanten Protestaktionen. Am 15. Februar 2012 wurden z.B. Brandanschläge auf ein Redaktionsbüro der türkischen Tageszeitung Zaman in Köln sowie den „Deutsch-Türkischen Kulturverein“ in Bonn (beide Nordrhein-Westfalen) verübt.



Etwa 13.000 Anhänger der PKK begingen am 24. März 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) mit einer zentralen Großkundgebung das traditionelle kurdische Neujahrsfest „Newroz“ („neuer Tag“). Die von der YEK-KOM angemeldete und organisierte Veranstaltung stand unter dem Motto „Newroz – Fest des Friedens, der Freiheit und der Völkerverständigung. Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“.

Anlässlich des 63. Geburtstags Öcalans beteiligten sich am 4. April 2012 in Straßburg (Frankreich) rund 10.000 PKK-Anhänger aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz an einer friedlich verlaufenen Demonstration mit einem Sitzstreik und einer Kundgebung vor dem Gebäude des Europarates.

Am 16. Juni 2012 fand in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) das vom „Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.“ (CENI)

²¹⁹ Auf massiven Druck der Türkei hin hatte die syrische Regierung seinerzeit Öcalan die Unterstützung entzogen und ihn veranlasst, sein Exil in Damaskus am 9. Oktober 1998 aufzugeben. Nach Auffassung des KONGRA GEL markiert dieser Tag den Beginn eines „internationalen Komplotts“, das schließlich zur Festnahme Öcalans am 15. Februar 1999 in Kenia und zu seiner Verurteilung in der Türkei führte.

ausgerichtete „8. Zilan-Frauenfestival“²²⁰ statt, an dem sich etwa 2.000 Personen aus Deutschland und benachbarten europäischen Staaten beteiligten. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Schluss mit dem Genozid“.

Zum „15. Mazlum Dogan“²²¹ Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ unter dem Motto „Entweder Freiheit oder Freiheit“ am 30. Juni 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) konnten etwa 3.000 jugendliche Teilnehmer kurdischer Volkszugehörigkeit mobilisiert werden. Die diesjährige Veranstaltung war einem 2011 bei Kampfhandlungen in der Türkei ums Leben gekommenen PKK-Mitglied gewidmet. Der KCK-Vorsitzende Karayilan bekannte sich in einer Videobotschaft zum Widerstandsrecht des kurdischen Volkes und rief die kurdische Jugend in Europa auf, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden. Auch eine Grußbotschaft der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ wurde verlesen.

Das seit Ende Juli 2012 andauernde Kontaktverbot des PKK-Führers Öcalan zu seinen Anwälten veranlasste PKK-Anhänger in Europa am 27. und 28. Juli 2012 zu zahlreichen Protestaktionen. Auch in Deutschland wurden Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen durchgeführt. Am 27. Juli besetzten PKK-Aktivisten kurzzeitig ein Büro einer schwedischen Zeitung in Stockholm (Schweden), ein Büro der Turkish Airlines in Wien (Österreich) und eine SPD-Geschäftsstelle in Darmstadt (Hessen).

Anlässlich des 28. Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK in der Türkei führten Anhänger der Organisation am 15. August 2012 in zahlreichen deutschen Städten friedlich verlaufene Demonstrationen durch.

Zum 14. Jahrestag der Ausweisung Öcalans aus seinem Exil in Syrien (9. Oktober 1998) organisierten örtliche PKK-nahe Vereine bundesweit friedlich verlaufene Protestkundgebungen.

²²⁰ Die Veranstaltung ist benannt nach Zeynep Kinaci alias Zilan, die in PKK-Kreisen als „Märtyrerin“ verehrt wird. Zilan hatte am 30. Juni 1996 in Tunceli (Türkei) während einer militärischen Fahnenparade eine Bombe zur Detonation gebracht. Bei diesem Selbstmordanschlag wurden nach türkischen Angaben mindestens sechs Soldaten getötet und mehr als 20 Personen verletzt.

²²¹ Der Name „Mazlum Dogan“ soll die Erinnerung an einen PKK-Funktionär bewahren, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben genommen hat und seitdem innerhalb der Organisation als „Märtyrer“ verehrt wird.

Unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“ startete am 8. September 2012 eine Bustour, die durch 67 Städte in acht europäischen Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Schweden und Schweiz) führte. Mit dieser Aktion wollte die „Initiative für die Freiheit Öcalans“²²² die europäische Öffentlichkeit auf dessen Haftsituation hinweisen und zudem für eine politische Lösung der Kurdenfrage unter Einbeziehung der PKK werben. In Deutschland fanden Kundgebungen in 36 Städten statt. Die Bustour endete am 24. November 2012 in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) mit einer Abschlusskundgebung, an der etwa 650 PKK-Anhänger teilnahmen.



Fast im gleichen Zeitraum, vom 12. September bis 18. November 2012, führten mehrere Hundert in der Türkei inhaftierte PKK-Anhänger sowie Angehörige der „Freiheitspartei der Frauen Kurdistans“ (PAJK) einen Hungerstreik durch und forderten ebenfalls die Freilassung Öcalans, zumindest jedoch eine Beendigung seiner als Isolationshaft bezeichneten Haftbedingungen. Darüber hinaus verlangten sie die Aufhebung aller gesetzlichen Barrieren zum Gebrauch der kurdischen Sprache in der Türkei. In Deutschland solidarisierten sich PKK-Anhänger mit den Hungerstreikenden und führten im Oktober und November 2012 in zahlreichen Städten Protestkundgebungen und kurzzeitige Hungerstreikaktionen durch, die nach einer Botschaft Öcalans endeten, die er seinem Bruder bei dessen Haftbesuch am 17. November 2012 übergeben hatte (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1).

1.2.6 Aktivitäten der „Komalên Ciwan“



Die PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ hat ihre im Herbst 2011 begonnenen medienwirksamen (Besetzungs-)Aktionen im Jahr 2012 fortgesetzt. Bei den durchweg nur kurzzeitig durchgeführten Besetzungsaktionen versuchten die Teilnehmer in der Regel, Erklärungen mit PKK-unterstützenden Inhalten zu übergeben oder verlangten, dass solche veröffentlicht werden. Hervorzuheben sind dabei folgende gewalttätige bzw. gefährliche Aktionen:

- 15. Februar 2012: Straßenblockade in Frankfurt (Hessen)

²²² Ein Zusammenschluss verschiedener Gruppierungen und Einzelpersonen aus Deutschland und dem Ausland.

- 15. April 2012: Besetzung eines Ausflugschiffs in Köln (Nordrhein-Westfalen)
- 18. April 2012: Besetzung einer Straßenkreuzung in Berlin
- 19. April 2012: Besetzung eines Ausflugschiffs in Hamburg
- 28. Juli 2012: Besetzung eines Ausflugschiffs in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)

Auch im benachbarten europäischen Ausland kam es in diesem Zeitraum zu ähnlichen Aktionen.

Im Januar und Februar 2012 kam es aus Anlass des irrtümlichen Luftangriffs der türkischen Luftwaffe auf kurdische Zivilisten (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) und des Jahrestages der Festnahme Öcalans (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.5.2) wieder zu „Hit-and-run-Aktionen“²²³. So wurde z.B. am 3. Januar 2012 in Berlin ein Brandanschlag auf ein türkisches Vereinsheim verübt (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1). „Komalên Ciwan“ veröffentlichte hierzu die Taterklärung einer „Jugendinitiative Haki Karer“²²⁴, in welcher der Anschlag als Racheakt für den Luftangriff bezeichnet wurde. Am 15. Februar 2012 wurde in Köln (Nordrhein-Westfalen) ein Brandanschlag durch kurdische Jugendliche auf die Redaktion der türkischen Zeitung Zaman verübt (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.5.2).

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen der PKK-Jugend und nationalistischen Türken haben auch im Jahr 2012 wieder regelmäßig stattgefunden. Beschimpfungen und gegenseitige Provokationen – zumeist in sozialen Netzwerken im Internet – sind an der Tagesordnung. Die Anonymität des Internets verführt Nutzer oft zu heftigen verbalen Attacken bis hin zu Drohungen, die in der Regel jedoch nicht in die Tat umgesetzt werden. Im Internet getroffene Verabredungen zu Schlägereien wurden ebenfalls nur sehr selten realisiert.

Die im Internet zur Verfügung stehenden Videoportale werden zunehmend von PKK-Jugendlichen genutzt. So posieren sie beispielsweise zumeist auf martialische Art und Weise und zeigen sich mit einschlägigen Symbolen und Erkennungszeichen der PKK. Derartige Clips sind meistens mit Hip-Hop- oder Rap-Musik

²²³ Hierbei handelt es sich grundsätzlich um mittels Brandbeschleunigern versuchte bzw. durchgeführte Brandanschläge auf überwiegend türkische Einrichtungen in Deutschland.

²²⁴ Homepage „Komalên Ciwan“ (6. Januar 2012).

unterlegt. Darüber hinaus wird das Internet von Anhängern der „Komalên Ciwan“ gezielt für Propagandazwecke genutzt, um Aktionen und die zugrundeliegenden politischen Anliegen zeitnah einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. So wurde die Besetzung eines Ausflugsschiffs am 15. April 2012 in Köln (Nordrhein-Westfalen) durch einen – nicht an der Aktion beteiligten – Sympathisanten gefilmt und zeitnah in ein Internetvideportal eingestellt.

Neben Handgreiflichkeiten anlässlich von Demonstrationen gibt es auch immer wieder spontane Auseinandersetzungen außerhalb von Organisationsveranstaltungen.

Die „Komalên Ciwan“ bringen ihre Aktionsbereitschaft in Verlautbarungen zum Ausdruck, in denen stereotyp zum „Kampf“ auch in Europa aufgerufen wird. So hieß es zum 15. August 2012, dem 28. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes:

„Aus diesem Grund müssen alle kurdischen Jugendlichen in Europa in den Ländern, in denen sie leben, einen effektiven Kampf führen, damit die Isolation des Führers aufgehoben wird und in einer freien Atmosphäre Politik betrieben werden kann. (...) Mit dieser Überzeugung rufen wir die gesamte kurdische Jugend dazu auf, alle Orte, an denen sie lebt, zu Gebieten des Serhildan²²⁵ zu machen.“
(„Stêrka Ciwan“ Nr. 110, Juli 2012, S. 8)

1.2.7 Rekrutierung junger Anhänger der PKK in Deutschland für die Guerilla

Die PKK wirbt nach wie vor offen für die Teilnahme am bewaffneten Kampf. So werden Aufrufe der Organisation in allen PKK-Medien (Zeitschriften, Internet, TV) veröffentlicht. Einige dieser Aufrufe richten sich ausdrücklich an europäische Jugendliche.

²²⁵ Kurdische Bezeichnung für „Aufstand“.

So fordert ein HPG-Kommandant mit dem Decknamen Bahoz Erdal:

„Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sinnvoll, dass jeder kurdische Jugendliche in Europa sich seinem Land, den Bergen Kurdistans zuwendet, um zu seinem Inneren zu finden. (...) Die Jugend Kurdistans muss durch ihre aktive Beteiligung in der Guerilla jedem, Freund und Feind, zeigen, dass sie die Freiheitsmission des Volkes zum Sieg tragen wird.“

(„Stërka Ciwan“ Nr. 106, März 2012, S. 23)

Auch auf dem „Kurdistan-Festival“ am 8. September 2012 in Mannheim (Baden-Württemberg, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) wurde der Übertritt zur Guerilla gefordert:

„Die Zeit der Unterdrückung ist vorbei. Wir Jugendlichen engagieren uns für die Freiheit weiter. Unseren Willen kann keiner mehr stoppen. Freiheit für Öcalan. Jeder von uns. Die Jungs sollen aktive Arbeit leisten. Wir sollen uns den HPG-Guerillas an der Front anschließen. Wenn die Feinde uns das Leben schwer machen, machen wir deren Leben schwer.“

(„Sterk TV“, 8. September 2012)

Auch im Jahr 2012 wurden wieder Fälle bekannt, in denen sich junge PKK-Anhänger aus Deutschland der Guerilla angeschlossen haben. Die Organisation veröffentlicht immer wieder Berichte über getötete „Märtyrer“, die in Deutschland rekrutiert worden seien.

So wurde auf der Internetseite der HPG über eine im Jahr 1994 in Bremen rekrutierte und getötete ranghohe Guerillakämpferin berichtet.²²⁶

Am 3. Dezember 2012 durchsuchte die niederländische Polizei in einer Ferienanlage in Ellemeet (Niederlande) Räumlichkeiten, in denen ein Treffen von Angehörigen der „Komalên Ciwan“ und der

²²⁶ Homepage HPG (16. Oktober 2012).

PKK-Studentenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) zur Rekrutierung neuer Anhänger für die PKK-Guerilla stattfand (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.9). Im Rahmen der Exekutivmaßnahme wurden 55 Personen vorläufig festgenommen, darunter auch hochrangige Funktionäre der „Komalên Ciwan“ und der YXK aus Deutschland und dem benachbarten europäischen Ausland.

Es ist zu erwarten, dass die Europaorganisation auch künftig versuchen wird, in Europa Jugendliche für den kurdischen Kampf zu rekrutieren. In diesem Zusammenhang dürften auch im kommenden Jahr erneut ideologische Schulungscamps in Europa durchgeführt werden.

1.2.8 Finanzielle und wirtschaftliche Aktivitäten

In einer Videobotschaft zum „20. Kurdischen Kulturfestival“ in Mannheim (Baden-Württemberg, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) betonte der Vorsitzende der KCK Murat Karayilan, der militärische Einsatz der HPG verlaufe erfolgreich. Gleichzeitig forderte er dazu auf, die Guerilla nicht allein zu lassen und sie auch finanziell zu unterstützen.

Europa und insbesondere Deutschland stellen für die PKK auch unter finanziellen Gesichtspunkten eine rückwärtige Basis für ihren politischen und militärischen Kampf dar.

Die jährlich stattfindende „Spendenkampagne“ (kampanya) ist nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle der Organisation. Im Jahr 2012 konnte die PKK aufgrund ihrer gewalttätigen und terroristischen Aktivitäten in der Türkei und der ungeklärten, aus PKK-Sicht aber vielversprechenden Lage in Syrien eine erhöhte Spendenbereitschaft ihrer Anhänger nutzen und einen zweistelligen Millionenbetrag in Europa einsammeln.

Während von kurdischen Familien mehrere Hundert Euro jährlich veranlagt werden, müssen Geschäftsleute mehrere Tausend Euro entrichten. Die von den Sammlern geforderten Spenden für die „Freiheit Kurdistans“ werden häufig bei vertrauenswürdigen Geschäftsleuten zwischengelagert und anschließend von Kurieren meist ins Ausland verbracht. Wegen der in Deutschland

bestehenden Strafandrohung²²⁷ halten die Spendensammler bestimmte konspirative Sicherheitsmaßnahmen ein, um das Risiko einer Beschlagnahme der Beträge bzw. der entlarvenden Quittungen durch die Polizei möglichst gering zu halten.

Aufgrund des erheblichen Finanzbedarfs der Organisation in der Türkei und im Irak müsste im Berichtszeitraum ein erhöhter Anteil aus der Spendenkampagne durch Kurier in die Region transferiert worden sein.

Die Ausgaben der Organisation in Europa sind nach wie vor hoch, da umfangreiche Organisations- und Propagandastrukturen finanziert werden müssen.

Zusätzlich zur Jahresspendenkampagne wurde eine Sonderspendenkampagne für die Beschaffung von Gasmasken für die Guerilla durchgeführt, die jedoch nicht das von der PKK gewünschte Ergebnis erbracht hat.

Weitere Einkünfte erzielt die PKK aus Mitgliedsbeiträgen, dem Vertrieb von Publikationen und aus Veranstaltungen wie dem jährlichen „Kurdistan-Festival“.

Im Finanzsystem der PKK stellt das sogenannte „Wirtschafts- und Finanzbüro“ („Ekonomi ve Maliye Bürosu“ – EMB) ein wichtiges Element dar. Funktionäre dieser Organisationseinheit kontrollieren die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen PKK-Gebiete („Bölge“) und koordinieren die Bargeldtransporte in Deutschland und Europa.

Gegen den am 27. April 2012 in Köln (Nordrhein-Westfalen) festgenommenen ehemaligen Leiter des EMB hat die Bundesanwaltschaft am 23. Januar 2013 Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK erhoben.

²²⁷ Eine Spende oder ein anderer finanzieller Beitrag für die PKK stellt eine Unterstützung einer in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten Organisation dar und kann nach dem Vereinsgesetz mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe geahndet werden. Nach neuer Rechtsprechung könnte sich ein Spendensammler auch der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung gem. §§ 129b i.V.m. 129a StGB strafbar machen.

In den USA ist die PKK gemäß dem „Foreign Narcotics Kingpin Designation Act“ (Gesetz zur Kennzeichnung ausländischer Drogenhändler) als eine in den Drogenschmuggel involvierte Organisation gelistet. In Deutschland liegen keine Hinweise dafür vor, dass Organisationsstrukturen der PKK direkt in den Drogenhandel verwickelt sind.

1.2.9 Aktivitäten der PKK im Internet

Die PKK und insbesondere die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ nutzen zunehmend das Internet parallel zu den bisherigen Formen der Informationsweitergabe.

Nahezu alle Teilorganisationen der PKK pflegen eine oder mehrere eigene Internetpräsenzen. In der Regel enthalten diese Eigendarstellungen und Erklärungen oder Kommentierungen zu PKK-relevanten Themen.

Die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ stellt bisweilen Informationen zu ihren Aktionen unmittelbar nach Durchführung im Internet ein und dokumentiert sie mit Bildern oder Videos. So wurde von der Schiffsbesetzung in Köln am 15. April 2012 bereits kurz nach der Besetzung auf der Internetplattform YouTube ein Video der Aktion eingestellt. Auch andere Besetzungskaktionen wurden mit entsprechenden Bildern auf der Internetseite der Jugendorganisation dargestellt.

Während die PKK und ihre Teilorganisationen das Internet zunehmend als Mobilisierungs- und Rekrutierungsmedium nutzen, spielt es bei ihren Anhängern als Informationsmedium eine bedeutende Rolle, insbesondere die sogenannten Social Networks wie Facebook sind vor allem bei jüngeren Anhängern der PKK sehr beliebt. So werden gezielt Veranstaltungshinweise in diesen Foren verbreitet. Einige Teilorganisationen der „Komalên Ciwan“ betreiben zwischenzeitlich eigene Gruppen auf Facebook. Es handelt sich sowohl um offene als auch geschlossene Foren, d.h. um virtuelle Räume u.a. zum Austausch von Informationen und Meinungen. Während eine Teilnahme an den offenen Foren an keine Voraussetzungen geknüpft ist, müssen sich Teilnehmer an den geschlossenen Foren zunächst mit einem Nutzernamen

und Passwort anmelden und erhalten nur nach Zustimmung des Administrators Zutritt.

1.2.10 Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK

Auch im Jahr 2012 hatten sich wieder mehrere Führungsfunktionäre der Organisation vor Gericht zu verantworten:

- Am 6. März 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Hessen) einen kurdischstämmigen türkischen Staatsangehörigen wegen vereinsrechtlicher Verstöße rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sich der Angeklagte zwischen 2005 und 2007 als Gebietsleiter innerhalb der Kaderstruktur der PKK zunächst in Mainz (Rheinland-Pfalz) und danach in Darmstadt (Hessen) betätigt hatte.
- Das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg verurteilte am 13. Februar 2013 einen türkischen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren. Das Gericht stellte fest, dass der Verurteilte als Gebietsleiter der PKK von Hamburg, Bremen, Kiel (Schleswig-Holstein) und Oldenburg (Niedersachsen) in den Jahren 2007 bis 2008 durch Spendengeldsammlungen und Propagandatätigkeiten die PKK in ihrem Guerilla-Kampf gegen die Türkei unterstützt hat.
- Seit dem 13. September 2012 verhandelt das Oberlandesgericht Stuttgart (Baden-Württemberg) gegen zwei im Juli 2011 festgenommene und seitdem in Untersuchungshaft befindliche türkische Staatsangehörige wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK. Beiden Personen wird vorgeworfen, als hochrangige Kader der „Komalên Ciwan“ und der „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) tätig gewesen zu sein.
- Am 21. Januar 2013 wurde vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) der Prozess gegen einen 21-jährigen türkischen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK eröffnet. Der Angeklagte ist dringend verdächtig, sich von Ende Oktober 2009 bis März 2011 zunächst in Berlin und später in der Schweiz als Mitglied der PKK betätigt zu haben. Er sei als hochrangiger Kader der „Komalên Ciwan“ u.a. damit

betrault gewesen, die Teilnahme kurdischer Jugendlicher an Kundgebungen, Aufzügen und Versammlungen der PKK zu organisieren. Der Angeklagte war am 10. Juli 2012 in der Nähe von Paris (Frankreich) aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Bundesanwaltschaft festgenommen und am 25. Juli 2012 an die deutschen Strafverfolgungsbehörden überstellt worden.

- Am 1. November 2012 wurde ein hochrangiger Funktionär der „Komalên Ciwan“ aus der Schweiz nach Deutschland ausgeliefert. Dem 34-jährigen wird vorgeworfen, sich seit 2008 als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK beteiligt zu haben. Er soll zunächst in Berlin und später europaweit als hochrangiger Kader der „Komalên Ciwan“ tätig gewesen sein. So habe er u.a. junge Mitglieder oder potenzielle Kämpfer angeworben oder deren Anwerbung koordiniert und in diesem Zusammenhang mehrere Schulungsveranstaltungen geleitet, u.a. in Deutschland und Italien. Der Funktionär war am 20. Juli 2011 aufgrund eines Festnahmeersuchens des Generalbundesanwalts in der Nähe von Würenlos (Schweiz) festgenommen worden.
- Am 16. Dezember 2012 wurde ein PKK-Funktionär aufgrund eines europäischen Haftbefehls, der in Dänemark wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (PKK) erlassen worden war, in Rheinzabern (Rheinland-Pfalz) festgenommen. Das Amtsgericht Landau (Rheinland-Pfalz) ordnete am 17. Dezember 2012 die vorläufige Auslieferungshaft an.

Bewertung Die Aktivitäten der PKK in Deutschland werden sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Insbesondere die Haftsituation Öcalans sowie die sich zuspitzenden militärischen Auseinandersetzungen in der Türkei und Syrien zeigen, dass aktuelle Entwicklungen in der Heimatregion unmittelbare, bis zur Gewalttätigkeit reichende Reaktionen bei der in Deutschland lebenden PKK-Anhängerschaft hervorrufen. Die Organisation ist jederzeit imstande, insbesondere ihre jugendliche Anhängerschaft in kürzester Zeit zu mobilisieren und medienwirksame Aktionen durchzuführen.

Wesentliche Aufgabe in Deutschland wird auch künftig die Sammlung von Geldern zur Finanzierung und Aufrechterhaltung

der Organisationsstrukturen, der Propagandaaktivitäten sowie zur Unterstützung der militärischen Aktivitäten der HPG sein.

Die PKK wird ihre politische Lobbyarbeit weiter intensivieren und bestrebt sein, als legitimer Vertreter und Ansprechpartner in der Kurdenfrage anerkannt zu werden.

Die Ausschreitungen in Mannheim (Baden-Württemberg, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) belegen eine deutlich höhere Eskalationsbereitschaft der PKK-Anhänger. In vergleichbarer Form hat es dies zuletzt 1999 anlässlich der Verhaftung Öcalans gegeben. Bemerkenswert war 2012 die Heftigkeit der Konfrontation zwischen Kurden und nationalistischen Türken sowie die Gewaltanwendung gegenüber der Polizei.

Ob zukünftige Zusammenstöße zwischen Kurden und Türken bzw. militante Aktionen von Anhängern der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ ein vergleichbares quantitatives Ausmaß erreichen werden wie in Mannheim (Baden-Württemberg), wo sich ein großes Reservoir an Unterstützern der Gewalttätigkeiten bot, wird nicht allein von äußeren Anlässen, sondern auch von der jeweiligen Situation abhängen. Derartige Gelegenheiten bieten sich jedoch mehrfach im Jahr, u.a. bei diversen – z.T. jährlich stattfindenden – Großveranstaltungen von PKK-Anhängern.

Insbesondere die jugendlichen PKK-Anhänger werden die „Neuen Medien“ verstärkt für propagandistische Zwecke nutzen.

2. Gruppierungen aus dem türkischen Spektrum

2.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)



Gründung:	30. März 1994 in Damaskus (Syrien) nach Spaltung der 1978 in der Türkei gegründeten, 1983 in Deutschland verbotenen „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“)
Leitung:	bis 2008: Generalsekretär Dursun Karatas, verstorben am 11. August 2008; Nachfolger nicht bekannt
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	650 (2011: 650)
Publikationen:	„Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“), unregelmäßig; „Yürüyüş“ („Marsch“), wöchentlich; „HALK GERÇEĞİ“ (Zukunft des Volkes), unregelmäßig
Organisationsverbot:	Verbotsverfügung vom 6. August 1998

Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus spricht sich die DHKP-C nach wie vor für einen revolutionären Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei aus und strebt die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft an. Sie propagiert einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Von der EU ist die in Deutschland seit 1998 verbotene Organisation seit dem 2. Mai 2002 als terroristische Organisation gelistet.

Ihr Bekenntnis zum revolutionären Umsturz bekräftigte die DHKP-C auch 2012 wieder in einer Erklärung ihres politischen Arms „Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP) anlässlich des Jahrestages der Parteigründung:

„Die PARTEI bedeutet Beharren auf Revolution. Die PARTEI ist eine Alternative zum Imperialismus, der gegenwärtig unter der Bezeichnung „Globalisierung“ versucht, die Welt zu beherrschen. Die PARTEI ist unser Herrschaftsanspruch. Die PARTEI bedeutet, gestärkt wieder auf die Beine zu kommen, wenn die Oligarchie wieder einmal verkündet hat, sie vernichtet zu haben. (...) Sämtliche Entwicklungen der Welt zeigen, die einzige Rettung für die Völker LIEGT IM SOZIALISMUS. Der einzige Weg zur Verwirklichung des Sozialismus IST DIE REVOLUTION. (...) Egal um welchen Preis, wir werden auf dem Weg zum Sozialismus bis zur Erlösung Krieg führen. Wir werden der Türkei und den Völkern der Welt die antiimperialistische und antioligarchistische Volksherrschaft zum Geschenk machen.“
(„Yürüyüş“ Nr. 310, 1. April 2012, S. 4 ff.)

In der wöchentlich erscheinenden Zeitschrift „Yürüyüş“ präsentiert sich die DHKP-C als „Speerspitze“ des bewaffneten Kampfes:

„Da in unserem Land eine revolutionäre Lage herrscht, sind die objektiven Bedingungen für den bewaffneten Kampf gegeben. Das bedeutet, dass die Massen dazu neigen, sich um Organisationen zu scharen, die den bewaffneten Kampf führen. (...) Sich organisieren, das Volk organisieren und es in den Krieg führen. Das sind die beiden Bedingungen der Revolution. (...) Entscheidend jedoch ist die bewaffnete Propaganda. Wenn wir nur bei Worten bleiben, glaubt das Volk ohnehin nichts. (...) Kurzum, wenn Revolutionäre in unserem Land Revolution machen wollen, müssen sie zur Waffe greifen.“
(„Yürüyüş“ Nr. 304, 19. Februar 2012, S. 21)

In einer anderen Publikation der Organisation heißt es kämpferisch:

„Der Imperialismus ist ein verrottender und degenerierender Kapitalismus. Die Geschichte hat ihn zum Tode verurteilt. Wir werden ihn hängen. Sie werden verschwinden. Wir werden sie vernichten. (...) Wir sind Revolutionäre. Wir sind Marxisten-Leninisten. Revolutionäre Einstellung ist eine Identität. Diese Identität einigt sich niemals mit dem System. (...) Wir sind Mitglieder der Front. Wir führen Volkskrieg gegen Imperialismus und Oligarchie.“

(„HALK GERÇEĞİ“ Nr. 17, 1. Januar 2012)

In der Zeitschrift „Devrimci Sol“ äußert sich die DHKP-C u.a. zum „legalen, demokratischen Kampf“ und zum bewaffneten Kampf – aus Sicht der Partei sind beide Kampfformen unabdingbar miteinander verknüpft:

„In unserem faschistisch regierten Land sind die im demokratischen Bereich eingesetzten Kader und Führungsfunktionäre einer kriegsgerischen Organisation gleichzeitig auch jene Mitglieder, die bereit sein sollen, jederzeit in den illegalen und bewaffneten Kampf zu wechseln. Alle Revolutionäre, die im demokratischen Bereich offene Aktivitäten durchführen, müssen sich so betrachten und sich darauf vorbereiten. Arbeitsweise, Denkweise und Organisationsverständnis müssen auf der Perspektive des bewaffneten Kampfes und der Geheimhaltung basieren.

(...)

Unabhängig davon, ob unsere Kader und Führungskräfte im illegalen oder legalen, im demokratischen oder bewaffneten Bereich eingesetzt sind, alle unsere Organisationsbereiche sind unsere Kriegsstellungen, jede Handbreit anatolischen Bodens ist unser Kampfgebiet und jeder einzelne unserer Genossen ist der dortige Kommandeur. (...) Wir werden nicht vergessen, dass der demokratische Kampf die Luftröhre des illegalen und bewaffneten Kampfes ist. Der demokratische Kampf ist unsere Kaderquelle, [er bietet] Möglichkeiten, logistische Unterstützung und Unterstützung der Massen. Die Verschmelzung der Kriegsorganisation mit den Massen ist abhängig von der Kraft des demokratischen Kampfes“.

(„Devrimci Sol“ Nr. 23, Mai 2012, S. 70 ff.)

Die Anhänger der DHKP-C in der Türkei sind vor allem politisch-propagandistisch aktiv, in verschiedenen Kampagnen befassten sie sich hauptsächlich mit den Inhaftierten der Organisation und der Gefängnispolitik der türkischen Regierung. Der militärische Arm der DHKP-C, die „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC), verübte in den letzten Jahren in der Türkei militante Aktionen. Überwiegend handelte es sich um Sachbeschädigungen und Brandanschläge mit Molotowcocktails. Wiederholt kam es jedoch auch zu Festnahmen von Personen, die offenbar Sprengstoffanschläge in der Türkei geplant hatten.

Aktivitäten in der Türkei

Seit Juni 2012 ist eine neue Anschlagsoffensive der DHKC in der Türkei zu verzeichnen: Im Juni, September und Dezember 2012 bekannte sich die DHKC zu drei bewaffneten Überfällen auf Polizeiwachen in Istanbul (Türkei), bei denen neben den Attentätern zwei Polizisten getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Bei weiteren fünf bewaffneten Angriffen wurden ebenfalls zwei Polizisten getötet. In Verlautbarungen rechtfertigte die Organisation die Anschläge als Vergeltung für die von türkischen Sicherheitskräften getöteten Aktivisten und drohte weitere Aktionen an:

„Wir haben geschwiegen (...). Wir haben gewartet (...). Wir haben Gerechtigkeit gefordert. Jetzt ist Schluss. Von nun an werden wir zeigen, dass es in der Türkei keine Justiz gibt. Fürchtet Euch vor unserer Wut, die sich in den Zeiten aufgestaut hat, als wir noch schwiegen. Wir werden Eure Angst noch verstärken. Wir werden für die Gerechtigkeit unseres Volkes und unserer Märtyrer sorgen! Wir haben Gerechtigkeit gefordert, ihr habt sie uns nicht gegeben und werdet es auch nicht tun (...). Aber wir werden sie uns mit Gewalt nehmen! Wir werden die Hände und Schlagstöcke brechen, die gegen unser Volk und unsere Genossen erhoben werden! Wir werden weiterhin die AKP-Polizisten (...) zur Rechenschaft ziehen!“
(Homepage DHKP-C, Erklärung Nr. 390, 16. Juni 2012)

In Deutschland entfaltet die DHKP-C ihre propagandistischen Aktivitäten vor allem über Kampagnen ihrer Tarnorganisation „Anatolische Föderation“.

Aktivitäten in Deutschland

Thematischer Schwerpunkt der Kampagnenarbeit war 2012 die Mordserie des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen

Untergrunds“ (NSU). Unter dem Motto „Vereinigen und organisieren wir uns gegen den Faschismus und Rassismus!“ führte die „Anatolische Föderation“ verschiedene Aktionen durch, in denen z.B. die Bestrafung der Verantwortlichen und ein Verbot der NPD gefordert sowie eine angebliche Verstrickung des Verfassungsschutzes in die Taten des NSU behauptet wurden. Trotz fortwährender Bemühungen, sich über die Instrumentalisierung des Themas in Migrantenkreisen besser zu positionieren, konnte die DHKP-C bei diesen Aktionen keine breitere öffentliche Resonanz erlangen.



Anadolu Federasyonu e.V

Am 2. Juni 2012 fand in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) eine Konzertveranstaltung einer der DHKP-C nahestehenden türkischen Musikgruppe statt, bei der ebenfalls das Kampagnenthema aufgegriffen wurde. Unter dem Motto „Ein Herz und eine Stimme gegen Rassismus“ nahmen an der Veranstaltung nach Angaben der DHKP-C rund 10.000 Besucher aus Deutschland und dem angrenzenden Ausland teil. Anhänger der Organisation im Bundesgebiet hatten die Veranstaltung über mehrere Monate mit großem Aufwand vorbereitet und beworben. In der Begrüßungsansprache ging der stellvertretende Vorsitzende der „Anatolischen Föderation“ auf das Kampagnenthema Rassismus ein. Aktivisten der DHKP-C haben in der Vergangenheit wiederholt derartige Konzertveranstaltungen in Deutschland und im angrenzenden Ausland durchgeführt.

Verschiedene der DHKP-C nahestehende Vereine würdigten mit Gedenkveranstaltungen im Juni und September 2012 die bei Anschlägen auf Polizeiwachen in Istanbul (Türkei) getöteten Attentäter sowie einen im Juli 2012 bei seiner Festnahme durch die Polizei in Istanbul getöteten Aktivist. Bei diesen Zusammenkünften wurden Erklärungen verlesen, in denen sich die DHKC zu den Attentaten bekannte.

Anlässlich des 18. Jahrestags ihrer Parteigründung veranstaltete die DHKP-C am 21. April 2012 eine europaweite Gedenkveranstaltung in Lüttich (Belgien). Unter den ca. 300 Teilnehmern befanden sich auch Aktivisten aus Deutschland. In dem mit Parolen wie „Wir sind auf dem Weg und folgen der Spur von Mahir Cayan“²²⁸

²²⁸ Mitbegründer einer Vorgängerorganisation der DHKP-C, verstorben am 30. März 1972.

und Dursun Karatas“ geschmückten Veranstaltungssaal gedachten die Anwesenden mit einer Schweigeminute der „Märtyrer“ der Organisation. In einer politischen Erklärung wurde bekräftigt, dass die Rettung für die Völker allein im Sozialismus liege. Überall dort, wo der Imperialismus herrsche, gebe es nur Hunger, Armut und Massaker. Teilnehmer marschierten mit Fahnen auf und skandierten Parolen wie „Die DHKC ist der Name der Hoffnung“ und „Zittre Oligarchie! Die Partei/Front kommt“.

Im Jahr 2012 wurden folgende Strafverfahren gegen DHKP-C-Funktionäre und Aktivisten geführt:

- Am 9. Februar 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) zwei türkische Staatsangehörige wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C zu Freiheitsstrafen von vier bzw. sechs Jahren. Das Gericht wertete ihre Aktivitäten als Werbung von Mitgliedern, Beschaffung von Geldern und Bildung eines Rückzugsraums als unverzichtbaren Beitrag für die Ziele der Terrororganisation.
- Am 23. Mai 2012 verurteilte der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München (Bayern) ein Ehepaar wegen Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C. Den beiden türkischen Staatsangehörigen wurde eine achtmonatige Freiheitsstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung bzw. eine Geldstrafe auferlegt.
- Das Oberlandesgericht Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) verurteilte am 19. Juli 2012 eine Funktionärin der DHKP-C zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C. Der Staatsschutzsenat des Bundesgerichtshofs hatte ein Urteil vom 16. Dezember 2010 an das Oberlandesgericht Düsseldorf zurückverwiesen, da nicht alle Gesichtspunkte, die für die Beurteilung der Rädelsführerschaft von Bedeutung seien, ausreichend berücksichtigt worden seien.
- Am 19. Juli 2012 begann vor dem Staatsschutzsenat des Kammergerichts Berlin die Hauptverhandlung gegen eine DHKP-C-Funktionärin, der ebenfalls die Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C zur Last gelegt wird. Sie soll 2002 bis 2008 die DHKP-C in Europa geleitet haben. Insbesondere sei sie für die Beschaffung von Geldern zur Finanzierung der terroristischen Aktivitäten der

**Strafrechtliche
Maßnahmen in
Deutschland**

DHKP-C in der Türkei zuständig gewesen, habe sich aber auch an der Rekrutierung von Kurieren für die Übermittlung von Nachrichten und den Transport von Waffen in die Türkei und der Verfälschung von Ausweispapieren für die Schleusung von Organisationsmitgliedern beteiligt.

- Am 1. Oktober 2012 begann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) die Hauptverhandlung gegen einen weiteren türkischen Staatsangehörigen, dem Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C vorgeworfen wird. Er soll zwischen 2007 und 2011 als Mitglied der DHKP-C im Kölner Raum in Propaganda- und Schulungsaktivitäten der Organisation und die Sammlung von Spendengeldern eingebunden gewesen sein. Insbesondere habe er sich um die Herstellung und den Vertrieb der Wochenzeitschrift der DHKP-C und um die Organisation von Veranstaltungen gekümmert.

Bewertung Die Strafverfolgungsmaßnahmen haben die DHKP-C in Deutschland personell und strukturell nachhaltig geschwächt und der Basis verdeutlicht, wie sehr sie im Fokus der Sicherheitsbehörden steht. Trotz der eingeschränkten Handlungsfähigkeit wird die DHKP-C mit verbliebenen und neuen Kadern versuchen, ihre Aktivitäten in Deutschland fortzuführen und sich über die Darstellung ihrer Propagandaaktivitäten im Internet gegenüber der Anhängerschaft als intakte Organisation zu präsentieren.

Gleichzeitig wird sie sich über die Kampagnenarbeit der „Anatolischen Föderation“ als Organisation darstellen, die sich für die Belange von Immigranten einsetzt. Die sich im Jahr 2012 häufigen Anschläge der Organisation in der Türkei – insbesondere seien hier die tödlichen Schüsse auf Polizeibeamte erwähnt – haben zu einem Motivationsschub bei den Anhängern in Europa geführt. Es gelingt der DHKP-C vermehrt, ihre Anhänger zu mobilisieren und neue, vor allem junge Unterstützer zu rekrutieren. Gleichzeitig schafft sie es, strukturelle Schwächen zu beseitigen.

2.2 „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“
(TKP/ML)

Gründung:	24. April 1972 in der Türkei
Mitglieder/Anhänger:	insgesamt 1.300 (2011: 1.300)
Die Organisation ist in zwei Fraktionen gespalten: „Partizan“	
Leitung:	Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	800 (2011: 800)
Publikation:	„Özgür Gelecek“ („Freie Zukunft“), 14-täglich
und „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP) (bis September 2002 „Ostanatolisches Gebietskomitee“ – DABK)	
Leitung:	Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	500 (2011: 500)
Publikation:	„Halk İcin Devrimci Demokrasi“ („Revolutionäre Demokratie für das Volk“), 14-täglich



Die TKP/ML wurde 1972 in der Türkei als kommunistische Kaderorganisation gegründet. Sie strebt einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei an, um eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Von Beginn an führte die Organisation einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat, der auch im Jahr 2012 wieder Todesopfer forderte. 1994 führte eine Spaltung der Mutterpartei TKP/ML zur Bildung zweier selbstständiger, miteinander konkurrierender Fraktionen, „Partizan“ und „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP). Beide Flügel nehmen für sich in

Anspruch, die eigentliche Nachfolge der Mutterpartei TKP/ML angetreten zu haben.

In einem Flugblatt des Politbüros des Zentralkomitees der „Partizan“-Fraktion anlässlich des 40. Jahrestages der Parteigründung am 24. April 1972 heißt es u.a.:

„Vierzig Jahre auf dem Weg der Unerschrockenen, nicht der Verzweifelten! Mit Wissenschaft und mit Krieg! Mit Beharren und Hartnäckigkeit! Ganz sicher und absolut! (...)

Die Partei hat überlebt, weil hunderte Kameraden, Führer, Aktivisten und Guerillakämpfer ihr Leben gegeben haben. (...)

Noch große Kämpfe stehen bevor (...).

Dafür, dass wir Krieg führen, kämpfen und Widerstand leisten und dabei nicht erfolgreich sind, gibt es keinen Grund. Wir werden erfolgreich sein!“

(Flugblatt des Politbüros des Zentralkomitees der „Partizan“-Fraktion, April 1972)

Sowohl die „Partizan“-Fraktion als auch die MKP verfügen über einen bewaffneten Arm: Für die „Partizan“-Fraktion ist dies die „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO), für die MKP die „Volksbefreiungsarmee“ (HKO). Beide Teilorganisationen bekennen sich in der Türkei zu bewaffneten Aktionen gegen polizeiliche und militärische Einrichtungen.

In einer TKP/ML-Publikation heißt es unter der Überschrift „Die Gefallenen der Partei und der Revolution sind unsterblich!“:

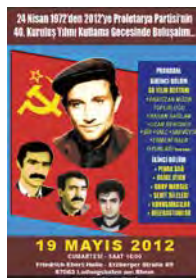
„Ja, lasst es uns kraftvoll wiederholen. Die Zukunft der Weltrevolution und der Revolution der Türkei liegt im Kampf, der Hunderten unserer Märtyrer Blut und Leben gekostet hat. (...) Hoch leben unsere Gefallenen, denen die Ehre zuteil wurde, für eine große Sache zu sterben! Die Gefallenen unserer Partei sind unsterblich! Hoch lebe der Volkskampf (...).“

(Publikation TKP/ML in türkischer Sprache, ohne Datum)

Beide TKP/ML-Flügel entwickeln in Deutschland Vereins- und Propagandaaktivitäten. Die teilnehmerstärkste Veranstaltung der „Partizan“-Fraktion war die Feier anlässlich des 40. Jahrestags der Gründung der TKP/ML am 19. Mai 2012 in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz), an der mehrere Hundert Mitglieder und Sympathisanten teilnahmen.

Die Fraktionen agieren in Deutschland und dem europäischen Ausland zumeist konspirativ. Propagandistische Unterstützung erfahren sie durch ihre offen auftretenden Umfeldorganisationen.

Die propagandistische Unterstützung ihrer jeweiligen Hauptorganisation in der Türkei wird auch künftig im Mittelpunkt der Aktivitäten beider Fraktionen stehen. Diese umfasst vor allem das Einschwören der Anhängerschaft auf die von der Organisation vertretene Ideologie und die festgesetzten Ziele. Daneben werden weiterhin auch innenpolitische Themen in Deutschland aufgegriffen und im Sinne der marxistisch-leninistischen bzw. maoistischen Ideologie interpretiert.



Bewertung

2.3 „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)



Gründung:	1994 in der Türkei durch einen Zusammenschluss der „TKP/ML-Hareketi“ („Bewegung“) und der „Türkischen Kommunistischen Arbeiterbewegung“ (TKIH)
Leitung:	Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	600 (2011: 600)
Publikationen:	„Atilim“ („Vorstoß“), wöchentlich; „Internationales Bulletin der MLKP“, monatlich; „Partinin Sesi“ („Stimme der Partei“), vierteljährlich

Ziel der marxistisch-leninistischen MLKP ist die Zerschlagung der staatlichen Ordnung in der Türkei durch einen Volksaufstand und die Errichtung der Diktatur des Proletariats mit dem Ziel einer kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Das Zentralkomitee (ZK) als höchstes Funktionärsorgremium der Organisation fordert seine Kader auf, das Bewusstsein für Revolution der Völker in Europa und in der Türkei zu fördern. In einer Verlautbarung der Organisation zur 3. Europakonferenz im Juli 2012 wird die migrantische Jugend aufgerufen, am Kampf teilzunehmen:

„Unsere Konferenz hat die möglichen Folgen der Krise in Europa erörtert und die zunehmenden Chancen für eine Revolution unterstrichen. Unsere gesamte Partei in Europa muss dementsprechend neu aufgestellt werden (...). Unsere Konferenz hat betont, dass wir in der kommenden Phase die protestorientierte Haltung überwinden

müssen (...) und dass wir unsere Grenzen und unsere Haltung zum Status quo stärker in Frage stellen müssen (...). Unsere Konferenz ruft euch, migrantische Jugend, dazu auf, euch (...) zu organisieren und an dem Kampf teilzunehmen“
(Homepage AvEG-Kon, 10. September 2012)

Die MLKP-Führung rät ihren Kadern u.a. Erfahrung und Praxis „bei der Institutionalisierung der Mittel, Wege und Methoden der revolutionären Gewalt“ zu sammeln.

In einem „internationalen Bulletin“ des ZK vom 1. April 2012 propagiert die MLKP die Anwendung von Gewalt als Antwort auf die Aktionen des türkischen Staates:

„Was können wir tun? Es liegt auf der Hand (...). Auf der Basis der Strategie des revolutionären Volkskrieges bis zuletzt Widerstand gegen diese Angriffe des türkischen Kolonialismus leisten (...). Mit einer passiven – zögerlichen Haltung gewinnt man in dieser Zeit rein gar nichts. Für den Erfolg ist es nötig, dass jeder eine widerstandsfähige Haltung einnimmt und Opfer bringt.“
(Homepage MLKP, Nr. 115, April 2012)

Zu Beginn des Jahres 2012 verübte die MLKP eine Reihe von Bombenanschlägen in der Türkei: Sie übernahm die Verantwortung für einen Bombenanschlag am 2. Januar 2012 auf das Büro der türkischen Regierungspartei in Istanbul (Türkei) sowie für zwei weitere Bombenanschläge in der türkischen Hauptstadt. In der Taterklärung heißt es:

„Wir, die Krieger der MLKP, haben am 27. März die Firma Develi Oto, die den Service für Polizeifahrzeuge des Istanbuler Polizeipräsidiums durchführt, und am 2. April die Regierungsunterkunft in Gaziosmanpaşa bombardiert. Unsere Aktionen haben Sachschäden verursacht. Die Aktion gegen die Develi Oto ist eine Warnung an die mörderische und faschistische AKP-Regierung und

ihre faschistischen (...) Kräfte, die am Newroztag²²⁹ Haci Zengin²³⁰ ermordeten und gegen das kurdische Volk Unterdrückungs- und Gewaltpolitik am Newroz anwendeten. Für alle ihre Grausamkeiten gegen das Volk werden sie Rechenschaft ablegen. (...) Mit unserer Aktion (...) grüßen wir die ehrenhaften Guerillakämpferinnen der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG)²³¹ und unsere ehrenhaften Genossinnen Yasemin Çiftçi²³² (...), die (...) im Kampf gegen den Faschismus (...) zu Märtyrerinnen wurden.“
(Homepage ANF, 13. April 2012)

Am 29. April 2012 bzw. 30. April 2012 verübten MLKP-Anhänger in Istanbul (Türkei) Sprengstoffanschläge auf die Polizeikommandantur und auf die Regionaldirektion des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit.

Bei allen Anschlägen entstanden Sachschäden, Menschen kamen nicht ums Leben.

Einer der Schwerpunkte der MLKP-Aktivitäten in Europa war die Unterstützung des kurdischen „Befreiungskampfes“. Parteifunktionäre aus Deutschland nahmen nach Einladung der FEKAR²³³ an dem „Freiheitsmarsch“ von Deutschland nach Basel (Schweiz) im Februar 2012 und an dem Hungerstreik kurdischer Aktivisten im März 2012 in Straßburg (Frankreich) teil.

Bewertung Die MLKP propagiert nach wie vor den Einsatz von Gewalt, um ihre Ziele zu erreichen. Ihre propagandistischen Aktionen in Deutschland blieben im Gegensatz zu den Terroraktionen in der Türkei gewaltfrei und stießen auf wenig Resonanz in der Öffentlichkeit. Es ist weiter davon auszugehen, dass die MLKP ihre auf propagandistische Aktionen konzentrierten Aktivitäten in Deutschland in demselben Maße fortsetzen wird.

²²⁹ Am 21. März wird alljährlich das kurdische Neujahrsfest begangen.

²³⁰ Verstorbenes Mitglied der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) in der Türkei.

²³¹ Guerillaeinheiten der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1).

²³² In einer Erklärung auf der Homepage der MLKP vom 13. Februar 2012 gab das ZK der Partei bekannt, dass die 22-jährige Yasemin Çiftçi bei einer Explosion am 9. Februar 2012 getötet wurde. Sie wollte im Namen der MLKP einen Bombenanschlag verüben; die Bombe in ihrem Rucksack detonierte wegen eines technischen Fehlers frühzeitig.

²³³ FEKAR steht für „Föderation der kurdischen Vereine in der Schweiz“.

3. „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)

Gründung:	1972 (in Sri Lanka)
Leitung:	Führungskader der deutschen Sektion
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	1.000 (2011: 1.000)



Erklärtes Ziel der LTTE ist die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen Tamilen-Staates „Tamil Eelam“ im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten der Insel. Bis zu ihrer militärischen Zerschlagung im Mai 2009 und dem Tod ihres Führers Velupillai Prabhakaran verfolgte die Organisation dieses Ziel auch mit Waffengewalt und Terroranschlägen. Die weitgehend intakt gebliebenen LTTE-Strukturen innerhalb der weltweiten tamilischen Diaspora sind bestrebt, den Wiederaufbau der LTTE voranzutreiben.

Ziele und Situation

Die LTTE werden seit dem 29. Mai 2006 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen geführt.

Auch über drei Jahre nach Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka bemüht sich die dortige Regierung um eine Stabilisierung der Situation in den ehemaligen Kampfgebieten. So sollen inzwischen viele ehemalige – auch ranghöhere – LTTE-Kämpfer aus den Gefängnissen entlassen worden sein. Die nach wie vor entgegengesetzten Positionen beider Konfliktparteien führten jedoch auch 2012 nicht zu einer Normalisierung der Lage. So wurden etwa auf LTTE-nahen Internetseiten die generelle Benachteiligung der tamilischen Bevölkerung sowie angeblich vom sri-lankischen Militär an den Tamilen begangene Kriegsverbrechen angeprangert.

Lage in Sri Lanka

Die nach der militärischen Niederlage und der Tötung Prabhakaras entstandene Spaltung der LTTE in einen vorgeblich moderaten Flügel, vertreten durch das „Transnational Government of Tamil Eelam“ (TGTE), und einen unter dem Namen „Internationale Verbindungsstelle“ firmierenden sogenannten Hardliner-Flügel besteht auch 2012 fort.

Das TGTE hält an seinem Alleinvertretungsanspruch für alle Tamilen weltweit fest und fordert gleichberechtigte Gespräche mit der Regierung in Sri Lanka. Der angestrebte unabhängige Tamilenstaat „Tamil Eelam“ soll nach Angaben der Organisation gewaltfrei und auf politischem Wege erreicht werden. Nach wie vor wird das TGTE von der sri-lankischen Regierung jedoch nicht als Gesprächspartner akzeptiert.

Diesen – zumindest vordergründig – politischen Ansatz der TGTE teilen die konkurrierenden LTTE-Strukturen sowie deren Sympathisanten innerhalb der tamilischen Diaspora nicht. Die „Internationale Verbindungsstelle“, die in der Diaspora von nationalen „Tamil Coordinating Committees“ (TCC) vertreten wird, lehnt die Vorstellungen der TGTE vielmehr strikt ab. Ihre Führungsfunktionäre verfolgen weiter den Weg des bewaffneten Kampfes zur Errichtung eines eigenen Staates „Tamil Eelam“.

LTTE in Deutschland

Beide LTTE-Fraktionen sind in Deutschland vertreten. Über die deutlich größere Anhängerschaft verfügt die „Internationale Verbindungsstelle“, die hier durch das in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) ansässige TCC repräsentiert wird. Aufgrund des kleineren Anhängerpotenzials ist der Einfluss des TGTE auf die gesamte tamilische Diaspora in Deutschland hingegen vergleichsweise gering.

Veranstaltungen

Die LTTE waren auch 2012 bestrebt, die Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Demonstrationen auf ihre Belange aufmerksam zu machen. So fand am 5. März 2012 vor dem Gebäude der Vereinten Nationen (UN) in Genf (Schweiz) eine Großdemonstration von LTTE-Anhängern statt, an der mehrere Tausend Tamilen aus vielen europäischen Staaten teilnahmen, einige Hundert auch aus Deutschland. Sie forderten u.a. eine internationale Untersuchung des angeblichen Genozids an den Tamilen in Sri Lanka, den sofortigen Rückzug des sri-lankischen Militärs aus den tamilischen Siedlungsgebieten sowie die Aufarbeitung angeblicher Kriegsverbrechen der sri-lankischen Armee. Einige Demonstranten führten Bilder des verstorbenen LTTE-Führers Prabhakaran und LTTE-Fahnen mit sich.

In Deutschland hatte das TCC zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen.

Zum „War Crimes Day“ am 18. Mai 2012 organisierten die konkurrierenden LTTE-Flügel – wie erstmals beim „Heldengedenktag“ 2011 – erneut zwei getrennte Veranstaltungen.

Am 22. September 2012 beteiligten sich ca. 3.500 Tamilen, darunter einige Hundert aus Deutschland, an der seit 2003 jährlich stattfindenden Kundgebung „Pongu Tamil“ (Tamil Uprising) in Genf (Schweiz). Der Demonstrationzug endete vor dem dortigen UN-Gebäude, in dem zu dieser Zeit die 21. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates stattfand. Auf einer vor dem Gebäude aufgebauten, mit LTTE-Fahnen und einem Bild des verstorbenen LTTE-Führers Prabhakaran dekorierten Bühne wurden neben kulturellen Darbietungen in Redebeiträgen die bekannten Forderungen vorgetragen. Veranstalter waren wieder die TCC. Das deutsche TCC hatte, wie bereits in den vergangenen Jahren, mit Handzetteln für eine Teilnahme an der Veranstaltung in Genf geworben.

Wie in jedem Jahr veranstalteten die LTTE traditionell am Geburtstag des verstorbenen Führers Prabhakaran zum Gedenken an die im Kampf gefallenen „Märtyrer“ der Organisation am 27. November 2012 Feierlichkeiten zum sogenannten Heldengedenktag der LTTE. Die konkurrierenden LTTE-Fraktionen führten separate Veranstaltungen durch. Die Feier in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), an der etwa 3.000 zumeist tamilische Besucher teilnahmen, wurde vom TCC ausgerichtet, während der konkurrierende Flügel eine Veranstaltung in Essen (Nordrhein-Westfalen) ausrichtete, an der sich etwa 300 Tamilen beteiligten.



Am 8. November 2012 wurde in Paris (Frankreich) der Europa-Funktionär der „Internationalen Verbindungsstelle“ und Leiter des französischen TCC erschossen. Im Zusammenhang mit der Tat wurden in Frankreich zwei Personen tamilischer Herkunft verhaftet. Die Aufklärung der Tathintergründe dauert noch an. In Deutschland wurde ebenso wie in anderen europäischen Staaten zu Teilnahmen an Trauerfeiern für den Getöteten aufgerufen. Neben der zentralen Trauerfeier in Paris am 24. November 2012, an der auch zahlreiche LTTE-Anhänger aus Deutschland teilnahmen, wurden auch in Deutschland solche Gedenkveranstaltungen abgehalten, so etwa am 11. November 2012 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen).

Bewertung Auch dreieinhalb Jahre nach der militärischen Niederlage der LTTE in Sri Lanka haben sich die Auslandsstrukturen der LTTE-Fraktionen nicht zu einer gemeinsamen handlungsfähigen Plattform konsolidieren können. Beide Seiten bemühen sich, Einfluss auf die tamilische Gemeinde in Deutschland zu gewinnen bzw. auszuweiten. Ein möglichst großer Unterstützerkreis spielt nicht zuletzt im Zusammenhang mit den generierbaren Spendengeldern eine Rolle, sofern die LTTE – wie bis 2009 praktiziert – Spendenaktionen zur Verwirklichung ihrer Ziele wieder aufnehmen sollten.

Die Aktivitäten beider Strömungen gehen jedoch derzeit nicht über die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit hinaus.

4. Gruppierungen aus dem indischen Spektrum

„Babbar Khalsa International“ (BKI)	
Gründung:	1978 (in Indien)
Leitung:	Bundesvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2011: 200)
„Babbar Khalsa Germany“ (BKG)	
Gründung:	2008 (in Deutschland)
Leitung:	Vereinsvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	30 (2011: 30)
„International Sikh Youth Federation“ (ISYF)	
Gründung:	1984 (in Großbritannien)
Leitung:	gespalten in zwei Fraktionen mit jeweils eigenem Bundesvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	550 (2011: 550)



Separatistisch-extremistische Organisationen aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs streben die Gründung eines eigenen, von Indien unabhängigen Staates „Khalistan“ auf dem Gebiet des nordindischen Bundesstaates Punjab an. Die verschiedenen Gruppierungen, deren Führungsspitzen überwiegend ihren Sitz in Pakistan haben, versuchen, dieses Ziel bereits seit Jahrzehnten auch mit terroristischen Mitteln durchzusetzen. Anschläge richteten sich vornehmlich gegen indische Politiker und Sicherheitskräfte. Zur Destabilisierung der politischen Sicherheitslage im Punjab sind auch einzelne Führer aus dem religiösen Sikh-Spektrum Ziel von Anschlägen.

Ziel „Khalistan“



Die BKI und die ISYF sind von der EU seit 2002 als terroristische Organisationen gelistet.

Aktivitäten in Deutschland

In Deutschland sind vor allem die BKI, die ISYF und die im Jahr 2008 als Abspaltung von der BKI gegründete BKG aktiv. Diese Organisationen verfügen hierzulande über insgesamt etwa 780 Anhänger. Bisher sind von den genannten Organisationen im Bundesgebiet keine terroristischen Aktionen ausgegangen.

Hauptziel der Sikh-Gruppierungen in Deutschland ist die propagandistische und vor allem die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Mutterorganisation in Indien. Auf regelmäßig durchgeführten Kundgebungen wird die Kritik an der Politik der indischen Regierung mit Forderungen nach mehr Rechten für die Sikhs in Indien und einem eigenen Staat „Khalistan“ verbunden. Bei Versammlungen werden Geldspenden gesammelt. Einen Teil dieser Gelder dürften die Mutterorganisationen in Indien auch zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes verwenden. Solche Spendengelder dienen ferner zur Unterstützung von Angehörigen der getöteten „Märtyrer“ extremistischer Sikh-Organisationen oder zur Finanzierung von Rechtshilfe für deren inhaftierte Anhänger.

Verurteilung von fünf Sikh-Terroristen

Am 17. Dezember 2012 verurteilte der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main (Hessen) vier indische Staatsangehörige u.a. wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Khalistan Zindabad Force“ (KZF), darunter die beiden Hauptangeklagten, wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an der KZF, der Annahme eines Erbietens zum Mord sowie wegen Verstößen gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten bzw. vier Jahren.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die beiden führenden KZF-Funktionäre von Deutschland aus u.a. in Anschlagsvorhaben auf Luftwaffenstützpunkte und auf den Führer einer Religionsgemeinschaft aus dem Sikh-Spektrum im indischen Bundesstaat Punjab sowie in die Planung und Durchführung eines Mordanschlags auf einen religiösen Sikh-Führer aus Indien bei einer Veranstaltung in Österreich eingebunden waren. Zwei weitere Angeklagte, welche die Aktivitäten der beiden Haupttäter in Deutschland unterstützt hatten, wurden zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung bzw. zu einer

Geldstrafe verurteilt. Das Verfahren gegen den fünften Angeklagten hatte das Oberlandesgericht abgetrennt und ihn bereits am 2. Oktober 2012 wegen Verstößen gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung verurteilt.

Die KZF, die von Pakistan aus agiert, ist seit dem 21. Dezember 2005 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen verzeichnet. Im Rahmen des Urteils wurde sie erstmalig als terroristische Vereinigung im Sinne der §§ 129 a, b StGB eingestuft.

Bei dem Prozess vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Hessen) wurden erstmals Organisationsmitglieder aus dem extremistischen Sikh-Spektrum in Deutschland wegen terroristischer Straftaten verurteilt. Das Urteil dürfte zwar auch bei den Anhängern anderer extremistischer Sikh-Organisationen in Deutschland Beachtung finden, jedoch wahrscheinlich zu keiner nachhaltigen Verunsicherung innerhalb der Strukturen führen.

Bewertung



Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten



Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

I. Überblick

1. Deutschland als Ziel nachrichtendienstlicher Ausspähung

Spionage gegen Deutschland Die Bundesrepublik Deutschland ist für fremde Nachrichtendienste aufgrund der geopolitischen Lage, der Rolle in der Europäischen Union (EU) und in der NATO sowie als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie sehr attraktiv. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert Nachrichtendiensten anderer Staaten die Informationsbeschaffung.

Viele Nachrichtendienste handeln nicht allein nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen, sondern werden zudem politisch gesteuert. Die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsaktivitäten orientieren sich an den aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste reichen von der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär sowie Wissenschaft und Technik bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zu den jeweiligen Regierungen im Heimatland stehen.

Akteure Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind derzeit die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu nennen.

2. Methodische Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste

2.1 Spionage mit menschlichen Quellen

2.1.1 Legalresidenturen – Stützpunkte fremder Nachrichtendienste

Präsenz ausländischer Nachrichtendienste Nachrichtendienste fremder Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort sogenannte Legalresidenturen. Hierbei handelt es sich um

Stützpunkte fremder Nachrichtendienste, die in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung im Gastland abgetarnt sind.

In den Vertretungen ist das nachrichtendienstliche Personal in allen Arbeitsbereichen eingesetzt und bildet in seiner Gesamtheit innerhalb dieser Stützpunkte Legalresidenturen, die vor Ort geheimdienstliche Tätigkeiten aller Art entfalten.

Die meisten Nachrichtendienstangehörigen verfügen über Diplomatensstatus und profitieren von der damit verbundenen Immunität, die sie in der Regel vor Strafverfolgung im Gastland schützt.

Diese angeblich als Diplomaten oder auch Journalisten tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter betreiben entweder selbst – offen oder verdeckt – Informationsbeschaffung oder leisten Unterstützung bei nachrichtendienstlichen Operationen, die direkt von den Zentralen der Dienste in den Heimatländern geführt werden. Wenn solchen „Diplomaten“ statuswidrige Aktivitäten nachgewiesen werden, kann dies zur Ausweisung aus Deutschland führen.

Einen Großteil ihres Informationsbedarfs decken die Nachrichtendienste durch die Auswertung offener Quellen wie des Internets und anderer Medien, durch Besuche von Industriemessen und Teilnahmen an öffentlichen Vortragsveranstaltungen, Tagungen und Diskussionsrunden.

Offene Informations- beschaffung

Um ihre Erkenntnisse zu vertiefen, nutzen die Legalresidenturfiziere die durch ihre offizielle Tätigkeit aufgebauten Kontakte zu interessanten Gesprächspartnern. Zielpersonen sind insbesondere solche, die als Informationsquellen für eine längerfristige Nutzung geeignet erscheinen. Wichtige Kriterien sind dabei die aktuellen Zugangsmöglichkeiten der Kontaktperson und ihre berufliche Perspektive; außerdem muss der Nachrichtendienststoffizier die Chance sehen, einen persönlichen Zugang zur Zielperson aufzubauen. So entsteht allmählich ein Netz von Gesprächspartnern, die ohne engere nachrichtendienstliche Anbindung regelmäßig oder bei Bedarf abgeschöpft werden. Durch geschickte Gesprächsführung versuchen die Dienstangehörigen, an sensible Informationen oder Hinweise auf andere interessante Zielpersonen zu gelangen, ohne dass ihre Gesprächspartner dies bemerken. Ziel

derartiger Ausspähungsbemühungen sind u.a. Vertreter deutscher Behörden und Unternehmen sowie Wissenschaftler, aber auch Bundeswehrsoldaten.

Verdeckte Informationsbeschaffung Die Nachrichtendienstoffiziere wenden jedoch auch konspirative Methoden an, um besonders sensible Informationen zu beschaffen. Da verdeckte Geheimdienstarbeit und das Verleiten zumerrat geschützter Informationen gegen den diplomatischen Status verstoßen, erweitern die Nachrichtendienstangehörigen zum Schutz vor Enttarnung ihre Sicherheitsvorkehrungen für konspirative Treffen und sorgen für eine sichere Kommunikation. Zudem halten sie ihre Zielpersonen unter Hinweis auf die Vertraulichkeit zu besonderer Vorsicht an. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erkennt auch die sorgloseste Kontaktperson den nachrichtendienstlichen Charakter der Verbindung.

2.1.2 Zentral gesteuerte Operationen

Nachrichtendienste führen auch Operationen ohne Beteiligung ihrer Legalresidenturen durch.

Gefährdung im Ausland Sie nutzen z.B. im eigenen Land zahlreiche Möglichkeiten der Informationsbeschaffung über ausländische Staatsangehörige. Dazu gehören u.a. die Grenzkontrollen ein- und ausreisender Personen, die Überwachung von Auslandsvertretungen, die Zusammenarbeit mit Deutschland im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich sowie die nachrichtendienstliche Internet- und Telefonüberwachung.

Ins Blickfeld der Nachrichtendienste geraten vor allem Personen, die sich privat oder beruflich für längere Zeit in dem jeweiligen Land aufhalten oder regelmäßig dorthin reisen. Insbesondere Angehörige deutscher diplomatischer Vertretungen, Behördenvertreter auf Dienstreisen, aber auch Firmenrepräsentanten sowie Personen, die in dem Land einer freiberuflichen Tätigkeit nachgehen oder studieren, müssen mit nachrichtendienstlichen Ansprachen rechnen. Bei diesem Personenkreis haben die Nachrichtendienste viele Möglichkeiten, ihren „Heimvorteil“ zu nutzen, da sie auf eigenem Territorium gezielt nach Ansatzmöglichkeiten suchen und sich gefahrlos mit Ausländern treffen können. In anderen Fällen versuchen die Nachrichtendienstoffiziere, ihre

Zielperson für sich einzunehmen und sie auf freundschaftlicher Basis zu werben.

Nach erfolgreicher Werbung werden die Operationen im Regelfall aus den Dienstzentralen gesteuert.

Die Kommunikation erfolgt in solchen Verbindungen etwa durch Agentenfunk, Geheimschreibverfahren oder über „Tote Briefkästen“ (TBK).²³⁴ Auch das Internet wird zunehmend als Kommunikationsmittel zum Informationsaustausch genutzt.

Außerdem unternehmen Nachrichtendienstoffiziere aus der Dienstzentrale im Rahmen ihrer operativen Aktivitäten vereinzelt Erkundungs- und Treffreisen in andere Länder. Dabei nutzen sie konsequent die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums.

**Reisende
Führungsoffiziere**

Auch treffen sich Agenten mit ihren Führungsoffizieren zuweilen nicht in Deutschland, sondern im europäischen Ausland.

Reisende Quellen

Als „Illegale“ werden Nachrichtendienstoffiziere bezeichnet, die mit einer Falschidentität ausgestattet in Zielländer eingeschleust werden. Sie erfüllen dort langfristige Spionageeinsätze oder erledigen vorübergehend bestimmte nachrichtendienstliche Aktivitäten als „Reise-Illegale“. Nach erfolgreicher Legalisierung ihrer Falschidentität können sie langfristig eingesetzt werden und sich eine Fülle von Zugängen verschaffen. Aufgrund ihrer professionellen und sorgfältigen Abdeckung sind sie durch die Spionageabwehr besonders schwer zu enttarnen. In den vergangenen fünf Jahren sind in Mitgliedsländern der EU und der NATO mindestens 15 von russischen Diensten eingesetzte „Illegale“ enttarnt worden.

„Illegale“

2.2 Spionage mit technischen Mitteln

Neben den klassischen Spionagemethoden hat die technische Informationsbeschaffung in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere „Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung entwickelt.

**Elektronische
Angriffe**

²³⁴ Getarnte Ablagestellen (z.B. Erdverstecke) zum Informations- und Materialaustausch oder für Aufträge und finanzielle Zuwendungen an geheime Mitarbeiter.

Definition Als „Elektronische Angriffe“ werden gezielt durchgeführte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen bezeichnet, die auf eine Informationsbeschaffung oder auf eine Schädigung bzw. Sabotage der attackierten Systeme abzielen.



Dazu gehören das Ausspähen, Kopieren oder Verändern von Daten, die Übernahme einer fremden elektronischen Identität, der Missbrauch oder die Sabotage fremder IT-Infrastrukturen sowie die Übernahme von computergesteuerten netzgebundenen Produktions- und Steuereinrichtungen. Die Angriffe können von außen über Computernetzwerke, z.B. über das Internet oder durch einen direkten, nicht netzgebundenen Zugriff auf einen Rechner erfolgen, z.B. über manipulierte Hardwarekomponenten wie Speichermedien.

Ein Beispiel für einen solchen Angriff stellt die im März 2012 entdeckte Schadsoftware „Flame“ dar, über welche in den deutschen Medien breit berichtet wurde. Nach Bewertung internationaler Experten besitzt dieses Schadprogramm eine ähnlich hohe Qualität wie das bekannte „Stuxnet“-Virus und verfügt über umfangreiche Ausspähungsfunktionen. Deutsche Stellen waren jedoch – soweit bekannt – nicht betroffen.

Die Urheber „Elektronischer Angriffe“ sind oft nicht zweifelsfrei zu identifizieren. Allerdings bedienen sich auch fremde Nachrichtendienste solcher Techniken. In diesen Fällen fällt die Bearbeitung in die Zuständigkeit der Spionageabwehr.

Feststellungen in Deutschland Seit 2005 werden auf breiter Basis durchgeführte, zielgerichtete „Elektronische Angriffe“ gegen Bundesbehörden, Politik und Wirtschaftsunternehmen festgestellt, die auch 2012 wieder ein hohes Niveau erreichten.

Insbesondere solche Informationen, die auf diesem Wege bei staatlichen Stellen abgeschöpft werden können, sind für fremde Nachrichtendienste von Interesse. Die große Anzahl „Elektronischer Angriffe“ gegen Bundesbehörden mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund verdeutlicht den hohen Stellenwert dieser Art der Informationsbeschaffung.

Die zur Durchführung der Angriffe erforderlichen Infrastrukturen und die verwendeten Schadprogramme werden ständig weiterentwickelt, sodass sich ihre Effektivität stetig verbessert.

„Elektronische Angriffe“ haben eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit, da sie auch von Opfern mit erhöhtem Sicherheitsbewusstsein nur schwer zu erkennen sind. Hierfür sind u.a. folgende Faktoren ausschlaggebend: Die E-Mails weisen ein gutes „Social Engineering“ auf, d.h. sie sind so gestaltet, dass sie zu den Interessen- bzw. Aufgabengebieten der Opfer passen. Zudem werden die Absenderadressen der Schadmails gefälscht, um den Empfängern eine Vertrauenswürdigkeit vorzutäuschen, die in Wirklichkeit nicht besteht. Hinzu kommt, dass die von den Angreifern eingesetzte Schadsoftware selbst von aktuellen Virenschutzprogrammen oft nicht erkannt wird.

Ein Erkennen und Aufklären „Elektronischer Angriffe“ wird auch dadurch erschwert, dass die Angreifer ausgefeilte Tarnstrategien zur Verschleierung ihrer Aktivitäten einsetzen, ein Trend, der bereits seit einiger Zeit zu beobachten ist und sich auch künftig fortsetzen wird.

Es ist davon auszugehen, dass neben der klassischen Trojaner-E-Mail, bei der das Schadprogramm zumeist im Anhang eingebunden ist und erst durch dessen Öffnen aktiviert wird, sehr spezielle und kaum erkennbare Angriffsmethoden angewandt werden. Diesbezüglich ist mit einer hohen Dunkelziffer nicht erkannter, qualitativ sehr hochwertiger Angriffe gegen ausgewählte Ziele zu rechnen.

Die Anonymität des Internets erschwert die genaue Identifizierung der Täter erheblich. Aufgrund bestimmter Merkmale und Indizien hinsichtlich erkannter Angriffe ist jedoch oftmals zumindest eine regionale Zuordnung der Herkunft „Elektronischer Angriffe“ möglich (vgl. Kap. II, Nr. 1.4.2 und Kap. III, Nr. 4.3).

Verursacher

3. Proliferation

Einige Länder bemühen sich, in den Besitz von Technologien für Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Sie versuchen, Kontrollmaßnahmen in den Ausfuhrländern durch Lieferungen

über Drittländer zu verschleiern oder durch die Beschaffung von „dual use“-Gütern²³⁵ zu umgehen.

Definition Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z.B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows.



Massenvernichtungswaffenprogramme können zu einer erheblichen Destabilisierung in den betroffenen Regionen beitragen und stellen eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar.

Es ist zu befürchten, dass proliferationsrelevante Länder Massenvernichtungswaffen im Fall eines bewaffneten Konflikts einsetzen oder deren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele androhen. Dies kann in den Nachbarländern zu einer Neubewertung der eigenen Bedrohungslage führen und birgt daher die Gefahr eines militärischen Wettrüstens in den einzelnen Regionen.

Vertikale Proliferation Das Streben von Ländern, die bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind, nach einer Ausweitung und Fortentwicklung ihrer Arsenale wird als vertikale Proliferation bezeichnet. Diese Staaten versuchen ihren Beschaffungsbedarf vor allem an „dual use“-Gütern zu einem großen Teil in den Industrie- oder Schwellenländern²³⁶ zu decken.

Horizontale Proliferation Einzelne Proliferation betreibende Staaten treten auch selbst als Lieferanten auf. Sie bieten u.a. Maschinen, Ausrüstungsgegenstände und Know-how an oder verkaufen vollständige und einsetzsfähige Raketensysteme zur Ausbringung von Massenvernichtungswaffen. So unterstützen sie sich gegenseitig bei der Herstellung und Weiterentwicklung dieser Waffen. In solchen Fällen spricht man von horizontaler Proliferation.

²³⁵ Hierbei handelt es sich um Produkte, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.

²³⁶ Als Schwellenländer werden Staaten bezeichnet, die zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern gehören, da sie aufgrund hoher wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielen konnten und in ihrem Entwicklungsstand deutlich gegenüber den Industrienationen aufgeholt haben.

Die proliferationsrelevanten Länder sind teilweise bereits selbst in der Lage, ihren Bedarf an Produkten und Know-how zu decken. Sie unterhalten z.B. eigene Produktionsstätten zur Herstellung von Maschinen und Stoffen oder verfügen über wissenschaftliche Einrichtungen, die ihre Forschungsergebnisse für die Entwicklung von Waffenprogrammen zur Verfügung stellen.

**Beschaffungs-
aktivitäten**

Da diese Einrichtungen jedoch in unterschiedlichen Bereichen der Forschung, Entwicklung und Herstellung dieser Waffen und Trägersysteme bis heute nicht autark sind, beschaffen sie die notwendigen Güter auf dem Weltmarkt – u.a. auch in Deutschland.

Die seit geraumer Zeit bestehenden restriktiven Exportkontrollbestimmungen zur Verhinderung entsprechender Wareneinkäufe in Europa haben das Einkaufs- und Beschaffungsverhalten proliferationsrelevanter Staaten beeinflusst. Die direkte Beschaffung einer Ware oder eines Gutes bildet eher die Ausnahme, da das Risiko der Entdeckung und damit der Verhängung eines Ausfuhrverbots durch die Genehmigungsbehörden zu groß geworden ist. Um dennoch in den Besitz notwendiger Produkte zu gelangen, wählen sie vielfach die Beschaffung über Drittländer (sogenannte Umgehungsausfuhren), schalten Tarnfirmen ein oder machen gegenüber dem Hersteller oder Händler falsche Angaben über den Verwendungszweck mit dem Ziel, den tatsächlichen Einsatz eines Produktes in proliferationsrelevanten Verwendungen zu verschleiern.

**Beschaffungs-
methode
Produkte**

Wissenschaftler aus diesen Ländern nutzen vielfach bestehende internationale Kontakte zu Universitäten, Instituten oder Forschungseinrichtungen, um sich einschlägiges Grundlagenwissen oder Spezialkenntnisse anzueignen. Gegenüber ihren Gesprächspartnern verschweigen sie die geplante Verwendung des erlangten Wissens in einem Massenvernichtungswaffenprogramm und missbrauchen auf diese Weise den internationalen wissenschaftlichen Informations- und Erfahrungsaustausch.

**Beschaffungs-
methode
Know-how**

Im Bereich der Proliferationsabwehr arbeiten das BfV, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das Zollkriminalamt, das BKA und der BND eng zusammen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird als eine der führenden Industrienationen mit Spitzentechnologie und hohem wissenschaftlichem Standard auch in Zukunft ein wichtiges Ziel für

Bewertung

proliferationsrelevante Beschaffungen sein. Insbesondere die Aktivitäten des Iran und Nordkoreas geben großen Anlass zur Sorge und erfordern daher eine Intensivierung entsprechender Abwehrmaßnahmen.

II. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

1. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation

1.1 Politische Rolle der russischen Nachrichtendienste

Die Nachrichtendienste nehmen im politischen System Russlands eine besondere Stellung ein. Als wichtiger Pfeiler in der Sicherheitsarchitektur dienen sie der Staatsführung sowohl zur Informationsbeschaffung im Ausland als auch zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit sowie zur Durchsetzung der Regierungspolitik. Durch die starke Präsenz von Nachrichtendienstangehörigen in vielen staatlichen Einrichtungen und Bereichen des öffentlichen Lebens sowie die Spionagetätigkeit im Ausland sind die Dienste maßgeblich in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Russlands eingebunden. Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten haben sich im Jahr 2012 kaum verändert.

1.2 Strukturen und Aufgaben

Folgende Nachrichtendienste der Russischen Föderation entfalten Aktivitäten gegen deutsche Sicherheitsinteressen:

SWR Der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR (Slushba Wneschnej Raswedki) betreibt mit mehr als 13.000 Mitarbeitern Spionage in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Zu weiteren wesentlichen Aufgaben gehören die Ausforschung von Zielen und Arbeitsmethoden westlicher Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden sowie die elektronische Fernmeldeaufklärung. Darüber hinaus wirkt der SWR auch an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Proliferation mit.

Der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) verfügt über ca. 12.000 Mitarbeiter, die schwerpunktmäßig mit der Informationsbeschaffung in den Bereichen Sicherheitspolitik und Militär befasst sind. Zu ihren Zielobjekten zählen Bundeswehr, NATO und andere westliche Verteidigungsstrukturen, aber auch militärisch nutzbare Technologien. **GRU**

Der Inlandsnachrichtendienst FSB (Federalnaja Sluschba Besopasnosti) verfügt über ein besonders breit gefächertes Aufgabenspektrum sowie über umfangreiche Befugnisse. Zu seinen Kernaufgaben gehören die zivile und militärische Spionageabwehr, die Beobachtung des politischen Extremismus sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität (OK). Neben der Beteiligung an den fortdauernden Auseinandersetzungen im Nordkaukasus soll er die russische Industrie vor Wirtschaftsspionage und OK sowie ausländische Investoren vor Wirtschaftskriminalität schützen und proliferationsrelevante Aktivitäten in Russland unterbinden. **FSB**

Zu seinen Aufgaben zählen ferner die Sicherung der Staatsgrenzen und Grenzkontrollen, die Fernmeldesicherheit sowie die Sicherheit in der Informationstechnik. Außerdem betreibt der FSB in Russland eine intensive Internetüberwachung. Er verfügt über einen ständigen Zugriff auf den Datenverkehr, der über russische Anbieter von Internetzugängen abgewickelt wird. Zudem hat er dauerhaften Zugang zu Datenbanken russischer Telefongesellschaften, in denen Personendaten und Informationen über Telefonkunden und deren Telefongespräche erfasst sind. So können auch ausländische Staatsangehörige in sein Blickfeld geraten und gezielt überwacht werden, wenn sie in Russland das Internet nutzen oder telefonieren.

Nach russischem Recht darf der FSB Einzelpersonen, z.B. offizielle Vertreter von Medien oder gesellschaftlichen Organisationen, verwarnen, wenn diese aus seiner Sicht gegen die öffentliche Ordnung verstoßen. Betroffenen, die seine Vorgaben missachten, drohen Geld- oder Haftstrafen. Der FSB kann unter Verweis auf das Gesetz gegen missliebige Veröffentlichungen sowie unerwünschte Aktivitäten oppositioneller Kreise oder nichtstaatlicher Organisationen vorgehen. Im Juli 2012 trat in Russland ein Gesetz in Kraft, das Nichtregierungsorganisationen vorschreibt, sich als

„ausländische Agenten“ registrieren zu lassen, wenn sie finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten.

In Einzelfällen betreibt der FSB sogar Gegenspionage im Ausland. Ausländer in Russland müssen mit Versuchen des Dienstes rechnen, sie für eine Agententätigkeit zu werben. Zuweilen wird auch gezielt Druck auf Zielpersonen ausgeübt, um sie zu einer Zusammenarbeit zu bewegen.

Die Personalstärke des FSB liegt bei etwa 350.000 Mitarbeitern, von denen mehr als 200.000 Grenzschaufgaben wahrnehmen.

1.3 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin ein wichtiges Auspähungsziel für die russischen Nachrichtendienste. Ihre Spionageaktivitäten erstrecken sich mit unterschiedlicher Intensität auf alle Zielbereiche.

Politik Bei der politischen Spionage liegt der Fokus nachrichtendienstlicher Arbeit auf allen Politikfeldern, soweit dort Entscheidungen getroffen werden, die russische Interessen beeinflussen können. Hierzu gehören insbesondere die Bündnispolitik innerhalb der NATO und EU sowie die deutsche Außenpolitik.

Dabei standen Konflikte zwischen den NATO-Mitgliedsstaaten aufgrund unterschiedlicher Sichtweisen und Interessenlagen sowie der NATO-Gipfel in Chicago (20. und 21. Mai 2012) im Mittelpunkt. Im Bereich der Sicherheitspolitik waren auch Informationen zur deutschen Haltung in Bezug auf den Bürgerkrieg in Syrien und den Konflikt um das iranische Nuklearprogramm von Bedeutung. Ebenso von Interesse waren im Jahr 2012 die deutsche Sichtweise und der Standpunkt anderer EU-Staaten zu den politischen Umwälzungen im Maghreb und auf der arabischen Halbinsel.

Aufmerksamkeit fand ferner die Beurteilung der Handlungsmöglichkeiten Deutschlands auf europäischer Ebene. Diesbezüglich versuchten die russischen Nachrichtendienste Strategien und konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Euro-Ländern auszuforschen.

Fester Bestandteil der Spionageaktivitäten ist die Beschaffung von Informationen über das deutsch-russische Verhältnis. Dabei stehen die vorrangigen Ziele und die politische Haltung der Bundesregierung gegenüber der Russischen Föderation im Vordergrund.

In Bezug auf den Bereich der Innenpolitik bemühten sich die Dienste um Informationen zu parteipolitischen Strukturen und Entwicklungsprozessen, zu inhaltlichen Positionen einzelner Parteien sowie zur Einschätzung von Wahlergebnissen auf allen Ebenen.

Wirtschaftliche und politische Spionage sind häufig miteinander verflochten. Dies gilt z.B. für die Informationsbeschaffung über die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro. Außerdem interessierten sich russische Nachrichtendienste in hohem Maße für die deutsche Energiewirtschaft. Der Russischen Föderation als wichtiger Lieferant fossiler Brennstoffe ist daran gelegen, frühzeitig Informationen über die Auswirkungen energiepolitischer Entscheidungen Deutschlands zu erlangen (Atomausstieg, Erneuerung der Energie-Infrastruktur o.ä.). Dazu gehört auch die Einschätzung der künftigen Preisentwicklung fossiler Energieträger.

Wirtschaft

Im militärischen Bereich standen vor allem die Konzeption der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Perspektiven der NATO-Osterweiterung und die künftige Bündnisstrategie im Blickfeld. Außerdem versuchten die russischen Dienste, an Informationen über den zwischen Russland und der NATO umstrittenen Raketenabwehrschild in Europa zu gelangen. Die technische Ausrüstung der Bundeswehr war ebenso Gegenstand der Ausforschungsbemühungen wie ihre Umstrukturierung nach der Abschaffung der Wehrpflicht.

Militär

Auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet konnte u.a. ein Interesse an Informationen über IT- und Kommunikationstechnologien sowie am aktuellen Forschungsstand bei alternativen Energien, Elektrotechnik und Antriebssystemen im maritimen Bereich festgestellt werden.

Wissenschaft und Technik

1.4 Methodische Vorgehensweisen

Zur Informationsbeschaffung in Deutschland nutzen die russischen Nachrichtendienste vor allem ihre Legalresidenturen. Es gibt jedoch auch Spionageaktivitäten, die aus den Dienstzentralen in Moskau (Russland) erfolgen und unmittelbar von dort gesteuert werden. Dazu gehören die Führung von Agenten sowie eine intensive Fernmeldeaufklärung. Außerdem kommt es in Russland und auf dem Territorium anderer Staaten zu nachrichtendienstlichen Aktivitäten, die gegen Deutschland gerichtet sind.

1.4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation dienen den russischen Nachrichtendiensten als wichtigste Plattform zur Tarnung ihrer Mitarbeiter in Deutschland. Dort sowie bei einigen russischen Medienvertretungen ist für die Nachrichtendienste eine große Anzahl von Stellen reserviert.

Im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit suchen und unterhalten die Legalresidenturoffiziere Kontakte zu vielen Gesprächspartnern.

„Halboffene“ Beschaffung

Bei Kontaktpersonen, deren Zugang zu sensiblen Informationen aus nachrichtendienstlicher Sicht besonders wertvoll erscheint, versuchen sie, den offenen Abschöpfkontakt in eine „halboffene“ Verbindung mit bestimmten konspirativen Elementen umzuwandeln.

Dazu legt der Nachrichtendienstoffizier die Modalitäten und den Zeitpunkt für Folgetreffen sowie einen Ausweichtermin bereits im Voraus fest. Damit will er zusätzliche Kontakte zur Terminvereinbarung vermeiden, da diese in das Blickfeld der Verfassungsschutzbehörden geraten könnten. Aus demselben Grund bittet er seinen Gesprächspartner, ihn nicht in der Vertretung anzurufen. Begründet wird dies u.a. mit häufigen Abwesenheiten oder Sprachproblemen in der Telefonzentrale. Bei den Treffen, die überwiegend in Restaurants stattfinden, bemüht sich der Nachrichtendienststangehörige um eine freundschaftliche Atmosphäre, verbunden mit materiellen und immateriellen Zuwendungen. Im Laufe der Zeit erweitert er die allgemeine Gesprächsabschöpfung

um konkrete Aufträge, die anfangs als Bitte um eine Gefälligkeit formuliert werden.

Die russischen Dienste bezeichnen solche langfristig angelegten Kontakte als „vertrauliche Verbindungen“. Sie dienen allein der Beschaffung von Informationen gegen Sachgeschenke, Geld oder andere Vorteile. Wenn die Dienstzeit von Nachrichtendienstangehörigen in Deutschland endet, übergeben sie ihre Gesprächspartner häufig an einen Nachfolger.

Manche dieser Verbindungen werden im Laufe der Zeit nach klassischem Muster zu echten Agentenoperationen weiterentwickelt. Das geschieht etwa, wenn der Kontaktpartner Zugang zu besonders schutzwürdigen Informationen hat und bereit ist, diese preiszugeben.

Agentenführung

Neben ihren eigenen Beschaffungsaktivitäten leisten die Legalresidenturangehörigen vor Ort Hilfsdienste für ihre Zentrale und unterstützen nachrichtendienstliche Operationen, die direkt aus Russland gesteuert werden.

1.4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung

Russische Nachrichtendienste setzen – wie schon ihre sowjetischen Vorgänger – bei Beschaffungsoperationen, die unmittelbar aus den Dienstzentralen gesteuert werden, weiterhin auf die bewährten „Illegalenoperationen“, obwohl solche Einsätze hohe Kosten verursachen und einen beträchtlichen operativen Aufwand erfordern.

Ein im Oktober 2011 nach umfangreichen Ermittlungen der Spionageabwehr in Deutschland verhaftetes russisches „Illegalenehepaar“ wurde im September 2012 vom Generalbundesanwalt wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit angeklagt.²³⁷ Die Eheleute hatten über 20 Jahre mit österreichischer Falschidentität in Deutschland gelebt. Im März 2012 waren die Ermittlungen der Spionageabwehr von einem weiteren Erfolg gekrönt: Es kam zur Festnahme eines Mitarbeiters des niederländischen Außenministeriums, der von den „Illegalen“ als Agent geführt worden war. Er

Anklageerhebung gegen Illegale

²³⁷ Der Prozess gegen das „Illegalenehepaar“ wurde am 15. Januar 2013 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart eröffnet.

hatte seinen SWR-Führungspersonen gegen Bezahlung sensible Informationen über die NATO übergeben.

Das anhaltend starke Interesse der russischen Nachrichtendienste am deutschen Meldeverfahren lässt den Schluss zu, dass weitere „Illegale“ unerkannt nach Deutschland eingeschleust werden sollen oder sich bereits hier aufhalten.

Gefährdung in Russland In Russland selbst sucht vor allem der FSB nach geeigneten Zielpersonen. Die Auslandsnachrichtendienste SWR und GRU verfügen aber ebenfalls über Organisationseinheiten, die dort unter ausländischen Staatsangehörigen Agenten werben. Persönliche Daten in Visaanträgen, Grenzkontrollen sowie die Telefon- und Internetüberwachung bieten den Diensten im eigenen Land zahlreiche Möglichkeiten, Zielpersonen für eine Ansprache zu ermitteln.

Der FSB nutzt u.a. Fehlverhalten oder persönliche Schwächen von potenziellen Zielpersonen aus, um sie gegebenenfalls durch Ausübung von Druck zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu bewegen. In anderen Fällen versuchen die Nachrichtendienstoffiziere, die Zielperson für sich einzunehmen und auf freundschaftlicher Basis zu werben.

Elektronische Angriffe Es ist davon auszugehen, dass auch die russischen Nachrichtendienste „Elektronische Angriffe“ als Mittel zur Informationsbeschaffung nutzen. Zumindest weisen einige der Angriffe auf Bundesbehörden Indizien auf, die auf einen russischen Ursprung hindeuten.

1.5 Bewertung

Nachrichtendienstlich beschaffte Informationen aus allen Zielbereichen haben in Russland traditionell einen hohen Stellenwert. Sie dienen der russischen Staatsführung als Orientierungshilfe für wichtige Entscheidungen. Die politische Informationsbeschaffung stellt den Schwerpunkt der Spionageaktivitäten dar und wird bei einer Fortsetzung der überwiegend von nationalen Interessen geleiteten russischen Außenpolitik auch künftig ihre Bedeutung behalten. Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erwarten, dass Russland seine Ausforschungsbemühungen gegen Deutschland in naher Zukunft reduzieren bzw. einstellen wird.

Die russischen Nachrichtendienste wenden weiterhin traditionelle Methoden zur Informationsgewinnung an. Besonders bemerkenswert ist dabei z.B. der „Illegalkomplex“, der anscheinend in seiner gesamten Ausprägung aufrecht erhalten wird. Vor allem der SWR setzt sie zur Führung von Agenten ein, die über besonders hochwertige und empfindliche Zugänge verfügen. Sofern der „Illegale“ über eine sorgfältig abgedeckte Falschidentität verfügt, ist das Risiko einer Enttarnung gering. Nutzt er die Identität des Staatsbürgers eines Schengen-Vertragsstaats, kann er sich auf dem Gebiet sämtlicher Schengen-Staaten frei bewegen und in mehreren Ländern tätig werden.

Trotz der Vorliebe für traditionelle Methoden bei der Führung nachrichtendienstlicher Operationen zeigen sich insbesondere jüngere Nachrichtendienstoffiziere russischer Dienste gegenüber neuen Technologien aufgeschlossen. Anders als ihre Vorgänger nutzen sie auch das Internet zum Austausch von Informationen. Moderne Verfahren zur elektronischen Datenübertragung ermöglichen überdies eine schnelle und unauffällige Kommunikation zwischen Führungsstelle und Agenten.

2. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der anderen Mitglieder der GUS

Auch die anderen Mitglieder der GUS²³⁸ verfügen über eigene Nachrichten und Sicherheitsdienste, die ursprünglich aus den regionalen Geheimdienststrukturen der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind. Es handelt sich vor allem um zivile Dienste mit Aufgabenschwerpunkt in den Bereichen der inneren Sicherheit und der Spionageabwehr. Einige GUS-Staaten unterhalten eigenständige zivile Auslandsnachrichtendienste und betreiben zuweilen auch zusätzlich eigene Militärspionage. Diese Auslandsnachrichtendienste beschränken ihre Tätigkeit zumeist auf angrenzende Länder und treten kaum durch Aktivitäten mit Zielrichtung Deutschland in Erscheinung.

**Nachrichtendienste
in der GUS betreiben
z.T. Auslandsspionage**

²³⁸ Zur GUS gehören Armenien, Aserbaidshjan, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland. Turkmenistan ist lediglich noch beigeordnetes Mitglied ohne feste Zugehörigkeit. Das Gründungsmitglied Ukraine betrachtet sich als Teilnehmerstaat ohne formelle Mitgliedschaft.

Die GUS, nach dem Zerfall der Sowjetunion als politisch und wirtschaftlich geschlossene Einheit gegründet, hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Viele Mitglieder haben sich inzwischen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene emanzipiert, verfolgen eigene Ziele und haben zusätzlich Bündnisse mit anderen Staaten geschlossen.

Zusammenarbeit mit den russischen Nachrichtendiensten

Trotz der politischen Veränderungen pflegen die meisten Mitglieder der GUS auf nachrichtendienstlicher Ebene untereinander nach wie vor traditionelle Kontakte. Es findet weiterhin eine förmlich vereinbarte Zusammenarbeit statt. Neben dem Austausch von Informationen leistet Russland Unterstützung bei der technischen Ausstattung und Schulung des Personals.

Gefährdung bei Aufenthalten in Mitgliedsländern der GUS

Im Rahmen dieser Kooperation sollen auch Erkenntnisse über Ein- und Ausreisen ausländischer Staatsangehöriger und Personen, für die sich die Nachrichtendienste der GUS besonders interessieren, untereinander weitergegeben werden. Daher dürfte für bestimmte Personen – etwa Mitarbeiter von Behörden – nicht nur bei Reisen nach Russland, sondern auch in andere Länder der GUS ein erhöhtes Risiko bestehen, in das Blickfeld der dortigen Nachrichtendienste zu geraten.

Legalresidenturen

Nur wenige Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS unterhalten in ihren Auslandsvertretungen in Deutschland Legalresidenturen. Zu diesen Staaten gehört beispielsweise die Republik Weißrussland.

Bewertung

Aus der Aufgabenstellung und Residenturpräsenz einiger Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS sowie deren Einbindung in den nachrichtendienstlichen Informationsaustausch – insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten der Russischen Föderation – ergibt sich eine latente Bedrohung deutscher Sicherheitsinteressen.

Vor allem der Politikwechsel in der Ukraine hat erkennbar Auswirkungen auf die Tätigkeit der dortigen Nachrichtendienste. So ist zu erwarten, dass sie künftig zumindest auf eigenem Territorium ihr besonderes Interesse auf Staatsangehörige aus Mitgliedsländern der EU und der NATO richten.

III. Nachrichtendienste der Volksrepublik China

1. Aktuelle Entwicklung

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die das Land autoritär regiert, steht vor einem Generationswechsel in der Führung. Nach den Beschlüssen des Parteitags vom 8. November 2012 gehen die Spitzenpositionen in der Partei und Regierung auf Xi Jinping und Li Keqiang über. Der Wechsel fällt in eine Zeit, in der heftige Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs der Partei erkennbar sind. Das leicht gesunkene Wirtschaftswachstum Chinas nähert sich den Vorgaben des aktuellen Fünfjahresplans, der ein „Überhitzen“ der Wirtschaft verhindern will. Der wirtschaftliche Aufstieg des Landes bleibt weiterhin wichtig für die soziale Stabilität und dient der KPCh als Herrschaftslegitimation.

**Politisches System
und wirtschaftliche
Stabilität**

China unterhält mit der Volksbefreiungsarmee (VBA) die größte Armee der Welt, deren Ausrüstung jedoch in weiten Teilen anderen modernen Streitkräften unterlegen ist. Vor diesem Hintergrund soll der Verteidigungshaushalt des Landes erneut erhöht werden. So rüstet China seine Marine mit einem eigenen Flugzeugträger und Anti-Schiff-Flugkörpern auf. Dies gewinnt insbesondere angesichts zahlreicher territorialer Konflikte im Südchinesischen Meer, bei denen das Land seine Interessen konsequent verfolgt, an Bedeutung.

**Militärische
Aufrüstung**

Die starken sozialen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse sowie die bevorstehenden personellen Wechsel haben die Staatsführung für Fragen der öffentlichen Ordnung besonders sensibilisiert. Der Machterhalt der KPCh hat oberste Priorität und lässt dahinter Menschenrechte, wie beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung, zurücktreten. Die chinesische Führung verfolgt eine repressive Politik gegen Oppositionelle sowie ethnische und religiöse Minderheiten. Verbunden mit sozialen Problemen führt dies immer häufiger zu lokalen Protesten.

**Menschenrechte und
Minderheitenpolitik**

2. Strukturen und Aufgaben der Nachrichtendienste

Die chinesische Regierung setzt zur Stabilisierung des Machtanspruchs gezielt ihren umfangreichen Sicherheitsapparat ein. Die Nachrichtendienste sollen ihren Beitrag für den Erhalt der

sozialen Stabilität leisten und gleichzeitig wirtschaftliche Interessen fördern. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der nachdrücklichen Bekämpfung oppositioneller Kräfte, von denen die Regierung eine Gefährdung der staatlichen Ordnung befürchtet, so z.B. die Befürworter von Unabhängigkeitsbestrebungen. Rechtsstaatlichen Beschränkungen sind die Dienste bei ihrer Aufgabenerfüllung nur formell unterworfen.

In Deutschland sind mehrere chinesische Nachrichtendienste vertreten. Hierzu zählen sowohl staatliche Strukturen als auch solche, die direkt zum Apparat der KPCh gehören.

MSS Das Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS) mit seinem großen Mitarbeiterbestand ist sowohl mit Abwehr- als auch mit Spionageaktivitäten betraut. Innerhalb Chinas ist es für die Bekämpfung von Gefahren für die öffentliche Ordnung zuständig und in diesem Bereich auch mit Polizeibefugnissen ausgestattet. Bei der Auslandsspionage nimmt das MSS eine zentrale Rolle unter den chinesischen Diensten ein. In Deutschland bemüht es sich nachhaltig um Informationen aus den Bereichen Politik und Wirtschaft und späht hier aktive oppositionelle chinesische Gruppierungen aus.

MID Der militärische Nachrichtendienst (Military Intelligence Department – MID) gehört zur Volksbefreiungsarmee und ist weltweit offensiv tätig. Er ist zuständig für die Beschaffung von Informationen, die die äußere Sicherheit der Volksrepublik betreffen. Hierzu gehören unter anderem Struktur, Stärke und konkrete Ausrüstung fremder Streitkräfte. Ebenso von Interesse sind Informationen aus Sicherheitspolitik, Wissenschaft und Technik. Zur Wahrung der inneren Sicherheit nimmt er zusätzlich an der Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen teil.

MPS Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministry of Public Security – MPS), das chinesische Polizeiministerium, ist für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständig. Hierzu unterstehen ihm z.B. die Ordnungs- und Kriminalpolizei. Zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen arbeitet es auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln. So sammelt das MPS sowohl innerhalb als auch außerhalb Chinas Informationen über solche Bevölkerungsgruppen, die von der KPCh als Ursache für Sicherheitsgefährdungen angesehen werden. Zusätzlich überwacht das

Ministerium die Medien und den Internetverkehr. Davon sind auch Ausländer betroffen.

Ende Dezember 2012 wurde Guo Shengkun neuer Leiter des Ministeriums. Er ist Wirtschafts- und Verwaltungsfachmann ohne einschlägige Erfahrungen im Sicherheitsbereich.

Das Büro 610 – benannt nach dem Gründungsdatum am 10.6.1999 – untersteht dem Zentralkomitee der KPCh. Es ist zuständig für die Beobachtung und Verfolgung der regimiekritischen Meditationsbewegung Falun Gong. Obwohl der Dienst lediglich ein Parteiorgan ist, arbeiten ihm die Verwaltungs-, Justiz- und Polizeibehörden des Staates zu. Das Büro 610 ist sowohl in China als auch im Ausland aktiv – so auch in Deutschland.

Büro 610

3. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die chinesische Zentralregierung sieht die größte Gefahr für ihren Machterhalt in den Personengruppen, die sie als staatsfeindlich betrachtet und als „Fünf Gifte“ diffamiert. Hierzu gehören die Angehörigen der Meditationsbewegung Falun Gong und Mitglieder der Demokratiebewegung. Auch die nach Unabhängigkeit strebenden Volksgruppen der Uiguren und Tibeter sowie Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans werden hierzu gezählt, weil sie nach Auffassung der KPCh die territoriale Integrität Chinas infrage stellen. Angehörige der „Fünf Gifte“ werden nicht nur in China, sondern auch in Deutschland ausgespäht.

Bekämpfung der „Fünf Gifte“

Im Rahmen der Auslandsaufklärung sollen die Nachrichtendienste auch den Informationsbedarf der chinesischen Regierung über die deutsche Außenpolitik, z.B. gegenüber China und in internationalen Organisationen wie der EU, decken. Auch militärische und sicherheitspolitische Aspekte sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Umstrukturierung und Aufrüstung der VBA von anhaltender Bedeutung. So stehen z.B. die militärische Ausrüstung der Bundeswehr und deren Rolle in der NATO im Blickfeld der Dienste.

Politik und Militär

Da die ökonomische Entwicklung Chinas von großer Bedeutung für die innere Stabilität ist, bemühen sich die Nachrichtendienste auch um sensible Informationen aus der Wirtschaft wie z.B. aktuelle Forschungsergebnisse und technische Neuentwicklungen.

Wirtschaftsspionage

In der Vergangenheit wurden in deutschen Firmen wiederholt illegale Ausspähungsaktivitäten festgestellt. Ob es sich hierbei um staatlich betriebene Wirtschaftsspionage oder um private Konkurrenzspionage handelt, ist wegen der engen Verflechtung von Wirtschaft und Staat in China im Einzelfall nur schwer zu beurteilen.

4. Methodische Vorgehensweisen

4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen

Nachrichtendienstangehörige entfalten ihre Spionageaktivitäten aus den Legalresidenturen in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Chinas heraus. Im Vergleich zu den russischen Legalresidenturen sind die chinesischen personell deutlich schwächer besetzt. Die chinesischen Dienste setzen demgegenüber mehr Journalisten ein, z.T. sind diese offiziell akkreditiert. Im Gegensatz zu Diplomaten genießen sie allerdings keine Immunität.

Bei der Informationsbeschaffung agieren die chinesischen Nachrichtendienste gegenüber deutschen Zielpersonen anfangs äußerst vorsichtig und geduldig; bei ihren Landsleuten und chinesischstämmigen Personen treten sie hingegen forschender auf. In jüngster Zeit war in einigen Fällen jedoch auch ein offensiveres Vorgehen gegenüber Zielpersonen zu beobachten, die nicht aus China stammen.

Aufbau von Beziehungen Im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit unterhalten die Legalresidenturmitarbeiter eine Vielzahl von Kontakten. Verfügen ihre Gesprächspartner über interessante Zugänge oder Informationen, versuchen die Nachrichtendienstangehörigen durch regelmäßige Treffen, wertvolle Sachgeschenke sowie Einladungen zu Restaurantbesuchen oder zu Reisen nach China eine persönliche Beziehung aufzubauen. Durch diese langfristig angelegte, geduldige „Kultivierung“ soll der Wissensträger die Scheu davor verlieren, seinem vorgeblichen Freund auch vertrauliche Informationen preiszugeben.

Aggressive Bekämpfung der „Fünf Gifte“ Im Gegensatz zur Informationsbeschaffung in den Bereichen Politik, Militär und Wirtschaft verhalten sich die Nachrichtendienste bei der Ausforschung und Bekämpfung der „Fünf Gifte“

deutlich aggressiver und schrecken teilweise auch nicht vor Drohungen zurück. Zudem versuchen sie, Agenten im Unterstützerkreis oppositioneller Gruppen anzuwerben.

Die Dienste diffamieren die den „Fünf Giften“ zugerechneten Personen häufig pauschal als Gewalttäter oder Terroristen. Dadurch sollen hiesige Behörden, auch mit Blick auf die deutsch-chinesischen Beziehungen, bei etwaigen Veranstaltungen jener Personengruppen in Deutschland zu einem Einschreiten veranlasst und mögliche Veranstaltungsverbote erwirkt werden. Im Zusammenhang mit dem Welt-Tibettag im März 2012 richteten sich Ausforschungsbemühungen chinesischer Dienste gegen Pro-Tibet-Aktivist*innen in Deutschland. Im September 2012 versuchte das Generalkonsulat in München erfolglos, eine internationale Tagung von Uiguren zu verhindern, indem es gegenüber der Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags andeutete, dass andernfalls die chinesisch-bayerische Freundschaft Schaden nehmen könne.

4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung

Auf chinesischem Hoheitsgebiet überwachen die mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Sicherheitsdienste die eigene Bevölkerung und im Land lebende Ausländer. Auch ausländische Besucher unterliegen einer intensiven Überwachung durch die Behörden. In den für die Einreise in die VR China erforderlichen Visaanträgen werden seit Mitte 2011 zum Teil sehr detaillierte personenbezogene Daten erhoben. In Einzelfällen wurden z.B. sogar die Namen von Vorgesetzten und genaue Angaben zum Arbeitsplatz nachgefordert. Bereits beim Grenzübertritt bietet sich den Diensten daher die Möglichkeit, gezielt bestimmte Einreisende intensiv zu kontrollieren und ihr Verhalten zu dokumentieren.

Die Sicherheitsdienste verfügen über moderne Anlagen zur Kommunikationsüberwachung. Neben einer generellen Überwachung des Internetverkehrs können diese Systeme auch für gezielte Abhörmaßnahmen eingesetzt werden.

Zur Erkenntnisgewinnung in Deutschland nutzen die Dienste die Möglichkeiten, die sich aus zahlreichen zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen ergeben. Derzeit leben

Überwachung von Bevölkerung und Reisenden

Non-Professionals

und arbeiten etwa 79.000 Chinesen in Deutschland, darunter zahlreiche Gastwissenschaftler, Praktikanten und Studenten. Diese Personengruppe verfügt über ein großes Wissenspotenzial, das sich die Nachrichtendienste zunutze machen, indem sie sich einen Überblick über deren Arbeitsbereiche und Zugänge verschaffen und Kontakte aufbauen. Die nachrichtendienstliche Nutzung dieser Personen, die als Non-Professionals bezeichnet werden, hat für die Dienste den Vorteil, dass bei Bekanntwerden eines Ausspähungsversuchs nicht ersichtlich ist, ob eine Person aus Eigeninitiative oder im staatlichen Auftrag aktiv war.

Beeinflussung von Aktivisten Einige Aktivisten aus dem Bereich der „Fünf Gifte“ erhielten telefonische Aufforderungen aus China, ihre Tätigkeit einzustellen. Dies betraf auch Einzelpersonen und Organisationen in Deutschland. Mit der Fortführung derartiger Maßnahmen von chinesischer Seite ist auch künftig zu rechnen.

4.3 Elektronische Angriffe

Die überwiegende Zahl der in Deutschland festgestellten „Elektronischen Angriffe“ mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund ist auf Stellen in China zurückzuführen.

Die Nachhaltigkeit, mit der die mutmaßlichen Angreifer aus China weltweit Informationen zu beschaffen versuchen, trägt deutliche Anzeichen einer strategischen Informationsbeschaffung. Bei zahlreichen festgestellten Angriffen in Deutschland deuten technische Parameter auf China als Ursprungsland des Angriffes hin.

Angriffe gegen Stellen der G 20 Mitglieder der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) waren auch 2012 bevorzugtes Ziel „Elektronischer Angriffe“. Die auf diesem Weg zu erlangenden Informationen versetzen den Angreifer in die Lage, die Entscheidungen dieses Zusammenschlusses zu Fragen der internationalen Finanzsysteme, der Wirtschaft und der Energie bereits im Vorfeld abzuschätzen und entsprechend darauf zu reagieren. Derartige Informationen sind für fremde Nachrichtendienste von besonderem Interesse.

Die hierbei eingesetzten E-Mails sind gleichermaßen professionell und überzeugend gestaltet. Ansprache, Inhalt und der

vermeintliche Absender täuschen dem anvisierten Opfer eine authentische E-Mail vor. Die Schadsoftware befindet sich üblicherweise im Anhang und wird nur in Ausnahmefällen von den gängigen Virenschutzprogrammen erkannt. Aufgrund der Merkmale und bestehender Parallelen zu den Angriffen auf das deutsche Regierungsnetz wird der Ursprung auch dieser Angriffe Stellen in China zugeordnet.

„Elektronische Angriffe“ richteten sich auch gegen Aktivitäten von Angehörigen der „Fünf Gifte“, so wurden z.B. oppositionelle Websites streng kontrolliert oder auch gänzlich blockiert.

**Elektronische
Maßnahmen gegen
die „Fünf Gifte“**

5. Bewertung

Schwerpunkt der Ausforschungsaktivitäten der chinesischen Nachrichtendienste sind die „Fünf Gifte“. Im Blickfeld stehen insbesondere die Volksgruppe der Uiguren und Pro-Tibet-Gruppen, die als besondere Bedrohung empfunden werden. Das Interesse an Informationen aus diesem Bereich wird daher zumindest mittelfristig bestehen bleiben. Bei der politischen Spionage hat sich der Fokus der Dienste aufgrund der gewachsenen politischen Bedeutung Chinas auf internationaler Ebene bereits verschoben. Sie passen ihre Methoden zunehmend an und versuchen z.B., auch Quellen außerhalb der chinesischen Ethnie zu gewinnen, wenn diese über Zugänge zu sensiblen politischen und militärischen Informationen verfügen.

IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Staaten

1. Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran

1.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Die iranischen Nachrichtendienste stellen seit Gründung der Islamischen Republik Iran im Jahr 1979 ein zentrales Instrument der politischen Führung zur Sicherung ihres Herrschaftsanspruchs dar.

Hauptträger der nachrichtendienstlichen Aktivitäten sind das Ministerium für Nachrichten und Sicherheit (Ministry of Information and Security – MOIS, in Farsi: Vezarat e Ettela'at Va Amniat e Keshvar – VEVAK) und der Nachrichtendienst der iranischen Revolutionsgarden (Revolutionary Guards Intelligence Department – RGID).

MOIS Der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst MOIS wurde 1984 als Nachfolger verschiedener unter dem revolutionären Regime im Iran entstandener Nachrichtendienstorganisationen gegründet. Wegen seiner Organisationsgröße und seiner großen Bedeutung für den Machterhalt des Regimes ist es eines der mächtigsten Ministerien der iranischen Regierung. In seiner Funktion als Informationsminister hat der Leiter des MOIS einen Sitz im iranischen Kabinett.

RGID Das RGID der iranischen Revolutionsgarden (Islamic Revolutionary Guards Corps – IRGC, in Farsi: Sepah Pasdaran) ist sowohl mit Spionage im Ausland als auch mit Abwehraufgaben im Inland betraut.

Die iranischen Revolutionsgarden wurden nach der Machtübernahme Khomeinis 1979 gebildet und agieren neben den regulären Streit- und Sicherheitskräften als verlängerter Arm des iranischen Regimes. Sie sind der besonderen Treue gegenüber dem Revolutionsführer verpflichtet und bilden einen loyalen Machtfaktor zur Sicherung und Festigung der Islamischen Revolution nach innen und außen.

1.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Schwerpunktaufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates ist die intensive Beobachtung und Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen im In- und Ausland. Darüber hinaus werden im westlichen Ausland Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beschafft.

Die gegen Deutschland gerichteten Aktivitäten des Iran gehen vor allem vom MOIS aus. In dessen Fokus stehen insbesondere die „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und ihr politischer Arm, der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI).

Die Ausforschungsbemühungen gegen deutsche Einrichtungen im In- und Ausland belegen das anhaltende operative Interesse des MOIS an deutschen Zielobjekten, vor allem in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik.

1.3 Methodik der Informationsgewinnung

Die Steuerung nachrichtendienstlicher Aktivitäten zur Informationsbeschaffung erfolgt in erster Linie durch die Zentrale in Teheran. Zur Anbahnung nutzt das MOIS insbesondere Reisen seiner Zielpersonen in den Iran, die aus familiären oder beruflichen Gründen erfolgen. Den Betroffenen ist es dort kaum möglich, sich dem Zugriff des Dienstes zu entziehen; damit liegen ideale Voraussetzungen für nachrichtendienstliche Ansprachen vor.

Neben der zentralen Steuerung nimmt auch die Legalresidentur des MOIS an der Iranischen Botschaft in Berlin eine wichtige Funktion bei der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung wahr. Zu den Aufgaben der dort eingesetzten Nachrichtendienstmitarbeiter gehören die Durchführung und Unterstützung nachrichtendienstlicher, von der MOIS-Zentrale ausgehender Operationen. In der Hauptsache richten sich diese gegen Ausforschungsziele in Deutschland, vereinzelt aber auch gegen Personen oder Einrichtungen im europäischen Ausland.

Mitarbeiter der konsularischen Vertretungen des Iran sind verpflichtet, die Legalresidentur des MOIS an der Iranischen Botschaft zu unterstützen.

1.4 Bewertung

Die Sicherung des Regimes ist die Hauptaufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates. Daher wird die iranische Exilopposition in Deutschland auch in Zukunft im Blickfeld des MOIS stehen. Aufgrund der großen Bedeutung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für den Iran ist auch in diesem Bereich mit weiteren Spionageaktivitäten zu rechnen.

2. Nachrichtendienste der Arabischen Republik Syrien

Das Jahr 2012 war durch eine erhebliche Verschlechterung der Sicherheitslage in Syrien gekennzeichnet, da die Mitte März 2011 in Syrien begonnenen Proteste der Bevölkerung gegen das syrische Regime mit Forderungen nach einem politischen Wandel andauern. Teile der syrischen Opposition bewaffneten sich und bildeten zusammen mit desertierten Soldaten die „Freie syrische Armee“. Die syrischen Sicherheitskräfte setzten den Einsatz massiver Gewalt gegen Demonstranten und bewaffnete Aufständische fort. Die „Freie syrische Armee“ sowie lokale bewaffnete Gruppen reagierten hierauf ebenfalls mit Gewalt.

Auch eine UN-Beobachtermission und verschiedene internationale Vermittlungsinitiativen konnten die Lage in Syrien bislang nicht beruhigen.

2.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Die zahlreichen syrischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowie Armee- und Polizeikräfte spielen als Stützen des Regimes eine entscheidende Rolle bei der Unterdrückung der Proteste. Zu den wichtigsten Geheimdiensten zählen der allgemeine Nachrichtendienst Idarat Al-Mukhabarat Al-Amma, der militärische Nachrichtendienst Shu'bat Al-Mukhabarat-Al-Askarya, der politische Sicherheitsdienst Idarat Al-Amn Al-Siyasi sowie der Nachrichtendienst der Luftwaffe Jihaz Al-Mukhabarat-Li'l-Quwwat Al-Jawwiyya.

Sowohl der allgemeine Nachrichtendienst als auch der militärische Nachrichtendienst waren im Jahr 2012 in Deutschland nachrichtendienstlich aktiv.

2.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die Aktivitäten der syrischen Nachrichtendienste in Deutschland dienen vor allem der Ausforschung von oppositionellen Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus Sicht des Regimes eine Gefahr darstellen. Hierzu zählen islamistische und kurdische Gruppierungen sowie Regimekritiker und Menschenrechtsaktivisten.

Mit der Ausweitung der Unruhen in Syrien konnte in Deutschland ein Anstieg der nachrichtendienstlichen Tätigkeit syrischer Dienste festgestellt werden. Die Spionageabwehr hat entsprechende Aktivitäten verstärkt überwacht und mehrere Personen identifiziert, die Kontakte zu einem syrischen Nachrichtendienst unterhielten.

Erfolg der Spionageabwehr – Exekutivmaßnahmen gegen syrische Agenten

Die durch umfangreiche Vorermittlungen gewonnenen Informationen wurden dem Generalbundesanwalt zur Verfügung gestellt, der daraufhin weitere Tatverdächtige identifizieren konnte. Schließlich wurden gegen insgesamt neun Personen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit eröffnet.

Im Zusammenhang mit den Verfahren wies das Auswärtige Amt am 9. Februar 2012 vier syrische Diplomaten aus Deutschland aus.²³⁹

Im Dezember 2012 verurteilte das Kammergericht Berlin zwei Personen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen, eine zu drei Jahren und drei Monaten, die andere zu zwei Jahren auf Bewährung. Die Verurteilten hatten die syrische Oppositionellenszene in Deutschland ausgespäht und die Informationen an syrische Dienste weitergegeben. Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Des Weiteren wies das Auswärtige Amt vor dem Hintergrund der politischen Situation in Syrien am 29. Mai 2012 den syrischen Botschafter und am 10. Dezember 2012 vier weitere Mitarbeiter der Botschaft aus Deutschland aus.

2.3 Methodik der Informationsgewinnung

Für ihre Aktivitäten in Deutschland unterhielten die Dienste eine Legalresidentur an der Syrischen Botschaft in Berlin. Die dort tätigen Nachrichtendienstangehörigen führen ein Agentennetz im Bundesgebiet und bemühen sich bis zu ihrer Ausweisung, dieses auszubauen.

²³⁹ Grundlage der Ausweisung war Artikel 9 des WÜD (Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen).

Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten stellte auch im Jahr 2012 wieder die Ausspähung von Demonstrationen hier lebender Syrer in zahlreichen deutschen Städten dar, die sich gegen das syrische Regime oder die Vorgänge in Syrien richteten. Die Dienste versuchten, Teilnehmer zu identifizieren und gewonnene Erkenntnisse gegen die Zielpersonen oder ihre in Syrien lebenden Angehörigen zu verwenden. Zudem konnten Bemühungen festgestellt werden, die syrischen Oppositionsgruppen in Deutschland zu unterwandern und ihre Treffen durch Agenten oder Informanten auszuforschen.

Bei der Werbung neuer Agenten und zur Einschüchterung von Regimegegnern schrecken syrische Nachrichtendienste nicht vor Repressalien gegen Betroffene oder deren Angehörige im Heimatland zurück. In Deutschland lebende Zielpersonen müssen bei einem Besuch in Syrien mit Anbahnungsversuchen oder Festnahmen, Verhören und Misshandlungen rechnen.

Von derartigen Maßnahmen sind nicht nur Syrer betroffen. Auch die deutsche Staatsangehörigkeit stellt bei Reisen nach Syrien keinen zuverlässigen Schutz vor repressiven Maßnahmen der dortigen Sicherheitsdienste dar.

2.4 Bewertung

Die Maßnahmen der Spionageabwehr des BfV und die Exekutivmaßnahmen der Polizei haben zu einer erheblichen Störung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Deutschland geführt.

In Deutschland lebt eine der größten syrischen Exil-Gemeinden in Europa. Das grundsätzliche nachrichtendienstliche Interesse der syrischen Dienste insbesondere an hier lebenden Oppositionellen wird ungeachtet der bürgerkriegsähnlichen Situation in Syrien weiter andauern. Die Spionageabwehr wird deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der syrischen Dienste haben und die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden unterstützen.

3. Nachrichtendienste der Demokratischen Volksrepublik Korea

3.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Nordkorea verfügt zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Stützung des Regimes über eine Vielzahl von Nachrichtendiensten, die hauptsächlich auf Südkorea ausgerichtet sind. Durch Diffamierung des politischen Systems in Südkorea soll das Ansehen Nordkoreas in der öffentlichen Meinung gestärkt werden. Weitere Schwerpunkte sind die Informationsbeschaffung aus dem Ausland sowie die intensive Beobachtung und Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen im In- und Ausland.

Zur Spionage gegen Deutschland unterhalten folgende nordkoreanische Nachrichtendienste Legalresidenturen an der Botschaft in Berlin, die jeweils aus einem Residenten bestehen:

Die Abteilung Vereinigungsfront ist der Koreanischen Arbeiterpartei unterstellt und u.a. für Propaganda und psychologische Kriegsführung gegen Südkorea zuständig.

**Abteilung
Vereinigungsfront**

Im Ausland späht sie oppositionelle Gruppierungen aus und versucht, deren Aktivitäten bereits im Ansatz zu verhindern. Außerdem beeinflusst sie hier lebende südkoreanische Sympathisanten des Regimes im Sinne Nordkoreas, indem sie diese z.B. bei der Organisation kultureller Veranstaltungen unterstützt.

Der Resident der Abteilung Vereinigungsfront ist Politoffizier an der Botschaft und somit Ansprechpartner für alle Nordkoreaner in Deutschland bei Reisen in ihr Heimatland und bei Kontaktaufnahmen zu dort lebenden Familienangehörigen. Zur politischen Indoktrinierung ruft er wöchentlich alle in und um Berlin wohnenden Nordkoreaner in die Botschaft. Innerhalb der Botschaft kontrolliert er die Einhaltung und Umsetzung parteipolitischer Richtlinien und Vorgaben.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfSS) untersteht dem Nationalen Verteidigungskomitee und ist in Nordkorea für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verantwortlich.

**Ministerium für
Staatssicherheit**

In Deutschland und im benachbarten Ausland gewährleistet das MfSS die personelle und materielle Sicherheit an den jeweiligen

Botschaften. Sein Resident ist zudem für alle Sicherheitsfragen nordkoreanischer Delegationen und hier lebender Studenten bzw. Gastwissenschaftler zuständig. Zu seinen Aufgaben zählt ferner die Aufklärung von Fällen, in denen Personen sich durch Flucht einer Rückkehr nach Nordkorea entzogen haben. Nach Möglichkeit organisiert er die Rückführung dieser Personen und untersucht diese Vorfälle auch außerhalb des Botschaftsgeländes. Die Beobachtung und Ausforschung von nordkoreanischen Staatsangehörigen erfolgt mit dem Ziel, eventuelle Fluchtabsichten möglichst frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Büro für Allgemeine Aufklärung Das Büro für Allgemeine Aufklärung untersteht dem Ministerium für Volksstreitkräfte. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die weltweite Technologiebeschaffung für die nordkoreanische Armee.

Der Vertreter des Büros an der Botschaft ist für die Bereiche militärische Wissenschaft und Handel zuständig, insbesondere für Entwicklung, Patente und Know-how-Transfer.

3.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die nordkoreanischen Nachrichtendienste betreiben in Deutschland in begrenztem Umfang politische Spionage. Sie zeigen zunehmend Interesse an Stiftungen und Organisationen, insbesondere in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, z.B. bei Themen mit Bezug zur Bündnispolitik der NATO. Ebenso im Fokus steht die alternative Energiewirtschaft.

Auch deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen sind wegen ihres hohen technologischen Standards und technischen Know-hows ein wichtiges Ausspähungsziel. Nach dem Tod des ehemaligen Staatsführers Kim Jong Il kommt dem Gesundheitssektor auch weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

3.3 Methodik der Informationsgewinnung

Die nordkoreanischen Nachrichtendienste nutzen ihre Legalresiduren zur Informationsbeschaffung und Quellenwerbung. Die Nachrichtendienstoffiziere knüpfen bei ihren offiziellen Aufgaben

Kontakte zu interessanten Personen in allen Zielbereichen, insbesondere zu Vertretern von Wirtschaftsorganisationen, politischen Stiftungen, Firmen oder Hochschulen.

Neben der Gesprächsabschöpfung von Kontaktpersonen nutzen sie allgemein zugängliche Informationsquellen. Zu diesem Zweck bedienen sie sich der vorübergehend in Deutschland lebenden nordkoreanischen Gastwissenschaftler und Studenten, die in der Regel über gute Fremdsprachenkenntnisse verfügen und dem Regime gegenüber loyal eingestellt sind. Die Botschaft führt regelmäßig ideologische Schulungen für diese Personengruppen und auch für alle sonstigen in Deutschland lebenden nordkoreanischen Staatsbürger durch.

Als Bedrohung empfundene Vorkommnisse (z.B. Untertauchen von nordkoreanischen Staatsangehörigen in Deutschland) werden von der Botschaft konsequent bei den zuständigen deutschen Behörden angezeigt. Durch detaillierte Aufklärung solcher Vorkommnisse sollen eventuelle Gefahren für das Regime abgewehrt werden.

3.4 Bewertung

Auch wenn in Deutschland zuletzt keine ausgeprägten operativen Tätigkeiten der nordkoreanischen Nachrichtendienste feststellbar waren, lässt die andauernde Unterstützung und ideologische Beeinflussung südkoreanischer Anhänger des Regimes auf ein fortlaufendes nachrichtendienstliches Interesse an diesem Personenkreis schließen. Der Tod Kim Jong Ils und der Machtübergang an seinen Sohn Kim Jong Un hatten bisher keine feststellbaren Veränderungen in der Struktur und operativen Ausrichtung der Nachrichtendienste zur Folge.

V. Proliferation

1. Islamische Republik Iran

Eine militärische Dimension des iranischen Nuklearprogramms ist nach wie vor ungeklärt. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bezweifelte auch im Jahr 2012 den von iranischer Seite behaupteten friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms.²⁴⁰ Der IAEO liegen Informationen vor, die nahelegen, dass der Iran zumindest bis Ende 2003 in einem strukturierten Programm Aktivitäten entfaltet hat, die zur Entwicklung eines Nuklearsprengkörpers genutzt werden können. Teilweise könnten diese Aktivitäten auch nach 2003 fortgesetzt worden sein und manche sogar bis heute andauern.

Trotz mehrerer Verhandlungsrunden fand auch 2012 keine substanzielle Kooperation des Iran mit der internationalen Staatengemeinschaft statt. Die EU hat vor diesem Hintergrund am 15. Oktober 2012 weitere Verschärfungen der Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran beschlossen.²⁴¹

Die vom BfV festgestellten iranischen Beschaffungsversuche in Deutschland nehmen seit Jahren zu. Dies betrifft vor allem Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können.

Im August 2012 wurden vier Personen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz verhaftet. Sie werden verdächtigt, unter Umgehung von Ausfuhrkontrollen Zubehör für einen Schwerwasserreaktor in den Iran geliefert zu haben. Das Ermittlungsverfahren basierte auch auf Informationen der Spionageabwehr.

Neben der Beschaffung von Nukleartechnik betreibt der Iran ein ambitioniertes Trägertechnologieprogramm, das auch der Ausbringung von Kernwaffen dienen könnte.

²⁴⁰ Berichte der IAEO vom 25. Mai 2012, vom 20. August 2012 und vom 16. November 2012, abrufbar auf der Homepage Institute for Science and International Security (ISIS).

²⁴¹ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2012 und Beschluss 2012/635/GASP vom 15. Oktober 2012, abrufbar auf der Homepage des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Auch künftig sind intensive Beschaffungsbemühungen des Iran in Deutschland zu erwarten.

2. Arabische Republik Syrien

Im Mai 2011 haben die europäischen Staats- und Regierungschefs wegen der gewaltsamen Repressionen gegen die syrische Protestbewegung Sanktionen gegen Syrien beschlossen. Diese beinhalten ein Waffenembargo, ein Verbot der Ausfuhr von Ausrüstung, die zur internen Repression verwendet werden kann, Beschränkungen für die Einreise in die EU, das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von Personen und Organisationen, die für das gewaltsame Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Syrien verantwortlich sind, sowie seit 2012 ein europaweites Landeverbot für die Fluggesellschaft Syrian Arab Airlines und ein Ölembargo.

Zudem erweiterte die EU die bestehenden Sanktionen durch ein Exportverbot von zahlreichen technischen Gütern, um zu verhindern, dass insbesondere chemische und biologische Stoffe gegen die syrische Bevölkerung eingesetzt werden. Die immer heftigeren Kämpfe lassen die Sorge in Bezug auf die Chemiewaffen des Landes wachsen. Das Chemiewaffen-Arsenal Syriens gilt als eines der größten der Welt.

Ob die Unruhen in Syrien eine veränderte politische Ausrichtung der Regierung bewirken und Auswirkungen auf die militärischen Programme und damit auf proliferationsrelevante Beschaffungsversuche haben werden, lässt sich in der aktuellen Situation noch nicht beurteilen.

3. Demokratische Volksrepublik Korea

Nordkorea verfügt über ein weit fortgeschrittenes Atomwaffenprogramm und ist zu eigenständigen Entwicklungen beim Bau von Reaktoren in der Lage. Auch nach der Machtübernahme des neuen Herrschers Kim Jong Un wird das Atomwaffenprogramm unverändert fortgesetzt. Dies bestätigt ein Ende August 2012 veröffentlichtes Memorandum des nordkoreanischen Außenministeriums, in dem Nordkorea ankündigte, seine

„nukleare Abschreckung über die Vorstellungskraft der USA hinaus zu modernisieren und zu erweitern.“²⁴²

Unabhängig hiervon verfolgt das Land weiterhin ein umfangreiches Waffenträgerprogramm und tritt weltweit als Exporteur von Raketen auf. Gleichzeitig bietet es anderen Staaten Unterstützung beim Aufbau eines eigenen Raketenentwicklungsprogramms an.

4. Islamische Republik Pakistan

Pakistan hat den Kernwaffen-Nichtverbreitungsvertrag und die zugehörigen Sicherungsabkommen nicht unterzeichnet und besitzt neben einem zivilen auch ein umfangreiches militärisches Nuklear- und Trägertechnologieprogramm. Dieses ist ausschließlich gegen den „Erzfeind“ Indien gerichtet.

Auch wiederholte Versuche einer politischen Annäherung der beiden Länder führten bislang nicht zu einem Stopp oder einer Reduzierung der Weiterentwicklung der vorhandenen Waffenprogramme.

Für die Weiterentwicklung seines Massenvernichtungswaffenprogramms sowie zur Instandhaltung der vorhandenen Nuklearanlagen und Trägersysteme benötigt Pakistan hochwertige neue Produkte sowie Ersatzteile. Sofern diese nicht im eigenen Land hergestellt werden können, wird versucht, sie u.a. von Herstellerfirmen oder Händlern aus Deutschland zu beschaffen, wobei insbesondere langjährig bestehende Geschäftsverbindungen genutzt werden.

Nach wie vor besteht Interesse am Erwerb von technischem Know-how. Zu diesem Zweck entsendet Pakistan z.B. Studenten und Wissenschaftler an Universitäten, Institute oder wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland. Das bei solchen Aufenthalten erworbene Fachwissen könnte im Heimatland vor allem im Nuklear- oder Trägertechnologiebereich von großer Bedeutung sein.

Im Gegensatz zum Zeitraum bis 2003 liegen derzeit keine Hinweise vor, dass Pakistan aktuell horizontale Proliferation betreibt.

²⁴² Süddeutsche Zeitung, 1. September 2012: „Nordkorea will aufrüsten“.

VI. Vorbeugende Maßnahmen des Verfassungsschutzes

1. Aufklärung Elektronischer Angriffe

Aufgabe der Spionageabwehr ist es, nachrichtendienstlich gesteuerte „Elektronische Angriffe“ zu erkennen, zu analysieren sowie geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung des Opfer- bzw. Empfängerkreises solcher Angriffe einzuleiten. Die Verfassungsschutzbehörden gehen deshalb gezielt auf betroffene Stellen zu und klären sie über die bestehenden Gefahren auf. Damit soll auch ein Gespür dafür vermittelt werden, insgesamt vorsichtiger mit den modernen Kommunikationsmedien umzugehen.

Grundsätzlich muss sich jeder Anwender bewusst sein, dass von ihm auf IT-Systemen abgelegte vertrauliche Informationen potenziell besonders dann gefährdet sind, wenn ein direkter Anschluss des Speichersystems an ein öffentliches Netz, z.B. an das Internet, besteht.

2. Wirtschaftsschutz

Die Bundesrepublik Deutschland als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie und Forschungseinrichtungen von hohem internationalem Niveau weckt Begehrlichkeiten fremder Staaten und ihrer Nachrichtendienste. Im Mittelpunkt steht der Versuch, auf vielfältige Weise Informationen abzuschöpfen und Know-how zu beschaffen mit dem Ziel, der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und möglichst schnell Technologielücken zu schließen.

Die Bundesregierung misst dem Wirtschaftsschutz und seinem Ziel, deutsches Know-how als Wettbewerbsvorteil zu sichern, hohe Bedeutung zu. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sehen sich daher in der Pflicht, zum Schutz der deutschen Wirtschaft auch präventiv gegen diese Bedrohungen vorzugehen.

Aktuellen Studien zufolge schätzen deutsche Unternehmen Wirtschaftsspionage zwar als wachsende Bedrohung ein, gleichwohl halten sie das Risiko, selbst Opfer von Wirtschaftsspionage zu

Problemstellung



werden, für eher gering. Diese Diskrepanz veranschaulicht das mangelnde Gefährdungsbewusstsein insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen; noch deutlicher ist diese Einstellung allerdings in Forschungseinrichtungen und Hochschulen anzutreffen.

Die Schutzwürdigkeit eigener innovativer Prozesse und Produkte wird ebenso unterschätzt wie die Vielfalt der Angriffsvektoren, die von Innentätern über „Elektronische Angriffe“ bis hin zu vermeintlichen Geschäftspartnern reicht. Nahezu gänzlich ignoriert werden die konkreten Risiken, selbst Opfer eines zielgerichteten Angriffs zu werden.

Prävention durch Information

Im Bereich Prävention setzt das Informations- und Beratungsangebot des BfV an. Konkret werden folgende Leistungen angeboten:



- Informationsvorträge auf Veranstaltungen mit Multiplikatorcharakter
- Bilaterale themen- und risikobezogene Informationsgespräche (auch vertraulicher Art) mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen
- Sensibilisierung von Management und Mitarbeitern für die Belange des Know-how- und Informationsschutzes
- Aufklärung über potenzielle Gefahren und Schutzmaßnahmen bei Geschäftsreisen in Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken
- Jährliche vom BfV ausgerichtete ASW²⁴³/BfV-Sicherheitstagen
- Stand der Verfassungsschutzbehörden bei der „SECURITY“-Messe
- Aktuelle Informationen auf der Homepage des BfV unter der Rubrik Wirtschaftsspionage/Wirtschaftsschutz
- Newsletter (bis zu sechs Ausgaben pro Jahr)
- Risiko- und themenbezogene Faltblätter
- Broschüren
- Tagungsbände
- Verteilung themen- und risikobezogener Informationen
- Beratung und Unterstützung beim Verdacht auf Wirtschaftsspionage unter Zusicherung der vertraulichen Behandlung aller Informationen.

²⁴³ ASW – Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft e.V., Zentralorganisation der Wirtschaft in Sicherheitsfragen.

Vertrauen im Dialog

Die genannten Informationsangebote sollen den Unternehmern helfen, abstrakt geschilderte Gefährdungen dahingehend einzuschätzen, ob sie auch ihren eigenen Betrieb bedrohen könnten. Sie bieten Denkanstöße, bisher unbeachtete Risikofaktoren zu erkennen und zu konkretisieren. Letztlich sollen sie helfen, den Weg zu einem eigenen qualifizierten Sicherheitskonzept zu beschreiben.

Das vielfältige Informationsangebot des BfV dient schließlich auch dazu, den kontinuierlichen Informationsfluss in die Unternehmen zu verstetigen und ihr Vertrauen in die Kompetenz der Verfassungsschutzbehörden zu festigen, denn nur unter dieser Voraussetzung wird der Verfassungsschutz als kompetenter Partner zur Aufklärung eines Verdachtsfalls hinzugezogen werden.

3. Sensibilisierung im Bereich Proliferation

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit klärt das BfV über die Proliferationsthematik auf und sensibilisiert in Bezug auf die damit verbundenen Risiken (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VI).

VII. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahr 2012 leitete der Generalbundesanwalt insgesamt 15 neue Ermittlungsverfahren im Bereich Spionage/Proliferation ein. Die Anzahl der Vorgänge liegt damit in etwa auf gleichem Niveau wie im Vorjahr (18 Vorgänge). Davon wurden sieben Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (§ 99 StGB), ein Verfahren wegen des Verdachts des Offenbarens von Staatsgeheimnissen (§ 95 StGB) sowie drei Verfahren wegen des Verdachts der Landesverräterischen Ausspähung/des Auskundschaftens von Staatsgeheimnissen (§ 96 StGB) geführt. Im selben Zeitraum wurden drei Haftbefehle erlassen und vollstreckt. Eine Person wurde wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit rechtskräftig verurteilt. Vier Personen wurden wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz verhaftet.



Geheimchutz, Sabotageschutz



Geheimschutz, Sabotageschutz

I. Geheimschutz

Aufgaben des Geheimschutzes Der Geheimschutz ist für den demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar. Er sorgt dafür, dass Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand, lebenswichtige Interessen oder die Sicherheit des Bundes oder eines seiner Länder gefährden kann, vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden.

Verschlusssachen Verschlusssachen (VS) sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die – unabhängig von ihrer Darstellungsform – geheim zu halten und entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit mit einem Geheimhaltungsgrad STRENG GEHEIM, GEHEIM, VS-VERTRAULICH oder VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH zu kennzeichnen sind.

Personeller Geheimschutz Der personelle Geheimschutz soll verhindern, dass Personen mit Sicherheitsrisiken Zugang zu VS erhalten. Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen, werden deshalb zuvor einer sogenannten Sicherheitsüberprüfung unterzogen, um festzustellen, ob sie die für solche Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit aufweisen.

II. Sabotageschutz

Personeller Sabotageschutz Der vorbeugende personelle Sabotageschutz wurde als eine Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 eingeführt.

Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) regelte bis dahin nur die Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die aus Gründen des Geheimschutzes erforderlich sind. Ziel des vorbeugenden personellen Sabotageschutzes ist es, potenzielle Saboteure (Innentäter) von sicherheitsempfindlichen Stellen fernzuhalten. Überprüft

werden Personen, die innerhalb von lebens-²⁴⁴ oder verteidigungs-wichtigen²⁴⁵ Einrichtungen an sicherheitsempfindlichen Stellen²⁴⁶ beschäftigt sind oder werden sollen und die tatsächlich auf die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen Einfluss nehmen können.

Durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz wurde das seit langem im personellen Geheimschutz eingesetzte Verfahren zunächst ohne Weiteres auf den vorbeugenden personellen Sabotageschutz übertragen. Im Rahmen der Evaluierung der durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz geänderten Bestimmungen des SÜG wurden durch Art. 4 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576, 2578) die Bestimmungen zum vorbeugenden personellen Sabotageschutz, orientiert an den spezialgesetzlichen Sabotageschutzregelungen des Luftsicherheits- und des Atomgesetzes, modifiziert.

In der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung vom 30. Juli 2003 (BGBl. I S. 1553) – neu gefasst durch Verordnung vom 12. September 2007 (BGBl. I S. 2292 bis 2294) und zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes zur Änderung des BVerfSchG vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576) – werden die lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen verbindlich genannt.

**Rechtsverordnung,
Leitfaden**

Das BMI hat unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und

²⁴⁴ Lebenswichtig sind solche Einrichtungen, deren Beeinträchtigung aufgrund der ihnen anhaftenden betrieblichen Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung und somit Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung entstehen lassen würde.

²⁴⁵ Verteidigungswichtig sind außerhalb des Geschäftsbereichs des BMVg solche Einrichtungen, die der Herstellung oder Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen und deren Beeinträchtigung aufgrund fehlender kurzfristiger Ersetzbarkeit die Funktionsfähigkeit, insbesondere die Ausrüstung, Führung und Unterstützung der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie der Zivilen Verteidigung, oder aufgrund der ihnen anhaftenden betrieblichen Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann.

²⁴⁶ Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ist der Anwendungsbereich des vorbeugenden personellen Sabotageschutzes auf sicherheitsempfindliche Stellen innerhalb der lebens- bzw. verteidigungswichtigen Einrichtungen beschränkt. Damit sind die kleinsten selbstständig handelnden Organisationseinheiten gemeint, die vor unberechtigtem Zugang geschützt sind. Nur diejenigen, die dort beschäftigt sind, werden sicherheitsüberprüft.

dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) einen Leitfaden „Vorbeugender personeller Sabotageschutz im nichtöffentlichen Bereich; Satellitendatensicherheit“ verfasst. Er kann im Internet unter www.bmwi-sicherheitsforum.de abgerufen werden.

III. Verfahren

Zuständigkeit Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im SÜG geregelt.

Die Verantwortung für die Sicherheitsmaßnahmen liegt bei den zuständigen Stellen. Im öffentlichen Bereich des Bundes ist dies in der Regel die Beschäftigungsbehörde.

Nicht nur in öffentlichen Institutionen, sondern z.B. auch in Wirtschaftsunternehmen wird mit staatlichen VS umgegangen, deren Schutz gewährleistet werden muss. Hier nimmt das BMWi die Verantwortung wahr.

Mitwirkung des BfV Das BfV wirkt an Sicherheitsüberprüfungen mit (§ 3 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 BVerfSchG, § 3 Abs. 2 SÜG).

Sicherheitsüberprüfungen sind für Personen vorgeschrieben, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben sollen, bei der sie entweder Zugang zu VS ab VS-VERTRAULICH erhalten bzw. sich verschaffen können (Geheimschutz) oder die an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung beschäftigt sind (Sabotageschutz).

Zustimmung Hervorzuheben ist, dass eine Sicherheitsüberprüfung sowohl im Geheimenschutz als auch im Sabotageschutz nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des Betroffenen erfolgen darf.

Unterschiedliche Intensität der Überprüfungen Je nach Art der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit wird entweder eine einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1), eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2) oder eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt.

Der Umfang der Maßnahmen für die einzelnen Überprüfungsarten ist im SÜG geregelt. Hierzu gehören z.B. Anfragen bei

Sicherheitsbehörden und beim Bundeszentralregister. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie Observationen, technische Überwachungsmaßnahmen u.ä. ist im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen ausgeschlossen.

Einem Einsatz in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit können insbesondere folgende Gründe entgegenstehen:

- Zweifel an der Zuverlässigkeit (z.B. aufgrund von Straftaten, Drogen- oder Alkoholmissbrauch),
- Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste (z.B. bei Beziehungen und Reisen in sogenannte Länder mit besonderen Sicherheitsrisiken, weil sich hierdurch eine erleichterte Möglichkeit für eine Ansprache durch einen Nachrichtendienst des jeweiligen Landes eröffnet; Überschuldung, da dies ein Ansatzpunkt sein kann, um den Betroffenen gegen Geldzahlung zu einer Verletzung seiner Pflichten zu veranlassen),
- Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (z.B. wegen politisch-extremistischer Betätigung, da in diesem Falle die Loyalität zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung fraglich ist).

Sicherheitsrisiken

Die Frage, ob sich aus einem derartigen Umstand tatsächlich ein Sicherheitsrisiko ergibt, ist in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der Art der vorgesehenen sicherheitsempfindlichen Tätigkeit zu prüfen.

Nach der Modifizierung der Bestimmungen des SÜG zum vorbeugenden personellen Sabotageschutz (unterschiedliche Ziele von Geheim- und Sabotageschutz) hat sich diese Prüfung noch stärker als bisher an der vorgesehenen Art der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit zu orientieren.

Aufgrund des Ergebnisses seiner Überprüfung gibt das BfV eine Empfehlung ab, ob die überprüfte Person mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden soll. Die Entscheidung darüber trifft allein die für die Sicherheitsüberprüfung zuständige Stelle.

Im Jahr 2012 wurden im Geheimschutz 39.593 Sicherheitsüberprüfungen (einschließlich der Überprüfungen auf Antrag ausländischer Dienststellen), im Sabotageschutz 10.149 Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen.

Statistik

Aufgeschlüsselt nach Überprüfungsarten ergibt sich folgendes Bild:

	Ü1	Ü2	Ü3
Geheimschutz	19.938	17.236	2.419
Sabotageschutz	1.171	8.978	0

Im Geheimenschutz wurden im Berichtszeitraum 115 Sicherheitsüberprüfungen, im Sabotageschutz drei Sicherheitsüberprüfungen mit der Feststellung von Sicherheitsrisiken abgeschlossen. Die abschließende Entscheidung, ob diese Personen mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden können, wurde durch die zuständige Stelle getroffen.

„Scientology-Organisation“ (SO)



„Scientology-Organisation“ (SO)



Gründung:	1954 (in den USA), 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Sitz:	Los Angeles (USA) („Church of Scientology International“, [CSI])
Mitglieder:	in Deutschland: 3.500 bis 4.500 (2011: 4.000 bis 5.000)
Publikationen:	u.a. „FREIHEIT“, „IMPACT“, „Source“, „The Auditor“
Teilorganisationen: (Auswahl)	In Deutschland zehn „Kirchen“, darunter zwei „Celebrity Centres“

Vorgebliches Ziel der „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD), einer Teilorganisation der 1954 in den USA gegründeten „Scientology-Organisation“ (SO), ist die Schaffung einer „Kultur ohne Krieg, ohne Wahnsinn und ohne Kriminalität“.²⁴⁷ Die angestrebte Gesellschaft wird beschrieben als „eine Zivilisation ohne Geisteskrankheit, ohne Verbrecher und ohne Krieg, in der der Fähige erfolgreich sein kann und ehrliche Wesen Rechte haben können und in der der Mensch die Freiheit hat, zu größeren Höhen aufzusteigen“.²⁴⁸ Aus einer Vielzahl von Publikationen der SO ergibt sich jedoch, dass in einer nach ihren Vorstellungen gestalteten Gesellschaft wesentliche Grund- und Menschenrechte wie die Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Gleichbehandlung abgeschafft bzw. eingeschränkt würden. So propagiert der SO-Gründer L. Ron Hubbard (1911 – 1986) – seine ständig neu aufgelegten Schriften bilden nach wie vor die Grundlage für die Ideologie und

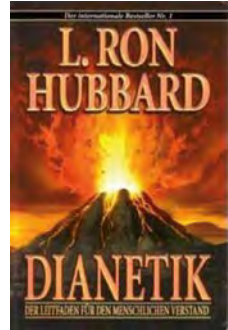
²⁴⁷ Vgl. § 2 Abs. 1 SKD-Satzung.

²⁴⁸ Homepage SO (3. Dezember 2012).

Zielsetzung der gesamten Organisation – die Einführung einer scientologischen Zweiklassengesellschaft:

„Eine ideale Gesellschaft wäre eine Gesellschaft nichtaberrierter Menschen, Clears, die ihr Leben in einer nichtaberrierten Kultur führen: (...) Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte vor dem Gesetz verliehen. Vielleicht ist das Ziel irgendwann in der Zukunft erreicht, wenn nur der Nichtaberrierte die Staatsbürgerschaft erlangen und davon profitieren kann. Dies sind erstrebenswerte Ziele.“

(Hubbard, „Dianetik – Ein Leitfaden für den menschlichen Verstand“, Ausgabe 2007, S. 482 f.)



Zudem strebt die SO eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an. „Wahre Demokratie“ ist nach Hubbards Lehre nur in einer Nation von „Clears“ möglich. Seine Schriften enthalten Passagen, in denen die Abschaffung von Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zugunsten des Aufbaus einer neuen Zivilisation gefordert wird.

Hubbard beschreibt die scientologische Zivilisation u.a. als Rechtsordnung, in der die Existenz des Einzelnen – gar das Lebensrecht selbst – vom willkürlichen Ermessen der SO abhängt. Demnach stehen Grund- und Freiheitsrechte nur den Personen zu, die nach einer Auslese aus Sicht der Organisation zu den „Ehrlichen“ gehören.

Grundrechte nur für Scientologen

Die SO lehnt das demokratische Rechtssystem ab und will es langfristig durch ihren eigenen Gesetzeskodex ersetzen. Insbesondere im Bereich der SO-Teilorganisation „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE) – ein Zusammenschluss unternehmerisch tätiger Scientologen – ist bei Streitigkeiten von Mitgliedern untereinander die Anrufung eines sogenannten Charter-Komitees vorgeschrieben, die im scientologischen Rechtssystem als „Gerichte“ fungieren. Die Zahl der in Deutschland etablierten „Charter-Komitees“ ging im Berichtszeitraum auf nunmehr fünf Komitees zurück. WISE-Mitglieder verpflichteten sich, den organisationseigenen Kodex einzuhalten, d.h. insbesondere auch bei Streitigkeiten mit anderen Mitgliedern keine rechtsstaatlichen Gerichte anzurufen, sondern sich auf ein

Ablehnung des demokratischen Rechtssystems



internes Verfahren zu beschränken. Die Nichteinhaltung dieses Verfahrens stellt in den Augen der SO eine „unterdrückerische Handlung“ dar, die eine Einstufung als „unterdrückerische Person“ zur Folge haben kann.

Die SO erklärt, ihr Ethik- und Rechtssystem sei „mehr als eine rein persönliche Angelegenheit. Es ist ein wesentlicher Bestandteil des umfassenderen Erlösungszieles“.²⁴⁹ Die „Charter-Komitees“ sind aus Sicht der SO der rechtsstaatlichen Gerichtsbarkeit überlegen:

„Die Idee und die Ausübung von Recht, wie es heute in der Gesellschaft existiert, ist jedoch zunehmend ineffektiv. Recht und Unrecht, Schuld und Unschuld werden kaum in Betracht gezogen. (...)

L. Ron Hubbard entwickelte ein anderes System, eines, das seinesgleichen sucht: ein System, das sowohl schnell als auch gerecht ist und das man verwenden kann, um die anständigen und produktiven Menschen zu schützen.“

(Homepage eines deutschen „Charter-Komitees“ von WISE-Mitgliedern, 26. November 2012)

Streben nach absoluter Kontrolle

Der totalitäre Charakter der Organisation zeigt sich u.a. darin, dass die SO eine weitestgehende Kontrolle über ihre Mitglieder anstrebt. Diese werden z.B. dazu aufgefordert, „Wissensberichte“ über „jegliche unterdrückerischen Handlungen gegen Scientology oder Scientologen“ oder Fehlverhalten von Gruppenmitgliedern zu verfassen und an das „Religious Technology Center“ (RTC) in den USA zu melden. Als Fehlverhalten gilt etwa auch, „öffentlich von Scientology wegzugehen“.²⁵⁰

Ziel der Errichtung einer scientologischen Gesellschaft

Die SO ist bestrebt, sich in der Öffentlichkeit als unpolitische und demokratiekonforme Religionsgemeinschaft darzustellen. Ihr politisches Fernziel, eine scientologische Gesellschaft, versucht sie daher nicht durch Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung zu erreichen, sondern durch eine ständige Vergrößerung der Organisation, Steigerung der Einnahmen sowie durch erfolgreiche Bekämpfung ihrer Kritiker. Zu den eigentlich verfolgten

²⁴⁹ Homepage SO (26. November 2012).

²⁵⁰ Homepage SO (29. November 2012).

Zielen heißt es in einer Broschüre der SO-Teilorganisation „International Association of Scientologists“ (IAS):

„Während wir unsere humanitären Programme weithin verbreiten, sind sie lediglich ein erster Schritt in Richtung unseres letztendlichen Ziels eines geklärten Planeten.“
(„Wir sind die IAS“, 2010, S. 40)

Von besonderer Bedeutung für die IAS ist der Aufbau sogenannter Idealer Orgs in „kulturellen Zentren bedeutender Weltstädte“. Von dort aus soll das Gedankengut der SO „auf noch nie dagewesenem Niveau in die Gesellschaft einströmen“.²⁵¹ In Deutschland existieren bislang zwei „Ideale Orgs“: Die SO-Niederlassung in Berlin wurde 2008 gegründet, seit dem 21. Januar 2012 gibt es auch in Hamburg eine Einrichtung dieser Art.²⁵²

Regionale Schwerpunkte in Bezug auf Mitgliederanzahl und Aktivitäten der SO sind in Deutschland weiterhin Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, der Großraum Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen. Daneben gibt es in Hessen und Niedersachsen jeweils eine größere Anzahl an Mitgliedern.

Regionale Schwerpunkte

Die SO führte auch 2012 ihre Werbeaktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder regional fort. Wie schon in den Vorjahren blieben diese Aktionen – überwiegend Infostände in Fußgängerzonen – in der Regel ohne größeren Zuspruch in der Bevölkerung. In Berlin, dem Schwerpunkt der Werbemaßnahmen in den letzten Jahren, war zudem ein Rückgang der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der SO zu verzeichnen.

Werben in der Öffentlichkeit

Die SO nutzt das Internet zunehmend als zentrale Werbeplattform und hat ihr Angebot entsprechend weiter ausgebaut. Auf technisch aufwendig gestalteten, umfangreichen Homepages bietet die SO in mehreren Sprachen Informationen zu ihrer Geschichte, ihren Zielen und Teilorganisationen sowie zu den von ihr geförderten Programmen an. Darüber hinaus wirbt sie auch dort für ihre Schriften und Kurse. Im Vergleich zu den Vorjahren

Verstärkte Werbung im Internet

²⁵¹ „IMPACT“, Ausgabe 129/2011, S. 17.

²⁵² „Neue Zivilisation, Magazin der Scientology Kirche Hamburg“, Sonderausgabe 2012, S. 7 ff.

bietet die Organisation verstärkt kostenlose „Online-Kurse aus dem Scientology Handbuch“ an, um Interessenten an das SO-Angebot heranzuführen.

Kampagne der KVPM



Beispielhaft für Aktivitäten von SO-Teilorganisationen ist die Kampagne der „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“ (KVPM). In der SO-Ideologie gelten die Psychiatrie bzw. der gesamte Berufsweig der Psychiater als Feindbilder. Infolgedessen fokussiert die KVPM ihre Öffentlichkeitsarbeit auf entsprechende Proteste. Außenwirkung erzielte sie auch im Jahr 2012 wieder mit der Ausstellung „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“, die u.a. im Juli 2012 in Frankfurt am Main (Hessen) gezeigt wurde, sowie im Rahmen einiger Straßenaktionen und Mahnwachen, u.a. vor Kliniken. Die Organisation forderte zudem die Polizei dazu auf, gegen Psychiater vorzugehen. In Schreiben an einige Polizeipräsidien behauptete sie, „dass Psychiater eine Art neue Kategorie von Straftätern hervorbringen können, ohne dafür jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden“.²⁵³

²⁵³ Brief „KVPM Deutschland e.V.“ (3. Mai 2012).

Register



Register

A

aal Ibrahim, Shaikh Abu Hashim
 Muhammad Bin Abd al-Rahman 254

Abel Rahman, Sheik Mokhtar
 (alias Abu Zubair) 252

Abou-Nagie, Ibrahim 266, 270

Abrüstungsinii
 (Personenzusammenschluss) 187

AbschieBär 77, 122

Abteilung Vereinigungsfront 403

Afwaj al-Muqawama al-Lubnaniya
 (AMAL – Gruppen des libanesischen
 Widerstandes) 273

Agentenführung 387

Agentenfunk 377

Aktion Reinhard (Musikgruppe) 127

Aktionsbündnis gegen das Vergessen
 (AgdV) 144

Aktionsbüro Mittelrhein
 (AB Mittelrhein) 75 f.

al-Ahd – al-Intiqad (Die Verpflichtung –
 die Kritik, Publikation) 272

al-Aqsa e.V. 32

al-Aulaqi, Anwar 251, 310

al-Baghdadi al-Husaini al-Qurashi,
 Abu Bakr 246

al-Banna, Hasan 291

al-Fajr (Medienzentrum) 309, 311

al-Gama'a al-Islamiya (GI) 291

al-Jihad al-Islami (JI) 291

al-Khalaila, Ahmad Fadil Nazal
 (alias al-Zarqawi, Abu Mus'ab) 246

al-Khilafa (Das Kalifat, Publikation) 284

al-Khudari, Jamal 278

al-Libi, Abu Yahya 244 f.

al-Manar (Der Leuchtturm,
 Fernsehsender) 272 f.

al-Muqawama al-Islamiya
 (Islamischer Widerstand) 273

al-Nabhani, Taqiaddin 284 f.

al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel
 (AQAH) 241, 249 ff., 310

al-Qaida (Die Basis) 228 f., 234, 237 ff.,
 244 ff., 250, 252 f., 256, 263 f., 309 f.

Al-Qaida im Irak/
 Islamischer Staat Irak 236, 238, 246 ff.

al-Qaida im islamischen Maghreb
 (AQM) 248 f., 262, 314

al-Qaida im Jemen (AQJ) 249 f.

al-Qaradawi, Yusuf 293

al-Quds-Tag (Jerusalem-Tag) 274

al-Rashta, Ata Abu (alias Abu Yasin) 284

al-Shabab 252 f.

al-Shahid Association
 (Märtyrer-Stiftung) 275

REGISTER

- al-Shamikha 311
- Altermedia Deutschland
(Internetportal) 58 f., 62, 82, 118 f., 134
- al-Waie (Das Bewusstsein, Publikation) ... 284
- al-Wuhaishi, Nasir Abdalkarim Abdallah
(alias Abu Basir) 249 f.
- Aly, Ayman 293
- al-Zarqawi, Abu Mus'ab (alias al-Khalaila,
Ahmad Fadil Nazal) 246
- al-Zawahiri, Aiman 234, 244 f., 252, 310 f.
- Anadolu Gençlik Derneği (AGD = Verein der
Anatolischen Jugend) 299 ff.
- Anarchist Black Cross Berlin 181
- Anarchisten 150, 154
- Anatolische Föderation 355 ff.
- Ansar al-Din 249
- Ansar al-Islam (AAI – Gruppe der Anhänger
des Islam) 233, 254 f.
- Ansar al-Sharia 251
- Anti-AKW-Widerstand 183
- Anti-Antifa-Aktivitäten 76
- Antifaschismus 151 f., 164, 171, 174 f.,
189 f., 192, 194, 199 f., 214
- Antifaschistischen Linke Berlin (ALB) ... 201
- Antifaschistische Revolutionäre Aktion
Berlin (ARAB) 162, 164, 201
- Antikapitalistische Linke
(AKL) 202, 208 f., 212, 215 f.
- Antimilitarismus 151, 171, 174, 185
- Antirassismus 174 f.
- Antirepression 151, 174, 178, 180 f., 185
- Antisemitismus 25, 70, 86 ff., 132 ff., 190
- Apfel, Holger 53, 79, 82 f., 86, 93 ff., 107
- Arabischer Frühling 234, 312
- Arbeiterpartei Kurdistans
(PKK) 30, 282, 320 ff., 335 ff., 364
- Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí
(Cuba Si) 211 f.
- Arghandiwal, Abdul Hadi 260
- Armee der Reinen
(Lashkar-e-Taiba – LeT) 264
- Arndt-Verlag 129 f.
- Atilim (Vorstoß, Publikation) 362
- Ausbildungslager 230, 234, 239, 256
- Autonome 150 f., 153 ff.
- autonome Gruppen 171, 174 f.
- Autonome Nationalisten ... 52, 73 f., 107, 191
- AVANTI – Projekt undogmatische
Linke 159, 169, 172 ff.
- Aydar, Zübeyir 335
- Aykaç, Muhittin 306
- AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen
und Kurden in Deutschland 335

REGISTER

B

- Babbar Khalsa Germany (BKG)369 f.
- Babbar Khalsa International (BKI)369 f.
- Badi, Muhammad 291
- Bahir, Ghairat 260
- Bahoz, Erdal 345
- Bakir, Nevzat 300
- Bauernhilfe e.V.33
- Bayik, Cemil 329
- Becker, Verena 218
- Beisicht, Markus109, 111, 114, 140
- Besseres Hannover58, 77, 119, 121
- Bewaffnete Islamische Gruppe
(Groupe Islamique Armé – GIA) 248
- Bewegung für die Einheit und den Jihad in
Westafrika (Mouvement pour l'Unité et le
Jihad en Afrique de l'Ouest – MUJAO) 249
- Bildungswerk für Heimat und nationale
Identität e.V.92
- Bin Ladin, Usama234, 244
- Bin Muhammad Shekau, Abu Bakr 261
- Blockupy 161, 171, 196
- Blood & Honour (B&H)31, 68
- Bönnhardt, Uwe61
- Boko Haram (BH, Sunnitische Gemeinschaft
für Predigt und Jihad – SGPJ)233, 261
- Bremer Hilfswerk e.V.32
- British National Party (BNP) 112
- Bulletin, Publikation 214
- Bürgerbewegung pro Deutschland
(pro Deutschland)269 f.
- Bürgerbewegung pro Köln e.V.
(pro Köln)109 f.
- Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW)53,
55 f, 109 ff., 140 f., 230, 235, 257, 268, 270, 309,
314 ff.
- Büro 610 393
- Büro für Allgemeine Aufklärung 404

C

- Câmi'a (Gemeinde, Publikation) 296
- Castle Hill Publishers 145
- Castortransport 221
- Cayan, Mahir 356
- Celebrity Centres 420
- Ceska-Mordserie61, 63
- Charter-Komitees421 f.
- Chouka, Monir256, 258, 312 f.
- Chouka, Yassin 256 ff., 312
- Church of Scientology International
(CSI) 420
- Collegium Humanum (CH)33
- Committee for a Worker's International
(CWI) 208

REGISTER

Conspiracy of Cells of Fire183 f.

Cyberguerilla221, 223

D

Darduqal, Abdalmalik
(alias Abu Mus'ab Abdalwadud) 248

DawaFFM231, 269 f., 315

Dazwischengehen – Zeitung für eine inter-
ventionistische Linke (Publikation) 170

Der Aktivist (Publikation)83 f., 99 ff.

Der Schlesier. Gesamtdeutsche
Wochenzeitung (Publikation)130, 143

Deutsche Alternative (DA)30

Deutsche Kommunistische Partei
(DKP)152, 197 ff., 215

Deutsche Liga für Volk und Heimat
(DLVH) 110

Deutsche Stimme –
DS-Aktuell (Homepage)62

Deutsche Stimme (Publikation)79, 81, 83,
88, 91, 94 f., 100, 103 ff., 129

Deutsche Stimme
Verlagsgesellschaft mbH58

Deutsche Taliban Mujahideen 240

Deutsche Volksunion
(DVU) 53, 55 f., 96, 106 ff.

Deutschland in Geschichte und Gegenwart
(DGG, Publikation)129, 137

Deutschsprachiger Muslimkreis
Braunschweig e.V., siehe auch
Islamische Zentren 294

Devrimci Sol
(Revolutionäre Linke) 31, 166, 352, 354

DHKP-C – Revolutionäre
Volksbefreiungspartei31, 323, 352 ff.

Dianetik 421

Die Hizbullah in eigenen Worten
(Kendi Dilinden Hizbullah)282 f.

DIE RECHTE53, 55 f., 76 ff., 106 ff., 139 f.

DIE ROTE HILFE (Publikation) 217 ff.

Die Unsterblichen56, 59, 74 f., 77, 117

Die Wahre Religion (DWR,
Internetplattform)231, 270 f., 315

directactionde.ucrony
(Nachrichtenblog) 161, 187, 222

DISPUT (Publikation) 211

DKP-Informationen (Publikation) 198

Doghman, Adel (alias Adel Abdallah) 278

Doğru Haber (Publikation) 282

Dornbrach, Pierre 84, 100

Düsseldorfer Zelle229, 237

E

Elektronische Angriffe 377 ff., 388, 396 f.,
409 f.

Elif Medya (Medienstelle) 240

REGISTER

- Engel, Stefan203 f.
- Entrismus 150, 152, 207
- Erbakan, Fatih300 f.
- Erbakan, Necmettin297 ff., 306 f.
- Erbakan, Zeynep 300
- Ergün, Kemal296 f., 304 ff.
- Euro-Kurier. Aktuelle Buch- und Verlags-
nachrichten (Publikation) 129
- Europäische Aktion (EA) 146 ff.
- Europäische Moscheebau- und Unter-
stützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) 297
- European Council for Fatwa and Research
(ECFR – Europäischer Rat für Fatwa und
wissenschaftliche Studien) 293
- Expliciet (Publikation) 284
- Extrem Wichtig: Linke Politik
(Publikation) 172
- Eygi, Şevket 305
- F**
- Fatih, Abdullah 258,
- Firat News Agency (ANF)336 f.
- Föderation der demokratischen Aleviten
(FEDA) 332
- Föderation der kurdischen Vereine in der
Schweiz (FEKAR) 364
- Föderation der patriotischen Arbeiter-
und Kulturvereinigungen aus Kurdistan
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
(FEYKA-Kurdistan) 30
- Föderation der yezidischen Vereine e.V.
(FKE) 332
- Föderation Islamischer Organisationen in
Europa (FIOE) 293 ff.
- Föderation Kurdischer Vereine
in Deutschland e.V.
(YEK-KOM) 321, 324, 332, 334 f., 340
- Forum of European Muslim Youth and
Student Organizations (FEMYSO) 295
- Franz, Frank 88
- Freedom and Justice Party (FJP – Partei
für Freiheit und Gerechtigkeit)291 f.
- Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
(FAU) 160, 182
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 224
- Freie Nationalisten 78, 93 ff., 99
- Freies Netz Süd (FNS)93
- Freie syrische Armee 400
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
(FAP) 31
- Freiheitliche Partei Österreichs
(FPÖ) 112, 141
- FREIHEIT (Publikation) 420
- Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)329 f.
- Freiheitskräfte Kurdistans (HRK) 335

REGISTER

Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK)	342	Gerilla TV (Internetportal)	322, 339
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)	326, 330	German Defence League	269
Freiräume	156	Geschichtsrevisionismus	142
Front National (FN)	112	Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP)	130
FSB (russischer Inlandsnachrichtendienst)	383 f., 388	Ghazi, Usman	255
FSN (Internetradio)	100	Gielnik, Michael	82, 94
FSN-TV (Internet-TV-Kanal)	100, 123	Giemsch, Dennis	106 ff.
Fünf Gifte	393 ff.	Globale Islamische Medienfront (GIMF)	312, 315 f.
G		Grabert-Verlag	129
G8Xtra (Publikation)	170	Grabert, Wigbert	129
Gadahn, Adam Yahya	310	Griffin, Nick	112
Gansel, Jürgen	81, 86, 88, 90	Groupe Islamique Armé (GIA – Bewaffnete Islamische Gruppe)	248
GegenStandpunkt	205	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC – Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf)	248
GegenStandpunkt (Publikation)	205	Gruppe Arbeitermacht (GAM)	209
Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 330	Gruppe der Anhänger des Islam (Ansar al-Islam-Gruppe – AAI)	254 f.
Gemeinschaft der Verkündung und Mission (TJ)	233, 287 ff.	Gruppen des libanesischen Widerstandes (AMAL – Afwaj al-Muqawama al-Lubnaniya)	273
Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD)	212, 214 f.	GRU (russischer militärischer Auslandsnachrichtendienst)	383, 388
Gerechte Ordnung (Adil Düzen)	297 f.	Gümüş, Edip	283, 284
Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)	355, 363		

H

Hackert, Wolfgang	128 f.
Haj-Ahmadi, Rahman	335
HALK GERÇEĞİ (Zukunft des Volkes, Publikation)	352, 354
Halk İcin Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie für das Volk, Publikation)	359
HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)	32, 228, 233, 276 ff., 291 f., 307 f.
Hammerskins	68
Haniya, İsmâ'il	276
Haverbeck, Ursula.....	146
Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ)	33
Hekmatyar, Gulbuddin	259 f.
Hendlmeier, Wolfgang	146
Hennig, Rigolf	147
Hezb-e İslami-ye Afghanistan (HIA – Islamische Partei Afghanistans) ...	233, 259 ff.
hier & jetzt (Publikation)	92
Hilafet (Das Kalifat, Publikation)	284
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	34, 75
Hizb Allah (Partei Gottes)	228, 231, 233, 265, 272 ff., 282

Hizb ut-Tahrir (HuT – Partei der Befreiung) ...	32, 233, 284 ff.
Hohenrain-Verlag	129
Homegrown-Netzwerke	239
Homegrown-Strukturen	239
Honour & Pride	68
Hubbard, L. Ron	420 ff.

I

İdarat Al-Amn Al-Siyasi (Syrischer politischer Sicherheitsdienst)	400
İdarat Al-Mukhabarat Al-Amma (Syrischer ziviler Nachrichtendienst)	400
Identitätskampagne	332
IGMG Perspektif (Publikation)	296, 302
Illegale	377, 387 ff.
İllegalenoperation	387
İlyas, Maulawi Mohammad	287 f.
İmam Ali Moschee	290
IMPACT (Publikation)	420, 423
independent media center (imc)	221
İndividueller Jihad	236, 238, 257
İndymedia Deutschland	161, 163, 165, 190, 221
indymedia (Internetportal)	168, 175, 177 ff., 181, 183 ff., 194, 222
İnitiative für die Freiheit Öcalans	342

REGISTER

<p>Innocence of Muslims ...230, 260, 270, 274 f., 286, 310, 316</p> <p>INSPIRE (Online-Magazin)250 f., 257, 310</p> <p>INTERIM (Publikation)182, 223</p> <p>International Association of Scientologists (IAS)423</p> <p>Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V. (IHH)33, 307 f.</p> <p>Internationaler Antikriegstag 188</p> <p>Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.270</p> <p>Internationales Bulletin der MLKP (Publikation)362 f.</p> <p>Internationales Kurdisches Kulturfestival324, 332, 346</p> <p>internationale sozialistische Linke (isL) ... 209</p> <p>Internationale Verbindungsstelle365 ff.</p> <p>Internationalismus 174, 210, 216</p> <p>International Sikh Youth Federation (ISYF)369 f.</p> <p>International Socialist Tendency (IST) ... 207</p> <p>Internetplattformen 58 f., 62, 82, 117, 119, 134, 270, 348</p> <p>Internetportale 221, 267, 339</p> <p>Internetpropaganda 241, 245, 251</p> <p>Internetradios (rechtsextremistische) 122</p> <p>Interventionistische Linke (IL) 159, 161, 169 f., 172, 202</p>	<p>Intifada 276</p> <p>Inzar (Warnung, Publikation) 282</p> <p>Islamfeindlichkeit57, 84, 110, 137 f., 317</p> <p>Islamic Revolutionary Guards Corps (IRGC, Iranische Revolutionsgarden) 398</p> <p>Islamic Society 308</p> <p>Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)233, 236 ff., 255 ff., 312 f., 315</p> <p>Islamische Gemeinde Kurdistans (CIK) 332</p> <p>Islamische Gemeinde (Umma) 285 f., 294, 332</p> <p>Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) 231, 294 f.</p> <p>Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V. (IGMG)228, 231 ff., 296 ff.</p> <p>Islamische Jihad-Union (IJU) 233, 258 f.</p> <p>Islamische Partei Afghanistans (HIA)233, 259 ff.</p> <p>Islamische Rechtsordnung (Scharia) 113, 140, 234 f., 249, 254, 259, 261, 266, 279 f., 282, 285, 289, 291 f., 305</p> <p>Islamischer Staat Irak/ Al-Qaida im Irak 236, 238, 246 ff.</p> <p>Islamischer Widerstand (al-Muqawama al-Islamiya)273, 276</p> <p>Islamisches Mädchenkolleg Bergkamen 304</p> <p>Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH)233, 290</p>
--	---

REGISTER

Islamisches Zentrum München (IZM) 294

Islamische Widerstandsbewegung
(HAMAS) 32, 228, 233, 276 ff., 291 f., 307 f.

Islamische Zentren 294

Islamische Gemeinde Nürnberg e.V. 294

Islamische Gemeinschaft Münster e.V. .. 294

Islamisches Zentrum Frankfurt e.V. 294

Islamisches Zentrum Stuttgart e.V. 294

Islamseminare 230, 267, 271

Izzaddin al-Qassam-Brigaden 277

J

Jagdstaffel D.S.T. 66

Jihad 230, 233 ff., 240 ff., 247, 249 ff.,
254, 256 ff., 261 f., 269, 280, 288, 291, 298,
308 ff., 313

Jihad-Gebiete 230, 234, 243, 288

Jihadisten/jihadistisch 228, 239, 243, 245,
253 f., 259, 310 ff., 316

jihadistische Gruppierungen,
regionale 254

jihadistische Internetforen 238, 245, 247,
252, 254, 256 f., 311

jihadistische Netzwerke 232, 238

jihadistische Propaganda ... 230, 235 f., 308 f.,
311, 313, 316 f.

Jihaz Al-Mukhabarat-Li'I-Quwwat
Al-Jawwiyya (Syrischer Nachrichtendienst
der Luftwaffe) 400

Junge Nationaldemokraten
(JN) 57, 79, 83 f., 91, 98 ff., 121

junge Welt (jW, Tageszeitung) 183 f., 224 f.

Jürgensen, Bettina 197, 201

K

Kaçmaz, Bilal 304

Kalifat 252, 255, 284 f., 291

Kalifatsstaat 31

Kamalak, Mustafa 297 ff.

Kameradschaft Aachener Land
(KAL) 66, 77, 119 f.

Kameradschaften 69, 108, 121

Kameradschaft Hamm
(KS Hamm) 66, 77, 106, 120

Kameradschaft Walter Spangenberg 66,
76, 78

Karacabey, Mehmet 303 f.

Karahan, Yavuz Celik 296 f.

Karatas, Dursun 352, 357

Karayilan, Murat 328, 333, 341, 346

Karzai, Hamid 260

Kaukasisches Emirat 279

Kazan, Şevket 300

Kelhaamed (Publikation) 282

Kendi Dilinden Hizbullah
(Publikation) 282 f.

REGISTER

<p>Kern-al-Qaida 244 ff., 310</p> <p>Khalistan Zindabad Force (KZF) 370 f.</p> <p>Khan, Samir 251, 310</p> <p>Khomeini, Ayatollah 274, 398</p> <p>Kinaci, Zeynep (alias Zilan) 341</p> <p>Klandestine Aktionen 155</p> <p>Klandestin vorbereitete Anschläge 196</p> <p>Klug, Hans-Robert 106</p> <p>Knape, Andy 99 f.</p> <p>Knebel, Daniel 97</p> <p>Koc, Yüksel 332</p> <p>Köklü Değişim (Grundlegender Wandel, Publikation) 284</p> <p>Komalên Ciwan (Gemeinschaft der Jugendlichen, Jugendorganisation der PKK) 321, 331 ff., 341 ff., 348 ff.</p> <p>Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) 424</p> <p>Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV) 79, 98, 104 f.</p> <p>Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 391 ff.</p> <p>Kommunistische Partei Kubas (PCC) ... 211 f.</p> <p>Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF) 209 f., 212, 216</p> <p>Kommunistischer Jugendverband Kubas (UJC) 212</p>	<p>Konferenz der Palästinenser in Europa (Palestinians in Europe Conference) 277 f.</p> <p>Konfrontative Gewalt 160</p> <p>KONGRA GEL (Volkskongress Kurdistans), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 326, 328, 330, 335, 340</p> <p>Kongress für autonome Politik 223</p> <p>König-Fahd-Akademie 268 f.</p> <p>Kontaktpersonen 386, 405</p> <p>Konvertiten 236, 239 f., 267, 270</p> <p>Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), siehe auch Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 331 f., 349</p> <p>Krämer, Martin 99</p> <p>Krekar, Mullah 254</p> <p>Krieg beginnt hier. War starts here. .. 171, 187</p> <p>Krien, Hartmut 104</p> <p>Krolzig, Sascha 106 ff.</p> <p>Kurdaş, Mustafa 302</p> <p>Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH) 331</p> <p>Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. (CENI) 340</p> <p>Kurdistan Informationsbüro (KIB) 31</p> <p>Kurdistan-Komitee e.V. 30</p>
---	--

REGISTER

L

Lashkar-e-Taiba (LeT – Armee der Reinen)	264
Legalresidenturen 374 ff., 386, 390, 394, 399, 401, 403 f.	
Lernen und kämpfen (LuK, Publikation)	203
Lesen & Schenken GmbH	130
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	320, 322 f., 365 ff.
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.	224
Linksextremismus und Musik	220
linksunten.indymedia (Internetportal)	168, 175, 177 ff., 181, 183 ff., 194, 222
Lobocki, Ingeborg	106
Löffler, Mario	97

M

M31 – European Day of Action against Capitalism	158, 160 f., 171, 174, 180, 195 f.
Mahmoud, Mohamed	235 f., 312
Manifest der Kommunistischen Partei ..	213
Mann, Klaus	106
Maoistische Kommunistische Partei (MKP)	359 f.
Marsch der Jugend	333

Märtyrer	256, 260, 275, 283, 309, 313, 336, 341, 345, 355, 357, 360, 367, 370
Märtyrer-Stiftung (al-Shahid Association)	275
marx21 (Publikation)	208
marx21 (trotzkistisches Netzwerk)	152, 207 f., 211
Marxistische Blätter (Publikation)	197
Marxistisches Forum (MF)	212, 216
Marxistisches Forum (Publikation)	213
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	181 f., 323, 362 ff.
Marxistisch-Leninistische Partei Deutsch- lands (MLPD)	152, 182, 203 ff.
Mash'al, Khalid	276
Massenmilitanz	160, 166
Mazlum Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival	341
Meenen, Uwe	88
Mesopotamia Broadcast A/S	33, 337 ff.
Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH	339
Military Intelligence Department (MID, chinesischer militärischer Nachrichtendienst)	392
Millatu Ibrahim	34, 230 f., 235 f., 268, 270, 312 f., 315 f.
Millatu Ibrahim-Moschee	268

REGISTER

- | | |
|--|---|
| <p>Millî Gazete (Publikation)296, 298 ff.</p> <p>Millî Görüş-Bewegung232 f., 296 ff., 306 f.</p> <p>Millî Görüş (Nationale Sicht) ... 228, 231, 233,
297, 299, 301 ff., 307</p> <p>Milli Verlags- und
Pressevertriebs-GmbH 303</p> <p>Ministerium für Staatssicherheit
(MfSS, nordkoreanischer ziviler
Nachrichtendienst) 403</p> <p>Ministry of Information and Security
(MOIS, iranischer ziviler In- und
Auslandsnachrichtendienst)398 f.</p> <p>Ministry of Public Security (MPS,
chinesisches Polizeiministerium) 392</p> <p>Ministry of State Security (MSS, chinesischer
ziviler Nachrichtendienst) 392</p> <p>MIR Multimedia GmbH 339</p> <p>Mission der Afrikanischen Union in Somalia
(AMISOM) 253</p> <p>Mitteilungen der Kommunistischen
Plattform der Partei DIE LINKE
(Publikation) 210</p> <p>Mouvement National Républicain
(MNR) 112</p> <p>Mouvement pour l'Unité et le Jihad
en Afrique de l'Ouest (MUJAO - Bewegung
für die Einheit und den Jihad in
Westafrika) 249</p> <p>Muhammad-Karikaturen230, 268, 314 ff.</p> <p>Mujahidin238, 241, 245, 251, 280 f.</p> | <p>Mujahidin von Tatarstan280 f.</p> <p>Müller, Meinhard 137</p> <p>Mundlos, Uwe 61</p> <p>Munier, Dietmar 130</p> <p>Mursi, Mohammed 293</p> <p>Muslimbruderschaft
(MB) 231, 233, 276, 291 ff.</p> <p>Muslimische Jugend in Deutschland e.V.
(MJD)295 f.</p> <p>N</p> <p>Nasheed 235</p> <p>Nasrallah, Hasan 272, 274 f.</p> <p>Nationaldemokratische Partei Deutschlands
(NPD)52 f., 55 ff., 62 f., 69, 78 ff.,
102 ff., 107 ff., 122, 129, 137 ff., 147</p> <p>Nationale Befreiungsfront Kurdistans
(ERNK) alias Koordination der kurdisch-
demokratischen Gesellschaft in Europa
(CDK) 30, 330 f., 349</p> <p>Nationale Offensive (NO) 30</p> <p>Nationaler Widerstand Berlin 73</p> <p>Nationaler Widerstand Dortmund
(NWDO) 66, 77, 106, 108, 119</p> <p>Nationale Sicht (Millî Görüş) ... 228, 231, 233,
296 ff., 307</p> <p>Nationalistische Front (NF) 30</p> <p>National Journal 133, 135 f.</p> |
|--|---|

REGISTER

Nationalsozialismus ...	70 ff., 75, 89, 125, 130, 142 f., 164, 190
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	20 ff., 53, 57, 60 f., 198
Neonazis	54, 56, 58 f., 63, 66, 69 f., 72, 78 f., 102, 106 ff., 136, 175, 190
Neonazistische Strukturen	70 ff.
Netzwerk Rechts (Internetportal)	121
Newroz	332, 340, 364
Nizam al-Islam (Publikation)	284
no-name-Gewalt	165
Non-Professionals	395 f.
no pasaran (Bündnis)	171
Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)	233, 264 f., 279 ff.
Nouvelle Droite Populaire (NDP)	112
Nûçe TV	326, 338
O	
Öcalan, Abdullah	321, 324 ff., 332 f., 339 ff., 345
Odil, Usman	255
Open Posting	221
Organisierte Autonomie (OA), Nürnberg	202
Orientbrücke Marburg e. V., siehe auch Islamische Zentren	294

Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	359
Outing-Aktionen	65, 72
Özcan, Mevlut	298
Özgür Gelecek (Freie Zukunft, Publikation)	359
P	
Palästinensische Vereinigung in Österreich	278
Palestinian Return Centre (PRC)	277
Palestinians in Europe Conferences (Konfe- renz der Palästinenser in Europa)	277
Partei der Befreiung (Hizb ut-Tahrir – HuT)	32, 233, 284 ff.
Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi – SP)	297 f., 302
Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK)	335, f.
Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party – FJP)	291 f.
Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Parti de Justice et Developpement – PJD)	299
Partinin Sesi (Stimme der Partei, Publikation)	362
Partizan (Organisation)	182, 359 ff.
Pastörs, Udo	81, 88
PC Records	62

REGISTER

Personenzusammenschluss
 Abrüstungsini 187

PKK (Arbeiterpartei
 Kurdistan) 30, 282, 320 ff., 335 ff., 364

Pongu Tamil (Tamil Uprising) 367

Prabhakaran, Velupillai 365 ff.

Proliferation 20, 27, 379 f., 382, 406, 408, 411

Q

Qutb, Sayyid 291

R

Radikalisierungsprozesse 239, 288

Ramezani, Reza 290

REBELL (Jugendverband) 182, 203

REBELL (Publikation) 203

Rechtsextremistische Internetradios 122

Rechtsextremistische
 Musik 54, 67 ff., 71, 122, 124 ff.

Rechtsextremistische
 Verbreitungsstrukturen 54, 116

Rechtsterrorismus 20, 60

Religious Technology Center (RTC) 422

Republikanische Volkspartei (CHP) 330

Revolutionäre Aktionszellen (RAZ) 167 f.

Revolutionäre Demokratie für das Volk
 (Publikation) 359

Revolutionäre Gewalt 173, 363

Revolutionäre Linke
 (Devrimci Sol) 31, 352

Revolutionärer Kampf 162, 183 f.

Revolutionärer Volkskrieg 329, 363

Revolutionäre Volksbefreiungsfront
 (DHKC) 355 ff.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei
 (DHKP) 353

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
 (DHKP-C) 31, 323, 352 ff.

Revolutionäre Zellen (RZ) 182 f., 225

Revolutionär Sozialistischer Bund
 (RSB) 209

Revolutionary Guards Intelligence
 Department (RGID, Nachrichtendienst
 der iranischen Revolutionsgarde) 398

Richter, Karl 104, 129

Ring Nationaler Frauen
 (RNF) 79, 91, 98, 103 f.

Risalat al-Ikhwan (Rundschreiben der
 Bruderschaft, Publikation) 291

Riyad al-Salihin 264

Roj TV (Fernsehsender) 33, 326, 337 f.

Rosa-Luxemburg-Konferenz 225

Rote Armee Fraktion (RAF) 218 f.

Rote Fahne (RF, Publikation) 203

Rote Flora 165

REGISTER

Rote Hilfe e.V. (RH) 152, 181, 184, 217 ff.	Schüßler, Gitta 103
Rote Zonen 221	Schüßler, Sigrid 103 f.
Rudolf, Germar 145	Schwarze Division Sachsen (Musikgruppe) 126
S	Schwarzer Block 176
Saadet Partisi (SP – Partei der Glückseligkeit) 297 f., 302	Schwerdt, Frank 62
Saad, Maulana Ibrahim 287	Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD) 420
Salafismus/Salafisten/salafistisch 114 f., 228, 231, 266 f., 269 ff., 315	Scientology-Organisation (SO) 419 ff.
Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat – GSPC) 248	Seidensticker, Lars 140
salafistische Prediger 266 f.	Şen, Mehmet 304
Salam Society for Relief & Development 308	Serxwebûn (Unabhängigkeit, Publikation) 326, 337
Sauerland-Gruppe 259	Shu'bat Al-Mukhabarat-Al-Askarya (syrischer militärischer Nachrichtendienst) 400
Schadsoftware 378 f., 397	SKD (Musikgruppe) 63
Schäfer, Michael 83, 100	Skinheads (rechtsextremistische) 67 f.
Schanzenviertelfest 165	Solidarität (Publikation) 216
Scharia (islamische Rechtsordnung) 113, 140, 234 f., 249, 254, 259, 261, 266, 280 ff., 285, 289, 291 f., 305	Source (Publikation) 420
Schaub, Bernhard 146 f.	Soziale Netzwerke 120
Scheffler, Maik 94	Sozialistische Alternative (SAV) 207 f., 216
Schiiten/schiitisch 272, 289 f.	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 182, 198 ff.
Schmidt, Edda 91, 103	Sozialistische Linke (SL) 210 ff., 216
Schmidtke, Sebastian 97	Spreelichter (Internetportal) 59, 75
	Städte gegen Islamisierung (Bündnis) 141

REGISTER

Stërka Ciwan (Stern der Jugend – Publikation) 326, 344 f.

Stèrk TV326, 332, 338 f.

Stimme des Reiches (Publikation) 146

Subkulturell geprägte
Rechtsextremisten56, 67

Sunnitisch246, 259, 261, 273, 282, 291,

Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad (SGPJ – Boko Haram)233, 261

SWR (russischer ziviler Nachrichtendienst) 382, 388 f.

T

Tablighi Jama'at (TJ) – Gemeinschaft der Verkündung und Mission) 233, 287 f.

Tag der deutschen Zukunft (TddZ) 159, 174, 191

Tag der politischen Gefangenen184, 218

Taleban 240, 242 f., 255 f., 311

Tamil Coordinating Committee (TCC) 366 f.

Tamil Eelam320, 323, 365 f.

Tatort Kurdistan (Kampagne) 335

Terrorismus,
internationaler islamistischer 234 ff.

Terrorismus, rechtsextremistischer20, 60

Terroristische
Ausbildungslager 230, 234, 239

Terrorkorps (Musikgruppe) 136

The Auditor (Publikation) 420

Thiazi-Forum117 f.

Thomsen, Thorsten92

TKP/ML-Hareketi 362

Tote Briefkästen (TBK) 377

Transnational Government of Tamil Eelam (TGTE)365 f.

Trotzkisten150, 152, 207 f.

Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI)279 f.

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) 360

Türkische Hizbullah (TH)233, 282 ff.

Türkische Kommunistische Arbeiterbewegung (TKIH) 362

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 182, 323, 359 ff.

„Türkische Volksbefreiungspartei/-Front“ (THKP/-C) 31

TV 5 (Fernsehsender)299, 301

U

Umarov, Dokku 264 f., 279 f.

Umma (islamische Gemeinde)285 f.

umsGanze!-Bündnis 160

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB) 332

REGISTER

Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	331
Union der Juristen Kurdistans (YHK)	331
Union der kurdischen Lehrer (YMK)	331
Union der Schriftsteller Kurdistans (YNK)	331
Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK)	332
Union islamischer Gerichtshöfe (UIG) ...	252
Union kurdischer Familien (YEK-MAL)	331
unsere zeit (uz, Publikation)	197 ff.
uz Pressefest	197 f.

V

Velioglu, Hüseyin	283
Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)	331, 346
Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 328, 330, 333, 341
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)	296
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	33, 147
Verlag 8. Mai GmbH	224
Verlag libergraphix	128
VEVAK (Iranischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst)	398

Vier-Säulen-Strategie	91
VIKO Fernseh Produktion GmbH	33, 337
virtuelle Netzwerke	308 ff.
Vlaams Belang (VB)	112, 141
Voigt, Udo	94, 96, 98
Volk in Bewegung & Der Reichsbote	146
Volksbefreiungsarmee (HKO)	360
Volksfront	93
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 328, 330, 335, 340
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)	398
Volkstod-Kampagne	75, 102, 117
Volkstroi (Musikgruppe)	125
Volksverteidigungskräfte (HPG)	322, 324, 329, 335, 345 f., 351, 364

W

Waisenkindersprojekt Libanon e.V. (WKP)	275
Walde, Heidrun	103
Waldukat, Manfred	91
War Crimes Day	367
White Youth	31
Widerstandsbewegung in Südbrandenburg	59, 74 f., 77

REGISTER

Wiener, Markus 112, 401

Wiking-Jugend e.V. (WJ) 30

Wirtschaftsschutz 27, 409 f.

Wirtschaftsspionage 383, 393 f., 409 f.

Wirtschafts- und Finanzbüro (EMB) 347

Wohlleben, Ralf 62 f.

Worch, Christian 76 ff., 106 ff.

World Institute of Scientology Enterprises
(WISE) 421 f.

Y

Yasin, Ahmad 276, 284

YATIM-Kinderhilfe e.V. 32

Yeni Akit GmbH 32

Yeni Müjde (Publikation) 282

Yeni Özgür Politika (YÖP, Neue Freie Politik,
Tageszeitung) 326, 329, 337

Yürüyüs (Marsch, Publikation) 352 f.

Z

Zakaev, Ahmed 279 f.

Zaman (türkische Tageszeitung) 340, 343

Zasowk, Ronny 86

Zentrum für Wirtschafts- und
Sozialforschung (ESAM) 300

Ziegler, Martin 106

Zilan (alias Zeynep Kinaci) 341

Zilan-Frauenfestival 341

Zschäpe, Beate 60 ff.

ZUERST!
Deutsches Nachrichtenmagazin 114

Zug um Zug (Musikgruppe) 126

Zündel, Ernst 130

Zusammen Kämpfen (ZK), Berlin 185

Registeranhang zum Verfassungsschutzbericht 2012

In diesem Registeranhang sind die im vorliegenden Verfassungsschutzbericht genannten Gruppierungen aufgeführt, bei denen die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung geführt haben, dass die Gruppierung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, es sich mithin um eine extremistische Gruppierung handelt.

Gruppierungen	Seitenzahl
A	
Aktion Reinhard (Musikgruppe)	127
Aktionsbündnis gegen das Vergessen (AgdV)	144
Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein)	75 f.
al-Aqsa e.V.	32
al-Fajr (Medienzentrum)	309, 311
al-Gama'a al-Islamiya (GI)	291
al-Jihad al-Islami (JI)	291
al-Manar (Der Leuchtturm, Fernsehsender)	272 f.
al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH)	241, 249 ff., 310
al-Qaida (Die Basis)	228 f., 234, 237 ff., 244 ff., 250, 252 f., 256, 263 f., 309 f.
al-Qaida im Irak/Islamischer Staat Irak	236, 238, 246 ff.
al-Qaida im islamischen Maghreb (AQM)	248 f., 262, 314
al-Qaida im Jemen (AQJ)	249 f.
al-Shabab	252 f.
al-Shahid Association (Märtyrer-Stiftung)	275
Anarchist Black Cross Berlin	181
Anatolische Föderation	355 f.
Ansar al-Islam (AAI – Gruppe der Anhänger des Islam)	233, 254 f.
Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB)	162, 164, 201
Antikapitalistische Linke (AKL)	202, 208 f., 212, 215 f.
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	30, 282, 320 ff., 335 ff., 364
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	211 f.
Armee der Reinen (Lashkar-e-Taiba – LeT)	264
Arndt-Verlag	129 f.
AVANTI – Projekt undogmatische Linke	159, 169, 172 ff.
AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland	335

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
B	
Babbar Khalsa Germany (BKG)	369 f.
Babbar Khalsa International (BKI)	369 f.
Bauernhilfe e.V.	33
Besseres Hannover	58, 77, 119, 121
Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Islamique Armé – GIA)	248
Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.	92
Blood & Honour (B&H)	31, 68
Boko Haram (Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad – SGPJ)	233, 261
Bremer Hilfswerk e.V.	32
C	
Church of Scientology International (CSI)	420
Collegium Humanum (CH)	33
D	
DawaFFM	231, 269 f., 315
Deutsche Alternative (DA)	30
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	110
Deutsche Taliban Mujahideen	240
Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e.V., siehe auch Islamische Zentren	294
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	31, 166, 352, 354
DIE RECHTE	53, 55 f., 76 ff., 106 ff., 139 f.
Die Wahre Religion (DWR, Internetplattform)	231, 270 f., 315
E	
Elif Medya (Medienstelle)	240
Europäische Aktion (EA)	146 ff.
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)	297
European Council for Fatwa and Research (ECFR – Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien)	293
F	
Firat News Agency (ANF)	336 f.
Föderation der demokratischen Aleviten (FEDA)	332

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)	30
Föderation der yezidischen Vereine e.V. (FKE)	332
Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE)	293 ff.
Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	321, 324, 332, 334 f., 340
Forum of European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO)	295
Freedom and Justice Party (FJP – Partei für Freiheit und Gerechtigkeit)	291 f.
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU)	160, 182
Freies Netz Süd (FNS)	93
Freie syrische Armee	400
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	31
Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)	329 f.
Freiheitskräfte Kurdistans (HRK)	335
Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK)	342
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)	326, 330
FSN (Internetradio)	100
FSN-TV (Internet-TV-Kanal)	100, 123
G	
GegenStandpunkt	205
Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 330
Gemeinschaft der Verkündung und Mission (TJ)	233, 287 ff.
Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD)	212, 214
Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)	355, 363
Gerilla TV (Internetportal)	322, 339
German Defence League	269
Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP)	130
Globale Islamische Medienfront (GIMF)	312, 315 f.
Grabert-Verlag	129
Groupe Islamique Armé (GIA – Bewaffnete Islamische Gruppe)	248
Gruppe Arbeitermacht (GAM)	209
Gruppe der Anhänger des Islam (Ansar al-Islam-Gruppe – AAI)	254 f.
H	
HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)	32, 228, 233, 276 ff., 291 f., 307 f.

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ)	33
Hekmatyar, Gulbuddin	259 f.
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	34, 75
Hizb Allah (Partei Gottes)	228, 231, 233, 265, 272 ff., 282
Hizb ut-Tahrir (HuT – Partei der Befreiung)	32, 233, 284 ff.
Hohenrain-Verlag	129
Honour & Pride	68
I	
Imam Ali Moschee	290
INSPIRE (Online-Magazin)	250 f., 257, 310
INTERIM (Publikation)	182, 223
International Association of Scientologists (IAS)	423
Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V. (IHH)	33, 307 f.
Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.	270
internationale sozialistische Linke (isL)	209
International Sikh Youth Federation (ISYF)	369 f.
Internetplattformen	58 f., 62, 82, 117, 119, 134, 270, 348
Interventionistische Linke (IL)	159, 161, 169 f., 172, 202
Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)	233, 236 ff., 255 ff., 312 f., 315
Islamische Gemeinde Kurdistans (CIK)	332
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	231, 294 f.
Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V. (IGMG)	228, 231 ff., 296 ff.
Islamische Jihad-Union (IJU)	233, 258 f.
Islamische Partei Afghanistans (HIA)	233, 259 ff.
Islamischer Staat Irak/Al-Qaida im Irak	236, 238, 246 ff.
Islamisches Mädchenkolleg Bergkamen	304
Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH)	233, 290
Islamisches Zentrum München (IZM)	294
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	32, 228, 233, 276 ff., 291 f., 307 f.
Izzaddin al-Qassam-Brigaden	277
J	
Jagdstaffel D.S.T.	66

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Junge Nationaldemokraten (JN)	57, 79, 83 f., 91, 98 ff., 121
K	
Kalifatsstaat	31
Kameradschaft Aachener Land (KAL)	66, 77, 119 f.
Kameradschaft Hamm (KS Hamm)	66, 77, 106, 120
Kameradschaft Walter Spangenberg	66, 76, 78
Kaukasisches Emirat	279
Khalistan Zindabad Force (KZF)	370 f.
Komalên Ciwan (Gemeinschaft der Jugendlichen, Jugendorganisation der PKK)	321, 331 ff., 341 ff., 348 ff.
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	424
Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV)	79, 98, 104 f.
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF)	209 f., 212, 216
KONGRA GEL (Volkskongress Kurdistans), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 328, 330, 335, 340
König-Fahd-Akademie	268 f.
Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), siehe auch Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	331 f., 349
Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH)	331
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. (CENI)	340
Kurdistan Informationsbüro (KIB)	31
L	
Lashkar-e-Taiba (LeT – Armee der Reinen)	264
Lesen & Schenken GmbH	130
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	320, 322 f., 365 ff.
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.	224
M	
Märtyrer-Stiftung (al-Shahid Association)	275
marx21 (trotzkistisches Netzwerk)	152, 207 f., 211
Maoistische Kommunistische Partei (MKP)	359 f.
Marxistisches Forum (MF)	212, 216
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	181 f., 323, 362 ff.
Mesopotamia Broadcast A/S	33, 337 ff.

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Millatu Ibrahim	34, 230 f., 235 f., 268, 270, 312 f., 315 f.
Muslimbruderschaft (MB)	231, 233, 276, 291 ff.
Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)	295 f.
N	
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) alias Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)	30, 330 f., 349
Nationale Offensive (NO)	30
Nationaler Widerstand Berlin	73
Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO)	66, 77, 106, 108, 119
Nationalistische Front (NF)	30
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	20 ff., 53, 57, 60 f., 198
Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSBB)	233, 264 f., 279 ff.
O	
Organisierte Autonomie (OA), Nürnberg	202
Orientbrücke Marburg e. V., siehe auch Islamische Zentren	294
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	359
P	
Palästinensische Vereinigung in Österreich	278
Palestinian Return Centre (PRC)	277
Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK)	335, f.
Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party – FJP)	291 f.
Partizan (Organisation)	182, 359 ff.
Pastörs, Udo	81, 88
PC Records	62
R	
REBELL (Jugendverband)	182, 203
Revolutionäre Aktionszellen (RAZ)	167 f.
Revolutionäre Linke (Devrimci Sol)	31, 352
Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC)	355 ff.
Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP)	353
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	31, 323, 352 ff.
Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)	209
Ring Nationaler Frauen (RNF)	79, 91, 98, 103 f.
Riyad al-Salihin	264

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Rote Hilfe e.V. (RH)	152, 181, 184, 217 ff.
S	
Schwarze Division Sachsen (Musikgruppe)	126
Scientology-Organisation (SO)	419 ff.
Sozialistische Alternative (SAV)	207 f., 216
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	182, 198 ff.
Sozialistische Linke (SL)	210 ff., 216
Sunnitische Gemeinschaft für Predigt und Jihad (SGPJ – Boko Haram)	233, 261
T	
Tablighi Jama'at (TJ – Gemeinschaft der Verkündung und Mission)	233, 287 f.
Taleban	240, 242 f., 255 f., 311
Tamil Coordinating Committee (TCC)	366 f.
Terrorkorps (Musikgruppe)	136
TKP/ML-Hareketi	362
Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI)	279 f.
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	360
Türkische Kommunistische Arbeiterbewegung (TKIH)	362
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	182, 323, 359 ff.
TV 5 (Fernsehsender)	299, 301
U	
umsGanze!-Bündnis	160
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	332
Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	331
Union der Juristen Kurdistans (YHK)	331
Union der kurdischen Lehrer (YMK)	331
Union der Schriftsteller Kurdistans (YNK)	331
Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK)	332
Union islamischer Gerichtshöfe (UIG)	252
Union kurdischer Familien (YEK-MAL)	331
V	
Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)	331, 346
Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 328, 330, 333, 341

REGISTERANHANG

Gruppierungen	Seitenzahl
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	33, 147
Verlag 8. Mai GmbH	224
Verlag libergraphix	128
Volksbefreiungsarmee (HKO)	360
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	326, 328, 330, 335, 340
Volkstroi (Musikgruppe)	125
Volksverteidigungskräfte (HPG)	322, 324, 329, 335, 345 f., 351, 364
W	
Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)	275
White Youth	31
Widerstandsbewegung in Südbrandenburg	59, 74 f., 77
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	30
Wirtschafts- und Finanzbüro (EMB)	347
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	421 f.
Y	
YATIM-Kinderhilfe e.V.	32
Yeni Akit GmbH	32
Z	
Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung (ESAM)	300
Zug um Zug (Musikgruppe)	126
Zusammen Kämpfen (ZK), Berlin	185



Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Alt Moabit 101 D
10559 Berlin

Redaktion:

Bundesamt für Verfassungsschutz

Bildnachweis:

dpa

Druck:

Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Der Verfassungsschutzbericht 2012 ist auch
über das Internet abrufbar, unter:
www.bmi.bund.de oder **www.verfassungsschutz.de**

ISSN: 0177-0357

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Artikelnummer: BMI13006

